Das Erbrecht und die Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reiche

Ein socialwirthschaftlicher Beitrag zur Kritik und Reform des deutschen Erbrechts

Von August von Miaskowski



Erste Abtheilung

Die Vertheilung des landwirthschaftlich benutzten Grundeigenthums und das gemeine Erbrecht



Duncker & Humblot reprints

Das

Erbrecht und die Grundeigenthumsvertheilung

im Deutschen Reiche.

Von

A. v. Miaskowski.

1. Abtheilung.

Schriften

Des

Vereins für Socialpolitik.

XX.

Das Erbrecht und die Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reich.

Von A. von Miaskowski.

Erite Abtheilung.



Leipzig, Verlag von Dunder & Humblot. 1882.

Das Erbrecht

ուսի իլս

Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reiche.

Ein socialwirthschaftlicher Beitrag

aur

Aritif und Reform des deutschen Erbrechts.

Von

Dr. August von Miaskowski,

o. Profeffor ber Staatswiffenichaften an ber Univerfitat Breslau.

Erfte Abtheilung.

Die Bertheilung des landwirthschaftlich benutten Grundeigenthums und das gemeine Erbrecht.

Les lois sur les successions appartiennent, il est vrai, à l'ordre civil; mais ils devraient être placées en tête de toutes les institutions politiques, car elles influent incroyablement sur l'état social des peuples, dont les lois politiques ne sont que l'expression.

A. de Tocqueville.



Leipzig,

Verlag von Dunder & Humblot. 1882. Das Nebersetungsrecht bleibt borbehalten.

Die Berlagshanblung.

Inhaltsverzeichniß.

<u></u>	Seite
Bortwort	1
I. Die beutsche Grundeigenthumsvertheilung ber Gegenwart. Ihre Licht- und	_
Schattenseiten	3
1. Einleitung	3
2. Gegenden mit vorwiegendem großen Grundeigenthum	8
3. Begenden mit vorwiegendem fleinen Grundeigenthum	35
4. Gegenden jugleich mit großem und fleinem Grundeigenthum	66
5. Gegenden mit vorwiegendem mittleren (bäuerlichen) Grundeigenthum,	
sowie Gegenden mit Grundeigenthum von verschiedenem (großem,	
mittlerem und fleinerem) Umfang	78
II. Die beutsche Grundeigenthumsvertheilung und ihre Entstehung. Insbeson-	
bere ber Einfluß bes Erbrechts	110
III. Die Beränderungstendenzen in der deutschen Grundeigenthumsvertheilung	
ber Gegenwart und ihre Erklärung	126
IV. Zur Geschichte bes beutschen Erbrechts	165
V. Auseinandersetzung unter den Miterben. Erbschaftstare	185
	185
1. Geltendes Recht	202
TIT OF ALL FOR ALL CONTINUES IN A STATE OF A STATE OF ALL CONTINUES IN A STATE OF A STATE	222
VI. Lestitrsteiheit und Pslichttheilerecht	222
1. Bur Geschichte ber Testirfreiheit in Rom, Deutschland, England,	222
Nordamerita, der Schweiz und Frankreich 2. Geltendes Pflichttheilsrecht nach gemeinem, preußischem, öfterreichischem,	222
	00#
sächsischem und französischem Recht	227
3. Reformvorschläge und Ausdehnung bes Pflichttheilsrechts und Begrün-	
dung eines bas Familienerbrecht beseitigenden oder mit bemfelben con-	
currirenden Erbrechts bes Staats und ber Gemeinde	231
4. Reformvorschläge. Beseitigung ober Einengung bes Pflichttheilsrechts	
und Erweiterung der Testirfreiheit	255
Beilagen	281

Bormort.

Bu den Gegenständen, welche bis in die Mitte der sechziger Jahre die Wissenschaft und die Tagespresse, die Regierungen und ständischen Versammlungen in Deutschland gleichmäßig beschäftigt haben, gehört die Frage nach den versichiedenen Arten der Grundeigenthumsvertheilung, ihren Mängeln und Vorzügen, sowie nach den Mitteln, die Mängel einzuschränken und die Vorzüge zu versallgemeinern.

Wenn diese Debatten in der Gegenwart so gut wie verstummt sind, so erklärt sich dies leicht dadurch, daß die Eristenzberechtigung des privaten Eigenthums an Grund und Boden in letzter Zeit überhaupt in Frage gestellt

worden ist.

Wo auf der einen Seite dieses Fundament unserer gesammten heutigen Wirthschaftsversaffung und Gesellschaftsverdnung angegriffen und auf der anderen Seite vertheidigt wird, da mußte naturgemäß die Erörterung eines Gegenstandes, der nur eine Consequenz der heutigen Sigenthumsordnung ist, wenigstens für eine Zeitlang unterbleiben.

Erst in allerneuster Zeit macht sich auf beiden Seiten eine gewisse Ermüdung in der Diskussion über die Fundamentalprincipien und Fundamentaleinrichtungen unserer heutigen Ordnung bemerkbar, weil man sich darüber klar geworden zu sein scheint, daß eine solche Diskussion weder zum theoretischen Abschluß noch auch — in der Gegenwart und nächsten Zukunft wenigstens — zu einer praktischen Probeprüfung sühren werde.

Es ist sonach möglicherweise die Zeit nicht mehr fern, wo beide Theile die Grundlage unserer heutigen Wirthschafts= und Gesellschaftsordnung acceptirend— die einen natürlich ohne, die anderen vielleicht mit einer reservatio mentalis —

an der Abhilfe ihrer Mängel einträchtig arbeiten werden.

In einer solchen Beit wird die Frage der deutschen Grundeigenthumsvertheilung dann auch wieder zur Sprache kommen und das allgemeinste Interesse erregen mussen; denn es giebt fast keinen wichtigeren Gegenstand für unsere gesammte wirthschaftliche Entwickelung, für die Zusammensetzung unserer Gesellschaft, für das Wohl und Wehe unseres Volks und unseres Staats, als diesen.

Und es ift unnatürlich, daß mährend ringsum in England und Frland, in Italien und Oesterreich, in Rußland und in der Türkei die Fragen des Schriften XX. – v. Miastowski, Grundeigenthumsbertheilung.

2 Vorwort.

Grundeigenthums und feiner Bertheilung die Männer der Feder und des Portefeuille, der Tribune und des Katheders gleichmäßig lebhaft beschäftigen, nur in Deutschland über diesen Gegenstand allgemeines Stillschweigen herrscht.

Allerdings haben sich in allerletzter Zeit auch bei uns die Anfänge eines Interesses für die Art, wie unser Grund und Boden sich unter seine Eigensthümer vertheilt, sowie über die Beränderungen, welche sich in dieser Beziehung vollziehen, zu zeigen begonnen. Aber dieses Interesse hat bisher wenigstens den Kern der Frage noch nicht erfaßt, sondern dieselbe nur bei Gelegenheit der Besprechungen über den in der deutschen Landwirthschaft herrschenden Nothstand sowie der Berathungen über das bäuerliche Anerbenrecht oberstächlich gestreift.

Wie man bei dieser letzteren Gelegenheit — nämlich bei den Berathungen über das bäuerliche Anerbenrecht — den Zusammenhang zwischen dem bäuer-lichen Anerbenrecht und dem Immobiliarerbrecht überhaupt nur slüchtig berührt hat, so ist auch die Bedeutung dieser Erbrechtsresorm für die gesammte Grundeigenthumsvertheilung mehr geahnt als genau sestgestellt und klar ausgesprochen worden.

In beiden Beziehungen möchte die vorliegende Arbeit eine vorhandene Lücke ausfüllen.

Indem der Verfasser derselben in Nachfolgendem die bestehende Vertheilung des deutschen Grundeigenthums einer erneuerten Untersuchung unterzieht und sich über dieselbe ein sestes Urtheil zu bilden sucht, will er damit zugleich den Ausgangspunkt für eine socialwirthschaftliche Behandlung unseres heutigen Erberechts gewinnen.

Denn den engen Zusammenhang zwischen dem Erbrecht und der Grundseigenthumsvertheilung zugegeben, wird jedes Urtheil über die socialwirthschafteliche Bedeutung des bestehenden Erbrechts von einer genauen Kenntnif der be-

stehenden Grundeigenthumsvertheilung auszugehen haben.

Indem diese Arbeit dann weiter an die jüngsten Resormen auf dem Gebiet des bäuerlichen Anerbenrechts anknüpft, bringt sie dieses in engsten Zussammenhang mit dem geltenden Erbrecht überhaupt und sucht die Consequenzen. dieser partiellen Resorm für das gesammte Gebiet des Erbrechts, soweit sich dieses auf lands und forstwirthschaftlich benutzte Immobilien bezieht, abzuleiten.

Damit hofft der Verfasser dieser Arbeit zugleich an seinem bescheidenen Theil für die Erweckung des Interesses an unserer Grund= und Bodenfrage und für eine Beseitigung der mit unserer Eigenthumsordnung — die unserer Ueberzeugung nach auch die Sigenthumsordnung der Zukunft bleiben wird — verbundenen Mängel thätig zu sein.

Denn wirksamer als die theoretische Vertheidigung derselben dürfte die mög= lichste Beseitigung ihrer Schattenseiten sein, weil diese zugleich die Angriffs=

punkte der Gegner unferer heutigen Eigenthumsordnung find.

Jedem Bersuch einer Beseitigung dieser Mängel muß aber sowohl eine genaue Kenntniß derselben als auch der Mittel, welche zu ihrer Hebung dienen können, vorhergehen.

Die deutsche Grundeigenthumsvertheilung der Gegenwart. Ihre Licht= und Schattenseiten.

1. Einleitung.

Wenn wir an dieser Stelle eine Darstellung der Grundeigenthumsvertheis lung im deutschen Reich zu geben versuchen, so handelt es sich dabei nicht um die Ausführung eines statistisch genauen und detaillirten Bildes über die Grundseigenthumsverhältnisse sämmtlicher deutschen Staaten.

Ein solches zu geben wäre bei dem derzeitigen Zustand der Agrarstatistik

unmöglich.

Denn nicht nur, daß für einige deutsche Staaten die nöthigen statistischen Unterlagen vollständig sehlen. In denjenigen Ländern, für welche wir zahlenmäßige Daten über die Vertheilung des Bodens nach den Gigenthümern besitzen, stammen die Aufnahmen aus ganz verschiedenen Zeiten und sind dieselben außerdem nach den verschiedensten Gesichtspunkten und Methoden vorsgenommen und verarbeitet worden.

Balb hat man nämlich aus den Grund= oder Güterbüchern (Würtemberg 1857) und bald wieder aus den Grundsteuerrollen (Preußen 1858, Braunsschweig 1874, Hannover 1830) die für die Grundeigenthumsvertheilung maßegebenden Zahlen direkt ausgezogen; bald wieder begnügte man sich damit, aus anderen Momenten, so namentlich aus der Zahl der den Landbau als Hauptsoder Nebenbeschäftigung betreibenden Personen oder aus der Zahl der Viehsbesitzer und der Größe ihres Viehbesitzes indirekt Schlüsse auf die Grundeigensthumsvertheilung zu ziehen.

In letter Zeit (1873 in Baden und Würtemberg und 1882 für das ganze deutsche Reich) wieder hat man, statt die Grundeigenthumseinheiten zu ermitteln, die Aufnahme auf die von den einzelnen Haushaltungen bewirthsschaftse und nicht auf die Eigenthumse

einheiten gerichtet.

Schon die direkten Aufnahmen leiden meist an mannigsachen Mängeln, indem die Grundeigenthumsaufnahmen der früheren Zeit nur gemeindeweise vorgenommen worden sind, wobei dann diejenigen Grundbesitzer, welche Grundseigenthum in mehreren Gemeinden besaßen, bei Summirung der für die einzelnen Gemeinden ermittelten Resultate als mehrere Besitzer sigurirten (Bürtemsberg, Hannover u. f. w.).

Noch weniger genau sind natürlich alle diejenigen Ermittelungen, die auf indirekte Weise gewonnen wurden.

Besonders schlimm aber steht es um die Bergleichbarkeit der für die ver=

schiedenen deutschen Länder gefammelten Daten.

Denn nicht nur daß diese, wie eben angedeutet wurde, auf sehr verschiebene Weise gewonnen worden sind; auch die Objecte der Erhebung selbst wurden sehr ungleichmäßig abgegrenzt.

So sind die Grundeigenthumseinheiten in Preugen hinsichtlich ihrer land= und forstwirthschaftlich benutzten Fläche, in Baden und Würtemberg nur hin=

sichtlich ihrer landwirthschaftlich benutten Fläche ermittelt worden.

Dann aber sind die gewonnenen Resultate nicht einmal nach denselben Gesichtspunkten verarbeitet, was sich namentlich bei der Zusammenstellung der

einzelnen Güter je nach ihrer Größe zu allgemeinen Kategorien zeigt.

Sine Darstellung der Grundeigenthumsverhältniffe, welche alle diese Bersschiedenheiten genau verzeichnen wollte, würde den dieser Arbeit gesteckten Umfang bei Weitem überschreiten, ohne doch zugleich, wegen dieser in den Aufnahmen selbst liegenden Unvergleichbarkeit der gewonnenen Resultate, zu einem völlig zutreffenden und exakten Zahlenbilde zu gelangen.

Mußten wir daher auch auf eine folche, die aufgewendete Mühe kaum lohnende Darstellung verzichten, so mochten wir doch nicht gern aller zahlenmäßigen Anhaltspunkte für die Beurtheilung der bestehenden Grundeigenthums-

vertheilung entbehren.

Wir haben daher zunächst an dieser Stelle ein fürzeres, aber, wie wir glauben, ebenfalls zum Ziele führendes Versahren eingeschlagen, indem wir die einzelnen deutschen Länder und Landestheile nach der Art ihrer Grundeigensthumsvertheilung auf bestimmte Typen zurüczusühren suchten, zu deren Charakterisirung die vorhandenen Zahlen trot ihrer Mängel auch ohne nähere Aritik ihres Werthes ausreichten. Die Zahlen selbst haben wir dann in einen besonderen Anhang verwiesen. Mit der Fixirung der Typen verbinden wir sodann eine Beurtheilung derselben, indem wir ihre Licht= und Schattenseiten hervorheben und beide gegen einander abwägen.

Durch die Vergleichung der auf solche Weise für die einzelnen Typen der Grundeigenthumsvertheilung gewonnenen Resultate werden wir gleichsam von selbst zur Auffindung desjenigen Typus gelangen, der vom Standpunkt des socialwirthschaftlichen Gesammtinteresses die meisten Licht- und die wenigsten

Schattenfeiten barbietet.

Dabei werden wir zugleich die Bedingtheit der einzelnen Vertheilungstypen durch natürliche, ethnologische und volkswirthschaftliche Factoren kennen lernen. Mit diesen wird die auf die Abänderung der bestehenden Grundeigenthumsevertheilung gerichtete Politik rechnen müssen, wenn sie nicht Unerreichbares ansstreben will.

Es dürfte dieses in duftive Verfahren demjenigen vorzuziehen sein, das für die Behandlung unseres Gegenstandes in Lehrbüchern und agrarpolitischen

Monographieen bisher vielfach eingeschlagen worden ift.

Gewöhnlich wird nämlich mit der Aufstellung eines Ideals für die Grundeigenthumsvertheilung begonnen. Mit diesem werden dann die bestehenden Verhältnisse verglichen, so daß sich aus dem Umstande, ob und wieweit die Wirklichkeit bem Jbeal entspricht, ein günstiges oder ungünstiges Verdikt über die gegebenen Bustande ergiebt.

Wir dagegen wollen von den gegebenen Zuftänden ausgehen und nur, um uns in der verwirrenden Vielheit derfelben zurechtzufinden, den Reichthum konkreter Verhältnisse auf bestimmte typische Formen zurücksühren.

Durch Beurtheilung und Vergleichung der verschiedenen aufgefundenen Typen suchen wir dann den unter den gegebenen Verhältnissen möglichen gün=

ftigften Typus zu ermitteln.

Da die Licht= und Schattenseiten der verschiedenen Theen der Grundseigenthumsvertheilung meist, wenn auch nicht ausschließlich, durch die von den verschiedenen Gütergrößen abhängige Art der Bewirthschaftung bedingt sind, so muß jede Beurtheilung eines bestimmten Thus von der Voraussetzung aussgehen, daß sich die Sigenschumseinheiten (Güter, estates) mit den Betriebseinsheiten (Wirthschaften, farms) decken.

Diese Boraussetzung trifft aber nicht überall zu. So namentlich nicht in England, Italien und allen benjenigen Ländern, in denen Besitz und Betrieb weder in einer Person noch auch auf einer und derselben Fläche vereinigt sind.

In Deutschland freilich — und um die Verhältnisse des deutschen Reichs und seiner einzelnen Länder handelt es sich für uns allein — entsernt sich die obige Voraussetzung nicht weit von der Wirklichkeit. Hier sind die meisten Besitzer zugleich selbst Landwirthe oder es decken sich doch, wo dies nicht der Fall ist, die Grenzen der im Besitz und im pachtweisen Betrieb besindlichen Güter in der Regel.

Ausnahmen von dieser Regel kommen hauptsächlich nur hinsichtlich solcher Süter vor, die sich im Besitz juristischer Bersonen befinden oder die sidei=

commiffarisch gebunden sind.

Hierher gehören zunächst die Güter des Staats. Im alten Staatsgebiet des Königreichs Preußen waren im Jahre 1867 von den 1462500 Morgen des Domanialbesites 1169877 Morgen verpachtet. Der Rest diente meist Zwecken der Pferdezucht und wurde von eigenen Beamten des Staats bewirthschaftet.

Neben den Domänen sind in Preußen auch die Liegenschaften der Krone, des königlichen Hauses und der städtischen Kommunen mit Ausnahme nur der Forsten, sowie die Liegenschaften der Universitäten, der höheren Lehranstalten und der milden Anstalten verpachtet.

Dieselbe Art ber Bewirthschaftung findet sich auf den Domänen der

übrigen Staaten.

Alle diese Süter werden, soweit sie geschlossen sind oder soweit ihre Bestandtheile doch in einer Dorfgemarkung oder nahe an derselben liegen, der Regel nach als Sanzes mit allen nöthigen Gebäuden und meist auch mit dem Inventar auf längere Zeit — in Preußen gewöhnlich nicht unter 12 Jahren — verpachtet.

Dagegen werden die Güter der Landgemeinden, der Kirchen und Schulen, sowie diesenigen Domänen, die zerstreut in einzelnen Stücken, in verschiedenen Gemeinden liegen, wohl auch parcellenweise — meist an die benachbarten Bauern — verpachtet. Im deutschen Süden pflegen ferner die sogenannten Allmenden oder Allmanden stückweise, wohl auch ohne Entgelt, oder gegen ein solches, das

jedoch meist die ortsübliche Höhe des Pachtschillings nicht erreicht, an einzelne

Bemeindegenoffen abgegeben zu werden.

Bon den in Privathanden befindlichen Gutern sind die größeren standesherrlichen Fideicommisse schon seit längerer Zeit verpachtet und auch bei den kleineren Fideicommissen hat die Verpachtung, wenigstens in einigen Gegenden, neuerdings Eingang gefunden.

Und auch im freien Besit befindliche größere geschloffene Guter pflegen hier und ba verpachtet zu sein. So namentlich in Preugen, und hier wieder besonders

am Niederrhein, aber auch in Bayern, Bürtemberg, Baden u. f. w.

Immerhin bilden diese verpachteten Güter doch nur einen kleinen Bruchteil der sämmtlichen in Privatbesitz besindlichen Liegenschaften. So waren 1867 in den acht alten Provinzen Preußens von den 12150 Rittergütern oder den 10786 Gütern mit 1000 und mehr Thalern Grundsteuerreinertrag doch nur etwa 1800 verpachtet.

Und auch diese Guter finden sich ähnlich wie die Domanen in der Regel

nur als Banges verpachtet.

Aleine Bächter, welche entweder Theile großer Güter oder kleine Güter bewirthschaften, kommen innerhalb der acht alten Provinzen Preugens vorzugs= weise in ben Regierungsbezirken Stralfund, Minden, Münfter und am Nieber-So finden sich in Neuvorpommern neben wenigen bäuerlichen rhein vor. Eigenthümern auf den großen Gutern auch Zeitpachter, fo daß ganze Dorfschaften lediglich aus herrschaftlichen Zeitpächtern bestehen. Ja auf der Insel Rügen wird über die Hälfte aller bäuerlichen Nahrungen lediglich in Zeitpacht benutt. Im Mindenschen und im Münsterland haben einige große Grundbesitzer ihre Güter seit länger als einem Jahrhundert in kleine Pachtungen zerlegt. Und auch in der westphälischen Mark, im Berzogthum Berg sowie sonft am Niederrhein finden sich einige Güter ftudweise verpachtet. Meist erfolgen folche Ber= pachtungen nur in kleinen Barcellen an kleine Leute ober ausnahmsweise in größeren Plänen an Fabrit= und Bergunternehmer: letteres namentlich in der Nähe großer Städte und Fabrifen oder in der Umgebung des aufblühenden Bergbaus und Buttenbetriebs. Uber auch in anderen Theilen ber preufischen Monarchie werden von den größeren und mittleren Besitzungen einzelne Parcellen pachtweise vergeben. Doch sind diese Pachtungen nur der Zahl, nicht auch der Fläche nach erheblich.

Und vollends selten werden derartige Pachtungen so betrieben, daß sich bestehende Nahrungen vollständig in sie auflösen. Bielmehr pflegen gewöhnlich nur die für die Sigenthümer zum Selbstbetrieb zu entsernt oder überhaupt ungünstig gelegenen Grundstücke an die benachbarten kleineren und größeren Wirthschaften Bauern und Tagelöhner — in Pacht gegeben zu werden, so daß in der

Regel beide Theile aus diefem Berhältnig Bortheil giehen.

Erst neuerdings findet sich auch wohl hier und da — namentlich in

Schlesien - ein ganges But in Barcellen aufgelöft und verpachtet.

Noch viel seltener als die Auflösung großer Besitzeinheiten in kleine Pachteinheiten pflegt das Zusammenpachten vieler kleiner Güter und Parcellen und ihre Vereinigung zu größeren Wirthschaften vorzukommen. So wurde neulich aus dem Obrabruch als von einer selten en Erscheinung berichtet, daß dort zahlreiche kleine Grundeigenthümer ihre Besitzungen an einzelne besonders streb-

same Landwirthe verpachten und dann selbst nach auswärts auf Eisenbahn=, Hafen=, Fabrit=, Bergwerks= und andere Arbeit ausgehen, wo sie mehr verdienen und

erübrigen, als bei der Bestellung ihrer kleinen Wirthschaften.

Im Ganzen sinden sich Pachtungen in nennenswerther Zahl und bedeutenderem Umfange nur in der Region der großen Güter. Und auch in den Ländern mit vorwiegendem Mittels und Kleinbesitz sind es fast ausschließlich die wenigen hier sich vorsindenden größeren Güter, welche verpachtet werden. So sind im Großherzogthum Baden von den 680 größeren Gutsbetrieben, deren Areal übrigens nur 5,5 % des gesammten landwirthschaftlich benutzten Gebietes ausmacht, 257 im Pachtbesitz.

Uehnliches ist auch aus Burtemberg, Nassau, Hessen u. f. w. zu berichten. Um seltensten sindet sich die pachtweise Benutzung des Bodens in densjenigen deutschen Ländern, in denen der bäuerliche Kleinbesitz vorwiegt, wie z. B. im größten Theil des deutschen Südwestens.

Heineren Güter in Pacht, welche in Berbindung mit gewerblichen Anlagen stehen oder wegen Vormundschaft, Subhastation u. f. w. vorübergehend nicht von den

Eigenthümern felbst bewirthschaftet werden können.

So ist es denn zu erklären, wenn — nach der Aufnahme von 1873 — von dem gesammten wirthschaftlich benutzten Gelände in Hessen-Darmstadt 14 %, in Baden 13,8 % und in Würtemberg gar nur 7,52 % pachtweise bewirthschaftet werden. Aber freilich sind diese Turchschnittszahlen aus Urzahlen gewonnen, die in den einzelnen Theilen dieser beiden Staaten sehr start von einander abweichen. So sinden sich z. B. im badenschen Kreise Heidelberg 29 %, im Kreise Waldshut dagegen nur 4,9 % des landwirthschaftlichen Gesländes in Pacht!).

Die die Verpachtung in Teutschland nur ausnahmsweise eine Discrepanz zwischen dem Umfang der Eigenthums= und Wirthschaftseinheiten begründet, so hat sie auch durchaus nicht immer die danernde Abwesenheit des Grundbesitzers von seinem Gute — den sogenannten Absenteeismus — zur Folge. Vielnehr pflegen sich die Guisbesitzer nicht selten einige Zweige der Verwaltung vorzubehalten und diese dann von ihrem Schloß oder sonstigen Gutsgebäude aus zu besorgen. So behält sich z. B. ein großer Theil der westphälischen Alttergutsbesitzer bei Verpachtung seiner Güter das Wohngebäude, den Forst und eine sür die Befriedigung der hauswirthschaftlichen Bedürsnisse ausreichende kleine Desonomie vor. Auf den Gütern der großen westphälischen Magnaten schließen sich an den oft umzäunten und mit reichem Wildstand versehenen Forst wohl auch noch großartige Parkanlagen mit prächtigen Bäumen und Wiesensschaften an. Von diesem Sit aus pflegt der westphälische Gutsherr die Rentei zu verwalten oder unter seiner Aussicht verwalten zu lassen, die Bauten auf den Pachthösen zu controsiren und vor Allem die Eusturen in den Forsten eingehend zu inspieiren.

¹⁾ Meigen, Der Boben und die sandwirthschaftlichen Verhältnisse bes preußischen Staats. Berlin 1868—1871. Bb. III. S. 417—422. Bb. I. S. 506. v. d. Goly, Die ländliche Arbeiterfrage. Danzig 1874. S. 344, 346. Beiträge zur Statistif der inneren Berwaltung des Großberzogthums Baden, Het XXXVII. S. XVI, XXVIII. Würtembergische Jahrbücher sür Statistif und Landeskunde. Jahrgang 1881. Bb. 1. heft 1. S. 206. Viebahn, Statistif des zollvereinten und nördlichen Deutschland. 2. Theil. Berlin 1862. S. 573.

Nachdem wir im Obigen die nöthigen Belege für unsere Behauptung beisgebracht haben, glauben wir fortan berechtigt zu sein, von den geringsügigen Modisikationen, welche die Grundeigenthumsvertheilung durch die Verpachtung

erleidet, absehen zu dürfen.

Bu erwähnen ist hier noch jener Mittelstellung zwischen der Selbstbewirthschaftung und der pachtweisen Benutzung des Domanials, standesherrlichen und sonst von Behörden verwalteten Grundeigenthums, wie sie namentlich im deutschen Süben nicht selten vorkommt. Sie besteht darin, daß landwirthschaftlich benutzte Grundstücke, namentlich Wiesen, in der Art vom Sigenthümer genutzt werden, daß er sie durch bezahlte Arbeiter bestellen und cultiviren, den Ertrag aber nicht selbst einheimsen, sondern auf dem Halm oder auf der Schnitt versteigern läßt. Die badische Statistik bezeichnet dieses Verhältniß als mittelbare oder uneigentliche landwirthschaftliche Selbstbewirthschaftung.

Indem wir nunmehr auf die Darstellung und Beurtheilung der Grundseigenthumsvertheilung im deutschen Reich selbst eingehen, unterscheiden wir drei reine Typen, auf die sich sämmtliche Verschiedenheiten in der Grundeigenthumssvertheilung zurücksühren lassen: den Typus der großen, der kleinen und der mittleren oder Bauerngüter. Durch Combinationen, welche diese Typen unter einander eingehen, kommen zu den reinen noch einige gemischte Typen sinzu.

Dieser Eintheilung geben wir nicht den Sinn, daß in den Ländern, welche den einen oder anderen der reinen Typen aufzeigen, sich nur große oder nur kleine oder nur mittlere Güter vorsinden, sondern wir nehmen an, daß dort, wo sich der eine oder andere reine Typus sindet, eine Art der Güter prävalirt und der gesammten Grundeigenthumsvertheilung ihren Charakter aufdrückt.

Aus den Zahlen, welche uns die Statistik überliefert, wird der Typus freilich nur selten mit voller Deutlichkeit hervortreten, weil diese Ziffern in der Regel sich auf größere Bezirke beziehende Durchschnittszahlen sind, in denen das Individuelle und Typische, das sich immer nur in kleinen Bezirken vorfindet, häusig verwischt ist. Nur ausnahmsweise ist es uns daher möglich geworden, den Grundeigenthums=Typus an einzelnen, in den Anlagen enthaltenen Beispielen auch ziffermäßig deutlich hervortreten zu lassen.

2. Gegenden mit vorwiegendem großen Grundeigenthum.

Als erster Typus, den wir hier ins Auge fassen wollen, tritt uns die Auftheilung des Bodens in lauter große Güter entgegen, so daß mittlere und kleine Güter nur seltene Ausnahmen bilden.

Unter großen Gütern verstehen wir Güter von einem solchen Umfang, daß auf benselben ein Dirigent von höherer landwirthschaftlicher Bildung vollauf Beschäftigung findet. Auch muß der Ertrag von einer Größe sein, daß die Grundrente allein — ohne den Unternehmergewinn, der im Fall der Verpachtung dem Pächter zufällt — hinreicht, um dem Eigenthümer und seiner Familie die unabhängige Stellung der höheren Stände zu sichern 2).

²⁾ Roscher, Nationalökonomik bes Aderbaus. Stuttgart 1873. § 47. Th. v. Bernharbi, Versuch einer Kritik ber Gründe, welche für großes und kleines Grundeigenthum angeführt werden. St. Petersburg 1846. S. 20.

Ist damit, wenn auch nur in unbestimmten Umrissen, die Grenze der großen Güter nach unten gegen den mittleren Besitz gezogen, so sehlt eine solche auch nach oben nicht. Güter, deren Wirthschaftsbetrieb nicht mehr von einer Person außreichend geleitet werden kann, pflegt man von den großen Gütern außzuscheiden und als Herrschaften zu bezeichnen. Güter, die zu groß sind, um mit derzenigen Intensität bewirthschaftet zu werden, die der zeweilige Stand der volkswirthschaftlichen Entwickelung eines Landes verlangt, werden Latisundien genannt. Indeß ist das Kriterium für diese letztere Gütergröße kein obzektiv sicheres, sondern ein durch die Persönlichkeit des Sigenthümers und seinen Kapitalbesitz mitbedingtes, daher mehr oder minder schwankendes.

Gine Beitheilung von Grund und Boben in lauter ober doch vorwiegend große Güter findet sich in einigen Theilen des deutschen Nordens und Nordostens und zwar namentlich in einigen Theilen Neuvorpommerns, Schlesiens, Medlen-

burgs, Lauenburgs, Posens, der Proving Preugen, Holsteins u. f. w.

Es sind das lauter Länder, die im Bergleich zu dem füdlichen und westlichen Theil Deutschlands erst spät colonisitt worden sind und in denen die beutsche Colonisation nicht zugleich auf ben soliden Bau einer alten Cultur stieß; Länder mit einer aristokratischen Berkassung der Gesellschaft und des Staates, in denen der Einfluß der Grundberrschaften sich noch bis auf den heutigen Tag geltend macht; Länder, die nur zum Theil fruchtbaren, vielfach bagegen wenig ergiebigen Boden besitzen; Länder endlich, in denen der Landmann außer mit der Unfruchtbarkeit des Bodens noch mit der Ungunft des Klimas zu kämpfen hat. Denn kurz ist die zwischen dem späten Frühjahr mit feinen Rachtfroften und dem frühen Berbst liegende Begetationszeit, die im Often faum 5 Monate beträgt, mährend sie sich im mittleren und sublichen Deutsch= land auf 7 Monate erstreckt. Auch sind die von den Arbeitern zurückzulegenden und von den Gutsbesitzern zu erhaltenden Wege bei dem großen Umfang der Guter fehr weit. Guter mit leichtem Boben, bei benen fich noch große Forften befinden, haben in Pommern z. B. oft 3-4 Meilen Wege zu unterhalten. Dazu kommt, daß der Stein und Ries bisweilen Meilen weit heranzufahren find. Kerner verursacht hier das Drainiren der manchmal 100-150~Morgenumfassenden Schläge des Feldes sowie die Unterhaltung vieler und weitläufiger Wirthschaftsgebäude, namentlich Scheunen, große Rosten. Alle diese Umftande erschweren das Wirthschaften außerordentlich und bewirken außerdem, daß die naturalwirthschaftliche Form bes Güterverkehrs hier noch viel größere Ausdehnung hat, als sonst in deutschen Landen. Auch ist der große Grundbesitzer im Often noch nicht ganz der moderne Unternehmer, der fremdes Kapital gegen Bins und fremde Arbeit gegen Lohn verwendet und sich im Uebrigen um seine Arbeiter nicht kümmert, sondern er ist - wenn auch nicht mehr dem Recht, so doch ber Sitte nach - noch vielfach der Herr seiner Gutsunterthanen, der sie bei vorgekommenen Vergeben züchtigt, für sie bann aber auch wieder in Noth und Unglück Sorge trägt.

In einigen dieser Gegenden ist der mittlere und kleine Grundbesitz fast vollständig verschwunden; in anderen hat er sich neben dem großen Grundbesitz

in gewissem wenn auch mäßigem Umfange erhalten.

Am einseitigsten durfte diese Grundeigenthumsvertheilung sich in Neuvorpommern und in Medlenburg gestaltet haben. In Folge des geringen gesetzlichen Schutes, den das bäuerliche Grundeigenthum in Neuvorpommern zu schwedischer Zeit fand, stehen sich in dem erst 1815 an Preußen gekommenen jetigen Regierungsbezirk Stralsund, abgesehen von den Stadtgemeinden, jett saft überall Großgrundeigenthümer und Tagelöhner, die weder ein Haus noch sonst ein Grundstück besitzen, unvermittelt gegenüber. Die ehemaligen Bauerndörser sind größtentheils verschwunden und entweder im Ganzen in selbstständige große Rittergüter verwandelt oder im Sinzelnen mit den benachbarten Gutsbezirken verzeinigt. Der Großgrundbesitz nimmt hier 80, der kleine Grundbesitz 16 % der

Grundfläche ein, der Reft gehört den Städten 3).

Und sehr ähnlich ist das Bild, das E. M. Arndt im Jahre 1856 von der Grundeigenthumsvertheilung des Großherzogthums Medlenburg- Schwerin "In Medlenburg", bemerfte diefer unermudliche Rampfer für entworfen hat. bäuerlichen Besitz und bäuerliche Freiheit, "sind nur noch hin und wieder Domänendörfer und einzelnen Stiftungen und Städten gehörige Dörfer übrig: man sieht fast Nichts als große Guter und Schlösser und nebenbei Säuschen von hin= und herziehenden Ginliegern oder jogenannten Ratenleuten. — Manches Rirchspiel hat nur noch ein halbes oder ganzes Dutend adliger Güter und oft kein einziges Dorf. Da stehen die Rittergüter mit 5 oder 6 Katen umber, wo die Tagelöhnerfamilien wohnen, welche häusig jedes Jahr in ein anderes Rirchspiel ziehen, fo daß mancher Pfarrer feine anderen bleibenden Beichtkinder hat, als die Besitzer oder Bächter der großen Güter und etwa im Kirchdorf um ihn herum in einem eigenen Bauschen einen Müller, Wagner und Schmied" 4). Doch ist dieses Bild heutzutage nur für das ritterschaftliche Gebiet zutreffend und auch da, was die Wanderungen der Tagelöhner betrifft, übertrieben.

Die in der Beilage A mitgetheilten Bahlen find bestimmt, das eben Be-

jagte zu veranschaulichen und zugleich zu belegen.

Bu den Bertheidigern des großen Grundeigenihums gehört ein Theil der Physiofraten (Suesnan, Turgot, Herrenschwand, wogegen die beiden Mirabeau für kleinen Grundbesitz sind), indem sie davon ausgehen, daß der produit net in der von dieser Schule einseitig formulirten Weise bei der grande culture en grandes fermes größer ausfalle als bei der petite culture.

Auch die ältere englische Schule, deren Borgänger in dieser Beziehung Arthur Young ist, mußte, indem sie das Reineinkommen im beschränkten Sinn des Unternehmer= und Renteneinkommens auffaßte, nothwendig für großes

Grundeigenthum fein.

Wesentlich aus politischen Gründen sind dann eine Anzahl conservativer Schriftsteller der Reuzeit (Bonald, Ad. Müller u. A.) für das große Grunde eigenthum eingetreten, das sie zu erhalten wünschen, wo es noch besteht und zu schaffen suchen, wo es dem Kleinbesits hat weichen mussen.

³⁾ Sombart, Die Fehler im Parcellirungsversahren ber preuß. Staatsdomänen. Berlin 1876. S. 8. Dazu E. M. Arndt, Berluch einer Geschichte der Leibeigensschaft in Pommern und Rügen. Berlin 1803. Dexselbe, Geschichte der Bersänderungen der bäuerlichen Verhältnisse in dem vorm. schwedischen Pommern und Rügen von 1806—1816. Berlin 1817. D. Gaebe, Die gutsherrlich bäuerlichen Bestirrerhältnisse in Neuvorpommern und Rügen. Berlin 1853.

⁴⁾ E. M. Arndt bei Biebahn, Statistift des zollvereinten und nördlichen Deutschlands. 2. Theil. Berlin 1862. S. 572.

Endlich sind auch die extremen Socialisten unserer Tage, indem sie an die Stelle bes Privateigenthums das Kollektiveigenthum größerer Verbände treten lassen wollen, für das große Grundeigenthum.

Ueber die Zerlegung dieses Grundeigenthums des Staats oder der Gesellschaft in einzelne Wirthschaftseinheiten sprechen sich die socialistischen Programme

entweder gar nicht aus oder sie widersprechen sich, wenn sie es thun.

Gehen wir nun auf eine nähere Prüfung der mit einer Vertheilung des Bodens vorwiegend unter große Sigenthümer verbundenen Bor= und Nachtheile ein, so begegnen wir zuerst der Behauptung, daß die großen Güter immer einen größeren Reinertrag geben als die mittleren und kleineren Güter, wobei natürlich vorausgesetzt wird, daß auf diesen großen Gütern auch der Großebetrieb herrscht. Diese Behauptung stützt sich auf den analogen Vorgang im Gebict der Industrie, wo der Großbetrieb in der Regel eine unbestreitbare Ueberlegenheit über den Kleinbetrieb aufzeigt.

Dabei unterläßt man es aber gewöhnlich darauf hinzuweisen, daß zwischen ber Landwirthschaft und der Industrie hinsichtlich der Bortheile des Großbetriebs

benn doch folgende nicht unwesentliche Unterschiede bestehen.

1. Zunächst kommen die Bortheile der Arbeitstheilung in der Landwirthschaft nicht in demselben Umfange zur Erscheinung, wie in der Industrie und im Handel, einmal weil die menschliche Arbeit in der Landwirthschaft überhaupt teine so wichtige Rolle spielt, wie in der Industrie, dann aber weil die Arbeitstheilung in der Landwirthschaft — wegen der verschiedenen Verrichtungen, welche hier nicht neben einander ersolgen können, sondern nach einander ersolgen müssen — nicht in demselben Waße anwendbar ist, wie in der Industrie.

2. Auch läßt sich die Beaufsichtigung der verschiedenen landwirthschafts lichen Arbeiter garnicht in der Weise des Fabrikbetriebs centralisiren, sondern muß, je größer der Umfang eines Landguts ist, um so mehr decentralisirt

werden. Dadurch aber wachsen die Arbeits= und Beaufsichtigungskosten.

3. Wie die Arbeitstheilung, so spielt auch die Maschine in der Landswirthschaft keine so wichtige Rolle wie in der Industrie, indem der landwirthsschaftliche Betrieb der Anwendung der Maschine viel größere Schwierigkeiten entgegenstellt, als der industrielle. Auch kann das in den Maschinen steckende Kapital, weil dieselben größtentheils nur in bestimmten Jahreszeiten zur Anwendung gelangen, nicht so vollkommen ausgenutzt werden, wie das in der Industrie und im Handel zur Verwendung gelangende Maschinenkapital.

4. Der Speculation ist für den Landwirth ein engeres Anwendungs= gebiet zugemessen, als für den Industriellen, weil der Landwirth den rasch wechselnden Conjuncturen (deren schleunige Ausnutzung zum Wesen der Speculation gehört) entweder überhaupt garnicht oder doch nur sehr langsam zu

folgen im Stande ift.

5. Endlich können die Vortheile des Kredits der Landwirthschaft nur in viel geringerem Maß zugeführt werden als der Industrie, weil der bankmäßige kurzfristige Kredit — der im Gebiet des Kreditverkehrs eine dominirende Stellung einnimmt — bei der längeren Dauer der Betriebsperioden dem Land-wirth nur ausnahmsweise zugänglich ist.

Ja der Mangel an Concentrationsfähigkeit des Bodens und die große Berschiedenheit, welche unter den Bestandtheilen eines Gutes vorkommen kann,

bewirken, daß der landwirthschaftliche Großbetrieb in einigen Beziehungen hinter dem Rleinbetrieb gurudftebt.

So werden durch die Beaufsichtigung der auf großen Gütern zerstreut beschäftigten Arbeiter und ebenso burch die große Entfernung der Außenfelder vom Wirthschaftshof beträchtliche Rosten verursacht. Auch ist die Arbeit des im Lohn beschäftigten Tagelöhners ober Gesindes theurer, als die des an dem Resultat seiner Arbeit personlich intereffirten fleinen Grundeigenthumers 5).

Man wird baher den obigen Cat, daß der Großbetrieb in der Land= wirthschaft einen größeren Reinertrag aufweist, in dieser Allgemeinheit in Frage stellen muffen und dagegen zu fagen haben, daß der Großbetrieb in der Landwirthschaft sich um so vortheilhafter erweift, je mehr das Kapital — im Bergleich mit der Arbeit — in demselben hervortritt und je mehr industrielle Elemente er in sich aufnimmt; so daß also diese Vortheile geringer sein werden beim reinen Ackerbau als bei der Biehwirthschaft; innerhalb der Biehwirthschaft aber wieder geringer bei der Viehzucht als bei der Milchwirthschaft verbunden mit Butter= und Kafefabrifation. Am größten endlich pflegen sie in den land= wirthschaftlichen Nebengewerben zu sein, zu denen ja auch bereits die Butter= und Käsefabrikation für den Berkauf gerechnet werden müssen 6).

Wollte man nach dieser theoretischen Deduction noch daran zweifeln, daß der Großbetrieb in der Landwirthschaft durchaus nicht immer dieselben großen Bortheile aufweist wie in der Industrie, so lassen sich diese Zweifel ein= fach durch den Hinweis auf die Thatsache beseitigen, daß ebenso in Ländern hoher und stabiler, wie in Ländern niedriger und aufsteigender Cultur die großen Grundeigenthümer es für vortheilhafter halten, ihre Guter in einzelne Stude gu zerlegen - wobei diefe Theilguter aber immer noch zur Führung eines felbst= ständigen Betriebs hinreichen — und zu verpachten, als sie im Großbetrieb selbst zu bewirthschaften oder durch Andere bewirthschaften zu lassen. So ist es in England üblich, die großen estates in kleine farms zu zerlegen und es haben diese farms im Lauf der Seit an Umsang ebensosehr abgenommen, wie die estates immer größer geworden sind. Auch wird neuerdings aus den zu Rufland ge= hörigen deutschen Oftseeprovinzen berichtet, daß es dort immer mehr üblich wird, das sogenannte Hofesland der Rittergüter in Theile zu zerlegen und diese Theile einzeln zu verpachten 7).

Freilich ein exakter Vergleich zwischen großen und kleinen Gütern mit Rücksicht auf den erzielten Reinertrag ist nur möglich, sofern die zu vergleichen= ben Güter sich lediglich durch den Umfang ihres Areals unterscheiden, im Uebrigen aber von gleicher Bodengüte sind, dasselbe Klima haben und benselben volkswirthschaftlichen Bedingungen sowie derselben Agrargesetzgebung unterworfen sind. Auch wäre zu einem exakten Vergleich erforderlich, daß in der Wirthschaft der zu vergleichenden Güter dieselben Produktionsfaktoren zur Anwendung

⁵⁾ A. Wagner, Lehrbuch ber politischen Dekonomie. Band I. Theil 1.

Grundlegung. 2. Auflage. Leipzig und Heidelberg. S. 674—676.
6) Bgl. hierüber namentlich bas von Hanffen, Agrarhistorische Abhandlungen, Leipzig 1880, G. 252 ff. über bie Biehmirthschaften in ben westbeutschen Ruftenlandicaften Gefagte.

⁷⁾ Roscher, Nationalöfonomik bes Aderbaus. Stuttgart 1873. § 48.

gelangen. Alles das trifft aber, wenn überhaupt bei jolchen Bergleichen nur in den seltensten Fallen zu. In der Regel findet die Substitution des im Großbetrieb vorwaltenden Produktionsfaktors durch einen anderen im Klein= betrieb statt. Während dort bas Kapital, von seiner engsten Verbindung mit bem Boden in Be= und Entwässerungsanlagen, fünstlicher Düngung u. f. m. an bis zur loferen Berbindung in den landwirthschaftlichen Gebäuden und den voll= ftändig mobilen Maschinen, Geräthen und Werkzeugen sowie dem lebenden Inventar. und die volkswirthichaftlich sowie technisch geschulte Intelligenz die Sauptrolle spielen, treten beim mittleren und fleinen Grundbesitz andere Kaftoren: die unermublich eifrige Sorge und Arbeit, die genaueste Renntniß der mannigfachen Eigenthümlichkeiten des Bodens und endlich die sich an die Familie des Bauern anschließende Arbeitsgliederung in erster Linie bervor. Diefe verschiedenen Produktionsfaktoren können nun aber ziffermäßig schlechterbings nicht mit einander verglichen werden, weil es keinen gemeinsamen Nenner für Dieselben giebt. Denn wie ließen sich wohl auf eine gemeinsame Biffer bringen einmal der Nutseffekt des großen Kapitals und die hochintelligente Leitung einer großen Gutswirthschaft durch einen wissenschaftlich gebildeten Agronomen und vielleicht genialen Spekulanten und andrerseits die Leistung der persönlichen Kraft in der kleinen Wirthschaft, die lediglich oder doch wesentlich durch Arbeit, Fleiß und Sorgfalt, nach einem bekannten Ausspruch Arthur Doungs, nactte Kelsen in blübende Aecker zu verwandeln vermag?

Ist aber ein einheitlich ziffermäßiger Ausdruck für die beim Groß= und Kleinbesitz in Betracht kommenden verschiedenen Produktivkaktoren nicht mög= lich, so kann auch von einem Vergleich des in beiden Fällen erzielten Rein=

ertrags nicht wohl die Rede sein.

Wir sehen uns daher auf einen Bergleich des in beiden Fällen erzielten Rohertrags beschränkt. Aber auch ein solcher läßt sich in wirklich erschöpfender Weise nur dann durchsühren, wenn auf den zu vergleichenden Grundstücken dieselben Culeturen vorkommen und dennach dieselben Produkte erzeugt werden. Denn wer wollte die auf dem großen Gut erzielten Produkte: Getreide, Zucht= und Mastevieh, Milch und ihre Fabrikate, Holz, Branntwein, Zucker u. s. w. mit den auf dem Kleinbesitz gebauten Handlespstanzen, dem Wein, Gemüse, Obst u.. s. w. in natura vergleichen wollen? Und hängt nicht der in Geld ausgedrückte Rohertrag wieder von den momentanen Marktpreisen dieser Produkte ab, die sich keineswegs in derselben Kichtung verändern?

Aber selbst wenn ein exakter Bergleich hinsichtlich der Rein- und Roherträge der großen und kleinen Güter möglich wäre, so würde das Resultat desselben allein für den Werth dieser Gütergrößen doch nicht entscheidend sein. Denn was nützt der größte Reinertrag der großen Güter — vorausgesetzt daß ein solcher unbedingt und allgemein seststände —, wenn derselbe so ungleich unter die verschiedenen an der landwirthschaftlichen Produktion theilnehmenden Klassen vertheilt wäre, daß die allgemeine oder durchschnittliche Wohlstandsstuse des Landes in Folge solcher Vertheilung des Grundeigenthums nur eine niedrige sein könnte? Oder was nützt ungekehrt der größere Rohertrag des kleinen Grundeigenthums, wenn dasselbe den Anreiz zu einer so ungeheuren Bolksevermehrung abgäbe, daß die übergroße Zahl der Landwirthe und ihrer Familien sich trotz des reichlichen Rohertrags doch in dürstiger Lage besände?

Aus den vorstehenden Gründen können wir auf eine Vergleichung der Roh- und Reinerträge der verschiedenen Gütergrößen — vorausgesetzt daß diefelbe überhaupt in exakter beweiskräftiger Weise möglich wäre — überhaupt kein so großes Gewicht legen wie die älteren Theoretiker. Wir suchen statt dessen die volkswirthschaftliche Eigenart der verschiedenen Typen der Grundeigenthumsvertheilung auf andere Weise so vollständig und genau als möglich zu ermitteln und zur Darstellung zu bringen, wobei wir mit der Aufzählung der Borzüg: beginnen und denselben die Nachtheile folgen lassen.

Bunächst befindet sich das große Grundeigenthum gegenwärtig weitaus in den meisten Fällen — Ausnahmen kommen in Schlesien, in der Mark Brandensburg, namentlich aber im deutschen Süden vor — in geschlossener, mehr arronsbirter Lage als das kleine Grundeigenthum und genießt alle Vortheile einer

solchen.

Tieser Vorzug wiegt aber um so schwerer, je mehr gerade die großen Güter es sind, welche sich vorzugsweise im Besitz oder doch in der Bewirthschaftung technisch und volkswirthschaftlich gebildeter Männer befinden, deren Bestreben dahin geht, ihre Wirthschaft sowohl in Einklang mit den Forderungen der Wissenschaft als auch mit den allgemeinen volkswirthschaftlichen Konjunkturen zu setzen. Es haben daher alle großen Fortschritte in der Landwirthschaft ihren Ansang auf großen Gütern genommen. So z. B. die Umgestaltung der Dreisselberwirthschaft mittels Futterbau und Stallsütterung nach dem Muster von Würschwitz auf den Domänen und Nittergutswirthschaften in den Sächsischen, Thüringischen und Anhaltischen Ländern.

Der Vorzug intelligentester wirthschaftlicher Leitung kommt aber nicht nur bem solchergestalt bewirthschafteten Besitz selbst zu Gute, sondern wirkt auch über dieselben hinaus anregend und belehrend auf die Nachbarn, was namentlich für die Kleineren von großer Bedeutung ist, so daß die Besitzer großer Güter mit Recht als die Pioniere landwirthschaftlicher Cultur angesehen werden.

Der große Sinfluß, den sie namentlich auf das benachbarte bäuerliche Grundeigenthum ausgeübt haben, äußert sich sowohl bei der Sinführung neuer Culturarten, als bei Verwendung und Verbesserung arbeitsparender Werkzeuge und Maschinen, vor allem aber bei dem Uebergang zu neuen intensiven Wirth-

schaftssystemen 8).

In letterer Beziehung namentlich ift bemerkt worden, daß die Bauern nach der Separation anfangs eine Zeit lang unsücher über die nunmehr vorzunehmende Sintheilung ihrer Felder und die Feststellung der Fruchtsolge auf denselben hin und her geschwankt haben, die sie sich endlich entschlossen, das von den großen Gütern ihrer Nachbarschaft befolgte Wirthschaftssisstem unter den Modifikationen, welche das kleine Grundeigenthum und das oft unverhältnismäßig geringere Betriebstapital neben verhältnismäßig stärkeren Arbeitskräften erheischen, gleichfalls anzunehmen.

Bu einem schwunghaften Betrieb der Landwirthschaft gehört Kapital und zwar in der Gegenwart viel Kapital, das entweder mit dem Boden untrennbar

⁸⁾ Bernhardi, Kritik ber Gründe u. f. m. S. 27, 28. Rofcher, Nationalökonomik bes Aderbaus. § 49. Hanffen, Agrarbiftorische Abhandlungen. S. 170, 377.

verbunden wird und dann nach längeren oder kürzeren Perioden in dem ershöhten Ertrage zur Erscheinung gelangt oder das eine weniger enge Verbindung mit dem Boden eingeht oder das endlich nur ideell seinem Verwendungszweck nach zu dem Boden in Beziehung tritt. Hinsichtlich der Möglichkeit, reichlich Kapital auf das Grundeigenthum zu verwenden, ist der große Besiger nun in der Regel besiger gestellt, als der mittlere und kleine, sei es daß er das Kapital neben seinem Gut besigt oder dasselbe aus den reichlichen Erträgen desselben erzeugt oder sich auf dem Wege des Kredits beschafft. So ist es nicht nur auf die größere Intelligenz der Betriedsleiter zurückzusühren, wenn Versuche zur Verbesserung der Landwirthschaftlichen Technik vorzugsweise auf großen Gütern unternommen werden, sondern auch auf ihre Fähigseit, das Mislingen solcher Versuche eher ertragen zu können. Dieses Risiko können die großen Gutsbesitzer eben wegen ihres größeren Kapitalbesitzes und ihrer größeren Kreditsfähigkeit leichter übernehmen und tragen als die mittleren und kleinen Besitzer.

Was namentlich den letzteren Bunkt — die Kapitalbeschaffung auf dem Wege des Kredits — betrifft, so haben die für die Benutzung des Kredits zu Meliorationszwecken zwecknäßig eingerichteten Institute, die sog. Landschaften, erst in der letzten Zeit ihre Operationen auch auf das bäuerliche Grundeigenthum auszudehnen angefangen, ohne dasselbe bei der Kreditgewährung doch in allen Beziehungen den Kittergütern gleich zu stellen. Auch sind diese Kreditinstitute für die Bedürfnisse des mittleren und kleinen Grundeigenthums lange nicht auszreichend, so daß für dieses nothwendig besondere Kreditorganisationen geschaffen werden müssen, wofür in der Gegenwart nur erst einige dürftige Anfänge

vorliegen 10).

Allerdings ift mit dieser größeren Kreditfähigkeit des großen Grundeigensthums zumal bei der gegenwärtig üblichen Berschuldungsform zugleich die Gefahr, daß dieselbe misbraucht d. h. über Gebühr ausgenutt werde, verbunden. Doch ist einer solchen Gefahr jede bevorzugte Stellung in höherem Grade ausgesetzt

als eine weniger bevorzugte.

Ein weiterer Vortheil bes großen Grundeigenthums ift es, daß manche Bobenmeliorationen entweder nur auf demselben oder doch auf demselben viel Leichter durchzuseigen sind, als auf dem mittleren und kleinen Grundeigenthum. So sind ohne staatlichen Zwang und ohne staatliche Zuschüffle große Ent= und Bewässerungen, Deichbauten, Arrondirungen 2c. auf kleinem und namentlich zerstückeltem Grundeigenthum wegen der großen Schwierigkeit, eine Einigung unter den vielen Besitzern herbeizusühren und das nöthige Kapital zu beschaffen, kaum durchführbar ¹¹).

Wenn die Arbeitstheilung sich im Landwirthschaftlichen Großbetrieb auch nicht in derselben Ausdehnung durchführen läßt wie in der Großindustrie, so gewährt sie dem großen Grundeigenthümer hinsichtlich einiger Culturarten immerhin

⁹⁾ Bernbardi, Kritif der Gründe. S. 428. 10) Bernhardi, Kritif der Gründe u. s. w. S. 31, 426. Meigen, Der Boden u. s. w. Bb. III. S. 140 ff. Marchet, Der Kredit des Landwirths, in den Landwirthschaftlichen Jahrbüchern. Bb. 7. S. 341 ff. v. Miaskowski, Wie kann der Berschuldung des Grundbesities in Zukunft gesteuert werden? in der Baltischen Monatsschrift. Zahrg. 1882. Heft 4. S. 323 ff.

¹¹⁾ Bernhardi, Kritif ber Gründe. G. 33.

einen bedeutenden Vorsprung vor dem mittleren und kleinen. Das gilt sowohl für die Landwirthschaft selbst wie namentlich für die Landwirthschaftlichen Nebengewerbe, indem der große Besitz es namentlich auch ermöglicht, neben einer rationellen Generalleitung noch besonders qualiszirte Spezialisten, wie Viehzüchter, Gärtner, Forstleute, Branntweinbrenner, Bierbrauer, Rübenzuckersabrisund Molkerei-Dirigenten 2c. zu verwenden 12).

Auch kann durch bessere Ausnutzung des stehenden Kapitals: der Gebäude, Maschinen, des Nutzviehs, der Transportmittel 2c. von den großen Grundbesitzern an Generalkosten viel gespart und durch billigen Engros-Einkauf der als um-laufendes Kapital dienenden Güter mancher Bortheil gegenüber dem kleineren

Besitz erzielt werden 13).

Wenn die Benutung günstiger Absatsonjunkturen in der Landwirthschaft auch keine so große Rolle spielt wie innerhalb der für den Weltmarkt arbeitenden Industrie, so kommen dem großen Grundbesitzer doch auch in dieser Beziehung seine größere Kapitalkrast und Kreditsähigkeit zu Gute, weil sie ihm die Möglichkeit des Abwartens ungünstiger und der raschen Benutung günstiger Konjunkturen beim Verkauf seiner Produkte in höherem Grade gewähren, als sie dem mittleren und kleinen Besitzer eigen ist.

Indes ist dieser Borzug des großen Grundeigenthums wesentlich privatwirthschaftlicher Natur, und es kann seine rücksichtslose Ausnutzung der Gesammtheit sogar verderblich werden. Ein solcher Fall würde z. B. bei allzu langer Aufspeicherung von Getreidevorräthen namentlich in abgelegenen Gegenden in

Beiten der Noth (Belagerung, Rrieg, Hungersnoth 20.) vorliegen 14).

Neuerdings ist dann noch darauf aufmerksam gemacht worden, wie der große Grundbesitzer ferner hinsichtlich des Absatzes seines Getreides sich dadurch in besserrer Lage befindet als der kleine Besitzer, daß der große Kausmann wie der Mühlenindustrielle ihren Getreidevorrath lieber im Großen ankausen, weil es ihnen zu umständlich ist, sich ihren Bedarf aus vielen kleinen Posten, die zusdem gewöhnlich von verschiedener Sualität sind, zusammenzusetzen, während der Bauer lediglich auf die nächsten kleinen Müller und Bäcker sowie auf Zwischenhändler, die auf die Berkaufspreise mehr zu drücken pslegen als die Großkausseute, angewiesen ist 15).

Ferner können manche großen Gewinn bringende und namentlich auch wegen ihrer zurückbleibenden Abfälle für die Landeskultur wohlthätige landwirthschafteliche Nebengewerbe wie z. B. die Branntweinbrennerei, die Bierbrauerei, die Stärkefabrikation, die Delbereitung, die Rüben= und Milchzuckersabrikation, die Käserei zc. entweder nur oder doch besser auf größeren Gütern betrieben werden. Zwar hat man in Ländern mit kleinem und mittlerem Grundeigenthum durch Zusammenpachten desselben zu größeren Wirthschaftskomplezen oder durch Zusammenkauf der Produkte des kleinen Grundeigenthums und durch genossenschaftlichen Betrieb der Nebengewerbe die Vortheile des Großbetriebes der

¹²⁾ Rofcher, Nationalokonomik des Uderbaus. § 49. Bernhardi l. c. S. 34.

¹³⁾ Roscher l. c. § 49. Bernharbi l. c. S. 32. 14) Bernharbi l. c. S. 34, 36, 439.

¹⁵⁾ Conrad in seinen Jahrbildern für Nationalösonomie und Statistis. Bb. XXXIV. Heft 3. S. 232.

Produktion zuführen wollen. Es genügt in dieser Beziehung an die genossenschaftlichen Käsereien der Schweiz und an die genossenschaftliche Kübenzuckerfabrikation in der Produnz Sachsen 2c. zu erinnern. Aber solche Beranskaltungen haben doch nur den Charakter von momentanen Nothbehelsen, an deren Stelle nothwendig im Laufe der Zeit eine dem Großbetrieb entsprechende Bertheilung des Grundeigenthums treten muß und wird. Wer an dem engen Zusammenhang, der zwischen der Größe der landwirthschaftlichen Betriebseinheiten und der Besitzeinheiten besteht, dergestalt daß schließlich die Größe der Betriebseinheiten auch den Umfang der Landgüter bestimmt, zweiseln sollte, den verweisen wir auf die Ablösungsgesetzgebung unsers Jahrhunderts, welche den Umfang des bäuerlichen Grundeigenthums im großen Ganzen entsprechend dem Umfang der Jahrhunderte alten Bodennutzung bestimmte, sowie auf die neueren Borgänge in den Distrikten des Kübendaus, wo parallel mit der Entwickelung des Großbetriebs in der Kübenzuckersabrikation auch eine Bergrößerung der rübenbauenden Güter zu gehen scheint 16).

Ferner sind manche einträgliche Arten der Bodenkultur, wie namentlich die Forstwirthschaft und einige Zweige der Biehzucht, und unter diesen wieder des sonders die Mastwirthschaft, die Pferdes und Schafzucht, entweder nur auf

großen Gütern möglich oder doch hier am beften durchführbar.

Die genossenschaftliche Bewirthschaftung kleiner im Privateigenthum befindlicher Waldslächen dagegen ift außerordentlich schwierig und ohne tiefgehende Eingriffe der Staatsgewalt garnicht durchzuführen, wie namentlich die neueren schweizerischen und deutschen Erfahrungen lehren. Die Schafweide auf der gesammten Gemeindeslur ferner ist nur ein Nothbehelf, der dort Unwendung findet, wo die Weidegerechtigkeit noch besteht, wie z. B. in einem Theil Würtembergs 17).

Von besonderem Werth ist das große Grundeigenthum namentlich in Ländern, in denen in Folge der natürlichen oder volkswirthschaftlichen Voraussfetzungen (unfruchtbarer Boden, bedeutende Höhenlage, rauhes Klima 2c. — dünne Bevölkerung, geringes Kapitalvermögen, mangelhafte Kommunikationsmittel, niedrige Getreidepreise 2c.) die Benutung des Bodens als Wald, Weide und Wiese die einzig mögliche oder doch wenigstens die vortheilhafteste ist. Dies ist noch heutigen Tags in Deutschland in manchen Gebirgsgegenden, so 3. B. im Schwarzwald, in den Alpen sowie in einigen ebenen Gegenden des Ostens der Kall 18).

Endlich wird für das große Grundeigenthum noch geltend gemacht, daß dasselbe sich außerordentlichen Kalamitäten, wie Feuersdrünsten, Hagelschlag, Biehsterben, Kriegsverwüstungen, Krisen z.c. gegenüber widerstandsfähiger zeigt als der kleine und mittlere Besitz 19).

¹⁶⁾ Rojder l. c. § 49. Bernhardi l. c. S. 29, 428.

¹⁷⁾ Bgl. übrigens das würtembergische Gesey über die Ausübung und Ablösung ber Weiderechte auf landwirthschaftlichen Grundstücken vom 26. März 1873. Hand-ausaabe mit Ersauterungen pon L. Schwanduer. Stuttgart 1873.

ausgabe mit Erläuterungen von L. Schwandner. Stuttgart 1873.
18) Roscher I. c. § 50. Bernhardi I. c. S. 29. v. Miaskowski, Die Bersassung der Land-, Alpen- und Forstwirthschaft der deutschen Schweiz. Basel 1878. S. 88 ff.

¹⁹⁾ Roscher, Nationalökonomik des Ackerbaus. § 49. Bernhardi l. c. S. 31.

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung.

Indeß wird dieser Borzug wohl nur auf vorübergehende Kalamitäten einzuschränken und nicht auch auf längere Zeit andauernde Kriege und dgl. m. auszudehnen sein. Wenigstens scheinen zur Zeit der Napoleonischen Kriege die Rittergutsbesitzer nicht nur nicht weniger, sondern sogar entschieden stärker gesitten zu haben als die Bauern. War es doch nothwendig den ersteren nach der Schlacht von Jena ein Moratorium zu gewähren, das von 1806 bis 1811 währte, um sie vor vollständigem Ruin zu retten. Dagegen haben die deutschen Bauern auch ohne solche außerordentliche Hilssmittel sowohl im 30-wie im 7 jährigen Kriege und zur Zeit der Napoleonischen Invasion sowie der Befreiungskriege eine wunderbare Zähigkeit gezeigt.

Auch scheint das bäuerliche Grundeigenthum sich von den Schlägen dieser letteren Kriege rascher erholt zu haben, als die Rittergüter. Denn die Ritterzgüter der Kurmark waren 1827 (wo die früheren politischen und wirthschaftzlichen Unfälle noch nachwirkten) zu 27 Millionen Thalern geschätzt und mit 21 Millionen Thalern hypothekarisch verschuldet; dagegen hatten die Bauernzgüter, zu 31 Mill. Thalern geschätzt, blos $6^{1/2}$ Mill. Hypothekenschulden 2^{0}).

Indes darf der zwischen jett und einst bestehende Unterschied nicht überssehen werden. Denn in Zeiten der Leibeigenschaft und Gutsunterthänigseit pflegten die von solchen Kalamitäten getroffenen Bauern ihrem Herrn die Abgaben einsach schuldig zu bleiben und mußten von diesem in seinem eigenen Interesse doch erhalten werden. Dasselbe gilt auch für Zeiten unmittelbar nach Aushebung der Gutsunterthänigseit, weil der Bauer gewöhnlich noch für eine kurze Krist einen extraordinären gesetzlichen Schutz genoß. Heute jedoch wo der Bauer ganz auf sich selbst gestellt ist, scheint seine Lage gegenüber Krisen, wie wir eben eine durchleben, schwieriger geworden zu sein.

Wenn die exekutivischen Realitätenverkäufe sich in einem Lande stark vermehren, so wird wohl nicht daran zu zweiseln sein, daß die allgemeinen Bershältnisse — im gegebenen Fall das, was wir landwirthschaftliche Krisis nennen — hierzu das ihrige beitragen. Sehen wir dann, daß von dieser Krisis der letzten Jahre bestimmte Grundeigenthumskategorien weniger betroffen werden als andere, so werden wir annehmen dürsen, daß die Widerstandsfähigkeit jener eine größere ist als die Widerstandsfähigkeit dieser.

Rach den Aufzeichnungen der Tabularbehörden in den im De fterreich ischen Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern bezisserte sich die Zahl der exekutivisch verkauften Realitäten:

```
im J. 1875 auf 5 005 mit einem Erlös von 15 896 004 fl.

" 1876 " 6 342 " " " 26 050 428 "

" 1877 " 7 981 " " " 31 795 395 "

" 1878 " 10 264 " " " " 34 149 056 "

" 1879 " 12 360 " " " " 36 680 140 "
```

Unterscheidet man die auf die einzelnen Eigenthumskategorien entjallenden Exekutionen und scheidet man ferner den nicht hierher gehörigen Montansbesit sowie den städtischen Besits aus, so zeigt sich, daß im Durchschnitt die Zahl der Exekutionen im Landtäflichen (d. h großen) Grundeigenthum sich

²⁰⁾ Sanfemann, Preußen und Franfreich, S. 221 bei B. Reichenfrerger, Die Ugrarfrage. Trier 1847. S. 98.

gleich geblieben ift, und nur der Erlös je nach der Größe der zufällig in dem betreffenden Jahr zur Veräußeruung gelangten Güter erheblich gewechselt hat, während das sonstige (also ländliche Mittel- und Klein-) Gigenthum eine konfequente Steigerung sowohl der Exelutionsfälle wie der gelösten Summen ausweist.

Landtäfliches Grundeigenthum.			deigenthum.	Sonstiges Grundeigenthum.		
	Zahl verfa	der exetutivisch uften Realitäten	Gesammterlöß des Berkaufs in fl.	Zahl der ezekutivisch verkauften Realitäten.	Gesammterlös des Vertaufs in fl.	
187	75	32	1108316	4585	9451391	
187	76	27	1798371	5577	12470272	
187	77	2 9	2695780	6948	15686159	
187	78	37	2003916	9123	18698548	
187	79	3 4	1452512	11238	22415608^{21}	

Diesen Lichtseiten des großen Grundeigenthums, die übrigens nur dann hervortreten, wenn seine Besitzer zugleich mit genügender landwirthschaftlicher Bildung und ausreichendem Kapital versehen sind, müssen folgende Schattensseiten desselben gegenüber gestellt werden.

Gehören die ersteren hauptsächlich dem Gebiet der Produktion an, so zeigen sich die Nachtheile vorzugsweise auf dem Gebiet der Gütervertheilung

und der socialen Gliederung.

Wo sich der Grund und Boden hauptsächlich in große Güter aufgetheilt findet, da wird das aus der Landwirthschaft stammende Einsommen sich unter wenige Gigenthümer und viele besitzlose Arbeiter und Dienstboten in der Weise vertheilen, daß ausschließlich die ersteren ein Renten= und Unternehmereinkommen beziehen, die letzteren dagegen sich mit dem verabredeten Lohn begnügen müssen. Mithin wird die Lebensstellung der zahlreichsten Klasse sich hinsichtlich ihrer Höhe von der der Fabrikarbeiter nur wenig unterschieden. Wo der Boden sehr ergiebig ist und die sonstigen Verhältnisse ihnen günftig sind, werden sie zwar besser leben können als in ärmeren Gegenden. Allein die Frucht ihrer Arbeit verbleibt ihnen doch nur zu einem geringen Theil. Der größere Theil dagegen wandert in die Tasche der wenigen Grundbesitzer, die ihn allenfalls mit den Pächtern, Wirthschaftsinspektoren und sonstigen Beamten theilen. So besteht denn beim Vorwiegen des großen Grundeigenthums selbst bei sehr fruchtbarem Boden nur ein sehr mäßiger allgemeiner Wohlstand. Ja die durchschnittliche Wohlstandsstusse kann sehr tief stehen, wenn der Vodenertrag in Folge ungünstiger klimatischer Boden= und Absatzerhältnisse ein geringer ist.

Diefe ungunftige Sinkommens= und Bermögensvertheilung spiegelt fich unter Anderem in dem geringen durchschnittlichen Lebensalter der betreffenden Bevölkerung ab.

So kommen von 1000 Personen der männlichen Bevölkerung auf die Altersklassen von 60 und mehr Jahren:

²¹⁾ Windler, Realitätenversehr und Realitätenbelastung in ben im Reichsrath vertretenen Königreichen und Ländern im J. 1879, in der Oesterreichischen statistischen Monatsschrift Jahrgang VI (1880). S. 496, 497.

im Durchschnitt der preußischen Monarchie 68 Personen und ebenso in der Rheinproving . . . in Westphalen sogar 69 dagegen in der Provinz Pommerr. 64 Breußen 58 Posen 56

Mit der durch die Auftheilung des Bodens in lauter große Guter ge= gebenen ariftofratischen Gintommens= und Bermögensvertheilung hangt es fodann zusammen, daß die großen Grundbesitzer ihr Einkommen vielfach zu Luxuszweden verwenden. Der Lurus aber mählt sich vorzugsweise Begenstände aus der Fremde. So wird denn durch die Konsumtionsgewohnheiten der großen Grundbesitzer die inländische Industrie wenig gefordert. Gine solche wird sich baher in Ländern mit vorwiegendem Grofgrundeigenthum nur entfalten können unter der Boraussetzung, daß sie start zu exportiren vermag. Gine Industrie, die hauptsächlich auf den Export angewiesen ist, ist aber viel weniger sicher und fest gegründet als eine solche, die ihren Absat im Inlande hat 23).

Auf die durch die standesmäßige Lebenshaltung bedingten Luxusgewohnheiten der großen Grundbesitzer ift es sodann zurudzuführen, daß sie ihre Güter nur zum Theil zu produktiven Zwecken verwenden, zum Theil dagegen auch als Mittel ansehen, um gewisse personliche Liebhabereien

zu befriedigen.

Bu den besonderen Unnehmlichkeiten des Landlebens gehören aber nament= lich ausgedehnte Parkanlagen, weite Jagdgründe, Gewässer zum Fischen und Rudern u. f. w. Wie wünschenswerth solche Anlagen nun auch für die höheren Klaffen eines wohlhabenden Bolks im Allgemeinen find, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß ihre zu große Ausdehnung — namentlich in Ländern mit bichter Bevölkerung und steigenden Breisen der Bodenprodukte für die Gesammtheit schädlich werden kann. Es genügt in diefer Beziehung auf England und Schottland zu verweisen. Aber auch in Deutschland finden sich in einzelnen Gegenden — Schlesien, Mecklenburg, Bommern 2c. — Anfate zu einer folden durch ben Gefammtzuftand der Bolfswirthichaft nicht gerechtfertigten Ausdehnung der Bodennutzung zu rein persönlichen Luxuszwecken 24).

Die eben erwähnte Art unproduktiver Benutzung des Bodens pflegt aber nicht immer auf freier Wahl zu beruhen. Zum Theil ist sie auch durch den

Mangel an Rapital und Arbeitern geboten.

Dieser letztere Mangel tritt im Often vielfach in den umfangreichen der Urbarmachung noch harrenden Ländereien, den ausgedehnten Beidetriften und Bäldern zc. zu Tage. Wo folch ein Mangel an Harmonie zwischen den drei Produktionsfaktoren besteht, wo dem Grund und Boden die zur vollen produktiven Ausnutung erforderlichen beiden übrigen Faktoren fehlen, spricht man mit Recht von Latifundien. Das Vorkommen derselben ist bereits im Unfang

²²⁾ Bh. Geper, Untersuchungen über Quellen und Umfang bes allgemeinen Bohlstandes in Deutschland, in Holtsendorsse Brentano's Jahrbuch für Gesetzgebung, Berwaltung und Bollswirthschaft. Jahrgang IV (1880). I. S. 49. II. S. 11.
23) Bernhardi, Kritif der Gründe u. s. w. nach Riedel S. 436.
24) v. d. Goly, Die Bedeutung der Latifundienwirthschaften, in der Deutschen

Revue. Jahrg. 6 (1881). Heft 1. S. 12.

ver Jahrhunderts vom Freiherrn von Stein im Gelbern'schen u. a. D. beobachtet und verurtheilt worden, indem er schreibt: "Berderblicher noch als unbegränzte Theilbarkeit des Eigenthums ist dessen Anhäufung in übermäßigen Massen, die von wenigen Reichen befessen werden" ²⁵). Und heute wiederum wie vor siebenzig Jahren macht ein hervorragender Kenner der preußischen Landwirthschaft darauf ausmerksam, daß in den sechs östlichen Provinzen der preußischen Monarchie ein verhältnismäßig großer Theil des Landes theils beweidet wird, theils brach liegt und zwar brach liegt, weil man den Mangel an Arbeitskräften nicht durch arbeitsparende aber kapitalbeanspruchende Sinrichtungen zu ersetzen vermag. "Her haben wir, so äußert sich unser Gewährsmann, den Hauptgrund, warum es mit der Landwirthschaft im Osten heute so traurig aussieht und warum in ganzen Kreisen Gut bei Gut zu verkausen steht" ²⁶).

Mithin droht die Bertheilung des Bodens in lauter große Güter ebenso leicht in Latifundienbildung überzugehen, wie das einseitig vorwiegende Kleine

Grundeigenthum leicht in Zwerggütlerei ausartet.

Indem der Latifundienbesitz zu einer so extensiven Bewirthschaftung des Bodens führt, wie sie der nach immer stärserer Intensität des Andaus hinsdrüngenden allgemeinen Kultur nicht entspricht und indem daneben wieder große Flächen zur Befriedigung rein persönlicher Luxusbedürfnisse dienen, wird die Institution des Privateigenthums in ihrer Anwendung auf den Grund und Boden diekreditirt.

Daß es in einigen Theilen Deutschlands an sehr ausgedehnten und den Charakter der gesammten Grundeigenthumsvertheilung bestimmenden Latifundien keineswegs fehlt und daß man in Beziehung auf die Grundeigenthumsvertheilung hier von "England in Deutschland" sprechen könnte, mogen folgende Bahlen In den 19 landräthlichen Rreifen des Regierungsbezirks Oppeln (Oberschlesien) sind von 1193 selbstständigen Gutsbezirken 528 in der Hand von nur 49 Bersonen, wobei der Domanenfiskus und das Rönigliche Hausfideifommiß als 2 Berfonen gerechnet worden find. Von 27 unter diefen 49 Ber= sonen besitzen je eine 58, 51, 49, 47, 38, 29, 26, 24, 20, 16, 12, 11, 6 und je zwei 21, 18, 15, 10, 9, 8 und 7 Gutsbezirke; die übrigen 22 Ber= sonen besitzen weniger als 6, aber mehr als einen Gutsbezirk. Bon biefen 528 Gutsbezirken haben manche einen fehr großen Umfang; wir begegnen namentlich beim fistalischen Besitz Complexen bis über 30 000 Morgen. Auch grenzen die einem Besitzer gehörigen mehreren Gutsbezirke bisweilen aneinander und bilden auf diese Beise einheitliche Flächen von fehr weitgehendem Umfange 27).

Der größte Nachtheil des ausschließlichen Großgrundeigenthums besteht

²⁵⁾ Perty, Das Leben bes Ministers Freiherrn v. Stein. Berlin 1851. Bb. VI. S. 34.

²⁶⁾ Sombart, Die Fehler im Parzellirungsversahren ber preußischen Domänen. Berlin 1876. S. 45. Derselbe, in den Berhandlungen des preußischen Landes-Detonomie-Rollegiums von 1879. Sitzungsprotokolle S. 186. v. d. Golt, Bedeutung der Latifundienwirthschaften, in der Deutschen Revue 1881. Heft 1. S. 7. 10.

S. 7, 10.
27) Nach bem schlesischen Güter-Abrefibuch, unter Berücksichtigung von amtlichen Suellen herausgegeben von dem t. Steuerrath Pastorsff. Bressau 1876.

aber wohl in der Kluft, die durch dasselbe zwischen den wenigen Besitzenden und den vielen Besitzlosen erzeugt wird, eine Kluft, die durch das aufsehende Personal, zu dem die Verwalter, Oberknechte, Baumeister, Oberschäfer, die Wirthinnen, Molkereivorsteherinnen, Oberköchinnen 2c. gehören, nicht auszgefüllt wird.

Obzwar die den Grundeigenthümern gegenüber stehende Klasse der Arbeiter und Dienstboten in sich wieder mannigsach abgestuft ist, so ist doch allen ihren Gliedern der Mangel an Grundeigenthum und die Schwierigkeit dasselbe zu

erlangen gemeinsam.

Und diese kein Land besitzende Klasse bildet in benjenigen Theilen Deutsch= lands, in benen bas große Grundeigenthum einseitig vorwiegt, die Regel.

Die Bauern sind hier spärlich gesäet und auch die Alasse der Hausler, (auch Büdner, Eigenkäthner, Käthner, Köthner, Kossäten genannt), die ein kleines Häuschen (Kothe, Kathe) entweder ohne jegliches Land oder höchstens mit ein paar Morgen ihr Sigen nennen und einen Theil des Jahrs für Tagelohn arbeiten müssen, ist für die sociale Gliederung dieser Gegenden von keiner Bebeutung. Zudem wird aus mehr als einem durch das Vorwiegen des großen Grundeigenthums charakterisirten Landskrich berichtet, daß die Zahl der besitzenden

Tagelöhner im Rudgang begriffen ift 28).

In dem Maage, wie diese freien grundbesitzenden Tagelöhner in einer Gegend abnehmen, sehen sich die großen Grundbesitzer dann gezwungen, sich die nothige Arbeitstraft für ihre Wirthschaft durch den Bau eigener Wohnungen, auch Kathen genannt, und die Ansiedelung von sog. Gutstagelöhnern zu beschaffen. Diese kontraktlich in der Regel auf ein Jahr gebundenen Gutstagelöhner, im nördlichen und nordöftlichen Deutschland auch Hoftagelöhner, Dienstleute, Forst= leute, Gärtner, Fornals, Kontrakter genannt, treten zu dem Gutsherrn in ein berart festes Kontraktverhältniß, daß sie allein oder mit einem oder mehreren Gehilfen (Scharwerkern) jenem das ganze Jahr hindurch ihre Thätigkeit zu widmen haben, wofür fie außer der Wohnung und Stallung gewisse Raturalemolumente, Deputat genannt (Brennmaterial, Futter und Beide für eine Ruh, ein oder einige Schaafe, Schweine und Banfe, Korn zu einem mäßigen festen Breife 2c. sowie ein Stud Flachs- und Kartoffelland und eine Quote - gewöhnlich den 17. Scheffel — des gedroschenen Getreides), und einen bestimmten Tagelohn empfangen. Die Gutstagelöhner sind in der Regel verheirathet und führen eine eigne kleine Wirthschaft, deren Besorgung zum größten Theil der Frau ober den Kindern zufällt. Frau und Kinder pflegen übrigens in Zeiten ber Ernte auch in der Gutswirthichaft gegen Tagelohn zu arbeiten. Das Kontraktverhältniß der Guistagelöhner zur Gutsherrichaft pflegt gewöhnlich von Martini zu Martini zu laufen und sichert ihnen außer den oben aufgeführten Geld= und Naturalemolumenten auch freie Schule für ihre Kinder, ärziliche Behandlung, Medizin und eventuell Armenunterstützung.

²⁸⁾ So mirb aus einigen Gegenden der öftlichen Provinzen Preußens, aber auch aus einigen Theilen Thüringens berichtet, daß innerhalb der letzen 30—40 Jahre der grundbesitzenden Arbeiter von Jahr zu Jahr weniger geworden sind und daß der noch vorhandene Grundbesitz vielfach nur ein Scheinbesitz ift, indem er überschuldet ift. Trümpelmann, Bilder aus den Berhältnissen der ländlichen Arbeiterbevölkerung in Thüringen, Essag Beststallen und Oftfriesland. Gotha 1874. € 7.

Der naturalwirthschaftliche Habitus dieser kleinen Leute wird auch noch dadurch charakterisirt, daß sie sich wenigstens in Pommern aus der selbsterzeugten Wolle ihrer Schaafe sowie aus dem selbstgebauten Flachs die Stoffe zu ihrer Kleidung selbst spinnen und weben. Die erübrigte Wolle aber wird an den

Handelsmann, der zu diesem Zwede das Land durchreift, abgegeben.

Diese Gntstagelöhner kommen in Süddeutschland garnicht vor, und auch in Mitteldeutschland spielen sie nur eine untergeordnete Rolle. Um zahlreichsten sind sie dagegen in den Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum vertreten: so in den preußischen Provinzen Pommern, Preußen, Posen und Brandenburg sowie im Großherzogthum Mecklenburg. Aber auch in einzelnen Theilen Schleswigs Holfteins, Lauenburgs und Hannovers kommen sie noch häusig vor. In den preußischen Provinzen Sachsen und Schlesien treten sie dagegen an Zahl und Bedeutung hinter den freien Tagelöhnern zurück.

Diese pflegen gewöhnlich in Miethwohnungen bei Bauern zu wohnen und finden sich namentlich dort in größerer Zahl vor, wo sich in der Nähe der großen Güter Dörser erhalten haben. In einigen Gegenden werden diese Art Tagelöhner als Einlieger bezeichnet. Sie sind, nicht nur rechtlich sondern auch wirthsichaftlich betrachtet, ganz freie Arbeiter, die durch kein sestes Kontrakt-verhältniß an ein bestimmtes Gut gesesselt sind und ihren Verdienst als freie

Feldarbeiter :c. suchen, wo fie ihn finden.

Rächst den kontraktlich gebundenen Arbeitern liefern in den Gegenden mit vorwiegendem Großgrundbesit die Dienstboten oder das Gesinde das größte

Arbeiterkontingent.

Das Gesinde besteht aus denjenigen ländlichen Arbeitern, welche sich zu einer bestimmten Reihe von Dienstleistungen ihrem Arbeitgeber gegenüber verspslichtet haben und dafür außer einem sesten für längere Termine vereinbarten Geldlohn volle Naturalverpslegung im Hause ihres Brodherrn empfangen. Das Gesinde, namentlich das weibliche, pslegt gewöhnlich unverheirathet zu sein. Doch hat man in letzter Zeit vielsach, namentlich in den Großgüterbezirken Norddeutschlands, gezwungen durch den Mangel an unverheiratheten Knechten, das Institut der verheiratheten Knechte eingeführt. Diese sind, wenn sie für den Arbeitsherrn auch manche Unbequemlichseit mit sich bringen, in manchen Beziehungen zuverlässiger als die unverheiratheten und wechseln auch nicht so leicht den Dienst wie diese.

Hervorzuheben ist hier noch, daß für das unverheirathete Gesinde in neuerer Zeit vielkach an Stelle des früher allgemein üblichen Jahreslohns der Monatsoder gar Wochenlohn getreten ist. Diese Veränderung hängt mit der in ganz Deutschland gemachten Ersahrung zusammen, daß die Arbeiterklasse sich heutzutage nur ungern dem Gesindedienst widmet. Besonders gilt dies von dem
männlichen Gesinde.

Das Einkommen und ebenso die Lebenshaltung der ländlichen Arbeiter in den Gegenden mit großem Grundbesitz ist keineswegs, wie man vielkach

namentlich im Guden und Gudweften annimmt, immer eine niedrige.

Dies gilt namentlich von den freien Tagelöhnern und dem Gesinde. Denn wenn man absieht von dem sehr hohen Tagelohn in der Umgebung größerer Städte und in einigen Gegenden des Elsaß, so sinden sich — nach den Angaben der von dem Kongreß deutscher Landwirthe zur Ersorschung ber Lage der ländlichen Arbeiter im deutschen Reich niedergesetzen Enquète-Kommission — mit die höchsten Löhne für landwirthschaftliche Arbeiter in Gegenden, in denen der große Rittergutsbesitz prävalirt. So namentlich im Regierungsbezirk Stralsund, wo der durchschnittliche Tagelohn im Ansang der siebenziger Jahre 18,2 Sgr. betrug, während derselbe in den beiden angrenzenden pommerschen Regierungsbezirken Röslin und Stettin, in denen der mannigsfach abgestuste mittlere und kleine Grundbesitz start vertreten ist, nur 13 resp. 12,5 Sgr. ausmachte.

Verhältnismäßig noch höher sind die Gesindelöhne, wenn man erwägt, daß der Gesindelohn lediglich zur Beschaffung der Kleidung und einiger kleiner Bedürfnisse eines einzelnen Menschen bestimmt ist, während der Tagelohn doch sämmtliche Ausgaben des Arbeiters und bisweilen sogar einer ganzen Arbeiters

jamilie deden foll.

Auch die Einnahmen der Gutstagelöhner an baarem Gelde und an Naturalien, wo diefelben ihnen unverfürzt und in normalem Zuftande zufließen, könnten für eine angemessene Befriedigung der nöthigen Lebensbedürfnisse auß= reichen, wenn ihre Empfänger nicht so früh heirathen und in der Regel eine sehr große Familie besitzen wurden. Immerhin nehmen in der von der erwähnten Enguête-Rommission, mit Bezug auf die Bobe des Jahreseinkommens der zu den verschiedenen Arbeiterkategorieen gehörigen Familien, aufgestellten Rangordnung die fontraftlich gebundenen Arbeiter in den Grofiguterbezirken des nördlichen Deutschland die zweite Stelle ein. Uebertroffen werden sie nur noch von den grund= besitzenden Arbeitern im südlichen Deutschland, mährend die grundbesitzenden Tagelöhner im nördlichen Deutschland die dritte, die freien besitzlosen Tage= löhner im südlichen Deutschland die vierte und dieselbe Rlasse im nördlichen Deutschland im Allgemeinen — abgesehen von den oben erwähnten Grofiquter= bezirken — die lette Stelle einnehmen. Bei diefer Rlaffifitation ift das Gefinde außer Bergleich geblieben, weil es gewöhnlich aus unverheiratheten Individuen besteht, während die übrigen Klassen ländlicher Arbeiter meist verheirathet sind 29).

Obgleich das Einkommen der ländlichen Arbeiter in den Gegenden mit vorwiegendem Großgrundbesitz, verglichen mit Gegenden von anderer Vertheilung des Grundbesitzes, somit keineswegs immer ein niedriges ist und die Lebensshaltung dieser Klasse — gemessen an der Befriedigung rein physischer Bedürfnisse — den Vergleich mit der Lebenshaltung derselben Klasse im Süden sehr wohl aushalten kann, so sehlt ihr doch die Zufriedenheit, wie sie bei der Bevölkerung anderer Gegenden trop gleicher oder gar niedrigerer Lebenshaltung

meift zu finden ift.

So sagt noch neuerdings ein genauer Kenner der neuvorpoinmerschen und sächsischen Berhältnisse, daß die Gutstagelöhner in Neuvorpoinmern mehr verzbienen als die Tagelöhner der Provinz Sachsen, daß es ihnen aber doch an Frohsinn, Clastizität und an dem Streben, ihre äußere Lage anders als durch die Auswanderung zu verbessern, sehlt 30).

²⁹⁾ v. d. Goly, Die Lage der ländlichen Arbeiter im beutschen Reich. Bericht an die vom Kongreß beutscher Landwirthe niedergesetzte Commission. Berlin 1875. S. 445, 451, 454, 468, 472—478. Derselbe, Die ländliche Arbeiterfrage. S. 9, 20. Sombart, Fehler im Parzellirungsversahren u. s. w. S. 11.

³⁰⁾ Sombart, Fehler im Parzellirungsverfahren. S. 11.

Der Grund hierfür liegt einerseits darin, daß die Arbeiterbevölkerung jener Gegenden an dem Kulturleben der Nation in zu geringem Maaße theilnimmt. Es sindet auch hier seine Anwendung, was neuerdings gegen Adam Smith eingewendet worden ist, dessen eigenes Leben von den vielseitigsten geistigen Interessen beherrscht war, der aber auffallender Weise die geistigen Interessen des Arbeiterstands verkannte. Wenn er es zum Glück eines Menschen für ausereichend hält, "daß er gesund ist, keine Schulden und ein gutes Gewissen bessitzt", so übersieht er, daß durch Unbildung und Ausgeschlossenheit von der Theilenahme an dem, was die ganze Menschheit oder doch wenigstens das eigene Bolk bewegt, eine Lücke im Glück eines Menschen und einer ganzen Klasse gesschassen wird 31).

Sin weiterer und wohl der hauptsächliche Grund für die unbehagliche Lage der Arbeiter jener Gegenden besteht in ihrer Aussichtslosigkeit, durch Fleiß und Sparsamkeit in dem von ihnen ergriffenen Beruf eine wesenkliche Besserung ihrer ökonomischen und socialen Stellung, namentlich durch Erwerbung und Bergrößerung von Grundeigenthum zu erzielen. "Nicht davon hängt die Zufriedenheit der ländlichen Arbeiterbevölkerung ab, daß ein jeder Grundeigenthum hat, sondern davon, daß jedem Auswärtsstrebenden unter derselben die Aussicht eröffnet ist, sich solches zu erwerben" 32).

Dieser Zustand der Hoffnungslosigkeit erzeugt dann entweder Erschlaffung und Stumpssinn oder Unzufriedenheit und Erbitterung. Und aus dieser Gemuthsverfassung entspringt wieder einestheils jenes Drängen der Bevölkerung vom flachen Lande in die Städte und ihre Neigung zur Auswanderung sowie

ihre leichte Buganglichkeit für sozialbemokratische Ginfluffe.

Was zunächst die Auswanderung in die Städte betrifft, so sind es vorzugsweise die Dienstdoten und unverheiratheten jugendlichen Arbeiter jener Gegenden, welche das Hauptsontingent zu derselben stellen. Indeß scheint dieselbe ihren Kulminationspunkt in der Mitte der siebenziger Jahre, damals begünstigt durch die neueingeführte Paßfreiheit, durch den industriellen Aufschwung und die Berbesserung der Kommunikationsmittel, gehabt zu haben. Seitdem diese besonderen Ursachen an Wirksamkeit einiges eingebüßt und die früher sehr des deutende Differenz zwischen den städtischen und ländlichen Löhnen einigermaßen ausgeglichen worden ist, hat der Zug in die Städte und industriellen Gegenden bedeutend nachgelassen.

Dagegen dauert eine andere Art der Auswanderung aus den Großgütersbezirken in andere Theile des Reichs — man könnte sie die intermittirende nennen — ungeschmälert fort. Regelmäßig ziehen nämlich viele Tagelöhner und die Kinder von Gutstagelöhnern im Frühjahr als Bauhandwerker oder Handlanger auf die Baupläße der Großstädte, besonders nach Berlin, oder sie sinden in bestimmten Jahreszeiten lohnende Arbeit in den industriellen Etablissements der Großstädte oder in denjenigen Gegenden, in denen die Verbindung des Ackerbaus mit der Rübenzuckerindustrie die Zahlung höherer Löhne ermöglicht.

³¹⁾ Braun, Die religiösen und sittlichen Anschauungen von Abam Smith, in ben Theologischen Studien und Kritiken. Jahrgang 1878. S. 258.
32) F. G. Schulze, Die Arbeiterfrage nach den Grundsätzen der deutschen Nationalökonomie. Jena 1847. S. 110.

Nur für einen kleinen Theil des Jahres, in welchem die Bauten oder Fabriken

ruben, febren fie in die Beimath gurud.

Was diese Großgüterbezirke aber besonders charakterisirt, ist das starke Kontingent, das sie für die überseeische Auswanderung stellen. Wenn der Orang zur Auswanderung ansangs — vom Jahre 1844 an gerechnet — im Westen und Süden am größten war, so hat er in den letzten Jahrzehnten doch auch in dem nordöstlichen Theil Deutschlands sehr große Dimensionen angenommen.

Faßt man die rein agrikolen Distrikte ins Auge, so war die Auswanderung während des letzten Jahrzehnts am stärksten aus einigen Theilen der preußischen Provinzen Westpreußen, Pommern, Hannover und Schleswig-Holstein, sowie aus den Großherzogthümern Mecklenburg und Oldenburg; also wenn man Hannover ausnimmt, wo die Folgen der Annexion, die durch dieselbe erzeugte Unzystriedenheit u. s. w. auch auf die Zahl der Auswanderer einwirkten, lauter Länder mit vorwiegendem Großgrundeigenthum 33).

Hall man sich lediglich an die Zahl der aus den verschiedenen Theilen des preußischen Staates Ausgewanderten und dehnt zugleich die Beobachtung auf einen längeren Zeitraum, nämlich auf die Jahre 1844—77 aus, so sindet man, daß relativ die größten Zahlen auf die Regierungsbezirke Stralsund und Stettin und nebenbei auch auf die Regierungsbezirke Minden und Trier entsallen. Während nämlich für diesen Zeitabschnitt im Durchschnitt des gesammten Staats ein Auswanderer auf 29 Personen kam, wanderte in den oben erwähnten 4 Regierungsbezirken bereits von 10 Personen eine aus. Die hierauf solgenden Bezirke mit der größten Auswandererzahl sind sodann: Hohenzollern 1:11, Bromberg 1:12, Marienwerder 1:13, Koblenz 1:13, Köslin 1:17, Münster 1:17, Aurich 1:18, Stade 1:18, Osnabrüd 1:20.

Aus diesen Zahlen geht hervor, daß es außer der Vertheilung des Bodens in lauter große Güter und der daraus für die Arbeiter entstehenden Schwierigkeit, Eigenthum zu erwerben, noch andere auf die Auswanderung mit derselben Kraft einwirkende Momente giebt. Zu denselben gehören u. A. industrielle Krisen, poslitische Unzufriedenheit, Scheu vor dem Militärdienst u. s. w. und für Länder mit vorwiegendem kleinen Grundbesit auch zeitweilig in Folge von Missernten und anderen Calamitäten eintretende Nothstände. So erklärt sich z. B. die hohe Auswandererzisser in den Regierungsbezirken Trier und Coblenz und in Hohenzollern durch die starke Auswanderung nach den Nothstandssighren.

Wie stark in Gegenden mit vorwiegendem Großgrundeigenthum die Auswanderung ist, zeigen deutlicher noch als die obigen Zahlen folgende auf den Regierungsbezirk Stralsund bezügliche Daten. In den 4 Kreisen dieses Bezirks, in denen die über 600 Morgen großen Besitzungen 34 der ganzen Fläche einnehmen, hat die Einwohnerzahl vom 1. Dezember 1867 bis zum 1. Dezember 1871 um 7300 Personen oder mehr als 3 00 und in den Jahren 1871—75 in den 3 Kreisen Rügen, Franzburg und Grimmen wenigstens um 1600 Personen abgenommen, während in der letzten Periode Dank dem Em-

³³⁾ v. b. Golt, Lage u. f. w. S. 501, 502. Robbertus, Zur Erklärung ber heutigen Creditnoth. Thl. 2. S. 179.

porblühen ber Städte Greifswald und Wolgast die Einwohnerzahl im ganzen Regierungsbezirk um 2000 gestiegen ist. Allein im Jahr 1872 wanderten aus den genannten vier Kreisen über 3000 Personen nach Amerika auß 34).

Auch die neuesten auf die Auswanderung bezüglichen, aus dem Jahre 1880 stammenden Zahlen zeigen, daß neuerdings die Auswanderung sehr große Dimensionen angenommen hat, und widerum die agrifolen Provinzen mit vorzugsweise großem Grundeigenthum es sind, welche das größte Auswanderersfontingent stellen.

Während die Zahl der überseeischen Auswanderer aus Preußen im Jahre 1872 mit 125 650 kulminirte, dann allmählich sank und im Jahre 1877 nur 21 964 betrug, ist sie seitdem wieder rasch emporgeschnellt und im Jahre 1880 auf $106\ 190 = 2.3^{\circ}/_{00}$ der Bevölkerung angewachsen.

Und zwar hatten die höchste Auswanderungsziffer die Provinzen:

Westpreußen . . 8,5 %00 der Bevölferung Bommern . . 6,5 " " Posen . . . 5,9 " " Schleswig-Holstein 5,7 " "

die niedrigste die Proving

Oftpreußen . . 0,5 "

Unaufgeklärt ist diese Differenz zwischen Ost= und Westpreußen, zwei Landes= theilen mit sehr ähnlichen wirthschaftlichen Berhältnissen, die sich hinsichtlich der Auswanderung dennoch ganz verschieden verhalten 35).

Der oben versuchte Nachweis, daß in der That zwischen dem ausschließe lichen Großgrundeigenthum einer Gegend verbunden mit der für den Arbeiter bestehenden Schwierigkeit, sich auf eigenem Besitz niederzulassen und der starken Auswanderung ein innerer Zusammenhang besteht, läßt sich noch durch folgende

Thatsachen ergänzen.

Diese Thatsachen entnehmen wir dem Großherzogthum Mecklenburg, also ebenfalls einem Lande, das durch seine außergewöhnlich starke Auswanderung excellirt. Hier muß nämlich zwischen dem Domanium und dem Ritterschaftlichen Gebiet — unter welche beide Kategorien fast das ganze Land sich vertheilt — unterschieden werden, insosern im Domanium dem Arbeiterstande seit einem Biertelsahrhundert die Möglichkeit gewährt ist, Grundbesitz zu erwerben, während diese Möglichkeit durchaus nicht in derselben Beise im ritterschaftlichen Gebiet vorliegt und insosern die von Opfern begleitete Landesherrliche Fürsorge sür die auf dem Domanium sitzenden Arbeiter eine ungleich größere ist, als die der ritterschaftlichen Grundeigenthümer gegenüber ihren Arbeitern.

Die Möglichkeit zur Ansiedelung wurde den ländlichen Arbeitern im Domanium seit dem Jahre 1846 gewährt. Die Arbeiter, welche sich ansiedeln wollen, erhalten von dem Domanialboden einen Bau= und Holzplatz und müssen darauf nach einem ihnen gegebenen Normalplan sich Haus und Stall aufbauen. Dafür zahlen sie nur eine jährliche Rekognition von $17^{1}/_{2}$ Sqr. Außerdem bekommen sie eine Fläche Bodens zu sehr mäßigem Preise in Pacht. Wie

³⁴⁾ Böbiter, Die preußische Auswanderung seit dem Jahre 1844. Düfselborf 1879. S. 19, 23 u. passim.

³⁵⁾ Preugens landwirthichaftliche Bermaltung f. 1878-80. S. 183, 184.

sehr diese Einrichtung bei den Arbeitern Anklang gefunden bat, zeigen folgende Zahlen. Die Zahl dieser sog. Häuslereien im Großherzogl. Mecklenburgischen Domanium betrug:

1832	•.	•		_
1847				142
1850				1309
1855				2110
1860				2328
1864				2721
1870				3880
1872				4279.

Auch die Zahl der Büdnerstellen im Domanium hatte sich zwischen 1832 und 1872 von 5342 auf 7453 gehoben.

Dagegen ist auf dem ritterschaftlichen Grundeigenthum zur Ansäffigmachung ber Arbeiter nichts Aehnliches geschehen.

Diese in den beiden Gebieten verschiedene Gelegenheit zum Grunderwerd der ländlichen Arbeiter hat dann einerseits zur Vermehrung der Bevölferung im Domanium und andrerseits zur Verminderung derselben im Rittersschaftlichen Gebiet geführt. Die Bevölferungsabnahme ist aber wieder hauptssächlich durch die Auswanderung zu erklären, da diese notorisch im Ritterschaftslichen Gebiet größer zu sein pflegt, als im Domanium. Das obige Resultat sinder folgenden zissermäßigen Ausdruck.

Im Domanium betrug:

im Jahre 1867 die Zahl der Haushaltungen mit 2 und mehr Bersonen (a)	38 425				
mehr Personen (a)	1 806				
Zusammen					
und im Jahre 1871 betrug die Zahl der Haushaltungen (a) (b)	39 303 1 797				
Zusammen	41 100				
In den 4 Jahren ist also im Domanium die Zahl aller					
Haushaltungen gestiegen um	869				
die Zahl der Haushaltungen von 2 und mehr Personen um	878				
Dagegen war im ritterschaftlichen Gebiet im Jahre 1867					
die Zahl der Haushaltungen (a)	24 561				
die Zahl der Haushaltungen (b)					
Zusammen	25 259				
und im Jahre 1871 die Zahl (a) nur	$23\ 585$				
und im Jahre 1871 die Zahl (a) nur	628				
Zusainmen					
Im Zeitraum von 4 Jahren ist die Zahl aller Haushaltungen					
im ritterfcaftlichen Gebiet gefallen um	1046				

und die Zahl der Haushaltungen von 2 und mehr Per=

auf eine geringe Bahl von Cheschließungen und Geburten ift benn auch in ben Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum die langsame Bevölkerungs= zunahme zurückzuführen.

Daß der Bevölkerungszuwachs aber in der That ein langsamer ist, beweisen

folgende Zahlen.

Während die jährliche Bevölkerungszunahme zwischen dem 1. Dezember 1871 und 30. Dezember 1875 auf je 1000 Einwohner im Durchschnitt ber preußischen Monarchie 10,4 betrug, fam auf je 1000 Einwohner

in den Provinzen Bommern eine folche von: 5,2

Preußen 4,8 Pofen . 3,5.

Und zwar fand diefer langfame Buwachs ber Bevölferung ftatt trot ber großen Bahl der Chefchließungen, die in diefen drei preußischen Brovingen und ebenso in Schlesien am größten ift unter sammtlichen Provinzen bes preu-Rischen Staats.

Die preußische Monarchie zählt durchschnittlich auf 1000 heirathsfähige Männer 97 Cheschließungen,

dagegen die Proving Pommern " Schlesien 113 117 Breußen Bosen . 131

Zwischen dieser starten Heirathsfrequenz und der Erschwerung der Nieder= laffung auf eignem Boden scheint ein Widerspruch zu bestehen. Doch ift bas eben nur ein Schein! Denn wenn es den ländlichen Arbeitern jener Gegenden auch schwer fällt. Grundbesitz eigenthumsweise zu erwerben, fo feben fich die großen Grundeigenthumer doch in dem Maage, wie die freien Tagelöhner abnehmen, gezwungen, sich die nöthige Arbeitstraft durch den Bau von Arbeiter=Wohnungen und die Ansiedlung von fog. Sutstagelöhnern, sowie in neuerer Zeit auch durch die Anstellung von verheirathetem Gefinde zu beschaffen. Je zahlreicher diese Rlaffe wird — und fie ist in den letten Jahren fortwährend im Bachfen —, desto leichter wird es dem Arbeiterstand, einen Hausstand zu gründen und sich zu verehelichen. Aus diesem Grunde pflegen in den vorwiegend agritolen Theilen Nord= und Nordost=Deutschlands die Chen in der Regel viel fricher geschloffen gu werden als in Suddeutschland. Denn mahrend in Suddeutschland die Ehen sehr selten unter dem 25., dagegen häusig im 30. und bisweilen sogar erst zwischen dem 30. und 40. Lebensjahr des Mannes geschlossen werden, wird das Heirathsalter für die landwirthschaftlichen Arbeiter in Norddeutschland häufig unter 25 und fast niemals über 30 Jahre angegeben 38).

³⁶⁾ Bericht der von dem mecklenburgischen patriotischen Berein ernannten Kommission zur Berathung über die Verhältnisse der ländlichen Arbeiterklassen, über Auswanderung und Arbeitermangel in Mecklenburg. Schwerin 1873. S. 67, 68, 83, 84.
Die mecklenburgische Auswanderung, in Unserer Zeit, N. F. 1860, S. 352, 353.

37) Gever, Untersuchungen u. s. w. I. 49, 50.

³⁸⁾ v. d. Golt, Lage u. f. m. S. 485.

Die frühe Cheschließung bedingt dann wieder einen großen Kinderreichthum, so daß man die Kathen der Gutstagelöhner nicht mit Unrecht als die Brutsstätten einer proletarischen Kindervermehrung bezeichnet hat. Mithin müßte mit der obigen Vertheilung des Grundeigenthums ein rasches Anwachsen der Besvölkerung verdunden sein, wenn nicht die starke Auswanderung die Reihen der Arbeiter immer wieder von Neuem lichten würde.

Es verschuldet demnach die Grundeigenthumsvertheilung jener Gegenden, daß, weil ein nicht unbedeutender Theil der Berölkerung sich alljährlich zur Auswanderung getrieben fühlt, trot starker Heirathöfrequenz und hoher Geburtenzisser, die vorhandene Arbeitskraft unzureichend ist, um die im Lande noch unbenutzten oder doch nicht gehörig benutzten Erwerbsquellen genügend zu verwerthen.

So ist denn durch die kontraktlich gebundenen Tagelöhner und das versheirathete Gesinde eine Arbeiterklasse geschaffen worden, die dem Gutsbesitzer zwar einen Grundstock von Arbeitern sichert, aber nicht zugleich die Zahl der mit Liebe an der heimischen Scholle hängenden Ginwohner vermehrt.

Auf die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen in den Großgüterbezirken ist es ferner zurückzuführen, daß der Funke der sozialdemokratischen Agitation in keinem ländlichen Gebiet so rasch Feuer faßt und bei günstigem Winde so

leicht zu hellen Flammen angefacht werden kann, wie grade hier.

Der sozialdemokratischen Agitation, welche ihre Hebel an den verschiedensten Punkten des flachen Landes angesetzt hat, ist es bisher doch nur in wenigen Distrikten gelungen, größeren Ginfluß auf die ländliche Arbeiterbevölkerung zu gewinnen. Und diese wenigen Distrikte sind gerade Gegenden mit vorwiegendem großem Grundeigenthum, wie der Regierungsbezirk Stralsund, ein Theil Holesteins, einige Theile der Regierungsbezirke Marienwerder, Köslin, Bromberg u. s. w.

Wo sonst noch die Sozialdemokratie auf dem Lande festen Fuß gesaßt hat, da geschah es entweder in der Umgebung größerer Städte, wie in den Regiezungsbezirken Potsdam oder Breslau, oder dort, wo die Industrie in das Land hineinragt, wie im Königreich Sachsen, in einigen thüringischen Staaten, in den preußischen Regierungsbezirken Dusseldorf, Merseburg und Ersurt, im Groß-

herzogthum Heffen=Darmstadt u. s. w. 39).

Es begreift sich leicht, daß in einer Bevölkerung, die zum größten Theil die Segnungen des Grundeigenthums an sich nicht erfahren hat, und die auch sonst an den allgemeinen Errungenschaften der Kultur nur wenig Theil nimmt, der Neid und Haß gegen die durch eine weite unübersteigbare Klust von ihr getrennte besitzende Klasse um so leichter erregt werden kann, je mehr das patriarchalische Verhältniß, welches früher zwischen der Gutsherrschaft und ihren Arbeitern bestand, im Schwinden begriffen ist.

Und unter den Arbeitern der Großgüterbezirke sind es wieder namentlich die verheiratheten, aber auch die unverheiratheten freien Tageköhner, welche nach der Aussage eines Sozialisten das größte Kontingent sür die Sozialdemokratie gestellt haben, während bei den kontraktlich gebundenen Gutstageköhnern einerseits die Abhängigkeit zu groß ist, als daß sie sich offen zur Gefolgschaft der Agistatoren bekennen dürsten, und andrerseits auch die Ueberreste patriarchalischer Beziehungen sie davon zurüchalten.

³⁹⁾ v. d. Goly, Lage u. f. w. S. 499, 500.

So werden denn die Tagelöhner in den Gegenden mit vorherrschendem Großgrundeigenthum als die eigentlichen Träger sozialistischer Ideen auf dem Lande bezeichnet 40).

Fassen wir den Mangel eines freien grundbestigenden Arbeiterstandes als Folge einer bestimmten Vertheilung des Grundeigenthums auf, so ist diese wiederum nur zum Theil durch die unveränderlichen Verhältnisse der Natur veranlast. Ter vielsach unsruchtbare Boden, das rauhe Klima, die kurze Vegetationsperiode bedingen im Norden und Nordosten einen größeren Umsang der Grundeigenthumseinheiten als im Süden und Südwesten. Derselbe ersscheint auch durch den niedrigen wirthschaftlichen Kulturzustand, den Mangel an Kapital, die dünne Bevölkerung, die ungenügenden Kommunikationsmittel und wenig regen Handelsbeziehungen gerechtsertigt. Aber diese volkswirthschaftlichen Momente sind doch ebenso sehrs Wirkungen wie Ursachen der Austheilung des Bodens vorzugsweise in große Güter. Und endlich ist an dieser abnormen Grundeigenthumsvertheilung auch die Agrargesetzgebung nicht ohne Schuld. Und diese wieder hängt auss Engste mit der Versassung der Gemeindes und Gutssbezirfe zusammen.

Durch die Bestimmungen bes preufischen Gbitts vom 14. September 1811, daß die bisher zu erblichen und nicht erblichen Riegbrauchsrechten beses= fenen bäuerlichen Rahrungen in das freie Eigenthum der Rutnießer übergeben sollten, wollte man nicht nur einen freien Bauernstand, sondern auch einen arundbefitsenden Arbeiterstand ichaffen. Denn viele ber unter bas Gbift vom 14. September 1811 fallenden Ruynießer hatten nur ein ganz kleines Grundeigenthum, welches nicht im Stande mar, sie zu ernähren, so daß sie deshalb Lohnbeschäftigung suchen mußten. Durch die Deklaration vom 29. Mai 1816 murden aber diejenigen Besitzungen, welche nicht als felbstständige Adernahrungen betrachtet werden konnten, von der Regulirung ausgeschloffen und allmählich Seitens der Grundheren zum Gutsareal eingezogen. Mit dieser Deklaration wesentlich übereinstimmend wurden frater noch weitere Bestimmungen für einzelne Theile ber Monarchie erlassen: 1829 für Oberschlesien, 1836 für Posen. Gesetz vom 2. März 1850 betreffend die Ablösung der Reallasten und die Regulirung ber gutsherrlich-bäuerlichen Berhältniffe ging zwar wieder auf bie Bringipien von 1811 gurud, konnte aber an dem durch die Deklaration von 1816 geschaffenen thatsächlichen Zustande nicht mehr viel andern 41).

Auch war die Bildung neuer kleiner Sigenthumsstellen für Ländliche Arsbeiter seit dem Jahre 1845 sehr erschwert, indem das Gesetz vom 3. Januar 1845 betreffend die Zertheilung von Grundstücken und die Gründung neuer Ansiedelungen mit seinen Staugen von 1846—56 der Abtrennung einzelner Theile von einem Guts- oder Landgemeindebezirk und der Inkorporirung in einen anderen kommunalen Verband, ebenso auch der Gründung neuer Ansiedelungen viele Schwierigkeiten in den Weg legte. Das geschah, indem der Polizeibehörde und Gemeindevertretung ein Sinspruchsrecht gegen neue Ansiedelungen gewährt wurde. Weitere Erschwerungen der Parzellirungen waren

Grundeigenthums. Berlin 1858. G. 26.

⁴⁰⁾ Braunschweiger Korrespondent bei Liebknecht, Zur Grund= und Bodenfrage. 2. Ausl. Leipzig 1876. S. 120. 41) v. d. Goly, Ländliche Arbeiterfrage. S. 361. Lette, Bertheilung bes

badurch gegeben, daß für dieselben eine strengere Form des Vertrags gefordert wurde. Rur derzenige, dessen Besitztitel berichtigt war, durste einen solchen Verkauf vornehmen. Auch mußte der Vertrag vor dem Hypothekenrichter gesichlossen werden. Endlich konnte die Abs und Zuschreibung der betreffenden Parzelle nicht eher erfolgen, als dis ein Regulirungsplan über die Vertheilung der Steuern und Realrechte auf die Trennstücke sessesche und genehmigt war.

Einigermaßen gemildert sind diese Schwierigkeiten durch die Kreisordnung vom 13. Dezember 1872. Eine wirkliche Erleichterung in der Bildung kleiner Grundstellen ist aber erst durch das Gesetz vom 25. August 1878 betreffend die Bertheilung öffentlicher Lasten und die Gründung neuer Ansiedelungen

erfolat.

Aber tret dieser rechtlichen Erleichterung, welche der Abzweigung kleiner Landstellen für ländliche Arbeiter durch die Gesetzgebung in letzter Zeit zu Theil geworden ist, stehen der Gründung von kleinen Landstellen auf den großen Gütern doch immer saktisch die Hypothekenverhältnisse entgegen, indem es für den Gutsbesitzer außerordentlich schwierig oder doch sehr umständlich ist, die Einwilligung der Hypothekengläubiger zu solchen Abzweigungen zu erlangen.

Gegen neue Ansiedelungen auf solchen Gütern, welche selbstständige Gutsbezirke bilden, sindet außerdem auch seitens der betreffenden Besitzer selbst ein Widerstreben statt. Die unleidliche Ungewisseit der heranwachsenden Gemeindelasten ist es, so äußert sich ein genauer Kenner preußischer Berwaltungseinrichtungen, welche diesem Großgrundeigenthum die naturgemäße Tendenz giebt, jede
drohende Armenlast nach Kräften abzuwehren, die kleineren Sigenthümer im Gutsbezirk und dessen Nähe möglichst auszukausen und den Sigenthumserwerb
des ländlichen Arbeiters nicht zu fördern, sondern nach Möglichseit zu hindern.
Diese Tendenz ist es auch, die bereits viele Flächen in Latisundien verwandelt
hat, auf denen nur noch ein bewegliches Proletariat Platz sindet 42).

So gelangen wir zum Resultat, daß es zum Theil auf die Mängel der Agrar- und Gemeindegesetzgebung, sowie auf das Unsertige der preußischen Gemeindeverhältnisse — es bestehen im preußischen Staat noch ca. 15 000 selbstständige Gutsbezirke mit 2 000 000 Insassen — zurückzusühren ist, wenn wir an einigen Punkten "in englische Zustände hinein treiben, welche nicht nur den ländlichen Arbeiter zum Auswanderer machen, sondern auch — wie wir weiter unten näher zu zeigen haben werden — den besitzenden Bauer dem heimischen Boden entsremden, sobald er durch den Auskauf seiner bäuerlichen Nachbarn

sich isolirt sieht." (Gneist.)

Aber, wird uns entgegnet, es ist unrichtig, daß sich der grundbesitzende Arbeiter immer besser besinde, als der besitzlose Tagelöhner und Dienstbote. Tagelöhner, welche ein verschuldetes elendes Häuschen besitzen, dasur hohe Steuern zahlen müssen und sich dennoch in schlimmen Zeiten nicht entschließen können, ihre Gemeinden zu verlassen, um auswärts Berdienst zu suchen, seien viel schlimmer daran, als freie Arbeiter, die kein Grundeigenthum haben. Zum Beleg für das eben gesagte wird dann auf die zahlreichen verunglückten Arbeiterkolonieen in verschiedenen Theilen Deutschlands hingewiesen, und zwar namentlich auf die aus

⁴²⁾ R. Gneift, Die preußische Finangresorm burch Regulirung ber Gemeindefteuern. Berlin 1881. S. 91.

lauter Kleinstellenbesitzern mit Flächen von 5—20 Morgen bestehenden Kolonistenbörfer der altpreußischen Provinzen, welche ein Hauptsontingent zu den Wanderarbeitern liesern; auf die aus der früheren preußischen Hertschaft stammenden Arbeitertolonieen in den Geeftdistrikten Ostsprießlands, welche sich als absolut leistungsunsähig dokumentirt haben; auf die zahlreiche ansässige Arbeiterbevölkerung des Sichsselds und Spessarz, die sich in wenig beneidenswerther Lage besindet; auf die zu wahren Bettlerdörfern herabgesunkenen Waldkolonieen in der Rheinprovinz u. s. w.

Indes beweisen die angeführten Beispiele nur so viel, daß man Ansiedelungen ländlicher Arbeiter nicht begünstigen darf in Gegenden, in denen nur ein Arbeitgeber vorhanden ist, weil die Ansiedler sehr leicht in eine harte Abhängigfeit von diesem gerathen können; ferner, daß auch keine Ansiedelungen Bieler auf ein Mal und auf einem Fleck gegründet werden sollten, wenn die für sie in Aussicht stehende Erwerdsgelegenheit unsicher ist, und endlich, daß ein besitzender Arbeiterstand nur im Zusammenhang mit bäuerlichem Grundeigenthum und festen Gemeindeverhältnissen anzustreben ist.

Werben diese Nippen glücklich umschifft, so wird sich ein ansässiger lände licher Arbeiterstand, auch wenn sein Einkommen, in Geld berechnet, vielleicht etwas geringer ausfallen sollte, als das der besitzlosen freien Arbeiter, doch als ein tüchtiger und zuverlässiger Bestandtheil des gesellschaftlichen Organis= mus bewähren.

Denn wenn der Besitz in den höheren Klassen vielleicht ebenso häusig die Boraussetzung zur höheren Entwicklung wie zum Müßiggang und Laster bildet, so pslegt er dei den unteren Klassen doch gewöhnlich zu einer Erhöhung des wirthschaftlichen und sittlichen Niveaus zu führen. Und zwar mögen diese verschiedenen Folgen des Besitzes zum Theil mit der Art seines Erwerds zusammenhängen. Denn während der Besitz der unteren handarbeitenden Klassen fast ausnahmslos die Errungenschaft persönlichen Fleißes, persönlicher Ausdauer, Mäßigung, Selbstebeschränkung und Ordnung ist, pflegt er in den oberen Klassen nicht selten die Folge der Bererbung, der sozialen und politischen Machtstellung, günstiger und zugleich geschicht ausgebeuteter Konjunkturen zu sein.

Haben wir somit die Bedeutung des Grundeigenthums für die Hebung des Arbeiterstandes selbst festgestellt, so darf doch auch der Bortheil nicht verkannt werden, der sür die benachbarten großen und mittleren Besitzer aus diesem Berbältniß entspringt. Der Bedarf an menschlicher Arbeitskraft ist im Lause der verschiedenen Jahreszeiten sehr verschieden stark: im Sommer zuweilen 3—4 Mal so groß, wie im Binter und während der Ernte doppelt so stark, wie während der Bestellzeit. Bo großes und kleines Grundeigenthum neben einander vorstommen, wird der große Grundeigenthümer die nothwendigen Arbeitskräfte se nach Bedarf durch die kleinen Besitzer und deren Angehörige gestellt bekommen, so daß er sich nur einen kleinen Samm dauernd beschäftigter Leute auf dem eignen Sut zu halten braucht und den überschießenden Bedarf im Sommer aus den Dörfern beziehen kann.

Aber freilich die Boraussetzungen eines solchen seschaften Arbeiterstandes sind, wie schon oben angedeutet wurde, ein frästiger Bauerstand, an den sich derselbe anlehnen kann, sowie gesunde Gemeindeverhältnisse, welche den mannigsach abzgestuften Bauern=, sowie den besitzenden und besitzlosen Arbeiterstand gleich=

Schriften XX. - b. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung.

mäßig umfassen. Denn der Kleinbesit erweist sich nur im engsten Zusammenhanz mit dem bäuerlichen Grundeigenthum und im nämlichen Kommunalverbande mit demselben lebenssähig. Sowohl der Staat als auch einzelne Private haben aber — wie wir oben an einzelnen Beispielen zeigten — den Fehler begangen, daß sie derartige Niederlassungen bisweilen an einem von der nächsten Dorfgemeinde weit entsernten Orte begründeten. Dadurch wurden die Kolonisten dem wohlthätigen Einfluß des Gemeindelebens entzogen. Sie selbst waren aber einerseits materiell und geistig zu schwach, um aus sich heraus ein kräftiges Gemeindeleben zu erzeugen und fanden andrerseits an den höher stehenden Klassen der ländlichen Bevölkerung keinen genügenden Rückhalt, so daß sie des= halb häusig innerlich und äußerlich verkommen sind 43).

Diese beiden Boraussetzungen für die Seghaftmachung von Arbeitern fehlen nun in Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum allerdings vielsach. Nicht daß hier überhaupt keine Bauerndörfer vorhanden wären. Solche sinden sich vielmehr fast überall zerstreut. Aber einerseits sind sie zu selten und andrersfeits führen sie häusig nur eine kümmerliche Existenz. Gewährt doch manches Bauerndorf einen kläglicheren Anblick, als die Dienstleute-Stablissements auf den

benachbarten Gütern.

Bas die von uns ins Auge gefaßte Vertheilung des Grund und Bodens in lauter große Güter oder doch vorwiegend in solche noch besonders unvortheilhaft von allen übrigen Arten der Grundeigenthumsvertheilung auszeichnet, ist, daß man eine gleichsam durch die Schwerkraft des wirthschaftlichen Lebens bewirkte von selbst eintretende Reaktion gegen dieselbe nicht erwarten darf. Im Gegentheil, es steht zu besürchten, daß die Anhäufung des Grundeigenthums in unverhältnißmäßig wenigen Händen immer weiter um sich greift. Und mit dieser Schattenseite der Länder mit vorwiegendem großen Grundeigenthum hängt wieder zusammen, daß sie keine leistungsfähigen Bauergemeinden aufkommen lassen.

Diesen circulus vitiosus, daß gesunde Gemeindeverhältnisse burch einen kräftigen Bauernstand und einen zahlreichen Kleinbesitzerstand bedingt sind, und eine mannigsaltige Mischung der verschiedenen Gütergrößen wieder nicht ohne blühendes Gemeindeleben denkbar ist, kann nur der Staat durchbrechen, indem er ebenso sest wie behutsam im Wege der Gesetzebung und Domänen-Verwaltung eine Besserung der als ungesund erkannten Zustände herbeizusühren sucht.

Sind die gegenwärtigen Verhältnisse, wie wir zu zeigen suchten, zum Theil das Resultat einer falschen Gesetzebungspolitik, so werden wir uns auch der Hossinung hingeben dürsen, daß es einer besseren Erkenntniß und einer aus derselben entspringenden konsequenten und geschickten Politik auch wieder gelingen werde, der in den Großgüterbezirken vorhandenen Grundeigenthumsvertheilung in Zukunst eine andere Richtung zu geben. Das auf diesem Wege zu erstrebende Ziel besteht aber in der Einengung des großen Grundeigenthums durch Schaffung von Besitzstelen für den Bauer= und Arbeiterstand und in der Begründung gesunder Gemeindesverhältnisse. Erst wenn dieses Ziel erreicht ist, wird das Großgrundeigenthum

⁴³⁾ v. b. Golt, Landliche Arbeiterfrage. S. 364. Ueber neuere Erfahrungen Sombart, Fehler im Barcellirungeversahren ber preugischen Domanen. Berlin 1976.

in der Lage sein, seine Borzüge vollständig zu entfalten, ohne daß dieselben wie jest durch seine Nachtheile paralysirt würden.

3. Gegenden mit vorwiegendem kleinen Grundeigenthum.

Das Gegenstück zu der eben besprochenen Art der Grundeigenthumsver= theilung ift durch die Auftheilung des Bodens vorwiegend in fleine Guter ge-Als kleines Gut bezeichnen wir ein folches, bas ben Eigenthümer und feine Familie ernährt und vollständig beichäftigt. Der Gigenthumer eines fleinen Buts in diesem Sinn ift zugleich landwirthschaftlicher Unternehner und Arbeiter in einer Person, so daß Verpachtungen hier so gut wie garnicht vorkommen. Aber ebenso wenig ist bei dieser Art von Gütern die Anwendung des Gespanns oder die Hinzuziehung weiterer Arbeitsträfte zu den in der eigenen Familie des Eigenthümers vorhandenen üblich. Sauptfächlich in diefer Beziehung unterscheiden sich die kleinen Guter von den eigentlichen Bauerngütern, die sich immerhin auch in den Kleingüterbezirken vertreten finden. Rach unten wiederum gehen die kleinen Guter burch weitere Theilung leicht in Zwerggüter über. Unter diesen verstehen wir einen solchen Besitz, ber weder zur Ernährung noch zur vollständigen Beschäftigung einer Familie mehr ausreicht. Sind diese Güter so klein, daß sie dem Eigenthümer und seiner Familie nur eine Nebenbeschäftigung gewähren, mahrend er sich seinen Sauptverdienft durch Arbeit im Gewerbe ober in fremder Landwirthschaft erwerben muß, so spricht man von Gewerbe- und Tagelöhnergütern oder fleinen Landstellen.

Da das kleine Grundeigenthum schon durch seine ganze Natur, sowie die Bedürsnisse des Haushalts der kleinen Leute zum Heirathen veranlaßt und da beim Borwiegen des kleinen Sigenthums in einem Lande auf demselben Areal mehr Menschen Arbeit und Nahrung sinden als in Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum, wo das Kapital und die qualifizirte Arbeit die gemeine Handarbeit dis zu einem gewissen Grade vertritt, so ist es begreislich, daß die merkantilistischen Bevölkerungstheoretiker (Süßmilch, Philippi, v. Sonnenfels) auf das kleine Grundeigenthum und den Kleinbetrieb einen besonderen Werth zu Legen pflegten.

Bon einer dichten Bewölferung erwartete man nicht nur mehr Rekruten und Steuern, sondern namentlich auch billigere Arbeitskraft für die Industrie, von deren Gedeihen das Ideal der merkantiliptischen Bolitik — die Gewinnung einer günftigen Handelsbilanz — größtentheils bedingt war. Auf diese Richtung ist denn auch die Begünstigung der inneren Kolonisation seitens der Regierungen der meisten europäischen Staaten im 17. und 18. Jahrhundert zurückzusühren.

Bur Anwendung in größerem Maßstabe kamen die die Bevölkerungsvermehrung begünstigenden Bestrebungen freilich erst in der zweiten Hölfte des 18. Jahrhunderts, mithin zu einer Zeit, als bereits ein Theil der physiokratischen Schule (die beiden Mirabeau) für kleines Grundeigenthum eingetreten war und ihre Lehren Berbreitung gefunden hatten. Zetzt verband sich mit dem industriellen und siskalischen Interesse an der Bevölkerungsvermehrung noch das landwirthschaftliche Interesse an der Verbesserung der Bodenkultur. So wurde denn von verschiedenen Seiten auf die "Zertrümmerung" d. h.

3 *

Berftückelung der großen Bauergüter, sowie namentlich auf die Theilung der

Gemeindegrunde hingewirft.

Vom Standpunkt des größeren Rohertrags, der den jährlichen Gewinn der Gesammtheit bildet und die allgemeine Wohlfahrt sowie die Macht der Staaten bedingt, vertraten später auch Ad. Smith, Godwin, J. B. San, Lot, Graf Soden, Graf Buquon und zum Theil auch K. Hau das kleine Grundseigenthum.

Und in unseren Tagen wieder sind hauptsächlich die Vertreter des Liberalismus in der Bollswirthschaft und in der Politik die Vertheidiger des kleinen Grundbesitzes. Doch sind sie es nicht allein, indem auch einige belgische und französische Konservative und Ultramontane und unter den Deutschen P. Reichensperger u. A. das kleine Grundeigenthum sehr entschieden vertheidigen.

Besteht das Wesen des Liberalismus in der Entsessellung des Individuums auf allen Gebieten, so muß derselbe auf agrarischem Gebiet zur völligen Frei-

heit des Bodenverkehrs führen 44).

Dort, wo diese Freiheit sich mit dem gemeinen oder einem demselben nach= gebildeten Erbrecht verbindet, wird sie dann vielfach die allmähliche Zerstückelung

des ländlichen Grundeigenthums zur Folge haben.

Dieses Resultat entspricht zugleich den letten Zielpunkten bes Liberalismus um so mehr, je stärker derselbe von demokratischen Glementen durchsetzt ift und zum Radikalismus hinneigt. Ja wo die Freiheit nicht von selbst auf die möglichste Berbreitung des Grundeigenthums unter ber Bevolkerung hin= führt, da wird verlangt, daß die Gesetzgebung dieser ausgleichenden Tendenz nachhelfe. In Staaten, fo fagt ein neuerer Bertreter radikaler socialpolitischer Ansichten 45), in benen nicht nur nur die Gleichheit aller vor bem Gefetz gilt, sondern der Einzelne als Staatsbürger einen gleichen Antheil an der Beftimmung der Geschicke des Baterlands besitzt, ift das große Grundeigen= thum, welches die faktische Macht in wenigen Sanden konzentrirt, eine Anomalie. Es ift damit ein Widerstreit zwischen den wirthschaftlichen und politischen Berhältnissen gegeben, der zwar lange bestehen fann, auf die Dauer aber unhaltbar ift. Es follte baber, um diesen Widerstreit ju lofen, der Bildung und Erhal= tung bes großen Grundeigenthums, b. h. besjenigen Landeigenthums einzelner Berfonen, beffen Beftellung weit über die Rrafte bes Gigenthumers, feiner Familie und Dienstboten hinausgeht, eber entgegengearbeitet als Forderung gewährt werden.

In der Consequenz solcher Ansichten lag es dann, wenn der französische Nationalconvent durch ein Erbschaftsgesetz auf die möglichst gleichmäßige Vertheilung des Bodens unter sämmtliche Glieder des Volks hinzuwirken bestrebt war.

45) v. Scheel, Das Recht und die Pflicht bes ländlichen Grundeigenthums, in ben Landwirthschaftlichen Jahrbuchern. Jahrg. 1874. Bb. 3. S. 474, 475.

⁴⁴⁾ Einer ber energischsten Bertreter bieser Richtung, ber bis in die sechziger Jahre die öffentliche Meinung Deutschlands ober doch wenigstens Preußens in agrarpolitischen Fragen beherrscht hat, war der trefsliche Präsident Lette. Bgl. insbesondere seine Bertheilung des Grundeigenthums im Jusammenhang mit der Geschichte, der Gesetzgebung und den Boltszuständen. Berlin 1858.

Was von einem Theil der socialwirthschaftlichen und politischen Theorieen als allgemeine Forderung hingestellt wird, sindet sich in einigen Gegenden Deutschlands bereits verwirklicht. Und zwar sind dieses diesenigen Gegenden, in denen eine alte Kultur, eine dichte Bevölkerung, ein großer Städtereichthum sowie ein bereits früh ausgebildeter demokratischer Sinn seit Jahrhunderten auf die weitzgehenbste Berstückelung des Bodens hingedrängt haben und die Gesetzgebung diesem Drang keine Hindernisse in den Weg gelegt hat.

Das Borwiegen des kleinen Grundeigenthums pflegt heute die Regel zu bilden in einem Theil Alt-Würtembergs, den von Franken bewohnten Gegenden Bayerns (namentlich Unterfranken, Pfalz), Badens, Heffens, Naffaus, in der preußischen Rheinprovinz, sowie in Thüringen. Als Ausnahme und in kleinerem Umkreise kommt das vorwiegend kleine Grundeigenthum auch noch in

anderen Theilen des deutschen Reichs vor.

Die Beilage B hat die Aufgabe, das hier Gefagte durch Zahlen näher zu veranschaulichen.

In den Ländern mit vorwiegendem Kleinbesitz ist der größte Theil der gewöhnlich in großen Dörfern oder Ackerstädten beisammen wohnenden länd-

lichen Bevölkerung zugleich im Befitz eines kleinen Gutchens.

Das der Bevölkerung solcher Länder eigene Streben, einen wenn auch noch so kleinen Grundbesitz zu erwerben und bei zunehmenden Vermögensträften zu erweitern, läßt eine Scheidung, wie sie in anderen Gegenden zwischen dem großen Gutsbesitzer oder dem Bauern und dem besitzlosen Handarbeiter und Gewerbtreibenden stattsindet, nicht entstehen. Hier giebt es sogar eine große Anzahl von Grundeigenthümern ohne Hausbesitz, indem die ländlichen Gewerdsteute und Handarbeiter auf ihrem eigenen Grundeigenthum für ihren Bedarf und nach Maß ihrer Kräfte eigene Landwirthschaft treiben und dabei doch in fremden Häusern zur Miethe wohnen. Ja selbst die in den größeren Städten wohnenden Dienstboten, Gewerbtreibenden oder in anderen städtischen Berusserten Beschäftigten besitzen, wenigstens in Würtemberg, nicht selten eine oder mehrere Parcellen in ihrem Heimathsdorf, die sie gewöhnlich durch ihre Verzwandten bestellen lassen.

Das Grundeigenthum jedes Einzelnen besteht gewöhnlich wieder aus mehreren getrennt von einander liegenden Parcellen. "Die in Dörfern beisammen lebenden Landwirthe", sagt List a. a. D. von Würtemberg, "pflegen von einem Centralpunkt aus eine Menge von kleinen Felostücken (Parcellen) zu bebauen, die an hundert verschiedenen Orten zerstreut auf der Markung umherliegen."

Der Kleinbesitz jener Gegenden ist aber nicht nur stark parcellirt, sondern er ist auch sehr beweglich in dem Sinn, daß die einzelnen Besitzeinheiten in jeder Generation aus neuen Parcellen zusammengesetzt werden. Wenn nämlich die vorhandenen Grundstücke nach dem Tode des Besitzers unter seine Kinder getheilt werden — was gewöhnlich zu geschehen pslegt —, so wird dadurch die gegebene Parcellencombination gestört. Jeder der Erben muß sich dann aus dem, was er ererbt, und was er später hinzuheirathet, kauft oder tauscht, eine neue Combination schaffen, die dann nach seinem Tode ebenfalls wieder beseitigt zu werden pslegt. Es bekommt dadurch das Grundeigenthum etwas von der Beweglichseit des mobilen Kapitals, was dann wieder seine Consequenzen für das gesammte wirthschaftliche und Rechtsleben hat.

Diese Beweglichfeit bezieht sich aber nicht nur auf den Besitz, sondern auch auf die Wirthschaft, indem mit den Culturen auf den kleinen Gütern, soweit kein lästiger Flurzwang besteht, rascher gewechselt werden kann und gewechselt wird, als mit den Culturen auf den großen und mittleren Gütern. Wo Gemüsseund Handelsgewächsbau blüht, da pflegen die kleinen Leute, Eigenthümer oder Pächter, zu ihren mit dem Spaten bearbeiteten Grundstücken noch den Klee= und Grasbedarf sür ihre Kühe von anderen Besitzern zu hohen Preisen hinzuzupachten, wogegen sie wieder aus der Milch der so durchgesütterten Kühe einen bedeutenden Erlös beziehen. Bei Düsseldorf und Köln und auch in der Nähe anderer großer Städte treten die kleinen Besitzer zu Ussociationen zusammen, welche den Kloaken= und Kavalleriedünger gemeinschaftlich erstehen und sür Mistbeetanlagen und Treibereien verwerthen u. s. w. 46).

Auch sonst hängen mit der Berstückelung und Parcellirung des kleinen Grundeigenthums manche Sigenthumlichkeiten in der wirthschaftlichen und recht-

lichen Sitte ber Bevölferung aufs Engfte zusammen.

So spricht der kleine Grundeigenthümer in Würtemberg von seinen Gütern und versteht unter denselben die zerstreut liegenden einzelnen Parcellen, deren er gewöhnlich eine größere Anzahl besitzt. Es kann daher vorkommen, daß ein Bauer, der nur 2—3 Morgen besitzt, zugleich von seinen 20—30 Gütern zu sprechen pslegt, weil die 2—3 Morgen in der That in eben so vielen Stücken auseinander liegen. Die dieser Sprechweise zu Grunde liegende Anschauung ist so tief eingewurzelt, daß der Bauer eines Kleingüterbezirks, wenn er sich ein konkretes Bild von dem Umfang eines aus einem Stück bestehenden geschlossenen Hoses machen will, denselben im Geiste nach Maßgabe der durchsichnittlichen Größe der Parcellen seiner Gegend in Parcellen ober "Güter" aufzulösen pslegt.

Da diese Kleingütler außer ihrem Grundbesitz und den zur Bewirthsschaftung besselben sowie zur Haushaltung und Bekleidung ersorderlichen Mobilien gewöhnlich kein anderes Bermögen besitzen, und der Ertrag ihres Grundeigenthums gerade hinreicht, um sie dei mittlerer Ernte zu ernähren, so müssen sie jedes Erntedesicit sowie überhaupt jeden Unsall peinlich zu vermeiden suchen. Aus dieser Nothwendigkeit ist im Lauf der Zeit ein ganzes System von Selbstassehrungen erwachsen, von dem wir hier nur einige Arten

anführen wollen.

So pflegt die Cultur auf den kleinen Gütern eine mannigfaltigere zu sein als auf den großen und mittleren, indem der Kleingütler im Süden und Südwesten Deutschlands auf seinen Uedern gern verschiedene Früchte anbaut: Obst, Wein, Hopfen, Hanf, Taback, Getreide, Kartosseln, Gemüse u. a. m., damit wenn die eine Frucht mißräth, er sich wenigstens an dem Ertrag der anderen schadlos halten kann, da ersahrungmäßig nur selten alle oder auch nur mehrere dieser verschiedenen Früchte auf ein Mal migrathen.

In dem weiten Auseinanderliegen des Grundeigenthums in einzelnen Parcellen findet der Kleingütler sodann eine gewisse Sicherheit dagegen, daß ihm nicht die ganze Ernte auf einmal verhagelt, da die Hagelwolken gewöhnlich strich=

⁴⁶⁾ Aus handschriftlichen Mittbeilungen eines rheinischen Gutsbesiters bei Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums, S. 163.

weise aufzuziehen pflegen und selten die ganze Gemeindeflur bedecken. Es ift das einer der vielen Gründe, die von den Bauern Süddeutschlands gegen die Durchführung einer radikalen Güterzusammenlegung, Berkoppelung, Separation im Gegensatz zur üblichen Wegeregulirung und Markungsbereinigung angeführt werden.

Auch will der Kleingütler es lieber mit mehreren Gläubigern als mit einem einzigen zu thun haben, weil er sich dadurch vor der Gefahr, daß ihm das ganze auf seine Güter aufgenommene Kapital gleichzeitig gekündigt werde, zu sichern hofft. Er pflegt daher die geliehenen Kapitalien, deren er zur Absindung seiner Geschwister, zur Bezahlung des Kaufschlüngs, zu Meliorations= und zu anderen Zwecken bedarf, gewöhnlich in mehreren kleinen Posten aufzunehmen und für jeden derselben ein anderes seiner "Güter" als Unterpfand zu bestellen, damit wenn eine Exestation ersorderlich wird, dieselbe nicht zu gleicher Zeit

gegen seinen gangen Besitz gerichtet werde.

Endlich sucht ber Kleingütler auf dem Wege des Genossenschaftswesens sich in den Besitz eines Theils der Bortheile zu setzen, die mit dem Betried der Landwirthschaft auf großen Gütern von selbst verbunden zu sein pflegen. Wenn es mit der Entwickelung des Genossenschaftswesens auf landwirthschaftelichem Gediet auch noch immer sehr langsam geht, so ist doch nicht zu überssehen, daß seit dem Jahre 1863, in dem Lassaus geht, so ist doch nicht zu überssehen, daß seit dem Jahre 1863, in dem Lassaus und sindlichen Kleinsgütler aussagte, daß "er noch nicht disponirt zur Affociation sei", manches erreicht ist. Zu den am meisten verbreiteten Genossenschaften gehören die Molskereis und Käsereigenossenschaften der Schweiz, die neuerdings auch in Deutschstand Eingang gefunden haben, die Konsundereine, wie sie namentlich in Hessenschaften der Konsundereine, wie sie namentlich in Hessenschaften der Ausschhung und reicher Entwickelung gelangt sind, die Kaisseisenschaften Darlehnskassen, die sich von der Rheinprovinz auch in andere Gegenden, namentlich Süddeutschlands, ausbreiten, die Winzervereine an der Uhr, die Genossenschaften zur Anschaftung und Haltung von Zuchtsteren, zur Anschaftung von Maschinen u. s. w.

Im llebrigen pflegt die Sorge des Staats in Ländern mit sehr zerftückeltem Grundeigenthum, weil dieses sich vielsach selbst nicht zu helsen weiß, bei der Verbreitung landwirthschaftlicher Bildung, bei der Anstellung von technischen Versuchen, bei der Anlage und Unterhaltung von Musterwirthschaften und Musterculturen, sowie bei der Förderung des Meliorations. Kredit= und Verssicherungswesens viel weiter zu gehen, als in Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum, in denen die Besitzer nicht nur die Ginsicht und die Mittel besitzen, um sich selbst zu helsen, sondern wo die von ihnen mustergiltig bewirthschafteten Güter auch sür die kleineren Nachbarn die Bedeutung von Versuchsstationen haben. Die Rolle, die in Ländern mit hervorragendem großen Grundeigenthum den Privatbesitzern von selbst zufällt, wird also in den Kleinzgüterbezirken vom Staat und der Gemeinde übernommen, indem diese theils durch die Gesetzebung und Verwaltung, theils aber durch die Art, wie sie ihren eigenen Besitz bewirthschaften, sich an die Spitze alles Cultursortschritts stellen oder doch stellen sollten.

Wenn wir nach dieser allgemeinen Charafteristit jetzt auch für Die Ber-

⁴⁷⁾ Lasfalle, Arbeiterlesebuch 1863. E. 52, 53.

theilung des Bodens in vorwiegend kleine Güter im Einzelnen die Licht= und Schattenseiten festzustellen suchen, so werden wir auch hier, wie bei der Ermittelung der socialwirthschaftlichen Folgen des Großgrundeigenthums, auf die Frage nach Erzielung des größten Reinertrags aus den dort angeführten Gründen kein entscheidendes Gewicht zu legen haben.

Bor allem wird nicht bestritten werden können, daß eine weitgehende Zersstückelung des Grundeigenthums, verbunden mit dichter Bevölkerung — ohne welche sie überhaupt nicht denkbar ist — und mit sehr sorgfältiger Cultur, den Rohertrag in sehr hohem Maße zu steigern vermag.

Dieses Resultat ist hauptsächlich zurückzuführen auf die eigenthümliche wirthschaftliche Energie, welche durch das mit der Selbstbewirthschaftung verbundene kleine Grundeigenthum erzeugt wird. "Die kleinen Grundbesitzer", fagt Roscher, "stehen hinsichtlich der gemeinen Arbeit vielleicht ebensohoch über den großen Grundeigenthümern, wie hinsichtlich der qualificirten Arbeit unter denfelben48)." Es nimmt nämlich die gemeine Handarbeit des kleinen Grundbesitzers besondere intellektuelle und sittliche Elemente in sich auf, die der gegen Lohn beschäftigten Handarbeit nicht immer eigen zu fein pflegen. Durch Diese ift es zu erklären, daß, wie Arthur Doung den französischen und englischen Aleingütlern nachrühmt, "das kleine Eigenthum in ihren Händen die Kraft befessen, ben Sand in Gold, den muften Fels in Frucht= und Beinland gu verwandeln, daß es die wirffamste Triebfeder zu sauerer, unermüdlicher Unstrengung und Arbeit ist". Und was Young vor mehr als 100 Jahren er= kannte, bestätigen heutigen Tags taufende und aber taufende von Beispielen in unfern deutschen Rleingüterbezirfen.

Die Entwickelung und Steigerung dieser in jedem einzelnen Menschen Latenten Arbeitsenergie mittels des wirksamsten aller psychischen Hebel, der Liebe zum eigenen Grundbesitz, kommt dann auch der Gesammtheit zu Gute, indem selbst die höchst entwickelte Technik, sowie die zwecknäßigste Arbeitse organisation nicht überall einen vollgiltigen Ersat für das Fehlen der Arbeitse energie des kleinen Besitzers zu bieten vermögen.

Nächst der Arbeitsenergie ist den kleinen Grundeigenthümern noch eigenthümlich die ins Sinzelne gehende Kenntniß der Sigenart ihrer Güter, mit der sich dann gewöhnlich eine höchst individuelle und besonders sorgsame Bewirthschaftung derselben verbindet.

Alle diese Borzüge gelangen wieder besonders zur Geltung bei denjenigen Culturarten, die eine arbeitsintensive und individualisirte Behandlung des Bodens und seiner Erzeugnisse verlangen, wie namentlich dem Reb= und Obst= bau, dem Tabact= und Hopfenbau sowie überhaupt dem Andau von Handels= gewächsen.

Der Andau von Handelsgewächsen erfordert viele menschliche Arbeitskräfte und ermöglicht zugleich eine verhältnißmäßig hohe Bezahlung derselben. Um einen hohen Rohertrag zu erzielen, braucht der grundbestigende Arbeiter außers dem nur wenig Baarauslagen zu machen, da die Betriebskosten hauptsächlich in

⁴⁸⁾ Rofcher, Nationalotonomit bes Acterbaues. § 49.

ber aufgewendeten Sandarbeit bestehen, welche von dem Besitzer und seiner

Familie ausgeht 49).

So brängt denn der Handelsgewächsbau zum Kleinbesitz und umgekehrt wird der Kleinstellenbesitzer sich, wo die sonstigen Boraussetzungen: Klima, Bodenart, Absatz u. s. w. vorhanden sind, mit Vorliebe dem Handelsgewächstau widmen.

Indes darf doch auch daran erinnert werden, daß immer nur ein kleiner Theil des Bodens eines größeren Landes von diesen Culturen eingenommen werden kann. Denn wollte sich die landwirthschaftliche Produktion ausschließlich oder auch nur in größerem Umsange auf die Erzeugung von Handelsgewächsen verlegen, so würde damit der eigene Bedarf an Getreide und Bieh nicht gedeckt werden und der Ueberschuß an Handelsgewächsen im auswärtigen Handel verwerthet werden müssen. Sin solcher Zustand der Volkswirthschaft ist aber in doppelter Beziehung nicht ohne Bedenken: einmal weil das Bolk hinsichtlich der Besorgung eines Theils seiner nothwendigen Lebensbedürfnisse vom Auslande abhängig wird, und dann weil der Absat der Handelsgewächse großen Schwanskungen unterworfen ist.

Auf die hohen Roherträge, die aus dem kleinen Grundeigenthum häusig erzielt werden, sind gewöhnlich auch die sehr hohen Kauf= und Pachtpreise zurückzusühren, die beim Verkauf und bei der Verpachtung von kleinen Gütern und Varcellen erzielt werden. Diese werden gezahlt, weil der kleine Käuser und Pächter den Rohertrag und den Reinertrag, das Produkt des Grundkapitals und der eigenen Arbeit nicht richtig zu unterscheiden weiß und von dem Werth der Produkte in der Regel nur die baaren Betriebskossen abzuziehen pflegt 50).

Ein weiterer Borzug des kleinen Grundeigenthums ist es, daß dasselbe von ungünstigen Konjunkturen, soweit sie nur durch das Sinken der Produktenpreise auf dem Markt bedingt sind, weniger afsizirt wird, als der große Grundbesiter. Denn das Meiste von dem, was der Kleingütler baut, psiegt er und seine Familie — soweit nicht eine weitgehende Differenzirung der Produktion vorliegt, so daß der eine Kleingütler nur Taback, der andere nur Wein u. s. w. daut — auch selbst zu verzehren. Dadurch aber wird er von den wechselnden Marktpreisen der Produkte unabhängiger als der große Grundeigenthümer, der hauptsächlich sür den Markt produzirt. Dieser Vorzug wiegt besonders stark in einer Zeit, in der die Konkurrenz Desterreichs und Rußlands auf der einen, und die Konkurrenz Nord- und Süd-Amerikas und Auskraliens und demnächst vielleicht Afrikas auf der anderen den deutschen Landwirth beim Verkauf vieler seiner Produkte empfindlich schädigt.

Auch kommt dem kleinen Grundeigenthümer beim Steigen der Produktions= koften, namentlich der Arbeitslöhne, zu statten, daß er seine ganze Arbeitskraft in seiner Familie besitzt. Wollen er und die Seinigen sich Entbehrungen und Opfer auferlegen — und sie mussen es ja wohl in vielen Fällen — so können

⁴⁹⁾ Eine vorzügliche Schilberung einer durch kleine Bauernwirthschaft und Handelsgewächsbau ausgezeichneten Gegend in land- und volkswirthschaftlicher Beziehung findet sich bei K. H. Nau, Die Landwirthschaft der Heibelberger Gegend, in der Festschrift für die Mitglieder der XXI. Versammlung deutscher Land- und Forstwirthe. Heibelberg 1860.

⁵⁰⁾ Bernhardi, Kritif ber Gründe. G. 457.

sie den Betrieb noch fortsühren, nachdem der große Grundeigenthümer, der mit bezahlten Arbeitern wirthschaftet, den seinigen hat einstellen müssen. Soweit solche Entbehrungen der kleinen Besitzer nur vorübergehender Natur sind und gleichsam den Beg bezeichnen, auf dem die großen Krisen überwunden werden, können sie auch vom allgemeinen Standpunkt nicht mißbilligt werden. Werden die Entbehrungen dagegen dauernde und führen sie zu einer Verschlechterung der Lebenshaltung der kleinen Grundeigenthümer, so liegt ein frankhafter Zusstand der Bodenvertheilung vor, der nach Möglichkeit beseitigt werden muß.

Was die Stellung des Kleinbesitzers zu den günstigen Konjunkturen betrifft, so wird er sie freilich nicht in der intensiven Weise für sich ausnutzen können, wie der große Grundeigenthümer. Dafür wird der regelmäßige Gang des Berefehrs durch ihn auch weniger leicht gestört werden, wie durch die großen Grundeigenthümer. Oder mit anderen Worten: kommen dem kleinen Grundeigensthümer die wesentlich privatwirthschaftlichen Bortheile günstiger Konjunkturen nicht im selben Maße zu statten wie dem Großgrundeigenthümer, so liegt ihm auch die Möglichkeit ferner, diese Vortheile zum Schaden der Gesammtheit auszubeuten.

Die Auftheilung des Bodens in lauter kleine Güter hat dann unwillskürlich auch eine entsprechend demokratische Richtung im Gewerbe zur Folge, indem der Kleingütler für Manufakte und Fabrikate, die auf den Massenkonsum berechnet sind, ein zuverlässiger und sicherer Abnehmer ist. Da die Konsumenten dieser Artikel außerdem zwischen in= und ausländischen Produkten keinen Untersichted zu machen pflegen, so entwickeln sich solche für den Massenkonsum arbeitende Industrieen um so leichter im Inlande, je weniger große Kapitalien,

besondere Renntnisse und Fertigkeiten ihr Betrieb voraussett.

Die Berbreitung dieser auf den Massentonsum berechneten Industriezweige ist aber einem Lande viel nützlicher, als die Berbreitung von Luxusindustrieen, die auf die Befriedigung der Bedürfnisse der vermögenden Klassen gerichtet sind, weil der Ubsatz der ersteren viel konstanter ist, als der der letzteren. Und dies zwar aus zwei Gründen: einmal weil die Artitel des Massenkonsums im Inlande abgesetzt werden können, während die Luxusindustrieen für ihren Absatz meist das Ausland aufsuchen müssen, und sodann weil sie nicht so sehr den Schwankungen des Geschmacks ausgesetzt sind, wie die sich vielsach nach der Moderichtenden Luxusindustrieen.

Je kleiner der durchschnittliche Umfang der Güter eines Landes ist, desto mehr Personen erhalten in demselben ein selbstständiges Dasein gewährt und desto mehr Personen können an den wirthschaftlichen und sittlichen Segnungen des Grundseigenthums theilnehmen ⁵¹). Die letzteren pflegen sich, wie bereits erwähnt wurde, beim kleinen Grundeigenthum viel sicherer einzustellen, als beim großen Grundseigenthum. Denn während der kleine Besitz den Besitzer zu harter Arbeit zwingt und in ihm jene seltene Arbeitsenergie erzeugt, die nur aus der Freude am selbstbewirthschafteten Sigenthum entspringt läßt das große Sigenthum dem Sigenthümer die Wahl zwischen einem müßigen Rentnerleben, verbunden mit der Verpachtung der großen Güter einerseits, und der Selbstbewirthschaftung berselben andrerseits. Nur im letzteren Fall wird dem großen Grundeigens

⁵¹⁾ Bernhardi l. c. S. 440, 441.

thum ein ähnlicher erziehender Einfluß auf den Charakter des Gigenthumers nachzurühmen sein, wie er von dem kleinen Grundeigenthum fast ausnahmstos

ausgeht.

Als ein weiterer Borzug des kleinen und sehr verbreiteten Grundeigensthums kann es sodann angesehen werden, daß dort, wo dasselbe herrscht, der Uebergang aus der Klasse der Vichtbesitzenden in die der Besitzenden verhältnißsmäßig leicht vor sich geht und häusig vorkommt.

So ist benn ber Abstand nicht nur zwischen ben besitzenden und nicht besitzenden, sondern auch zwischen den verschiedenen besitzenden Klassen selbst im deutschen Süden wegen seiner gleichmäßigeren Vermögens= und Ginkommens=

vertheilung weniger schroff als im Norden.

"Im Süben", sagt Schmoller sehr treffend, "wo der kleine Grundbesitz und der kleine landwirthschaftliche Betrieb vorwalten, wo zahlreiche große Dörfer statt ansehnlicher Rittergüter mit wenigen Tagelöhnerkathen, und wo viele kleinere und mittlere Städte existiren, stehen sich Arm und Reich nicht unvermittelt gegenüber, wiegt ein mittleres Niveau der Bedürsnisse und der Ronsuntion vor, so daß selbst die maßgebenden Personen in der Regierung wie in den politischen Barteien, sowie die höheren Klassen: Adel, hohe Beamte, Ofsiziere hierin dem Mittelstande näher stehen, als in Ländern mit großem Grundeigenthum, hier bilden sich endlich auch gleichmäßige Anschauungen und Sitten durch alle Schichten der Gesellschaft hindurch" ⁵²).

Wo der Uebergang aus der Klasse der Nichtbesitzenden in die der Besitzenden sich leicht vollzieht, da wird nothwendiger Weise auch die Stellung der

Lohnarbeiter eine viel gunftigere sein, als wo dieses nicht ber Fall ift.

Richt nur ist jedem, auch dem Aermsten, hier ein Joeal gegeben, das er in seinem Beruf und in seiner Heimath, bei Ausbietung aller seiner Kräfte erzreichen kann, sondern es stehen sich, auch so lange dieses Joeal noch nicht erreicht ist, Arm und Reich nicht unvermittelt gegenüber. Wir denken dies durch ein näheres Eingehen auf die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter in den Kleinzgüterbezirken näher zu veranschaulichen.

Bas zunächst die kontraktlich gebundenen Gutstagelöhner betrifft, die der große Grundeigenthumer im Norden haben muß, um sich die nöthige Arbeitstraft für

seine Wirthschaft zu sichern, so kommen sie bier gar nicht vor.

Ihre Stelle wird, wo überhaupt die einzelnen Wirthschaften in Ländern mit vorwiegendem Rleinbesits ausnahmsweise fremder Arbeitskräfte bedürfen, durch

das Gesinde und die freien Tagelöhner ersett.

Auf das Gesinde entfällt im deutschen Süden eine viel größere Quote der landwirthschaftlichen Arbeitsträfte als im Norden. Der süddeutsche Bauer ist gewöhnt, Gesinde zu halten und den größten Theil der auf seinem Gut nöthigen Arbeit, abgesehen von seiner Familie, durch Dienstboten verrichten zu lassen. Weil hier ein allmäliger Uebergang von dem kleinsten Arbeiter bis zum wohlhabenderen Bauern stattsindet, erblickt der Bauer auch keine Beeinträchtigung darin, die eigenen Kinder auf eine Zeitlang als Dienstboten auf andere Güter zu verdingen. Der Gesindedienst repräsentirt mithin hier auf ländlichem Gebiet

⁵²⁾ Schmoller, Zur Geschichte ber beutschen Kleingewerbe im XIX. Jahrhundert. Halle 1870. S. 316—319.

basselbe Durchgangsstadium, wie im städtischen Handwerk der Lehrlings- und Gesellenstand.

Derfelbe Proces wie im städtischen Rleingewerbe vollzieht sich aber auch hier, namentlich seit Erleichterung ber Cheschließung und Niederlassung, indem viele Bersonen, welche früher eine Gesindestelle annahmen, jetzt die Gründung eines eigenen Heerdes vorziehen. Auch wird der Gesindedienst immer beweglicher, indem der Gesindevertrag in letzter Zeit vielfach nur auf einen Monat oder gar nur auf eine Woche abgeschlossen zu werden pflegt und auch die Löhnung in denselben

kurzen Fristen erfolgt 53).

Neben dem Gefinde bilden in den Ländern des vorherrschenden Kleinbesitzes die freien Tagelöhner das Hauptkontingent der landwirthschaftlichen Arbeiter. Unter ben freien Tagelöhnern pflegen fich die in großer Bahl vorhandenen Tagelöhner mit eigenem Grundeigenthum am Besten zu stehen. Und wenn die Tagelöhner auch nicht zugleich Selbsteigenthümer sind, fo haben sie doch — fofern sie verheirathet sind — in den bei weitem meisten Fällen ein Stud Land gepachtet. In beiben Fällen — als Eigenthümer und als Bachter bauen sie etwas Kartoffeln und Gemuse, halten eine Ruh oder eine Ziege, etwas Redervieh und ein Baar Schweine. Die Besorgung dieser kleinen Wirthschaft

fällt großentheils der Frau und den Kindern zu.

Die Lage dieser kleinen grundbesitzenden und noch mehr die der im Bacht= besitz besindlichen Tagelöhner hat scheinbar einige Aehnlichkeit mit der der kontraktlich gebundenen Gutstagelöhner der norddeutschen Güter. Was ihre Lage aber boch zu einer wesentlichen verschiedenen macht, ist folgendes: die Butstagelöhner arbeiten für einen bestimmten Arbeitsherrn und hängen daber von ihm ab, die freien Tagelöhner arbeiten für verschiedene Arbeitgeber und sind ihnen gegenüber vollständig frei; sie sind ferner vollberechtigte Glieder der Gemeinde, in der fie fich aufhalten, während die Gutstagelöhner vielfach als Insassen des Gutsbezirks keiner Ortsgemeinde angehören; endlich — last not least — die Gutstagelöhner haben, wenn sie nicht auswandern wollen, was ihnen wegen ihrer großen Familie in der Regel schwer fällt, keine Aussicht ihre Lage zu verbessern, während sich die im Gigenthums= oder Pachtbesitz eines kleines Grundstücks befindlichen Tagelöhner allmälig in eine bessere Stellung bringen können. In dieser Beziehung sagt M. Mohl 54): "Der Aermste kann, wenn er sich in ber Jugend als Knecht etwas Orbentliches erspart hat und wenn er ein fleisiges und sparsames Mädchen heirathet, mit dem Ankauf oder ber Bachtung eines kleinen Grundstücks anfangen und durch Betriebsamteit, Fleiß und Sparsamteit seinen Besitz erweitern und zu einem gewissen Wohlstand sich emporarbeiten." Und in einem gleichfalls aus Bürtemberg stammenden, neulich abgedruckten Brief heißt es: "Die Kinder armer Leute, welche in Fabriken arbeiten, haben oft aus den Ersparnissen, die sie von ihrem Lohn machten, ihre vorher armen Eltern durch allmäligen Zufauf von Grundeigen= thum in einzelnen Barcellen in die Berhältniffer geachteter fleiner Grundeigenthumer hinaufgeschafft und hinaufgearbeitet" 55).

⁵³⁾ v. b. Golt, Lage u. f. w. S. 452. 54) M. Mohl, Ein Wort zur agrarischen Frage. Stuttgart 1875. S. 8. 55) Robbe, Die Dismembrationsfreiheit des bäuerlichen Grundbesitzes. Ein Beitrag jur bäuerlichen Erbrechtsfrage. G. 17.

Aus dem kleinen Grundeigenthum und der durch dieses bedingten demostratischen Gesellschafts= und Gemeindeversassung entspringt für die Masse der ländlichen Bevölkerung ein zufriedener Sinn, der nicht selten mit der größten Anspruchslosigkeit verbunden zu sein pflegt. So findet sich in einigen Gegenden Würtembergs, namentlich aber in einem großen Theil des deutschen Mittelsgebirges die Fähigkeit der Entsagung bei den kleinen Grundeigenthümern zu einem wahren Hervismus entwickelt.

Kann diese Bedürfnißlosigkeit, die zu einer außerordentlich niedrigen Lebens= haltung führt, auch nicht ohne Sinschränkung als erwünscht bezeichnet werden, so bleibt doch der Werth einer solchen aus dem kleinen Grundeigenthum entstammenden Gesinnung, soweit sie sich als Schild gegen die Verlockungen der Umsturzbestrebungen bewährt hat, unbestritten.

Einen solchen auf die Erhaltung der bestehenden Staats= und Gesellschaftsordnung gerichteten Sinn haben sich demnach die Länder mit vorwiegendem Kleinbesitz in viel höherem Grade zu bewahren gewußt, als die Länder mit vorwiegendem Großgrundeigenthum.

US Beleg für das eben Gesagte genügt es wohl auf folgende Beispiele hinzuweisen.

Thne das gesunde sozialkonservative Element des kleinen Bauernstandes wäre es für Frankreich gewiß unmöglich gewesen, die fortwährenden politischen Wirren, in welche es durch die von St. Simon als Legistes bezeichnete Klasse gestürzt wird, zu tragen und dabei doch wirthschaftlich zu gedeihen.

Ferner haben in der bayrischen Pfalz in den Jahren 1848 und 1849 grade die kleinen Grundbesitzer ihren mühsam erworbenen Besitz am entschiedensten gegen die Revolution zu vertheidigen gewußt.

Und endlich hat die deutsche Socialdemokratie nirgends so wenig Wahlsstimmen für ihre Reichstagskandidaten zu gewinnen verstanden wie in den agrikolen Gegenden mit vorwiegendem kleinen Grundeigenthum und — wenn man von den Industriegegenden und großen Städten absieht — nirgends so viele, wie in den Gegenden mit einseitig vorwiegendem großen Grundbesitz. Mit diesem erhaltenden Sinn pflegt bei dem Kleingütler in normalen Zeiten eine unrestektirte, rein instinktiv auftretende Liebe zum Vaterlande oder richtiger zur heimathlichen Scholle Hand in Hand zu gehen.

Wie in den Ländern mit vorwiegendem Kleinbesitz das Joeal jedes auf dem Lande geborenen darin besteht, dereinst ein Stück Land sein eigen nennen zu können, so verläßt er die heimathliche Scholle nur, wenn die äußerste Noth ihn dazu treibt und kehrt auch dann, wenn er sich in der Fremde Reichthümer und Ehren erworben hat, gern wieder in die heimathliche Gemeinde zurück.

Indes muß doch bereits an dieser Stelle hervorgehoben werden, daß alle diese Lichtseiten des kleinen Grundeigenthums sich in der Regel nur dort ganz und voll zeigen, wo der Besitz der Kleingütler durchschnittlich noch hinreicht, um eine Familie zu ernähren, und nur in Zeiten, in denen nicht eine Reihe von Nothständen über ein solches Land hereingebrochen ist.

Dies führt uns zu der ernsten Kehrseite des Bilbes, an dem wir bisher nur die Lichtseiten mahrgenommen haben.

Diese Rehrseite ist um so bedenklicher, je mehr sich mit der Zerstückelung

bes Grundbesitzes eine weitgetriebene Auflösung der an sich schon Kleinen Besitzeinheiten in einzelne von einander räumlich getrennte Parzellen verbindet.

In Würtemberg betrug die Zahl der Farzellen d. h. der in ungetrenntem Zusammenhang Einem Eigenthümer gehörigen Grundstücke, mit Ausnahme jedoch der nicht eingerechneten Gebäude und Hofftellen, Flüsse und Bäche, Straßen und Wege, nach der letzten Landesvermessung von 1818-1850:5005979 Die durchschnittliche Größe einer Parzelle einschließlich des Waldes betrug freislich noch ca. $1^{1/5}$ Morgen. Dieser für das ganze Land berechnete Durchschnitt ist in einigen Theilen des Landes freisich noch höher: so namentlich in den waldreichen Gegenden und wieder in denjenigen Gegenden, in denen das sog. Bereinödungssystem eingeführt worden ist. Hier in den oberschwäbischen Obersämtern steigt der durchschnittliche Umsang einer Parzelle auf $4-6^{1/2}$ Morgen. In anderen Theilen des Landes war er dagegen beträchtlich niedriger, so namentslich in den dichtbevölkerten, an außgedehnteren Hofgütern, Waldungen und Weiden armen Oberämtern, in denen durchschnittlich nur 0,4-0,5 Morgen auf eine Barzelle kommen 56).

Sehr viel weiter geht die Parzellirung noch in anderen Gegenden des kleinen Grundeigenthums: so namentlich in den franklichen Theilen Bayerns, in Baden,

in der Rheinprovinz, in Raffau, in Heffen 2c.

So wird aus dem badischen Obenwald berichtet, daß dort sogar größere Bestitzeinheiten von 125 Morgen aus ca. 500 Parzellen bestehen. Diese Parzellen sind dann wieder zum Theil so klein, daß es schwer wird das Heu auf denselben zu mähen, ohne die Parzellen der Nachbarn zu beschädigen. Auch liegen sie so weit auseinander und sind so schwer kenntlich zu machen, daß der Besitzer täglich einige Stunden herumreiten muß, um den Knechten die Grundstücke zu zeigen, auf denen sie zu arbeiten haben. Und trotzem kommen häusig Berwechselungen vor, indem fremde Parzellen bearbeitet werden und eigene unbearbeitet liegen bleiben 57).

Und aus Hessenschaftlichen Beitschrift berichtet, daß die Gemeinde Bonhausen extl. der häuser und hausgärten 4810 Parzellen zählt; von diesen umfassen:

736	=	15,3	0/0	weniger	alŝ	1 0	□ Ruthen
419	_	8,7	,,	"	,,	20	"
1582	=	32,9	,,	,,	"	40	,,
1541	=	32,1	,,	,,	"	80	,,
328	=	6,8	,,	,,	,,	11 0	,,
204	=	4,2	,,	"	,,	140	,,

Sine andere Flur, Holzhaufen besitzt 750 Ader in 6150 Parzellen, es mißt also eine solche durchschnittlich 37 🗆 R.

Die Flur Herzenshausen mit 1050 Ader ift in 11600 Stüde zertheilt, es entfallen also auf eine Barzelle burchschnittlich 27 \B.

⁵⁶⁾ Rümelin, Die Grundlagen ber agrarischen Zustände in "Das Königreich Bürtemberg", herausgegeben vom statistisch-topographischen Bureau. Stuttgart 1863. S. 428.

⁵⁷⁾ Mündliche Erfundigungen.

Auch finden sich Besitzthümer von 30 Acker die aus 500 Parzellen befteben 58).

Ferner ift neuerdings aus der Rheinprovinz folgendes Beispiel einer weit=

gehenden Parzellirung des Bodens angeführt worden.

Die im Kreise Wittlich, Regierungsbezirk Trier gelegene Gemeinde Hont= heim (mit einer rein aderbau- und nicht gewerbetreibenden Bevölferung) hat auf 120 Saushaltungen

3014 Morgen Acker und Wiesen in 24746 Parzellen darunter find über groß nur

genau 2 19 " unter 1/2 24 267 und von diesen letteren wieder nicht 10 - R. groß 12003

Die größte Besitzung der Gemeinde hat 46 M. 105 BR., die aus 546 Barzellen bestehen 59).

Endlich wird aus Unterfranken berichtet, daß dort Parzellen im Anschlage

bis zu 15 fr. herab zur Versteigerung gelangen 60).

Diefer Zustand der Zerstückelung und Parzellirung des Bodens wird hinsichtlich seiner Folgen mit Rücksicht auf die Hohenzollern'schen Lande folgender= maßen geschildert: "In Folge der starten Bevölkerung, wohl auch der großen Fruchtbarkeit des Erdreichs ist der Boden häufig bis zum legalen Minimum 61) in eine Menge Parzellchen getheilt, welche wie ein bunter Teppich durcheinander gewürfelt in der Gemarkung zerftreut liegen, und ift die Bevölkerung wenn irgendwo so hier darauf angewiesen intensive Landwirthschaft zu treiben. Gleich= wohl sind die Dreifelderwirthschaft, die vielen Weide-, Trepp-, Ueberfahrts-, Unwanderechte in vollster Blüthe, tropdem sie ebenso viele Sindernisse für ein rationelles Landwirthschaftssystem sind" 62). Und welche Menge Land geht nicht durch die vielen Bege und Grenzen verloren!

Aehnlichen Klagen begegnen wir auch in den ebenen Theilen des Groß= herzogthums Baden, indem dort die weitgehende Gütervarzellirung und Gemengelage gleichfalls als ein Sinderniß für eine dem gegenwärtigen Bedürfniß entsprechende Reform der Landwirthschaft hingestellt wird: "Güterzerstückelung und Gemengelage gestatten feine ober nur eine fehr beschränkte Unwendung von Gaeund Erntemaschinen und Dampftraft zum Aderbau. Bollends ber Uebergang zur reinen Gras- und Futterwirthschaft mit Ersat des Streuftrohs durch Sammlung von fluffigem Dünger — welche gegenwärtig für Deutschland durch die allgemeine Konjunftur angezeigt erscheint — wurde eine vollständige Konsolidirung

59) vom Rath in ber Situng bes Landes = Defonomie = Kollegiums von 1879. Sten. Protof. S. 184.

60) Die Zwangsversteigerung landwirthschaftlicher Anwesen während bes 3. 1880

⁵⁸⁾ Reuning, Die Landwirthschaft im Königreich Sachsen. Festschrift für bie XXV. Bersammlung beutscher Land- und Forstwirthe zu Dresben (1865). S. 66.

in Bapern, in der Zeitschrift des f. bapr. statist. Bureaus, 12. Jahrg. (1850), Nr. 4. S. 180. 61) Eine fürstliche Berordnung vom 12. Mai 1809 bestimmte, daß kein Grundstüd, mit Ausnahme von Gärten, in kleinere Theile als 1/4 oder 3/8 Morgen wilrtemb. Maß = 11 Ar 50 Meter zertheilt werben burfe. Diefe Berordnung wurde am 4. Juni 1845 erneuert.

⁶²⁾ Bericht bes Borftebers ber III. landwirthschaftlichen Bezirksstelle von Sobenzollern in bem Jahresbericht über ben Zustand ber Landestultur in Preußen fur bas Jahr 1873. S. 175.

und Zusammenlegung der in der Feldgemartung zerstreuten Parzellen mit Aende= rung und gleichzeitiger Berlegung der Wirthichaftsgebäude auf die arrondirten

Güter voraussetzen, was in Süddeutschland gar nicht denkbar ist" 68).

Die Gemengelage ber Parzellen und die mangelhafte Buganglichkeit berselben führt dann naturgemäß zum Flurzwang, deffen Wesen ein gründlicher Renner der Landwirthschaft folgendermaßen schildert: "Derselbe führt zu Befehlen des Ortsvorstands, an einem Tage das Gras in einem Wiesengrunde zu mähen und das Obst zu ernten; zu Vorschriften über die Art des Schäferei= betriebs, zu Berboten in einer Gegend Kirschbäume zu pflanzen ftatt Apfelbaume, weil die Rirsche zeitiger reife als der Apfel und der Eigenthumer bei der Abnahme des Obsts die Feldernte beschädige, und wie diese Ausflüsse der Aderdespotie fonft lauten mögen" 64).

Es üben demnach die faktischen Berhältnisse der Bodenvertheilung hier einen eben so großen Zwang auf die Wirthschaft aus, wie früher die mannigfachen rechtlichen Fesseln des bäuerlichen Grundeigenthums, deren Beseitigung in unserem Nahrhundert mit Recht als die Borbedingung zu einer freien und rationellen Bewirthschaftung bes Bodens angesehen wird. Mur sind die geschichtlich überkommenen, jum Theil bis auf die Zeit der ersten Ansiedelung zurückreichenden faktischen hemmnisse weniger leicht zu beseitigen, als die rechtlichen Schranken. Gin Beweis dafür sind die vielen Bestrebungen zur Durchführung der Arrondirung im Süden (Bayern, Würtemberg, Preußische Rheinprovinz), die aber in den meisten Fällen entweder ohne jedes Resultat geblieben sind ober doch nur zur Bege= und Gewannregulirung geführt haben.

Ist unter solchen Umftanden — beim Bestehen des Flurzwangs — eine Abweichung von der herkömmlichen, den veränderten Berhältniffen nicht mehr entsprechenden Wirthschaftsweise unmöglich oder doch sehr schwierig, so wird auch das Nachdenken über die beste Betriebseinrichtung zwecklos sein und der auf dem Lande schon ohnehin verbreitete Schlendrian noch mehr begunftigt.

Wenn wir oben die Borguge, die der Bau von Bein- und handelsgewächsen für das kleine Grundeigenthum hat, hervorhoben, so muß hier doch auch des Nachtheils erwähnt werden, den diese Kulturart haben fann. Wo Raps, Mohn, Hanf, Cichorie, Taback, Hopfen und Wein mehr oder minder ausschlieftlich gebaut werden, da verliert der Rleinbesitz leicht einen seiner Borzüge: Die Stetigkeit des Ertrags. Namentlich der Weinbauer vermag sich in einem schlechten Jahr selbst in den fruchtbarsten und wärmsten Landestheilen nur dann vor äußerster Bedrängniß zu schützen, wenn er zugleich so viel Acker= und Gartenland besitzt, daß er den eigenen Hausbedarf an Rahrungsmitteln darauf erzeugen tann, wie z. B. an der Nahe. Fehlt diese Bedingung — wie z. B. an der Mofel oder im Burtembergischen Remothal mit seinen steilen Abhängen, wo für ben Acker= bau kein Raum übrig ist oder die Bestellung der Felder durch die Thalbewohner boch mit großen Schwierigkeiten verknüpft bleibt — so sind bei der großen Unregelmäßigkeit der Erträge des Weinbaus periodische Rothstände nicht zu vermeiden 65). Hagel und Mismachs vermag der Bauer als eine Fügung

⁶³⁾ Babisches landwirthschaftliches Wochenblatt 1876. Nr. 19.
64) Reuning, Die Landwirthschaft im Königreich Sachsen. S. 65.
65) Rümelin in "Das Königreich Würtemberg". S. 436. Lette, Vertheilung bes Grundeigenthums. S. 116.

Gottes zu ertragen. Wechselnde Gelberträge in Folge von Konjunkturen, deren Ursachen und Zusammenhänge er nicht begreift und deren Risiko er auf die Dauer nicht zu tragen vermag, machen ihn dagegen unzufrieden und verderben ihn. Daher zeigt der kleine Reb- und Hopfenbauer häufig das Bild der Verkommenheit. Es genügt zum Beleg an die häufig besprochene Armuth der Winzer an der Mosel zu erinnern. Sie bilden gleichsam ein Seitenstück zu den schlessischen Webern.

Baut der Rleingütler aber Getreide über seinen Bedarf, so wird er auf seinen zerstreuten Aeckerchen, bei den mannigsachen Fessell des Betriebs, den hohen Steuern 2c. nur schwer die Konkurrenz mit den Produkten von Ländern bestehen können, die bei zehn Mal größerem und arrondirtem Grundbesitz nur auf auserlesenem, jungfräulichem Boden mit Maschinen und Dampskraft ohne Düngung weit reichere Ernten erzielen. Es gewährt daher der Getreidebau auf den kleinen Gütern bei den durch die Belkkonkurrenz herbeigeführten niedrigen Getreidepreisen in guten Erntejahren nur einen kargen Arbeitsverdienst und eine noch dürstigere Verzinsung des Grund= und Betriedskapitals, aber keine Deckung für Fehljahre.

Je ausschliestlicher ferner der Kleinbesitz in einem Lande vorwiegt, desto weniger mustergiltige Wirthschaften wird es geben. Und von diesen allein pslegen doch die Impulse zur Verbesserung der kleinen Wirthschaften auszugehen. Denn der Kleinbauer ahmt nur dem wiederholt gegebenen Beispiel nach und wendet sast niemals eine Belehrung von einer seinem Beruse fern stehenden Verson auf seine Wirthschaft an.

Und selbst solche Beispiele können bei weit getriebener Zerstückelung und Varzellirung des Grundeigenthums ohne Folgen bleiben. Der tägliche Kampf mit der Noth des Lebens verengt den Gesichtskreis des Kleingütlers leicht so sehr, daß er der Belehrung durch Unterricht und Beispiel garnicht mehr zugänglich ist. So wird aus dem Frankenwalde und aus dem Hochlande des bayerischen Jura berichtet, daß der Kleingütler, der sich dort durch eine zum Theil unerquickliche Füglamkeit in eine kümmerliche Existenz auszeichnet, das Mistrauen und die Scheu vor allen Neuerungen nicht überwinden kann. Und von den Kleingütlern in Hohenzollern heißt es gar, daß die fünf in den Bereich der dritten landwirthschaftlichen Bezirksstelle fallenden großentheils arrondirten fürstlichen Höße, welche gleichsam als Musterwirthschaften dienen könnten, weit entfernt davon sind, der Bevölkerung die Vortheile der Arrondirung klar zu machen, sondern vielsach nur einen Gegenstand des Misgaunst und des Neids bilden 66).

So kann es benn kommen, daß trot der größten Sorgkalt und hingebung, mit der die Rleingütler ihre Parzellen bebauen, der Stand der Landwirthschaft auf denselben, in Folge der mannigkachen durch die Parzellirung und Gemengelage gegebenen Hemmnisse, sowie in Folge des Mangels an Betriedskapital und landwirthschaftlicher Ginsicht doch kein hoher ist, und daß namentlich dem Fortschritt der Landwirthschaft sich große Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Der von mancher Seite als Vorzug des kleinen Besitzes angeführte größere

⁶⁶⁾ Bavaria. Landes- und Boltstunde des Königreichs Babern. Bb. III. S. 412. Preußens landwirthschaftliche Verwaltung in den Jahren 1875—77. S. 308.

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung.

Biehreichthum in den Kleingüterbezirken dürfte nicht gegen das eben Angeführte sprechen.

Bedarf es doch zunächst noch einer näheren Feststellung dessen, ob und in welchem Sinn überhaupt von einem größeren Viehreichthum der Kleingütersbezirke mit Recht gesprochen werden kann.

So hat in Würtemberg die westliche Hälfte des Landes mit ihrer dichten Bevölkerung und weitgehenden Zerstückelung des Grundbestiges eine im Bershältniß zu der Bevölkerung geringere Viehzahl als die östliche Hälfte mit ihrer dunnen Bevölkerung sowie ihrem größeren und arrondirteren Grundbesitz.

In der westlichen Hälfte kommen auf den einzelnen Grundeigenthümer durchschnittlich weniger als 9 Morgen Grundeigenthum und auf 100 Einwohner 188 Morgen landwirthschaftlich benutzter Fläche; in der östlichen Hälfte besitzen die einzelnen Grundeigenthümer durchschnittlich mehr als 9 Morgen und es entfallen auf 100 Einwohner 340 Morgen landwirthschaftlich benutzter Fläche.

Nach der Aufnahme des Biehstandes vom 2. Januar 1856 und der Zählung der ortsamwesenden Bevölkerung vom 3. Dezember 1855 kamen auf je 100 Einwohner:

	Pterde	Rindvieh
in der westlichen Landeshälfte	3,24	39,39
in der östlichen Landeshälfte	8,24	68,85
im Durchschnitt des ganzen Landes	5,32	51,62

Wenn man aber die Viehzahl auf die Grundfläche reduzirt, so wird das Resultat freilich ein anderes. Hiernach war Würtemberg in den sechziger Jahren berjenige Staat, der der Fläche nach den größten Kindviehstand in Europa besaß, was sich daraus erklärt, daß bei der größten Kentwellung des Bodens der kleine Mann sür seinen Haushalt die Milch und Butter selbst hersvordringen muß und sich daher — allerdings vielsach auf Kosten der Nachdarn und trotz der Feldpolizei — eine Kuh auch dann hält, wenn er sich in den allerärmsten Verhältnissen besindet. Doch stand die Viehzucht nach dem Urtheil eines Kenners der Würtembergischen Landwirthschaft nur quantitativ, nicht aber qualitativ hoch 67).

Auch in Baden nimmt nach der Viehzählung von 1873 der Viehzbesit reduzirt auf die Grundssäche, mit der Kleinheit des Grundeigenthums relativ zu. Während in den Besitzklassen von 0—5 Morgen und von 5—10 Morgen schon je 2,2 Morgen mit einem Stück Rindvieh versehen sind, ist dies sür die Klasse von 10—20 Morgen bei 2,5 M., für die Klasse von 20—50 Morgen bei 2,9 M., für die von 50—100 Morgen bei 3,6 M. und sür die von mehr als 100 bez. 200 Morgen erst bei 4,4 bez. 5,7 M. der Fall. Ja die relativ stärkste Viehzahl sindet sich bei dem allerkleinsten landwirthschaftlichen Grundeigenthum von weniger als 1 /4 und

⁶⁷⁾ Kull, Beiträge zur Statistif ber Bevölkerung bes Königreichs Würtemberg, in ben Würtembergischen Jahrbüchern für Statistif und Landeskunde. Jahrg. 1874. Th. 1. S. 119, 120. Voßler, Die gegenwärtige Lage ber Landwirthe Würtem=bergs. Hohenheimer Programm pro 1866. S. 23.

von $^1/_4$ — $^1/_2$ Morgen, wo bereits auf 0,77 bezw. 1,7 Morgen 1 Stück Vieh entfällt. Indeß dürfen dies Zahlen doch nicht ohne Weiteres zu Gunsten des kleinen Grundeigenthums gedeutet werden. Vielmehr muß man im Auge behalten, daß die geringere Intensität der großen Wirthschaften — und zwar sowohl der eigentlich großen wie der Bauerwirthschaften — sich durch bestimmte auf denselben übliche Kulturarten (Wald und Weide) erklärt und daß diese Kulturarten wiederum vielsach — wie namentlich im Vadischen Schwarzund im Odenwald — durch die Natur bedingt sind. Auch ist nicht zu überssehen, daß in den kleinsten landwirthschaftlichen Haushaltungen das Vieh hauptsfächlich sür gewerdliche und Verkehrszwecke gehalten und ein Stück Land nur nebenher angebaut wird 68).

Ob der aus dem intensiven Interesse des Kleingütlers an seinem Besitz entspringende sorgfältige Andau des Bodens oder die oben erwähnten Nachtheile des kleinen Grundeigenthums in der Bewirthschaftung desselben prävaliren, ist eine quaestio facti, deren Beantwortung von einer ganzen Reihe von Faktoren abhängt, zu denen u. A. die Fruchtbarkeit des Bodens, das Klima, die hierburch sowie durch die Marktpreise bedingten Kulturarten, die allgemeinen volkswirthschaftlichen Verhältnisse zc. gehören.

In Baden wird von den Bauern, zu denen die offizielle Statistik auch die Klein= und Zwerggütler rechnet, ausgesagt, daß der Acker in manchen Landesstheilen mit gartenmäßiger Pünktlichkeit bestellt und daß dem Ersat der dem Boden entzogenen Nährstoffe durch Sammlung der zunächst gebotenen Dungmittel, durch Ankauf von solchen aus den Städten, durch Ersteigerung des Erstrags von fremden Wiesen, durch Zusührung von Mergel, Torf, Sand 2c. sorgfältige Ausmerksamkeit gewidmet wird.

Auch von dem Andau der Tagelöhner- und Gewerbe-Güter heißt es, daß er meist ein sehr fleißiger ist und daß auch die Düngung eine reichliche zu sein pflegt.

Und ähnlich lauten auch die Urtheile über den Würtembergischen Kleinbetrieb. Indeß ist damit zugleich das Vorhandensein einer Steigerung der durchschnittlichen Jahreserträge während der letten Jahrzehnte noch nicht bewiesen. In Würtemberg, wo eine thunlichst rationelle Aufnahme der jährzlichen Anblümung und der Ernteergebnisse schon seit 30 Jahren besteht und auch aus früheren Zeiten die Anhaltspunkte zu Vergleichen nicht sehlen, soll sich nach Rümelin ein Anwachsen der sog. Mittelernte in keiner Weise auch nur wahrzscheinlich machen lassen. Das brachliegende Land sei allerdings von 18,9 auf 8,5 % der angebauten Fläche zurückgegangen, was aber noch lange keinen diesem Zahlenverhältniß entsprechenden Mehrertrag in sich schließt. Der Getreidebau habe im allgemeinen abgenommen, mit Ausnahme nur der Gerste, die für den wachsenden Vierkonsum erforderlich sei. Der Gesammtertrag der Ernte wechsele sehr nach den Jahrgängen, aber eine Tendenz zum Steigen sei nicht aussindig zu machen 69).

69) Rümelin, Reden und Auffage. Zweite Folge. Tübingen 1881. S. 583, 584.

⁶⁸⁾ Beiträge zur Statistif ber inneren Berwaltung des Großherzogthums Baben. Karlsruhe 1876. Heft XXXVII. S. XXI, XXII.

Doch nicht nur daß die Landwirthschaft unter der Herrschaft des kleinen Grundeigenthums, wenn die Parzellirung sehr weit gediehen ist, keine Fortschritte macht; sie kann in Gegenden, in denen die Boraussetzungen für eine weitzgehende Zerstückelung des Grundeigenthums fehlen, auch zurückgehen, wie das Beispiel einiger Theile Oberschlesiens, des Eichsfelds, des Erzgebirges, des Westerwalds, Vogelsbergs 2c. zeigt und wie wir weiter unten näher auszusühren haben werden.

Wenn ferner oben für das kleine Grundeigenthum geltend gemacht wurde, daß ein großer Theil der Bevölkerung durch dasselbe kräftige Impulse für die Anhänglichkeit an die Heimath empfängt, so darf hier doch nicht verschwiegen werden, daß diese Anhänglichkeit an die Scholle sich auch in krankhafter Weise steigern und sog. Schollenkleber erzeugen kann, deren Werth für die Gesammtsheit sehr zweiselhaft ist.

Diese Gefahr, daß die sämmtlichen Glieber einer Familie beisammen bleiben, daß die Kinder schon früh heirathen und nach dem Tode der Eltern das Grundseigenthum weiter unter sich theilen, liegt namentlich bei denjenigen Gegenden nahe, in denen solche Landwirthschaftliche Kulturen verbreitet sind, die viel Arbeit brauchen und auf verhältnißmäßig kleiner Fläche hohe Erträge geben, wie der Weins und Handelsgewächsbau.

Und ebenso wird die Gewohnheit, das Grundeigenthum schon bei Lebzeiten der Eltern unter die Kinder zu vertheilen, wie sie in einigen Theilen Oberschlesiens besteht, sowie die Möglichkeit, durch Pachtung einiger Morgen Landes sehr bald zu einer eigenen Existenz zu gelangen, als einer der Gründe angeführt, der den erwünschten Abzug der überschüssigen Arbeitskräfte Oberschlesiens nach Orten, wo Arbeitsmangel vorhanden ist, verhindert 70).

Endlich wird auch in dem deutschen Mittelgebirge darüber geklagt, daß die auf den Genuß von Kartoffeln, Haferbrod und Schnaps reduzirte Bevölkerung lieber auf ihrer Scholle verkümmert, als daß sie sich entschließt, den Wanders
stad zu ergreifen.

Hat das kleine Grundeigenthum den Borzug, daß es schlummernde Kräfte wachruft und die Arbeitskraft der Nation wesentlich potenzirt, so ist die Kehrseite dieses Borzugs, daß bei weitgehender Zerstückelung des Grundeigenthums ohne gehörigen Absluß der Bewölkerung leicht ein solcher Zustand eintritt, in dem die vorhandene und an den Boden gebundene Arbeitskraft nicht mehr gehörig auszenut wird. Das ist dann Verschwendung der allerschlimmsten Art, die selbst in den von der Natur am reichsten begabten Ländern allgemeine Verarmung zur Folge haben kann.

Es darf bei dieser Gelegenheit auf den mitunter recht auffallenden Müßiggang, sowie auf die viele unnütze, nichts fruchtende Geschäftigkeit und Scheinsthätigkeit, die namentlich in den Dörfern Getreide bauender Kleingütler gefunden wird, hingewiesen werden.

⁷⁰⁾ Bericht bes Landraths v. Bitter über die wirthschaftlichen Verhältnisse in ben oberschlesischen Nothstandsdistritten nehst Vorschlägen zu ihrer Verbesserung, in den Drucksachen bes preußischen Abgeordnetenhauses. 14. Leg.-Per. 2. Session. 1880—81. Rr. 173. S. 39.

Insbesondere führt dort, wo mit dem Rleingütlerthum keine kommune Beide verbunden ift, die hutung des Biehs zur Berschwendung der Arbeitstraft und zu sonst schlimmen Einwirkungen auf die das Bieh hütenden Kinder. Ueber biefen Gegenstand wird aus dem Oberschlesischen Rreise Bleg berichtet, daß jeder Bauer, jeder Säuster, jeder Einlieger dort fein Viely getrennt auf den Feldern, Wegen und Rainen hüten läßt, fo bag auf wenig mehr als ein Stud Bieh ein Hirte fommt. Da das Hüten dort von den Kindern besorgt wird, so ist ber Schulbesuch während bes Sommers in ber Regel schlecht. Gleichzeitig ge= wöhnen sich die Rinder an Faulheit und Lüderlichkeit und werden daneben zum Felddiebstahl erzogen, da die kleinen Leute auf ihrem wenigen Lande keine genügende Rahrung für ihr Bieh finden und daher auf bas Beweiden fremden Eigenthums gleichsam angewiesen find 71).

Nicht minder groß wie die Verschwendung an Arbeitstraft ift auf dem kleinen und kleinsten Grundeigenthum die Berschwendung an Kapital. Bereits Rodbertus hat mit Recht darauf aufmerksam gemacht, daß je kleiner die Guter find, um fo größer im Berhältniß jum Grundwerth das jur Bewirthschaftung bienende fixe Rapital — bei aller Insufficienz des beweglichen Kapitals zu sein pflegt. Also ift hier ein Zuviel auf der einen mit einem Richtgenug auf ber anderen Seite verbunden. Das Zuviel bezieht fich namentlich auf den Bebäudewerth (Bautosten der Wohn- und Wirthschaftsgebäude) — der nach einer Berechnung Sombarts für Neuvorpommern auf den Bauer= und Roffatenftellen bei Böden der geringeren Rlassen dem Raufwerth des Grund und Bodens ohne Gebäude gleichkommt —, das Zuwenig auf das Fehlen von Maschinen, Arbeitsthieren 20. 72).

Als eine weitere schlimmere Seite ber fleinen Buter muß auch ihr häufiger Besitzwechsel und muffen namentlich die mit demselben verbundenen Rosten bezeichnet werden. So wird aus Unterfranken berichtet, daß bei manchen Grund= stücken der häusige Besitzwechsel im Lauf weniger Jahre an Besitzverände= rungs- und Rotariatsgebühren das Mehrfache von deffen mahrem Werthe verschlinge 73).

Siermit sind wir an denjenigen Punkt gelangt, in dem überhaupt die

gröften Befahren bes Rleingütlerthums liegen.

Indem die weitgetriebene Zerstückelung des Grundbesitzes die Riederlassung begünstigt, drängt sie die Bevölkerung dazu, sich über den Nahrungsspielraum hinaus zu vermehren. Die psychischen Momente, welcher in der Klasse der großen und bäuerlichen Grundbesitzer auf eine Berlangsamung der Bevölkerungs= zunahme hinwirken, fehlen bei den Klein= und Zwerggütlern ebenso fehr wie bei den Gewerbe= und Tagelohngütlern.

Ramentlich die ängstliche Rucksicht auf die Stellung der Nachkommen= schaft fehlen um so mehr, je geringer und parzellirter der Grundbesitz ist. Denn für die Rinder des Rleinbesitzers hat es nicht viel Bedeutung, ob

⁷¹⁾ Bernhardi, Rritif u. f. w. S. 446, 450. v. Bitter, Bericht über ben

oberschlesischen Nothstand. S. 3.
72) Robbertus, Jur Erklärung und Abhilse ber heutigen Creditnoth bes Grundbesitzes. Theil 2. 1876. S. 17. Sombart, Fehler im Parcellirungsverfahrenn. S. 24.

⁷³⁾ Zwangsversteigerung landwirthschaftlicher Anwesen in Bayern. S. 180.

das kleine Vermögen später durch einen etwas größeren oder kleineren Divisor getheilt wird.

Ja — im Gegentheil — es ift dem kleinen Grundeigenthümer, der für die Bestellung seines Guts auf die Mitarbeit seiner Familie angewiesen ist, ein Zuwachs in dieser nicht unerwünscht.

Da aber bei dieser Klasse das weibliche Geschlecht in der Regel angestrengt arbeiten muß, so ist die Fruchtbarkeit theils eine geringere, theils wegen der den Neugeborenen abgehenden Pslege und dadurch herbeigeführten großen Kindersterblichkeit eine blos scheinbar größere.

Trot dieser Hemmnisse wird der natürliche Zuwachs der Bevölkerung in benjenigen Gegenden, wo der Feldbau vorherrscht, doch auch durch die größere Zahl der kleinen Grundbesitzer gesteigert.

Der stärkste Bevölkerungszuwachs erfolgt aber innerhalb ber Klasse ber Gewerbetreibenden mit kleinem Grundeigenthum. Denn hier werden die Frauen mit Feldarbeiten nicht angestrengt, und auf die Kindersterblichkeit wirkt die Gewerbthätigkeit eher vermindernd als vermehrend.

Beil ferner die gewerbtreibende Bevölkerung bezüglich ihres Lebensunterhalts auf ihre persönliche Arbeitskraft angewiesen ist, bald selbstständig wird und früh heirathet, und zahlreiche Nachkommenschaft auch nicht vermeidet, so macht sich überall, wo diese Klasse stärker vertreten ist und in Berbindung mit den Kleingütlern das Uebergewicht erlangt, ein noch größerer natürlicher Bolkszuwachs bemerklich, als dort, wo die Bevölkerung allein Landbau treibt.

Rückschläge in Zeiten volkswirthschaftlicher Krisen abgerechnet, wird eine berartige Bevölkerung daher geneigt sein, sich stärker zu vermehren, als es möglich ist, die Existenzmittel und Existenzbedingungen durch Steigerung der Produktion zu erhöhen.

Wenn gleichwohl der Bevölkerungszuwachs in den Ländern mit vorwiegendem Kleinbesitz nicht noch viel rascher vor sich geht, so hat das seinen Grund in den beiden folgenden Umständen.

Eine Hauptquote der ländlichen Arbeitsfräfte auf den ausnahmsweise in Gegenden des Kleinbesitzes vorkommenden mittleren und größeren Gütern wird durch das Gesinde repräsentirt, und für dieses ist der ledige Stand der durch seine Stellung gebotene.

Zudem ist das Verlangen der landwirthschaftlichen Arbeiter in diesen Gegenden allgemein auf den Erwerb eigenen Grundeigenthums gerichtet. Dieses Berlangen können sie aber in der Regel nur befriedigen, wenn sie vorher etwas erspart haben. Um dieses zu erreichen, dürsen sie aber nicht früh zur Che schreiten.

Es stehen somit in den Ländern mit vorwiegend kleinem Grundbesitz den früh abgeschlossenen Shen derjenigen, die schon etwas besitzen, die spät eingegangenen Shen derjenigen gegenüber, die erst zum Besitz gelangen wollen, während in den Ländern des vorwiegenden Großgrundeigenthums auch die besitzlosen Hoftagelöhner sich früh verheirathen.

So ift z. B. das Gefammtergebniß der Bevölkerungsbewegung im Königreich Würtemberg dieses: daß bei einer großen Zahl Geborener und Gestorbener ein natürlicher Volkszuwachs von 0,81 Mehrgeborenen auf je 100 oder von 8,14 auf 1000 Einwohner stattfindet, der im Vergleich mit andern Ländern nicht groß ist. Diese durchschnittliche Verhältnißzahl von 8,14 Mehrgeborenen geht aber wieder hervor aus dem größeren Geburtenüberschuß von 9,29, welcher auf die westliche Landeshälfte mit vorzugsweise kleinem, parzellirtem Grundeigenthum und verbreiteter Industrie entfällt und dem kleineren von 6,35, welcher der östlichen Landeshälfte mit ihrem größeren geschlossenen Grundeigenthum angehört (34).

Das Anwachsen ber Bevölkerung führt dann, begünftigt durch das gemeine Erbrecht und eine demselben abäquate Bolkssitte, zu immer weiterer Theilung des Grundeigenthums. Obgleich der Umfang eines Guts, welches noch genügt, um eine Familie zu ernähren und vollständig zu beschäftigen, - wenn man von bedeutenden Verbefferungen der landwirthschaftlichen Technif und der Einführung neuer Kulturen absieht — ziemlich unveränderlich ist, so wird dasselbe trotzem immer weiter getheilt. Belingt es bem neuen Erwerber eines solchen Theilguts nicht durch Beirath oder Ersparnisse sein ererbtes Grundeigenthum zu erweitern. so wird dieses Eigenthum als Bafis für den Unterhalt und die volle Beschäftigung einer Kamilie nicht mehr ausreichend fein. Undrerseits fann dasselbe aber doch wieder zu groß sein, um seinem Besitzer einen dauernden Nebenverdienst zu gestatten. In biefem Stadium bezeichnet man folche Güter als Zwerggüter. Geht der eigentliche Betrieb von Ackerbau und Biehzucht dann stufenweise zurud, oder wird ein foldes But noch weiter getheilt, fo kann ber Besitzer wohl schließlich gezwungen sein, seinen Lebensunterhalt in landwirthschaftlicher Lohnarbeit oder in industriellen Silfsarbeiten zu suchen. Auf diesem Wege pflegen dann schließlich aus den Zwerggütern Gewerbe= und Tagelöhnergüter zu werden.

Im Ganzen liegt hier ein allmäliger Niedergang vor, der mit der Auflösung des spannfähigen Bauernguts in Spatengüter beginnt, sich in der Verkleinerung dieser zu Zwerggütern fortsetzt und mit dem Gewerbe- und Tagelöhnergut ab-schließt, dessen Besitzer auch in den besten Jahren des Zuschusses durch aus-wärtigen Arbeitsverdienst bedarf, um sich selbst und die Seinigen zu erhalten.

Dieser Verkleinerung des Grundeigenihums geht parallel die Ersetzung des Pferdes durch den Ochsen und dieses wieder durch die Kuh, bis dann endlich auch die Kuh durch die Ziege und das Schwein verdrängt wird. Und ebenso sindet der Pflug seinen Ersatz durch den Spaten und die Hade, der Wagen durch den Tragkorb und die Schiebkarre.

Ist erst dieses Stadium des Gewerbe- und Tagelöhnerguts erreicht und sehlt es dem Besitzer als Handarbeiter, Fabrikarbeiter und Landarbeiter nicht an reichlich und gut bezahlter Arbeitsgelegenheit, so kann die Lage eines solchen in seinem eignen Hause sitzenden Arbeiters, dem sein kleines Besitzthum den nothwendigen Bedarf an Gemüse, Kartosseln, Milch und Fleisch liefert, eine bessere sein, als die des Zwerggütlers, ja selbst als die des Kleingütlers.

Wenn sich die Bedingungen des Gedeihens solcher Gewerbe= und Tagelöhnergüter auch nicht im Einzelnen angeben lassen, so läßt sich doch im All= gemeinen sagen, daß ihr natürlicher Standort sich befindet:

⁷⁴⁾ Würtembergische Jahrbücher für 1874. Theil 1. S. 229—231. v. d. Golt, Lage u. s. w. S. 485.

1. In der Umgebung kleiner Städte und Marktsleden. So pflegen in den Bürtembergischen und zum Theil auch in den Thüringischen Städten mit Ausnahme nur der ganz großen, die meisten ein ständiges Gewerbe treibenden Familien ihren Küchenbedarf an Gemüse und Kartoffeln, sehr häufig auch ihr Obst, ihre Brodfrucht und ihren Wein selbst zu erzeugen. Auch ermöglicht ihnen ihr kleines landwirthschaftliches Eigenthum nicht selten das Hallen eines kleinen auf den Hausbedarf berechneten Viehstands 75).

Dagegen ist in der Umgebung größerer Städte der Boden gewöhnlich zu theuer, und sind die Entfernungen hier außerdem zu groß, als daß die Berbindung von ländlichem Grundbesitz mit städtischer Hantirung vortheilhaft sein

fönnte.

2. In der Umgebung von Berg= und Hittenwerken sowie von großen Fabriken, sei es nun daß die kleinen Grundeigenthümer in den geschlossenen Räumen der Fabriken arbeiten oder zu Hause gewisse gewerbliche Berrichtungen übernehmen, sei es endlich daß Fabrik und Hausinduskrie mit einander in einer und derselben Familie kombinirt werden, indem der Mann in der Fabrik, die

Frau mit den Rindern dagegen zu Sause beschäftigt werden.

Im Interesse der Begründung eines seshaften Arbeiterstandes kauften z. B. die Großindustriellen Westphalens in der Gegend von Dortmund, Witten, Hagen, Jerlohn u. s. w. zum Andau geeignete Bodenstrecken, die sie eintheilten und ihren Arbeitern zu lebenslänglicher oder erblicher Nutzung gegen Zahlung einer sesten Kente anwiesen. Diese dauten sich dann entweder aus eigenen Mitteln oder mit Vorschüssen, die ihnen das Werk gewährte, auf den Erdzinsstellen an. Seitdem dieser Weg abgeschnitten ist (1850), lassen die Großindustriellen Westphalens selbst Wohnungen dauen, versehen dieselben mit Gartenland und lassen den ganzen Komplex auf dem Wege der Verzinsung und Amortisation des Gebäude= und Grundkapitals allmälig in das Eigenthum der Arbeiter übergehen.

In allen drei der oben aufgezählten Fälle liefert ein kleines Eigenthum die Gelegenbeit zu einer solchen Verwendung der Mußeftunden, die den Körper und Geist des industriellen Arbeiters zugleich vor Verkünnnerung schützt. Darauf, daß der Wechsel in der Arbeit die zu einem gewissen Grade wie Erholung wirkt, hat bereits Fourier ausmerksam gemacht. Auch macht ein kleines Grundeigenthum die Fabrikbevölkerung hinsichtlich ihres nothwendigen Bedarfs an Kartosseln, Gemüse, Milch u. s. w. unabhängig von den Schwankungen der Marktpreise dieser Gegenstände.

Diese Vorzüge der Verbindung von gewerblicher Arbeit mit ländlichem Grundeigenthum treten allerdings nur dort zu Tage, wo die betreffende Industrie sich in blüchendem Zustande befindet und sie dauern auch nur so lange, wie diese in Blüthe steht.

Indessen kann auch bei momentanen Krisen einer Industrie und in Uebergangszeiten, in denen eine Industrie untergeht und eine andere am selben Orte emporblüht, ein solches Grundeigenthum für den Arbeiter von einigem Nutzen

⁷⁵⁾ Rümelin, Das Königreich Burtemberg. S. 431. Burtembergische Jahrbücher 1881. Theil 1. 1. Hälfte. S. 94. v. Biebahn, Statistit bes zollvereinten Deutschland II. 568.

sein. So wird noch neuerdings aus Würtemberg berichtet, daß die allseitige Versbindung gewerblicher Beschäftigung mit der Landwirthschaft wohlthätige wirthschaftliche Folgen habe, indem sie der gewerblich beschäftigten Bevölkerung einen Rückhalt gegen die aus der allgemeinen Konkurrenz auf dem Weltmarkt hervorzgehenden Bechselfälle bietet 76).

3. Auf dem Lande und bei landwirthschaftlicher Arbeit, sei es nun daß der kleine Grundeigenthümer den unzureichenden Ertrag seiner Liegenschaft durch Lohnarbeit ergänzt, oder daß der landwirthschaftliche Tagelöhner "seine eigene Frucht einschneidet", zwei Kategorien von grundbesitzenden Arbeitern, die sich nur durch den Umsang ihres Sigenthums unterscheiden.

Solche auf eigner Scholle sitzende oder doch in eigenen Häusern wohnende landwirthschaftliche Tagelöhner kommen in den großen Dörfern der Länder mit vorwiegendem Kleinbesitz — Baden, Würtemberg, Hessen, Rheinprovinz u. s. w. —, aber auch in Ländern mit gemischtem Besitz — Mark Brandensburg, Hannover, Braunschweig u. s. w. — neben einem Stamm vermögender Bauern in großer Unzahl vor. Es sehlt hier daher viel weniger an den nöthigen Arbeitskräften, wie in den Gegenden mit vorwiegendem Großgrundseigenthum.

Diese besitzenden Tagelöhner setzen aber zu ihrer genügenden Existenz genügende Arbeitsgelegenheit voraus, welche wieder gewöhnlich nur auf größeren und mittleren Gütern gegeben ist. Auf diesen sindet sie sich namentlich in solchen Perioden des Jahrs, in denen wegen der sich drängenden landwirthsschaftlichen Berrichtungen die Arbeitskraft der bäuerlichen Familie und des Gesindes, sowie der Gutstagelöhner nicht außreicht. Die Arbeiter arbeiten dann gewöhnlich im Tagelohn oder im Gesammtafford. Letzterer kommt in Mittelsund Süddeutschland namentlich deim Weins, Hopfens und Tabackbau, aber auch bei der Kultur von Wurzelgewächsen vor 77).

- 4. Am Ufer des Meeres, fischreicher Binnenseen und Flüsse, sowie auf Inseln, wo bereits ein kleines Grundeigenthum genügt, um der Fischsang treibenden Bevölkerung die nothwendigsten vegetabilischen Nahrungsstoffe zu liefern.
- 5. Endlich geben auch der Wald- und Wegebau, das Fuhrmannsgewerbe u. f. w. dem kleinen Grundeigenthümer in manchen Gegenden ausreichende Beschäftigung. So erwirbt z. B. der kleine Bauer in der westphälischen Mark und im Bergischen nach beendigter Saat- und Erntezeit mit seinem Gespann jährlich einige hundert Thaler durch An- und Absuhr von Kohlen und Eisensstein zwischen den Bergwerken und Hitten.

Sofern die obigen Boraussetzungen zutreffen, kann die Ausstattung der gewerblichen und landwirthschaftlichen Lohnarbeiter und kleinen Unternehmer mit Grundeigenthum eine für ihre Freiheit, Wohlstand, Wirthschaftlichkeit, Gesundheit, Lebensfreudigkeit und Sittlichkeit nüpliche sein.

⁷⁶⁾ Bürtembergische Sahrbücher 1881. Theil 1. 1. Hälfte. S. 94, 222. 77) Sahresbericht über ben Zustand ber Landeskultur in Breuken für 1873.

Dhne diese Boraussetzungen dagegen ift ein verbreiteter Zwerg=, Gewerbe= und Tagelöhnerbesitz ein entschiedenes Gebrechen der Grundeigenthumsvertheilung.

Was die Zwergwirthschaft betrifft, so sind ihre Schattenseiten uns am aussührlichsten und zugleich am lebhaftesten von Fr. List geschildert worden. Derselbe knüpft an die irländischen Zwerggütler, die allerdings nicht Eigensthümer sondern Pächter sind, seine Darstellung an. Dieselbe stimmt dann, wie unten zu zeigen sein wird, mit der Schilderung der Zustände unter den kleinen bäuerlichen Eigenthümern Oberschlesiens fast vollständig überein.

"Wo sie — nämlich die Zwergwirthschaft — vollständig zur Ausbildung gelangt ist, wie in Frland, sagt Lift, da besteht ein Zustand, in welchem die Mehrzahl der Landwirthe ihr Leben damit zudringt, Kartosseln zu bauen und Kartosseln zu essen; in welchem sie nicht allein an aller kräftigen Speise, sondern sogar am nöthigsten aller Gewürze, ohne welches selbst das Thier physisch aussartet, am Salz, Mangel leiden; — — in welchem der Mensch die Dienste des Esels, des Pserds und des Zugthiers verrichtet, ohne sich der kräftigen Nahrung dieser Lastthiere zu erfreuen; in welchem dei alledem der größte Theil der arbeitenden Klassen sein eine Zeit in Müßiggang oder im Schlendrian verdringt, weil jedermann mehr Zeit hat, als er zur Besorgung seiner kümmerlichen Wirthschaft zu verwenden braucht. Gegen die Existenz solcher Gutseigenthümer ist die eines wohlgehaltenen Stlaven eine fürstliche." Und Chadwick fügt über die Wohnungsverhältnisse dieser kleinen Pächter noch hinzu, daß sie in seuchten Erdund Lehmhütten, welche nur einen einzigen Raum enthalten, mit ihrem alleinigen Reichthum, dem Schwein, zusammen leben 78).

Freilich geftalten sich die Berhältnisse der Zwerggütler auf rein beutschem Gebiete im Allgemeinen weniger trosilos.

Wenn über die Gebrechen der Zwergwirthschaft auch fast allgemeine Ueberseinstimmung besteht, so gehen die Ansichten doch häusig darüber auseinander, ob und in welchem Umfange der Zwergbesit das noch lebensfähige Kleineigensthum in Deutschland bereits verdrängt hat.

Hierüber äußert sich List dahin, daß der Zwergbesitz am Rhein, Neckar und Main theils erst im Anzuge begriffen theils aber bereits erreicht ist. "Denn schon giebt es große Dorfschaften, in welchen kein Pflug mehr geht und andere, wo, weil die Parzellen nicht mehr zu verkleinern sind, den Töchtern einzelne Fruchtbäume zum Heirahlsgut gegeben werden, ja sogar solche, wo die gesammte Einwohnerschaft nur in der Auswanderung mit Kind und Gesinde ihre Rettung zu sinden glaubt."

Diese deutsche Zwergwirthschaft bezeichnet List speziell als eine Tochter der Gütergemeng= und Dorfverfassung, wobei alle Landwirthe in Dörfern beisammen leben und von einem Centralpunkt aus eine Menge von kleinen Feldstücken bebauen, die an hundert verschiedenen Orten zerstreut auf der Markung umher liegen.

Mit List stimmen, was die Beurtheilung würtembergischer Verhältnisse

⁷⁸⁾ Fr. Lift, Aderversassung, Zwergwirthschaft u. s. w. in seinen gesammelten Berken, herausgegeben von L. Häusser. Band 2. S. 163. Edwin Chadwicks Memoire bei Lette, Bertheilung des Grundeigenthums. S. 83.

betrifft, überein Fallati, Knaus, Helferich u. A., nur daß diese letzteren Schriftsfteller angesichts der durch exceptionelle Ursachen hervorgerusenen Nothstände der vierziger und fünfziger Jahre angenommen haben, daß dem Zwerggütlerthum eine größere Verbreitung eigen sei, als sich später in Wirklichkeit herauszgestellt hat.

Gegen diese allzusehr generalisirende Tendenz namentlich Helserichs trat dann Rümelin auf, indem er "die Grenzen, innerhalb deren fich das bezeichnete Uebel bewegt, näher bestimmen will." Er bestreitet zunächst, daß Bürtemberg im Allgemeinen ein übervölkertes Land ist. Judeß giebt er doch zu, daß in einigen Gegenden die von der Landwirthschaft lebende Bevölkerung in rascherer Broportion angewachsen ist, als die Intensität des Anbaus und ebenso, daß die Ueberschreitung dieser Proportion die Noth der vierziger und fünfziger Jahre veranlaßt hat. Nach Rümelin finden sich einzelne Zwerg= güter, d. h. Güter, deren Besitzer ausschließlich Landwirthe sind, ohne daß doch die Bedingungen einer selbstständigen Wirthschaft vorhanden wären, in allen Landes= theilen Würtembergs, am seltensten freilich in Oberschwaben, auf der Alb und auf dem Plateau des Jagstlands. Dagegen pflegt im Niederland, in den Thälern von Jagst und Rocher, sowie in den Thälern des Schwarzwalds, wo im Allgemeinen die kleinen Güter vorherrschen, wohl selten eine Gemeinde ohne eine Ungahl von Zwergwirthschaften zu sein. Ja es giebt hier auch ganze Ort= schaften und felbst gange Bezirke, wo die mittleren Guter fast vollständig fehlen, Die kleinen lebensfähigen Güter die Minderzahl und die Zwerqwirthschaften die Mehrzahl bilden. Es sind dies die armen und heruntergekommenen Dörfer, die in den fünfziger Jahren zum Theil unter Staatsaufsicht gestanden haben. Sie liegen zum Theil in dem Gebiet des vorherrichenden Beinbaus, fo nament= lich im Remsthal. Aber auch einige Gegenden des unteren Jagst= und Rocher= thals sowie des Schwarzwalds gehören hierher. Besonders zahlreich sind die armen Ortschaften an dem Westabhang des fog. Pfahlgebirgs (Welzheimer, Murrhardter, Mainhardter Wald, Löwensteiner Berge) 79).

Noch weiter in der Vertheidigung der Grundeigenthumsverhältnisse Würtembergs geht dann der Bearbeiter der neuesten (1873) in Würtemberg veranstalteten Aufnahme über die Vertheilung des Grundeigenthums, Fin.=Rath Kull 80). Er ist der Ansicht, daß die mangelhafte Zählung von 1857 — deren Resultate den Konstlusionen Kümelins als Stützpunkt dienten — eine übertriebene Vorstellung von den Zwergwirthschaften in Würtemberg hervorgerusen hat, indem die Zahl der Bessitzer größer und der Umsang ihres Besitzes kleiner erschien, als er wirklich war, weil alle in mehreren Gemeinden besitzenden Personen mehrsach gezählt wurden. Aus der Doppelzählung der Ausmärker glaubt Kull die Verminderung der kleinen Besitzer zwischen 1857 und 1873 um 138039 hauptssählich erklären zu sollen. Und ferner meint er, daß die aus den fünfziger und aus dem Ansang der sechziger Jahre stammenden Urtheile fast sämmt-

⁷⁹⁾ Rümelin, Die Grundlagen ber agrarischen Zustände in "Das Königreich Bürtemberg". Stuttgart 1863. S. 431, 435, 436.

⁸⁰⁾ Kull in ben Würtembergischen Jahrbüchern 1881. Theil 1. 1. Hälfte. S. 205, 222.

lich unter dem Gindruck des Vermögensverfalls bei einer Menge kleiner Birth=

ichaften abgegeben feien.

Und in der That muß zugegeben werden, daß sich die Verhältnisse der Grundeigenthümer seit jener Zeit — namentlich durch die massenhafte Auß-wanderung am Ansang der fünfziger Jahre, ferner durch die Entwickelung von Industrie und Handel, sowie die Verbesserung der Kommunikationsmittel und die Konzentration der Bevölkerung in den Industriegegenden — sehr wesentlich gebessert haben.

Wenn Kull die Verhältnisse des würtembergischen Grundeigenthums nun auch für überwiegend gesunde hält, so giebt doch auch er zu, daß die "Theilung des Grundeigenthums" stellenweise "allzuweit vorgeschritten" sei, und wünscht, daß die Tendenz zu weiterer Zerstückelung des Bodens ein Gegengewicht erhalte. Ein solches erblickt er in der Auswanderung eines Theils der landbautreibenden Bewölkerung in Kolonien, welche unter den Schutz des Reichs zu stellen wären.

Zu demselben Resultat gelangt auch der Reutlinger Rechtsanwalt Hahn in seiner im Jahre 1880 in Reutlingen erschienenen Schrift: Die Noth unserer Bauern und ihre Ursachen.

So viel über Zwerggüter und Zwergwirthschaften.

Und wie für die Zwerggütler, so kann auch für die grundbesitzenden landwirthschaftlichen Tagelöhner und ebenso für die grundbesitzenden Industriearbeiter und Handwerker die Lage eine höchst bedenkliche werden, sofern nämlich die oben erwähnten Voraussetzungen einer zweckmäßigen Verbindung von Besitz und außerhalb desselben zu suchender Arbeit nicht vorhanden sind.

So verlieren die Tagelöhnergüter ihre Ezistenzberechtigung, wenn die wenigen vorhandenen großen und mittleren Güter dem Zerstückelungsprozeß anheimfallen und damit zugleich die Nachfrage nach landwirthschaftlicher Arbeit

schwindet.

Die durch das Grundeigenthum bewirkte Gebundenheit des Gewerbegütlers an die zu seinem Unterhalt an sich ungenügende Ackerparzelle kann sodann, wie wir bereits oben andeuteten, leicht zur unverhältnißmäßigen Herabdrückung des Lohnes der Gewerbearbeit sühren. Dies gilt namentlich sür diesenigen Gewerbe, welche, weil sie mit geringerem Kapital und spärlicherem Wertzeug arbeiten und eine nur geringe persönliche Geschicklicheit und Borbildung voraussezen, an massenhafter Uebersezung leiden und ihren Mann nur kümmerlich nähren, wie z. B. die Spinnerei, Weberei, Strickerei, Schneiderei u. s. w. Sinken dann die Preise dieser Produkte dauernd in Folge der Konkurrenz mit der Maschinenarbeit, sopslegen die betressenden Personen, statt ihre gewohnte Beschäftigung aufzugeben, weil sie durch ihren Besitz an die Scholle geknüpft sind, sich selbst und ihre Familie dis zu gesundheitzerstörender Erschöpfung anzustrengen. Und trotzen "versielen die Hütten der schollessers und verschwand aus den hübschen Häuschen der Minden=Ravensberg'schen Weber und Spinner Mobiliar und Hausgeräth."

Daß ferner bei eintretenden Kalamitäten folche Güter, die zu klein sind, um Gebäude, Inventar und Arbeitskräfte gehörig verwerthen zu lassen, die geringste Lebenskraft zeigen, ist vielleicht niemals so deutlich zu Tage getreten, als während

der Krisis der fünfziger Jahre in einem Theil Süddeutschlands und namentlich Würtembergs 81).

Hier in Bürtemberg hatte sich auf dem stark zerstückelten und parzellirten Grundeigenthum die Bevölkerung dis zum Schluß der vierziger Jahre in stärferer Weise vermehrt, als es möglich geworden war, die Existenzmittel und Existenzbedingungen der Produktion zu steigern. Auch sand die überschüssige ländliche Bevölkerung damals keinen genügenden Absluß in die Industrie, einmal weil das kleine Gewerbe noch vielsach von den Schranken der Zunstwersfassung umgeben war und den Zusluß der ländlichen Bevölkerung hinderte, dann aber weil die Großinduskrie, so lange die einzelnen deutschen Staaten durch Zollschranken gegen einander abgeschlossen waren, nicht recht ausblüchen konnte.

Als dann in der Mitte der vierziger Jahre die Kartoffelkrankheit sich immer mehr ausbreitete, als ferner zu der in den Bewegungsjahren eingetretenen Kreditlosigkeit und Entwerthung der Immobilien ansangs der fünfziger Jahre (1850—53) noch 4 unzureichende Ernten hinzukamen, mußte die langer Hand vorbereitete wirthschaftliche Katastrophe nothwendig zum Ausbruch kommen.

Daß dieser Nothstand die dichtbevölkerten Gegenden Alt-Bürtembergs, in benen die Zerstückelung des Grundeigenthums am weitesten gediehen war, viel stärker betroffen hat, als die Gegenden mit einer weniger weit gehenden Zertheilung des Grundeigenthums und einer mehr aristokratischen Gliederung der Bevölkerung zeigt solgender statistischer Vergleich.

Die im westlichen Theil des Königreichs Würtembergs gelegene Gruppe von 37 altwürtembergischen Amtsbezirken, in der die kleinen und Zwerggüter vorwiegen, umfaßt zusammen eine Gesammtsläche von ca. 158
Weilen.

Dieser westlichen Gruppe steht im Often gegenüber eine Gruppe von 27 Amtsbezirken mit einem Gesammtslächeninhalt von ca. 198 (Meilen, in der sich bei einer im Ganzen weniger dichten Bevölkerung ungleich größere und zugleich mehr geschlossene Güter erhalten haben als im Westen.

Dieser Unterschied der Grundeigenthumsvertheilung findet seinen Ausdruck u. a. in solgenden Bahlen. Während in der westlichen Gruppe nach der im Jahre 1857 erfolgten Aufnahme der landwirthschaftlich benutzten Fläche und der im Jahre 1858 stattgehabten Bevölkerungszählung auf je 100 Einwohner 160 Morgen landwirthschaftlich benutzter Fläche entsielen, ferner die Güter von weniger als 30 Morgen Umfang 68,29 %, die von 30 Morgen und mehr dagegen 31,71 % des gesammten landwirthschaftlich benutzten Areals einnahmen und endlich durchschnittlich nicht ganz 9 Morgen auf einen Grundeigenthümer kamen — entsielen in der östlichen Gruppe auf je 100 Einwohner 340 Morgen landwirthschaftlich benutzten Bodens, betrugen die Güter von weniger als 30 Morgen nur 34,53 %, die Güter von 30 und mehr Morgen dagegen 65,47 % des landwirthschaftlich benutzten Areals und kamen auf einen Grundeigenthümer durchschnittlich mehr als 9 Morgen.

⁸¹⁾ Ueber die auf Bürtemberg bezüglichen Aussiührungen voll. Kull, Beiträge zur Statistit der Bevölkerungsbewegung, in den Würtembergischen Jahrbüchern u. f. w. für 1874. Theil 1. S. 25 ff.

Daß die westliche Hälfte des Königreichs Würtemberg von dem Nothstand der vierziger und fünfziger Jahre ungleich stärker betroffen worden ift, als die öftliche Hälfte zeigen folgende Zahlen.

In den Jahren 1850—53 fam in den Bezirken der westlichen Sälfte ein Gantfall auf 137—357 Personen, in den Bezirken der öftlichen Hälfte

nur ein Gantfall auf 379—1717 Personen.

Für das ganze Königreich Würtemberg betrugen die Konkurse, welche hauptsächlich Kleinbesitzer und Handwerker betrasen, in den Jahren:

1837			1447
1843			1857
1846			3351
1848			4039
1852			7582
1853			8536
1854			8813
1855			7883
1856			4772.

Ferner betrug die Abnahme der ortsanwesenden Bevölkerung von 1852 bis 1858 in ganz Würtemberg $3.67~^{\rm o}/_{\rm o}$ (gegen eine Zunahme von 1834 bis 1849 um $11~^{\rm o}/_{\rm o}$): davon im westlichen Theil allein $4.94~^{\rm o}/_{\rm o}$, und im östlichen nur $1.82~^{\rm o}/_{\rm o}$.

Dieser beispiellose Rückgang der Bevölkerung war veranlaßt durch einen geringeren Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen (Abnahme der Ehen und ihrer Fruchtbarkeit bei gleichzeitiger Zunahme der Todesfälle) und durch einen größeren Ueberschuß der Auswanderer über die Einwanderer.

Dagegen ist mit Rücksicht auf jene Zeit für das Königreich Sachsen, welches eine dichtere Bevölkerung, aber zugleich eine viel mannigfaltigere Vertheilung des Grundeigenthums, sowie eine stärkere Absorption der Bevölkerung durch die Insdustrie ausweist, bemerkt worden, daß es weder der Auswanderung ein erhebliches Kontingent geliesert, noch auch zahlreiche Subhastationen landwirthschaftlicher Grundstücke zu verzeichnen gehabt hat 82).

Nach Ueberwindung der Katastrophe der vierziger und des Anfangs der stünfziger Jahre trat für die gelichtete Bevölkerung Würtembergs in Folge einer Reihe besserer Ernten, in Folge der vortheilhaften Wirkung der Ablösungszgesete, namentlich aber in Folge der Vervielfältigung des Sisenbahnnetzes und des Ausschlangs der Industrie eine bessere Zeit ein. Doch wurde sie um einen

hohen Breis erkauft.

Bon der Bevölkerung verlassene und verödete Dörser, Häuser, welche Jahrhunderte lang gestanden hatten und jetzt abgetragen werden mußten, der Jammer der Auswanderung und das noch größere Elend der Rückschr eines Theils der Ausgewanderten, sowie die Entwerthung des Grundeigenthums waren die schmerzhaften Opfer, welche die Beseitigung der durch die Uebervölkerung und zu weit getriebene Zerstückelung des Grundeigenthums bewirkte Nothlage erheischte.

⁸²⁾ Reuning, Landwirthschaft im Ronigreich Sachsen. G. 68.

Auf die Dauer besserten sich die Zustände nur durch den starken Absluß der überschüssigen ländlichen Bevölkerung in die seit den fünfziger Jahren aufblühende Industrie, die sich nach Ausbau des Gisenbahnnetzes immer mehr

in bestimmten Wegenden fonzentrirte 83).

Diesen Seilungsprozeß begleitet ein gründlicher Kenner Würtembergischer Zustände am Schluß der sechziger Jahre mit folgenden Worten: "Es erscheinen die Zwergwirthschaften jetzt ganz erträglich, um bei der nächsten — und fügen wir hinzu: größeren — landwirthschaftlichen Krisis um so sicherer zusammen= zubrechen" *4).

Dafür daß diese Zeit zum Theil bereits hereingebrochen ist oder doch

herein zu brechen droht, liegt mehr als ein Anzeichen vor 85).

Daß der Kleinbesig im Süden auch in der gegenwärtigen Krisis besonders stark leidet, wird unter Anderem durch die neueste bayerische Subhastationssstatistik bewiesen. Bon 100 im Jahr 1880 der Zwangsversteigerung in Bayern unterstellten ländlichen Anwesen gehörten 77,0 dem kleinen Grundeigenthum mit einer Fläche bis zu 10 ha, 22,0 dem mittleren mit einer Fläche von 10—100 ha und nur 0,3 dem größerem Grundeigenthum an. Dagegen gehörten freilich von 100 ha verganteten oder subhastirten Bodens nur 33 dem kleinen, 61 dem mittleren und 6 dem großen Grundeigenthum an. Diese sür das ganze Königreich Bayern ermittelten Zahlen ersahren dann aber in den beiden Provinzen, in denen die Gütervertheilung ("Güterzertrümmerung") am weitesten gediehen ist, eine Abänderung zu Ungunsten des kleinen Grundeigenthums, insdem von 100 ha des verganteten und subhastirten Bodens in Unterfranken allein 58 und in der Pfalz sogar 65 ha auf das kleine Grundeigenthum fallen 86).

Und auch hinsichtlich der Auswanderung der ländlichen Bevölkerung vershalten sich die Länder mit vorwiegendem Kleinbesitz nur in regelmäßigen Zeiten anders als die Länder mit vorwiegendem Großbesitz.

Während hier die ländliche Bevölkerung stets — und gerade in Zeiten der Prosperität und hoher Löhne am stärksten — das Bestreben hat, die Heise math zu verlassen, hängt sie dort in guten oder auch nur leidlichen Zeiten fest an der Scholle und wird nur durch die äußerste Noth veranlaßt die Heimath zu verlassen.

So nahm die Auswanderung aus Würtemberg in den Jahren 1852—55 14,28 % des ganzen Zuwachses der Bevölkerung von 1813—1852 hinweg. Und auch gegenwärtig ist sie hier wie überhaupt im Süden wieder nicht unbedeutend gestiegen. Während im Durchschnitt des deutschen Reichs die Auswanderungszisser des Jahres 1880 nur 2,3 % betrug, wanderten in diesem Jahr über See aus

⁸³⁾ Bifcher, Die industrielle Entwidelung im Königreich Burtemberg. Stutt- gart 1875. S. 183-185.

⁸⁴⁾ Bogler, Die gegenwärtige Lage der Landwirthe Würtembergs. Stuttgart 1866. S. 17.

⁵⁵⁾ D. Hahn, Die Noth unserer Bauern und ihre Ursachen. Reutlingen 1880. 86) Die Zwangsversteigerung landwirthschaftlicher Anwesen während des Jahres 1880, in der Zeitschrift des k. baperischen statistischen Büreaus. 12. Jahrg. 1880. Nr. 4. S. 175, 176.

Baden 7,5 $^{0}/_{00}$ Bürtemberg 4,6 $^{0}/_{00}$ Heffen 3,2 $^{0}/_{00}$ 8 7).

Tieselbe Erscheinung zeigt sich auch in Preußen. Neben den Landestheilen mit vorwiegendem Großgrundeigenthum haben die Rheinprovinz und Hohenzollern, also diesenigen Theile der preußischen Monarchie, welche die größte Zersstückelung des Grundeigenthums ausweisen, in den Jahren 1844—1877 die stärkste Auswanderung gehabt, und zwar die Regierungsbezirke Trier (1: 10), Sigmaringen (1: 11), Koblenz (1: 13) wegen des starken Abslusses der Bevölkerung in der Zeit nach den Nothstandsjahren, zwischen 1852 und 1857 88).

Während aber im Norden durch die fortwährende Auswanderung die Landwirthschaft selbst leidet, indem es ihr an den nöthigen Arbeitskräften sehlt, um zu intensiven Kulturarten und Betriebsmethoden überzugehen, tritt diese Folge im Süden nicht ein, sondern findet hier vielmehr eine Befreiung der Landwirth-

schaft von überflüssigen Elementen statt.

Der Neigung zur Auswanderung geht in Ländern mit vorwiegendem Kleinbesits in Beiten großer Nothstände — wenn auch nur in vorübergehender Weise — bisweilen voraus eine große Empfänglichkeit für socialistische Bestrebungen, wie dies die Ersahrungen der 40 er und 50 er Jahre in Süd-

deutschland zeigen.

In Folge der socialistischen Ideen, welche damals z. B. in einem großen Theile Würtembergs verbreitet waren sowie des Terrorismus, den dieselben ausübten, wagten — so wird berichtet — die ortsangesessen bäuerlichen Besitzer häusig nicht, vergantete Grundstücke in ihrer Gemeinde zu kausen. Nur wenn man diesen Faktor mit in Betracht zieht, wird es erklärlich, warum der grundbesitzende Adel seinen Besitz damals durch Ankauf der start im Preise gefallenen bäuerlichen Parzellen nicht erweitert hat.

Seitdem freilich ist der durch die Segnungen des verbreiteten Grundeigenthums geschulte, nüchtern verständige Sinn der ländlichen Bevölkerung wieder zu sich selbst gekommen, so daß die socialdemokratischen Bestrebungen der letzten Jahrzehnte in den Ländern mit vorwiegendem Kleinbesitz wenigstens unter der

ländlichen Bevölkerung feinen empfänglichen Boden gefunden haben.

Aber wer steht dafür, daß, wenn die jetige landwirthschaftliche Krisis sich noch mehr verschärft, nicht auch unter den Zwerggütlern wieder ein Rücksall in

jene socialistische Stimmung der 40 er und 50 er Jahre Blat greift.

Ferner darf auch nicht vergessen werden, daß es verkommene Zwerggütlers Dörfer in Mittels und Süddeutschland waren, welche ein reichliches Kontingent zu den badischen Putschen und zum Franksurter Septemberaufstand stellten und an einigen Orten die Hypothekens und Lagerbücher verbrannten. "Solche Demonstrationen, sagt Riehl, zeigen uns deutlich, wohin der Bauer kommt, wenn der seste Boden des Besitzes unter seinen Füßen zu wanken beginnt, wenn er der sicheren Richtschuur der Sitte untreu wird, wenn der Branntwein seine Nervenkraft bricht und seine naturwüchsige Derbheit in Bestialität verkehrt." Endlich pflegt die Bevölkerung in Zwerggüterbezirken vielsach auch sittlich

88) Böbiter l. c. S. 19-22.

⁸⁷⁾ Preußens landwirthschaftliche Berwaltung für 1878-80. S. 184.

zu verkommen. So berichtete der Staatsanwalt Zentgraf bei Gelegenheit der Berathung über den Gesetzesentwurf betreffend die landwirthschaftlichen Erbgüter in der 2. Hessischen Kammer am 2. Mai 1858 (s. den stenographischen Bericht), daß während die Bezirke mit geschlossenem bäuerlichen Grundeigenthum sich durch strenge Rechtlichkeit auszeichnen, in den Bezirken mit weitgetriedener Gütertheilung Frocesse und Criminaluntersuchungen an der Tagesordnung seien. Aus solchen Gegenden des Großherzogthums Hessischen entstammten auch jene jungen Mädchen, welche damals und noch später massenweise nach England, Frankreich und Rußland auszuwandern pslegten, um dort als Fliegenwedelhändlerinnen zugleich Handel mit ihrer Ehre zu treiben.

Und noch neuerdings wieder ist die sittliche Inferiorität der zum Proletariat herabgesunkenen Zwerggüterbevölkerung betont worden, indem ein Mitglied der ersten badischen Kammer 89) sich folgendermaßen äußerte: "Während die dem eigentlichen Bauernstande entstammende Bevölkerung von Jugend auf arbeiten, sparen und genügsam sein gelernt hat, pslegen die ländlichen Proletarier im Durchschnitt weder treue noch fleißige und genügsame Arbeiter zu sein und überdies auf dem Lande, wo eine strenge Polizeiaussicht fehlt, als lästige Nachbarn sich unrechtmäßiger Weise alle möglichen Vortheile zuzueignen".

So sind denn trotz der nicht zu übersehenden Vorzüge der Länder mit vorwiegendem kleinen Grundeigenthum, die namentlich in normalen Zeiten zur Geltung gelangen, doch auch die Schattenseiten dieser Art der Grundeigenthumsevertheilung nicht zu verkennen. Die letzteren treten wieder besonders deutlich hervor im Stadium der Umbildung der kleinen Güter in Zwerggüter und der Zwerggüter in Gewerbegüter sowie in Zeiten langandauernder äußerer Kalamitäten.

Immerhin ift die Gefahr, in eine einseitige zu weit gehende Zerstückelung bes Grundeigenthums zu gerathen, heutzutage weniger groß als die der Latifundienbildung.

Denn 1. legen das Klima, die Bodenbeschaffenheit und andere natürliche Faktoren einer zu weit gehenden Zerstückelung des Grundeigenthums in den von der Natur wenig bevorzugten Gegenden große Hindernisse in den Weg.

Sodann aber 2. ift es verhältnißmäßig leichter eine Korrektur gegen übergroße Zersplitterung als gegen Latifundienbildung zu finden. Freilich kann eine solche Korrektur unter Umftänden viel Zeit beanspruchen und durch sehr schmerzliche Schicksale einer ganzen Generation erkauft werden muffen.

Namentlich für die zu Proletariern herabgesunkenen Zwerg. und Gewerbegütler, die die gute bäuerliche Sitte völlig aufgegeben haben und wirthschaftlich
wie sittlich gleich entartet sind, giebt es nur ein Heilmittel: "Die Zukunft dieses Proletariats, sagt List, liegt nur in Amerika"; aber auch für dieseinigen Bauern, die durch übermäßige Zersplitterung ihres Besitzes gleichsalls ins Elend
getrieben sind, dennoch der väterlichen Sitte treu bleiben und in der Größe
des Entsagens ihres Gleichen suchen, wie viele unserer Zwerggütler im Süden
und Südwesten, sowie namentlich im mittelbeutschen Gebirge, giebt es nur ein

⁸⁹⁾ Freiherr v. Göler in ber Sigung ber ersten babischen Kammer vom 15. März 1882. S. 3.

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsbertheilung.

Hilfsmittel: die Auswanderung. Damit aber unserem Volk diese werthvollen Be-

standtheile nicht verloren gehen, bedürfen wir eigener Colonieen.

Erst wenn durch Auswanderung Raum geschaffen sein wird, lassen sich die nothwendigen Berbefferungen in der Grundeigenthumsvertheilung und Land= wirthschaft durchführen. Bor Allem werden der Staat und die Gemeinden dann die Bildung und Erhaltung mittlerer und größerer, wohl arrondirter Landquter und eines fräftigen Bauernstandes ins Auge zu fassen haben.

Somit gelangen wir auch hier zu dem Schluß, daß dem kleinen Grund= eigenthum sein einseitiges Borwiegen genommen werden muß. Und mit diesem Resultat stimmt auch der die Bürtembergischen Agrarverhältnissen gern in den hellsten Farben malende jungste Darsteller der Burtembergischen Agrarstatistik überein, wenn er sagt: "daß die staatsbürgerliche Freiheit und Gleichheit ihre Grundlage hauptfächlich auch in dem Bestande einer zahlreichen unabhängigen und wohlhabenden Klaffe relativ größerer Grundeigenthümer — natürlich im Süddeutschen Sinne - hat" 90).

4. Gegenden zugleich mit großem und kleinem Grundeigenthum.

Wenn die Auftheilung des Bodens vorzugsweise in große Güter im Interesse der Gesammtheit ebenso wenig erwünscht ift, wie die andere Ginseitig= keit einer allgemeinen Zersplitterung des Grundeigenthums, so könnte man viel= leicht meinen, daß durch eine Berbindung der beiden Extreme in einer und der= felben Gegend — so daß also neben sehr großen Gütern sich auch wieder ein ftark zersplittertes Grundeigenthum findet — die Nachtheile dieser beiden Typen einer extremen Grundeigenthumsvertheilung fich gegenseitig aufheben wurden. Diese Annahme ist jedoch unrichtig, wie wir weiter unten zu zeigen haben werden. Denn im Gegentheil durch eine Verbindung der beiden Typen tritt ftatt einer Aufhebung oder doch Abschwächung vielmehr eine Steigerung ihrer Schatten= seiten ein.

Den besten Beleg für diesen Sat liefern die Oberschlesischen Kreise Bleg, Rybnik, Lublinit sowie Theile der Areise Tost-Gleiwitz, Ratibor und Rosel, die durch ihre periodisch sich wiederholenden Nothstände zu einer traurigen Berühmt= heit gelangt sind 91).

⁹⁰⁾ Bürtembergische Jahrbücher für 1881. Theil 1. 1. Sälfte. S. 222. 91) Beinrich, Ueber ben Ginfluß ber neuesten Besetzgebung auf die landwirth= schaftlichen Berhältniffe Schlesiens. Berlin 1842. Triest, Topographisches Handbuch von Oberschlessen. Breslan 1865. v. Selchow, Die oberschlessiche Nothstandsfrage, ihre Ursachen und Borschläge zu ihrer dauernden Beseitigung. Breslau 1880. Der oberschlesische Mothstand, erörtert von dem land= und forstwirthschaftlichen Berein in Oppeln am 12. Februar 1880. Oppeln 1850. (Bringsheim) Der oberschlefische Nothstand, in Schmollers Jahrbuch für Gesetzgebung u. s. w. Bb. V (1881). Heft 1. S. 161 ff. Entwurf eines Gesetzes betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln gur hebung ber wirthichaftlichen Lage ber nothleibenden Theile bes Regie-rungsbegirts Oppeln nebst Begrundung und einem Bericht des Landraths Dr. von Bitter über die wirthschaftlichen Berhältniffe in den oberschlesischen Nothstandsdiftritten nebst Borschlägen zu ihrer Berbesserung. (Hans ber Abgeordneten, 14. Leg. Ber., 2. Sess. 1880—81, Nr. 72.) Bericht der XIII. Commission über diesen Entwurf. Das. Nr. 173. Dentschrift über die Aussührung des Gesetzs vom 3. Februar 1880 betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung des durch lebersschwemmung und Nißernte herbeigesührten Nothstands in Oberschlessen. Das. Nr. 63.

In diesen Kreisen sindet sich neben ausgedehntestem Domanial= und Dominialbesit, welcher letztere wieder vielsach sideikommissarisch gebunden ist, eine sehr weit getriebene Zersplitterung des bäuerlichen Grundeigenthums, deren Schattenseiten noch durch das Institut der Einlieger verstärkt werden.

Während in Neuvorpommern, Mecklenburg, dem öftlichen Holftein 2c. sich große Grundeigenthümer und nichtsbesitzende aber gleichwohl einen guten Erwerb genießende Tagelöhner gegenüber stehen, treffen in den obengenannten Theilen Oberschlesiens häufiger als irgendwo in Deutschland der grundbesitzende Millionär und der Zwerggütler, dessen Lebenshaltung häufig der eines Bettlers ähnlich sieht, zusammen.

Bu dieser, zwei Extremen sich zuneigenden Vertheilung des Grundbesitzes — iber die das Nähere in der Anlage C folgt — kommt dann noch eine Reihe anderer ungünstiger Bedingungen hinzu, welche sich auf die natürliche Außestattung jener Gegenden, die Sigenart ihrer Bevölkerung, ihre allgemeine wirthschaftliche Lage u. A. beziehen. Um die schlechten Folgen der obigen Grundseigenthumsvertheilung vollständig zu begreifen, müssen auch diese Faktoren näher ins Auge gesaft werden ⁹²).

Was zunächst den Boden der obengenannten Kreise, soweit sie auf dem rechten Oderuser liegen, betrifft — und nur dieser Theil derselben kommt hier in Betracht —, so steht er dem Boden auf dem linken Oderuser bedeutend nach. Nur die Oderniederung des Kreises Ratibor weist reiches Anschwemmungsland auf, während der Boden in den Kreisen Rybnik, Gleiwigsublinitz wesenlich aus Sand und Thon besteht. Der Sandboden ist undurchslassend und in Folge dessen naß und kalt. Der Thonboden ist meist mager; die Sandbeimischung desselben verschwemmt bei Regenwetter die Poren.

Das Beskidengebirge sowie weit ausgedehnte Wälder helfen durch häusige Riederschläge die Feuchtigkeit noch vermehren. Im Kreise Pleß machen außerzem eine ungewöhnlich große Anzahl von Wasserläusen weite Strecken sonst nutbaren Bodens versumpfen oder wirken durch häusige Ueberschweinmungen verheerend.

Die Gebirge, die das Land im Süden und Westen umgrenzen, halten die von da kommenden Luftströmungen ab, während die von Rord und Nordost über die sarmatische Sbene ungehindert einherbrausenden kalten Winde die an sich schon spät zur Entwickelung kommende Vegetation noch mehr zurückhalten.

Alles dieses wirft zusammen, um den Ertrag des Bodens fortgesett in mäßigen Schranken zu halten und stellenweise völlige Misernten herbeizuführen.

Sodann ift die auf diesem Boden sitzende slavische Rasse³³) ein gut= müthiges, leicht regierbares Bok, voll Laune und Humor, arbeitsam und anspruchslos, gegen alte Eltern und arme Verwandte hingebend und ausopfernd, aber ohne die nöthige Kraft und Fähigkeit, um die schwierigen natürlichen Vershältnisse zu überwinden. Mangel an Arbeitsenergie und Zähigkeit, an Ordnungs= und Sparsinn, sowie an genügender Bildung und Erziehung einerseits und

93) lieber die oberschlesische Bevölkerung vergl. Der oberschlesische Nothstand. S. 163.

⁹²⁾ Für die folgende Schilberung der thatsächlichen Berhältniffe in den Nothstandsdiftritten Oberschlesiens ist hauptsächlich der oben citirte vortreffliche Bericht des Landrathes Dr. von Bitter benutt worden.

Sorglosigkeit sowie Leichtlebigkeit bis jum Leichtsinn andererseits sind keine paffende Ausftattung für die Bevölkerung einer Begend, die vielmehr ber Anipannung aller ihrer Rrafte, ber Sparfamteit, Ordnung und Boraussicht bedurfte, um die ihr entgegenstehenden hindernisse zu überwinden.

Hierzu kommt ferner die Abgeschlossenheit, in die diese Kreise überhaupt und unter denselben in besonders hohem Grade der an Aususch Bolen grenzende Kreis Lublinitz durch den erst in neuerer Zeit gehobenen Mangel an genügenden Kommunikationsmitteln und durch die sprachlichen Berhältnisse versetzt waren.

Endlich ift in den in Rede stehenden Rreisen die Landwirthschaft für die

Mehrzahl der Bevölkerung die hauptfächliche Erwerbsquelle.

Eine Ausnahme von größerer Bedeutung bildet nur die Montanindustrie. Doch ist die Aufschließung der reichen Bodenschätze Oberschlesiens erst ver= hältnismäßig jungen Datums. Sie ist hauptfächlich auf Friedrich ben Großen und seinen Minister Grafen von Redern gurudtzuführen: wenigstens die Stein= kohlen= und Gisenindustrie bekam erst von da an Bedeutung und auch das Ergebniß der Galmeigruben mar bis zum Ende des vorigen Jagrhunderts nur unbedeutend. Erst der Bau der Oberschlesischen Bahn von 1843 bis 1856 gab die Möglichkeit die Oberschlesische Industrie in den Hausseprioden 1855—1857, 1861—1865, 1869—1873 bedeutend auszudehnen 94).

Aber an diesem Aufschwung der Montanindustrie nehmen immerhin nicht alle Kreise Oberschlesiens Theil. So verdient im Kreise Bleß außer einigen Mühlen, wenigen Ziegeleien und einigen anderen kleineren industriellen Stablissements nur der Gruben= und Hittenbetrieb des nordwestlichen Theils hervor= gehoben zu werden. Auch ift in diesem Rreise, etwas Weberei, Besenbinderei und Stickerei ausgenommen, keine Hausindustrie von nennenswerthem Umfang anzutreffen. Die induftriellen Berhältniffe bes Rreises Rybnit find ebenfalls nur wenig entwickelt: fie beziehen fich im Wefentlichen auf ben Steinkohlenberg= bau; Hausindustrie wird hier nur in geringem Umfange betrieben. die Bewohner des Kreises Lublinitz leben, nachdem die in früheren Jahren betriebene Eisenindustrie zurückgegangen ist, vorzugsweise von der Land= und Forstwirthschaft. Dagegen hat sich im Kreise Tost-Gleiwitz im Anschluß an den Hüttenbetrieb in Gleiwitz und Umgegend seit einer langen Reihe von Jahren eine lebensträftige Gifeninduftrie entwickelt, die von Jahr zu Jahr an Bedeutung gewinnt ⁹⁵).

Bu dem Mangel aller günftigen Boraussetzungen für die oben aufgeführten Kreise Oberschlesiens kommen dann noch hinzu manche positiv schädlich wirkende Faktoren wie 3. B. das wucherische Treiben der gewerbsmäßigen Geldverleiher, bas Schankunwesen, die Grenzsperre und der Schmuggel sowie die ungenügende

Durchführung der Separationen.

Unter dem Ginfluß all dieser negativen und positiven Faktoren treten einerseits die Latifundien und andererseits die grenzenlose Bodenzersplitterung in zahllose eristenzunfähige Besitzungen in ihren schädlichen Wirkungen besonders scharf hervor.

Die Nachtheile ber Bobenzersplitterung entspringen hauptsächlich aus dem

⁹⁴⁾ Der oberschlesische Nothstand. S. 186. 95) Bericht bes Landraths v. Bitter. S. 46.

Misverhältniß, das in Folge des schlechten Bodens und der schlechten Kultur auf den kleinen Parzellen zwischen der geringen Produktion und der durch die ausgedehnte Bodenzerstückelung übermäßig angewachsenen Bevölkerung besteht.

Daß die Bevölkerung in Folge der Tendenz zu schrankenloser Theilung des Grundeigenthums und der dadurch gegebenen Möglichkeit, sich früh niederzulassen, weit über den Nahrungsspielraum angewachsen ist, zeigt sich namentlich in den Kreisen Pleß und Rybnik, aber auch in einzelnen anderen auf dem rechten Oderuser liegenden oberschlesischen Kreisen, in denen die Bevölkerung in

ben letzten 60 Jahren um 177 % gewachsen ift.

Diese starke Zerstückelung des Grundeigenthums in einem Theile der obersschlesischen Nothstandskreise wird indirekt veranlaßt durch das große und gebundene, vielsach forstwirthschaftlich benutte Grundeigenthum. Weil sich die nach eigenem Grundeigenthum strebende Bevölkerung von diesem Gebiet auszeschlossen sier ist daher der eigentliche Heerd der starken Bevölkerungsvermehrung zu suchen, die einestheils durch die Zerstückelung des Besükerungsvermehrung zu suchen, die einestheils durch die Zerstückelung des Besükes und die damit zusammenhängende leichte Gelegenheit zur Niederlassung begünstigt wird und andererseits diese Zerstückelung dann wieder weiter sördert. Ja so start ist die auf dem Gebiet des kleinen Grundeigenthums aussteigende Menschenwelle, daß sie selbst auf das Gebiet des großen Besitzes überschäumt, indem der Nahrungsspielraum der kleinen Leute hier auf dem Wege der Parzellenpacht nach Erweiterung strebt.

Auf die Barzellenverpachtung freilich sind viele große Güter durch ihre schlechte unzusammenhängende Lage bisweilen geradezu angewiesen. So wird aus dem Kreise Pleß berichtet, daß dort in Folge der Ablösung der gutscherrlichebäuerlichen Dienste die Domänen in den Besitz verhältnismäßig großer Ländereien gekommen sind, deren Umfang nach einer von der Generalskommission aufgestellten Nachweisung für 49 Ortschaften des Plesser Kreises rund 15000 Morgen ausmacht. Diese sind ohne Gebäude und können stellenweise weder in eigene Bewirthschaftung genommen, noch in größeren Flächen verpachtet werden, so daß den Dominialbesitzern häusig nichts anderes übrig bleibt, als eine parzellenweise Verpachtung dieser Ländereien eintreten zu lassen ⁹⁶).

Indes kommt die Parzellenverpachtung auch auf solchen Dominien vor, die nicht durch ihre Konfiguration dazu gedrängt werden. Und zwar erfolgt sie zum Theil seitens der Grundeigenthümer, um sich die nöthige Arbeitstraft für ihre eigene Wirthschaft zu schaffen. Zu diesem Zweck wird den Pächtern die Berpstichtung auferlegt, einen oder mehrere Tage in der Woche Höhrebeit zu thun. Bisweilen auch heben die großen Grundeigenthümer ihre eigene Wirthschaft vollständig auf und verpachten das Gutsareal oder doch den größten Theil desselben mit und ohne Wirthschaftsgebäude in einzelnen Stücken an verschiedene Pächter.

Dieses Landangebot begegnet dann gewöhnlich einer sehr großen Nachfrage. Theils sind es die benachbarten Bauern und Zwerggütler, die an ihren eigenen Besitz angrenzende Stücke Landes gern hinzupachten: die Bauern, um

⁹⁶⁾ Bericht bes Lanbraths v. Bitter. S. 36.

ihre Wirthschaft zweckmäßig zu arrondiren; die Zwerggütler, um für ihre un=

beschäftigte Arbeitstraft die nöthige Berwendung zu finden.

Wenn vom Standpunkt des Verpächters die Parzellenverpachtung der großen Güter, wo sie durch die Lage nicht unbedingt geboten ift, die verderblichste Urt der Bewirthschaftung ift, so kann fie den Bächtern in den oben bezeichneten Fällen doch manchen Ruten bringen. Go können benn jene Rach= theile durch diese Vortheile einigermaßen aufgehoben werden.

Das Gleiche gilt auch in dem Fall, wo ein derartiges Pachtverhältniß zu einem anderweitig bestehenden Arbeitsverhältniß hinzutritt und nicht die Haupt- oder gar die einzige Erwerbsquelle des Pächters bildet. Fehlt es dem Pächter nicht an anderweitiger dauernder Arbeitsgelegenheit, so kann eine folche Bacht aus den oben mehrfach angegebenen Gründen gunftig auf die Lebenshaltung des Arbeiters wirken.

Unders dagegen muß das Urtheil lauten, wenn, wie es thatfächlich in den Kreisen Pleg und Rybnik häufig vorkommt, auf solche Bachtungen von einigen (1-4) Morgen ertragsarmen, schlecht bewirthschafteten Landes allein die Existenz

von hunderten und taufenden von Haushaltungen gegründet wird 97).

Die Möglichkeit durch Erpachtung einiger Morgen sehr bald zu eigener Erifteng zu gelangen begünftigt ebenfo wie bei ben fleinen Grundeigenthumern, ben Zwerggütlern, die Reigung jum frühen Beirathen. Gleichzeitig hindert fie den naturgemäßen Abfluß der überschüssigen Arbeitskräfte nach Orten, wo Arbeitsmangel besteht, so daß auswärtige Arbeit verhältnißmäßig nur wenig gesucht, gewöhnlich auch bald wieder verlassen wird. Beides, frühes Beirathen und geringe Reigung zum Berlaffen der Heimath tragen wieder dazu bei, das bestehende Disverhältniß zwischen Produktion und Bevölkerung noch mehr zu fteigern.

Ueber den Zustand dieser fog. Ginlieger, wie man die kleinen Bächter bezeichnet, weil sie bei einem Bauer oder Gartner (= Stellenbesitzer, Rleingutler) in der fog. Einliegerstube zur Miethe wohnen, wird folgende Schilderung ent= worfen: In der Einliegerstube lebt die ganze Familie des Einliegers oft mit dem Bieh zusammen, in den dürftigsten, ungesundesten Räumen. Die Miethe wird durch Feldarbeit für den Bermiether abgetragen. Kommt die Zeit der Bestellung, so pflegt ber Bauer dem Ginlieger mit seinem Gespann den Acker ju bearbeiten. Auch dies muß feitens des Ginliegers durch Arbeit bezahlt Daneben ist das eigene Feld zu bearbeiten, so daß felbst wenn ausreichende Arbeitsgelegenheit in fremden Diensten vorhanden ift, dieselbe nicht regelmäßig mahrgenommen werden tann. Und im Winter bort dann die Arbeit vollständig auf: unthätig feiert die gange Familie in der engen dunftigen Stube und verzehrt im beften Fall die Früchte, die im Sommer geerntet worden sind.

Demnach ist die Parzellenpacht in diesem Fall von sehr zweiselhaftem Werth und nur unter den oben angegebenen wird sie als günstig bezeichnet werden fönnen.

Was sodann den Kultureinfluß betrifft, der von den großen Gütern auf bas kleine Grundeigenthum ausgeübt wird, so ist berselbe geringer als man erwarten follte.

⁹⁷⁾ Bericht bes Landraths v. Bitter. S. 36 ff.

Das gilt namentlich von den Latifundien mit großem Waldbestande.

Aber auch von den landwirthschaftlich benutzten großen Gütern geht nur

ausnahmsweise ein wohlthätiger Einfluß auf den Rleinbesitz aus.

Zwar dürfen die großen Grundeigenthümer Oberschlesiens als die alleinigen Träger der Bodenkultur gelten, indem ohne sie Oberschlessen wahrscheinlich nur Kartosseln, Kraut und allenfalls dürftigen Roggen hervorbringen würde. Ja die Wirthschaften auf einzelnen großen Gütern, so z. B. auf dem dem Herzog von Ratibor gehörigen Vorwerk Weißhof bei Rauden, auf dem Gut Kornowatz, auf den v. Thiele'schen Bestitzungen 20., werden als wahre Musterwirthschaften bezeichnet 98).

Aber der Einfluß dieser Musterwirthschaften auf die kleinen und kleinsten bäuerlichen Grundeigenthümer ist nur ein sehr geringer. Denn diese pslegen zu arm und stumpfsinnig zu sein, um von dem Beispiel der großen Güter prositiren zu können, und zugleich zu mistrauisch, um selbst den wohlmeinendsten Rathsicklägen Gehör zu schenken. "Das wirthschaftliche Denken des kleinen Grundeigenthümers beschränkt sich eigentlich nur auf die Aufbringung der ihn erdrückenden Abgaben und Leistungen aller Art. In Künnmernissen und Sorgen ist der Schnaps sein alleiniger Trost. Nach Art eines in der Jugend schlecht behandelten Pferdes geht er eben nicht mehr, als er unbedingt muß, um dis zur nächsten mageren Futterstelle zu gelangen" ⁹⁹).

So ist es auch zu erklären, daß das kleine Grundeigenthum sich annähernd auf derselben Kulturstuse besindet wie vor 60 Jahren und daß sein Ertrag zur Ernährung einer seitdem um 177 % gewachsenen Bevölkerung nicht aus-

reicht.

Ja zum Theil ist die Kultur gegen früher sogar zurückgegangen: die ehe= mals eifrig betriebene Bienenzucht hat sich verringert, der Flachsbau hat ab= genommen, der Hopfenbau ist gänzlich verschwunden, der Obst= und Gartenbau ist so gut wie völlig eingestellt worden.

Die Bewirthschaftung des kleinen Grundeigenthums gilt im Allgemeinen

als schlecht und unordentlich.

Eine eigentliche Biehzucht findet auf demfelben gar nicht statt.

Das vorhandene Bieh giebt ungemein geringe Mildherträge und produzirt wenig Dünger. Der Düngermangel wird noch dadurch gesteigert, daß das Stroh gewöhnlich verkauft und an seiner Stelle Waldstreu verwendet wird. Die Art der Ackerbestellung ist primitivster Art; die Dreifelderwirthschaft bildet die aus= nahmslose Regel.

Für die Entwässerung der Feldmarten geschieht nichts.

Ebenso unordentlich wie auf den Feldern, auf denen in Folge schlechter Bestellung und vorhandener Nässe das Untraut übermäßig wuchert, sieht es in

den Häusern selbst aus.

Die Mehrzahl ber Wohnungen ist schlecht, reparaturbedürftig, unreinlich, überfüllt. Fast alle Wohnhäuser sind von Holz, ohne Keller, mit Stroh und Schindeln gedeckt; der Fußboden ist ungedielt; in dem einzigen gangbaren Raum wird durch eiserne Defen, die qualmende Dellampe sowie durch die Zusperrung

⁹⁸⁾ v. Selchow a. a. D. S. 18.

⁹⁹⁾ r. Seldom a. a. D. S. 19.

ber kleinen Fenfter eine hipe und durch das Sauerkrautfaß und riechendes Fleisch eine Atmosphäre unterhalten, die jeder Beschreibung spottet 100).

Das sind Zustände, die den irischen sehr ähnlich sind!

In dem Nothstand der letten Jahre lag daher keineswegs eine außer= gewöhnliche Erscheinung vor. In demfelben fanden nur einen potenzirten Ausdruck Berhältniffe, über die namentlich im Pleffer Rreife bereits feit langer

Beit geklagt wurde.

Daß überhaupt die Familien der Klein= und Zwerggütler sowie der Ein= lieger — abgesehen von dem zufälligen und daher nicht selten ausbleibenden Nebenverdienst — von dem Ertrag ihrer fleinen Besitzungen oder Pachtungen allein leben können und daß nicht fortgesetzt die öffentliche Fürsorge eintreten muß, läßt sich nur durch die Lebenshaltung dieser Leute erklären, welche auf ein ungemein niedriges, in anderen Landestheilen nicht gekanntes Niveau herab= gestimmt ift 101).

Araut und Kartoffeln bilden neben dem fog. Zur, einem halbgegorenen Betrant, das theilweise zum Lugus mit allerhand Speiseresten vermischt wird, die hauptsächliche Nahrung derselben. Erst feit neuester Zeit gehört auch das Brod zu den gewöhnlichen Nahrungsmitteln.

Diese geringen Bedürfnisse werden von dem Bachtader oder dem kleinen Eigenthum geliefert. Gine Ruh und ein Schwein bringen die Mittel gur Ent= richtung der verhältnismäßig hohen Bachtzinfen oder Steuern sowie zur Be-

friedigung der fonftigen baar ju gahlenden Bedürfnisse.

Die ganze wirthschaftliche Existenz der kleinen Besitzer und Bachter bewegt fich unter diesen Umftanden fortgesetzt an der Grenze des außersten Mangels. Thut ber Ader, ber ben eigentlichen Lebensunterhalt gewähren muß, nicht feine Schuldigfeit, schlägt die Ernte, namentlich die Rartoffelernte fehl, so verschärft sich das dronische Siechthum leicht und es ist ein wirklicher Rothstand vorhanden.

Rommen dann äußere ungewöhnliche Ralamitäten: Ueberschwemmungen, Epidemieen :c. hinzu, fo fann fich ber Nothstand zu entsetlichem Elend steigern.

So erreichte im Winter 1847—1848 das Elend in Oberschlesien nach vier Misernten einen so hohen Grad, daß z. B. im Kreise Pleg 1847 — 4500 Personen mehr als im Borjahr starben, daß die Sterblichkeit in einzelnen Orten bis zu 20 % der Bevölkerung muchs, daß Taufende von Kindern eltern= los werden.

Die durch die großen Ueberschwemmungen in den Jahren 1879 und 1880 verursachten Schrecknisse sind noch in frischer Erinnerung und brauchen bier nicht näher geschildert zu werden.

Dagegen dürfen hier zwei Punkte nicht unberührt bleiben, weil in ihnen sowohl das dronische Siechthum, wie die akuten Rrifen zu plastischem Ausdruck gelangen.

¹⁰⁰⁾ Der oberschlesische Nothstand. S. 164.
101) Die außerordentlich niedrige Lebenshaltung der oberschlesischen Bewölferung findet ihren Ausdruck u. A. in dem Tagelohn jener Gegenden. Während nämlich der durchschnittliche Tagelohn des Regierungsbezirks Stralsund im Ansang der siedenziger Jahre 18,2 Sgr. betrug, bezog der schlesische Tagelöhner nur 8,2 Sgr. und der oberschlesische gar nur 7 Sgr. Cf. v. d. Golt, Lage des ländlichen Arbeiterstandes. S. 466, 468, 469. v. Bitter, Bericht u. s. w. S. 37.

Wir meinen die außerordentlich starke Belastung der Gemeinden mit Ausgaben für die Versorgung der Armen sowie die nicht minder starke Verschuldung des kleinen Grundeigenthums.

Die agrifolen Gemeinden Oberschlesiens konkurriren hinsichtlich der Höhe ihrer Belastung mit Ausgaben für die Zwecke des Armen= und sozialen Histsewesens ersolgreich mit den westdeutschen Gemeinden, in denen aufblühende Industrieen eine zahlreiche Bevölkerung ebenso rasch zusammenziehen, wie ungünstige Konjunkturen dieselbe wieder brodlos machen und dem Armenseckel zuschieben. So wird aus dem Kreise Pleß berichtet, daß dort kaum eine Landgemeinde vorhanden ist, in welcher die Kommunal=, Schul=, Kreis= und Kirchensteuern den Betrag der staatlichen Ginkommen= und Klassensteuer nicht wenigstens um das 4—5 sache übersteigen.

Es betrugen die Kreis-, Gemeinde-, Rirchen- und Schullaften in Procenten ber birekten Staatssteuern :

In den Kreifen:

```
      Gleiwig durchschnittlich
      570 %.

      Lublinig
      "

      Pleß
      "

      Ratibor
      "

      Bosenberg
      "

      Rybnit
      "

      Strehslig
      "

      862
      "
```

Gleichzeitig mit dem Steigen der öffentlichen Lasten wächst die private Berschuldung, die dann schließlich zur Vertreidung des kleinen Besitzers von seiner Scholle führt. Das bei dieser Gelegenheit übliche Expropriationsversahren sowie die Folgen desselben werden folgendermaßen geschildert: Bei einigermaßen belangreichen Summen läßt sich der Gläubiger, auf dem Lande vielsach der Schankbesitzer, zunächst eine Kautions-Hypothet auf das Grundstück des in sein Garn gelaufenen Schuldners eintragen und verleitet durch entgegenkommendes Anerdieten weiterer Stundung oder weiterer Darlehen den leichtgläubigen und unersahrenen Schuldner zur Vergrößerung seiner Schuld. Ist diese zu einer Höhe angewachsen, daß dem Schuldner ihre Zurückzahlung unmöglich ist, so sührt der Gläubiger die Subhastation des verpfändeten Grundstücks herbei und erwirdt dasselbe dann nicht selten zum Sigenthum. Auf diese Weise sind Wucherer nicht selten in den Besitz von mehr als 70 Grundstücken gelangt 103).

Da der Grundwerth im Augenblick sehr niedrig ift, so kommen freilich viele Wucherer in Verlegenheit: sie haben Bestigungen erworben, die sie nicht verkaufen können und doch auch nicht gern selbst bewirthschaften wollen. Der alte Besitzer bleibt dann zunächst auf der Stelle als Bächter oder als Mittelmann, der sür den Wucherer die Parzellen im Kleinen weiter verpachtet. Es wird dies mit Recht als eine Art von Wiederherstellung des Kobotverhältnisses in neuer Form bezeichnet.

In dieser oder ähnlicher Beise befinden sich zahllose Stellen in den händen

¹⁰²⁾ Der oberschlesische Nothstand. S. 178.

¹⁰³⁾ Berhandlungen des landwirthschaftlichen Vereins zu Oppeln. S. 20.

von Bucherern, um zu gehöriger Zeit, wenn die Grundstücke wieder in die

Höhe gehen follten, ausgeschlachtet zu werben.

Diese Zustände zu beseitigen, genügen die Gaben einzelner Brivater, sowie die Hilfeleiftungen von Bereinen und Gemeinden, von Proving und Staat nicht.

Allerdings sind sie nothwendig, um den augenblicklichen Nothstand zu lindern.

Will man aber die Quelle verschütten, aus der diese Nothstände immer wieder entspringen, so muffen zugleich allgemeine Magregeln ergriffen werden, Die ihre Wirkungen freilich erft nach längerer Zeit äußern können.

Un Rathschlägen zu solchen Magregeln hat es nicht gefehlt. Bon den= selben hat die Staatsregierung sich diejenigen angeeignet, die ihr am sichersten das erstrebte Biel zu erreichen versprachen.

Auch hat der preußische Landtag nicht gezögert, die zur Durchführung

dieser Magregeln erforderlichen Mittel zu bewilligen.

Wir führen von den in den oberschlesischen Nothstandsbezirken bereits durchgeführten und zum Theil erft durchzuführenden Magregeln folgende an: die Berbreitung von Ent= und Bemäfferungsanlagen, die Regulirung von Fluß= läufen, die Förderung von Gemeinheitstheilungen und Zusammenlegungen, die Begründung neuer landwirthschaftlicher und gewerblicher Berufszweige, ins= besondere des Flachsbaues, die Förderung des gewerblichen Unterrichts und der Hausindustrie, die leichtere Befriedigung des Kreditbedürfnisses der kleinen Grundeigenthümer, die Begründung neuer Schulftellen und die Ausführung neuer Schulbauten, den Bau verschiedener Gisenbahnlinien u. f. w. Bei dieser letteren Magregel ist es namentlich darauf abgesehen, "Oberschlesien aus seiner langjährigen wirthschaftlichen Zwangslage zu befreien. Man öffne ihm zu diesem 3wed vor Allem die wegen feiner Lage ihm verschloffenen Pforten des Welt= markts, und was der große Friedrich wollte, wird dann sich von selbst voll= ziehen, indem Oberschlesiens massenhafte billige Bergwerks= und Waldprodukte ebenso wie die aus den öftlichen Hinterländern ihm zugänglichen billigen Biehprodukte mit Hilfe der im Ueberfluß vorhandenen allerbilligsten und geschicktesten Arbeitsfräfte ihre Berwerthung in der eigenen Industrie finden werden."

Es liegt somit in Oberschlesien im Augenblick ein ahnliches Bedürfniß vor, wie nach den Nothständen der vierziger und fünfziger Jahre in Würtem= berg: das Bedürfnig nach Concentration und Berwerthung der überschüffigen

agritolen Bevölterung in der Induftrie.

Die Befriedigung dieses Bedürfnisses wird die Zustände in Oberschlesien aber wahrscheinlich ebenso wie in Bürtemberg nur für eine furze Zeit ver-Auf die Dauer dagegen liegt die Gefahr vor, daß der durch die Begünftigung der Industrie sich erweiternde Nahrungsspielraum auf landwirth= schaftlichem Gebiet durch die nachwachsende Bevölkerung bald wieder ausgefüllt werden wird. Spricht bereits das Beispiel Würtembergs, auf das wir hiermit verweisen, dafür, so fehlt es selbst in Oberschlesien nicht an einem solchen Bräzedenzfall. Der größere Nahrungsspielraum, der hier seit den dreißiger Jahren durch die Ablösung der Servituten und theilweise den Bau von Gifen= bahnen und Chaussen geschaffen ward, wurde sehr bald zur Gründung zahl=

reicher neuer Ansiedelungen, zu frühen Heirathen und rascher Bebölkerungs= vermehrung benutt 104).

Will man das Uebel an der Wurzel anfassen, so muß man die Ber=

theilung des Grundeigenthums zu verändern suchen.

In Oberschlesien wie in den Kändern mit vorwiegendem Klein= und Zwergsbesit und ebenso in den Ländern mit vorwiegendem Großgrundbesit kommt alles darauf an, einen kräftigen Bauernstand zu bilden, der einer proletarischen Bevölkerungsvermehrung widerstrebt.

Aber ebenso wie in den Ländern mit einseitigem Vorwiegen des großen Grundeigenthums, so ist auch in Oberschlesien ein gesunder Bauernstand nur

durch außerordentliche Magregeln wieder zu begründen.

Bu den letzteren würde gehören 105), daß der Staat die zur Subhaftation gekommenen Grundstücke für einen angemessenen Preis erstehe, wo es nöthig im Wege der Zusammenlegung zu bäuerlichen Grundstücken von 100—200 Morgen vereinige und möglichst an Grundeigenthümer aus rein deutschen Proposinzen veräußere. Der Staat hatte in den dreißiger Jahren in der Provinz Posen Rittergüter zum Zweck der Dismembration gekaust; in Oberschlesien muß er jetzt gewissermaßen das Gegentheil thun, d. h. die Zwerggüter zusammenkausen und aus ihnen kräftige Bauernstellen bilden.

Der Versasser des Auflages über den oberschlesischen Nothstand gelangt S. 182 bei Besprechung dieses Vorschlags zu einem ähnlichen Resultat, wie Sombart für Neuvorpommern und zwar auf Grund der in den vierziger Jahren in Oberschlessen gemachten Ersahrungen. Ueber diese wird vom Landrath v. Selchow berichtet, daß nach dem Nothstandsjahre 1847 viele Fremde, namentlich Sachsen, nach dem mit am schwersten betroffenen Kreise Kybnik eilten; sie kamen in der Regel mit so gut wie nichts in der Tasche, schlugen den Wald nieder und endigten natürlich, wie sie begonnen hatten, mit nichts. Um dasselbe Fiasco nicht noch ein Mal zu erleben, schlägt unser Gewährsmann vor, der Staat möge die in sein Eigenthum gelangten Güter auch in seinem Eigenthum behalten und zugleich versuchen, durch Begründung von Erbpachtstellen einen nicht auskaufbaren Bauernstand heranzuziehen, der dann auch vor der Geschr geschützt wäre, sich in Klein= und Zwergautler zu verwandeln.

Die Beschreitung besselben Wegs wird von anderer Seite auch für das große, in Privathänden besindliche Grundeigenthum vorgeschlagen. Im hinblick auf Großbritannien, dieses conservativste Land der Welt, für das die Erleichterung von Abverkäusen, Verpachtungen u. s. w. einzelner Stücke seiner Latisundien in Vorschlag gebracht wird, um auf solche Weise einen seshaften Bauernstand zu schaffen, wird auch für die Besüger der großen, vielsfach gesetzlich gebundenen Grundbesitzungen Oberschlesiens gewünscht, daß ihnen in Zukunft die Möglichkeit der Bildung neuer, möglichst untheilbarer, kleiner Wirthschaften eröffnet werde und daß sie diese Möglichkeit dann auch benutzen mögen, damit das ihrem Besitz vielsach sehlende Kapital demselben durch

die Erbpächter zugeführt werde.

¹⁰⁴⁾ E. Witte im Neuen Reich 1880. Nr. 7. 105) Votum des Regierungsraths Baper auf der Versammlung des Oppelner landwirthschaftlichen Bereins, in den Verhandlungen dieses Vereins. S. 23, 24.

Alehnliche Zustände wie in den oberschlesischen Nothstandskreisen zeigen sich auch in denjenigen Theilen des mitteldeutschen Gebirges, in denen wie z. B. im Spessar der große Grundbesitz — meist Staatssorsten — zusammensstößt mit den kleinen und kleinsten Gütern, auf denen dann wieder fast nur Kartosseln gebaut werden. Die Besitzer dieser letzteren sind in Folge der Kleinsheit ihrer Aecker und der Entlegenheit ihres Besitzes von sonstiger Arbeitsgelegenheit neben dem kargen Ertrag des Ackers auf den Arbeitsverdienst ans

gewiesen, den der benachbarte Großgrundeigenthümer ihnen gewährt.

Misräth dann die Kartoffel — wie z. B. im Jahre 1878 im Spessart —, so ist die Bevölkerung der äußersten Noth anheimgegeben, da sie weder die Neigung, noch das Vermögen, noch auch die Energie besitzt, um auszuwandern. In solchen Zeiten der Noth giebt es außer der Armenunterstützung nur noch ein Mittel, um die Bevölkerung von dem Hungertode zu retten, und dieses Mittel muß der benachbarte Großgrundeigenthümer, namentlich wenn es der Staat ist, ergreisen, ob er will oder nicht. Er muß Holz schlagen und Holz sahren, Wege bauen und repariren und wenn es Schnee giebt, diesen schauseln lassen, damit die kleinen Leute im Gebirge Arbeit und Brod erhalten.

Die natürliche Ausstattung der Gebirge weist dieselben freilich von selbst auf das größere Grundeigenthum hin. Im Hinblick auf eine gesunde sociale Gliederung der Bevölkerung ist die Austheilung des Bodens in große Bauerngüter, wie sie sich z. B. im badischen Schwarzwald größtentheils noch vorsindet, aber viel günstiger als eine solche in Latifundien, welche sich im Besitz der todten Hand besinden, wie sie zum Theil im mitteldeutschen Gebirge vorkommt. An diese Latifundien pflegt sich, namentlich in früheren geistlichen Territorien, ein besitzloses Proletariat anzusetzen, während in den Gebirgsgegenden mit vorwiegend bäuerlichem Grundeigenthum sich zwar eine aristofratische aber doch ungleich

gefundere Gliederung der Bevölkerung vorfindet.

Ein ähnliches Zusammentreffen von großem und kleinstem Grundeigensthum, wie in einigen Theilen Oberschlesiens und des mitteldeutschen Gebirges, sindet sich auch in den anhaltischen Fürstenthümern und in einigen Gegenden

der westlichen Landeshälfte Würtembergs.

In den anhaltischen Fürstenthumern stoßen große, zum Theil in sester Hand befindliche Güter unmittelbar an sehr start zerstückeltes Grundeigenthum an. Mindestens ein Drittel der gesammten Fläche ist hier im Besitz der regierenden Familien und des Staats. Selbstständige große Güter giebt es eben

fo wenig wie eigentliche Bauerngüter 106).

In Würrtemberg ist es namentlich der höher gelegene Theil des Schwarzwalds und das bewaldete Keuperhügelland, wo der umfangreiche Waldbau der Ansammlung einer dichteren Bevölkerung auf den höher gelegenen Theilen des Landes entgegensteht. Um so dichter sammelt sich diese dann in dem vom Waldbau freien Theil der Thäler und Niederungen, in denen durch verschiedenartige industrielle Erwerbszweige (würtembergischer Schwarzwald) und durch ausgedehnten Weindau (Keuperhügelland) reiche Nahrungsquellen eröffnet sind.

Von den Zuständen der Klein= und Zwerggütler in Oberschlesien und im

¹⁰⁶⁾ v. Biebahn, Statistit bes zollvereinten und nördlichen Deutschland. 2. Theil. Berlin 1862. S. 569.

beutschen Mittelgebirge unterscheibet sich die Lage berfelben Rlasse in Burtem-

berg und überhaupt im gangen Gudmeften

1. dadurch, daß hier der Boden und das Klima des Landes, die Intelligenz und Regsamfeit der Bevölferung, die entwickelteren Bertehrs= und Absatverhältniffe, die Berbreitung der Industrie und überhaupt das rascher pulfirende Leben die Rleinfultur begünftigen und ihre Refultate viel weniger schlimm erscheinen laffen als in Oberschlesien und im deutschen Mittelgebirge.

2. Ferner kommt im Guben in Betracht bie größere Mannigfaltigkeit der Rulturen bei einem und demfelben Grundeigenthumer, wodurch eine Art von Selbstaffeturanz bewirkt wird, da ja nur felten sämmtliche Früchte zu gleicher Beit migrathen. In Oberschlesien bagegen wirken die sich häufenden Misernten um so schlimmer, je einseitiger der Anbau einzelner Fruchtarten, besonders der Rartoffel und des Rohls, stattfindet.

Mit dieser Monotonie der oberschlesischen Kulturverhältnisse hängt Die ungefunde Ginformigfeit der Ernährungsverhältnisse ber bortigen Bevölkerung zusammen. Diese nährt sich das ganze Jahr ober doch wenigstens 8 Monate besselben fast ausschließlich von Kartoffeln. Der Einzelne verzehrt hier täglich 6-7 Bfund Kartoffeln, nebenher etwas Roggenmehl in Form von Brot, etwas Sauerkraut und einige Gramm Fett 107).

Aus diesen Ernährungsverhältnissen erklärt sich aber wieder zum Theil die verhältnismäßig geringe Leistungsfähigkeit des oberschlesischen Arbeiters, wie die geistige Stumpsheit, Indolenz und Energielosigkeit der oberschlesischen Bevölkerung überhaupt und der kleinbäuerlichen Wirthe im Speziellen 108).

Wenn die Lebenshaltung der süddeutschen Kleingütler auch keine ideale ift, fo bietet boch die Nahrung berselben, entsprechend ben mannigfaltigen Anbau=

verhältniffen, mehr Abwechslung.

Der süddeutsche Kleingütler richtet seinen Conjum nicht allein auf das, was ben Magen füllt, sondern zugleich auch auf das, was den Gaumen erfreut: so fehlen denn namentlich feinere Gemuse, Obst= und Traubenwein u. a. m. nicht gang auf der Tafel dieser kleinen Leute.

Und wenn man bem bekannten Sat, daß ber Menich bas ift, was er ift, auch keine absolute Bedeutung beilegen darf, so enthält er doch immerhin eine

relative Wahrheit.

4. Ein fernerer Unterschied zwischen den oberschlesischen und süddeutschen Rleingütlern besteht dann noch darin, dag lettere, wie bereits oben hervor= gehoben murde, mit allen Fafern ihres Gemuthslebens an der heimathlichen Scholle hängen und trotz vielfacher Gelegenheit in die Städte und Fabrikdistrikte zu ziehen oder gar über ben Dzean zu wandern, sich doch nur schwer - ge= trieben von äußerster Noth — dazu entschließen, während das Rlebenbleiben auf dem väterlichen Grundeigenthum und das Weitertheilen desselben bei dem Ober= schlesier wesentlich bewirkt wird durch seine Unbildung und insbesondere durch jeine Unbekanntschaft mit einer eigentlichen Rultursprache sowie durch die Abgeschiedenheit eines Theils von Oberschlefien von der übrigen Welt. Go wird

¹⁰⁷⁾ Verhandlungen bes landwirthschaftlichen Bereins zu Oppeln. S. 29. 105) E. Witte in Conrads Jahrbuchern für Nationalokonomit und Statistik. 1880. Bb. 1. S. 5.

von einem Kenner oberschlesischer Zuftände geradezu behauptet, daß der dortigen "Bevölkerung, welche zum größten Theil in elenden Lehmhütten wohnt, alle Liebe zum Eigenthum sehlt". Auch ist bekannt, daß wo sich für den Oberschlesier eine für ihn erreichbare Erwerbsgelegenheit sindet, er dieselbe ohne Weiteres zu ergreisen pslegt, wie denn "alljährlich Tausende der geschicktesten Oberschlesier mit Zurücklassung ihrer Familien für den Sommer nach dem Königreich Polen ziehen, um, während wir in Oberschlesien mit schleichenden Vohlständen zu känupsen haben, dem wirthschaftlichen Erblühen des Auslandes zu dienen" 109).

5. Gegenden mit vorwiegendem mittleren (bäuerlichen) Grund= eigenthum, sowie Gegenden mit Grundeigenthum von verschiedenem (großem, mittlerem und kleinerem) Umfang.

Eine weitere Gruppe von deutschen Ländern charafterisitt sich hinsichtlich der Vertheilung des Grundeigenthums dadurch, daß der spannfähige bäuerliche Grundbesitz in denselben überwiegt. Die Größenverhältnisse der Bauerngüter sind freilich wieder sehr verschieden: ihre beiden Extreme sind eines Theils der große westfälische Bauernhof, der bis zu 900 Morgen umsassen fann und an Umsang manches Rittergut übertrifft, und andern Theils der Besitz des südedeutschen Kuhbauern von einigen wenigen Morgen, der sich bereits dem in dem vorigen Abschnitt behandelten Klein= und Zwergbesitz annähert.

Bei der theoretischen Behandlung der Grundeigenthumsvertheilung find diese mannigfach abgestuften Bauergüter häufig zu kurz gekommen, indem man früher vielfach lediglich zwischen großem und kleinem Grundbesitz unterschied und die Bauerngüter einfach zu den kleinen Gütern rechnete. Indeg hat es in der deutschen Literatur und Politik boch niemals gang an energischen Bertretern des Bauernstands gefehlt. Es genügt an die Namen Justus Mösers, des Freiherrn von Stein und Stuve's zu erinnern. Aber erft in den letten Jahr= zehnten hat die socialwirthschaftliche Literatur sich dem bäuerlichen Grundeigen= thum und ber Betrachtung feiner specifischen Sigenart mit erhöhtem Intereffe zugewendet, und zwar namentlich, seitdem im Jahre 1848 allgemein klar wurde, daß in dem deutschen Bauernstande ein mächtiger Wall gegen die sociale Revo= lution gegeben ift. Und in unseren Tagen haben dann wieder die agrarischen Nothstände Großbritanniens, die vorzugsweise auf den Mangel eines eigentlichen Bauernstands im beutschen Sinn zurudzuführen sind, die Blide allgemein auf biesen gefundesten Bestandtheil unserer socialen Ordnung gelenkt. Bu benjenigen, welche auf Grund der Renntniß continentaler Zuftande in England zuerst auf ben großen socialen Werth bes Bauernstandes aufmerksam gemacht haben, gehören J. St. Mill und Thornton.

Die deutschen Länder mit überwiegendem bäuerlichen Grundeigenthum bilden im Gegensatz zu den zusammenhängenden Gebieten des großen Grundeigenthums im Rorden und Rordosten und des kleinen und kleinsten parzellirten

¹⁰⁹⁾ v. Selchom l. c. S. 22, 25.

Grundeigenthums im Süden und Südwesten keine einheitliche Masse. Bielmehr fest sich das Gebiet des vorwiegend bauerlichen Grundeigenthums aus mehreren von einander getrennten Ländergruppen zusammen, deren größte Complexe im Nordwesten und Südosten liegen. Dort ist es das Gebiet der friesischen und fachfischen Colonisation, des vorwiegenden Soffvstems, der freien Bauernhufen und Meierhöfe, zu dem der Westen Schleswig-Holsteins, ein Theil Hannovers, Braunschweigs, Oldenburgs, Westfalens, der beiden Lippe, Baldecks und ein kleiner Theil der beiden Heffen gehört. Hier ift es vorwiegend das altbayrische und österreichische Gebiet (Tirol, die Erzherzogthümer, einzelne Theile von Steiermark und Rarnthen), in dem der geschloffene Bauernhof noch vielfach pravalirt. Aber abgesehen von diesen beiden Hauptgruppen findet sich ein gesunder fräftiger Bauernstand, wenngleich vielfach von großem und kleinem Grundeigen= thum durchsetzt, auch in den meisten anderen Theilen Deutschlands: so namentlich in einigen Theilen Thuringens und zwar vorzugsweise in der öftlichen Hälfte des Herzogthums Altenburg, im Königreich Sachsen, in der Mark Brandenburg, in dem größten Theile der übrigen öftlichen Provinzen Preußens (hierher gehören namentlich die fogenannten köllmischen Güter im Regierungsbezirk Gumbinnen und in den Niederungsgegenden der Weichsel) und wohl auch hier und da noch im deutschen Süden: so im badischen Schwarzwald, im würtembergischen Oberschwaben u. f. m.

Einige Zahlenangaben im Anhange sub Lit. D mögen das oben gefagte verdeutlichen.

Das Bauerngut wurde früher nach rechtlichen Merkmalen als ein solches Gut von mittlerem Umfange definirt, das der Borrechte des Ritterguts entbehrte und meist mit verschiedenen Lasten zum Bortheil der Grunds, Gerichtssund Bogteiherrschaft belegt war. Gegenwärtig dagegen, nachdem die verschiedenen Güterarten einander rechtlich gleichgestellt worden sind, kann das Bauerngut nur nach wirthschaftlichen Merkmalen charakterisitt werden. Und zwar gesichieht dieses so, daß man es gegen das große und kleine Grundeigenthum abgrenzt.

Bon dem ersteren unterscheidet es sich dadurch, daß sein Besitzer sich weder auf die Leitung der Wirthschaft allein beschränkt, noch auch in der Regel eine wissenschaftliche Landwirthschaftlich etechnische Bildung besitzt, noch endlich den höheren gesellschaftlichen Klassen angehört. Vielmehr ist der bäuerliche Grundeigenthümer selbst Leiter und Arbeiter (oder doch Vorarbeiter) in einer Person, er gehört dem ländlichen Mittelstande an und seine allgemeine sowie seine landewirthschaftlichetechnische Vildung ist diesem Stande entsprechend vorzugsweise eine praktische.

Von dem Kleingütler unterscheidet sich der Bauer durch die Größe seines Betriebskapitals, namentlich aber dadurch, daß er sein Gut in der Regel mit Pserden oder Ochsen bearbeitet und daß in der Wirthschaft seine ganze Familie, zu der gewöhnlich noch fremde Mägde und Knechte sowie sonstige Arbeiter hinzu gemiethet werden, volle Verwendung sindet. Soll das Bauerngut seinem Besüger ein reichliches Auskommen sowie die diesem Stande eigene Behäbigkeit gewähren, so muß der Bauer den Unternehmergewinn durch Selbstbewirthschaftung selbst behalten und darf denselben nicht einem Pächter zukommen lassen.

Ein Bauerngut, das von seinem Besitzer verpachtet wird, gilt glücklicher=

weise auch noch heute als Anomalie.

Als Beleg dafür, wie verbreitet namentlich in Süddeutschand die Selbstbewirthschaftung des bäuerlichen Geländes ist, mögen folgende der neuesten badischen Statistik entnommene Zahlen dienen. Danach wurden im Jahre 1873 von dem gesammten landwirthschaftlichen Gelände des Großherzogthums:

```
1 745 712 bab. Worgen = 78.8 \, ^{0}/_{0} als Eigenthum, 306\,655 , , = 13.8 \, ^{0}/_{0} in Bacht, 125\,967 , , = 5.7\, ^{0}/_{0} als Ullmend, 7\,838 , , = 0.3\, ^{0}/_{0} als Dienstland, 29\,375 , , , = 1.3\, ^{0}/_{0} fonst genust.
```

Demnach werden also mehr als $^3/_4$, ja fast $^4/_5$ bes landwirthschaftlich benutzten Geländes vom Sigenthümer selbst bewirthschaftet. Hierunter sindet sich vorzugsweise das bäuerliche Grundeigenthum, so daß die anderen Nutzungsarten vorzugsweise auf das Gemeinde-, Korporations-, Staats- und sonst größere Grundeigenthum fallen.

Bur vollen Gewißheit wird diese lettere Annahme erhoben, wenn wir die für den badischen Schwarzwald, wo das mittlere bäuerliche Grundeigenthum in noch stärterer Weise prävalirt als in den übrigen Theilen des Großherzogthums,

ermittelten Bahlen mit den obigen vergleichen.

Während nämlich im Durchschnitt des ganzen Großherzogihums das von den Grundeigenthümern selbst bewirthschaftete Land 78,8 % des gesammten land= wirthschaftlich benutzten Geländes ausmacht, steigt dieser Procentsat in den einzelnen Schwarzwaldbezirken folgendermaßen:

```
im Amtsbezirf Waldfirch auf 93,3 %,

" " Triberg " 93,8 %,

" " Waldshut " 94,1 %,

" " Wolfach " 94,5 %,
```

Außerdem wird von einem großen Theil des verpachteten Geländes angenommen, daß es von den bäuerlichen Besitzern zu ihrem Besitz hinzu-

gepachtet ift 110).

Bon dem Borkommen verpachteten bäuerlichen Grundeigenthums in Nordsbeutschland wird nur ausnahmsweise berichtet: so namentlich aus einzelnen Theilen der preußischen Provinzen Sachsen, Schlesien, Hannover, Schleswigsholstein, aus Oldenburg, aus der Umgebung Hamburgs, Bremens sowie anderer großer Städte, vom Niederrhein u. s. w.

In der Provinz Sachsen sind es namentlich die Rübenbauern von Magdeburg, Halle u. s. w., welche ihre Höfe bisweilen an die großen Zuckerfabriken

verpachten, um dann in der Stadt als Rentner leben zu können.

Bei Waldenburg in der Provinz Schlesien pflegen die bäuerlichen Besitzer ihren Boden den Bergbauunternehmern auf eine Reihe von Jahren zu verpachten.

¹¹⁰⁾ Beiträge zur Statistif ber inneren Berwaltung des Großherzogthums Baben. Heft XXXVII. S. XV, XVI.

In Oftfriesland gehören die Bauernhöfe vielfach größeren Kapitalisten, die

nicht auf dem Lande leben wollen und deshalb ihre Höfe verpachten.

Achnliche Zustände finden sich in den Marschgegenden Hannovers, Oldenburgs, Schleswig-Holsteins, wo es den auswärts wohnhaften Grundeigenthümern bei hohen Viehpreisen sehr nahe gelegt ist, die Aecker in Viehweiden überzuleiten und von diesen ein hohes Grasgeld zu ziehen. Auch an der Ruhr, Lippe und Lenne pslegen die Bauern die Sommerweide für ein Stück Großvieh zu 1—2 preuß. Morgen an Schlächter oder Viehündler bis zu 25 Thlr. zu verpachten 111).

Speziell hinsichtlich der auf den Marschböden an der schleswigschen Küste üblichen Fettweidewirthschaft bemerkt Hanssen , daß sich hier Berhältnisse anbahnen, welche den englischen ähnlich sind. Diese Art der Wirthschaft bedarf nämlich keiner Gebäude und keiner eigentlichen Haushaltung. Es sind daher z. B. in der Landschaft Siderstädt alle Höfe als überslüssig abgebrochen worden, so daß nachher Zimmerleute, Maurer, Tischler, Dachdecker und andere Bauhandwerker nicht mehr die frühere Beschäftigung für Bauten und Reparaturen sanden. Auch Radmacher, Schmiede, Schuster und Schneider haben weniger zu thun für die verarmte übrige Bevölkerung. Da diese aber doch unterhalten werden muß, so leiden die Grundeigenthümer selbst unter diesem Zustande durch die sortwährend anschwellenden Ausgaben für das kommunale Armenwesen.

Endlich wird vom Niederrhein berichtet, daß die alten Bauerngüter bei den stark gestiegenen Preisen derselben und der erheblich gesteigerten Intensität ihrer Bewirthschaftung vielsach zu groß für einen bäuerlichen Eigenthümer, aber doch wieder zu klein für einen selbstwirthschaftenden Gentleman sind. Die Bauern verkaufen dieselben daher an verpachtende Kapitalisten oder verpachten sie auch selbst. Pächter von Bauerhösen bilden hier, ähnlich wie in England, einen tüchtigen, aber grundbesitzlosen ländlichen Mittelstand.

Doch sind das alles nur verschwindende Ausnahmen von der Regel, daß die Bauerngüter sich in der Gelbstbewirthschaftung ihrer Gigenthümer befinden.

Eine weitere Eigenthümlichkeit ber größeren Bauerngüter besteht ferner darin, daß sie namentlich im Norden vollständig arrondirt sind und die Gutsegebäude in der Mitte der Ländereien haben, oder daß sie doch nur aus einigen wenigen getrennten Stücken bestehen. Diesen Borzug theilen sie mit dem größten Theil des größeren Grundeigenthums, während die Klein= und Zwerggüter, namentlich im Süden und Südwesten, aus einer Anzahl von im Gemenge mit den Gütern anderer Besitzer liegenden Parzellen bestehen. In Süd- und Mitteldeutschland kommen übrigens auch große Bauerngüter mit sehr parzellirter Lage vor.

Die geschlossene Lage der Bauerngüter ist entweder eine Folge ursprünglicher hosweiser Ansiedelung, wie in Westfalen und am Niederrhein, einem Theil Schleswig-Holsteins, Nieder- und Oberbayerns, des badischen Schwarzwalds, Oberschwabens, oder später vorgenommener Arrondirungen

¹¹¹⁾ Jahresbericht über ben Zustand ber Landeskultur in Preußen für 1873. S. 162, 177. Hanffen, Agrarhistorische Abhandlungen. Leipzig 1880. S. 248, 250. 112) Hanffen, Agrarhistorische Abhandlungen. S. 252.

Schriften XX. - b. Dia gto m &ti, Grunbeigenthumsbertheilung.

(Consolidationen, Commassationen, Separationen), wie z. B. in einem Theil der 6 östlichen Provinzen Preußens, einem Theil Hannovers, Braunschweigs u. s. w.

Dem bäuerlichen Besitz namentlich im Norden ist ferner eigenthümlich, daß sich auf keinem Gebiet des wirthschaftlichen Lebens im Allgemeinen und der Grundeigenthumsvertheilung im Speziellen bestehende Einrichtungen so lange und so zähe erhalten haben, wie auf dem der bäuerlichen Güter mit ihren festen, meist nach dem Gespann abgestuften Größenverhältnissen. Diesen festen Größen= verhältnissen entsprechen dann auch bestimmte Bezeichnungen derselben, die sich ebenfalls noch vielfach in der Gegenwart erhalten haben. So unterscheidet man in Hannover Bollmeier, Bollerben, Dreiviertelmeier (mit einem Besitz von 60—120 Morgen), Erbkötter, Halbmeier, Halberben, Großkäthner (Besitz von 30-60 Morgen), Käthner, Pflugtathner, Marktkathner, Höfelinger (Befit von 8-30 Morgen), und ähnlich unterscheidet man im Landbezirk der Stadt Bremen zwischen Boll=, Dreiviertel=, Zweidrittel=, Halb= und Drittelbauern, Groß- und Kleinkathnern, Brinkfitzern und Neubauern 113). Und zwar sind es nicht nur, wie man meinen könnte, die mit guts- und landesherrlichen Lasten und Leistungen belegt gewesenen Bauerngüter, welche sich gerade wegen dieser auf ihnen ruhenden Pflichten unveränderlich erhalten haben, sondern es haben auch eine Anzahl freier Höfe den Ginflussen der Zeit getrotzt. Zu diesen letzteren gehören u. A. vielfach die zum friesischen Bolks- und Sprachgebiet gehörigen Bauernhöfe und sodann einige Bauernhöfe, welche im würtembergischen Oberschwaben während des ganzen Mittelalters freieigen geblieben find 114). Wenngleich die nivellirenden Einflüffe ber Zeit sich auch auf bem Gebiet bes Bauerngutswesens geltend gemacht haben, so blieb durch alle Beränderungen hindurch doch noch immer das feste Ge= ruft des bäuerlichen Besitzes bestehen. Erst in der unmittelbaren Gegenwart erscheint daffelbe — wie wir näher zu zeigen haben werden — ernftlich gefährdet.

Im Gegensatz zu diesen festen Größenverhältnissen und Benennungen ber Bauerngüter im Norden und ausnahmsweise auch im Süden steht als Regel die große Veränderlichkeit der Besitzgrößen im Süden, sowie in denjenigen Gegenden Mitteldeutschlands, in denen die walzenden Grundstücke prävaliren.

Doch suchen wir nunmehr die wirthschaftlichen Borzüge und Schattenseiten

bes bäuerlichen Grundeigenthums festzustellen.

Was zunächst die demselben eigenen Kulturarten betrifft, so sind die größeren Bauerngüter — wo Alima und Boden es irgend vortheilhaft erscheinen lassen — auf den Körner= und Futterbau beschränkt. Dieser spielt hier diesselbe Rolle, wie auf dem großen Grundeigenthum die Waldwirthschaft, die Graswirthschaft mit Viehzucht und der Bau solcher Früchte, die namentlich in landwirthschaftlichen Nebengewerben gut zu verwerthen sind, und wie auf dem kleinen Grundeigenthum der Bau von Gemüse, Wein, Handelsgewächsen sowie der für den kleinen Mann nothwendigen Nahrungsmittel.

Bergleicht man die auf Körner= und Futterbau gerichtete Wirthschaft bes Bauern mit der des Klein= und Zwerggütlers, so wird man finden, daß in der

¹¹³⁾ Biebahn, Statistif bes zollvereinten und nördlichen Deutschland. Thl. 2. Berlin 1862. S. 570, 573.

¹¹⁴⁾ Bgl. über bie drei Gemarkungen ber Leute auf der freien leutkircher Haibe und über sonstige mehr vereinzelt gelegene freie Bauernhöfe: Die Beschreibung des Oberamts Leutkirch. S. 103 ff.

Regel der erstere besser und glücklicher wirthschaften wird, als der letztere, weil es diesem regelmäßig an den nöthigen Betriebsmitteln fehlt und er durch vermehrte Arbeit die reichlichere Düngung sowie durch die Hade und den Spaten den Pflug des Bauern nicht ersetzen kann.

Und selbst wenn man von den Vorzügen der Kleinkultur noch so sehr überzeugt ist, so wird man doch nicht behaupten wollen, daß weil das Bauerngut in der Regel außer den Arbeitskräften der Familie noch einiger Dienstbotenund Tagelöhnerarbeit bedarf, dasselbe, so lange es sich nämlich um wirklichen Ackerbau und Viehzucht und nicht um Gemüser, Wein- und Handelsgewächsbau handelt, schlechter bewirthschaftet sein müsse, als ein kleineres, das ohne fremde Arbeit kultivirt wird ¹¹⁵).

Ein weiterer Borzug des bäuerlichen Grundeigenthums gegenüber dem kleinen besteht darin, daß in Ländern, in denen der vermögende Bauernstand überwiegt, die Bevölkerungsvermehrung langsamer vor sich geht, als in Ländern mit vorwiegendem Kleinbesitz.

Daß es aber wirklich ein Borzug ist, wenn, wie List sich prägnant auße drückt, "die Viehvermehrung — und setzen wir hinzu: überhaupt die Vermögense vermehrung — den Vorsprung vor der Menschenvermehrung" hat, braucht angesichts der mehrsach aufgetretenen Symptome dafür, daß die Bevölkerung bei uns den Nahrungsspielraum zu überschreiten droht, nicht näher begründet zu werden.

Daß aber in Ländern mit vorwiegendem größeren bäuerlichen Grundeigenthum die Bevölkerungszunahme langsamer vor sich geht, als in Ländern mit vorwiegendem Rlein= und Zwergbesitz, erklärt sich aus den relativ gunftigen ökonomischen Verhältnissen der Bevölkerung — wie sie sich durchschnittlich im Bauernstande sinden —, welche das Streben nach Erhaltung derselben für die Nachkommenschaft erzeugen. Dieses Streben wirkt dann wieder der Begrundung einer zahlreichen Nachkommenschaft entgegen und gelangt unter Ansberem auch darin zum Ausdruck, daß der Bauer sein Grundeigenthum möglichst ungetheilt zu erhalten sucht. Und zwar geschieht dies nicht nur während seines Lebens; auch über seinen Tod hinaus ist sein Bunsch darauf gerichtet, daß das Gut zusammenbleibe. Es gelangt daher das väterliche Gut, nachdem der Besitzer sich zur Ruhe gesetzt hat oder gestorben ift, in der Regel an eins der Rinder. Dasjenige Rind, dem dasselbe zugedacht ist, bleibt gewöhnlich zu Lebzeiten des Vaters auf dem Hof, heirathet aber nicht früher als bis es Eigenthümer geworden ift. Das giebt im allgemeinen späte Beirathen. Schon aus diesem Grunde, sodann aber auch deshalb, weil von den Verheiratheten keine größere Zahl von Kindern gewünscht wird und der Wunsch auch hier der Bater der That ist, ist die Kinderzahl im Durchschnitt eine geringere als im Rleinbesitzerstande. Ferner bleiben die Geschwifter des bäuerlichen Hoferben ent= weder unverheirathet im elterlichen Hause oder verlassen dasselbe und ziehen in die Fremde, um sich hier einem anderen Berufe zuzuwenden. ist das beim Bauern dienende Gesinde meist unverheirathet. Endlich wird beim Borherrschen des größeren bäuerlichen Grundeigenthums in einer Gegend der unbemittelten Klasse die Riederlassung und das Heirathen trot der Aufhebung

¹¹⁵⁾ Bernhardi, Berfuch u. f. w. S. 431.

aller rechtlichen Beschränkungen saktisch noch vielsach erschwert. Alle diese Umstände wirken auf eine verhältnißmäßig langsame Bevölkerungsvermehrung, und es scheint überslüssig, hier weitere statistische Belege für den notorisch bestehenden Zusammenhang zwischen Grundeigenthumsvertheilung und Bevölkerungsbewegung

beizubringen 116).

eingreifen.

Im Bergleich mit der großen Gutswirthschaft wird sowohl in der älteren englischen wie auch in der deutschen land= und volkswirthschaftlichen Literatur die Bauernwirthschaft bisweilen als untergeordnet geschildert, indem von einem bei dem Bauernstande vorhandenen, ganz hoffnungslosen Mangel an Einsicht ausgegangen wird. Dem gegenüber hat aber bereits Bernhardi (l. c. S. 420) mit Recht darauf ausmerksam gemacht, daß sich gar viele Gegenden Deutschlands nachweisen lassen, in denen der Boden von mittleren und kleineren Grundeigenthümern in sehr zweckmäßiger Weise benutt wird. Und in der That hat das bäuerliche Grundeigenthum wie gegenüber dem kleinen so auch gegenüber dem großen manche nennenswerthe Vorzüge auszuweisen.

In erster Linie gehört hierher, daß sich in der Bauernwirthschaft die nothwendige Arbeitstheilung unmittelbar an die natürlichste Gliederung, die Gliederung der Familie, anschließt. Dem Bauern selbst und ebenso dem Interimswirth fällt die Entwersung des Wirthschaftsplans, die Beschaffung der ersorderlichen Betriebsmittel, die Anordnung und Ueberwachung der nöthigen Arbeiten, wobei er es gewöhnlich nicht verschmäht, als Borarbeiter selbst Hand anzulegen und zu diesem Zweck, namentlich zur Saat- und Erntezeit, mit seinen Anechten gleich nach Mitternacht an die Arbeit zu gehen, die Vertretung der Wirthschaft nach Außen, der Verkauf der Produkte, sowie die Direktion etwaiger Nebengewerbe (Holzsäge=, Mühlen=, Fuhrmannsgewerbe) zu. Die Bäuerin hat die innere häusliche Dekonomie zu leiten und in der Regel auch die Viehwirthschaft — die Auszucht und Pflege der Hausthiere, namentlich der Kuh und der

So liefern denn die Frau und Kinder der bäuerlichen Wirthschaft die nützlichsten Kräfte, deren Werth noch besonders steigt in Zeiten, in welchen sich die nothwendigen Arbeiten sehr drängen. Besonders lebhaft muß dieser Borzug der bäuerlichen Wirthschaft empfunden werden in der Gegenwart, die sich durch hohe Löhne und Unbotmäßigkeit der Arbeiter auszeichnet 117).

Ziege — zu besorgen. Endlich müssen auch die erwachsenen, ja bisweilen auch die halberwachsenen Kinder, gewöhnlich unter persönlicher Leitung des Bauern ober der Bäuerin, jedes an seiner Stelle, als dienende Glieder in den Betrieb

Diese letztere Schattenseite ber heutigen Landwirthschaft tritt auf bem Bauerngut auch deshalb weniger deutlich hervor als in der großen Gutswirthschaft, weil das Gesinde, das von dem Bauern noch neben seiner eigenen Familie beschäftigt wird, sich dieser meist einordnet und ihre wirthschaftlichen Borzüge dis zu einem hohen Grad annimmt. Und zwar gilt dies nicht nur für Verhältnisse, in denen das Gesinde gleichsam als erweiterte Familie behandelt wird, wie z. B. in Braunschweig, Lippe und in einem Theil des Südens, sondern auch für Verhältnisse, wie die des Oftkreises des Herzogthums Altenburg es sind, in denen

¹¹⁶⁾ Würtemberg. Jahrbücher 1874. Theil 1. S. 229. 117) Conrad in seinen Jahrbüchern. Bb. XXXIV. S. 40.

der sociale Abstand zwischen der Familie des Bauern und dem Gesinde sich sehr schroff geltend macht. Das bäuerliche Gesinde ist leicht im Auge zu behalten und betrachtet sich selbst, wenn es gut gehalten wird, besonders dort, wo noch alte einsache bäuerliche Sitte herrscht, als Theil der Familie. Das hat aber wieder zur Folge, daß das bäuerliche Gesinde im Ganzen zuverlässiger ist und mehr aus eigener Initiative zu handeln und zu sorgen pslegt, als

das Gefinde auf großen Gütern.

Bährend somit in den städtischen Mittelflassen und überhaupt in den höheren Ständen die Familie wirthschaftlich betrachtet nur eine Consumtions= gemeinschaft bilbet, in der allenfalls noch die letzte Anpassung der von Außen gewonnenen Güter an die spezisischen Bedürfnisse der einzelnen Familienglieder ftattfindet, und mährend in der Fabritbevölkerung die verschiedenen Glieder der Familie zwar an der Produktion betheiligt zu sein pflegen, so jedoch daß dieses meist außerhalb der Familie geschieht, indem sie sich fremden Unternehmungen jedes besonders für sich eingliedern, bildet im Bauernstande die Familie selbst noch eine Produktivgemeinschaft, von der dann auch die in dieselbe eintretenden fremden Personen mit erfaßt und dem gemeinsamen Zweck dienstbar gemacht werden. hier ift die Familie mit ihren starken Trieben und Tugenden mitten in den Produktionsprozeß hineingestellt, und was im Großbetrieb durch künstliche Arbeitstheilung und Arbeitsverbindung sowie durch künstlich ersonnene Lohnspfteme (Stücklohn, Spezialtantième, Theilnahme am Unternehmergewinn der einzelnen Wirthschaft, Broduktivgenoffenschaft) muhlam bewirkt werden soll, wird hier auf die einfachste Beise, durch das allen Gliedern der bäuerlichen Familie gemein= fame Interesse und Gefühl, erreicht.

Indem der Bauer ferner zugleich Wirthschaftsdirigent, Aufseher und Arbeiter ist, bezieht er die allen diesen Bersonen in der Großwirthschaft zukommende Entschädigung und außerdem noch die Grundrente oder, richtiger gesagt, er kann als Grundeigenthümer seiner Wirthschaft den größten Theil dieser Kosten ersparen. Es fällt demnach ein großer Theil der für die großen Grundeigen-

thumer so erheblichen Broduktionskoften bei dem Bauern fort.

Wegen der geringeren Ausdehnung seiner Wirthschaft kann der Bauer seine Wirthschaft außerdem besser beaufsichtigen als der große Grundeigenthümer und dessen Beamten. Auch vermag er, wo es Noth thut, sosort einzugreisen, und es geht auch sonst durch Nachlässigkeit, Untreue oder Trägheit der Arbeiter oder sonstigen Untergebenen weniger verloren.

Mit der Klein= und Zwerggütlerwirthschaft hat sodann die Bauernwirth= schaft aus den oben angesührten Gründen auch den Borzug gemein, daß sowohl der Boden wie das Bieh individueller und sorgsamer behandelt wird, als in der Großwirthschaft, ohne daß deshalb doch zugleich die Nachtheile der Klein=

gütlerei der Bauernwirthschaft anzukleben pflegen.

Wenn es richtig ist, was neuerdings vielsach angenommen wird, daß entssprechend den Beränderungen, welche die Preise der verschiedenen landwirthschaftslichen Produkte zum Steigen und Fallen zeigen (stärkeres Steigen der Preise der Gier, Hühner, Enten, des Rinds und Schweinesleisches, der Milch, Butter, Erbsen, Kartosseln, des Käses z. als des Getreides, welches sogar theilweise im Preise zurückgegangen ist), die Aufgabe des Landwirths und namentlich des bäuerlichen Landwirths in Zukunft darin bestehen wird, sich weniger auf den Getreidebau und mehr auf den Gemüses und Obstbau, sowie auf die Viehs und

Geflügelzucht zu legen, so wird die natürliche Arbeitsgliederung der bäuerlichen Familie und ihre Fähigkeit individueller Behandlung einzelner Betriebszweige — in Zukunft — bei den in Aussicht genommenen Kulturzwecken, welche besonders große Sorgfalt erheischen, von noch größerer Bedeutung sein, als sie es bereits in der Gegenwart ist 118).

Oben wurde angeführt, daß der durch die bequeme Ausnutzung günstiger Konjunkturen gegebene Bortheil des großen Grundeigenthums leicht zum Nachtheil der Konfumenten ausgenutzt werden kann. Dagegen kommt es der AU=gemeinheit zu Gute, daß der mittlere Grundeigenthümer seine Produkte nicht so lange liegen lassen kann, um hohe Preise nicht blos abzuwarten, sondern selbst zu bewirken. Ist er daher zu seinem eigenen Nachtheil gezwungen zu niedrigen Preise zu verkaufen, so kommt das doch den Käufern zu Gute ¹¹⁹).

Und auch sonst deckt sich das Interesse des bäuerlichen Grundeigenthümers vielkach besser mit dem allgemeinen Bolksinteresse, als das des großen, namentlich aber als das des kleinen Grundeigenthümers, indem er einerseits durch Körnererzeugung, Aufzucht von Jung- und Mastvieh sowie von Geslügel 2c. dem Markt wichtige Produkte Liefert und andererseits der inländischen Industrie

eine umfangreiche und solide Rundschaft stellt.

Da das Verhältniß der Zahl der Bestigenden im Vergleich zu der Zahl der Dienenden in Ländern mit vorwiegendem bäuerlichen Grundeigenthum ein günstiges, wenigstens ein günstigeres ist, als in Ländern mit vorwiegendem Großgrundseigenthum, und da die einzelnen bäuerlichen Wirthschaften einen verhältnißmäßig höheren Reinertrag liesern, als die Kleins und Zwergwirthschaften, so zeigt der durchschnittliche Wohlstand hier eine bessere Entwickelung als bei vorherrschendem Großs oder Kleinbesitz.

Alls Beleg für den größeren Wohlstand in Ländern mit vorwiegendem mittleren Grundeigenthum — im Bergleich zu Ländern mit vorwiegendem großen und kleinen Grundeigenthum — mögen folgende Beispiele dienen.

Eins derselben entnehmen wir dem Königreich Würtemberg. Hier stehen die östliche und westliche Landeshälfte hinsichtlich der Vertheilung des Grundseigenthums in einem auffallenden Gegensatz zu einander, indem — wie wir bereits oben näher ausgeführt haben — im Often das relativgrößere Grundseigenthum prävalirt, während im Westen die Theilung desselben im Allgemeinen

viel weiter geht.

Dieser Gegensatz ist nun zum Theil bedingt durch natürliche Faktoren. Zu benselben gehören: im Often die größere Erhebung über dem Meere, die geringere Fruchtbarkeit, die größere Flächenausdehnung der Felder auf zusammenhängenden Plateaus; im Westen dagegen die geringere Erhebung über dem Meere, die größere Fruchtbarkeit des Bodens und die mannigsaltigere Terrainbildung. Zum anderen Theil ist es aber die verschiedene Ugrarversassung gewesen — im Westen seit Jahrhunderten freie Theilbarkeit des Grundeigenthums, im Often längere Fortdauer des Lehns= und Grundherrlichkeitsverbands mit seiner ben bäuerlichen Besitz zusammenhaltenden Kraft —, welche die Anschmiegung

¹¹⁸⁾ Conrab in seinen Jahrbüchern. Bb. XXXVII. S. 40. Bb. XXXIV. S. 249.

¹¹⁹⁾ Bernhardi a. a. D. S. 437.

ber Grundeigenthumsvertheilung an die ungleichen natürlichen Verhältnisse bewirkt hat.

Auf dieser Grundlage der Bodenvertheilung baut sich folgende wirthschaft=

liche und sociale Verschiedenheit auf.

In der östlichen hälfte hat der Getreidebau und die Viehzucht (zum Absatz nach Außen) auf stattlichen Bauerngütern größere Ausdehnung als in der westlichen Landeshälfte. Der Charakter jenes Landestheils ist ein vorwiegend agrarischer. Das Gewerbe beschäftigt sich vorzugsweise mit der Berarbeitung landwirthschaftlicher Produkte, und die Brauereien, Brennereien, Mühlen, Ziegeleien 2c. sind vielsach mit größeren und mittleren Gutswirthschaften versbunden.

Dagegen wird in der westlichen Landeshälfte der Ackerbau in Verbindung mit Wein=, Handelsgewächs= und Obstbau, und in Waldgegenden mit Waldbau sowie mit der Verarbeitung von Waldprodukten betrieben. Auch ist die Verbindung Landwirthschaftlicher mit gewerblicher Beschäftigung sehr verbreitet und in allen Abstusungen anzutreffen. Die Industrie wird hier durch den Reichthum an Wasserkäften unterstützt, und endlich bildet die westliche Landeshälfte auch ein dem Lauf des Wassers folgendes einheitliches Verkehrsgebiet.

Die durchschnittlichen Wohlstandsverhältnisse finden in folgenden Zahlen

einen fehr beredten Ausdruck.

Theilt man nämlich die ganze Bevölkerung der beiden Landeshälften in 2 Klassen, von denen die eine mehr, die andere weniger als 2 fl. direkter Steuern à Person zahlt, so kommen

	Einwohner, an welche wenige als 2 fl. direkt Steuern entfal	te in 00	Einwohner, auf welche mehr als 2 fl. direkte teuern entfallen,	in ⁰ / ₀	Ginw. im Ganzen im J.
auf die westliche	Cicacin cinqui	, C	icacin citiquacii,	,	1867
Landeshälfte	792215	$75,\!56$	256305	24,44	1048520
auf die östliche					
Landeshälfte	401797	55,05	328079	44,44	729876^{120}
~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~~	101101	00,00	940010		120010

Im Einzelnen werden diese Zahlen durch folgende Schilderung der Wohlstandsverhältnisse in der öftlichen Hälfte Würtembergs ergänzt. Speziell über Oberschwaben und das angrenzende, ähnliche Bodenvertheilungsverhältnisse ausweisende Bayrische Allgäu heißt es in einer aus dem Jahr 1879 stammens den Schilderung: Freundliche Gehöfte mit farbigen Schindelanschlägen, spiegels

¹²⁰⁾ Würtembergische Jahrbiicher. Jahrgang 1874. Thl. 1. S. 121. Jahrgang 1881. Thl. 1. Hälfte. S. 93, 94. Zu einem ähnlichen Resultat gelangt auch Gever, Untersuchungen II, S. 30, wenn er sindet, daß die Konsumtionszisser den Recar- und Donautreis im allgemeinen Wohlstand höher stehend zeigt, als die beiden übrigen Kreise. Im Neckartreise wirtt zu diesem Kesultat namentlich die Stadt Stuttgart sowie überhaupt die hier auch sonst kart vertretene Industrie mit, welche das theilweise Cend des Zwergbesitzes verdeckt, während im Donaufreise, insbesondere im südlichen Theil desselben, in Oberschwaben, das Ueberwiegen der großen bäuerlichen Güter und die geringere Volksochtigkeit den allgemeinen Wohlstand fördert und hebt.

glatten Fenstern und weißen Vorhängen treten einem hier überall entgegen. Dem Aeußeren dieser Häuser entspricht denn auch ihre innere Einrichtung, sowie die Lebensweise ihrer Bewohner, entspricht namentlich der Luzus, mit dem sie das Gefährt ausstatten, wenn sie in die Kirche fahren und sich hier vor ihren Nachbarn sehen lassen. Auf dem Wege zur Kirche begegnet man meist Chaisen mit hübschem Gespann, das Geschirr mit breiten Messingschnallen versehen, Sattelpserden mit Dachssellen. Beim Krämer werden neumodische Kleiderstosse gekauft. Morgens wird Kasse getrunken und Mittags sowie Abends gut gegesen. Der Sonntag wird Lusu Iheil im Wirthshaus verbracht. Wenn ein solcher Luzus auch von sehr zweiselhaftem Werth ist, so ist er doch immer ein Beweis sür den Wohlstand der Bauern jener Gegenden. Und auch die Lebenshaltung der Arbeiter ist, wie wir weiter unten zu zeigen haben werden, eine verhältnismäßig günstige 121).

Mit dieser Darstellung kontrastirt nicht vortheilhaft die Schilberung, die der Reutlinger Rechtsanwalt D. Hahn in seiner bereits mehrsach erwähnten Schrift: "Die Noth unserer Bauern und ihre Ursachen" (Reutlingen 1880) von dem Klein= und Zwerggütlerwesen der westlichen Hälfte giebt.

Ein zweites Beispiel dasür, daß Gegenden mit einem mäßigen Bauernstand günstigere Wohlstandsverhältnisse und eine größere Widerstandskraft gegenüber landwirthschaftlichen Nothständen ausweisen, als Gegenden, in denen durch sortgesetzte Zerstückelung des Grundeigenthums dasselbe in lauter Klein= und Zwerggüter aufgelöst worden ist, liegt in dem oberschlesischen Kreise Pleß vor. Hier haben sich unter gleichen natürlichen und volkswirthschaftlichen Bedingungen neben Gemeinden mit großentheils sehr start zerstückeltem Grundeigenthum einzelne Gemeinden mit einem kräftigen Bauernstand (Grzawa, Miedznu, Warschowitz, Krier :c.) erhalten. Die Folge dieser verschiedenen Grundeigenthumsvertheilung ist, daß während die letzteren sich einen gewissen Wohlstand bewahrt haben, die ersteren dagegen, namentlich in Folge des letzten Nothstands, in völligen Versall gerathen sind 122).

Diese beiden Beispiele ließen sich noch durch viele andere erganzen, die alle dasselbe Resultat liefern wurden.

Aber auch für den Vergleich der Wohlstandsverhältnisse in Gegenden mit vorwiegendem Großgrundeigenthum und der Verhältnisse in solchen Gegenden, in denen das bäuerliche Grundeigenthum stärker vertreten ist, sehlt es nicht an beweiskräftigen Beispielen. Wir verdanken die Mittheilung eines derselben dem mit den örtlichen Verhältnissen der verglichenen Gegenden wohlbekannten Landtagsabgeordneten Sombart. Die betressenden von uns benutzten Daten sind theils dem Bücklein unseres Gewährsmanns: Die Fehler im Parzellirungsversahrens der preußischen Domänen, Berlin 1876, theils brieflichen Mittheilungen desselben entnommen.

Berglichen werden hier einestheils der jetige Regierungsbezirk Stralfund mit seinen vier Kreisen Franzburg, Grimmen, Greismald und Rügen (Reu-

¹²¹⁾ Bürtembergisches Wochenblatt für Landwirthschaft. Jahrgang 1879. Nr. 26, 27.

¹²²⁾ Bericht bes Landraths von Bitter über ben oberschlesischen Noth-ftand. S. 36.

vorpommern), und anderentheils die zum Regierungsbezirk Magdeburg gehörigen

Areise Stendal, Gardelegen, Salzwedel und Osterburg (Altmark).

Die beiden zu vergleichenden Landestheile wurden von einem und demselben Staatsbeamten, dem verstorbenen L. D. R. Often, von der Generalkommission in Stendal, zu Ansang der sechziger Jahre behufs der Grundsteuerregulirung eingeschätzt. Die dadurch gewonnenen in hohem Grade vergleichbaren Resultate sind für:

Meuvorpommern	$\mathfrak{R}$	e u 1	oor.	pom	mern
---------------	----------------	-------	------	-----	------

<b>F</b> )	Läche .	Reinertrag		
nach	Morgen Summe	e nach Thalern pro		
Acter 109	20 129 2	124 545	-	
Garten	6686	23516		
Wiese 1	71062	244530	,	
Weide	78835	45 469		
Jn Summa 12		2438460	<b>57,5</b> 0	
mit Ausschluß der städtis	schen Feldmarken 2	2369354		

## die Altmark

Fläche	Reine	rtrag
nach Morgen	Summe nach Thalern	pro Morgen in Sgr.
Uder 878 642	987117	
<b>Garten</b> 14486	31472	
$\mathfrak{W}$ iese $222755$	319281	
Weide 194155	96599	
In Summa 1309998	1434469	32,81
mit Ausschluß der städtischen Feldm	arten 1422182	·

Somit bleibt die Altmark, trozdem sie 23 000 Morgen Kulturland mehr besitzt, als Neuvorpommern, hinsichtlich des Reinertrags ihres Kulturlandes jährlich um ca. 1 Mill. Thaler hinter dem Reinertrag des neuvorpommerschen Kulturlandes zurück, was sich wohl hauptsächlich durch den graswüchsigen Boden Neuvorpommerns und den viel geringeren Boden der Altmark erklärt. Ferner ist die Bevölkerung auf die Fläche reduzirt in beiden Landestheilen ungefähr gleich dicht, während die Wirthschaftskosten, wenigstens soweit sie die Arbeitskraft betreffen, in der Altmark höher sind als in Neuvorpommern.

Für die durchschnittlichen Wohlstandsverhältnisse, die landwirthschaftliche Cultur, die Steuerkraft und die Lage der arbeitenden Klassen durfte aber weniger diese natürliche Ausstatung, als die Grundeigenthumsvertheilung und die durch

dieselbe bedingte soziale Gliederung maggebend sein.

Neuvorpommern zählt nämlich 14 Städte, 185 Landgemeinden und 694 große Güter; die Altmark dagegen 13 Städte, aber 526 Landgemeinden und nur 129 Rittergüter. Demgemäß vertheilt sich der gesammte Grundbesitz in Prozenten seine Wesammtareals auf:

		die Stadtfluren	Landgemeinden	Sutsbezirke
in	Neuvorpommern	4,59	14,15	80,90
in	der Altmark	5,85	76,49	17,66

Trots des schlechteren Bodens weist die Altmark in Folge der günstigeren Grundeigenthumsvertheilung — Vorwiegen bes mittleren Grundeigenthums, während in Neuvorpommern das große Grundeigenthum pravalirt — eine intensivere landwirthschaftliche Rultur, eine größere Steuerkraft und eine bessere, behaglichere Lage der arbeitenden Bevölkerung auf. Der größere allgemeine Wohlstand der Altmark spricht sich zunächst in der Biehhaltung und dem Biehbesitz aus. Es wurden gezählt

Pferbe Rindvieh Schafe Schweine Ziegen Reduzirt auf pro geogr. R.=Großvieh - Meile in Neuvor=

pommern 29 649 72 404  $524\,645$ 444954717 180878 3015 i. d. Altmark 32 880 100 848 35545594 344 21 997 210 938 3472

Also trots geringeren Bodenwerths hat die Altmark dennoch absolut und relativ betrachtet einen größeren Biehftand als Neuvorpommern, was namentlich daraus hervorgeht, daß in Neuvorpommern erft auf eine Fläche von 13,50 Thlr. Grundsteuerertrag ein Stück Grofpieh, in der Altmark aber bereits auf 6,80

Thir. Reinertrag ein foldes entfällt.

Wenn man die einzelnen Thierarten ferner in Betracht zieht, so fteht die Altmark gegenüber Neuvorpommern nur in der Bahl der Schafe zurud, übertrifft diesen Landestheil aber in der Zahl der Pferde und des Rindviehs und namentlich in der Zahl der Schweine und Ziegen. Und dies erklärt sich leicht aus der verschiedenen Grundeigenthumsvertheilung. Denn die Ruh, das Schwein und die Ziege sind die Hausthiere des mittleren und kleinen Land= wirths, weil die Bäuerin die Aufzucht und Pflege derfelben perfönlich beforgt oder wenigstens überwachen kann. Auch werden die Abfälle der kleinen Sauß= haltungen viel rationeller verwerthet, als es im Großbetrieb übechaupt aus= Dagegen eignet fich die Schafhaltung mehr für große Güter. führbar ist.

Dem größeren Biehbesit der Altmark entspricht auch die größere Steuerkraft. Die absolut betrachtet etwas ftärkere ländliche Bevölkerung ber Altmark (1875: Gesammteinwohnerschaft ber Altmark = 142342 gegen 126748 Gin= wohner Neuvorpommerns) zahlte im Jahre 1876 bei einem Grundsteuer-Reinertragswerth ihrer ländlichen Liegenschaften von 1 422 182 Thirn. an Rlaffen- und Einkommensteuer 334 759 M. oder per Ropf 2,42 Mark. Diese Summe sette fich aus folgenden Faktoren ansammen:

an Einkommensteuer 68858 Mark (1628 Einkommensteuerpflichtige) **265** 90**1** an Klaffensteuer

In Summa 334 759 Mark.

Dagegen zahlte die ländliche Bevölkerung Neuvorpommerns im selben Jahr bei einem Grundsteuer=Reinertragswerth ihrer ländlichen Liegenschaften von 2369354 Thalern an Rlassen= und Einkommensteuer nur 283497 Mark oder per Ropf 2,34 Mark (mährend Neuvorpommern im selben Verhältniß wie die Altmark, nach der Produktionskraft feines Bodens gemeffen, hatte gahlen muffen 553 365 Mark oder per Kopf 4,57 Mark).

Bon ber obigen Summe entfallen auf

die Einkommensteuer 128088 (1760 Einkommensteuerpflichtige)

die Klassensteuer  $155\,409$ 

283497

Der gesammte Ertrag der Rlaffensteuer vertheilte fich dann wieder unter die 12 Steuerstufen in folgender Beise.

Beranlagung zur Rlaffensteuer für das Jahr 1876 in den ländlichen Ortschaften:

ber Altmark.

Stufe à Mark	Zahl der klassens steuerpflichtigen Personen	auf je 1000 Ginwohner entfallen	Zahl der klassen- steuerpflichtigen Bersonen	auf je 1000 Einwohner entfallen
I. 3	16745	178,38	16660	185,00
II. 6	4555	48,52	5049	47,60
III. 9	964	10,27	1496	14,19
IV. 12	847	9,02	1356	12,86
<b>V</b> . 18	517	5,51	1003	9,56
VI. 24	318	3,39	<b>74</b> 0	7,02
<b>VII</b> . 30	$\boldsymbol{225}$	2,40	634	6,02
<b>VIII.</b> 36	251	2,67	$\bf 552$	5,24
IX. 42	142	1,51	559	5,30
X. 48	123	1,31	463	4,39
XI. 60	95	1,01	371	3,52
XII. 72	121	1,29	311	2,95
In Su	mma 24 903	·	-29194	·

Während in Neuvorpommern die Censiten in den beiden untersten Klassensteuerstufen und ebenso in den höheren Sinkommensteuerstufen relativ stark verstreten sind, weisen dagegen für die Altmark die Censiten in den höheren Klassensteuers und den unteren Sinkommensteuerstufen höhere Prozentsäte auf.

Einen ähnlichen Bergleich, wie er oben zwischen Neuvorpommern und der Altmark angestellt worden, hat im Jahre 1855 Fr. Harkort zwischen der agrarisch-industriellen Provinz Westphalen mit ihrem mannigsach abgestusten Grundeigenthum und ihrem kräftigen Bauernstand einerseits und der rein agrisolen Provinz Pommern mit ihrem vorwiegenden Großgrundeigenthum gezogen. Dabei gelangte er zu dem Resultat, daß in Westphalen die Bevölkerung dichter, der Viehstand (mit Ausnahme der Schase) zahlreicher und besser, der Reinertrag größer, die Wohnungs- und Nahrungsverhältnisse der ländlichen Bevölkerung günstiger, die durchschnittliche Lebensdauer länger, die Schulbildung höher, das kirchliche Leben reger, die Zahl der unehelichen Kinder geringer sei als in Bonnnern 123).

Am deutlichsten zeigt sich der Werth eines kräftigen Bauernstandes freilich erst in Zeiten langandauernder Nothstände, wie sie durch Krisen, Kriege, Revolutionen, Otisernten, Ueberschwemmungen und andere Unglücksfälle erzeugt werden. Während die Noth in solchen Zeiten die großen Grundzeigenthümer von Haus und Hof vertreibt und unter den Kleingütlern und

¹²³⁾ Fr. Harkort, Ueber das Proletariat, die Theilbarkeit des Grundbesitzes und die Erzeugung billigerer Lebensmittel. Hagen 1855.

Zwergwirthen entsetzliche Verheerungen anrichtet, bleibt der Bauernstand wenn auch nicht ungebeugt, so doch ungebrochen. Auf denselben findet in solchen Zeiten in etwas verändertem Sinn das Dichterwort Anwendung:

Fremde Eroberer kommen und gehn — Wir gehorchen, aber wir bleiben stehn!

Während einer Jahrhunderte alten Geschichte ist dem deutschen Bauernstande eine Fähigkeit des Duldens und der Entsagung sowie eine Widerstandsstraft anerzogen worden, die sich in vielen Gegenden auch während der schweren Krisis am Ansang des Jahrhunderts und dann wieder in der jüngsten Versgangenheit bewährt hat.

Dies wird für die Gegenwart neuerdings u. A. aus Schleswig-Holftein, dieser Provinz, welche vorzugsweise Ackerdau treibt, in welcher das Grundeigenthum im Ganzen noch wenig zersplittert ist und der Bauernstand durch seine Wohlhabenheit und seine Bildung eine hervorragende Stellung einnimmt, bestätigt. Ueber die gegenwärtige landwirthschaftliche Krisis heißt es im Ausschußbericht des schleswig-holsteinschen Provinziallandtags vom 11. November 1880, S. 4: "Es existirt noch immer Wohlhabenheit genug unter den Landleuten, noch immer ist die Beschwerung durch Hypothesen im Allgemeinen keine übermäßige und Gottlob hat sich der Familiensinn und die Anhänglichseit an das ererbte Grundeigenthum in unserem Landmannsstande so start erwiesen, daß ganz andere wirthschaftliche Krisen, als es die hossentlich überstandene war, eintreten müßten, um unseren Bauernstand zum Preisgeben seiner väterlichen Huse zu vermögen." Welch erfreulichen Gegensat bilden diese Worte zu den Schilderungen über den Nothstand sowohl in den Großgüter= wie in den Kleinzund Zwerggüterdistrikten!

Dasselbe Urtheil wiederholt sich dann innerhalb des oberschlesischen Nothstandsgebiets, indem hier eine gewisse Verschiedenheit in der Grundeigenthumssvertheilung zwischen dem an Russischen Folen grenzenden Kreis Lublinitz und den

Rreisen Pleg und Rybnik besteht.

In diesen letzteren beiden Kreisen, in denen, wie wir oben erwähnt haben, nur einzelne Gemeinden des Kreises Pleß eine bemerkenswerthe Ausnahme bilden, hat bei weitgetriebener Zersplitterung des Rustisalbesitzes, trot im Ganzen vielleicht etwas günstigerer natürlicher Verhältnisse, der Nothstand in den letzten Jahren viel größere Dimensionen angenommen, als in dem Kreise Lublinitz mit seiner schlechteren Bodenbeschaffenheit und gänzlichen Abgeschiedenheit, weil in diesem sich der bäuerliche Besitzstand im Ganzen besser erhalten hat als in den Kreisen Pleß und Rhbnit, und die Ginlieger in den Wäldern, auf den Domänenhösen und ausländischen Werken zu mäßigen Löhnen im Ganzen ausereichende Beschäftigung sinden 124).

Diese im Vergleich zum Klein- sowie zum Groß-Grundeigenthümer größere Widerstandsfraft des Bauern, welche sich namentlich in lang andauernden Nöthen

bewährt, erklärt sich durch Folgendes:

¹²⁴⁾ Bericht bes Landraths v. Bitter über ben Oberschlesischen Nothstand. S. 44.

1. Die Lebenshaltung des Bauern in normalen Zeiten hat nicht wie bei dem Kleingütler häufig bereits die unterste Stufe erreicht. Er kann daher in Zeiten der Noth aus seiner regelmäßigen Lebenshaltung herabsteigen, ohne doch deshalb an dem zum Leben absolut Erforderlichen Mangel zu leiden.

2. Gegenüber dem großen Grundeigenthümer befindet sich der Bauer in Zeiten der Krisis im Vortheil, weil er sich durch Ersparnisse in seiner Wirthschaft in ganz anderer Weise helsen kann als jener, indem Einschränkungen in seinen persönlichen Ausgaben zugleich Ersparnisse an den Kosten seiner Wirthschaft sind, was für den Großgrundeigenthümer durchaus nicht in derselben Weise gilt.

3. Sodann ist die Lage des Bauern eine besser, als die des Großgrundbesitzers, weil der Bauer den größten Theil dessen, was er an Nahrung, Rleidung, Wohnung und Beheizung bedarf, selbst hervorbringt, während in die übrigen ländlichen Kreise, namentlich in die der großen Grundeigenthümer, die Geldwirthschaft viel tieser eingedrungen ist. Dieser Borzug ist dem Kleingütler freilich in noch höherem Grade als dem Bauern eigen, doch wird er beim Kleingütler wieder durch andere Nachtheile mehr als ausgehoben, während dieses beim Bauern nicht der Fall ist. Uebrigens muß bemertt werden, daß der große Grundeigenthümer des Ostens in dieser Beziehung dem Bauern näher steht, als etwa der am Khein oder in der Provinz Sachsen.

Dieser letztere Vorzug — daß nämlich der Bauer nur einen Theil seines Brodukts abzusetzen braucht, einen Theil desselben dagegen selbst verbraucht — kommt der bäuerlichen Wirthschaft namentlich zu Gute in Uebergangszeiten, wie die gegenwärtigen es sür die westeuropäische Landwirthschaft sind. Diese charakterisiren sich dadurch, daß der Weltverkehr nunmehr auch für die landwirthschaftlichen Produkte die Preise zu normiren und zu nivelliren beginnt und dadurch die heftigsten Krisen in der Landwirthschaft derzeinigen Länder erzeugt, in denen sich die Produktionskosken und Preise der Produkte des Bodens disher hauptsächlich nach lokalen Bedingungen richteten.

Der spezifisch soziale Werth des Bauernstandes besteht dann darin, daß er auf dem Lande noch den die Arbeitskraft, Arbeitstücktigkeit und Arbeitskreudigfeit mit einem mäßigen Besitz verbindenden Mittelstand repräsentirt, während derselbe in den Städten und im Gewerbe immer mehr zu verschwinden droht.

Eine folche Bevölferungsklasse ist, wie oben gezeigt wurde, nicht nur besser als der Stand der großen und kleinen Grundeigenthümer befähigt, schwere Zeiten zu überwinden, sondern leistet auch in normalen Zeiten, indem er in der Mitte zwischen dem Großgrundeigenthümer und dem ländlichen Tagelöhner steht, der Boltswirthschaft den unschäßbaren Dienst eines Bindeglieds zwischen den sich abstroßenden Extremen.

Damit ist zugleich gesagt, daß ber Bauernstand nicht nur an sich ein wichtiger Bestandtheil der Gesellschaft, sondern daß er es auch mit Rücksicht auf die
übrigen Bestandtheile ist. Für den großen Grundeigenthümer ist er es, indem
dieser sich erst vollständig sicher fühlen kann, wenn sein Besitz auf der breiten
Basis eines verdreiteten bäuerlichen Besitzes ruht. Auch giebt es ohne kräftigen
Bauernstand keine zufriedene Klasse ländlicher Kleinbesitzer und Arbeiter.

Auf diesen letteren Bunkt haben wir jetzt einzugehen, indem wir nach-

zuweisen suchen mussen, daß die soziale Stellung des ländlichen Arbeiterstandes bei vorherrschendem bäuerlichen Grundeigenthum eine besiere ist als bei vor-

herrschendem großen Grundbesit.

Was zunächst das Gesinde betrifft, so bildet dasselbe in den Gegenden des vorwiegenden bäuerlichen Besitzes eine viel größere Quote der landwirthschaft= lichen Arbeitskräfte, als in den Großgüterbezirken. Dies gilt namentlich für Süb= und Weftbeutschland. Sier fehlen die kontraktlich gebundenen Tagelöhner Nordostdeutschlands fast ganz und auch von den freien Tagelöhnern sucht sich ber ländliche Arbeitgeber möglichst unabhängig zu machen, weil er nicht immer mit Sicherheit auf sie rechnen kann. Aber nicht nur der Bedarf nach ländlichem Gefinde, sondern auch die Möglichkeit baffelbe zu erhalten, ift in Gudund Westdeutschland und überhaupt in den Gegenden mit vorwiegenden Bauerngütern größer, als in Nordostdeutschland, und hier wieder namentlich in Gegenden mit vorwiegendem Grofgrundeigenthum. Dies erklärt sich folgender= magen: wo das mittlere und kleine Grundeigenthum vorwiegt, ift der Unterschied zwischen den einzelnen Rlaffen der Grundeigenthümer und der ländlichen Arbeiter weniger groß. Es besteht eine allmähliche Abstufung von dem nur ein haus besitzenden Arbeiter bis zum großen Grundbesitzer. In Folge dessen erblickt ber Bauer auch keine Herabwürdigung barin, die eigenen Kinder für eine Zeit lang als Dienstboten auf andere Güter zu verdingen.

Alle diese Umstände tragen dazu bei, dem ländlichen Gesindewesen namentlich in Sud= aber auch in Bestdeutschland eine größere Ausdehnung und Bedeutung, namentlich aber eine höhere soziale Stellung zu gewähren, als in Nord=

und namentlich Oftbeutschland.

Die Lage des Gesindes ist besonders dort sehr günstig, wo das Gesühl socialer Zusammengehörigkeit zwischen ihm und dem Bauern, das sich nament= lich in dem gemeinsamen Mahlzeiten, im Zusammenwohnen in einem und demselben Hause u. s. w. äußert, noch lebendig ist, so namentlich in Braunschweig,

Lippe, in einem Theile des deutschen Südens u. f. w.

Freilich ist das nicht überall der Fall. So wird im Ostkreise des Herzogthums Altenburg nicht nur ein großer Unterschied zwischen dem Bauern und seinem Gesinde, sondern auch zwischen den einzelnen Kategorieen der Bauern gemacht. Wenn schon im Wirthshause der 6= und 4=Pferdebauer es unter seiner Würde hält, sich an einen und denselben Tisch mit dem 2=Pferdebauer zu setzen, so wird eine solche Gemeinschaft der Mahlzeit und des Lebens mit dem Knecht erst recht gemieden 125).

Indes ist boch auch in Süd= und Westbeutschland, entsprechend der Richtung unserer Zeit, die Neigung der Bevölkerung, Gesindedienste zu nehmen, im Schwinden. Besonders zeigt sich dies seit Erleichterung der Eheschließung und Niederlassung, so daß viele Personen, welche früher eine Gesindestelle an-

nahmen, jett die Gründung eines eigenen Heerds vorziehen.

Neben dem Gefinde sind als weitere Klaffe der ländlichen Arbeiter-

¹²⁵⁾ Bon ber Lage des braunschweigischen Gesindes giebt selbst ein sonst scharf urtheilender Socialist zu, daß sie eine ganz befriedigende sei. Liebknecht, Zur Grund= und Bodenfrage. S. 119. v. b. Golt, Lage des ländlichen Arbeiterstandes. S. 452.

bevölkerung in Gegenden mit mannichfach abgestuftem und vorzugsweise bäuerslichem Grundeigenthum die Tagelöhner, die auf eigenem Grund und Boden sitzen oder zur Miethe wohnen, anzusühren. Auch sie bilden hier einen stärkeren Bruchtheil der Arbeiterbevölkerung als in den Großgüterbezirken.

Dies gilt namentlich vom deutschen Süden; aber auch aus einigen Theilen bes Nordens, so aus der Mark Brandenburg, wird berichtet, daß der Stand der kleinen Grundeigenthümer, deren Besitz jedoch nicht ausreicht zum Unterhalt ihrer Familie, und die deshalb genöthigt sind, neben der Bearbeitung ihres Eigenthums andere Arbeit zu suchen, ein sehr zahlreicher ist. Diese kleinen Grundeigenthümer sinden sich in der Mark unter den verschiedensten Verhält=nissen: theils in abgesonderten meist zur Zeit Friedrichs des Großen angelegten Kolonien, theils in geschlossenen Dörfern, wo ihr Besitz meist durch Parzellirung oder Abzweigung von Bauerhösen entstanden ist. Sie sind aber auch vielsach auf Dominialgrundstücken anzutressen und sind dann von deren Besitzern angesetzt worden, weil diese sich einen Stamm von Arbeitern zu sichern wünschten. Doch hat in den letzten Jahrzehnten, wie aus der Mark Brandenburg, aus Thüringen und aus anderen Staaten Nord- und Mitteldeutschlands berichtet wird, die Zahl dieser Kleinstellenbesitzer abgenommen.

In demselben Maß wie die Zahl der auf eigenem Boden sitzenden Tagelöhner abnimmt, suchen sich die Bauern die außer ihrem Gesinde erforderliche Arbeitskraft durch den Bau und die Bermiethung von Tagelöhnerhäusern zu sichern, indem sie den Miethern die Berpflichtung auferlegen, daß sie ihnen als eine Theilzahlung auf den Miethzins bei der Einbringung der Ernte Hilfe leisten. Bisweilen werden ihnen auch noch größere Naturalleistungen auferlegt.

Diese ganze Entwickelung geht parallel der immer weiter greifenden Ausbehnung des Instituts der kontraktlich gebundenen Tagelöhner auf den großen Gütern des Nordostens und knüpft zugleich an vorhandene, aus älterer Zeit stammende Ansätze an.

In Gegenden mit Einzelhöfen, wie im westphälischen und oldenburgischen Münfterlande, im Minden-Ravensbergischen, findet sich seit Alters her das Institut der Heuerleute, Heuerlinge, Kötter, auch Zwangskötter genannt. Es find das ländliche Arbeiter, welche in kleinen, abgetrennt von dem Haupthof, aber in der Rähe deffelben liegenden, dem Bauern gehörigen Sausstellen (Seuer= bäufern, Köttereien u. f. w.) Wohnung für sich und ihre Familien und dazu kleine Gärten und Aecker in Bacht erhalten. Der Vertrag war früher ein lebenstänglicher, ja er ging bisweilen fogar auf mehrere Leiber; heutzutage wird er gewöhnlich nur auf eine Reihe von Jahren (4-12) eingegangen, aber gern wieder erneuert, so daß er faktisch auch gegenwärtig noch häufig zu einem lebenslänglichen wird. Ueber die näheren Berhältnisse der Heuerleute wird sodann Folgendes berichtet. Sie erhalten Stallung für 1-2 Kühe sowie für Schweine u. f. w., ferner ca. 1/2 Morgen Garten und 2-4 Morgen Acker= hierfür zahlen fie entweder einen bestimmten Bachtzins ober auch feinen, find aber jedenfalls verpflichtet, mit Frau und Magd das ganze Jahr bin= durch oder nur eine Anzahl von Tagen oder wohl auch nur zu bestimmten Jahreszeiten für einen vorher fixirten Tagelohn zu arbeiten. Als Regel gilt, daß der Heuerling wenigstens eine Ruh hält und ein Schwein mästet. Wenn

berselbe keine Kuh besitzt, so wird ihm das Gespann für die Bestellung der kleinen Ackersläche vom Bauern gestellt. Die Kinder der Heuerleute pslegen oftmals als Gesinde beim Bauern auf bestimmte Zeit im Dienst zu stehen, um später in die Stelle der Eltern einzurücken. Heuerleute kommen im Minden-Ravensbergischen übrigens nicht nur auf den Bauerhöfen sondern auch auf den großen Gütern vor. Dieses Verhältniß wird als ein für beide Theile günstiges bezeichnet 126).

Dem Berhältniß der Heuerlinge, Kötter u. f. w. im Nordwesten war ver= wandt das Berhältniß der Tod- oder Erbbeständer im babischen Schwarzwalde. Daffelbe wurde gleichfalls entweder auf einen oder auf mehrere Leiber eingegangen. Der Tod= oder Erbbeständer erhielt ein in der Nähe des Bauernhofs gelegenes Haus, das vom Bauern unterhalten wurde, als Wohnung angewiesen. Zu dem Hause gehörte dann noch die Nutznieftung eines Gärtchens und eines kleinen Studs Garten- und Kartoffelland. Außerdem ftand ihm bas Recht zu, fein etwaiges Groß- und Rleinvieh auf bes Bauern Weide zu treiben, sich bas nöthige Brennholz aus deffen Walde zu holen und die für das Bieh er= forderliche Streu an denjenigen Orten zu sammeln, die ihm hierfür angewiesen Endlich pflegte der Bauer ihm das nöthige Bieh zur Bearbeitung feines Bodens und zu Fuhren zu ftellen. Dafür ruhte auf ihm die Pflicht, die Fenfter und Defen feines Wohnhauses zu erhalten und ein geringes Recogni= tionsgeld an den Bauern (in einem bestimmten uns vorliegenden Fall 15 fl., in einem anderen 7 fl.), sowie ein noch geringeres Trinkgeld an den Hirten (in einem gegebenen Fall 15 kr.) zu zahlen, hauptsächlich aber die Pflicht, dem Bauern bei der Heu= und Fruchternte unentgeltlich (nur gegen freie Roft) die nöthigen Handdienste zu leisten. In der Regel war dem Tod= und Erb= beständer aber ein so kleines Stuck Land zur Benutzung überwiesen, daß er, wenn er bei großer Familie bestehen wollte, sich auf die sonstige Beihilfe des Diese Beihilfe bestand in der Zuweisung eines Bauern angewiesen fah. größeren Studs Landes zur Benutzung als Ader und Wiefe sowie in mannich= fachen Fuhrleistungen. Dadurch wurde er von dem Bauern vollständig ab-In neuerer Zeit hat dieses Berhältniß in Baben übrigens vielfach aufgehört, indem die Tod- und Erbbeständer entweder Eigenthümer ihres fleinen Besitzthums geworden sind oder indem die Hofbauern das Berhältnif nach Ablauf seiner Dauer nicht weiter erneuert haben. Letzteres pflegte die Regel zu sein; der Hofbauer ließ das Tagelöhnerhaus dann gewöhnlich abreißen, oder er wies baffelbe feinen Eltern, wenn fie fich auf den Altentheil fetten, als Wohnung an, oder endlich er räumte es Tagelöhnern ein, mit denen er aber nur Verträge auf eine einjährige Dauer abschloß. Ift das Haus der früheren Tod= oder Erbbeftander niedergeriffen oder zu anderen Bweden ver= wendet worden, fo findet der Bauer einen Erfat für die ausfallende Arbeits= fraft entweder in den Tagelöhnern des benachbarten Dorfes, wenn dieses vom Hofgut nicht zu weit abliegt, ober in ber Bermehrung des Gefindes, das mit

¹²⁶⁾ Meiten, Boben II. S. 111. v. d. Golt, Lage u. f. w. S. 43, 49, 69, 454, 476. Statistische Nachrichten über bas Herzogthum Olbenburg. Heft 14. 1874. S. 12.

ihm unter demselben Dach und in wesentlich gleichen Berhältnissen wie seine Söhne und Töchter lebt 127).

Dieser Umstand, daß die verschiedenen sozialen Klassen vom Großbauern abwärts in Ländern mit vorwiegend bäuerlichem Grundeigenthum einander näher stehen als in Ländern, in denen der Groß- oder Kleinbesitz einseitig prävalirt, bewirkt dann wieder, daß ein leichteres Hinauf- und Hinabsteigen aus der einen Klasse in die andere stattsindet.

So wird aus Westphalen berichtet, daß sich an die wenigen adligen Grund= eigenthümer, deren Besitz meist rechtlich gebunden ift, unmittelbar die großen freien Bauern mit Gutern bis zu 900 Morgen, den unvermeidlichen Wald mit eingeschlossen, und an diese wieder die Kolonen, meist auch noch wohlhabende Bauern, die ihre 2-5 Pferde besitzen, anreihen. Auf die Kolonen folgen dann die Kötter und Brinksitzer, die einen Kotten besitzen und ihre 15-20 Morgen Landes mit Rühen bewirthschaften, und den Schluß bilden endlich die eigentlichen Tagelöhner, welche sich wieder in solche theilen, die ein Haus mit 2-4 Morgen Landes zu eigen haben, und folche, die das gleich große Stud Land von den Bauern in Bacht nehmen (Heuerlinge). Diese ländlichen Arbeiter in ihren zwei verschiedenen Arten geben theilweise aus ben Brintsitzern und aus den kleineren Kolonen hervor, wogegen sich auch wieder Arbeiter in diesen höheren Stand der Brinksitzer und kleineren Kolonen erheben. Die letteren können dann ihrerseits in die Klasse der größeren Kolonen ein= Durchsetzt ist diese rein agrikole Bevölkerung in einigen Gegenden rücken. noch mit größtentheils grundbesitzenden Fabrikarbeitern 128).

Haben wir somit gezeigt, daß das Borhandensein eines kräftigen Bauernstandes zugleich eine verhältnißmäßig günstige Lage des ländlichen Arbeitersstandes garantirt, so wird dieser Satz umgekehrt auch durch die Ersahrungen Neuvorpommerns und Mecklenburgs bestätigt, wo der Mangel eines eigentlichen Bauernstands die Ausbildung eines sessaten, mit seinem Loose zufriedenen ländlichen Arbeiterstands verhindert. Ohne einen solchen kann aber auf die Dauer das große Grundeigenthum nicht bestehen.

So ist denn ein fräftiger Bauernstand gleichsam der feste Rost, auf dem

bas Bebäude ber ländlichen Befellschaft ruht.

Im hinblid auf die für den Bestand unserer heutigen Gesellschaft vom Lande her drohenden Gesahren sagt ein mit dem Volksleben wohl vertrauter Richter, der hannöversche Gerichtsassesser Braun ¹²⁹), sehr treffend: "Man glaubt heutzutage an die soziale Frage in den Städten; aber in dem tiesen Frieden unserer stillen Haidedörfer wird sie manchem schier wunderlich vorskommen. Doch täusche man sich nicht, sondern blicke in die Geschichte. Was

128) Trumpelmann, Bilber aus ben Berhaltniffen ber ländlichen Arbeiter=

bevölterung. Gotha 1874. S. 60.

Schriften XX. — b. Miastowski, Grundeigenthumsbertheilung.

¹²⁷⁾ Soupp, Das Hossiterwesen im Amtsbezirk Wolfach. Heibelberg 1810. S. 39. Freih. v. Riebt in der Festschrift für die Mitglieder der XXI. Versamm= lung deutscher Land= und Forstwirthe. Heibelberg 1860. S. 197, 202, 203. Persön= liche Beobachtungen.

¹²⁹⁾ Th. Braun, Das Anerbenrecht. Sin Beitrag zur Abwehr von Angriffen gegen die Grundlagen der bäuerlichen Hofversaffung in der Provinz Hannover. Hannover 1872. S. 19.

heute die Städte beunruhigt, kann morgen das platte Land treffen. Zu den Zeiten der zwölf Artikel der Bauern des XVI. Jahrhunderts waren es die Gutsherrn auf dem platten Lande, nicht die Kaufherrn in den Städten, welche vor der sozialen Frage zitterten. Sehen wir uns dei Zeiten vor, oder sie könnten über Nacht einmal beide bedroht werden". Vor dieser Gefahr schützt uns in Deutschland hauptsächlich noch das werthvolle Vermächtniß unserer Verzgangenheit, unser Bauernstand. Dies ist auch von gewiß unverdächtiger Seite, nämlich von einem der sozialbemokratischen Partei angehörigen Mitgliede des deutschen Reichstags in einer Unterredung mit einem seiner konservativen Kollegen ausdrücklich zugestanden worden. Es wäre eine Kleinigkeit in England eine soziale Revolution hervorzurusen, soll der erwähnte Abgeordnete gesagt haben; bei uns dagegen existire ein Damm, über den komme die Sozialedemokratie nicht hinweg: diesen bilde der Bauernstand.

Neur in einer anderen Tonart findet sich dasselbe Thema mannigsach variirt

in einem aus der Feder desselben Abgeordneten stammenden Buchlein 130).

Aber wenn im großen Ganzen der noch kräftige und gefunde deutsche Bauernstand uns auch im Allgemeinen vor dem Eintreten der oben gekennzeichneten Eventualität schützt, so ist dieselbe im Sinzelnen doch nicht überall

ausgeschlossen.

Sowohl in den Diftrikten der ausschließlichen oder doch vorwiegenden Latifundien wie in den Ländern mit zu weit getriebener Parzellirung des Bodens hat die Sozialdemokratie, wie wir oben zu zeigen suchten, einen nicht ganz unempfänglichen Boden gefunden. Aber während die Beredsamkeit des sozialdemokratischen Agitators dort jederzeit zu zünden vermag, wird sie hier den nöthigen Brennstoff nicht in gewöhnlichen normalen Zeiten, sondern nur in Zeiten durch Miswachs, Krieg, Revolution, landwirthschaftliche Krisen u. s. w.

erzeugter Noth vorfinden.

Wenn diese Agitation an dem Bauernstande selbst wie an einem ehernen Wall abprallt, so ist das darauf zurückzuführen, daß der Bauernstand das Bewußtsein des eigenen Werths in sich trägt, und daß er durch seinen Besitz mit den Interessen won Staat und Gemeinde verwächst. In dieser Beziehung steht er auf gleichem Boden mit dem großen Grundeigenthum, wie denn übershaupt nach Durchsührung der Grundentlastung die Interessen des großen und mittleren Grundeigenthums, richtig verstanden, harmonisch sind. Das Bewußtsein dieser Interessensolidarität beginnt auch schon im Kopf des Bauern aufzudämmern. Je besser er den historisch erklärlichen Groll und das tief einzewurzelte Mistrauen gegen den ehemaligen Grundherrn überwinden lernt, desto mehr wird er sich von den städtischen Parteisührern sowie von den Regierungsbeamten, welche ihn beide zu ihren Zwecken benutzen, ab und dem großen Grundseigenthümer, mit dem er dieselben Interessen hat und der sein geborener Berather und Bertreter ist, zuwenden. Dasür, daß diese Zeit im Hereinbrechen ist, spricht mehr als ein in der letzten Zeit zu Tage getretenes Sumptom.

¹³⁰⁾ Unterredung zwischen ben Abgeordneten Liebknecht und v. Rauchhaupt, über die der letztere in der Sigung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 11. Jan. 1881 referirte. Stenogr. Bericht S. 12. Liebknecht, Zur Grund= und Bodenfrage. 2. vervoust. Ausgabe. 1876.

Und noch in einer anderen Beziehung bildet der Bauernstand einen nothwendigen und höchst werthvollen Bestandtheil unseres Volks. Schon der Freiherr von Stein äußert in dieser Beziehung, daß von dem Bauernstand "der Flor der Landwirthschaft, die Stärke des Heeres, die Erneuerung der übrigen Ge= werbe durch fraftigen Erfat ihres Abgangs" abhängig ist. Und neuerdings hat Bluntschli denselben Gedanken in folgender, mehr allgemeiner Form zum Ausdruck gebracht. "Bon der Fortdauer ausreichender Bauerhöfe und wohlsbehäbiger Bauern", sagt Bluntschli, "hängt wesentlich die Gesundheit unserer In dem deutschen Bauernftand ift uns seit Jahrhunderten eine unerschöpfliche Fulle von urwüchsiger Mustel- und Nervenkraft, von un= verdorbenen, unverfälschten, wenn auch noch roben Gemuthes und Geistesanlagen erhalten geblieben, die in den Sitten und in der Sprache offenbar werden. Alle höheren Rlassen haben sich immer wieder erfrischt und verjüngt, indem sie aus dieser Urquelle unserer Volksart neue Zuflüsse empfingen" 131).

Aber nicht nur unsere höheren kapitalbesitzenden oder den liberalen Berufs= arten obliegenden Rlaffen, auch die in Lohnarbeit ftebende bienende Bevölkerung unserer Städte empfängt fortwährend eine beilfame Erfrischung aus dem Bauernstande. "Unsere früheren und jetigen ansprucheloseren, zuverlässigen und fleißigen Arbeiter und Dienstboten in den Städten — und auf dem Lande fowie gewiß auch unsere zuverlässigsten Soldaten", fagte neulich ein Mit= glied der ersten badischen Kammer 132), "sind der Mehrzahl nach dem mittleren und kleinen Bauernstande entsprossen. Sie haben hier von Jugend auf arbeiten,

sparen und genügsam fein gelernt."

Bon anderer Seite ift neuerdings auch der gunftige Ginflug des Bauernftands auf die wirthschaftliche Volkssitte betont worden. Je heftiger der Kampf ums Dasein tobt, je häufiger die Rucksicht auf die Selbsterhaltung einen Theil der Bevölkerung dahin führt, sich für das, was geschäftlich erlaubt erscheint, die weitesten Grenzen zu stecken, um so größeren Werth wird man darauf legen muffen, daß wenigstens einige Rlaffen der Bevolkerung im Festhalten dessen, was sie für recht und billig, für anständig und erlaubt halten, eine große Bähigkeit und Strenge bewahren. Ueber diesen Punkt sagt Geheimrath H. Thiel 133): "Es ist einer ihrer" — nämlich der Bauern — "größten Borzüge, daß ihr Betrieb, welcher außerhalb der verzehrenden Konkurrenz der übrigen Gewerbe steht, nicht täglich zu den Aniffen und Listen verführt, welche die Konkurrenz dem Geschäftsmann" - d. h. wohl dem Industriellen und Raufmann - "gleichsam aufzwingt. Gin Industrieller tann ben andern in der= selben Branche arbeitenden zwingen es ihm gleich zu thun oder sein Geschäft aufzugeben, in der Landwirthschaft findet man tüchtigere und schlechtere Wirthe neben einander, ohne daß sie sich gegenseitig zwingend beeinflussen. Ift dies ein Nachtheil in der gegenseitigen Förderung der Technik und der Betriebsamkeit, so ift es ein großer Ruten in der Erhaltung eines schlichten und rechtschaffenen

¹³¹⁾ J. C. Bluntichli in ber Gegenwart 1879. Rr. 33.

¹³²⁾ Freiherr von Göler in ber Situng ber 1. babifchen Kammer vom 16. Marg 1882. Stenographischer Bericht S. 2 u. 3.

¹³³⁾ S. Thiel, Borbemertung ju bem Bericht über ben Agrifulturzustand ber Bereinigten Staaten und Ranada's, in ben Landwirthschaftlichen Jahrbuchern. Bb. X (1881). Seft 1 u. 2. S. 206.

Sinnes. Wir wollen gewiß nicht unfere Bauern als Mufter aller und jeder Moral hinstellen und den Industriellen oder Kausmann verachten, allein indem man von einer Geschäftsmoral bestimmter Gewerbszweige und =stände spricht, giebt man zu, wie sehr der Beruf die Moral beeinflußt, und damit auch den Nupen für den Staat, wenn er einen Stand besitzt, dessen Verhältnisse ihm in geschäftlicher Beziehung eine einfachere Moral erlauben und der damit ein

Gegengewicht gegen andere Tendenzen bilden fann."

Aber nicht nur hinsichtlich der Erneuerung von Sittlichkeit und Sitte, son= dern auch hinsichtlich der Erhaltung der Religion wird der Bauernstand zu einem Jungbrunnen für das ganze Bolt. Man braucht fich gerade keiner solchen Gefühls= seligkeit hinzugeben, wie jener warme Freund der Schwarzwälder Hofbauern und der Gebundenheit ihres Besitzes 134), der uns den Bauern in der Art eines Meyerheim oder Bautier schildert, wie er, natürlich in der kleidsamen schwarzwälder Tracht mit der Sammetkniehose und rothen Weste, Sonntags feine Familie und fein Gefinde um fich versammelt, ein Fenfter gegen Sonnenaufgang öffnet und zu dem Allmächtigen betet, dem er sein häusliches Blück, seine Zufriedenheit und den Segen seiner Felder bankt, und man wird boch anerkennen können, daß die Landwirthschaft — zumal im Bauernstande — das Abhängigkeitsgefühl des Menschen von einer höheren Gewalt, dieser Grund= lage aller Religion viel lebendiger erhält, als die meisten anderen Zweige der Erwerbsthätigkeit. Seine Arbeit und ihr Gebeihen, die Saat und die Ernte weisen den Menschen viel mehr auf Gott hin, als die in ihrem Resultat genauer berechenbare Arbeit anderer Berufszweige. Eine besondere Pflege findet dieser religiöse Sinn noch in der Abgeschiedenheit des Einzelhofs, deffen Besitzer mit der übrigen Welt nur wenig in Berührung kommt, während dem Dorfbauern der durch die Arbeit in seinem mühevollen Beruf erzeugte ernste Sinn leicht unter ben Eindrücken ber Schenke und bes Markts wieder verloren geht.

Für die große Widerstandssähigkeit des Bauernstandes gegenüber den Berlockungen des wirthschaftlichen Schwindels sowie für seinen sesten religiösen Halt liefert uns u. A. die Selbstmordstatistik die unzweideutigsten Belege. Zum Selbstmord, sagt der Moralstatistiker Alexander von Dettingen ¹³⁵), greist überzüberwiegend der von den psychischen und geistigen Krankheiten der modernen Kultur gequälte, von den Leidenschaften durchwühlte, der Religion und Sitte entsremdete Städter und zwar besonders häusig der Großstädter. Namentlich in Zeiten sozialer Kalamitäten, nach surchtbaren ökonomischen Enttäuschungen wächst hier die Zahl der Bankerotte ins Kolossale und damit zugleich die Zahl der neuen Beranlassungen zum Selbstmord. So zeigt z. B. die Statistik, daß nach dem Krach von 1873 und der darauf solgenden Handelskrise die Zahl der Konkurse zumimmt, und das Wachsthum der Selbstmorde hält mit diesen Zissern ungefähr gleichen Schritt. Dagegen ist die Selbstmordgesahr unter den Ackerbauern kaum halb so groß als in den Städten. Ja in Dörsern und auf

¹³⁴⁾ Bogelmann in Ran's Archiv ber politischen Dekonomie. Bb. 4. S. 5. 135) Referat über A. v. Dettingens im Dezember 1880 in Dresden gehaltenen Bortrag: Ueber die wissenschaftliche Statistif und ihre Anwendung auf die kranke Bolksfeele, in der Beilage zur Kreuzzeitung für 1880, Nr. 302, sowie A. von Dettingen, Ueber akuten und chronischen Selbstmord. Dorpat 1881. S. 25.

Einzelhöfen mit einer unverdorbenen ländlichen Bevölkerung — davon es glücks licherweise in Deutschland nicht wenige giebt — ist der Selbstmord völlig unsbekannt und wird von dem Bolk aufs tiesste verabscheut.

Neben diesen Vorzügen weist das bäuerliche Grundeigenthum freilich auch eine Anzahl von Schattenseiten auf, die es namentlich von dem großen Grundseigenthum unvortheilhaft unterscheiden.

Hierher gehört ber geringe Kapitalbesitz bes heutigen Bauern und seine Unfähigkeit sich bas nöthige Kapital im Wege bes Kredits zu verschaffen, sowie überhaupt seine Schwerfälligkeit in wirthschaftlichen Dingen.

Was zunächst den Kapitalbesit betrifft, so sind die Zeiten größtenstheils vorbei, wo der Bauer seine harten Thaler in Strümpse verpackte, um sie so im Bett oder unter der Diele aufzubewahren, oder gar in die Wand einmauerte oder wo er sie, wie noch am Ansang dieses Jahrhunderts in Holestein, dem Psennigmeister in der Stadt zur Ausbewahrung übergab und ihm dafür eine Ausbewahrungsgebühr zahlte.

Wo der Bauer heutzutage außer seinem Grundeigenthum und dem zu bemfelben gehörigen Mobiliar noch baares Geldkapital befitt, da pflegt er es auf Hypothek auszuleihen oder in Staatspapieren und anderen Effekten anzulegen. Letteres geschieht namentlich dort, wo der Bauer, die alte bäuerliche Sitte aufgebend, in die Stadt gezogen ift. Der bei weitem größte Theil aller Bauern, auch berjenigen, die Guter und Sofe von ansehnlicherem Umfang besitzen, hat jedoch statt solcher Aftiva mehr oder minder bedeutende Bassiva aufzuweisen. Und größer als die vorhandene Schuldenlast ist gewöhnlich das Bedürfniß des Bauern nach Aufnahme weiterer Kapitalien, beren er zur Ueberwindung der mannichfachen Kalamitäten der letzten Jahre sowie namentlich zum Zweck des Uebergangs zu neuen Rulturarten, neuen Birthichaftsshiftemen, zur Anschaffung neuer Betriebsmittel, zu Neubauten 2c. bedarf. Der hauptfächliche Grund des gleichsam chronischen Kreditbedarfs im Bauernstande liegt aber in den Bedingungen, unter denen er seine Real= und Bersonalschulden zu kontrahiren pflegt. Denn nicht immer sind diese garnicht oder wenigstens erst nach längeren Fristen kundbar, wie es doch die Verwendung der geliehenen Kapi= talien zu landwirthschaftlichen Zwecken in den meisten Fällen verlangt. Werden die vorhandenen Schulden nun vor der Zeit gekündigt — und dies geschieht sehr häufig — so muß der Bauer vielfach neuen Kredit suchen, um durch denselben die alten Schulden zu bezahlen. In diese Lage wird er nament= lich durch den sog. Absindungskredit, der auf die Stundung von Kaufschillingen und Erbantheilen zurückzuführen ift, versett. Denn nur in seltenen Fällen wird es dem Bauern bei den gegenwärtigen für die Landwirthschaft ungünftigen Konjunkturen gelingen, Diefe Schulben aus ben Ertragen feines Buts gu bezahlen. Gelangt er nicht durch den Betrieb eines ergiebigen landwirthschaft= lichen Nebengewerbes oder durch die Mitgift der Bäuerin und andere außergewöhnliche Umftände in den Besitz der nöthigen Mittel hierzu, so wird er die Auszahlung der Kaufschillingsreste und Erbantheile nur bewerkstelligen können, indem er fich auf dem Wege des Rredits das nöthige Geld hierzu verschafft.

Diesen Bedürfnissen des Bauern entsprechen die vorhandenen Kredit= einrichtungen sehr wenig.

Die Landschaften und Sypothekenbanken sind entweder überhaupt nicht

darauf eingerichtet, dem kleinen bäuerlichen Grundeigenthum Kredit zu gewähren oder waren es doch wenigstens lange Zeit nicht, und wo sie es heute sind, da ist der Kredit für den Bauer entweder zu theuer oder die Erlangung desselben sehr umständlich.

Andere Kreditinstitute wie z. B. die Landeskulturrentenbanken gewähren

nur für bestimmte Zwecke Kredit.

Die auf die Bedurfnisse bes Handels und ber Gewerbe zugeschnittenen Bankinstitute können bem Bauern nur kurzfristigen Kredit gewähren, mit bem

ihm nur felten gedient ift.

An eigentlichen Organisationen des agritolen Kredits, welche dem Bedürfniß des Landwirths um so besser entsprechen würden, je genauer die Fälligkeit dieses Bersonalkredits nach der Länge der für die Landwirthschaft bestehenden Umtriebszeiten bemessen wird, sehlt es noch in vielen Gegenden vollständig, in anderen dagegen liegen nur die ersten schüchternen Bersuche zu solchen Organisationen vor. Wir rechnen zu diesen letzteren die Raisseisen'schen Darlehenskassen, die Brovinzialhilfskassen, die Sparkassen zc. 136).

Zudem sest die Kreditbenutzung in allen diesen Fällen und ebenso die Ausstellung sowie die Beräußerung von Grundschuldbriesen, wie sie nach der neueren preußischen Gesetzgebung sür zulässig erklärt sind, einen gewissen Grad von Geschäftstenntniß und Geschäftsgewandtheit voraus, wie er dem Bauern nur ausnahmsweise zu Gebote steht. So sieht er sich daher häusig vor die Alternative gestellt, entweder sich eines städtischen Abvokaten oder Agenten zu bedienen und diesen sür seine Mühwaltung theuer zu bezahlen oder auf die Benutzung der oben ausgesichten Kreditsormen überhaupt zu verzichten.

Wer die dem Bauern angeborene Scheu vor der Berührung mit Advokaten und Agenten kennt, wird begreiflich sinden, daß er gewöhnlich die letzte Alternative wählt. Da er das Geld in vielen Fällen aber haben muß, so fällt er häufig denjenigen in die Hände, die sich ihm in Zeiten der Noth als rettende Schutzengel präsentiren, um in Wirklichkeit seine Würgengel zu werden.

Je mehr Beranlassung der Bauer hat seine Schuldverhältnisse zu verheimlichen, desto größer ift die Gefahr, daß ihm von dem Geldleiher die Haut

über die Ohren gezogen wird.

Bisweilen vollzieht sich das Kreditgeschäft in der Form der Viehverstellung, so daß der Bauer als Vergütung für das ihm geliehene Kapital das Vieh seines Gläubigers erhalten und verpflegen muß. Dann wird dieses wohl auch gegen ein anderes Stück Vieh des Bauern getauscht und auf diese Weise so lange agirt, dis der Bauer sein bestes Vieh los geworden ist und seine Schuld riesenmäßig angewachsen sieht. Diese Kombination von Gelddarlehen und Viehversstellung ist namentlich in Thüringen sehr verbreitet, und hier ist es vor einigen Jahren im Hindlick hierauf zu einem geharnischten Meinungsaustausch zwischen dem Haupt der evangelischen Landeskirche des Großherzogthums Sachsen-Weimar und dem Rabbiner gekommen.

Meist aber werden seit Einführung der allgemeinen Bechselfreiheit die

¹³⁶⁾ A. v. Miastowsti, Wie fann ber Berfculbung bes Grundbesites in Zufunft gesteuert werben? in ber Baltischen Monatsschrift. 1882. 4. Heft. S. 323 ff.

Bauern zur Ausstellung von Wechseln veranlaßt, deren Tragweite ihnen erst

zum Bewußtsein zu kommen pflegt, wenn es bereits zu spät ift.

Die Berhandlungen der bahrischen und fächfischen zweiten und neuerdings auch der badischen ersten Kammer über den Wucher, der in den betreffenden bäuerlichen Rreisen in den letzten Jahrzehnten graffirt hat, zeigen uns den ganzen Abgrund, vor dem der Bauer fteht, und mahnen zugleich an die Rothwendigkeit den Aredit für den kleinen und mittleren ländlichen Grundbesitz zweckmäßig zu organisiren, was von der Privatspekulation jedenfalls nicht zu erwarten steht. So führte der Abgeordnete Schels in der Sitzung der banrischen Kammer der Abgeordneten vom 17. Januar 1879 aus den Registern des Bezirksgerichts Regensburg an, daß im Jahre 1872 104 im Sahre 1878 dagegen 171 Wechselsachen verhandelt worden seien, an denen kleine und große Bauern betheiligt waren. Die Gesammtsumme, auf welche die 171 Wechsel im Jahre 1878 lauteten, betrug 126 306 Mark. Bon dieser Summe waren 100 000 Mark gegen einen Zinsfuß von wenigstens 100 % Ja bei kleineren Summen wurden vom Gulben wohl 3, ja 6 fr. für die Boche genommen und unter der Markwährung ist der regelmäßige Binsfuß für kleinere Summen von einer Mart 10 Bfennig pro Monat. Diese Darlehnsgeschäfte werden meist von sog. Privatiers betrieben, früheren Landleuten oder doch Geschäftsleuten vom Lande, welche ihre Immobilien verkauft haben und in die Stadt gezogen sind, um hier die Freuden des Stadtlebens zu genießen und die Mittel dazu aus dem heillosesten Zinswucher zu gewinnen 137).

Bu den ungunstigen Kreditverhältnissen bes bäuerlichen Besitzes kommt noch als weiterer Misstand die Schwerfälligkeit des vielsach in alten Borurtheilen befangenen, noch immer eine Art Gattungsleben führenden Bauern.

In dieser Gebundenheit an die Standessitte liegt einestheils die Stärke bes Bauern, die ihn so widerstandssähig gegen schlimme äußere Einslüffe und deshalb so zuverlässig macht, aber auch zugleich seine Schwäche, weil das bäuer-liche Widerstreben gegen alle von Außen an ihn herantretenden Eindrücke sich auch gegen das zu richten pslegt, was gut und löblich, ja was für ihn geradezu

nothwendig ift.

Als jüngster Beleg für diesen allgemein anerkannten Zug des bäuerlichen Charakters wird erwähnt, daß der Bauer selbst in Gegenden, in denen außer den allgemeinen Konjunkturen auch die lokalen Verhältnisse des Bodens und Klimas den Uebergang vom Getreidebau zur Viehzucht dringend geboten erscheinen lassen, sich nur schwer zu diesem nothwendigen Schritt entschließt. So wird z. B. in dem niedrig gelegenen Theil des würtembergischen Oberschwaben, wo man allerdings bereits seit längerer Zeit aus der alten Dreiselderwirthschaft mit reiner Brache und ständiger Weide größtentheils zur Wechselwirthschaft übergegangen ist, für die jetzigen Verhältnisse noch immer zu viel Getreide gebaut. Trotzdem der Bauer genöthigt ist sein Vieh im Sommer künmerlich und im Winter schlecht zu ernähren und trotz der niedrigen Getreidepreise läßt sich derselbe hier doch nur schwer dazu bewegen, einige Furchen des Getreidebaus dem Futterbau zu opfern. Erst seit der Errichtung vieler neuer Käsereien und erst

¹³⁷⁾ Stenograph. Bericht über die Verhandlungen der baherischen Kammer der Abgeordneten-Sitzung vom 17. Jan. 1879. S. 78 ff.

seitdem der Milchverkauf sich als besonders lohnend erwiesen hat, fängt er in allerletzter Zeit an, mehr Land auf Erzeugung von Biehsutter zu verwenden

und sich eine fräftige Nachzucht zu sichern 138).

Und wie im gegebenen Fall, so pflegt der Bauer zu Aenderungen seines wirthschaftlichen Betriebs hauptsächlich nur durch das Beispiel, durch den Erfolg, den er mit eigenen Augen sehen und mit eigenen Händen greisen kann, veranslaßt zu werden. Je näher ihm das Beispiel gerückt ist, desto größeren Bortheil wird er aus demselben zu ziehen im Stande sein. Da dieses Beispiel aber regelmäßig von den großen Gütern gegeben wird, so gilt von diesen hinssichtlich ihres Einflusses etwas Aehnliches wie sür die Sparkassen mit Kücksicht auf die Sparkassent der Bevölkerung, indem diese in demselben Grade entwickelt wird, in dem die Sparkassen der Bevölkerung räumlich nahe gebracht werden.

Aber wenn der Bauer auch das Neue, Ungeprüfte, Unerfahrene schut, so vermag er doch, wo er sich einmal einer bestimmten Betriebsweise ans bequemt hat, den wechselnden Konjunkturen innerhalb derselben gut zu solgen. So berichtet uns Hanssen, daß die bäuerlichen Wirthschaften der deutschen Marschgegenden sich durch große Beweglichkeit des Betriebs vor den übrigen Wirthschaften auszeichnen. Bewirkt wird diese Beweglichkeit inssehesondere durch das schwankende Berhältniß der Getreides und Fleischpreise, sowie durch die Preise des im Frühjahr anzukausenden Magers und des im Herbst zu verkausenden Fettviehs, und ermöglicht wird diese Beweglichkeit das durch, daß die Marschländereien zur Saat wie zur Gräserei gleich tauglich sind. Dem entsprechend behandelt der spekulative und gut kalkulirende Marschbauer je nach den Konjunkturen sein Land bald so, bald anders, indem er bald mehr Pflugs bald mehr Grasland in Nutzung nimmt 139).

Auch beruht die Macht des Beharrens beim eigentlichen Bauern auf wesentlich anderen Motiven, als beim Klein= und Zwerggütler. Bei diesem sind es vornehmlich der durch die Sorge und Noth des Tags gedrückte Sinn und die äußeren in der Agrarversassung liegenden Hindernisse, welche den Landwirthschaftlichen Fortschritt ausschließen oder doch erschweren. Bei dem Bauern dagegen ist es das übergroße Selbstvertrauen und die Verachtung aller Bücherweisheit sowie das Mistrauen gegen alles, was er nicht selbst erprobt, die ihn daran hindern, den Ansorderungen der Zeit zu solgen. Aber wie diese Sigenschaften des Bauern das Resultat einer jahrhundertalten Geschichte sind, so werden sie auch wohl durch andere, in entgegengesetzer Richtung wirkende Sinssüsse, wenn auch nur langsam, beseitigt oder doch gemildert werden können. Die Schul= und Militärpslicht, der Besuch landwirthschaftlicher Winterschulen sowie andere Kultureinssüsse, die immer stärker auf die Landbevölkerung ein= dringen, werden auf die Dauer nicht versehlen, ihren Ginsluß zu äußern.

Es ist eine der schönsten aber auch zugleich schwierigsten Aufgaben des Staats, der Kirche und Gesellschaft, den Bauer allmälig zu größerer Freiheit des Geists heranzuziehen, ohne ihm doch zugleich durch eine unpraktische Halbe bildung die Freudigkeit am Beruf und jene anderen trefslichen Sigenschaften des

¹³⁸⁾ Bürtemb. landwirthschaftl. Blätter. 1879, Rr. 31.

¹³⁹⁾ Sanffen, Agrarhiftorifche Abhandlungen. G. 251.

Charafters zu nehmen, die ihn zu einem fo werthvollen Bestandtheil der Gesellsichaft machen.

Einstweilen freilich und wohl noch für lange Zeit wird der Bauernstand aus dem nachbarlichen Einfluß des höher gebildeten Großgrundeigenthümers in landwirthschaftlich - technischer, politischer und allgemein kultureller Beziehung

die fräftigsten Anregungen zu empfangen haben.

Diese höher gebildeten den Bauern umgebenden Elemente sind denn auch in erster Linie verantwortlich zu machen für diesenigen sittlichen Schäden und Mängel, die demselben namentlich in der Gegenwart vorgeworsen werden. Hierher gehören: Verschwendung, Lucus in dem Bau der Häuser und in der Einrichtung der Zimmer, Kleiderpracht, Hochmuch, Genußsucht, Trägheit in der Arbeit, schlechte Wirthschaft, Schuldenmachen, Trunksucht, Ueberbildung der Frauen u. A.

Alle diese Fehler sind Produkte unserer heutigen Kultur und als solche wie ein Ansteckungsstoff von den höheren Klassen auf* den Bauernstand übertragen. Doch bilden sie nur die Rehrseite unserer gegenwärtigen Kultur. Denn es darf nicht übersehen werden, daß mit diesen Schattenseiten zugleich auch die Neigung zu Verbesserungen der landwirthschaftlichen Kultur, die Beseitigung früherer Beschränktheit des Urtheils u. A. m. Platz gegriffen haben.

Auch haben sich die oben aufgezählten Fehler bisher nur als eine Art Rost an einen Theil des Bauernstandes angesetzt, während die Mehrzahl dessselben, nach der Versicherung eines genauen Kenners dieser Klasse, noch immer aus einsachen, sparsamen, werkthätigen, den Luxus verahscheuenden, mäßigen, sleißigen, arbeitsamen, einsichtigen, gesund und standesgemäß gebildeten Elementen besteht. Diese Schilderung paßt namentlich auf diezenigen Gegenden, in denen es nur wenig größere geschlossen Ortschaften giebt, wie z. B. im Münsterlande. Hennt der auf seinem von Waldhecken umschlossenen Hof sitzende Bauer kaum seinen Nachbar, wenn er nicht mit ihm verwandt ist, und ebenso ist ihm der Luxus des Lebens unbekannt. Man kann dort Bauern sinden, die ein Vermögen von 10 000 Thalern bestigen und kein Weinglas in ihrem Hause haben, wogegen in der Grafschaft Mark und im Sauerlande freilich der Bauer oft einen guten Weinkeller und hübschen Federwagen sein nennt 140).

Aus dem Obigen geht hervor, daß, wie werthvoll der Bauernstand für die Gesellschaft und das bäuerliche Grundeigenthum für die Grundeigenthumsverstheilung eines Landes auch immerhin sein mag, eine Ergänzung desselben nach

Dben sowohl wie nach Unten doch sehr zu wünschen ift.

Denn eine gleichmäßige Bertheilung des Bobens unter lauter behäbige Bauern ist, wie namentlich einige agritole Kantone der Schweiz (Urkantone, Theile des Kantons Bern, der Kanton Baselland und andere Kantone) zeigen, durchaus nicht erstrebenswerth. Sine solche einseitige Vertheilung des Grundeigenthums und Sinkommens führt, sofern nicht etwa nebenbei durch Industrie und Handel größeres Vermögen und Sinkommen und damit auch die Mittel zur Befriedigung höherer und seinerer Bedürsnisse des Lebens vorhanden sind,

¹⁴⁰⁾ v. Schorlemer=Alst, Lage bes Bauernstandes in Bestphalen. 2. Auslage. Münster 1864. S. 4.

zum Banausenthum. Eine ausschließlich bäuerliche Bevölkerung mag im besten Fall fittlich tüchtig, sozial zuverläffig und politisch selbstbewußt und fräftig sein: höhere Interessen werden ihr in der Regel fern liegen, ja es wird berselben sogar auf wirthschaftlichem Gebiet an jenem kräftigen Anreiz zum Fortschreiten fehlen, wie er aus der bunten Mannichfaltigkeit verschiedener, nicht zu weit ab= geftufter Ginkommens- und Bermögensgrößen und einer diefer Abstufung entsprechenden sozialen Gliederung entspringt. Selbstgenügsamkeit, philistroses Behagen und Stillstand sind die charakteristischen Merkmale einer Gegend, in der es nur Bauern giebt. Wenn man sich aus der Centralschweiz die katholische Rirche mit ihren religiösen und künftlerischen Impulsen wegdenkt und wenn man in denjenigen Landestheilen Bürtembergs, in denen das große Grundeigenthum fast gang verschwunden ift, von der nicht gewöhnlichen Begabung des schwäbischen Volksstammes sowie von der mächtigen Einwirkung eines staatlich geleiteten vorzüglichen Schulwesens in seinen verschiedenen Abstufungen abstrahirt, so wird man sich ungefähr ein Bild desjenigen Kulturlebens machen können, das der Bauernstand allein aus sich heraus zu erzeugen vermag 141).

Und auch deshalb ist die Vertheilung des gesammten Grundeigenthums unter lauter größere Bauerngüter unbefriedigend, weil sich in diesem Fall an den Bauernstand nach unten unvermittelt der Stand nichts ober nur wenig befitender Lohnarbeiter anschließt. Ginen sprechenden Beweis hierfür liefert Dft= friesland. hier findet sich in einem Theil des Landes jene Gintheilung in volle, halbe, viertel, achtel und zwölftel Höfe, wie sie sonst in dem größten Theil des ehemaligen Königreichs Hannover üblich ist, nicht wieder, sondern es sind die Grundstücke ber in Dörfern angeseffenen meift fehr wohlhabenden Bauern einander an Umfang und Qualität ihres Besitzes ziemlich gleich. Wenn man von dem unbedeutenden Handwerkerstande absieht, so werden die Dörfer außer von den Bauern nur noch von Arbeitern bewohnt, die im besten Fall ein ganzes oder halbes Häuschen mit gar keinem oder nur einem winzig kleinen Garten von ca. 6 Muthen Land besitzen. Und selbst gegen diese Häuser wird seitens ber größtentheils aus Bollbauern bestehenden Gemeindeverwaltungen wie gegen Die Krätze angekämpft. An ein Aufsteigen dieser Tagelöhner in eine bobere Klasse ist bei dem großen Abstand, der hier zwischen Bauern und Tagelöhnern besteht, nicht zu benten. Die niedrige Lebenshaltung dieser Rlasse ist wie auch anderwärts durch die geringe geschlechtliche Enthaltsamkeit zu erklären. Mit dem 20. Lebensjahre wird meist post concubitum anticipatum seitens des Arbeiterstandes zur Che geschritten, wobei ber Hausstand nicht felten mit nur einem Thaler begonnen wird. Dabei fehlt es oft felbst an dem dürftigften Sausgerath. Daffelbe wird für die gemiethete Stube auf Borg genommen. Solange der Mann jeden Tag Arbeit hat, ift wenigstens Brod da. Fällt aber diese einmal aus, so sehlt es bald an dem Nothwendigsten. So kommt es benn, daß junge Leute, die zu Oftern Hochzeit machen, sich bisweilen schon zu Martini beim Armenpfleger nicht mit der Bitte, sondern mit der Forderung der Armenunterstützung einstellen. Werden ihnen dann Rinder geboren, so ift

¹⁴¹⁾ A. v. Mia & kowski, Sozialpolitisches aus ben schweizer Alpen, in Schwollers Jahrbuch für Gesetzgebung, Berwaltung und Bolkswirthschaft. Jahrgang V (1881). S. 105 u. 106.

die Insolvenzerklärung bezüglich des Schulgelds eine regelmäßige. Gbenfo suchen junge Wittwen nach dem Tode ihrer Männer in dem Armenvorsteher ziemlich

regelmäßig ihren Berforger 142).

In anderen Ländern mit ausschließlichem oder doch vorwiegendem bäuerlichen Grundeigenthum und dem entsprechenden sozialen Abständen ist die Lebenshaltung der Arbeiter freilich bisweilen eine höhere. Dies ist namentlich in Gegenden mit hosweiser Ansiedelung der Fall, in denen die Möglichkeit oder boch wenigstens die Gelegenheit zum frühen Heirathen nicht so groß ist, wie in Ländern mit dorsweiser Ansiedelung, und wo das Arbeitsangebot geringer zu sein pslegt als die Nachfrage. So z. B. in den bayrischen Regierungsbezirten Oberund Niederbayern, Schwaben und Neuburg, in einigen Gegenden Oldenburgs, Schleswig-Holsteins, Hannovers und in einem Theil des badischen Schwarzwalds, wo hohe Arbeitslöhne eine verhältnißmäßig hohe Lebenshaltung der Marsch-, Küsten= und Gebirgsbewohner erzeugen (viel Fleisch= und überhaupt animalische Nahrung 143).

Und auch darin stimmen diese Länder mit ausschließlichem Bauernbesitz unter einander und mit den Ländern des vorherrschenden Großgrundeigenthums überein, daß sie meist einen mit seinem Loose unzufriedenen, durch keine Anhänglichkeit an die Scholle und die bestehende Ordnung ausgezeichneten Arbeiterstand besitzen. Derselbe ist vielmehr jeder Zeit bereit auszuwandern oder sozial-

bemokratischen Agitatoren Heeresfolge zu leisten 144).

Diese Nachtheile pflegen aber wie gesagt nur dort einzutreten, wo die Stufenleiter der Einkommen und Vermögen zwischen dem Bauern und Arbeiter unterbrochen erscheint und dem letzteren nicht die Wöglichkeit gegeben ist sich durch Fleiß, Sparsamkeit und Benutzung günstiger Konjunkturen in eine höhere

Rlaffe aufzuschwingen.

Wägt man nun schließlich die Vorzüge und Nachtheile des bäuerlichen Grundeigenthums gegen einander ab, so kann nicht zweiselhaft sein, daß die Vorzüge bei Weitem überwiegen. Aber wenn die spannfähigen Bauerngüter auch den Grundstock, die breite Basis alles Grundeigenthums im Lande abgeben sollen, so ist doch zu wünschen, daß es einerseits an einer gehörigen Anzahl großer Güter und anderntheils an ausreichendem Kleinbesitz in mannichsachen Abstufungen nicht sehle.

Es laufen demnach die Resultate unserer von vier verschiedenen Ausgangs= punkten unternommenen Untersuchung in einem und demselben Punkte zusammen: daß nämlich weder das einseitige Borwiegen des großen, noch des kleinen, noch des mittleren Grundbesitzes, noch endlich eine Kombination von kleinem und kleinstem und großem Grundeigenthum den für ein Land erwünschtesten Zustand der Grundeigenthumsvertheilung bildet. Bielmehr sindet sich durch die vorliegende Untersuchung aufs Neue bestätigt, was bereits vor 40 Jahren von

¹⁴²⁾ Trümpelmann, Bilber 2c. S. 63 ff.

¹⁴³⁾ v. d. Golt, Lage 2c. S. 468. 144) Ueber Hannover: Stenographischer Bericht der Sigung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 21. Januar 1874. S. 744. Ueber den zum badischen Schwarzwald gehörigen Oberamtsbezirk Wolfach Schupp, Das Hosgüterwesen im Amtsbezirk Wolfach. Heidelberg 1870. passim.

Fr. List 145) und nach ihm von v. Schütz, von Rumohr, Bernhardi, Hanssen, Roscher und vielen anderen ausgesprochen worden ist, daß nämlich das Joeal der Grundeigenthumsvertheilung unter den gegebenen Berhältnissen — Herzeschaft des Privateigenthums und System der freien Konkurrenz — in einer richtigen Mischung von großen, mittleren und kleinen Gütern besteht, so daß die großen Güter gleichsam die Spitze der Pyramide und die kleinen die Basis derselben bilden.

In diesem Ideal der Grundeigenthumsvertheilung, das sowohl dem Produktions= als dem Bertheilungsstandpunkt gerecht wird, kehrt auf dem Gebiet der Sozialökonomie derselbe Gedanke wieder, den einst Montesquieu für das politische Gediet ausgesprochen hat, wenn er die konstitutionelle Monarchie für die ideale Berkassungsform des modernen Staats erklärte, weil sich in derselben alle Borzüge der Monarchie, Aristokratie und Demokratie vereinigt fänden.

Wie die modernen Völker in unserem Jahrhundert alle diesem Versassingsideal nachgestrebt, aber dasselbe freilich je nach ihren verschiedenen geographischen, klimatischen, ethnologischen und kulturhistorischen Voraussetzungen in sehr ungleicher Weise erreicht haben, so wird auch das Ideal der Grundeigenthums-

vertheilung nicht überall in derselben Weise realisirt werden können.

Richt überall in derselben Weise! Biel leichter noch läßt sich einem Bolk eine nach einem abstrakten Ideal zugeschnittene politische Verfassung geben, als daß sich die Grundeigenthumsvertheilung und überhaupt die Agrarverfassung besselben nach einer allgemeinen Schablone verändern ließe. Denn diese ist — wie wir weiter unten näher auszusühren haben werden — bei jedem Bolk das Produkt seiner natürlichen Ausstattung und seiner Geschichte, in der die Agrarpolitik nur einen von vielen Faktoren bilbet.

Aus diesem Grunde, weil die Politik der gegebenen Grundeigenthumsvertheilung gleichsam mit gebundenen Händen gegenüber steht und sie nur schwer vollständig verändern kann, hat dieselbe wenigstens alle ihre Mittel darauf zu richten, wo eine gesunde, den gesammten Interessen des Bolks entsprechende Bertheilung des Grundeigenthums besteht, dieselbe womöglich intakt auch der

Bufunft zu überliefern.

Werfen wir nochmals einen prüfenden Blick auf das Resultat unserer bisherigen Untersuchung, so sinden wir, daß die Grundeigenthumsvertheilung des deutschen Reichs sich überwiegend als eine gesunde, dem oben ermittelten Ideal entsprechende herausgestellt hat. Namentlich gilt das für alle diesenigen Länder und Landestheile, in denen sich ein kräftiger Bauernstand erhalten hat.

Die Stellung, die das bäuerliche Grundeigenthum in den verschiedenen

deutschen Ländern einnimmt, ist freilich eine sehr verschiedene.

Bald bildet es die unterfte Sproffe ber Gütervertheilung, an die sich bann

nach Oben in geringerer ober größerer Zahl große Güter anschließen.

Bald wieder nimmt es auf der Stala des Grundeigenthums die höchste Stelle ein, indem es auf der Basis eines stark zerstückelten Kleinbesitzes ruht und keinen größeren Besitz mehr über sich hat.

Bald endlich beansprucht es nur eine Mittelstellung zwischen den wenigen

¹⁴⁵⁾ Fr. List, Aderversassung, Zwergwirthschaft u. s. w. S. 157, 162.

großen und den vielen kleinen Gütern, zwischen denen es dann in zweckmäßiger Beise zu vermitteln die Aufgabe hat.

In allen diesen drei Fällen wird, so lange es an einem ausgedehnten Bauernstande nicht fehlt, die Grundeigenthumsvertheilung als eine gesunde be=

zeichnet werden können.

Nur hier und da nahmen wir Ansätze zu einer krankhaften Vertheilung des Grundeigenthums wahr, sei es nun, daß das Verschwinden des Bauernstandes hier zur einseitigen Latifundienbildung oder dort zum Klein= und Zwergzütlerthum oder endlich drittens zu einer Verbindung dieser beiden Extreme in einer und derselben Gegend geführt hat.

Aber glücklicherweise ist der von diesen krankhaften Sigenthumsbildungen eingenommene Boden — bisher wenigstens — seinem Umfange nach nur gering im Vergleich mit denjenigen Gebieten, auf denen sich eine glückliche Mischung

von großen, mittleren und fleinen Gutern findet.

## Die deutsche Grundeigenthumsvertheilung und ihre Entstehung. Insbesondere der Einfluß des Erbrechts.

Die gegenwärtig im deutschen Reich bestehende Grundeigenthumsvertheilung ist, wie wir bereits oben andeuteten, theils das Resultat natürlicher Faktoren, theils das Produkt der vielhundertjährigen Geschichte unseres Volks.

Zu den natürlichen Faktoren rechnen wir die Berschiedenheiten der einszelnen Theile des deutschen Reichs nach Configuration und Beschaffenheit des Bodens, Höhenlage, Klima u. s. w.

Wir sehen daher, daß Gegenden mit wenig fruchtbarem Boden, rauhem Klima, beträchtlicher Höhenlage über dem Meer und überhaupt karger natürzlicher Ausstattung auf extensive Kulturarten und Betriebssysteme hindrängen. Extensiver Andau verlangt aber große Wirthschaftsslächen und diese wieder sind in der Regel für den Umfang der Besitzeinheiten (Güter) maßgebend.

Und aus denselben Gründen erscheinen kleine Güter angezeigt dort, wo der Boden fruchtbar, den mannichsachsten Kulturarten erschließbar, das Klima milde und überhaupt die natürlichen Produktionsbedingungen günstig sind.

Auf diesen natürlichen Berschiedenheiten beruht es zum Theil, wenn in Süddeutschland zu den großen Gütern bereits solche gerechnet werden, welche ihrem Umfang nach in Norddeutschland nur zum mittleren Besitz zählen.

So wird ein Bauerngut von 300 bayrischen Tagwerken = 100 Hetaren im Süden bereits als ein großes Gut angesehen, und es werden, wenn man das waldreiche und extensiv bewirthschaftete Oberbayern, wo die großen Güter 800-2000 Tagwerke, und Niederbayern, wo die größeren Gutskomplexe doch noch immer 600-1800 Tagwerke umfassen, ausnimmt, von dieser Sorte in Bayern, Würtemberg, Baden, Nassau u. s. w. nicht allzuviel Güter zu finden sein.

Dagegen sind in Schleswig = Holstein — namentlich in den fruchtbaren Strichen des Ostens — Güter von 1000 Hektaren und darüber hinaus durch aus keine Seltenheit. Und ebenso sinden sich Güter von mehreren tausend Hektaren in größerer Anzahl in Schlesien, Neuvorpommern, in der Provinz Preußen, in Bosen u. s. w.

Aber auch im Süden selbst wird der Umfang der Süter durch Versschiedenheiten in der natürlichen Ausstattung der einzelnen Landestheile bedingt. Es begreift sich das leicht, wenn man im Auge behält, daß in der badischen Pfalz bereits 3—6 Morgen zur Ernährung einer Familie von 5 Köpfen hinreichen, während in dem zum Schwarzwald gehörigen Amtsbezirk Waldstirch 35 Morgen das Ernährungsminimum bilden 1).

Noch größere Differenzen zeigt die bahrische Pfalz, wo innerhalb einer Entfernung von  $5^1/_5$  O.-Meilen, je nachdem das betreffende Grundstück im Gebirge, im Hügelland oder in der Sebene liegt, und je nach der Beschaffenheit und Mischung des Bodens, das mittlere Berhältniß des Besitzes, wovon sich eine Familie nährt, von 60 zu 20 und zu 4 Morgen herabsteigt. Ja in der Rheinebene bei Köln, Bonn, Düsseldorf reicht bereits der Ertrag von 2 kölner (etwa  $2^1/_2$  pr.) Morgen Gemüseland zur sorgenfreien Unterhaltung einer Familie von 5 Personen hin  2 ).

Indes ist die natürliche Ausstattung der verschiedenen Theile Deutschlands doch nur einer der vielen auf die Grundeigenthumsvertheilung einwirkenden Faktoren, neben dem noch andere, namentlich volkswirthschaftliche und politische, in Betracht kommen.

Die letzteren pflegen Die Grundeigenthumsvertheilung wieder entweder in der von der Natur angezeigten Richtung oder in entgegengesetzer, die Naturseinsluffe parallysirender Richtung zu beeinsluffen.

Ein sehr drastisches Beispiel für die sich gegenseitig bekämpfenden Naturund Kultureinflüsse liesert die Grundeigenthumsvertheilung in einem Theil der deutschen Gebirgswelt: im Odenwald, auf dem Bogelsberg, auf der Sisel u. s. w. Denn während die Natur hier größere bäuerliche Wirthschafts- und Besitzeinheiten erheischt, haben Kultureinflüsse der mannichsachsten Art eine zum Theil sehr weit gehende Zerstückelung des Grundeigenthums bewirkt.

Eine genaue Analyse der für die gegenwärtige Grundeigenthumsvertheilung maßgebend gewesenen Faktoren ergiebt eine außerordentlich große Fülle von Ursachen, die sich aber doch auf eine kleine Zahl von Berursachungssystemen zurücksühren lassen.

Diese freilich sind in ihren Wirkungen nach Ort und Zeit nicht berart von einander abgegrenzt, daß in einem bestimmten Lande und zu einer bestimmten Zeit nur eine Art von Ursachen, in einem anderen Lande und zu einer ansberen Zeit wieder eine andere Art von Ursachen sür die Grundeigenthumssvertheilung allein und ausschließlich maßgebend gewesen sind.

Bielmehr haben sich fast alle diese Ursachen in jedem Lande und zu jeder Zeit wirksam erwiesen.

Immerhin lassen sich in der Geschichte des deutschen Grundeigenthums und seiner Beränderungen einige Hauptperioden in dem Sinn unterscheiden, daß in jeder derselben eine bestimmte Gruppe von Ursachen für die Grundeigenthums-vertheilung haupt fächlich maßgebend gewesen ist.

¹⁾ Bogelmann, Die Forstpolizeigesetzung im Großherzogthum Baben. Karlerube 1871. S. 75.

²⁾ Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums. S. 145, 146.

In diesem Sinn darf gesagt werden, daß in dem ersten Jahrtausend deutscher Geschichte für die Vertheilung des Grundeigenthums und ihre Versänderung maßgebend gewesen sind die Art der Besiedelung des Landes (hof= und dorsweise Besiedelung), der Charakter der einzelnen deutschen Volksstämme (Geschlossenheit des Grundeigenthums bei den Sachsen, freie Theilbarskeit und große Beweglichkeit desselben bei den Franken, Geschlossenheit und Besweglichkeit neben einander bei dem Mischstamm der Thüringer), sowie die äußeren Schicksale und die innere politischsoziale Entwickelung dieser Stämme sowie des gesammten Volks (Umwandelung des freien Volksstaats in den Feudalstaat und dieses wieder in den auf dem Soldheer und dem ständigen Beamtenthum ruhenden modernen Staat). Neben dem Einfluß dieser geschichtslichen Thatsachen, zu denen auch die volkswirthschaftliche Entwickelung gehört, gelangt dann zugleich auch die verschiedene natürliche Ausstatung der einzelnen Länder in der Grundeigenthumsvertheilung zum Ausdruck.

Von größter, alle anderen Momente weit überragender Bedeutung für die Grundeigenthumsvertheilung dieser Zeit ist die ursprüngliche Art der Besiedelung des Landes, welche dann ihrerseits zum Theil wieder durch den Volkscharakter der verschiedenen Stämme sowie durch die historischen Schickslae und durch die Verschiedenheiten des Bodens und Klimas bestimmt wird.

Die Ansiedelungsverhältnisse sind zum Theil noch bis in die Gegenwart hinein für den ganzen wirthschaftlichen Charakter einer Gegend maßgebend.

Auf die oben geschilderte Weise hat sich ohne direktes und bewußtes Eingreisen des Staats eine Bertheilung des ländlichen Grundeigenthums herausgebildet, die der deutsche Territorialstaat dann als das Vermächtniß einer vielhundertjährigen Geschichte übernimmt.

Charafteristisch für die Bertheilung des Grundeigenthums beim Beginn der Neuzeit ist der Dualismus von Ritter= und Bauerngütern, indem von den ersteren keine Steuern gezahlt wurden — es sei denn, daß man die in einigen Territorien in sogenannte Ritter= oder Reutergelder umgewandelten früheren Ritterdienste hierher rechnen will —, so daß die gesammten Lasten sür die Grund= und Landesherrschaft jetzt auf den letzteren ruhten. Es hatte daher der Staat ein Interesse daran, die Grenzlinie, welche sich im Lauf der Zeit zwischen beiden Kategorien des Grundeigenthums festgestellt hatte, auch in Zufunft zu conserviren und die Bauerngüter prästationssähig zu ershalten. Das letztere Interesse theilte auch die Grundherrschaft mit der Landessherrschaft.

Aus diesem Interesse entspringt dann seit dem XVI. Jahrhundert eine ebenso rührige wie tiefgreisende Thätigkeit des Staats. Sie dauert bis zum Schluß des XVIII. Jahrhunderts und ist darauf gerichtet, durch zahllose Geund Verbote, durch Androhung von Strasen u. s. w. den bisherigen Zustand der Grundeigenthumsvertheilung und namentlich den territorialen Bestand der Rittergüter und Bauerngüter gegen Veränderungen zu schützen.

Der spezifische Charakter der Gesetzgebung dieser Zeit tritt besonders deutlich hervor in folgender für das Altenburger Ofterland im Jahre 1556 erlassenen Landesordnung, auf deren S. 47 es heißt: "Damit die Landfolge und Steuer

nicht vermindert werde, auch in die Zinsen keine Zerrüttung gebracht werde, jollen die Bauern, welche mit Lehn und Zinfen zu den Aemtern gehören, ihre Guter nicht denen vom Abel verfaufen. Auch follen die Bauern ihre Sufen, zins=, erblehn= und frohnbaren Güter, die sie von den fürstlichen Aemtern Bu Leben erhalten, nicht zerreißen oder verkaufen, damit die Anspann= und Frohndienste nicht vermindert und den Zinsherrn tein Abbruch gethan werde. Lehn= und Zinsgüter durfen hinfuro durch Rauf, Tausch, Erbfall, Berpfändung u. s. w. ohne Bewilligung des Landesherrn nicht zerrissen oder vereinzelt werden 3)."

Berschiebungen in dem Berhältniß der beiden Güterarten sowie Beränderungen des Umfangs der einzelnen Güter hatten sich bereits vor der Re= formationszeit 4) in Folge ber vielfachen Rechtsunsicherheit, sowie in Folge ber Belebung von Handel und Wandel und endlich namentlich in Folge ftarkeren Eindringens des Geldes in den Berkehr u. f. w. hier und da bemerkbar gemacht.

Und es ware der staatlichen Gesetzgebung und Verwaltung auch mahr= scheinlich nicht gelungen diesen Prozeß aufzuhalten, wenn nicht in Folge Ber= legung der indisch-europäischen Sandelsstraße aus der Mitte Europas an den atlantischen Dzean Deutschland für Jahrhunderte in seiner wirthschaftlichen Entmidelung zurückgeworfen worden wäre. Da aber jett die Naturalwirthschaft auf dem Lande mit ihren Frohnen und Naturallasten im großen Ganzen un= angefochten blieb, fo vermochte der Staat durch seinen Zwang die bestehende Bodenvertheilung bis zu einem gewiffen Grade - wenn man von der Um= gebung größerer Städte sowie von Gegenden mit dichter ländlicher Bevolkerung,

regem Gewerbfleiß u. f. w. absieht - zu conserviren.

Wie schwer es aber immerhin siel, die vorhandene Grundeigenthums= vertheilung und die mit derfelben zusammenhängende Gesammtordnung aufrecht zu erhalten, als der diefelbe zerfetzende Geldverkehr von den Städten aus seinen Einfluß bis tief in das Land hinein zu äußern anfing, zeigen beispiels= weise die zahlreichen Wiederholungen der Berbote, welche in hannover einerseits gegen das Legen der Bauernhöfe durch die Gutsherrn, und andrerseits gegen die Berschuldung, Bertauschung und Zersplitterung der Bauernhöfe und Kathen gerichtet find, wobei man nicht felten der Rlage begegnet, daß das ältere Berbot nicht eingehalten werbe. Es beweisen das auch die mancherlei Concessionen an den freien Berkehr, zu denen die Landesherrn in den aus dem XVII. und XVIII. Jahrhundert stammenden Renovationen und Declarationen der älteren Berord= nungen sich genöthigt faben.

Und auch in Preußen sind trot der auf das Bauernlegen gerichteten strengen Verbote der Könige, benen selbst Friedrich II. nicht immer den nöthigen Respekt verschaffen konnte — wir erwähnen hier nur die in kurzen Zeiträumen

^{3) 28.} Löbe, Geschichte ber Landwirthschaft im altenburgischen Ofterlande. Leipzig 1845. S. 15.

⁴⁾ So hatte sich in ber Mark Brandenburg nicht blos in ben anarchischen Zeiten unter ben baberischen Herrschern im XIV. Jahrhundert, sondern auch nach ber Aufnahme des Landbuchs ber Mark Brandenburg unter Kaiser Karl IV. (1375) bafelbst die Zahl der kleinen Besitzungen zum Bortheil der Rittergüter bedeutend ver= mindert. Tette, Bertheilung bes Grundeigenthums. S. 43.

Schriften XX. - b. Miastowsti, Grundeigenthumsbertheilung.

auf einander folgenden Berbote, die Bauern aus ihren Landstellen zu vertreiben, aus den Jahren 1739, 1749 und 1764 — einzelne Hufen niedergelegt Aber immerhin besteht ein wesentlicher Unterschied einerseits zwischen Medlenburg, wo die eingeborenen Berzöge, und Schwedisch=Bommern, wo die schwedische Regierung dem bauernvernichtenden Treiben des Adels einen Zügel nicht anzulegen vermochten, und andrerseits Preußen, wo die Berbote trot einzelner Uebertretungen den Bauernstand doch im Gangen zu konferviren geholfen haben 5).

Der naturalwirthschaftlichen Gebundenheit und der Bachsamkeit des Terris torialstaats haben wir es demnach zu verdanken, daß Norddeutschland im Banzen, trot der ausnahmsweise auch hier vorgekommenen Niederlegung von einzelnen Bauernhöfen und ganzen Bauerndörfern, bewahrt geblieben ift vor den Schaaren besitzloser Arbeiter, welche andere Nationen kennen und welche bei diesen — Engländern, Italienern — größtentheils auf die frühe Verdrängung der Naturals durch die Geldwirthschaft, auf die Herrschaft des beweglichen Kapitals und die geringe Fürsorge des Staats zurudzuführen sind.

Für die Grundeigenthumsvertheilung diefer Beriode war die staatliche Politik auch insofern von Bedeutung, als namentlich die preußischen Kurfürsten und Rönige auf den Staatsdomanen — aber nicht nur auf diesen — zahlreiche

Bauern und Rolonisten angesetzt haben 6).

Aber wenn in dieser zweiten, vom XVI. bis zum XVIII. Jahrhundert währenden Beriode die staatliche Politik für die Grundeigenthumsvertheilung Deutschlands auch in erster Linie bestimmend war, so erwiesen sich sowohl für die Erhaltung, wie für die Beränderung des bestehenden Zustandes doch auch andere Faktoren nicht ganz unwirksam. Haben die volkswirthschaftliche Entwickelungs= stufe, der Stammescharakter, die natürliche Ausstattung u. f. w. einen die Staatspolitit unterstützenden, wesentlich tonservirenden Ginfluß ausgeübt, fo find wiederum die geschichtlichen Schicksale unseres Bolks in Dieser Beriode nicht gang ohne Ginfluß auf einzelne Beränderungen in der Grundeigen= thumsvertheilung gewesen. Wer wollte 3. B. in letterer Beziehung den Einfluß des Bauernkriegs im XVI., namentlich aber den des dreißigjährigen Rriegs im XVII. Jahrhundert auf die Grundeigenthumsvertheilung Deutschlands verkennen!

Für einzelne deutsche Länder mit dem Schluß des vorigen Jahrhunderts, für die meisten Länder und unter ihnen namentlich für Preußen aber erst mit dem Anfang und für andere wieder erft mit der Mitte unseres Jahrhunderts beginnt dann insofern eine neue Beriode, als jetzt neue Faktoren in erster Linie für die Grundeigenthumsvertheilung bestimmend werden. Nachdem der Staat das bäuerliche Grundeigenthum von guts- und landesherrlichen Frohnden und Lasten befreit, nachdem er die Ritterguter allgemein der Grundsteuer unterworfen und damit die beiden Arten des Grundeigenthums einander rechtlich aleichaestellt hat, sucht er auch die faktischen Fesseln, die den Grundeigenthümer

⁵⁾ Für Sannover: Dppermann, Sammlung ber vom Fürstenthum Lüneburg und von den Grasschen Hong und Diepholz erlassenen, auf das Meierrecht bezüg-lichen Berordnungen. Lünedurg 1864. Hir Preußen: Hansschen, Agrarhistorische Abhandlungen. Leipzig 1880. S. 512.

6) Lette, Bertheilung des Grundeigenthums. S. 44 u. 45, sowie die Arbeiten

von Bebeim - Schwarzbach über bas Colonisationswert ber preugischen Könige.

bei dem Betrieb seiner Wirthschaft hindern, im Wege der Separations- und Arrondirungsgesetzgebung zu beseitigen. Indeß ist die Befreiung des Bodens und seiner Bewirthschaftung von den rechtlichen Fesseln bisher besser gelungen, als die Befreiung der Landwirthschaft von faktischen Hemmnissen.

Rachdem die Grundentlastung erfolgt und das freie Eigenthum an allem Brund und Boden begründet ift, gieht fich ber Staat hier früher bort fpater von jeder direkten Ginwirkung auf die Bertheilung des privaten Grundeigen= thums zurud, indem er dabei dem physiokratisch-Smith'schen Grundsat folgt, daß "das eigene Interesse der beste Meister ift, wenn ihm nur nicht die Sande gebunden sind." Im deutschen Suden und am Rhein ift das bereits in fruheren Jahrhunderten geschehen, für das Gebiet der preunischen Monarchie in ihrem früheren Umfang am Anfang und in ber Staatengruppe des nordweftlichen Deutschland sowie in Schleswig-Holftein erft in den fiebenziger Jahren unseres Jahrhunderts. Rur noch ausnahmsweise greift der Staat heute durch direkte Beschränkungen des Berkehrs mit Grundeigenthum in die Grundeigenthums= vertheilung ein: in den beiden Medlenburg, im Königreich Sachsen, in einigen thuringischen Staaten (namentlich in Sachsen-Altenburg und in Reuß j. E.), in Walded, Schaumburg = Lippe, Lippe = Detmold und im badischen Schwarz= Der Weg, auf dem diese Gingriffe erfolgen, ist entweder der des mald. Guterichlusses oder der gesetzlichen Feststellung eines Minimums, bis auf welches herab die Guter getheilt werden durfen. Die Besitzminima werden wieder entweder in absoluter Beise nach bestimmten Flächenmaßen oder in relativer Beise nach Quoten der vorhandenen Gütergrößen fixirt. finden sich im Unterschied von dem Besitzminimum in einer größeren Anzahl von Staaten fog. Bargellenminima: Diefelben beziehen fich dann wieder entweder nur auf forstwirthschaftlich oder auch auf landwirthschaftlich benutte Parzellen. letteren Bestimmungen finden sich gewöhnlich in den Separations= oder Con= folidirungsgesetzen und suchen die kunftlich zusammengebrachten, arrondirten und mit Begen versehenen Parzellen gegen weitere Berfplitterung gu fcuten. Ginzelne Staaten endlich machen die Berftückelung des Grundeigenthums ober die Abtrennung einzelner Theile von demselben abhängig von der Genehmigung der Ruftig= oder Berwaltungsbehörden.

Wie die direkten Einwirkungen des Staats, so sind auch die großen geschichtlichen Ereignisse, namentlich die Kriege wegen ihrer kurzen Dauer heut-

zutage nur von geringem Ginfluß auf die Bodenvertheilung.

Um so wichtiger in dieser Beziehung sind die rein wirthschaftlichen Momente der zunehmenden Bevölkerung, der sich ausbreitenden Industrie, der Fortschritte in der landwirthschaftlichen Technik, der Berbesserung der Kommunistations= und Transportmittel, der Konkurrenz mit der Produktion fremder Länder und nicht zum Geringsten der Bermehrung und Herrschaft des bewegslichen Kapitals. Des letzteren Moments in seinem tief einschneidenden Einsluß auf die Grundeigenthumsvertheilung wird weiter unten im nächsten Abschnitt noch eingehend gedacht werden.

Aber wenn der direkte Sinfluß des Staats auf die Grundeigenthums= vertheilung in der Gegenwart auch sehr gering ist, so braucht der Staat deshalb doch nicht auf jede Sinwirkung zu verzichten. Ja er darf dies nicht einmal,

8 1

so lange er als seine Aufgabe anerkennt: in dem Widerspruch der Partikularinteressen einzelner Individuen und Klassen das dauernde Gesammtinteresse des ganzen Bolts zur Anerkennung und Geltung zu bringen.

Und wollte man hiergegen einwenden, daß wenn der Staat sich der direkten Einwirkung auf die Grundbesitzverhältnisse begiebt, jeder Versuch, dieselben auf indirekte Weise zu beeinflussen, fruchtlos sein würde, so ware hierauf zu erwidern, daß die Geschichte das Gegentheil lehrt.

Berwaltungsmaßregeln (Gesetze, Berordnungen und Berfügungen), welche direkt in die Gestaltung der Bermögensverhältnisse des Ginzelnen eingreisen, wersen immer, namentlich aber in Zeiten mit so regem Freiheitsgefühl wie die Gegenwart es ist, mit Widerstreben ausgenommen werden. Man wird sich ihrer daher entweder ofsenkundig durch ihre Bekämpfung oder im Geheimen durch ihre Umgehung zu entledigen suchen. Und dort, wo die Aufrechterhaltung bestimmter Gütergrößen in die Hand der Justiz- oder Verwaltungsbeamten gelegt ist, pslegen selbst diese nicht selten der unter den Besitzern herrschenden Stimmung Rechnung zu tragen, indem sie die Gesuche um Zerstückelung solcher geschlossenen Güter consequent genehmigen. So hat sich denn faktisch in unserer Zeit die Macht der wirthschaftlichen Verhältnisse stärker erwiesen, als die auf die Zusammenhaltung des Grundeigenthums direkt gerichtete Gesetzgebung.

Biel wirksamer können bagegen heutzutage bie auf die Grundeigenthumsvertheilung gerichteten indirekten Magregeln bes Staats sein.

Bu benselben rechnen wir in erster Linie manche Bestimmungen des Privatrechts. Indem sie dem Willen der Besitzer nicht direkten Zwang anthun, werben sie ohne Widerspruch hingenommen und befolgt. Wenn sie dann zugleich im Bolksleben vorhandene und nach Geltung strebende Motive benutzen und durch diese, gleichsam ohne daß die betreffenden Personen es merken, dieselben zu Exekutoren des gesetzischen Willens machen, so ist damit für ihre Ausführung größere Gewähr gegeben, als für die Ausführung der direkt auf die Theilung oder Zusammenlegung des Grundeigenthums gerichteten Verwaltungsmaßregeln. Denn in der Umgehung der letzteren pslegen die Betroffenen ebenso erfinderisch zu sein, wie sie in der Besolgung der ersteren sorgsam sind.

So wird aus Hannover berichtet, daß bort früher das Interesse des Gutsherrn an der ungetheilten Erhaltung der zum gutsherrlichen Verbande gehörigen Bauernhöse viel mehr dahin gewirft habe, diese in ihrer hergebrachten Größe
zu erhalten, als die aus allgemeinen Gründen sonst erlassenen Beschränkungen
der Theilbarkeit. Und nach Aussehung des gutsherrlichen Verbands sowie nach
Entlastung der Bauernhöse wiederum hat auf ihre Erhaltung mehr als die gesetzliche Bestimmung, daß die frei gewordenen Höse hinsichtlich ihrer Theilbarkeit
denselben Beschränkungen unterworsen sein sollen, wie die bisher frei gewesenen
Höse, das im Gesetz sestgehaltene Anerbenrecht und die sich an dasselbe anknüpsende
eitte hingewirkt?).

Daher finden wir denn auch, daß in einzelnen Gegenden trotz der größten

⁷⁾ Hannoversches Geset vom 10. November 1831, § 33. (Bgl. auch Geset vom 22. Juli 1833, § 1.) Bening, Die Bauerhöfe und das Verfügungsrecht darüber. Hannover 1862. S. 15, 74.

Freiheit, das Grundeigenthum zu zerstückeln und zu vergrößern, die vorhandenen Bestigesgrößen dennoch durch Jahrhunderte hindurch unversehrt geblieben sind, sosern nur der Staat für die auf die Erhaltung derselben gerichteten Motive im Privatrecht freie Bahn geschaffen hat.

Zu den indirekten Einflüssen, welche der Staat gegenwärtig auf die Grundseigenthumsvertheilung ausübt, rechnen wir außer der privatrechtlichen Gesetzgebung noch diejenigen, welche von der Gesetzgebung über Freizügigseit, Niederslassungs=, Verehelichungs= und Gewerbefreiheit, über Armen= und Gemeindeversassung, über Hypotheken= und Grundbuchwesen, über Zölse und Steuern wie über die Landeskultur ausgehen.

In letzterer Beziehung wird z. B. jeder Schritt, den der Staat zur Begünstigung der Arrondirung des Grundeigenthums thut, nothwendig auch auf die Bertheilung des Grundeigenthums einen Einfluß ausüben, weil der Tried und die Fähigkeit, das vorhandene Grundeigenthum zusammenzuhalten und vor Zerstückelung zu schützen, bei dem Besitzer eines arrondirten Guts viel größer und stärker sein wird, als bei dem Besitzer eines parzellirten Guts, dessen zelne Stücke im Gemenge mit den Stücken anderer Besitzer liegen.

So ift es ferner von größter Bedeutung für die Grundeigenthumse vertheilung, ob die Zerlegung eines Grundstücks in eine Anzahl von Theilstücken (die sog. Dismembration) nur erfolgen darf nach geschehener Regulirung der auf dem Ganzen ruhenden Lasten private und öffentlicherechtlicher Natur (Staatse und Gemeindesteuern, Sozietätslasten, Grundzinsen, Ablösungsrenten, hypothekarische Schulden), wie solches in Preußen, Sachsen, Schwarzburg-Rudolstadt und anderen Staaten vorgeschrieben ist, oder ob die Dismembration und der Verkauf der einzelnen Theilstücke auch ohne vorhergegangene Regulirung der Lasten geschehen darf, in welchem letzteren Fall die Lasten solidarisch auf jedem der Trennstücke ruhen bleiben (Trägereie, Erbzinsereie-Institut), wie z. B. in Würtemberg, Baden, Oldenburg, Bremen und anderen Staaten. Denn während die Vorschriften der ersteren Art in den oben genannten Staaten einen Hemmschuh für die Zerstückelung des Grundeigenthums bilden, ist solches in den letzterwähnten Staaten nicht der Kall.

Einen tiefgreifenden Einfluß auf die Vertheilung des Grundeigenthums hat namentlich die Belastung des Grundbesitzes mit Abgaben im Eichsfelde gehabt. Die Bevölkerung unterlag hier von Alters her dis zur Einrichtung einer eigenen, für die eichsfeldischen Kreise bestimmten Ablösungs- und Tilgungs- kasse im J. 1845 einer enormen Realbelastung mit gutsherrlichen Abgaben, insbesondere mit Prozent-Laudemien. Letztere waren dei allen Veräusserungen, mit Ausnahme des Uebergangs der Grundstücke auf die Kinder dei der Erbetheilung, zu entrichten. Diese Bestimmung begünstigte die Raturaltheilung des Grundeigenthums unter sämmtliche Kinder. Da das in Folge dessen start zerstückelte, zudem mit übermäßigen Reallasten beschwerte Grundeigenthum oft nicht genug eintrug, um eine Familie zu ernähren, so suchten die kleinen Landwirthe das Fehlende durch Betreibung eines Nebengewerdes zu verdienen, was wieder zu weiterer Parzellirung des Grundeigenthums führte. So ist denn zum Theil auf das Abgabenwesen zurückzusühren jene weitgetriebene Güter-

zerftückelung in dem wenig fruchtbaren Ländchen und die Beschäftigung eines Drittels der grundbesitzenden Bevölkerung mit der Spinnerei und Weberei's).

Den nachhaltigsten Sinfluß auf die Grundeigenthumsvertheilung unter allen indirekten Maßregeln der Gesetzgebung und Berwaltung dürste aber wohl das Erbrecht haben. Hierüber sagt der jüngst verstorbene Leplan, welcher das Erbrecht und seinen Ginfluß auf das sittliche und wirthschaftliche Leben der verschiedenen Bölker zum Gegenstand seiner speziellen Studien gemacht hatte: Es giebt wohl keine einzige Maßregel, durch welche der Staat so tief in die Familie und in die Gesellschaft eingreift, wie das Erbrecht, namentlich wenn er dem Intestaterbrecht einen so zwingenden Charakter giebt und außerdem die Giltigseit der lokalen Gewohnheitsrechte so radikal ausschließt, wie der französsische Gode es thut.

Das Erbrecht hängt ebenso wie das Familienrecht aufs Engste mit der Eigenart eines Boltes zusammen, als beren innerfte Lebensäußerung es er= Jahrhunderte lang wirft der Boltsgeift gleichsam unbewußt durch das Erbrecht auf die Grundeigenthumsvertheilung ein. Erst in neuerer Zeit hat sich die Politik mit Bewußtsein des Erbrechts als eines außerordentlich wirksamen Mittels, um die Bermögens= und Ginkommensvertheilung ju beeinfluffen, be-Das bekannteste Beispiel hierfür liefert die neuere französische Beschichte, indem der Nationalkonvent das Dekret vom 7. März 1793, durch welches die Testirbefugnif des Familienvaters ganz abgeschafft wurde und das Bermögen in ebenso viele Theile zerlegt werden mußte, als Kinder vorhanden waren, erließ, um die permögengrechtliche Bafis der alten Gefellschaft zu zertrümmern und die für eine demokratische Republik nothwendige gesellschaftliche Unterlage zu schaffen. Zwar entkleideten das Gefetz vom 6. Januar 1794 und dann der napoleonische Code das Detret vom 7. März 1793 seiner größten Schroffheit, indem der Code dem Bater über einen nach der Anzahl der Kinder bemeffenen Freitheil letztwillig zu verfügen gestattete; sie behielten aber das diesem Detret zu Grunde liegende nivellirende Prinzip dennoch bei. Nachmals freilich ers laubte sich Napoleon I. auf der Höhe feiner Machtvollkommenheit und Triumphe zum Besten seiner siegreichen Feldherren Substitutionen zu schaffen und die Restauration knupfte an die Errichtung von folden sogar die Bairs= murbe; Die Julirevolution fegte Diefe ariftofratischen Schöpfungen aber wieder hinweg.

Während in Ländern, in denen demokratische Staatsverfassungen seit Jahrhunderten bestehen, diese langsam aber sicher auch zur Nivellirung der Gesellschaft führen, suchte man in Frankreich, indem man von der seudal-aristokratischen Monarchie plöglich zur demokratischen Republik und dann zum demokratischen Kaiserthum überging, zugleich mit einem Schlage auch die Gesellschaft umzubilden, weil man sich wohl bewußt war, daß das demokratische Gesemeinwesen inmitten der mehr oder minder aristokratischen Staaten des alten Europa sich nur dann werde halten können, wenn es ihm gelingen würde, eine

⁸⁾ Bed, Das Eichsfelb und seine Bewohner, im Archiv für preußische Lanbestunde. Bb. 3 (1856). S. 169 und passim. Stüve, Wesen und Verfassung der Landgemeinden in Niedersachsen und Westphalen. Jena 1851. S. 212.

diefer politischen Verfassung entsprechende gesellschaftliche Glieberung so schnell

als nur immer möglich herzustellen.

Darüber, wie fehr man sich beffen bewußt war, in dem neuen Erbrecht einen der wirksamsten Bebel für die Bermögensnivellirung zu besitzen, bat sich mit chnischer Offenheit Rapoleon I. in einem an seinen Bruder Josef, damaligen König von Neapel, gerichteten Brief vom 3. Juni 1806 folgendermaßen auß= gesprochen: "Établissez le Code civil à Naples, tout ce qui ne Vous sera pas attaché va se détruire en peu d'années et ce que Vous voudrez conserver se consolidera... Voilà le grand avantage du Code civil. Il consolide votre puissance, puisque, par lui, tout ce qui n'est pas fidéicommis tombe, et qu'il ne reste plus de grandes maisons que celles que Vous érigez en fiefs. C'est ce qui m'a fait prêcher un Code Civil et m'a porté à l'établir 9)."

Das folgende Beispiel bafür, wie man das Erbrecht zu politischen Zwecken benutt hat, durfte weniger bekannt sein. Es betrifft das Konigreich Burtem= Als am Anfang unseres Jahrhunderts dem Herzogthum Bürtemberg ein stattlicher Länderzumachs, bestehend aus Gebieten der geistlichen und welt= lichen Reichsfürsten, der Prälaten, Reichsgrafen und unmittelbaren Reichsritter, zu Theil wurde, mußte dem zum Königreich erhobenen Staat daran gelegen jein, dem Widerstand dieser neuen Unterthanen, die sich nur ungern mediati= siren ließen, ein Gegengewicht entgegenzustellen. Zu diesem Zweck suchte man das Abhängigkeitsverhältniß, in dem ihre hintersaffen zu ihnen ftanden, möglichst abzuschwächen und endlich ganz zu beseitigen. Man bediente sich hierbei folgenden 3m Gegensatz zu Alt=Burtemberg, wo bereits früh die freie Theil= barkeit und das gemeine Erbrecht zur Anwendung gelangt waren, war das Grundeigenthum in den neuen Landstrichen durch Lehnsbande, altadeliges und altbäuer= liches Recht, zu dem auch die Erbfolge nach Lehnsrecht und nach bäuerlichem Anerbenrecht gehörte — der freien Beräußerung entzogen, wobei auch die Sitte die Theilung keineswegs begünftigte. Theils um die Produktion zu heben, theils aber auch, um die Abhängigkeit der bäuerlichen Grundeigenthumer von ihren bisherigen Herren zu schwächen, und sie selber der neuen Krone geneigter, die ehemals Reichsunmittelbaren aber ihr unterwürfiger zu machen, wurde die Agrarverfassung des alten Landes — zu der auch das gemeine Erbrecht ge= hörte — auf die neuen Landestheile übertragen 10).

Indem wir uns den speziellen Nachweis über den Zusammenhang zwischen ten verschiedenen Formen des Erbrechts und der Grundeigenthumsvertheilung innerhalb des Deutschen Reichs für die späteren Abschnitte dieser Arbeit vorbehalten, foll hier nur im Allgemeinen auf diefen Zusammenhang hin= gewiesen werben. Wir werden uns bei bieser Belegenheit gestatten, die Grenzen unserer Arbeit ausnahmsweise weiter zu ziehen, als es im speziellen Theil geschieht, indem wir einige für den oben behaupteten Zusammenhang

wichtige Thatsachen der Geschichte auch anderer Bölker entnehmen.

Was den Nachweis des Zusammenhangs zwischen Grundeigenthumsver=

⁹⁾ Correspondance de Napoléon I. Paris 1863. t. XII. S. 432. 10) Fallati in ber Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswiffenschaft. Jahrg. 1845. S. 325.

theilung und Erbrecht betrifft, so kann berselbe natürlich nur im Großen für ganze Länder und Bölker oder doch für größere Landestheile und Bolksstämme erbracht werden. Denn das Recht sowie die Sitte sind sozial-politische Faktoren, die nicht mit der Gleichmäßigkeit, Sicherheit und Präzision von Naturmächten wirksam sind, indem ihr Einfluß im Ginzelnen durch den Ginfluß sie begleitender oder ihnen entgegenwirkender Faktoren entweder verstärkt oder abgeschwächt bez. ganz beseitigt werden kann. So wird es denn vorkommen, daß, wenn wir nur einzelne kleinere Gebiete und kurze Zeiträume ins Auge fassen, der oben behauptete Ginfluß sich nicht durchweg in gleicher Stärke vorsinder, ja daß er ausnahmsweise durch andere Einflüsse auch vollskändig paralysirt erstweint.

Eins der altesten Beispiele für den großen Einflug des Erbrechts im modernen Europa bietet uns das nördliche Stalien. Giebt es doch kein Land in Europa, in dem das römische Erbrecht der späteren Raiserzeit mit seinem gleichen Unrecht sämmtlicher Kinder an das elterliche Bermögen, feiner Schätzung des gefammten Nachlaffes sowie der einzelnen zum Nachlaß ge= hörigen Immobilien nach dem Berkehrswerth und seiner Begunstigung der Naturaltheilung so früh zu gleich unbedingter Anwendung auf den gesammten Immobilienbesitz gelangt ift, wie Norditalien, indem Die der Berbreitung deffelben auf das flache Land in anderen Staaten entgegenstehenden ständischen Sonder= rechte hier fehlten ober schon früh beseitigt wurden. So bildete sich auch unter ber grundbesitzenden Lehnsaristokratie in Norditalien die Sitte aus, das Grundeignthum bis ins Unbegrenzte zu theilen. Und wo sich in den Kreisen der letteren hier und da die entgegengesetzte Tendenz, das Grundeigenthum in einer Sand zusammenzuhalten, zeigte, da ift dieselbe von der Gesetzgebung der mit ihrem Ginfluß weit ins Land hineinragenden Communen aufs Entschiedenste bekampft worden. So wird beispielsweise durch die aus dem Jahre 1161 stammen= ben Statuten ber Stadt Bifa (Statutum Usus Pisanae civitatis) jede Bevorzugung des einen Theils vor dem anderen bei Bererbung des Lehns= besites verboten.

Die uneingeschränkte Anwendung bes römischen Erbrechts bei Bererbung bes Grundeigenthums führte in Rorditalien bann zu einer fo großen Berftudelung des ländlichen Grundeigenthums, daß die einzelnen Landstellen bald zu klein für die Erhaltung einer Familie und unfähig zur Tragung der auf ihnen ruhenden öffentlichen Laften wurden, sowie zugleich zu einer so großen Par= zellirung beffelben, daß der Landbau barunter leiden mufite. Um biefe Difistände zu beseitigen, verfolgte die Agrargesetzgebung der italienischen Communen (Brescia, Vicenza, Cremona, Parma, Modena) bereits seit dem XII. Jahrhundert die Tendenz, die Zusammenlegung der in der Feldmark liegenden, dem= selben Gigenthümer oder verschiedenen Gigenthümern gehörigen Barzellen zu begunftigen, um auf diesem Wege größere, abgerundete Guter gu ichaffen. Diesem Zweck diente sowohl das nachbarliche Bor- und Rücktauffrecht als auch die Bestimmung, daß die Besitzer von Gutern, welche eine bestimmte gesetzlich vorgeschriebene Größe nicht erreichen, einfach zur Beräußerung ihres Besitzes an den kauflustigen Rachbarn gezwungen sein sollen. Durch solche Handhaben kamen städtische Bodestas, Güterspekulanten und große Grundeigenthümer allmählich dazu, das kleine Grundeigenthum zu beseitigen. Namentlich vermöge des beweglichen Kapitals, das sich in Norditalien in Folge der frühen Blüthe von Handel und Insustrie in großer Fülle angesammelt hatte, gelang es immer mehr, diese zahlreichen kleinen Güter in einigen wenigen Handen zu vereinigen. Um die meist in den Bessitz städtischer Patrizier gelangten Latifundien auf die Dauer vor dem Zerfalle in einzelne Theile zu schützen, wurden sie dann seit dem Eindringen spanischer Einsslüsse durch Familiensideicommisse rechtlich gebunden.

So ist denn in Norditalien unter dem maßgebenden Einfluß des römischen Erbrechts das Grundeigenthum zuerst bis ins Unendliche zersplittert, dann aber ist dieses kleine Grundeigenthum mit Hilfe des schon früh in großen Massen vorhandenen Geldkapitals wieder zu Latifundien vereinigt worden, und werden diese endlich in den letzten Jahrhunderten durch ein verändertes Erbrecht — Familiensideicommisse — zusammengehalten 11).

Noch deutlicher tritt der Einfluß des Erbrechts auf die Grundeigenthums= vertheilung zu Tage, wenn man Frankreich und England bez. Schottland mit einander vergleicht.

Die Zersplitterung des französischen Grundeigenthums mit ihrem bäuerlichen Rleinbetrieb und ihrer außerordentlich sorgfältigen Kultur ist zum großen Theil, wenn auch nicht ausschließlich ein Kind der französischen Revolution und der aus derselben mittelbar oder unmittelbar hervorgegangenen Gesetzgebung, welche, wie bereits angedeutet wurde, unter Anderem das Erstgeburtrecht aufhob und die gleiche Erbtheilung einführte. Unter dem Zwange der demokratischen Erbsolgeordnung schreitet allgemach das Morcellement des Bodens weiter und weiter, so daß selbst Legont, sein eifriger Anwalt, sich schließlich der Einsicht nicht entziehen kann, daß eine gesetzliche Schranke hier nothwendig werben könnte.

Und wiederum die Concentration des Grundeigenthums in wenigen Händen, der kapitalistische Großbetrieb und die rationelle Bewirthschaftung der englischen Landgüter, sowie die Benutzung der durch Wissenschaft und Kapital gebotenen Bortheile, aber auch die fast gänzliche Verdrängung des englischen Bauernstandes wären nicht möglich gewesen ohne die für alles Grundeigenthum geltende Primogeniturerbsolge und ohne die Settlements, d. h. die Sinrichtung, das Grundeigenthum für eine kürzere Zeit, als für welche die deutschrechtlichen Fideicommisse errichtet werden, gegen Veräußerung, Zerstückelung und Versschuldung zu schlieben.

Aber auch hier, in Frankreich wie in England und Schottland hat erst in der Ansammlung des beweglichen Kapitals die Vorbedingung für die Wirskung des Erbrechts geschaffen werden mussen  12 ).

¹¹⁾ R. Böhlmann, Die Wirthschaftspolitit der Florentiner Renaissance. Leipzig 1879. S. 1, 12, 13.

¹²⁾ Ueber England: L. v. Ompteda, Landgesetz und Landwirthschaft in England, in den Preußischen Jahrbüchern, Bd. XXXVI (1880). Heft 4 und 5, und v. Miastowsti, Die Gebundenheit des Grund und Bodens durch Familienstdenmisse. Jena 1873. S. 41—54. Ueber Frankreich: Leplay, La réforme sociale. 5. Austage. 1874. Bd. I. S. 200, 231. v. Miastowsti, Gebundenheit 2c. S. 54—58. Legoyt, La France et l'Etranger. 2 tomes. Paris 1870. tome 2. S. 430—482.

Weniger bekannt als die eben erwähnten Vorgänge in England und Frankreich durften die Grundeigenthumsverhältniffe in den beiden Schweizer Salbkantonen Db = und Ridwalden sein. Diese beiden Ländchen liegen neben= einander und find lediglich durch einen Gebirgszug von mäßiger Sohe, den fog. Kernwald, von einander getrennt: daher ihr Name Db- und Nidwalden, d. h. ob und nid oder ober- und unterhalb des Kernwalds. Beide Länder unterscheiden sich sowohl durch die Art der Vertheilung des Grundeigenthums wie durch ihr Immobiliarerbrecht. In Nidwalden wird der im Privateigenthum befindliche Grund und Boden im Thal und auf den Borbergen von dem Bater gewöhnlich bei Lebzeiten einem seiner Rinder übergeben und erhalten die übrigen Kinder nur Abfindungen von mäßiger Höhe. Das Streben, das väterliche Erbe ungetheilt zu erhalten, zeigt fich bann auch unter ben Erben felbst, wenn der Bater, ohne eine folche Berfügung getroffen zu haben, ftirbt, indem die= felben einem unter fich bas ererbte Gut gegen eine mäßige Summe zu über= tragen pflegen. Bang anders in dem benachbarten Obwalden, wo das väterliche But von den Erben meist naturaliter in so viele Theile getheilt zu werden pflegt, als es Erben giebt. Das Resultat ift dann in Nidwalden eine sehr aristofratische, in Obwalden dagegen eine demofratische Vertheilung des privaten Grundeigenthums: ein Unterschied, der sich felbst in der Art, wie die Gemein= alpen hüben und drüben benutt werben, noch deutlich abspiegelt. Denn mahrend auf den Nidwaldner Alpen die einzelnen "hablichen" Bauern ihre eigenen meift vereinzelt ftebenden Sutten besitzen und jeder Bauer von feiner Sutte aus das um dieselbe liegende Land mit seiner Sennte, bestehend aus 25-30 Stud Bieh, beweidet, liegen auf den Obwaldner Alpen die Hütten der Zwergbauern in größerer Bahl beisammen, ja es wird die einzelne Butte nicht selten von mehreren Bäuerlein gemeinsam benutt; auch weidet das Bieh fammtlicher Befitzer eines folden Buttenkompleges unter einem Stabe. Und diefer verschiede= nen Grundeigenthumsvertheilung und Allmendnutzung find bann auch abäquat die Anschauungen der Nid- und Obwaldner über das, mas recht und billig ift. So stellen die Nidwaldner den Flor des Bauernguts und der Bauernfamilie sowie ihres Ländchens höher als die Durchführung des Princips der Gleichheit; in Obwalden dagegen wird ein besonderes Gewicht auf die möglichst gleiche Lage der Familienangehörigen wie auf eine möglichst gleichmäßige Bertheilung bes väterlichen Bermögens unter fammtliche Kinder gelegt. die jungeren Geschwister gern vor dem älteren Bruder zurud, leisten ihm Dienste oder wenden fich einem anderen Gewerbe gu, damit der väterliche Hof dadurch in der Familie und im Flor erhalten wird; hier wollen lieber alle nichts oder wenig haben, als daß fie gestatten wurden, daß einer mehr hatte als die anderen 13).

Dieselben Gegenfäße, die wir in Unterwalden auf kleinem Gebiet dicht neben einander antreffen, finden sich dann auch zerstreut über die ganze Schweiz wieder.

Im Allgemeinen ift das Grundeigenthum hier bei Geltung des gleichen

¹³⁾ Schweizer Alpwirthschaftliche Monatsblätter. Jahrgang 1872. Nr. 2. S. 25, 29. v. Miaskowski, Die Schweizerische Allmend in ihrer geschichtlichen Entwickelung. Leipzig 1879. S. 140 und passim. Milnbliche Erkundigungen.

Erbrechts für alle Kinder sehr zerstückelt. Und wo ausnahmsweise in einer Gegend, wie z. B. im Bernischen Emmenthal, in einigen Theilen der Kantone Zug, Luzern, Zürich, Aargau u. s. w. sich noch stattliche Bauerhöse in größerer Anzahl vorsinden, da ist regelmäßig auch ein entsprechendes, einen der Miterben begünstigendes Anerbenrecht oder doch wenigstens eine entsprechende Sitte in Geltung.

Die bisher mitgetheilten Beispiele für den zwischen dem Erbrecht und der Grundeigenthumsvertheilung bestehenden Zusammenhang haben wir verschiedenen nicht zum Deutschen Reich gehörigen Ländern entnommen. Es bleibt hier noch übrig, dieses Zusammenhangs im großen Ganzen auch sur das Deutsche Reich zu erwähnen und im Uedrigen hinsichtlich der Einzelheiten des Erbrechts auf die solgenden Abschnitte zu verweisen.

Ein genauer Vergleich der in diesen Abschnitten mitgetheilten Daten mit der in dem vorigen Abschnitt zur Darstellung gebrachten Grundeigenthumsvertheilung ergiebt, daß in den hauptsächlich dem Nordosten angehörenden Ländern mit vorwiegendem Großgrundeigenthum zugleich das früher lehnerechtlich und jetzt sideicommißrechtlich gebundene Grundeigenthum sich am stärksten vertreten sindet. Das für die großen Güter bestehende singulare Erbercht übt dann seinen Sinsluß auch über die Grenzen des großen Grundeigensthums hinaus, indem es die sür das bäuerliche Grundeigenthum bestehende Vererbungssitte unterstützt.

Und ebenso hat auf das Extrem der eben erwähnten Gütervertheilung, wie es sich namentlich in dem südwestlichen Deutschland vorsindet und sich durch sehr weitgehende Zersplitterung des Grundeigenthums charakterisirt, das zum Theil bereits früh zur Geltung gelangte gemeine Erbrecht unzweiselhaft so einschneidend eingewirkt, daß es demselben gelungen ist, die entgegensstehende bäuerliche Vererbungssitte bis auf verschwindend kleine Ueberreste zu zersesen und aufzulösen.

Endlich haben diejenigen hauptsächlich im Nordwesten und Südosten des deutschen Reichs gelegenen Länder, in denen sich überhaupt eine außerordentlich günstige Vertheilung des Grundeigenthums mit Vorwiegen des Bauernstandes erhalten hat, zugleich ihr von dem gemeinen Erdrecht abweichendes Grunderberecht sich mit großer Zähigkeit dis in die Gegenwart hinein zu bewahren gewußt. Was diesem bäuerlichen Anerbenrecht — sowohl in der Form des gesschriebenen wie des Gewohnheitsrechts — hier seine besondere Kraft verliehen hat, ist u. A. auch der Umstand, daß die Besitzer der Rittergüter ihren Besitz nach ähnlichen Grundsätzen zu vererben pflegen. So stützen sich denn die beiden Erbrechtsschsschaft und tragen dadurch die Gewähr längerer Dauer in sich.

Und wie die Einwirkung des Erbrechts im Allgemeinen auf die Grundeigenthumsvertheilung nicht nur in Italien, Frankreich, England und in der Schweiz, sondern auch in Deutschland unverkennbar ist, so sinden sich auch manche auswärts wahrgenommene kleine Züge in Deutschland wieder.

Aehnlich wie in Ob- und Nidwalden treffen wir z. B. in verschiedenen Gegenden Würtembergs unmittelbar neben einer Rechtsanschauung und Sitte, welche das Grundeigenthum in der Familie zusammenhält, indem sie es unter

Benachtheiligung der übrigen Geschwister an einen der Söhne übergehen läßt (in Oberschwaben, im Hohenlohe'schen, im Schwarzwald), eine dieser Auffassung diametral entgegengesetzte, der eine ungleichmäßige Vertheilung des väterlichen Nachlasses als eine nicht zu duldende Ungerechtigkeit erscheint (meist im ebenen und fruchtbaren Theil von Alt-Würtemberg).

Dieselben Gegensätze der Rechtsanschauung und Sitte stoßen auch an der Grenze von Westphalen und der Rheinproving, im badischen Schwarzwalde in der Nähe des Feldbergs und anderswo auseinander.

Che wir diesen Abschnitt schliegen, nur noch ein Wort.

Die von uns als möglich bezeichneten indirekten Sinwirkungen des Staats auf die Grundeigenthumsvertheilung — zu denen wir in hervorragender Beise den Sinfluß des Erbrechts rechnen — machen sich freilich in Wirklichkeit nicht immer in der gewünschten Beise geltend.

Damit dies geschehe, bedarf es der Erfüllung einer doppelten Voraus= setzung.

Der Geltendmachung eines solchen Sinslusses muß zunächst vorhergehen eine genaue Kenntniß der vorhandenen Grundeigenthumsvertheilung in den einzelnen Landestheilen sowie der etwaigen Korrekturen, welche an derselben durch den landwirthschaftlichen Betrieb vorgenommen werden (Zerlegung allzu großer Bestigeinheiten in kleine Wirthschaftseinheiten oder gemeinsame Bewirthschaftung einer Anzahl kleiner Bestigeinheiten).

Leiber fehlt es in beiden Beziehungen in vielen beutschen Staaten noch an den nöthigen statistischen Aufnahmen; ja es fehlt sogar zum Theil noch an dem Bewustsein von der Nothwendigkeit einer genauen Kenntniß der vorhanbenen Grundeigenthumsvertheilung.

Wie nur eine genaue Kenntniß der vorhandenen Grundeigenthumsvertheistung die Regierung davor schützen kann, ungreifbaren Phantomen nachzujagen, so muß serner jeder Bersuch einer Einwirkung auf die Grundeigenthumsverscheilung, der von wirklichem Ersolge gekrönt sein will, von verschiedenen Punkten ausgehen. Als der Staat noch direkte Handhaben hiersür besaß, mochte bereits eine einzige Maßregel genügen, um das gewünschte Ziel zu erreichen. Heute, wo demselben eine Einwirkung in dieser Beziehung nur auf indirektem Wege zusteht, muß eine Summe oder vielmehr ein ganzes System von Maßregeln in Anwendung gebracht werden. Ja eine wachsame und ihrer hohen Aufgabe sich bewußte Politik wird sich bei jeder Gesetzgebungs- und Berwaltungsmaßregel zu fragen haben, welchen Einsluß dieselbe wohl auf die Grundeigenthumsvertheilung ausüben werde, um nach dem Ausfall der Antwort ihre weiteren Entschlüsse zu fassen.

Damit sind wir zu dem Resultat gelangt, daß das Erbrecht heutigen Tags nur im Zusammenhang mit anderen auf dasselbe Ziel gerichteten Maßregeln die beabsichtigte Wirkung auf dem Gebiete der Grundeigenthumsvertheilung auszuüben vermag.

Nachdem wir oben einige Beispiele für den zwischen dem Erbrecht und der Grundeigenthumsvertheilung verschiedener Bölker bestehenden Zusammenhang beigebracht haben, liegt uns jest noch ob, das im Allgemeinen wahrscheinlich

Gemachte nun im Einzelnen für die im Deutschen Reich geltenden verschiedenen Erbrechtsformen zur unumftöglichen Gewißheit zu erhärten.

Bevor wir dies thun, werden wir noch die Tendenzen ins Auge fassen muffen, welche in ben Beränderungen ber beutschen Grundeigenthumsverhaltniffe

während der letzten Jahrzehnte zu Tage getreten sind. Denn es genügt nicht, daß wir wissen, die bestehende Grundeigenthums= vertheilung im Deutschen Reich sei im großen Ganzen eine normale und ge= funde, wir muffen auch zu ermitteln suchen, ob die Richtung, in welcher sich Die Berhaltniffe zu verandern ftreben, ebenfalls noch eine erwunschte ift. Erft wenn wir auch hierüber genügend aufgeklart find, werden wir wiffen, wo und in welcher Richtung der Staat auf diesem Gebiet einzugreifen die Aufgabe hat.

## Die Veränderungstendenzen in der deutschen Grundeigen= thumsvertheilung der Gegenwart und ihre Erklärung.

Sind wir in dem vorigen Abschnitt zu dem Resultat gelangt, daß die Bertheilung des deutschen Grundeigenthums im großen Ganzen — wenn man von einigen Gegenden absieht — eine gesunde und normale ist, so fragt es sich jetzt, ob dieser Zustand auch die Gewähr der Fortdauer darbietet.

Um hierüber einigen Aufschluß zu erhalten, werden wir die Tendenzen zu ermitteln haben, welche während der letzten Jahrzehnte in den Beränderungen der Grundeigenthumsvertheilung zu Tage getreten sind, um aus diesen auf die Richtung zu schließen, welche diese Beränderungen wahrscheinlich auch in der

Butunft einschlagen werden.

Läßt sich nun, fragen wir zunächst, eine folche einheitliche Richtung, in der sich die Beränderungen der Grundeigenthumsvertheilung in der letten Zeit vollzzogen haben, überhaupt für ganz Deutschland nachweisen oder muß auch hier zwischen den verschiedenen Theilen des deutschen Reichs unterschieden werden?

Um diese Frage zu beantworten, wollen wir zunächst die Hauptgründe ins Auge fassen, welche in der Gegenwart solche Veränderungen herbeizusühren pflegen. Zu diesem Zweck werden wir von dem im vorigen Abschnitt Angeführten Einiges besonderes herauszuheben und näher auszusühren haben.

Unter den Faktoren, welche in der Gegenwart einen maßgebenden Ginfluß auf die Beränderung der Grundeigenthumsvertheilung im Deutschen Reich haben, nimmt wohl die erste Stelle die im Bergleich zu früheren Zeiten außerordent=

lich starke Vermehrung des beweglichen Kapitals ein.

Daß das bewegliche Kapital in der Gegenwart für das Grundeigenthum von größerem Einfluß ist als in früheren Zeiten, ist aber nicht nur auf seine Bermehrung zurückzuführen, sondern ebenso darauf, daß sowohl seiner Berbindung mit dem Grund und Boden als seinem Austausch gegen denselben in unserer Zeit der Freiheit des Grundeigenthums keinerlei rechtliches Hinderniß mehr im Wege steht.

Ginestheils verlangt die rationell und schwunghaft betriebene Landwirthsschaft wachsende Kapitalmassen, durch die sie den Boden befruchtet, um ihm immer größere Erträge abzunöthigen. Dann aber erzeugt auch die Gutsübersnahme seines der Erben das Bedürsniß nach beweglichem Kapital, um

die Miterben abzusinden. Das nöthige Kapital pslegen sich die Besitzer größtenstheils auf dem Wege des Kredits zu verschaffen. Die Unvollkommenheiten der heutigen Organisation des landwirthschaftlichen Kredits haben aber einen verschältnißmäßig häusigen Besitzwechsel der verschuldeten Güter zur Folge. Und dieser häusige Besitzwechsel ist dann wieder nicht ohne Ginfluß auf die Versänderung der Sigenthumsgrößen.

Und anderntheils drängt das bewegliche Kapital auch direkt nach Umwandelung in Grundeigenthum und zwar wegen des eigenthümlichen Reizes, den dieser Besitz für Jedermann, namentlich aber für den kleinen landbautreibenden Mann hat, dann aber wegen der großen Sicherheit einer solchen Kapitalanlage und endlich auch wegen der höheren sozialen Stellung, die nament=

lich das große Grundeigenthum gewährt.

Was diesen letzten Punkt betrifft, so sind es heutzutage die im Handel und Gewerbe, sowie namentlich im Bank- und Börsenwesen erworbenen Kapitalien, die von ihrer Umwandlung in Grundeigenthum gleichsam eine Legitimirung ihres Erwerbstitels von bisweilen zweiselhaftem Charakter erwarten. Um diesen Preis begnügen sie sich dann nicht selten auch mit einer sehr niedrigen Ber-

zinsung.

Wenn die Umwandelung des Kapitals in großes Grundeigenthum häufig das letzte Stadium eines sehr langen Erwerbsprozesses bezeichnet, der damit in normalere Bahnen einlenkt, so lätt sich das Gleiche nicht auch von demjenigen Kapital sagen, das sich dem Erwerb von mittleren und kleinen Landgütern zuwendet. Dier ist die Immodilisirung des beweglichen Kapitals bisweilen gar nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck außerordentlichen Erwerds. Wie im Handel, namentlich im Spekulationshandel mit Börsenessesken, so will der Käuser von Grundeigenthum in solchem Fall nur die Differenz zwischen dem niedrigen Einkaufs= und dem möglichst hohen Verkaufspreise realisiren.

Ein solches Borgehen wird, wenn es gewerbsmäßig betrieben wird, als Gütermetzen, Güterschlachten, Güterschinden bezeichnet und besteht darin, daß gewöhnlich stark verschuldete Bauerngüter, ausnahmsweise aber auch Rittergüter zu sehr niedrigen Preisen angekauft und dann, nachdem der etwa vorhandene Wald abgeholzt worden, in einzelnen Parzellen an die Gutsnachbarn oder an ländliche Arbeiter u. s. w., die in den Besitz eines kleinen Grundstücks zu geslangen wünschen, verkauft werden. Dieser Zerstückelungsprozeß bildet wieder häusig nur gleichsam das präparatorische Stadium für den Zusammenkauf großer Gütermassen seitens der Besitzer großer mobiler Kapitalien.

Gegen einen solchen Zusammenkauf ist rein vom Produktionsstandpunkt in der Regel nichts einzuwenden. Im Gegentheil! Die gewöhnlich mit auszeichendem Betriebskapital versehenen neuen Besiger lassen ihre größtentheilsschuldenfreien Besitzungen ebenso schwunghaft als nachhaltig bewirthschaften und schaffen so nicht selten aus herabgekommenen Gütern blühende landwirthschaftzliche Dasen.

Richt mit dem gleichen ungetheilten Gefühl können diese Borgange vom Standpunkt der Grundeigenthumsvertheilung und der sozialen Gliederung, wie von dem der gesammten Kulturentwickelung begrufft werden.

Wiederholen sie sich in einem Lande häufig und nehmen sie größere Dimensionen an, so kann sich leicht eine einseitige Gigenthumsvertheilung ein= stellen. Treten diese Borgänge serner in verhältnismäßig furzen Zeiträumen auf, so daß die vorhandenen Grundbesitzer in großer Anzahl plötzlich durch neue, vorwiegend städtische Elemente ersetzt werden, so kann dadurch die Kontinuität der Kulturentwickelung auf dem Lande unterbrochen und können namentlich die landwirthschaftlichen Arbeiter und Kleinbesitzer leicht ihrer natürzlichen Stützen beraubt werden.

Biel schärfer noch muß bas Urtheil über bas Gütermetzen, Diese künstliche Berkleinerung bes Grundeigenthums, lauten.

Bmar kann jugestanden werden, daß in Gegenden, in denen die Bevölkerung wenig Unternehmungeluft zeigt, die Gütermetger, ohne es zu beabsichtigen, doch nütlich zu wirken vermögen, indem sie eine in Folge intensiveren landwirthschaft-Lichen Betriebs und sich ausbreitender Industrie nothwendig werdende Güter= bewegung, die sich von felbst vielleicht nur langfam vollzogen haben murbe, fünstlich beschleunigen helfen. Go 3. B. kann das Gütermetgen gunftig wirken, wo es zur Zerschlagung von großen Bauern- und Rittergütern führt, die für das vorhandene Kapital der Besitzer zu umfangreich sind, vorausgesetzt nämlich, daß die nach der Zerschlagung übrigbleibenden Theile noch immer leistungsfähig find und den bestehenden volkswirthschaftlichen Berhältniffen entsprechen. Gin günstiges Resultat wird das Gütermetgen auch dann ausweisen, wenn es dahin führt, daß den Nachbarn des zerstückelten Gutes, deren Grundstücke zu klein für ihre Arbeitskraft sind oder eine schlechte Lage haben, dadurch Gelegenheit geboten wird, ihren Besit zu vergrößern und zu arrondiren, und endlich wird bas Gutermetgen auch dann einem bestehenden legitimen Bedurfnig entsprechen, wenn dadurch den kleinen Leuten: landwirthschaftlichen Tagelöhnern, Fabrikarbeitern, Fuhrleuten, ländlichen Wirthen, Sandwerkern und Krämern u. f. w. Gelegenheit geboten wird, fich ein kleines Grundeigenthum zu erwerben, voraus= gesett nur, daß die Bedingungen zu einer Seßhaftmachung dieser Klassen (so 3. B. für die Tagelöhner genügende Erwerbsgelegenheit), sowie die Mittel zur Bezahlung des Kaufschillings vorhanden sind oder doch leicht erworben werden fönnen.

Bielsach jedoch wird das Resultat des Gütermetzgens volkswirthschaftlich ebenso verwerslich sein, wie die Motive und das Versahren es häusig sind.

Das Resultat des Gütermetzens ift gewöhnlich dann ein volkswirthschaft= lich unerwünschtes, wenn die steile Lage oder Unfruchtbarkeit des Bodens, die Rauheit des Klimas oder der Mangel an Arbeitsgelegenheit eine weitgehende Zerstückelung des Grundeigenthums nicht angezeigt erscheinen lassen oder wenn Personen, welche weder das nöthige Kapital, noch auch den ersorderlichen Kredit besitzen, zum Erwerb von Grundeigenthum veranlaßt werden.

In letzterer Beziehung kommen nicht nur die kleinen Leute, ländlichen Tagelöhner u. s. w. in Betracht, die, ohne das nöthige Kapital zu besitzen, dennoch ein Grundstück erwerben möchten. Namentlich in Baden und Bayern wird auch über die Sucht der Bauern geklagt, ihr Grundeigenthum in unversständigem Maße auszubehnen und für feil gewordene Grundskücke Preise zu bieten, die dem Ertragswerthe gar nicht entsprechen. Diese auf Anregung und durch Bermittelung von Zwischenhändlern "auf Zieler" gekauften Grund-

ftücke haben, da es den Räufern vielfach an den Mitteln zur rechtzeitigen

Bablung fehlt, häufig zum Ruin ber Bauern geführt 1).

Aber auch abgesehen von diesen Resultaten, die ja weder immer einzutreten brauchen, noch auch immer einzutreten pflegen, erregt das Berfahren selbst, das Gewerbe der Sütermetzer an sich, Bedenken. Und dies zwar nicht wegen des disweilen unverhältnismäßig hohen Sewinns, den der Sütermetzer zu erzielen weiß. Denn einem solchen, der nur bei steigenden Süterpreisen und starker Nachstrage nach kleinen Parzellen zu erzielen ist, stehen dei sinkenden Preisen — wie sie namentlich in den letzten Jahren vielsach vorkamen — auch wieder manche Berluste gegenüber. So wird z. B. aus Schleswig-Holstein und Oberschlessen berichtet, daß bei den sehr hohen Kauspreisen aus dem Unfang der siedenziger Jahre und den gleich darauf eintretenden mäßigen Ernten und sinkenden Preisen der Produkte die Gütermetzer zum Theil recht schlechte Geschäfte gemacht haben. Und ähnliche Nachrichten kommen in den letzten Jahren auch aus einigen Theilen des würtembergischen und badischen Schwarzwalds.

Der hauptgrund für die Berwerflichkeit des Gewerbes der Gütermetger durfte vielmehr darin zu suchen sein, daß sie zum Theil das bereits vorhandene Elend der Bauern benutzen, zum Theil aber dasselbe erst spstematisch und methodisch herbeiführen, um auf möglichst wohlfeile Beise in den Besitz ihrer Büter zu gelangen. Indem fie diese dann wieder an Leute verkaufen, von denen sich mit ziemlicher Sicherheit voraussehen läßt, daß sie den Kaufpreis nicht werden bezahlen können, bringen sie dieselben ebenfalls ins Elend. Ueber die Lage dieser entwirft ein neuerer Schriftsteller 2) folgende Schilderung: "Diefe auf den Trummern eines ausgeschlachteten Bauernhofs entstehenden Birthschaften sind eine wahre Quelle der Ausbeutung menschlicher Arbeitskraft. Mit elendem, halbverhungertem Bieh ausgestattet, den Dung des baaren Geldes wegen verkaufend, schafft diese erbarmungswürdige Menschenklasse im Schweiße ihres Angesichts, um die Ansprüche des Grundherrn (d. h. des Berkäufers, der den Raufschilling freditirt hat) zu befriedigen. Dieser preft sie aus, und die Schweiftropfen der Armen werden bei ihm zu Gold und entschädigen ihn reich= lich für das Rapital, das er nicht mehr zurückbezahlt erhält. Hat aber die Schuld fich genügend gehäuft, fo wird die Familie auf die Strafe geworfen." Endlich ift für das Urtheil über die Gütermetger noch entscheidend, daß sie sich in ihrem Gewerbe häufig solcher Praktiken bedienen, die gegen Sitte und Recht verstoßen. Und wenn die Gesetzgebung es bisher auch vergeblich versucht hat, den Gütermetgern ihr Treiben zu legen oder doch zu erschweren, indem sich die Maschen der gegen das Gutermetigen gerichteten Spezialgesetze in der Regel als zu grob erweisen, so hat die öffentliche Meinung doch nicht aufgehört, dieses Gewerbe als ein verächtliches zu stempeln.

Bon der Verbreitung und den Personalien dieser Gütermetger in der Gegenwart entwirft E. Jäger folgende Schilderung: "In Preußen und in anderen deutschen Ländern besteht fast in jedem Städtchen (?) und in der Nähe

¹⁾ Freiherr v. Göler in ber Sitzung ber ersten Babischen Kammer vom 16. März 1882. Stenogr. Bericht S. 3. Die Zwangsversteigerung landwirthschaftslicher Anwesen mährend des J. 1880 in der Zeitschrift des K. Baprischen Statistischen Bureaus. 12. Jahrg. 1880. S. 179.

²⁾ E. Jäger, Die Agrarfrage ber Gegenwart. Berlin 1882. S. 188. Schriften XX. - p. Migsto moti. Grunbeigenthumsvertheilung. 9

größerer Landgüter ein "Ring", der sich mit Zerschlagung von Bauerngütern beschäftigt. Ein gewissenloser Kapitalist schafft das Geld, ein Schreiber, der sich einige juristische Bildung erward, ein verdorbener Bauer, endlich als stiller Theilnehmer, der nicht das schlechteste Geschäft dabei macht, ein Rechtsanwalt und Notar — das ist die saubere Brüderschaft. Sie hat ihre Schlepper und Zuträger und schreckt weder vor der Größe des Objekts, noch vor juristischen Schwierigkeiten zurück, sie streist das Strafgeset mit dem Ellendogen, aber nie oder fast nie (?) erleidet sie einen Geldverlust. Sind einmal in einem Dorfe bereits mehrere höße parzellirt, so geht das Geschäft noch besser, denn es hat sich bereits ein Proletariat eingenistet, dessen Hunger nach Land in stetem Wachsen ist, und das die Hypothekenschulden, wenn auch noch so hoch, nicht scheut. — Die verganteten Güter werden gewöhnlich weit unter ihrem Schätzungspreise und Berkehrswerthe von einem Landwucherer oder einer Hypothekendant ersstanden, dann zertrümmert u. s. w. 3)"

Auf die doppelte Beränderung in der Bertheilung des Grundeigenthums, die sich uns bisher nur als eine Folge des wachsenden Kapitalreichthums und der immer stärker werdenden Einwirkung desselben auf das Grundeigenthum ergab, sind übrigens in der letzten Zeit auch noch andere Momente von Einfluß gewesen.

So ist die Zerstückelung und Berkleinerung des Grundeigenthums auch veranlast durch die Nothwendigkeit, den Boden intensiver zu bewirthschaften, und sodann begünstigt durch das Wegsallen aller direkten und der meisten indirekten Schranken des Bodenverkehrs, durch die Ausdehnung des gemeinen Erbrechts über immere größere Gebiete u. s. w.

Dagegen ist die Zusammenballung des Grundeigenthums in immer weniger Händen außer den oben angegebenen Gründen noch vielsach zurückzuführen auf die Bortheile, welche der Größbetrieb gegenüber dem Kleinbetrieb sür manche Kulturarten ausweist, auf die Ablösungsgesetzgebung, welche in Breußen bewirkte, daß den Rittergütern ein Theil des Rustikalbesiges als Entschädigung für die Befreiung des den Bauern zu freiem Sigenthum übertragenen Rests desselben von Grundlasten und Leistungen zugetheilt wurde, auf das Bedürsniß nach besserer Arrondirung der großen Güter, auf die Nothwendigkeit, die Kultur in Folge des Niedergangs der Breise einiger landwirthschaftlichen Produkte zu versändern, also namentlich an die Stelle des Körnerbaus die Viehzucht treten zu lassen, welche Kultur dann wieder nach größeren Wirthschafts= und Besützein- heiten drängt, u. s. w.

Sind wir somit zu dem Resultat gelangt, daß die starke Vermehrung des beweglichen Kapitals in Verbindung mit den eben angesührten Momenten in unserer Zeit einerseits zur Vergrößerung und Arrondirung, andererseits wieder zur Zerstückelung und Verkleinerung des Grundeigenthums sührt, so scheinen sich diese beiden in der Bewegung desselben zu Tage tretenden Tendenzen auf den ersten Blick gegenseitig auszuschließen. Bei näherer Vetrachtung löst sich dieser scheinbare Widerspruch jedoch in volle Harmonie auf, indem sich die entgegengesetzten Tendenzen entweder auf verschiedene Zeiten oder auf verschiedene Theile Deutschlands vertheilen, aber sich auch neben einander in derselben Gegend und zu derselben Zeit sinden.

³⁾ E. Jäger, Die Agrarfrage ber Gegenwart. Berlin 1882. S. 187, 188.

Während sich der Agglomerationsprozeß nämlich hauptsächlich, wenn auch nicht ausschließlich, im deutschen Norden und Nordosten vollzieht, ist die Güterzerstückelung meist auf den Süden und Südwesten beschränkt, wenngleich sie sporadisch auch in anderen Gegenden vorkommt.

Beiden sich gegensätzlich verhaltenden und auf verschiedene Gegenden verstheilenden Tendenzen ist aber eins gemeinsam, daß dort die Bergrößerung und hier die Berkleinerung des Grundeigenthums hauptsächlich auf Rosten des mitteleren Grundeigenthums erfolgt. Dieses ist es, das von zwei Seiten ins Gesdrünge komunt.

Damit glauben wir die eben von uns aufgeworfene Frage, ob sich die Beränderungen in der Grundeigenthumsvertheilung des Deutschen Reiches in einer Richtung oder je nach 'den verschiedenen Gegenden in verschiedenen Richtungen bewegen, beantwortet zu haben.

Es bleibt nur noch übrig, die näheren thatfächlichen Beweise für das ge=

wonnene Resultat beizubringen.

Ein vollständig exakter und somit unwiderleglicher läßt sich freilich nicht führen. Derselbe müßte das nöthige Beweismaterial einer sorgfältig aufgenommenen und verarbeiteten Statistik über die Bewegung des Grundeigenthums entnehmen können. An einer solchen sehlt es aber für sast alle deutschen Länder. Nur die 6 öftlichen Provinzen Preußens sowie die Provinz Westphalen bilden insofern eine Ausnahme, als für sie die nöthigen Daten über die Beränderungen, welche die Grundeigenthumsvertheilung von 1816-59 und von 1865-67 ersahren hat, gesammelt worden sind.

Fehlt es somit an den nöthigen Unterlagen für eine erakte Beweisführung fast vollständig — denn auch die eben erwähnten preußischen Daten können, wie wir unten zeigen werden, nicht auf absolute Zuverlässigteit Anspruch machen und reichen außerdem nur bis zum J. 1867 —, so liegen doch eine Anzahl von Beobachtungen und Aussprüchen theils kompetenter Autoritäten, theils solcher Personen vor, die die erwähnten Berhältniffe kennen mußten und kein spezielles Interesse hatten, sie nicht vollständig wahrheitsgemäß darzustellen. Solcher Aeußerungen über die Ber= änderung der Grundeigenthumsvertheilung haben wir nun seit einer Reihe von Jahren viele gesammelt; ja wir glauben annehmen zu durfen, daß uns keine irgend bemerkenswerthe an die Deffentlichkeit gedrungene Notiz entgangen ist. Wir haben uns hierbei außer an die Aussprüche von Schriftstellern, Abgeord= neten und Beamten, was wenigstens Preußen betrifft, hauptfächlich an amtliche Quellen gehalten, und zwar leisteten uns hier vorzügliche Dienste die älteren, 1874 erschienenen Jahresberichte über den Zustand der Landeskultur, sowie der sich über den Zeitraum von 1875-77 erstreckende, unter dem Titel "Preußens landwirthschaftliche Berwaltung" bekannt gewordene sog. Friedenthal'sche Gesammt= Leider enthält der seitdem erschienene Bericht für 1878-80 keinerlei Nachrichten über unseren Gegenstand. So hoffen wir denn durch Beibringung des von uns gesammelten Thatsachenmaterials die oben aufgestellte Behauptung wenn auch nicht vollständig beweisen, so doch sehr wahrscheinlich machen zu können, und müssen es einer späteren systematischen Massenbeobachtung und Aufzeichnung der einschlagenden Thatsachen überlassen, unsere These zu befräftigen oder - ju entfräften.

Wenn wir jetzt zur Aufzählung der von uns gesammelten Thatsachen

schreiten, so wollen wir uns dabei, abgesehen von einigen wenigen Ausnahmen, auf dieses Jahrhundert beschränken und denken außerdem das aus dem letzten Jahrzehnt stammende Material noch besonders herauszuheben. Es wird nicht auffallen, daß hauptsächlich diejenigen Thatsachen an die Deffentlichkeit gelangt sind und von uns verwerthet werden konnten, welche ein außergewöhnliches Interesse darboten. Dies sind namentlich Güterzerstückelungen in Folge gewerdsmäßig getriebener Hospienigerei oder ausgedehnte, mehrere Jahre hindurch fortgesetzt Vereinigungen von Grundeigenthumsmassen in einer Hand u. s. w.

Wir beginnen mit den Güterzerstückelungen.

Sehr deutlich läßt sich der Brozeß der Bildung kleiner, sogen. Gewerbegüter in Westphalen versolgen. Derselbe ist durch die Ausbreitung der Industrie bedingt und reicht in frühere Jahrhunderte zurück.

In rein agrikolen Zuständen lebten hier anfangs Bauern auf ihrem Grundseigenthum zusammen mit ihren Heuerlingen. Ueber Miethe und Arbeitsleistung wurde zwischen dem Bauern und dem Heuerling einsach auf dem Kerbstod abgerechnet.

Sine Veränderung in diesen — wenn man von den Rittergütern und dem Besitz der todten Hand absieht — ausschließlich bäuerlichen Grundeigensthumsverhältnissen bewirkte die Sinführung der Judustrie und zwar speziell der Leinenindustrie.

Trotz der Untheilbarkeit der Bauerhöfe erhoben sich nämlich durch das gange Land zerftreute Unfiedelungen, beren Besitzer, Reubauern ober Rötter genannt, einen kleinen Ackerbau mit der Hausinduftrie des Spinnens und Webens vereinigten und in mäßigem Wohlftande lebten. Mit dem Zuruck= weichen der Leinenindustrie in ihrer hausgewerblichen Betriebsform hörte dieser Wohlstand freilich allmählich auf, nicht aber auch die Reigung der kleinen Leute fich anzubauen. Durch Aufhebung der Untheilbarteit des Grundeigenthums, durch die bei den Gemeinheitstheilungen den Bauern zugefallenen unbebauten Landantheile, sowie besonders durch die in den zwanziger Jahren häufigen Sub= haftationen bäuerlicher Güter wurde es diesen Leuten leicht gemacht, ihren Wunsch zu befriedigen. Den Rothstand sowohl wie die Reigung zur Erwerbung von Grundeigenthum wußten feit den dreifiger Jahren auch die "Bauernschinder", namentlich im Paderbornischen, zu benutzen und eine Menge von Subhastationen künstlich herbeizuführen, um die subhaftirten Güter zu einem Spottpreise zu erstehen. Diese werden dann in möglichst kleine Theile zerlegt und mit dem sehr werthvollen Sichengebält als Baumaterial zu hohen Preisen, gegen geringe Baarzahlung oder auch vollständig auf Kredit verkauft. Nachdem bann auf diefen neugekauften Parzellen ein hauschen hergestellt und bas Land angebaut worden war, folgte nicht selten eine neue Subhaftation, bei der sich wieder neue Räufer einfanden. Diesem Unwesen suchten die speziell gegen die judischen Butermetger gerichteten und für die westphälischen Rreise Baderborn, Bühren, Warburg und Hörter bestimmten Rabinetsordres vom 20. September 1836 und 5. Januar 1839 zu steuern. Doch wurde der durch die beiden Erlaffe geschaffene gesetzliche Ausnahmezustand bereits durch das Gefetz vom 23. Juli 1847 wieder aufgehoben. Diesem Gesetz war vorhergegangen der Erlag des allgemeinen Gefetes vom 3. Januar 1845, das dann aufgehoben, aber durch das Ergänzungsgeset vom 24. Mai 1853 wieder hergestellt wurde. Durch diefe beiden Gefete wurde unter Anderem auch ber Zweck ver=

folgt, die Hossächterei möglichst zu erschweren. Indeß hatten diese gesetzlichen Magnahmen nicht zu verhindern vermocht, daß unter Wegfall einer Anzahl größerer Adernahrungen mit den dazu gehörigen Holzungen über das ganze Land zerftreut eine Unzahl ärmlicher kleiner Grundeigenthumer entstanden waren. Durch Auswanderung nach Amerika ift ihre Bahl bann fpater einigermaßen ge-Der zurückgebliebene Theil liefert - namentlich in der Umgebung von Bielefeld — das Arbeiterkontingent für die Spinnereien und in anderen Begenden für die in Spekulation auf die billige Arbeitsfraft zahlreich errichteten Cigarrenfabriten.

Seitdem in den letten Jahrzehnten der Fabrit. Sutten= und Berg= werksbetrieb einen gewaltigen Aufschwung genommen hat, suchen die in diesen Broduftionszweigen beschäftigten Arbeiter, besonders die Berg- und Huttenleute, ein eigenes kleines Grundeigenthum zu erwerben, ein Bestreben, in dem sie von den Fabrit-, Bergwerts- und Suttenbesitzern unterftut werden, weil diese in den anfässigen Leuten erfahrungsmäßig die besten, sichersten und zuverlässigften Arbeiter gewinnen. So entstehen in der Rabe der Fabrikorte, Hütten- und Bergwerke oft auf den von den Kolonaten verkauften, bis dahin noch nicht ur= bar gemachten Markantheilen oder hinterländereien theils neue Ansiedelungen, theils wenigstens einzelne kleine Tagelöhnergutchen, die der Industrie= und Berg= arbeiter in seinen Feierstunden fultivirt. Früher murden diese kleinen Sand= stellen in Erbpacht oder Erbzins ausgethan, seit 1850 aber gehen sie in das freie Eigenthum der Arbeiter über. Bon fog, Hoffchlächtereien ift in der letten Beit wenig zu hören gewesen 4).

Alehnlich wie aus Westphalen, verlautet auch sonst aus den Ländern mit vorwiegend bäuerlichem Grundeigenthum im Sudwesten aus der letten Zeit

nicht viel von Gütermetgern und fünftlicher Güterzerftückelung.

In Braunschweig hat fich seit 1850 eine Absplitterung kleiner Saus= lerstellen von den größeren Ritter= und Bauerngütern und zum Theil auch eine vollständige Auflösung dieser in Sauslerstellen vollzogen, doch durfte fie größtentheils ohne die Intervention der Gütermetger erfolgt sein. Da sich dieser Brozeß hier in völlig spontaner Beise vollzogen hat, so muß er durch ein dringendes Bedürfniß veranlaßt worden sein, und in der That hat ein folches vorgelegen, indem in den letten Jahrzehnten weder die großen noch die bäuerlichen Grundeigenthümer ihren Arbeitern mehr, wie sie doch bis dahin gethan hatten, auf ihren Grundstücken Wohnungen und etwas Land zur Benutzung anweisen wollten. Es fahen sich daher diese genöthigt, sich selbst anzukaufen und anzubauen. Die namentlich durch Aus= breitung der Rübenzuckerindustrie gestiegenen Löhne boten ihnen auch die nöthigen Mittel dazu. So ist denn die Zahl der grundbesitzenden Häuslinge im Herzogthum Braunschweig allein zwischen 1850 und 1865 um 1964 gestiegen 5).

Auch in Hannover scheint die gewerbsmäßige Güterschlächterei seit Ein= führung der Theilbarkeit der Bauerhöfe am 1. Oktober 1873 nur ausnahms= weise in den Graffchaften Diepholz und Hona und in den Fürstenthumern

Landtag vom 11. Dezember 1866.

⁴⁾ Lette, Bertheilung des Grundeigenthums. S. 39. Preußens landwirths schaftliche Berwaltung 1875—77. S. 306. Mindliche Erkundigungen.
5) Schreiben des Herzogl. Braunschweigischen Ministeriums an den Braunschw.

Kalenberg und Lüneburg vorgekommen zu sein, ohne daß sie jedoch hier größere Dimensionen angenommen hätte. Auch sollen den großen Gewinnen, welche aus dem Berkauf einzelner Theile solcher Höfe, deren Bestandtheile zerstreut lagen, erzielt worden sind, gegenüberstehen die sehr schlechten Ersahrungen, welche beim Theilverkauf von arrondirten Hösen gemacht worden sind 6).

Aus Oldenburg, den beiben Lippe, Balbed, dem Bremischen Stadtgebiet, Lauenburg u. f. w. find uns keinerlei Thatsachen über kunftliche Gutergerstüde=

lungen bekannt geworden.

Dagegen bringt das Kasseler Journal neuerdings folgende Notiz: Im ehemaligen Kurfürstenthum Heffen hatte das fog. Güterausschlachten vor etwa 30 Jahren eine fo bedenkliche höhe erreicht, daß auf dem Wege der Gesetz= gebung gegen dasselbe vorgegangen wurde. Es geschah dies durch die Berordnung vom 4. März 1858, welche zur Verhütung gemeinschädlicher Handelsspekulationen mit Grundeigenthum bestimmte (§ 1), es sei für jeden, der ein oder mehrere zur Landwirthschaft dienende Grundstücke (Ackerland, Wiefen, Garten), welche zusammen mindestens zehn taffeler Ader Flächeninhalt haben, nach Erlaß diefer Berordnung aus Giner Sand burch Rauf- oder Tauschvertrag erwerben würde, zur Wiederveräußerung im Einzelnen oder in Parzellen die Beibringung einer Bescheinigung des betreffenden Landrathsamts darüber daß der Erwerb in Verbindung mit der beabsichtigten Wieder= veräußerung nicht als gemeinschädliche Handelsspekulation sich darstelle. Bescheinigung solle es aber nicht bedürfen, sobald der zeitige Sigenthümer den betreffenden Grundbesitz fünf Jahre hindurch im Besitz gehabt habe. Diese Berordnung, wiewohl sie hier und da umgangen wurde, soll der Güterschlächterei doch wesentlichen Einhalt gethan haben. Sie ist aber durch den § 3 der Verordnung vom 13. Mai 1867 beseitigt worden, und von diesem Augenblick an lebte das Güterausschlachten alsbald wieder auf und erreichte in den Jahren 1873, 1874 und 1876 einen zuvor nicht bagewesenen Umfang. In den letzten Jahren hat dieses Geschäft im Bergleich zu früher etwas nachgelassen, und zwar deshalb, weil, da der Grund und Boden im Werthe erheblich herabgegangen ift, dasselbe den früheren Gewinn nicht mehr abzuwerfen vermag. Es ist daher auch jetzt noch manches Gut auf Lager. Die Vereinzelung der Güter pflegt durch öffentliches Ausgebot der Grundstücke in der Dorfschenke vorgenommen zu werden, wobei die Lust sum Bieten durch Auflegen von Branntwein und Bier in reichlichen Quantitäten seitens des Gutsschlächters angeregt wird. wöhnlich macht ber Parzellenkäufer nur eine unbedeutende Anzahlung, für das übrige Kaufgeld werden Ratenzahlungen (sog. Zieler) festgesetzt und für deren Richteinhalten eine Konventionalstrafe ober Ruckgang des Kaufs unter Berluft der bis dahin erfolgten Zahlungen stipulirt. Wird die Zielzahlung nicht ge= leistet — und dieser Fall bildet in einem schlechten Erntejahr die Regel —, so ift der Parzellenerwerber dem Güterschlächter verfallen. Dieser ist zwar gern bereit, Nachsicht zu üben, aber unter Bedingungen, durch welche er den Bauer unlöslich an sich kettet. Das nur zu häufige Ende ist dann, daß der Güter= schlächter nicht blos wieder in den Befit der Barzelle gelangt, sondern daß er

⁶⁾ Preußens landwirthschaftl. B. 1875—77. S. 305. v. Hammerstein in der Situng des Hannoverschen Provinziallandtags v. 3. Juli 1871. Stenogr. Ber. S. 61.

auch den gesammten übrigen Besit, das Gutchen des nun verarmten Erwerbers, Durch derartige Geschäfte sollen viele Personen, die noch vor 30—40 Jahren als armselige Hausirhändler umberzogen, zu reichen Leuten geworden fein.

Ebenso früh wie in Westphalen beginnt der Güterzerstückelungsprozes in Derselbe nimmt hier seinen Anfang bereits im vorigen Schleswig-Holftein. Jahrhundert, sett sich dann aber im gegenwärtigen Jahrhundert noch bis auf

unsere Tage fort.

Unmittelbar nach Aufhebung der Leibeigenschaft und des Frohnwesens mur= ben nämlich auf einigen Holfteinischen und vielen Schleswigschen abeligen Butern sowie auf sämmtlichen Domänen Schleswig-Holsteins die Gutshöfe parzellirt. Große Meierhöfe folgten dem Beispiele der Gutshöfe. Aus dem alten Sofe wurde in der Regel eine größere Parzelle, welche den Umfang von 2-4 Bauerhöfen erhielt (Stammparzelle, Stammhof), und außerdem eine Anzahl fleinerer Parzellen in verschiedenen Abstufungen vom spannfähigen Grundstück bis zum kleinen Tagelöhnergute herab. Bei Bestimmung der Größe der spann= fähigen Nahrungen scheint mehr die Aussicht auf die relativ höheren Kaufpreise für kleinere Landstellen, als die Rücksicht auf ein angemessenes Verhältniß des Areals zu den Kosten der Wirthschaft entscheidend gewesen zu sein. So trifft man barunter Stellen, welche zwar Gespann halten muffen, baffelbe aber boch nicht vollständig beschäftigen können, so daß die Pferbe, wie man zu fagen pflegt, den Ertrag der Stelle aufeffen.

Die ganz kleinen Barzellen sind etwa mit den Inststellen zu vergleichen: fie sollten Tagelöhnern und Handwerkern Gelegenheit geben, etwas Grundeigen= thum für landwirthschaftlichen Nebenbetrieb zu erwerben. Bon Uebel war nur, daß zu viele solcher Parzellen auf einmal geschaffen worden maren und der Markt mit ihnen überführt wurde, wie sich aus der anfänglichen Unverkäuslichkeit mancher Barzellen ergab.

Ueberhaupt waren zu wenig größere und zu viel kleine Parzellen begründet worden und hatte man den größeren Barzellen außerdem ein zu kleines Areal

zugetheilt.

Bon der ersten Generation der Barzellisten sind daher viele zu Grunde gegangen, insbesondere solche, welche in der letten Beit des vorigen und zu Anfang dieses Jahrhunderts, durch die hohen Produktenpreise verleitet, sich zu theuer angefauft hatten. Als dann von 1820 an eine Periode niedrigster Broduktenpreise eintrat, in welcher nicht einmal die laufenden Wirthschaftskoften gedeckt wurden, da brachen eine Menge Konkurse aus, und die Verkaufspreise der Parzellen sanken auf 1/10 der ursprünglichen Ankaufspreise herab.

Die gewerbsmäßige Ausschlachtung großer Buter in Schleswig= Holstein ist aber erst jüngeren Datums. So wird im Jahre 1872 berichtet, daß das Ausschlachten in einigen Gegenden des Landes, namentlich in Angeln von Konsortien sustematisch betrieben werde. Größere Dimensionen nahm dasselbe aber erst nach dem Inkrafttreten des für die Brovinz Schleswig-Holstein erlassenen Gesetzes über das Grundbuchwesen vom 27. Mai 1873 — dessen § 29 die Beschränkungen der freien Theilbarkeit fortan für alles Grundeigenthum aufhob — an, indem von nun an in fast allen Theilen des Landes Barzellirungen durch Gütermakler zu Stande gebracht wurden. Im Jahre 1875 hatte die Parzellirung ab=, in den Jahren 1876 und 1877 dagegen wieder zugenommen. Jedoch handelte es sich bei den Parzellirungen des letzten Jahrzehntes hauptsächlich nur um solche Hufen, deren Ländereien nicht arrondirt waren, sondern zerstreut in der Feldmark lagen und

bei der Zerstückelung einen guten Gewinn versprachen 7).

Mit am früheften zeigte fich die gewerbsmäßige Güterzertrummerung in Bürtemberg, und zwar hier in Folge der freiheitlichen Agrargesetzgebung von 1808—1817 und des liberalen Burgerrechtsgesetzes vom 4. Dezember 1833, welches die Gemeinden zwang, unter leicht zu erfüllenden Bedingungen jeden Bürgerrechtsbewerber aufzunehmen. Ramentlich in den neuen Bürtembergischen Landestheilen, wo sich unter dem Schutz des älteren Rechts und der Sitte viele große Güter erhalten, sowie in benjenigen Theilen Alt=Bürtembergs, in denen sich ausnahmsweise geschlossene größere Güter bis in dieses Jahrhundert herüber gerettet hatten, so namentlich in den Gegenden am Bodensee, im Ober= amt Ulm u. f. w. begann jest der gewerbsmäßige Ankauf derfelben zum Zweck des Wiederverkaufs. Diesem Treiben wollte das ausschließlich gegen jüdische Hofmetzger gerichtete Gesetz vom 25. April 1828 ein Ende machen. Un die Stelle desselben trat dann das "auf die Beseitigung der bei Liegenschafts-Veräußerungen und insbefondere bei der Berftückelung von Bauerngütern vorkommenden Migbräuche" gerichtete Gefetz vom 23. Juni 1853, welches u. A. für Berträge über Zertheilung von Grundstücken schriftliche Errichtung vorschrieb und bei Geldstrafe den Wiederverkauf von mehr als dem vierten Theile einer Fläche von 10 Morgen ohne Genehmigung der Kreisregierung vor Ablauf von 3 Jahren verbot. Aber trot der Geltung bieses Beseites wird aus verschiebenen Gegenden Bürtembergs, namentlich aus dem Schwarzwalde und aus dem Hohelohe'schen in den letten Jahren berichtet, daß die gewerbsmäßige Ausschlachtung der Bauerngüter fortdauert, wenngleich nicht mehr in dem früheren Umfange, und daß die Gütermetger das Gesetz durch ihre Praktiken zu umgehen miffen. Bu diesen gehört namentlich der Rauf auf fremden Ramen, die Gründung von Gesellschaften zum Ankauf von Gütern, in denen aber immer dieselben Bersonen die Hauptrolle spielen, Bestechung der Gemeinderathe, um die Genehmigung zur Güterzerstückelung zu erlangen u. f. w. Wenn gleich= wohl das obige Geset, trottem es so häufig umgangen wird, bisher nicht aufgehoben worden ift, fo war dafür die Erwägung maggebend, "daß das Gefet den Behörden einen in mannichfachen Beziehungen sehr wunschenswerthen Ginblick in das Treiben der Güterhändler gewährt, der es ihnen ermöglicht, den Bollzug besonders schädlicher Güterveräußerungen, wenn nicht zu verhindern, so doch aufzuhalten 8)."

Ferner wird aus dem bayerischen Regierungsbezirk Schwaben, namentlich aus denjenigen Gegenden, welche an Bürtemberg grenzen, berichtet, daß Spekulanten dort in den letzten Jahrzehnten Güterhöfe angekauft haben, um sie in

8) Münbliche Erfundigungen. Briefliche Aeußerung bes Regierungs-Raths Schittenhelm.

⁷⁾ Sanffen, Aufbebung der Leibeigenschaft in Schleswig-Holftein. St. Beters= burg 1861. S. 147 ff. Sanffen, Agrarhiftorische Abhandlungen. Leipzig 1880. S. 280. Preußischer Landeskulturbericht f. 1872. S. 177. Preußens land= wirthschaftl B. 1875—77. S. 304.

Bargellen zu hohen Preisen an die benachbarten Grundeigenthümer zu verkaufen. Das leer stehende haus mit dem nicht verkauften Rest des Grundstückes sucht ber Güterhandler dann womöglich jungen Cheleuten, die einige taufend Gulden besiten und sich gern ein eigenes Beim gründen möchten, an den Hals zu hängen. Gewöhnlich sind diese Käufer aber nicht in der Lage, dasselbe zu Dann fällt es wiederum an den Spekulanten gurud. fucht es darauf wieder einem Zweiten und Dritten zu verkaufen und macht dabei leicht jedes Mal ein gutes Geschäft. Ebenso wie im bayerischen Schwaben, find auch in den übrigen Theilen Baperns in den vierziger und fünfziger Jahren häufig gewerbsmäßige "Güterzertrummerungen" vorgekommen. Sie führten damals jum Gefetz vom 28. Mai 1852, durch welches man dieselben beschränken zu können meinte. Indeß wurde dieses Gesetz bereits durch bas Bolizeistrafgesetzbuch vom 10. Oftober 1861 wieder aufgehoben. Uebrigens dauerten die Güterzertrummerungen vor und nach dem Gefet, wie während desselben fort. Besonders in den sechziger Jahren und noch am Anfang der fiebenziger Jahre, als die Preise der landwirthschaftlichen Guter auf einer früher nie dagewesenen Höhe standen, wurden namentlich in Alt-Bayern viele größere "Dekonomieanwesen", b. h. Bauerngüter von ihren Gigenthumern freiwillig und zwar größtentheils an Gutermetger verkauft. Die bisherigen Inhaber ließen fich meift in den kleinen Städten und Markten als Rentner nieder. Ihre ehemaligen Güter wurden "zertrümmert" und die einzelnen Theilstücke meist an benachbarte Rleingütler gegen Fristzahlungen verkauft. Den erhaltenen Aredit pflegten die Räufer in den fehr hohen Raufpreisen, die weit über den Ertragswerth hinaus gingen, zu bezahlen. In den ungunstigen Jahren, welche darauf für den Landwirth eintraten — schlechte Ernten und niedrige Breife war es den Räufern taum mehr möglich, die Zinfen für die freditirten Rauf= schillinge aufzubringen und zugleich ihren öffentlichen Verpflichtungen zu genügen, geschweige denn Rapitalabzahlungen zu leisten. Go murden benn in den letten Jahren in einer sehr bedeutenden Anzahl von Fällen durch die Gutshändler wegen solcher rudftandigen Fristzahlungen Zwangsveräußerungen veranlaßt 9).

In Baden ist das Gütermetzgen namentlich in den Gegenden um den Bodensee herum schon früh üblich gewesen. hierher scheint dieses Gewerbe in ben dreifiger und vierziger Jahren aus dem benachbarten Würtemberg verpflanzt worden zu fein. In allgemeinere Uebung foll daffelbe aber erft feit ber Emanzipation der Juden durch das Gefetz vom 4. Oktober 1862 gekommen fein. Namentlich von Offenburg, aber auch von anderen Städten aus, treiben diese ihr Wesen längs dem Rhein, im Kinzigthal und in den Thälern anderer sich in den Rhein ergießender Flüsse. Den Bauern wird Geld vor= geschoffen, bann läßt man fich von ihnen an Zahlungsstatt bas eine ober andere Grundstüd abtreten, diese werden dann wieder gegen andere ausgetauscht, bis das Netz, in dem der Bauer gefangen werden foll, eng zusammengezogen ift und berselbe jein Erbe mit bem weißen Stabe in der hand verlaffen muß. Der Bald folder Guter wird dann gewöhnlich schleunigst niedergehauen und

⁹⁾ Bürtembergisches Bochenblatt für 1879 Nr. 27. Die Zwangsversteigerung landwirthichaftlicher Unwefen mabrend bes Jahres 1880, in ber Zeitschrift bes Königl. Baperischen statistischen Bureaus. 12. Jahrg. 1880. S. 179.

ber auch sonst für Jahrzehnte in seiner Wirthschaft zurückgebrachte Hof endlich in einzelnen Stücken oder im Ganzen verkauft.

Den Aften bes Offenburger Bezirksamts habe ich folgenden Fall entnommen, der das bei folchen Gelegenheiten übliche Verfahren veranschaulicht.

In der unweit Offenburg gelegenen Gemeinde Durbach kauften im Jahre 1875 vier in Offenburg ansässige Handelsleute ein Hofgut, bestehend aus Hof, Hofraite, Hausgärten, Weinberg, Acker, Wiese, Reutseld, Wald, im Ganzen 162 Bad. Morgen, 43 Ruthen = 58 Hettar 35 Ar und 87 Meter, mit der Absicht, dasselbe in Studen weiter zu verkaufen. Trot des Widerspruchs des Gemeinderaths erhielten fie zur Berftudelung die Genehmigung des Bezirks= raths, indem diefer fich bei feiner Entscheidung von der Erwäqung leiten ließ, bag ber bem Umt von ben Räufern vorgelegte Parzellirungsplan ben Beftimmungen des Gesetzes vom 6. April 1854 nicht widersprach. Die Käufer zer= legten das Hofgut darauf in 23 Theile, die sie an 17 verschiedene Personen Die Erwerber waren theils benachbarte Grundbesitzer, theils besitzlose Tagelöhner. Ueber den Gewinn, welchen die Händler bei dieser Gelegen= heit realisirt haben, melden die Akten nichts. Nur soviel vermochten wir an Ort und Stelle zu konstatiren, daß die einzelnen Theilstücke seitdem schon mehr= fach ihre Besitzer gewechselt haben. Wit den jüdischen Händlern konkurriren übrigens neuerdings auch sozial höher gestellte Personen christlicher Konfession, so im Schwarzwald an der Würtembergischen Grenze ein in jenen Gegenden vielfach genannter Fabrikant und in dem dem Rhein zugewendeten Theil des Schwarzwaldes eine hochgeborene, dem Elfaß angehörige Perfönlichkeit, die das Geschäft des Gütermetgens im Großen treibt. Sie hat sich den wenig schmeichel= haften Beinamen eines Kahllegers der Schwarzwaldforsten dadurch erworben, daß fie den in ungunftigen Zeiten in Bedrängniß gerathenen Gigenthumern von mittleren und kleinen Waldqutern ihren Besitz abkauft, den Wald niederschlägt und die entwaldeten Flächen parzellenweife an einzelne Private oder an die Gemeinden verkauft.

Aehnliche Erfahrungen wie im deutschen Süden sind in früherer Zeit im Königreich Sachsen und in jüngster Zeit im Großherzogthum Sachsen= Weimar, sowie in der preußischen Provinz Sachsen gemacht worden.

Für das Königreich Sachsen konstatirt Reuning im Jahre 1875, daß die Güterschlächterei dort in früheren Jahrzehnten eine große Rolle gespielt habe, so daß das Gesetz über die Theilbarkeit des Grundeigenthums vom 30. Novdr. 1843 mit spezieller Rücksicht auf solche Borgänge erlassen worden sei. Zugleich bedauert Reuning, daß sich über den Umfang, in welchem die Güterschlächterei in Sachsen stattgesunden habe, kein statistisches Material beidringen lasse. Aber so beklagenswerth dieser Mangel auch sei, so sei er doch nur zu erklären, weil sich nur schwer eine statistisch erfaßbare Grenze zwischen dem legitimen Gigenthumswechsel und der Güterschlächterei ziehen lasse. Aus der neueren Zeit bessitzen wir keine Nachrichten über den Eigenthumswechsel, doch scheint es dem Gesetz von 1843 gelungen zu sein, dem Gewerbe der Gütermetzer ein Ende zu machen 10).

Dagegen wird aus der preußischen Provinz Sachsen berichtet, daß die

¹⁰⁾ Reuning, Die Landwirthschaft im Ronigreich Sachsen. G. 72.

Neigung der kleinen Leute, bei Dismembrationen Aecker zu kaufen und in jährlichen Raten zu bezahlen bis in die Mitte ber siebenziger Sahre fehr ftart gewesen und durch gewerbsmäßige Güterzerstückelung auch befriedigt worden sei. In diesem Jahre haben diese Käufe dann plötzlich gegen früher bedeutend nach= gelaffen, weil den Räufern in den schlechten Jahren die Erubrigung des Raufschillingsrests sehr schwer geworden sei. Im Jahre 1877 hat die Parzellirung der Bauerngüter wieder zugenommen, und es wird namentlich aus den Kreisen Bitterfeld, Delitich und Salzwedel hervorgehoben, daß die Parzellen dort weit über den wahren Werth bezahlt werden. Auch aus dem Ferichower Kreise wird berichtet, daß der geschloffene bäuerliche Grundbesitz bort in den letzten 15—16 Jahren start dismembrirt worden sei 11).

Große Dimensionen scheint auch die künstliche Parzellirung des Grundeigenthums im letten Jahrzehnt im Gifenacher Rreife bes Großherzogthums Sachsen-Weimar erreicht zu haben. Allgemein anerkannt ift, daß die Dismembration von Gütern bort feit einer Reihe von Jahren gewerbsmäßig betrieben wird, daß die Gütermakler bei diesen Geschäften bisweilen das Dreifache des angelegten Rapitals verdient haben und daß diese Art der Barzellenverkäufe, weil der ausbedungene Kaufpreis ein zu hoher ift, häufig zu Konkursen der Räufer führt. Nur darüber wurde eine Zeit lang gestritten, ob es hauptsächlich Juden sind, welche diese schädliche Güterzersplitterung betreiben oder ob sich auch Christen — wie von den angegriffenen Juden behauptet wurde — in hervorragender Beise an diesem Geschäft betheiligen 12). Aber wenn auch extra muros et intra gefehlt sein mag, so geht aus der bei dieser Gelegenheit geführten Kontroverse doch soviel hervor, daß der Güterhandel im engsten Zusammenhang mit dem Biebhandel steht und daß dieser lettere sich im Gisenacher Kreise fast ausschließlich in judischen Händen befindet, während die Juden in den übrigen Theilen Thüringens nur als Inhaber großer Schnittmaarenlager, sowie als Wollkäufer und Roghandler bekannt find.

Aehnliches wie aus der Provinz Sachsen wird auch aus den übrigen

preußischen Provinzen des Oftens berichtet.

So tamen im Jahre 1875 im Bromberger Regierungsbezirk der Proving Bosen Parzellirungen im Wege der Ausschlachtung größerer und kleinerer Bauerngüter in ziemlich großem Umfange vor. Doch nahmen sie bereits im Jahre 1876 wesentlich ab und beschränkten sich im Jahre 1877 nur noch auf einige Fälle. Da es den — meist polnischen — Besitzern der angrenzenden Bauerngüter, welche von den Parzellen behufs Arrondirung ihrer Güter mit Bortheil hätten Gebrauch machen können, aber meift an den zum Unkauf er= forderlichen Geldmitteln fehlte, so gelangten die parzellirten Grundstücke meist in die Hände von Arbeitern. Bon den Acquirenten solcher kleinen Grundstücke wird dann — aus dem Kreise Gnesen — berichtet, daß sie sich in schlimmer

11) Preugens landwirthschaftliche Berwaltung 1875-77. S. 304. Protofoll bes Sächfischen Provinziallandtags v. 1880. S. 143.

¹²⁾ lleber biesen Bunkt ist es vor einigen Jahren in der landwirthschaftlichen Breffe Thuringens ju einem lebhaft geführten Streit zwischen einem protestantischen Beiftlichen und einigen jubifden Sanblern gefommen, f. Thuringifche Blatter für Kelbbau, Wiesenbau, Biebaucht und landwirthschaftlichen Betrieb für 1876. Nr. 5 u. 11.

Lage befinden. Auch aus dem Obrabruch verlautet, daß die Zahl der wohl= habenden Gigenthumer aus dem Bauernftande von Jahr zu Jahr abnimmt und die Rlaffe der armen Leute immer mehr wächst. Es wird daran die Befürch= tung geknüpft, daß die Dörfer in wenigen Jahrzehnten überwiegend von armen Arbeiter= und Tagelöhnerfamilien bevölkert sein werden. Endlich wurde auch bei Gelegenheit der Berathung des von der Staatsregierung dem Posen'schen Provinziallandtag vorgelegten Gesetzentwurfs betreffend die anderweitige Regelung des bäuerlichen Erbrechts konstatirt, "daß in einzelnen Gegenden der Proving eine Bersplitterung des bäuerlichen Grundeigenthums in kleinere nicht felbst= ftändige Besitzungen und bemaufolge eine Berringerung der spannfähigen Besitzungen in bedenklichem Dage stattgefunden habe, so daß die Leistungsfähigkeit des Bauernstandes dort wirklich beeinträchtigt erscheine." Bu besseren Reful= taten hat die Güterzerstückelung nur in einigen wenigen wohlhabenderen, meist deutschen Gegenden geführt, wo die Bauern Reigung gur Bergrößerung ihrer Wirthschaften oder gur Gründung neuer Gigenthumsstellen für ihre nicht erbfähigen Rinder zeigen 18).

Derselbe Grund, die geringe Widerstandsfähigkeit, namentlich der polnischen Bevölkerung, gegenüber dem Treiben der Güterschlächter, sowie die maßlosen Theilungen des Grundeigenthums im Erbwege haben auch in Oberschlesien zu ähnlichen Resultaten der Grundeigenthumsbewegung geführt wie in Posen. Es waren auf dem platten Lande Oberschlesiens (Regierungsbezirk Oppeln) Be-

situngen vorhanden

```
im Jahre 1858:
                                             1879:
von unter 5 Morgen 29 432 = 36,6 %
                                       57\ 360 = 43.5
    5-30
                 37919 = 44,5
                                       54\ 210 = 41,2
                 16819 = 19,7
  30 -- 300
                                       19\ 146 = 14,5
            "
 300-600
                    238 =
                            0.3
                                          238 =
                                                  0,2
                           1,9 "
  über 600
                    793 =
                                         793 =
                                                 0.6
```

Demnach haben die kleinsten Besitzungen unter 5 Morgen der Zahl nach am stärksten, die kleinen zwischen 5 und 30 Morgen aber auch stark zugenommen.

Roch deutlicher wie in dem Regierungsbezirk Oppeln zeigt sich das Answachsen des kleinen Grundeigenthums in einigen Kreisen desselben. So namentslich in dem Kreise Pleß. Es waren hier Besitzungen

```
im Jahre 1858:
                                            1879:
von unter 5 Morgen 1383 = 25,7 %
                                       3491 = 39.3^{\circ}
                 2841 = 52,7
                                       4070 = 45.8
    5 - 30
  30 - 300
                 1077 = 20,0 "
                                       1252 = 14.0
                          0,5 "
 300-600
                   28 =
                                         28 =
                                                0.3
  über 600
                    59 =
                                         59 =
                           1,1
                                                0,6
```

Ueber die Art, wie die Bucherer in Oberschlessen über ihre Opfer die Subhastation herbeisühren, haben wir bereits oben berichtet. Wenn der polnische Kleingütler in der Branntweinlaune renommiren will, so erklärt er, er

¹³⁾ Preußens landwirthschaftliche Berwaltung 1875—77. S. 303. Lieb = knecht, Grund- und Bodenfrage. S. 140. Eingabe des Posenschen Provinzialland= tags an die k. Staatsregierung vom 16. April 1880.

fürchte sich weber vor dem Juden noch vor dem Gensd'armen — unter Ersterem versteht er seinen Gläubiger, der übrigens nicht selten ein Christ ist. Der Landrath von Selchow bemerkt hinsichtlich dieses Punktes, daß er einen Unterschied zwischen christlichen und jüdischen Wucherern höchstens in der Hinsicht bemerkt habe, daß die christlichen des äußeren Scheins wegen vorsichtiger sind, sich deshalb mit etwas bescheieneren Prozenten begnügen, dann aber in der Regel noch härter auf ihrem Schein bestehen und noch "heuchlerischer auf den Moralischen sich ausspielen" als der Jude 14).

In den Jahren 1875 und 1876 wurde auch in der Mark Brandenburg und in der Niederlausitz — und zwar namentlich in den Kreisen Königsberg, Arnswalde, in der Priegnitz und in der Gegend von Soldin besonders lebhaft parzellirt. Dies hatte zur Folge, daß neben der Arrondirung größerer Güter eine Anzahl kleiner Besitzungen entstand.

Aehnlich entstanden während des letzten Jahrzehnts auch in der Provinz Westpreußen neue Ansiedelungen und Häuslerstellen auf Parzellen, welche meist von Bauerhösen abgetrennt wurden. Die Neigung zum Erwerb solcher kleiner Parzellen ist aber nur zeitweise epidemisch aufgetreten — so z. B. im Jahre 1875 in den Areisen Danzig und Schwetz, während diese Bewegung bereits 1876 und 1877 bedeutend nachgelassen hatte — und hat dann allerdings bissweilen zur Entstehung wirthschaftlich nicht haltbarer Kolonieen geführt. Doch gehören diese verunglückten, nicht selten durch die Gewinnsucht der Verkäuser provozirten Kolonisationen nicht zu den häusigen Schdeinungen. Wo es an Gelegenheit zur Arbeit nicht sehlte und die Bodenbeschaffenheit nicht zu ungünstig war, da hatten diese kleinen Heimstätten, von denen aus der Arbeiter seinem Verdienst nachging, günstige Folgen.

Im Allgemeinen scheint in diesen oben genannten östlichen Gegenden und hier wieder namentlich in den Provinzen Ost= und Westpreußen und Pommern, sowie in Mecklenburg und im Osten Schleswig-Holfteins, wo eine theilweise Zersstückelung des großen Grundeigenthums zum Zweck der Etablirung von Bauern und ansässigen ländlichen Arbeitern stellenweise sehr erwünscht wäre, die Begründung neuer Landstellen theils an dem niedrigen Kulturzustande jener Gegenden, theils an dem Mangel an Kapital und guten Absatwegen, theils an der Unfruchtsdareit des Bodens und der Rauheit des Klimas zu scheitern. Namentlich die natürliche Ausstatung jener Gegenden läßt größere Wirthschafts= und Besitzeinheiten, sowie ein reichhaltiges Inventar besonders erwünscht erscheinen: sür beides sehlt es den ländlichen Arbeitern aber an dem erforderlichen Baarsapital. Unter solchen Umständen ist das Gewerbe der Güterschlächter nicht immer einträglich und daher nicht überall vertreten. Wo dasselbe aber betrieben wurde, hat es häusiger indirekt zur Arrondirung und Vergrößerung der

¹⁴⁾ Wir entnehmen die obigen Zahlen den über den oberschlesischen Nothstand am 12. Sept. 1850 geführten Berhandlungen des land= und sorstwirtsichaftlichen Bereins zu Oppeln S. 12 u. 13, wo übrigens nicht angegeben ist, auf welchem Bege diese Zahlen gewonnen worden sind. v. Selchow, Die oberschlesische Nothstandsfrage. S. 33.

in der Nachbarschaft gelegenen Güter, als zur Bildung eigener kleiner Land=

ftellen geführt 15).

Aus der obigen Darstellung ergiebt sich, daß der Zerstückelungsprozes größtentheils auf Rosten des bäuerlichen Grundeigenthums erfolgt, indem vorzugsweise dieses es ift, welches im Wege der Ausschlachtung in kleinere Guter oder Parzellen zerlegt wird. Wenn das große Grundeigenthum zu solchen Manipulationen viel seltener verwendet wird, so liegt das einerseits daran, daß daffelbe noch vielfach rechtlich gebunden ift, dann aber daran, daß die Zerftücke= lung eines großen meist arrondirten Gutes auch faktisch große Schwierigkeiten verursacht, weil die Theile eines solchen weniger begehrt sind, als die eines an bäuerlichen Rleinbesitz grenzenden, vielleicht sogar im Gemenge mit dem= felben liegenden Bauernauts und weil beim Bestehen einer Sypotheten= und Grundbuchordnung, wie sie größtentheils in Norddeutschland gilt, die nothwen= dige Regulirung der Hypothekenverhältnisse ein nur schwer überwindliches Hinder= niß für die Abtrennung einzelner Theilftude von größeren Gutstompleren bildet. Endlich sind wohlsituirte große Grundeigenthümer nur selten geneigt, von ihrem Eigenthum kleinere Barzellen abzuzweigen; es ist daher das Gewerbe des Gütermetgens in solchen Begenden ein fehr ristantes.

Ebenso häusig, ja vielleicht noch häusiger als die Verkleinerung des Grundseigenthums durch Zerstückelung — befördert namentlich durch das sog. Aussschlachten von Bauerngütern — zeigt sich eine Vergrößerung desselben durch Angliederung von Stücken solcher Bauerhöse und anderer Grundbesitzungen, welche in der Nachbarschaft aufgelöst worden sind, an große Güter, sowie durch Verbindung mehrerer benachbarter Güter zu einem Besitz und Wirthschaftsstomplex — das sog. Einschlachten — oder doch wenigstens durch Vereinigung dersselben in einer Hand ohne gleichzeitige Verbindung zu einer Wirthschaftseinheit.

Ja es dürfte dieser Agglomerationsprozeß in letzter Zeit vielleicht noch bedeutendere Resultate aufzuweisen haben, als der Zerstückelungsprozeß.

Die Borgange dieser Art sind übrigens zum Theil alteren Datums als man vielfach annimmt.

Das Legen des "Bauernfeldes" oder der "Bauerhöfe" tritt zuerst auf als die Folge vermehrten Kapitalreichthums und steigender Grundrente, sowie beginnender Selbstbewirthschaftung der Rittergüter durch ihre Besitzer. Die Tendenz der Rittergutswirthschaften, ihr Areal auf Kosten der Bauerländereien zu erweitern, tritt bereits im XIV. Jahrhundert, besonders stark aber erst im Reformationszeitalter hervor.

Sie steigert sich besonders nach dem dreißigsährigen Kriege, zu welcher Zeit viele wüst liegende Hufen von den Rittergutseigenthümern mit dem Hoffeld verbunden wurden. Aehnliche Borgänge nehmen wir dann auch in einigen Theilen Preußens nach dem siebenjährigen Kriege wahr, und zwar trot der auf das Bauernlegen gerichteten Berbote der preußischen Könige — von denen wir nur die strengen den Jahren 1739, 1749 und 1764 entstammenden Ebitte erwähnen —, wenngleich sie hier niemals so große Dimensionen wie in

¹⁵⁾ Preuß. Jahresbericht über ben Zustand ber Landeskultur f. 1873. S. 160, 300. Preußens landwirthschaftliche Berwaltung von 1875—77. S. 298, 300, 301. Bericht des Ostpreußischen Provinzialausschusses über die anderweitige Regelung des bäuerlichen Erbrechts. S. 8.

Medlenburg, Holftein und Schwedisch=Pommern angenommen haben. Endlich haben die auf die Jahre 1807 und 1811 folgenden Miswachsjahre gleichfalls manchen zu freiem Eigenthum gewordenen Bauerhof in das benachbarte Rittergut aufgehen sehen, indem einige der schwächeren Bauern, welche bis dahin ihre ganzen Sofe bewirthschaftet hatten, sich auf dem reduzirten Bestande derfelben unter ungunftigen äußeren Berhältniffen (Rachwirkungen der Kriege, Durchmarich der feindlichen Armeen, Kantonirung großer Beeresmassen) nicht halten konnten und sich daher genöthigt sahen, ihre Höfe an die benachbarten Grofgrundeigenthumer zu verfaufen 16).

Alle diese Vorgänge waren in früheren Zeiten wesentlich auf den deutschen Norden und Nordosten beschränkt und auch in der Gegenwart ist dieses ihr hauptfächlicher Schauplatz geblieben. So ist in Preußen von den Rentenbriefen, welche in Folge des Ablösungs= und Rentenbankgesetzes vom 2. Mai 1850 den Berechtigten (meist Rittergutsbesitzern) als Abfindung für ihre Berechtigung auf bäuerliche Abgaben und Leistungen gewährt wurden (von 1850 bis 57 im Ganzen 74 266 923 Thir.), ein nicht geringer Theil zum Einschlachten von bäuerlichen und zur Bergrößerung von Rittergütern verwendet worden 17).

Wo ausnahmsweise in der letten Zeit auch im deutschen Süden und Westen eine Erweiterung des großen Grundeigenthums auf Kosten des kleinen stattgefunden hat, da geschah es ebenfalls meift auf dem Wege, daß die Standesherren und der niedere Adel die von ihren früher pflichtig gewesenen Bauern empfangenen Ablösungsgelder wieder in Grund und Boden anlegten. Rur an einzelnen Orten hat auch hier, wie unten zu zeigen sein wird, das städtische

Rapital größere Güterkomplexe zusammengekauft.

Die Gefahren, welche der Grundeigenthumsvertheilung aus dem Anschwellen ber großen Güter zu Latifundien erwachsen, dürften in der Gegenwart viel bedeutender sein, als die mit der Güterzerstückelung verbundenen. große Kapital führt nicht nur leicht zur Angliederung des benachbarten kleinen Eigenthums an die vorhandenen großen Güter, sondern kann sich auch ohne solche Kruftallisationspunkte leicht des kleinen und kleinsten Grundeigenthums bemächtigen, dasselbe in Zeiten der Noth auffaufen und auf den Trummern der Rlein= und Zwerggüter große Guter entstehen laffen. Diese Gefahr ift um so größer, als die Gutermetger auch ihrerseits durch die Verkleinerung des Grundeigenthums bis zu unwirthschaftlichen Parzellen und beren Beräuße= rung an leiftungsunfähige Berjonen das Grundeigenthum für den Auffaugungs= prozeß durch das große Kapital vorbereiten. Sind aber erst größere Grund= eigenthumsmassen in einer Hand vereinigt, so pflegen sie durch besondere Rechts= einrichtungen, aber auch schon durch ihr faktisches Schwergewicht vor der Zer= theilung geschützt zu fein.

Wenn gleichwohl der Prozeß der Agglomeration des Grundeigenthums in Deutschland bisher noch keine ähnlich großen Dimensionen angenommen hat wie in England, so hat das wohl seinen Grund in der Gemengelage, in der sich ein Theil des Grundeigenthums, namentlich im Süden und Südwesten noch immer befindet, indem hierdurch das Zusammenkaufen von Parzellen für den

¹⁶⁾ Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums G. 119.

¹⁷⁾ Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums G. 143.

Kapitalisten außerordentlich erschwert ist; sodann in dem Widerstreben der Gemeinden gegen das Eindringen der sog. Ausmärker; serner in der Widerstandsstähigkeit eines großen Theils unseres Bauernstandes und endlich wohl auch in dem Umstande, daß das deutsche Großkapital erst verhältnißmäßig jungen Datumsist, vorläusig in Handel und Industrie noch genügende Verwendung sindet und erst in allersüngster Zeit nach Investirung im Grundeigenthum strebt.

Aus den angeführten Gründen ist es wohl hauptfächlich zu erklären, daß in Burtemberg mahrend ber fünfziger Jahre tein Austauf ber vielfach banterotten Kleingütler durch das große Rapital oder doch das große Grundeigen= thum, namentlich das ftandesherrliche, ftattgefunden hat. Denn Handel und Industrie, die Haupterwerbsquellen des beweglichen Kapitals, sind erst feit dem Eintritt Bürtembergs in den Bollverein zu größerer Bedeutung gelangt und waren damals noch wenig entwickelt. Auch an großen Grundeigenthümern mit beträchtlichen Baarkapitalien fehlte es damals und wohl auch noch jest, indem die im Besitze der ehemaligen Grundherrn befindlichen, über die Ablösungs= kapitalien ausgestellten Schuldverschreibungen damals nur mit großen Berlusten verkauft werden konnten. Budem war das meift im Gemenge liegende bäuerliche Grundeigenthum noch dem Flurzwang unterworfen, was die Er= werbung besselben für den größeren Grundeigenthümer mit arrondirtem Besig wenig verlodend machte. Ueber diesen Bunkt sagte schon Lift am Anfang der vierziger Jahre: "daß es für den Fremden (er meint hier den Richtgemeindegenoffen) feinen Reiz habe, unter Berhaltniffen (er meint barunter die Buter= gemengeverfassung) zu leben, die sich nur ertragen lassen, wenn man an sie ge= wöhnt ift." Endlich war die Stimmung der in ihren Tiefen aufgeregten und von sozialistischen Ideen start beeinfluften Bevölkerung einem solchen Verfahren nicht gunftig, fo daß die größeren Grundeigenthumer für ihren bisherigen Befit fürchteten und denselben nicht noch vergrößern wollten. War doch der Druck der öffentlichen Meinung, wie sie sich damals in ländlichen Kreisen geltend machte, fo ftart, daß felbft die Bauern, namentlich in kleineren Gemeinden, es nicht magten, in Konkurs gerathene Bargellen ihrer Gemeindegenoffen im öffent= lichen Meistgebot zu taufen. Sie ließen sie statt deffen gewöhnlich den Gläubigern, welche den Konkurs provozirt hatten, zuschlagen und kauften sie dann von ihnen. Alle diefe Umstände machen es erklärlich, daß damals keine nennenswerthen Bufammenkäufe von Grundeigenthum ftattgefunden haben, fo daß es ganze Be= meinden gegeben haben foll, in benen die zum Zwangsverkauf gelangten Barzellen auch dann keinen Räufer fanden, wenn die Bläubiger fich entschloffen hatten, fie mit beträchtlichem Verluft zu veräußern 18).

Aber wenn auch in Würtemberg — dem Lande des Klein= und Zwerg= eigenthums par excellence — ein Austauf des kleinen Grundeigenthums durch das Kapital nicht stattgefunden hat, so fehlt es doch nicht ganz an Beispielen hierfür aus anderen Theilen Deutschlands.

So berichteten bei Gelegenheit der Verhandlung der zweiten Kammer des Großherzogthums heffen über den Gesetzentwurf betreffend landwirthschaftliche Erbgüter der Ministerpräsident Freiherr von Dalwigk und der Gießener Professor

¹⁸⁾ Belferich in ber Zeitschrift für die gesammte Staatswiffenschaft. Jahrg. 1853. S. 427.

Stahl am 2. Marg 1858, daß im rechtstheinischen heffen Standesherren und sonstige Fibeikommifbesitzer und im linkerheinischen Bessen Rapitalisten den Bauernstand austauften. Bereits gehöre in Rheinheffen das Grundeigen= thum ganger Gemeinden, fo g. B. der Gemeinde Bodenheim, reichen Ausmärkern an. Als weiterer Beleg murbe die im hessischen Obenwald gelegene Gemeinde Unterschönmattenweg angeführt. Sie war früher eine der wohlhabenosten und besaß mehrere tausend Morgen Hochwald. Derselbe wurde dann aber unter die Ortsbürger vertheilt und gehört jett zum größten Theil dem Freiherrn v. D., zum kleineren dagegen dem Großherzoglichen Fiskus; die Gemeinde felbst aber ift vollständig verarmt. Neuerdings hat auch Liebknecht angeführt, bag im hessischen Obenwald die Gemarkung eines ganzen Dorfes von einem

Grafen E. zusammengekauft und die ganze Einwohnerschaft ausgewandert ift 19). Ferner ift hier folgender Fall zu verzeichnen. In dem zum badischen Umtsbezirk Weinheim gehörigen, dicht an der hessischen Grenze gelegenen Dorf hemsbach waren viele fleine Grundeigenthumer in Folge zu weit getriebener Theilung des Besitzes, trot der Fruchtbarkeit des Alluvialbodens, in den vierziger und fünfziger Jahren zu Grunde gegangen. Durch sustematisches Busammentaufen solcher Barzellen hat Baron R. in Frankfurt a. M. hier einen Grundeigenthumskompler erworben, der sich an Umfang ben größeren Gütern Deutschlands annähert. Bu bemfelben gehört bann zugleich auch ein Untheil an den in der benachbarten hessischen Gemeinde Seehof belegenen Wiesen und Aeckern 20).

Auch dieses hessische Dorf ist nicht ohne Interesse für uns. Dasselbe nährte seine Anbauer nur kummerlich; es wurde dem genannten Baron R. in Frankfurt und dem Banquier Sc. in Mannheim daher leicht gemacht, die= selben auszukaufen. Sie wanderten nach Amerika aus — das frühere Dorf ist jest bis auf ein Aufseherhaus verschwunden. Die neuen Eigenthümer einigten sich nach längeren Streitigkeiten im Jahre 1860 dahin, die ganze Ge= meindemarkung in eine Wafferwiese umzuwandeln 21).

Biel größere Dimensionen als die eben geschilderten Vorgänge haben seit bem Jahre 1848 die Gütererwerbungen des evangelischen Kirchenarars, bes fatholischen Oberstiftungsraths und sonstiger Stiftungen, namentlich aber bes Domänen= und Forstärars, sowie der Fürstlich Fürstenbergischen Standesherr= schaft im Großherzogthum Baden überhaupt und hier wieder namentlich im Schwarzwalde angenommen. Aber auch in diesen Fällen sind wir leider nicht in der Lage, das wünschenswerthe Bahlenmaterial zur Präzisirung unserer Angaben beizubringen, sondern muffen uns auf einige Andeutungen beschränten.

Bas zunächst das badische Domänen= und Forstärar betrifft, so befolgt es feit einiger Zeit die Politit, das zu den Quellgebieten der Donau, sowie der sich in den Rhein ergießenden Nebenflüsse gehörige Land anzukaufen und basselbe im Interesse ber Landeskultur und namentlich ber Regulirung bes

¹⁹⁾ Stenograph. Bericht über die Berhandlungen ber zweiten heffischen Rammer.

Liebknecht, Zur Grunds und Bodenfrage. S. 83.
20) Festigrift für die Mitglieder der XXI. Versamsung deutscher Lands und Forstwirthe 1860. S. 304 u. 376. Verhandlungen der Bremischen Bürgerschaft v. 8. Dez. 1875. Stenograph. Bericht. S. 425.
21) Bgl. Festschrift. S. 376.

Wasserlaufs der Flüsse mit Wald zu bepflanzen. Dagegen werden wieder kleinere im Domänenbesitz befindliche Aecker, sowie zerstreut liegende Waldparzellen in der Sbene an Private verkauft. Immerhin scheint in den letten Jahrzehnten mehr Land angekauft als verkauft worden zu sein. So hat das Domanenund Forstärar z. B. in den letten Jahrzehnten eine Anzahl von Hofgutern in ben Gemeinden Schönach, Schönwald, Rohrhardsberg, Rohrbach, Falfensteig, Gundelfingen, Sanct Wilhelm, Untereibenthal und vielen anderen angekauft 22). In derselben Richtung ist auch die Fürstlich Fürstenbergische Standesherrschaft thätig, indem die geschickte Berwaltung des haushälterischen Fürsten die nicht verbrauchten Revenüen eines bereits ursprünglich sehr großen Grundeigenthums wieder in Grundeigenthum anzulegen fucht. Durch Antaufe von ganzen Sofgutern ober boch von Theilen berfelben in den Gemeinden Rohrbach, Raltbrunn, Neustadt, Schönach, Hammereisenbach, Urach, Oberwolfach, Schappach und vielen anderen ist es der Standesberrschaft gelungen, ihr Grundeigenthum von Donaueschingen über ben Schwarzwald bis an ben Rhein auszubreiten, so bag bie zwischen den einzelnen Gütern bestehenden Lücken sich je länger, um so mehr ausfüllen.

Gleich dem Forstärar leiftet auch die Fürstliche Standesherrschaft für die Bewaldung und Waldwirthichaft des Schwarzwaldes Borzügliches, so daß die Forstkultur in den standesherrlichen Wäldern der in den Domänenwäldern kaum nachstehen durfte. Namentlich für die Bewaldung der Quellengebiete leistet diese sich gegenseitig in die Bande arbeitende Politik des Forstarars und der Standes= herrschaft Ausgezeichnetes. Aber wenn biefe im badischen Schwarzwalde vor fich gehende Konzentrirung bes Grundeigenthums in den Händen bes Staats und der Fürstenbergischen Standesherrschaft im Interesse der Waldkultur auch mit Freuden begrüßt werden kann, fo ist sie doch vom sozialpolitischen Standpunkt betrachtet nicht ohne die ernstesten Bedenken. Denn bei diesen Gigenthum3= verschiebungen tritt uns auf dem Gebiet der Land- und Forstwirthschaft derselbe Prozeg entgegen, den wir auf dem induftriellen Gebiet fo febr beklagen: der Prozeß der Expropriation des Mittelstandes, welcher schließlich dahin führen muß, daß einige wenige Grundeigenthumer einer großen Angahl eigen= thumslofer Arbeiter gegenüber stehen, die in ihrem Wohlergehen ausschließe lich von dem Belieben der ersteren abhängig sind, ähnlich wie schon jest im Speffart die in der Nahe der Domanialforsten angefessene Bevolkerung Arbeit und Verdienst hat, wenn die Domanenverwaltung Solz hauen, die Bege repariren und Schnee schaufeln läßt, und hungern muß, wenn dieselbe ihnen feine Arbeit giebt. Benn die bauerliche Bevolkerung des badifchen Schwarg= waldes einer folden Zufunft wohl auch nicht mit Bewußtsein entgegensieht, fo scheint sie dieselbe boch zu ahnen: benn wie die allgemeine Stimmung ber Bevölkerung jener Gegenden ben Hofgütermetgern wenig hold ift, fo fteht fie auch der Auffaugung des bäuerlichen Grundeigenthums durch das Grofgrund= eigenthum mit Mistrauen und Misgunst gegenüber. Die auf den Grenzsteinen

²²⁾ Allein in ben Jahren 1855—68 sind von bem Forstärar c. 35 ganze Hofsgüter und eine Anzahl größerer und kleinerer Parzellen angekauft worden, beren Kauspreis 1706 770 Kl. 24 Kr. betrug. Bogelmann, Die Forstpolizeigesetzung im Größherzogthum Baben. Karlsruhe 1871. S. 47.

bes der Fürstlich Fürstenbergischen Standesherrschaft gehörigen Grundeigenthums stehenden Buchstaben F. F. pslegt der Bolksmund als "fort ist fort" — für den Bauernstand nämlich — zu deuten.

Diesem Aufsaugungsprozeß leisten auch im babischen Schwarzwald die Hofmenger seit den fünfziger Jahren die größten Dienste, indem sie die Hofgüter von ihren in Noth gerathenen oder gebrachten Gigenthümern kaufen, den Wald abholzen, die Güter auch sonst deterioriren und, soweit sie sie nicht parzellenmeise vortheilhaft verkaufen können, an den Staat, die Kirche oder die Standes=

herrschaft bringen.

Biel stärker als im Süden tritt dieser Aufsaugungsprozeß aber im Norden zu Tage und zwar hier wieder namentlich in denjenigen Ländern, die außegebehntere Fideikommißgüter besitzen. Es suchen nämlich die Fideikommißeigenthümer, wenn sich eine günstige Gelegenheit zum Ankauf von Land für sie darbietet und sie das nöthige Geldkapital besitzen, ihr Grundeigenthum zu erweitern, ohne doch von demselben selbst in den für sie ungünstigen Zeiten etwas an den im freien Verkehr besindlichen Boden abzugeben. Also auch hier trifft das

"Fort ift fort" ber Schwarzwälder Bauern zu.

So haben namentlich im Anfang des Jahrhunderts, als die niedrigen Preise der Bodenprodukte auf den mittleren Besitz schwer druckten, die großen Grundeigenthumer in einigen Gegenden Weftphalens und namentlich im Rreife Paderborn ihr Eigenthum durch Antauf von Bauerhöfen bedeutend vergrößert. Und aus späterer Zeit berichtet Lette, daß bäuerliche Grundstücke und ganze Kolonate in Westphalen hin und wieder mit Fideikommissen vereinigt worden seien. Auch in neuerer Zeit scheinen sich Borgange dieser Art zu wieder= holen. So wurde in der Sitzung des westphälischen Provinziallandtags vom 24. April 1880 angeführt, daß ein Rittergut, zu dem im Jahre 1865 nur 6000 Morgen gehörten, gegenwärtig einen Umfang von 14 000 Morgen um= faßt, und daß in einer westphälischen Gemeinde von 12 Gutern, die in den fünfziger Jahren bestanden, jetzt nur noch 5 existiren, indem ein benachbarter Rittergutseigenthümer die anderen 7 angefauft hat. Es scheinen sich diese letteren Angaben auf die im Rreise Bedum gelegene Gemeinde 3 ..... zu beziehen, wenigstens bestätigte in ber Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 13. Januar 1881 ber Abgeordnete v. Schorlemer das Borkommen diefes Falls, indem er zugleich hinzufügte, daß jett auch ein achter Hof nahe baran sei, zu Grunde zu gehen 23).

Auch aus Braunschweig — wo die Grundeigenthumsverhältnisse im Ganzen ebenso gesunde sind wie in Westphalen — wird berichtet, "daß die großen Gutseigenthümer Land von den kleinen kaufen. Freilich ist diese Bewegung noch im Ansange; doch ist sie da, auch werden die Höfe mit Vorliebe zusammen=

gebracht 24)."

Ferner foll in Schlesmig-holftein auf einzelnen abligen Gutern im letten Jahrzehnt bas Beftreben hervorgetreten fein, bie vorhandenen Bauern-

²³⁾ Abg. Löwe im Preuß. Abgeordneten-Hause. Sten. Bericht über die Sitzung v. 4. Dezember 1873. S. 189. Abg. Brüning im Westphälischen Provinziallandtage, Protokoll der Sitzung v. 24. April 1880. S. 3. Sten. Bericht über die Sitzung des Preuß. Abgeordneten-Hauses v. 13. Januar 1881. S. 951.

²⁴⁾ Liebinecht, Bur Grund= und Bobenfrage. G. 119.

hufen zu beseitigen und das ohnehin umfangreiche Hoffeld noch mehr zu erweitern, um die solchergestalt vergrößerten Wirthschaften mit Hilfe von Inspektoren und Verwaltern schwunghaft betreiben zu können. Auch scheinen hier die fünstlichen Parzellirungen der Bauerhöse durch Gütermetzer — wie sie namentlich in Angeln stattgesunden — ebenfalls in letzter Instanz zur Vergrößerung der Güter gesührt zu haben. Die Folge dieser Vorgänge, die besonders deutlich in den östlichen Güterdistristen zu Tage getreten sind, ist, daß der ländliche Mittelstand auch hier, wie in dem benachbarten Mecklenburg und Reuvorpommern immer mehr zu verschwinden beginnt.

Aber während im Often Schleswig-Holfteins der Bauernstand durch den Großgrundeigenthümer zurückgedrängt wird, hat die freie Theilbarkeit des Grundeigenthums an der Westsche, namentlich in den Dithmarschen, vielsach zur Bergrößerung der Bauerngüter geführt. In allerjüngster Zeit freilich hat das Entstehen einer großen Zuckersadrif in Vorderdithmarschen auch hier das Verschwinden vieler größerer und kleiner Höße zur Folge gehabt 25).

Aehnlich wird aus den Zuckerfabrikbistrikten der Provinz Sachsen berichtet, daß im Jahre 1875 eine Abnahme der Zahl der kleinen Landwirthe in Folge des Uebergangs ihrer Bestigungen an größere Grundeigenthümer stattgesunden habe. Ja ein einziger Großinduftrieller soll ein ganzes Dorf mit 17 prästationsfähigen Bauerngütern auf ein Mal zusammengekauft haben. Als Gegenmittel gegen diese der Zuckerindustrie innewohnende Tendenz nach Zusammenbringung großer Flächen suchen sich die Bauern der Provinz Sachsen neuerdings zu genossenschaftlichem Betriebe von Zuckersabriken zu vereinigen 26).

Aus der Provinz Brandenburg wird berichtet, daß die künstlich herbeigestührten Zerstückelungen des bäuerlichen Grundeigenthums hier mehr zur Arrondirung der benachbarten Güter als zur Begründung kleiner Besitzeinsheiten gesührt haben. Ja selbst aus früherer Zeit stammende kleine Stellen ländlicher Tagelöhner werden neuerdings den großen Gütern angegliedert. Als Gründe hiersür pslegt man anzusühren einestheils die Unmöglichkeit für die kleinen Gigenthümer, sich auf ihren mit Lasten und Abgaben sowie namentlich mit Hypotheken — für welche sie häusig wucherische Zinsen von unglaublicher Höhe zu zahlen haben — start beschwerten Gigenthumsstellen zu halten, und andererseits die ungenügende Arrondirung mancher Rittergüter, welche die Gigensthümer zwingt, ihre Güter besser abzurunden. Denn während die Bauernsländereien in Preußen durch das Separationsversahren meist wohl abgerundet, d. h. in die Nähe des Dorfes gelegt worden sind, sind die Gutsherrschaften bisweilen — ausnahmsweise — auf einen Theil der das Dorf und den Gutss

²⁵⁾ Preuß. Landeskulturbericht für 1872. S. 177. Preußens landwirthsch. Berwaltung 1875—77. S. 304. Sig.-Protok. des Preuß. Landes-Dekonomie-Kollegiums v. 1879. S. 170. Handsens Agrarhistorische Abhandlungen. S. 280. Bericht des Schleswig-Holfteinischen Provinziallandtags v. 11. Nov. 1880. S. 4, 5.

²⁶⁾ Preußens landwirthsch. Berwaltung 1875—77. S. 307. Abg. v. Rauch = haupt in der Sizung des Preußischen Abgeordnetenhauses v. 11. Jan. 1881. S. 911. Auch in dem stenogr. Bericht über die Berhandlungen der Landesvertretung des Herzapthums Braunschweig v. 2. Januar 1864. S. 6.

hof umgebenden Aecker angewiesen worden und haben im lebrigen nur Außenländereien und den Wald erhalten 27).

In der Proving Preußen wurde bereits in den dreißiger und vierziger Jahren über die Zersplitterung von Bauergrundstücken und den schlieflichen Anfauf berfelben durch die größeren Grundeigenthumer geklagt. Durch biefe fog. Hoffchlächtereien wurden in einzelnen Kreifen ganze Dorfschaften bis auf das lette Erbe ausgekauft. Und wieder in den siebenziger Jahren wurde im preußischen Abgeordnetenhause für verschiedene Theile derselben Broving, namentlich für die Kreise Löben und Marienburg konstatirt, daß die kleineren und mitt= leren Besitzungen hier immer mehr verschwinden und die Bildung von Latifun= dien in einer Bedenken erregenden Beise fortschreite 28).

Aus Schlesien, Posen, Neuvorpommern und Medlenburg lauten die Nachrichten ähnlich wie aus Preußen: nur daß in Neuvorpommern und Medlenburg der Prozeg der Expropriation des Bauernstandes viel älteren Da= tums ift, als in den übrigen Ländern. Aus der Proving Bofen wird berichtet, daß in ben vierziger und funfziger Jahren 790 bäuerliche Güter (mit beinahe 60 000 pr. Morgen) von den Rittergutsbesitzern ausgekauft und davon 620 dergl. bäuerliche Besitzungen zu ben Gutevorwerken geschlagen (ein= geschlachtet), dagegen nur 297 Bauerhöfe (mit etwa 30 000 Morgen) parzellirt (ausgeschlachtet) sein sollen. Auch in der Begenwart soll das Einschlachten in voller Bluthe stehen 29).

Wie der Zerstückelungsprozeß, so vollzieht sich demnach auch der Agglomerationsprozeß innerhalb bes ländlichen Grundeigenthums meift auf Roften bes mittleren bäuerlichen Besites.

Dag das mittlere bäuerliche Gigenthum sich nicht in demfelben Mage die kleinen Landstellen einverleibt, wie das große Grundeigenthum das kleine und mittlere, erklärt sich dadurch, daß ersteres namentlich bort, wo es zweckmäßig arrondirt ift, in bestimmten Größenverhaltniffen vorhanden zu fein pflegt, Die fich ziemlich genau an eine bestimmte Bahl von Arbeitsfräften und Spann= vieh anschließen, und daß somit bei der konservativen Natur des Bauernstandes und seines Betriebes meist fein Bedurfnig porliegt, den vorhandenen Gutsumfang zu verändern.

Dennoch haben Vergrößerungen der Bauerngüter — wo die obigen Voraussetzungen nicht zutreffen - im Einzelnen ausnahmsweise stattgefunden; auch find gang neue Bauergüter hier und da entstanden.

Bon der allmählichen Bergrößerung der Bauerngüter an der Oftfüste Schleswig-Holfteins ift bereits oben gesprochen worden. Ebenso bavon, daß im Anfang bes Jahrhunderts auf einigen Solfteinischen und vielen Schlesmigfchen Privatgutern sowie auf den Schleswig-Holsteinischen Domanen neben vielen

²⁷⁾ Preuß. landwirthsch. Berwaltung 1875-77. S. 300. Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums. G. 41.

²⁸⁾ Breuß. Landesfulturbericht f. 1873. S. 160, 300. Preußens landwirthschaftliche Berwaltung 1875—77. S. 298, 299, 300. Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums. G. 35.

²⁹⁾ Lette, Bertheilung des Grundeigenthums. S. 142. Mündliche Erfundi= gungen.

kleinen Landstellen auch spannfähige Bauerngüter gebildet worden sind. Im Laufe der Zeit hat sich dann auch der ansangs ziemlich stark hervorgetretene Gegensatz zwischen Hufenbauern und Parzellisten allmählich ausgeglichen.

Auch in dem alten Bestande des Königreichs Preußen hat das bäuerliche Grundeigenthum in Folge der Gemeinheitstheilungen, durch welche größere Landstomplexe von den Gemeinheiten an die Bauern herausgegeben wurden, manchen

Zuwachs erhalten.

Und andererseits sind wohl überall im Norden, aber auch in einigen Theilen des Südens — so namentlich im badischen Schwarzwalde, in Oberund Niederbayern u. a. D. — aus den alten sür das vorhandene Kapital ihres Sigenthümers zu großen Bauernhösen durch Zertheilung derselben in zwei oder mehrere Theile kleinere aber immer noch spannfähige Bauernhöse gebilden worden: ein Verfahren, das von der Gesetzgebung namentlich am Schluß des vorigen und am Ansang unseres Jahrhunderts vielsach begünstigt wurde. Darauf, daß selbst neuerdings in den preußischen Provinzen Westphalen, Sachsen u. s. w. durch Zerlegung allzugroßer Bauerhöse in mehrere kleinere neue noch immer spannfähige Höse entstanden sind, hat der Abgeordnete Miquel in der Sizung des preuß. Abgeordnetenhauses vom 4. Dez. 1873 hingewiesen.

Auch aus Oldenburg wird berichtet, daß sich dort die Zahl der (spannfähigen?) Besitzungen um 2326 vermehrt hat, theils anläßlich der Begründung neuer Landstellen auf vormals unfultivirten Gründen, theils anläßlich der Zer-

schlagung größerer Besitzungen 30).

Aber wenn man die auf die Auflösung der spannfähigen Bauerngüter bezüglichen Thatsachen mit den auf die Neuentstehung und Vergrößerung derselben
bezüglichen Thatsachen vergleicht, so wird kaum bezweifelt werden können, daß
die Wagschale sich auf die Seite der ersteren neigt, zumal da auf die Verringerung des bäuerlichen Grundeigenthums zugleich sowohl die Güterzerstückelung wie die Güteragglomeration hinwirft 31).

Immerhin sind wir uns dessen wohl bewußt, daß die eben von uns beigebrachten Thatsachen sehr unvollständig sind. Weil dieselben aber nicht par hazard aufgegriffen, sondern systematisch gesammelt worden sind — soweit dies einer einzelnen Privatperson überhaupt möglich ist —, so glauben wir,

daß sie typische Bedeutung beanspruchen können.

Die wenigen mit Anspruch auf Bollständigkeit offiziell gesammelten Thatsachen dürften — wenn man sie richtig deutet — dieser Annahme nicht widersprechen.

Wir folgen in Nachstehendem den Ermittelungen, welche das preußische Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten auf Veranlassung des Herrenhauses im Jahre 1860 für die sechs östlichen Provinzen Preußens (mit Ausnahme nur des Regierungsbezirkes Stralsund) und für die Provinz Westephalen bezüglich der Ab= und Zunahme der spannfähigen Nahrungen zwischen den Jahren 1816 und 1859 (für die Provinz Posen war der Zeitraum von 1823 dis 1859 maßgebend) angestellt und in einer in der Zeitschrift des k. preußischen statistischen Büreaus veröffentlichten Denkschrift zusammengestellt

³⁰⁾ Kollmann, Das Herzogthum Olbenburg. Olbenburg 1878. S. 94. 31) Lette, Bertheilung bes Grundeigenthums. S. 41 und passim.

hat. Dabei schließen wir uns der Deutung an, welche diese Rahlen neuerbings durch einen fo gründlichen Sachkenner, wie G. Raffe es ift, erfahren haben 32).

Indessen muß vorausgeschickt werden, daß die obige Zusammenstellung an sich keinen großen Werth beanspruchen barf, weil ber Begriff bes spannfähigen Bauernguts - ber Ausgangspunkt ber ganzen Ermittelung - fein allgemein feststehender, überall gleichmäßig maßgebender war, sondern vielmehr von Proving zu Proving, ja innerhalb derselben Proving verschieden gefaßt murde.

Die Ermittelungen ergaben als Resultat, daß in den sechs östlichen Brovinzen Preußens (mit Ausnahme bes Regierungsbezirkes Stralfund) und in Westphalen von 1816 (resp. 1823) bis 1859 die Zahl der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen von 351 607 auf 344 737, also um  $6870 = 1.95 \frac{6}{100}$ ihr Umfang bagegen von 34425731 Morgen auf 33498433 Morgen, also um 927298 = 2,69 % zurückgegangen ift.

Diese Abnahme haben Lette, Deitsen und Andere als geringfügig bezeichnet, indem sie sich zugleich barauf beriefen, daß die durchschnittliche Größe der Bauerngüter seit 1816 nicht abgenommen hat. Sie betrug 1859 wie 1816 97 Morgen. Nach Raffe bagegen ist die Abnahme in Wirklichkeit weniger geringfügig, als fie auf ben ersten Blick erscheint. Bu diesem Resultat gelangt

er durch folgende Betrachtungen.

In die bezeichnete Periode, fagt Naffe, fallen gablreiche Gemeinheits= theilungen, durch welche dem bäuerlichen Eigenthum ein bedeutender Flächen= zumachs zu Theil murbe, ber sich fünftig nicht wiederholen wird. Diefer Bumachs überwog bei Beitem ben Berluft, den manche Stellen bei ben Eigenthumsregulirungen und Auseinandersetzungen dadurch erlitten, daß sie durch Landabtretung das freie Eigenthum an dem Reft ihres Besitzes erwarben. Bangen haben burch beibe Operationen — Eigenthumsregulirungen und Bemeinheitstheilungen — die bäuerlichen Besitzungen 847 542 Morgen == 2,46 % mehr erhalten als verloren, und 3003 kleine Nahrungen, welche vorher ein landesübliches Gespann nicht zu halten vermochten, haben sich badurch und wohl auch durch intensivere Bewirthschaftung zu spannfähigen Höfen aufgeschwungen.

³²⁾ Denkschrift bes Ministeriums ber landwirthschaftlichen Angelegenheiten, auch 32) Denkschrift des Winisteriums der landwirthschaftlichen Angelegenheiten, auch unter dem Titel: Veränderungen, welche die spannsähigen bäuerlichen Nahrungen in den 6 östlichen Provinzen der preußischen Monarchie und in der Provinz Westphalen durch die Bodenbewegung während des Zeitraums von 1816 dis 1859 nach Ausweis der im 3. 1860 aufgenommenen Matrikeln erlitten haben, in der Zeitschrift des Königl. Freuß. stat. Bureaus 1865 Januar u. Februar. Nr. 1. S. 1 ss. 1 ss. 2 die Bewegung des Grundeigenthums innerhalb der spannsähigen däuerlichen Nahrungen in den 6 östlichen Provinzen der preuß. Wonarchie und in der Provinz Westphalen während des Zeitzaums v. 1. Zanuar 1865 bis Ende 1867, in derselden Zeitschrift 1871 Januar dis Juni. S. 121 ss. 2 ette, Vertheilung des Grundeigenthums. S. 37—41. Meitzen, Der Voden I. S. 488—510. Nasse, Die wirthschaftliche Bedeutung von Erdzinsend Verdachverhöltnissen, in den Landwirthschaftlichen Jahrbischern. Bd. 7 (1878). und Erbpachtverhaltnissen, in den Landwirthschaftlichen Jahrbuchern. Bb. 7 (1878). S. 68—70. v. d. Golt, Die Bedeutung der Latisundienwirthschaften, insbesondere Deutschlands, in der Deutschen Revue Jahrg. 6 (1881). Seft I. G. 14 und 15, 19, brudt fich pessimistischer als Rasse aus, indem er auf G. 19 fagt: "Die Möglichfeit icheint keineswegs ausgeschlossen, daß der Bauernstand nach Bahl und nach Umfang ber bewirthschafteten Fläche sich allmählich verringert, bis er in den Großgrundbesit so gut wie ganz aufgegangen und damit die Aera der Latifundienwirthschaft inaugurirt ift.

Dieses hinaufrücken der kleinen Stellen in die Zahl der spannfähigen Nahrungen kann aber nicht ewig dauern, einmal weil die Gemeinheitstheilungen sich nicht wiederholen, dann aber weil die klimatischen und Bodenverhältnisse der intensiveren Bewirthschaftung im Osten bestimmte feste Schranken entgegenstellen und auch die allgemeinen volkswirthschaftlichen Verhältnisse dort wohl noch sehr lange

eine gewisse Stabilität behalten werden.

Diese Vermehrung der spannfähigen Höse, welche durch die einmalige agrarische Resorm bewirft wurde, muß zunächst der obigen Verminderung hinzugestügt werden, um die ganze Sinduße zu sinden, welche das spannfähige düxerliche Sigenthum durch den freien Verfehr erlitten hat. Es erhöht sich der Verlust damit auf 9873 Höse, 2,80 % der Jahl mit 1761641 (927298 + 834343) Morgen = 5,11 % der Fläche. Die 834343 M. sind gewonnen, indem 13199 M., welche zu Sisendahne, Chaussee, Deiche und Kanalbauten expropriirt wurden, von den oben angegebenen 847542 M. absgezogen worden sind.

Am bedeutenossen ist die durch den freien Verkehr herbeigeführte Vermin= berung der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen gewesen in den Provinzen

				Pommern	7,97	0; .0
				Sachsen	5,32	"
				Brandenburg	4,29	,,
aın	geringsten	in	den	Provinzen		
	0			Schlesien	1,22	0 !
				Bosen	0,43	

Ferner ist zu berücksichtigen, daß im Jahre 1816 noch 430 kleinere Höfe vorhanden waren, auf denen damals Gespann gehalten wurde. In Folge der Sigenthumsregulirungen haben diese Höfe aber so viel Land abgegeben, daß auf den Restgütern ein landesübliches Gespann nicht mehr gehalten werden konnte. Diese Höfe sind nach der Denkschrift aus der obigen Berechnung gänzlich wegegelassen worden.

Sodann haben in dieser Periode durch Beräußerungen domanialer Grundsftücke die bäuerlichen Eigenthümer eine Bergrößerung ihres Areals um 215851 Morgen gewonnen. Auch dies ist ein Gewinn, der sich nicht fortlaufend wieders

holen kann.

Wird dieser letztere Umstand mit berücksichtigt, so steigt damit die durch den freien Berkehr erlittene Sinduse des von den spannfähigen bäuerlichen Nahrungen eingenommenen Areals auf ca. 2000000 Morgen, fast 6 % der Fläche.

Was sodann speziell das Verhältniß des mittleren Eigenthums einerseits zum großen und andererseits zum kleinen betrifft, so hat von den obigen 1761641 Morgen das spannfähige Eigenthum zwar 1292981 Morgen 3,75 % im Verkehr mit kleinem Grundeigenthum, aber auch 468660 Morgen = 1,36 % im Verkehr mit großem Grundeigenthum mehr abgegeben als gewonnen. Diese letztere Zahl wäre noch größer, wenn man allein verzeichnen könnte, was die Nittergüter gewonnen haben, nämlich 703069 Morgen, doch muß davon wieder abgezogen werden, was der Fiskus (215851 Morgen) und die Stiftungen (18558 Morgen) verloren haben.

Für die spätere Zeit liegen genaue Erhebungen nur noch für die 3 Jahre 1865-67 vor.

Auch in dieser Zeit erlitten die spannfähigen bäuerlichen Nahrungen wieder eine Einbuße von 224 121 Morgen und eine Verminderung um 799 Stellen.

Sine Vergleichung der Zählung von 1859 und 1867 ist leider ziemlich werthlos, weil, wie in der Denkschrift hervorgehoben wird, die nach Ausstührung der Grundsteuer-Veranlagung ausgeführten Ermittelungen von 1865—67 die zuverlässigigeren und daher als eine theilweise Berichtigung der Zahlen von 1859 anzusehen sind. Vergleicht man aber dennoch die Zahlen von 1860 mit denen von 1867, so ergiebt sich, daß sich die Gesammtsläche des bäuerlichen Grundeigenthums in diesen 8 Jahren um 597655 Morgen vermindert hat, wogegen die Zahl der bäuerlichen Stellen um 6458 gewachsen und ihr durchschnittlicher Umfang von 97 auf 94 Morgen zurückgegangen ist.

Außerordentlich wahrscheinlich ist übrigens, wie mehrere Kenner ländlicher Zustände behauptet haben, daß die Verschiedung der Grundeigenthumsverhältnisse zu Ungunsten des Bauernstandes bereits während dieser Periode, dis 1860 resp. 1867, in Wirklichkeit eine viel bedeutendere gewesen ist, als die obigen Zahlen errathen lassen. Aber bereits aus diesen läßt sich doch mit Sicherheit schließen,

1. daß sich unter der Herrschaft des freien Güterverkehrs innerhalb 50 Jahren (von 1816—1867) eine wesentliche Verminderung des spannsähigen bäuerlichen Sigenthums, um etwa 8 % seiner Totalsläche ergeben hat. Diese Verminderung würde sich wahrscheinlich als noch bedeutender herausgestellt haben, wenn man zugleich die Rheinprovinz und Neuvorpommern mit in Betracht gezogen hätte;

2. daß von diesem Areal trot des erheblichen Anwachsens der Bevölkerung nur ein Theil dem kleinen nicht spannfähigen Gigenthum zugeschlagen worden

ist, während

3. der andere Theil mit dem großen Grundeigenthum vereinigt worden ift. Daß sodann die Berminderung des spannfähigen bäuerlichen Eigenthums seit 1859 resp. 1867 in noch stärkerem Mage erfolgt ift, wie vor diesen Jahren, scheint bereits a priori angenommen werden zu können, wenn man erwägt, daß die volle Freiheit des Bodenverkehrs in der ersten Hälfte des Jahrhunderts noch durch mancherlei rechtliche und faktische Schranken gehemmt war, Schranken, welche im Lauf der Zeit hinweggeräumt worden find. Es mag hier genügen, u. A. an die zum Theil erst in diese Zeit fallende Beseitigung ber Reallasten, an die Aufhebung des Lehnsverbands, an die Begründung der Freizugigkeit und Gewerbefreiheit, an die Erleichterung der Dismembration u. f. w. zu erinnern. Besonders dürfte hier aber auch noch die Ginwirkung der die bestehenden Güter konservirenden Sitte in Betracht kommen. Unter dem Einfluß einer auf die Erhaltung namentlich bes bäuerlichen Grundeigenthums gerichteten Rechtsorbnung entstanden, mußte diese Sitte in der ersten Zeit nach Freigebung des Berkehrs mit Grundstücken noch fehr ftark wirksam sein; in Folge verschiedener auf ihre Bersetzung einwirkender Momente nimmt sie aber je langer um so mehr an Einfluß ab.

Was wir bereits a priori annehmen können, das wird dann noch durch die oben für die Jahre 1865—67 gewonnenen Zahlen, namentlich aber durch

bie aus späterer Zeit von den landwirthschaftlichen Centralvereinen einiger Provinzen erstatteten Berichte sowie durch die Aussagen von Diännern bestätigt, welche durch ihren Beruf als Gutseigenthümer, Landräthe u. s. w. in die Lage versetzt waren, die betreffenden Vorgänge genau beobachten zu können, und welche zugleich durch ihre Lebensstellung als Abgeordnete, Beante u. s. w. die Gewähr unparteiischen Urtheils darbieten.

Alle diese Urtheile stimmen darin überein, daß das bäuerliche Grundeigenthum je länger je mehr Terrain einestheils an die kleinen und anderentheils an die großen Güter verliert, und daß dieser Prozeß sich namentlich mit besenderer Schnelligkeit in dem letzten Jahrzehnt vollzogen hat.

Soweit diese Urtheile mit dem Hinweis auf bestimmte Thatsachen verbunden waren, haben wir sie bereits oben reproduzirt. Hier sei nur noch erwähnt, daß die obige Behauptung ohne näheres Eingehen auf einzelne Thatsachen neuerbings bestätigt worden ist für die Provinz Brandenburg durch das Mitglied des brandenburgischen Provinziallandtages und jezigen Präsidenten des Deutschen Reichstags v. Levehow sowie durch den Abgeordneten v. Wedell-Malchow, für die Provinzen Schlesien und Schleswig-Holstein durch die Dekonomieräthe Korn und Bokelmann, für die Provinzen Sachsen durch den Abgeordneten Grafen Wartensleben, für die Provinzen Ost= und Westpreußen, Posen und Pommern durch den Landtagsabgeordneten Sombart u. s. w. und ganz im Allgemeinen für den Gesammtumfang der preußischen Monarchie durch den sog. Friedensthallischen Bericht 33).

An festen zahlenmäßigen Stützpunkten sür das obige Urtheil, soweit es sich auf das letzte Jahrzehnt bezieht, sehlt es leider so gut wie ganz. Das Wenige, was wir hierüber besitzen, ist einmal auf ungleiche Weise gewonnen und deshalb nicht recht vergleichbar, dann aber bestätigt es uns nur, was wir bereits vorher mit Sicherheit annehmen zu können glaubten, daß nämlich die Versdrügung des Grundeigenthums in verschiedenen Provinzen und selbst innerhalb berselben Provinz in den verschiedenen Rreisen in sehr ungleichem Grade ersolgt ist.

• So sind nach einer von dem Oberpräsidenten der Provinz Schlesien dem dortigen Provinziallandtage zugestellten tabellarischen Zusammenstellung, bezüglich welcher der Oberpräsident übrigens selbst bemerkt, "daß die Zahlenangaben in diesen Uebersichten zwar mit möglichster Sorgsalt zusammengestellt (auch gewonnen?) sind, aber Anspruch auf völlige Richtigkeit nicht machen können, da die auf das Jahr 1850 bezüglichen Zahlen durch die Ortsbehörden nachträglich ermittelt sind", zwischen 1850 und 1880 verschwunden

			Bauerngüter		
			Zahl	Umfang in Bett.	
im	Reg.=Bez.	<b>B</b> reslau	1050	69 933,81	
,,	"	Liegnitz	2067	75 349,03	
"	"	Oppeln	1806	49 523,00.	

³³⁾ Bericht über bie Berhanblungen bes preuß. Landes-Dekonomie-Kollegiums v. 1879. S. 164, 170, 173. Berichte über die Sitzungen der Brandenburgischen und Sächsischen Provinziallandtage der letten Jahre. Preußens landwirthschaftliche Berwaltung 1875—77. S. 300.

Danach wäre der Rückgang des bäuerlichen Grundeigenthums, der nach den oben für den Reg.=Bez. Oppeln (Oberschlessen) mitgetheilten Zahlen bereits ein beträchtlicher war, für die beiden übrigen Regierungsbezirke der Provinz Schlesien wenigstens der Fläche, für den Reg.=Bez. Liegnitz aber auch der Zahl der Stellen nach noch viel bedeutender gewesen.

Doch werden die obigen Daten mit aller Reserve aufzunehmen sein, da ja die Richtigkeit der für 1850 ermittelten Zahlen von offizieller Seite selbst in Zweisel gestellt ist. Auch drängt sich uns unwülkürlich die Frage auf, ob in den oben mitgetheilten Zahlen über die untergegangenen Bauerngüter auch die Zahlen der neuerstandenen mit berücksichtigt, d. h. in Abzug gebracht worden sind oder nicht, eine Frage, auf die wir in dem uns vorliegenden Material leider keine Antwort sinden 34).

Anders als in der Provinz Schlesien ist der Vergleich zwischen dem Zustand der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen in den Jahren 1860 und 1880

in der Proving Weftphalen ausgefallen.

Bereits der zwischen den Jahren 1816 und 1859 angestellte Bergleich hatte ergeben, daß die Zahl der spannfähigen bäuerlichen Nahrungen während dieses Zeitraumes sich nur um 12 vermindert, der Gesammtslächeninhalt dagegen sich um  $360\,877$  Morgen, d. h. um  $10\,\%$ 0 vermehrt hatte, und daß ferner der durchschnittliche Flächeninhalt einer jeden spannfähigen Nahrung im Jahre 1816 nur 101 Morgen betragen hatte, 1859 aber 111 Morgen betrug.

Eine Fortsetzung dieser Ermittelungen, welche der Oberpräsident der Proziniz Westphalen sür den Zeitraum von 1860 bis 1879 durch die Bezirksregierungen hat anstellen lassen, ergab ein noch günstigeres Resultat, indem während dieses Zeitraums die Zahl der spannfähigen däuerlichen Nahrungen in der genannten Provinz sich um 695 (im Reg.-Bez. Münster um 30, im Reg.-Bez. Arnsberg um 662, im Reg.-Bez. Minden um 3) mit einem Gesammtslächeninhalt von 5965 h (im Reg.-Bez. Münster + 500, im Reg.-Bez. Arnsberg + 6887, im Reg.-Bez. Minden — 1422) vermehrt hat 85).

Wenn uns dieses Resultat angesichts der sehr glücklichen Grundeigenthumsvertheilung in der Provinz Westphalen auch nicht unerwartet kommt, so wäre
es doch erwünscht zu ersahren, ob und in wie weit bei den Aufnahmen der
Jahre 1816, 1859 und 1880 für den Begriff der spannsähigen bäuerlichen
Rahrung das 'gleiche Kriterium entscheidend gewesen und ob auch sonst die Aufnahme in allen drei Fällen in derselben Weise ersolgt ist. Es drängt
sich uns diese Frage um so lebhaster auf, als es von den Ermittelungen,
welche über die Beränderungen innerhalb des bäuerlichen spannsähigen Eigenthums sür die Jahre 1865—67 veranstaltet worden sind, in der Einleitung
zu ihrer Beröffentlichung ausdrücklich heißt, daß dies die erste Statistik sei, die

³⁴⁾ Gutachten bes Referenten Justigrath Schneiber für ben Provinzialausschuß, betreffend die Emanation eines Gesetzes über die Regulirung der Erbfolge von Bauernsgütern in Schlesien. S. 11 u. 12. Borlage an den Provinzialausschuß der Provinz Schlesien, betreffend eine anderweitige gesetzliche Regelung der Erbsolge in den Bauernshöfen, vom 4. Kebruar 1861. S. 2.

³⁵⁾ Begründung des von dem Minister für Landwirthschaft, Domänen und Forsten am 24. Januar 1882 dem preuß. Herrenhause vorgelegten Entwurfs einer Landgüterordnung der Provinz Westphalen. Drucksachen des preußischen Herrenhauses, Sipungsperiode 1882. Nr. 16. S. 24, 25.

auf sicheren und zuverlässigen Angaben beruhe, und als diese allerdings nur für drei Jahre aufgenommene Statistik ein von der Statistik für 1816—1859 sowohl wie von der für 1860—80 abweichendes Resultat ergiebt, indem in der dreijährigen Periode von 1865—67 die Zahl der spannfähigen Nahrungen in der Provinz Westphalen um 799 zurückgegangen ist und ihr Umfang sich um

224 121 Morgen vermindert hat.

Aber angenommen, daß die durch die oben mitgetheilten Zahlen illustrirten Verhältnisse in Wirklichkeit so günstig waren, wie es nach diesen Zahlen ersicheint, so wird doch nicht vergessen werden dürsen, daß die erhebliche Vermehrung der Zahl der bäuerlichen Besitzungen und gleichzeitig ihrer Gesammtstäche hauptsächlich auf Rechnung der fortgeschrittenen Theilung und Kultivirung der gemeinheitlichen und markgenossenschaftlichen Grundstücke kommt, welche vorzugsweise in der Provinz Westphalen, wo die altgermanische Agrarversassung der Markgenossenschaften sich lange erhalten hat, eine große Ausdehnung besaßen. Diese Austheilung ist nun aber einmal ersolgt und kann sich nicht wiederholen, so daß die Bewegung des Grundeigenthums in den nächsten Jahrzehnten voraussischtlich andere Zahlen ausweisen wird 36).

Aber nicht nur in Preußen, sondern selbst in denjenigen deutschen Ländern, in denen das bäuerliche Grundeigenthum in seinem Bestande noch gegenwärtig durch besondere Rechtsvorschriften direkt geschützt ist (Badischer Schwarzwald, Fürstenthümer Waldeck und Lippe, einige Thüringische Staaten, Königreich Sachsen) oder es doch wenigstens dis in die jüngste Zeit hinein war (Hannover, Braunschweig, Oldenburg, Schleswig-Holstein u. s. w.), ist der eben gekennzeichnete Prozes des Zusammenschmelzens des von bäuerlichen Nahrungen einzgenommenen Areals, wenn auch nicht so start wie in andern Gegenden, zu Tage getreten.

So wird namentlich aus Thüringen berichtet, daß dort kaum noch ein größeres Gut zu finden sein dürfte, das nicht im Laufe der letzten Jahrzehnte seinen Besitzstand durch Zukauf bäuerlichen Sigenthums vergrößert hätte 37).

Und auch außerhalb Deutschlands ist diese dem spannfähigen bäuerlichen Grundeigenthum verderbliche Entwickelung beobachtet worden. So konstatirt noch neuerdings Nasse auf Grund des Berichts über die große französische Enquête agricole, daß dort sowohl das kleine wie das ganz große Grunds

eigenthum sein Terrain auf Rosten des mittleren erweitere.

Auf Grund des beigebrachten Materials glauben wir demnach die Richtigteit des von A. Meißen in seinem ausgezeichneten, allgemein hochgestellten Wert:
Der Boden und die landwirthschaftlichen Verhältnisse des preußischen Staats
Bb. I (1868) S. 418 ausgesprochenen Urtheils bestreiten zu müssen. Derselbe sagt nämlich dort, daß "die Gegenwart über die Gesahr, das mittlere
Grundeigenthum in seinen verschiedenen Abstusungen aus dem sozialen und
wirthschaftlichen Leben des Bolks beseitigt zu sehen, glücklich hinausgekommen ist."
Bielmehr glauben wir, daß diese Gesahr vielleicht die größte ist, die die deutsche
Bolkswirthschaft und die deutsche soziale Entwickelung in der Gegenwart und
Bukunft bedroht.

³⁶⁾ Lette, Bertheilung bes Grunbeigenthums. S. 38, 39.
37) Robbe, Die Dismembrationsfreiheit bes ländlichen Grunbbesites. S. 16.
Reuning, Königreich Sachsen. S. 72. Trümpelmann, Bilber. S. 8.

Im Interesse vollster Klarstellung dieses streitigen Bunktes darf es mit Freuden begrüßt werden, daß in Bufunft wenigstens für Preugen durch regelmäßig wiederholte Erhebungen über die Bewegung des Grundeigenthums diefer für die Zukunft unseres Bolkes so wichtige Gegenstand über allen Zweifel er= hoben werden foll. Einstweilen werden wir aber außerordentlich dankbar sein, wenn diejenigen, welche die oben von uns gemachten Angaben im Einzelnen zu ergänzen und näher auszuführen oder zu berichtigen im Stande sind, uns ihre diesbezüglichen Mittheilungen zugehen laffen wollen.

Bevor wir diesen Abschnitt abschließen, wollen wir noch einige Andeutungen darüber zu geben versuchen, wie das oben von uns gewonnene Resultat mohl zu erflären fein möchte.

U. Meiten motivirt sein unseres Dafürhaltens zu optimistisches, übrigens bereits in den sechziger Jahren niedergeschriebenes (gedruckt worden ist dasselbe im Jahre 1868) Urtheil über die dauernde Befestigung des mittleren Grundeigenthums damit, daß "Bauerngüter und Gärtnerstellen einen Preis erreicht haben, welcher nur bei wirklich bestehendem Bedürfnig das Bufammenlegen derfelben zu Großbesitz gestattet und ebensoviel Anreiz enthält, an geeigneter Stelle durch Berichlagen größerer Guter zu Bauerstellen Erfatz zu schaffen. Es wird fich ergeben, daß auch die kleine Parzellartheilung den mittleren Besitz nicht gefährdet, und durch die Freiheit des Verkehrs nach und nach ein richtiges Gleichgewicht der Interessen sich herstellt."

Uns scheint diese Argumentation mindestens unvollständig und deshalb auch nicht richtig zu fein.

So sind die bis zur Mitte, ja bis zum Schluß der sechziger Jahre für Bauerngüter gezahlten unverhältnifimäßig hohen Breife nach verschiedenen Brivatangaben gegenwärtig ftart ins Beichen getommen.

Leider fehlt es uns auf diesem Gebiet an zuverlässigen statistischen Daten. Für Defterreich wird auf Grund eines Vergleichs von Verkaufspreisen aus dem Anfang der siebenziger Jahre und aus der Gegenwart angegeben, daß der Werth des bäuerlichen Grundeigenthums feit  $1870~\mathrm{um}~30\,^{0}/_{0}~$  gefunken sei 38 ).

Zweifellos ift, daß in Subhaftationsfällen außerordentlich niedrige Breise gezahlt werden.

In der Sitzung der bayerischen Kammer der Abgeordneten vom 17. Ja= nuar 1879 theilte der Abgeordnete Schels folgende den Registern des Bezirts= gerichts Regensburg entnommene Daten mit:

Ein Anwesen in Oberhub war am Anfang der 70 er Jahre auf 36 000 Fl. geschätzt, 1877 bann aber zwangsweise für 30 000 Mark verkauft und, weil der Käufer nicht im Stande war,, den Kaufschilling zu erlegen, im Jahre 1878 zum zweiten Male subhastirt, wobei nur 20 000 Mark erzielt wurden.

Ein Anwesen in Zeitlarn wurde 1874 für 25 714 Mark gekauft und 1877 für 8450 wieder verfauft.

Ein Anwesen in Wagenbuch wurde im März 1877 für 77 200 Mark gekauft, im Oktober 1877 für 40 101 Mark verkauft.

³⁸⁾ E. Jäger, Die Agrarfrage ber Gegenwart. Berlin 1882 S. 180.

Ein Anwesen in Donaustauf im September 1878 für 24 000 Mark

gekauft und im Ottober 1878 für 14848 verkauft 39) u. s. w.

Sollten die obigen Zahlen für die Preisbewegung des ländlichen Grundeigenthums in ganz Deutschland auch nicht typisch sein, so ist das Zurückgehen
der Preise für Bauerngüter in vielen Theilen Deutschlands doch eine notorische Thatsache.

Gegen die Meiten'sche Argumentation ist aber noch anzusühren, daß es sich bei Umwandelung von Geldkapital in Grundeigenthum gar nicht ausschließlich um die möglichst hohe Verzinsung des Kaufschillings handelt. Die gegentheilige Annahme geht von der Voraussetzung aus, daß der wirthschafte liche Egoismus im Sinne der Realisirung eines möglichst hohen Geldgewinns die einzige Triebseder alles wirthschaftlichen Thuns sei. Ist diese Voraussetzung nun schon überhaupt eine irrige, so ist sie es in besonders hohem Grade

auf demjenigen Gebiete, das uns hier beschäftigt.

Wie die Grundeigenthumsvertheilung eines Landes uns immer ein Buch mit sieben Siegeln bleiben murbe, wenn wir dieselbe allein burch bas Wirken bes individuellen Egoismus erklaren wollten, fo kommen auch heute noch von bem Belieben des Ginzelnen mehr oder minder unabhängige Momente für bie Brundeigenthumsvertheilung in Betracht. Aber felbst soweit die Grundeigen= thumsverschiebungen wirklich auf den freien Berkehr, auf Rauf und Taufch zurudzuführen sind, kommen für den einzelnen Räufer die verschiedenartigsten Motive ins Spiel, wobei wir natürlich weder leugnen können noch leugnen wollen, daß der Ertragswerth der Büter ber feste Bunkt ift, um den die Raufpreise oscilliren und daß viele Räufe auf Grund vorhandener Wirthschafts= bücher und mit der Rechentafel in der Hand abgeschlossen werden. Nur bestreiten wir: daß es namentlich im Berkehr ber Pauern unter einander ober mit anberen Rlaffen immer geschieht und bag, wo es geschieht, bas rechnungsmäßige Kacit der Wirthschaftsbücher, verglichen mit den Zinsen, die durch den gezahlten Raufpreis in anderen Unternehmungen erzielt werden könnten, den einzigen oder auch nur den hauptsächlichsten Bestimmungsgrund für die Bohe deffelben bilbet. Wir glauben hier an die Hoffnungen des Käufers auf Erzielung einer höheren Grundrente, als sie der frühere Besitzer bezog, an die größere Sicherheit der Bermögensanlage in Grundeigenthum, an die höhere soziale Stellung, welche bas Grundeigenthum verleiht und endlich an die passende und vielleicht lang ersehnte Beschäftigung, welche erst ber eigene Besitz ermöglicht, als an lauter Momente erinnern zu dürfen, welche auf den Entschluß des Räufers mit beftimmend einwirken. Und wenn alle diese Momente oder doch einzelne der= felben vielleicht nur unbewußt bagu dienen, ben für die Lösung bes Rechnungs= erempels erforderlichen klaren und nüchternen Blid zu umschleiern, fo giebt es ja wohl auch Fälle, und ihre Zahl dürfte sich in dem Grade mehren, wie sich ber Kapitalsitz in einigen Händen konzentrirt und vergrößert, in denen seitens ber Erwerber mit vollem Bewußtsein auf eine höhere, ja unter Umständen auf jede Berzinsung des im Grundeigenthum angelegten Kapitals — wenigstens für eine Zeit — verzichtet wird. Go wenn ein großer Gutsbesitzer seinen

³⁹⁾ Stenograph. Bericht über bie Berhandlungen ber baverischen Kammer ber Abgeordneten, Sitzung vom 17. Januar 1879. S 78 ff.

kleinen Nachbarn auskauft, weil bessen Nachbarschaft ihm aus irgend einem Grunde lästig ift oder weil er seinen Besit zwedmäßig arrondiren will, ober wenn ein großer Jagdliebhaber ein Gut wegen feiner günftigen Jagdgründe, oder ein städtischer Kapitalist ein solches tauft, um einen großen Park anzulegen oder sich einen behaglichen Sommeraufenthalt zu schaffen oder um feinem Sohne zugleich eine paffende Beschäftigung und eine höhere soziale Stellung zu Die Fälle der letteren Urt werden in Folge der großen Un= verschaffen. sammlung von Geldfapital in ben Sänden von ftädtifchen Gewerbtreibenden und Raufleuten, namentlich Banquiers und Borfenspekulanten in den letzten Jahrzehnten immer häufiger. Wohin sich unser Auge auch wendet, überall begegnet es berfelben Erscheinung: daß fich nämlich von den Städten oder sonstigen Industrieorten aus das hier angesammelte Kapital strahlensörmig auf das Land ergießt und die Repräsentanten bes beweglichen Kapitals zugleich zu Immobilienbesitern macht. Go faben wir benfelben Prozef fich gleichmäßig voll= ziehen im Südwesten: von Basel und Frankfurt aus und im Nordosten von Berlin, Pofen und Breslau aus. Und wenn wir deffelben bereits an einer anderen Stelle in dem Sinne gedacht haben, daß badurch schlieflich die Bil= dung großer Landgüter gefordert wird, so konnen wir jett hinzufügen, daß biefes Ziel durchaus noch nicht überall erreicht ift, sondern daß das städtische Rapital fürs Erste noch vielfach die vorhandenen Güter als solche bestehen läft und sich innerhalb ihrer alten Grenzen möglichst wohnlich einzurichten sucht.

Aber nicht nur in der Sphäre des großen Kapitals und der Nachfrage nach großem und mittlerem Grundeigenthum, auch unter ben kleinen Leuten spielt bas genaue Rechnen eine geringere und die Grundeigenthums=Paffion eine größere Rolle, als man vielfach meint. Denn einmal versteht man hier nicht so gut zu rechnen. wie in den Kreisen der Gewerbtreibenden und der Kaufleute, und verrechnet fich baber häufig. Dann aber ift ber Bunfch nach dem Befitz einer eigenen Scholle bei allen in der Landwirthschaft beschäftigten Personen, namentlich aber unter einigen Boltsftämmen (Alemannen, Franken) so stark und die Gelegenheit Arbeiter und Unternehmer in einer Berson zu sein, so verführerisch, daß in ben Kreisen der ländlichen Arbeiter und Kleinbesitzer Preise für kleine Boben= parzellen gezahlt werden, die häufig in gar keinem richtigen Berhältniß zu bem Ertrage berfelben stehen. Ja bisweilen hat ber Raufpreis eines solchen kleinen Grundftuds geradezu den Charafter der Bezahlung für eine feste Arbeitsgelegenheit, so daß ber Räufer nur den Tagelohn auf demselben verdient. Es sinkt baber, wie Bernhardi richtig fagt, der fleine Gigenthumer foldenfalls zu einem schlecht bezahlten Tagelöhner seiner selbst herab. Dies wird auch von Helferich auf Grund von Würtembergischen Beobachtungen aus den dreißiger und vierziger Jahren bestätigt: "Ueberall wo die Mehrzahl der Besitzungen fo klein ift, fagt Helferich, daß sie ohne Tagelöhner und Dienstboten bewirthschaftet werden tonnen, wird die Grenze ber Raufpreise nicht durch den kapitalisirten Reinertrag bestimmt, sondern durch den Kapitalwerth des Robertrags nach Abzug der öffentlichen Abgaben, bes Aufwands für die Saat und höchstens noch des Theils der Bestellungstoften, der durch das Gespann verursacht wird, aber nicht auch nach Abzug ber Arbeitstoften." Und neuerdings ift auch für bas Großberzogthum Baben konstatirt worden, daß ber fleine Grundeigenthumer keine Grund=

rente mehr bezieht, sondern auf und von seinem Grundstück für sich und seine

Familie nur den Lebensbedarf, den einfachen Tagelohn erwirbt 40).

Wenn wir im Obigen für eine große Anzahl von Fällen den Einwand beseitigt zu haben glauben, daß die sehr hohen Preise des mittleren Grundseigenthums dasselbe vor einer Aufsaugung oder Zerstückelung bewahren, so bleibt hier nur noch zu erwähnen übrig, daß die Preise des ländlichen Grundeigenthums nur so lange hoch zu sein pslegen, als die betreffenden Besüger in ihren Entschlüssen, ihre Güter zu verkausen oder zu behalten, noch vollständig freie Hahl in den letzten Jahren häusig beeinträchtigt worden ist, beweisen die oben angeführten Daten der bayerischen Subhastationsstatisstift und wird wahrscheinlich die Statistift auch anderer Länder, wenn sie mit derselben Aussührlichkeit und Sorgsalt wie die bayerische gemacht sein wird, zeigen.

llebrigens würde man irren, wenn man das theilweise Verschwinden des bäuerlichen Grundeigenthums in der Gegenwart zurücksühren wollte auf Nachtheile, welche dem Betrieb eines mittleren bäuerlichen Guts als solchen im Vergleich mit dem Wirthschaftsbetrieb großer und kleiner Güter eigen sind. Haben wir doch oben eingehend nachzuweisen gesucht, daß der bäuerliche Gutssbetrieb auch heute noch sowohl mit dem Betrieb des großen als auch mit dem

des fleinen Besitzes tonkurriren fann.

Wenn bennoch in letzter Zeit, namentlich von sozialistischer oder mit dieser verwandter Seite das Gegentheil behauptet worden ist, indem die Aussaugung des mittleren und kleinen Grundeigenthums durch das große als eine wirthsichaftliche Naturnothwendigkeit hingestellt wurde, wie die Berdrängung des Handwerks durch die Fabrikation es sein soll, so liegen diesem Naisonnement zwei Irrthümer zu Grunde. Denn 1. ist das Handwerk nicht in dem Grade naturnothwendig dem Untergang verfallen wie behauptet wird, indem sich nicht unwesentliche Gebiete desselben durch eine auf seine Bedürsnisse und Forderungen näher eingehende Gewerbepolitik und Gewerbevorganisation erhalten lassen. Dann aber wird 2. den großen Verschiedenheiten, welche zwischen dem landwirthschaftslichen und gewerblichen Betriebe bestehen, nicht genügend Rechnung getragen.

Der beste Beweis dasur, daß es nicht eigentlich die Fehler des bäuerlichen Gutsbetriebs sind, welche das bäuerliche Grundeigenthum sowohl vor dem kleinen wie vor dem großen zurückweichen lassen, dürste darin zu sinden sein, daß, wenn überhaupt, so doch nur höchst selten — z. B. in den Bezirken der Rübenzuckersabritation — eine Berbindung von bäuerlichen Gütern zu größeren Betriebseinheiten vorzukommen pflegt, während dagegen das Zerlegen großer Güter in einzelne Theile (ganze Güter oder nur Parzellen) und ihre Berpachtung an Kapitalisten und kleine Leute in England, Schottland, Italien und neuerdings auch in Deutschland immer größere Dimensionen annimmt.

Ferner darf hier wohl daran erinnert werden, daß auch in Deutschland in ben eigentlichen Bauerngutsbezirken des Westens, in Westphalen, Braunschweig, Schleswig-Holstein, Oldenburg, Hannover, Lippe u. s. w. von einem Zurückgeben des Bauernstandes im großen Ganzen — abgesehen von einzelnen oben

⁴⁰⁾ Freiherr v. Göler in ber Situng ber ersten Babischen Kammer vom 16. März 1882. Stenograph. Bericht. S. 23. Ueber Würtemberg: Helferich in ber Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Jahrg. 1853. S. 193.

mitgetheilten Fällen, die indessen den Charakter der Ausnahme haben dürften — in der jüngsten Bergangenheit wenig verlautete. Bielmehr ist gerade in Beziehung auf diese Gegenden in letzter Zeit wiederholt anerkannt worden, daß der Bauernstand hier weniger unter der Ungunst der Berhältnisse zu leiden hat, als die deutschen Grundbesitzer im Allgemeinen.

Wenn wir aber, abgesehen von ben erwähnten Gegenden, das bäuerliche Grundeigenthum in der jüngsten Vergangenheit an vielen Stellen zurückweichen sahen, so liegen diesem bedauernswerthen Vorgange eine ganze Reihe von Umständen zu Grunde, von denen nur ein Theil sich auf den Betrieb bezieht, und zwar auf den Betrieb, wie er nicht nothwendig dauernd mit dem bäuerlichen Eigenthum verbunden sein muß, sondern nur momentan fakisch verbunden ist.

Bu diesen Umftänden gehört:

- 1. der rasche Uebergang von der Natural= zur Geldwirthschaft, wie er sich in einigen, namentlich von den Industriecentren und großen Kommunikations= wegen entsernten, abgelegenen Theilen Deutschlands erst in der jüngsten Zeit vollzogen hat. Denn während in städtischen und sonstigen industriellen Kreisen und wohl auch in den um die Städte herum liegenden oder mit guten Kommunikationsmitteln versehnen Gegenden das Geld seit Jahrhunderten in die seinsten Berkehrsadern eingedrungen ist, bezog der Bauer noch vor kurzem vielsach sein Bau= und Brennholz aus dem Gemeindewalde, halsen ihm seine Nachsbarn sein Strohdach decken und hatte er für den Staat und die Gemeinde noch mancherlei Naturaldienste zu leisten. Erst in der jüngsten Bergangenheit ist dagegen auch in den bäuerlichen Kreisen das Geld zum hauptsächlichsten, wenn auch noch immer nicht zum ausschließlichen Vermittler aller Berkehrsbeziehungen geworden. In diese Situation weiß der Bauer sich nur schwer und jedensfalls nicht rasch zu seinden.
- 2. Die Steigerung der Geldlöhne, die der Bauer seinen Knechten zu zahlen hat und die Erhöhung der Steuern und sonstigen Abgaben, die er in vielen Ländern dem Staat, namentlich aber der Gemeinde zu entrichten hat, während doch
- 3. in Folge der erst in den letzten 10-20 Jahren aufgetretenen Konsturrenz entfernter Länder und Welttheile mit ihren Produkten die Preise einiger landwirthschaftlichen Produkte gefallen oder doch wenigstens nicht in dem Grade gestiegen sind, wie die mittlerweile angewachsenen Produktionskoften und Abgaben es wünschenswerth gemacht haben.

Freilich leiden unter den sub 2 und 3 angeführten Berhältniffen die großen Güter noch mehr, die kleinen Güter aber weniger als die Bauerngüter.

- 4. Die bereits oben erwähnte Schwerfälligkeit der Bauern, die sich nament= lich beim Uebergang zu neuen, durch die veränderten Konjunkturen bedingten Kulturarten und Betriebsschsteinen, sowie im Kreditverkehr zeigt.
- 5. Die nachlässige Führung vieler bäuerlicher Wirthschaften, wobei nament= lich der Mangel an jeglicher Buchführung eine Uebersicht über den Vermögens= stand verhindert.
- 6. Das Hängen an alten Konsumtionsgewohnheiten, die noch aus Zeiten der Prosperität herstammen, in einigen Gegenden, und die Zunahme des Luxus und Branntweintrinkens in anderen.
  - 7. Endlich ist auch die Gesetzgebung und Berwaltung nicht ohne Schuld

an der traurigen Lage, in der sich der deutsche Bauernstand wenn auch nicht

allgemein, fo boch in manchen Gegenden befindet.

Wir erklären dies dadurch, daß die Vertreter ländlicher Interessen auf die Befetgebung und Berwaltung bes Staats bis zum Schlug ber fiebenziger Jahre überhaupt nur geringen Einfluß gehabt haben und daß auch seitdem vorzugsweise nur die Bertreter ber Interessen des großen Grundeigenthums zur Beltung gelangt find. Wenn nun, wie wir bereits oben ermähnten, gegenüber den Interessen des beweglichen Kapitals der kleine, mittlere und große Grundbesitz gemeinsame Interessen zu vertreten haben, so schließt bas nicht aus, daß innerhalb dieser nach Außen solidarisch auftretenden Gemeinschaft auch wieder divergirende Interessen vorhanden sind, die ihre besondere Bertretung verlangen. So ift, um nur eines Punktes zu erwähnen, für die Befriedigung ber Kreditbedürfniffe bes großen Grundeigenthums im Ganzen beffer geforgt, als für das Kreditbedürfniß des mittleren Besites. Erst in allerletter Zeit beginnt auch auf diesem Gebiet durch die Rreditvermittelung der Bauernvereine, die Ausbreitung der Raiffeisen'ichen Darlehnstaffen, bas größere Entgegenkommen der Landschaften und die Sorge bes Staats und der Kommunalverbande sowie der Spartaffen eine Wendung zum Befferen einzutreten.

Dienen die oben angeführten Umftände dazu, um die Lage des bäuerslichen Grundeigenthums in der Gegenwart zu einer schwierigen zu machen, so werden diese Schwierigkeiten noch durch folgende Momente nicht unerheblich

gesteigert :

8. Die Zerstückelung des bäuerlichen Grundeigenthums pflegt namentlich im Norden und Often des deutschen Reichs durch die allgemeine Nachfrage nach kleinem Besitz begünstigt zu werden, eine Nachfrage, die, wie wir oben zu zeigen suchten, durch den großen Grundbesitz nicht befriedigt wird.

9. Die Absorption bes mittleren Grundeigenthums durch bas große wird theils durch wirthschaftliche Bedurfniffe bieses letteren, theils durch bie Ueber-

macht des stets wachsenden Geldkapitals befördert.

10. Sowohl dem Zerstückelungs- wie dem Absorptionsprozeß des bäuerlichen Grundeigenthums wird endlich durch das gewerbsmäßige Gütermetzen Vorschub geleistet.

Diefes Resultat begegnet sich mit dem Ausgangspunkt unserer Darftellung und wir könnten damit den Kreis unserer Beweisführung als geschlossen

ansehen.

Bevor wir dieses thun, wiederholen wir nochmals, was wir zu beweisen oder doch wahrscheinlich zu machen versucht haben, daß nämlich das von zwei Seiten angegriffene bäuerliche Eigenthum sich in der Gegenwart in sehr schwieriger Lage befindet, daß wir diese Lage aber nicht für eine verzweiselte halten, sondern glauben, daß es einer weitsehenden Gesetzgebungspolitik und einer energischen Wahrung der bäuerlichen Interessen durch den Bauernstand selbst — sowie durch die mit demselben verbundenen Stände — gelingen werde, das bäuerliche Eigenthum auch in der Zukunft zu erhalten.

Aber, könnte man einwenden — und es ist dies vielsach geschehen — wenn auch der mittlere Besitz in Zukunft bestehen bleibt, so wird doch der Bauernstand, wie er gegenwärtig ist, verschwinden. Die alles nivellirende Zeit werde auch diese historisch gewordene Gebilde nicht unberührt lassen und die

für dasselbe charakteristischen Eden und Kanten abschleisen. Soweit unter diesem historisch Gewordenen Namen und Tracht, sowie manche psychische Eigenart und Sitte zu verstehen sind, ist dieser Einwand gewiß nicht ohne Berechtigung. Aus den Bauern werden dem Namen nach Ackerleute und Dekonomen werden, wie sie ja schon heute stellenweise heißen; auch die Kniehose, die farbige Weste (oder vielmehr die Westen der Immermann'schen Bauern) und das altsränkische Leben werden sich von Zeit zu Zeit gefallen lassen müssen, "modernisirt" zu werden, und wir wünschen, daß auch bäuerliche Beschränktheit und Unbeweglichsteit weiterem Blick und größerer Anstelligkeit weichen. Aber mit alle dem wird doch nur ein Theil dessen, was den Bauern charakterisirt, und zwar ein äußerslicher, sallen. Für das, was das Wesen des Bauern heute ausmacht und immer ausgemacht hat, nämlich die Verbindung von mäßigem Eigenthum mit eigener Aussicht und zum Theil auch eigener harter Arbeit, wird die Volkswirtsschaft sowie die Gesellschaft auch in Zukunft noch Raum haben.

Bevor wir schließen nur noch ein Wort, das den Uebergang von diesem zu dem nächsten Abschnitt bilben foll.

Konnten wir bereits aus der im ersten und zweiten Abschnitt dieser Arbeit angestellten Untersuchung den Schluß ziehen, daß, da die Vertheilung des Grundeigenthums im deutschen Reich im Wesentlichen eine normale und gesunde ist, die Politit und namentlich die auf das Erbrecht gerichtete Gesetzgebungspolitit im Algemeinen möglichst auf die Erhaltung dieses Zustandes gerichtet sein soll, so wird dieses Postulat noch dringender, nachdem wir in diesem dritten Abschnitt gezeigt haben, daß in den Veränderungen und Verschiebungen des Grundeigenthums während der letzten Jahrzehnte die Tendenz zur Verdrängung oder doch zur Schmälerung grade dersenigen Besitzestategorie — nämlich der Bauerngüter — deutlich zu Tage tritt, auf deren Erhaltung wir nach den Resultaten des ersten Abschnitts das größte Gewicht legen müssen.

Demnach werden wir bei der jetzt vorzunehmenden Analyse der verschiesbenen Formen des Erbrechts alles was in denselben zur Erhaltung des bestehenden gesunden Zustands der Grundeigenthumsvertheilung dienlich ist, als socialwirthschaftlich günstig, dagegen alles was die Beränderung desselben in der angedeuteten krankhaften Richtung fördert, als ungünstig zu bezeichnen haben.

Indem wir an diesem bisher gewonnenen Resultat sesthalten, wenden wir uns jett im Sinzelnen einer Prüfung des in Deutschland gegenwärtig geltenden Erbrechts und seiner verschiedenen Formen zu, wobei wir nur diesenigen Bestimmungen zu berücksichtigen haben werden, welche von wirklichem Sinfluß auf die Bertheilung des ländlichen Grundeigenthums sind.

Bieber gehören die Bestimmungen:

1. über die Successionsordnung, soweit sie sich namentlich auf die Ber-

erbung von Immobilien an Descendenten beziehen.

Es kommen für unsern Zweck hauptsächlich folgende Fragen in Betracht: ob nämlich sämmtliche Descendenten gleichen Grades zu gleichen Theilen erben oder ob einige derselben, z. B. die männlichen vor den weiblichen, bevorzugt sind, oder ob gar einer der Erben den Immobiliarnachlaß ausschließlich erbt und die übrigen Geschwister von demselben vollständig ausgeschlossen sind oder doch nur mäßige Absündungen erhalten.

2. Für den Fall, daß alle Descendenten gleichzeitig zur Erbschaft berufen werden, sind dann weiter von Bedeutung die Bestimmungen, nach denen die Auseinandersetzung hinsichtlich des Immobiliarnachlasses zu ersolgen hat. Dabei wird es sür unseren Zweck vorzugsweise darauf ankommen, ob das geltende Recht die Naturaltheilung des im Nachlaß besindlichen Grundeigenthums beförsbert oder nicht, sowie darauf, ob für den Fall der Theilung des Nachlaßwerths die zum Nachlaß gehörigen Grundstücke nach dem Verkehrss oder nach dem Erstragswerth und im letzteren Fall ob sie nach dem vollen oder einem ermäßigten Ertragswerth zu veranschlagen sind.

3. Bon Wichtigkeit ist sodann die Frage, ob der Eigenthümer durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden oder auf den Todeskall über seinen kunftigen Nachlaß frei disponiren kann oder ob er durch ein absolutes Notherbenrecht oder

burch beschränkte Pflichtheilsrechte eingeengt ift.

Indem wir das geltende Erbrecht nach den obigen Gesichtspunkten darstellen und auf seine socialwirthschaftliche Tragweite prüsen wollen, werden
wir diesenigen Bestimmungen des geltenden Erbrechts, die nur von geringerer Bedeutung sir unseren Gegenstand sind, wie z. B. die Bestimmungen darüber, bis zu welchem Grade der Blutsverwandtschaft das Intestaterbrecht reicht u. s. nur gelegentlich berücksichen.

Wir beginnen mit einer Darstellung und Analyse der für uns in Betracht kommenden Bestimmungen des gemeinen Erbrechts und schließen derselben an die Behandlung der verschiedenen singularrechtlichen Institute

des Erbrechts.

Wenn wir die Darstellung des gegenwärtig geltenden Erbrechts durch eine kurze historische Stizze einleiten, so geschieht dies lediglich zu dem Zweck, sum durch die Schilberung des Werdeprocesses uns selbst und unsern Lesern die Bedeutung des Gewordenen zum vollen Bewußtsein zu bringen.

## Bur Geschichte des deutschen Erbrechts 1).

Die Entstehung des Erbrechts, als des sich bei jedem Volk schon früh einstellenden Complements des Sigenthumsrechts, ist durch die Ausbildung dieses letzteren bedingt. Jede Geschichte des Erbrechts wird daher an die Geschichte des Sigenthums anknüpfen müssen.

Wie das Sondereigen so findet sich auch das Erbrecht bereits zur Zeit ber ersten deutschen Rechtsaufzeichnungen in den sog. Bolksrechten erwähnt.

Aber freilich muß sich das Sondereigen damals nur auf einen verhältnißmäßig kleinen Theil des gesammten Grund und Bodens bezogen haben, indem der größere Theil desselben entweder noch garnicht occupirt war oder sich doch nur noch im Gesammteigenthum der Markgenossenschaft befand.

Und hinsichtlich des Grads, in dem das Sondereigen ausgebildet war, wird wieder unterschieden werden mussen zwischen den in einer Feldgemeinschaft und zwischen den in keiner solchen stehenden Gütern, indem das Sondereigen an den letzteren unserem heutigen Privateigenthum viel ähnlicher sah, als das an den ersteren.

Ganz unbekannt ift das außerhalb der Feldgemeinschaft stehende Sondereigen wahrscheinlich schon in den Zeiten vor der Wanderung nicht gewesen. Denn bereits damals wird es einzelne von der Feldgemeinschaft eximirt gewesene Grundstücke gegeben haben. Wenn größere Höse, zu denen eine Anzahl von hörigen Colonen gehörte, schon damals existirten, was nach Tacitus sehr wahrscheinlich ist, so haben sie schwerlich mit anderen Hösen in Feldgemeinschaft gestanden. Sehr bedeutend mußte die Zahl der seldmarkfreien Höse sodann später seit der Entstehung und Vermehrung der Grundherrschaften werden. Diese

¹⁾ Die Lehr- und Handbücher für beutsche Staats- und Rechtsgeschichte von Eichhorn, Zöpfl und Gierke's Genossenschaftsrecht. 1868 u. 1873 Bb. 1 u. 2. Hir die ältere Zeit namentlich: Han sie nie nie namentlich: Handschendere Reit namentlich: Handschendere Reinziglich Abhandlung 3: Die Genossenschaften im Regierungsbezirk Trier. Leipzig 1879, v. In am a-Sternegg, Deutsche Wirthschaftsgeschichte. Bb. 1. Leipzig 1879, und Gierke, Erbrecht und Vicinenrecht im Edict Chilperichs, in der Zeitschrift für deutsche Rechtsgeschichte. Bb. XII. Für die spütere Zeit besonders: Walters Deutsche Rechtsgeschichte. 2. Ausl. Bonn 1857. Insbesondere die § 586, 526, 212, 263, 363, 369, 471, 595, 596, 600, 606, 607, 608, 521, 597, 598, 599, 255 u. passim, sowie einzzelne an den betressend Stellen zu erwähnende Monographieen.

ftanden mit anderen Höfen entweder von vornherein in gar keinem Gemeindeverbande oder doch nur in dem losen der Markgenossenschaft, welche sich auf die gemeinsame Benutzung von Wald und Weide beschränkte. Diese Exemtionen wurden dann im Laufe der Zeit noch durch allmälige Lockerungen und Lösungen der Feldmarkgemeinschaft vermehrt.

Aber auch kleinere rein bäuerliche Sutsbesitzer, die zu keiner Feld= markgemeinschaft gehörten, muffen früh vorgekommen fein. Go vor allem in Folge der Anlegung von Ginzelhöfen zuerft auf genoffenschaftlich occupirtem Boden, dann auch auf Krongutern; wie jene ftanden diese ebenfalls in dem weiteren Berbande der Mark- und nicht in dem engeren der Feldgenoffenschaft. Sierher gehören auch die fpateren Colonisationen bes ursprünglich von Glaven besetzten deutschen Bodens im Often und Westen, welche vielfach nach Frankischen oder Flämischen hufen ftattfanden. Obgleich diese Colonisten fich meist dorfweise anfiedelten, fo erhielten sie ihre hufen boch meift in einem Stud.

In allen diesen Fällen wird das Sondereigen schon früh unserem Privat= eigenthum ähnlicher gewesen sein als in dem zweiten jest ins Auge zu fassenden Falle.

Diefer lag vor, wenn die Unsiedler von Anfang an in einer Feld= gemeinschaft standen, mas die gewöhnliche Folge der dorfweise erfolgten Unsiedelung im Westen und Süden gewesen sein wird. Hier hat sich das Sonder= eigen erft allmälig aus bem Befammteigenthum entwickelt. Dem Einzelnen ftand außer seinem Sause und ber Hofftätte, an benen sich bas Sondereigen am frühesten entwickelte, anfangs nur ein ideeller Rupungsantheil an der Feldmark zu, und aus diesem bildete fich bann erft im Laufe der Beit ein reeller Eigen= thumsantheil an einem bestimmten Theil der Feldmark heraus. Sowohl der generelle Rutungs= als ber spezielle Eigenthumsantheil waren außerdem durch das Gesammtrecht der Genossen sehr stark eingeschränkt.

Und wie das Eigenthum so hat auch das Erbrecht an diesen verschiedenen Güterarten eine ungleiche Ausbildung gehabt.

Während an das Sondereigen in der ersten Form sich wohl gleich von Unfang an ein Erbrecht zuerst der zu derselben Markgenoffenschaft gehörigen, bann auch der weiteren von Männern abstammenden Familienglieder männlichen Ge= schlechts angeknüpft haben wird, sind die Antheile der Einzelnen an der Feld= mark anfangs sicher unvererblich gewesen. Schon die periodischen Marktheilungen der Feldmark schlossen das Erbrecht aus. Wie der einzelne Antheil Ausfluß und Zubehör der Gemeindemitgliedschaft mar, so erlosch dies Recht auch mit dem Tode, mit dem ja auch die Gemeindemitgliedschaft ihr Ende nahm. -Much bedurften die neu heranwachsenden Mitglieder gar keines Erbrechts, um auch ihrerseits zum Besitz eines Antheils an der Feldmark zu gelangen. Denn fie waren, sobald sie selbständige Bolksgenoffen geworden, schon als solche be= rechtigt, einen Untheil zu fordern.

Erst als an die Stelle ber ideellen Rutungsantheile allmälig das Sonder= eigen an bestimmten Theilen der Feldmark getreten und die ursprünglich rein perfonliche Genoffenschaft zu einem realen Verband der Besitzer geworden war, bildete sich auch hier ein Erbrecht an den Hufen aus. Es mag dies im Anschluß an die Uebung der Gemeinde geschehen sein, den Erben des Mobiliarvermögens folder Genoffen, welche in ber Zeit zwischen zwei Bertheilungen verstorben waren, die Landantheile ihrer Borgänger zu lassen. In der Reihenfolge, welche man hierbei beobachtete, wird sich zugleich die Rechtsanschauung über die Erbenordnung ausgesprochen haben, und diese wiederum stand im engsten Zusammenhang mit dem Wesen des germanischen Hauses und der germanischen Familie.

Das Haus war nach germanischer Auffassung ein dauernder Verband, der aus einer Mehrzahl berechtigter Glieder bestand. Das Vermögen hatte die Natur des Hausvermögens, aber nicht etwa in dem Sinne, daß den Hausgenossen ein Gesammteigenthum an demselben zustand. Deubject des Versmögens war vielmehr der Hausherr, aber nicht als Individuum, sondern als Haupt und Repräsentant des Hausves. Sein Sigenthum war daher durch seine hausväterliche Stellung sittlich und rechtlich beschränkt und gebunden. Diese Auffassung des Sigenthums äußerte ihre Consequenzen auch für das Erbrecht.

Das germanische Erbrecht gründete sich nämlich auf die Idee der Forts dauer des Hausverbandes bei dem Fortsall seines Hauptes, in dessen leers gewordene Stelle von selbst die nunmehr obersten Glieder des Berbandes eins rückten. Es entstehen somit nach dem Tode des Hausvaters nicht erst ganz neue Rechte, sondern es steigern sich nur die vorhandenen Rechte der Haussgenossen. Ihnen fällt jetzt das Hausvermögen naturnothwendig von selbst zu:

"der Todte erbt den Lebendigen".

Als Erben erscheinen aber nicht die fämmtlichen Hausgenossen, sondern nur diejenigen, die nach germanischer Auffassung die Familie fortzuführen die Aufgabe haben. Dies find junachft die unabgetheilten Sohne und Sohnesfohne, die mit dem Hause auch den Antheil an der Feldmark, die Sufe erben. Abgefonderte Kinder werden anfangs ausgeschlossen gewesen sein, da fie eine eigene hufe besagen und auf dieser ein neues haus begründet hatten. Ebenso erbten Töchter und Tochterkinder nicht, weil sie sonst die Hufe an ein anderes Haus und eine andere Familie gebracht hätten. Auch wird ein Erbrecht der Seitenlinie anfangs nicht bestanden haben, oder vielmehr von dem Beimfallsrecht der Markgenoffenschaften, die ja ursprünglich aus unter einander verwandten Personen bestand, absorbirt worden sein. Je mehr bas verwandtschaftliche Element in der Feld= und Markgenoffenschaft dann allmälig hinter das rein nachbarliche zurücktrat, desto mehr wird das Heimfallsrecht der Markgenossenschaft zu Gunften der weiteren Familie, der Sippe des Erblaffers eingeschränkt worden In den Vicini des Editts Chilperichs (573-575) findet sich nach Gierkes scharfsinniger und zugleich auf einer lebendigen Anschauung des germanischen Wirthschafts= und Rechtslebens beruhenden Spothese eine lette Spur jenes heimfallsrechts des nachbarlichen Berbandes erwähnt. Das Erbrecht der

²⁾ Die Theorie des Gesammteigenthums der Familie, welche im XVIII. Jahrhunderts von einigen Romanisten zur Erklärung des Intestaterbrechts ausgestellt worden war, ohne hier allgemeine Zustimmung zu sinden, gelangte auf dem Gebiet des deutschen Privatrechts zu großem Ansehen. Sie blied unangesochten, dis sie von Majer und Runde zurüczewiesen wurde. In unserem Jahrhundert wurde sie hauptsächlich noch von Warnkönig, Philipps und Unger vertreten. In neuester Zeit hat wieder v. Amira (Erbenfolge und Berwandtschaftsgliederung nach den altniederbeutschen Rechten. München 1874) die alte Ansicht ausgenommen, daß eine vermögensrechtliche Gemeinschaft zwischen Eltern und Kindern bestanden habe.

weiteren Verwandten muß sich in der Weise ausgebildet haben, daß zuerst Brüder oder weitere männliche Verwandte, die sich in der Gesammtgewere der ererbten Hufe befanden, geerbt haben werden. Später erlangten dann wohl auch abgesonderte Leibeserben und zuletzt alle von Männern abstammenden männlichen Verwandten ein Erbrecht.

Um die Tragweite des germanischen Erbrechts vollständig zu ersassen, mussen wir uns die Bedeutung, die das Grundeigenthum für die Familie, sowie die Bedeutung, die die Zugehörigkeit zu einer grundbesitzenden Familie für den

Einzelnen hatte, zu vergegenwärtigen fuchen.

In einer Zeit, in der fast alles Bermögen Immobiliarvermögen und innerhalb desselben wieder der land= und forstwirthschaftlich benutzte Boden der wesentlichste Bestandtheil war, verlieh das Grundeigenthum fast allein wirthschaftliche Macht. Durch diese aber war damals wie heute die höchste Stellung in Gesellschaft und Staat bedingt. In solchen Zeiten, sagt Roddertus, ist Jemandem Brod gewähren, was ja nur der Grundeigenthümer thun konnte, und sein Herr sein, fast identisch. Landeigner und Herr, landloser und abshängiger Mann waren Begriffe, die sich beckten.

War anfangs der Grundbesitz die Folge der Vollfreiheit, so hat die spätere Entwickelung, mit der wir es hier für das Erbrecht hauptsächlich zu thun haben, dieses Verhältniß einsach umgekehrt, indem der Besitz einer Hufe zur Vorausssetzung der Vollfreiheit und der Theilnahme am politischen Verbande wurde.

Nur wer in der Hundertschaft angesessen war und über eine Huse als freies Sigen zu versügen hatte, galt jetzt als vollfrei und durfte an der Verssammlung der Hundertschaft und des Gaues und damit zugleich an der Gesetzgebung und Ausübung der übrigen ihr zugewiesenen Besugnisse (Berathung über Krieg und Frieden, Wahl der Vorsteher, Solennissrung gewisser Rechtszgeschäfte, Wehrhaftmachung des Freien, Ertheilung der Freiheit u. s. w.) theilsnehmen. Nur der freie Grundeigenthümer war fähig, in der Volksversammlung seine und der Seinigen Freiheit und Rechte zu wahren.

Bon dem Grundeigenthum hing ferner die volle Shre des feierlichen Zeug=

niffes sowie die Ausübung des Richter= und Schöffenamts ab.

Sodann galt das Grundeigenthum als die Boraussetzung der Betheiligung an den Gemeindeangelegenheiten sowie ber Berechtigung an der gemeinen Mark.

Endlich konnte sich nur diejenige Familie, die sich ihr Grundeigenthum zu erhalten wußte, auch die Herrschaft über ihre Angehörigen bewahren, in welcher ihre Macht lag. Ohne solches Grundeigenthum löste sich dieser Verband, als die ursprünglich rein persönlichen Verbindungen sich überall verdinglicht hatten, leicht auf.

Diese hervorragende Bedeutung behauptete das Grundeigenthum in wirthschaftlicher, sozialer und politischer Beziehung auch noch bis tief in das Mittelalter hinein. So bedurften die Schöffenbarfreien, welche den Stand der alten Vollfreien fortsetzten, um wirklich Schöffen sein zu können, eines bestimmten Maßes von Grundeigenthum, das nicht unter drei Hufen betragen durste. (Sachsenspiegel III. 45 § 5.) Als dann der Stand der Schöffenbarfreien zum größten Theil in den der Ritterbürtigen überging, setzte auch dieser als seine Grundlage ein bedeutendes Vermögen, das ebenfalls größtentheils aus Grundeigenthum bestand, voraus, da ohne ein solches bei der Beschäffenheit des damaligen Kriegsdienstes die ritterliche Lebens=

weise garnicht geführt werden konnte. Ja das ganze Lehenswesen hat im Wesentlichen das Grundeigenthum zu seiner Grundlage, indem die Rechte und Pflichten eines Vasallen und Ministerialen an die demselben verliehenen Lehen und Benesizien, welche zum größten Theil in Grundstücken bestanden, geknüpst waren.

In einer Zeit, in der die mannigfachen Anstalten des modernen Staats und der modernen Gesellschaft fehlten, mußte die Zugehörigkeit zu einer grundbesitzenden Familie für den Sinzelnen eine ähnliche Bedeutung besitzen, wie das

Grundeigenthum fie für die Familie hatte.

In einer solchen Zeit war, wenn wir von dem großen Sinfluß der Kirche absehen, die Familie die einzige sittliche Bereinigung, in der die heranwachsende Generation Zucht, Sitte und Lehre und die herangewachsene, neben würdiger Gestaltung der Geschlechtsbeziehungen, Pflege in Krankheit und Alter, sowie

Schutz und Unterftützung für bas ganze Leben fand.

In letzterer Beziehung äußerte sich die Zugehörigkeit zum Familienverbande im Zusammenstehen der Genossen in der Schlacht, in der Aufrechterhaltung der gemeinsamen Familienehre, in der Mitwirkung dei freudigen und trüben Ereigenissen, sowie namentlich darin, daß die Familie für ihre einzelnen Mitglieder die Bedeutung einer Friedensgenossenossenstehe Alls solche übernahm sie die Blutrache für das einzelne Familienglied und stand für die Blutschuld desselben ein, zahlte und empfing das Wehrgeld und die Buße und gewährte ihren einzelnen Genossen vor Gericht Hicken Schutzes, sobald ihr Oberhaupt aufhörte ein bonus vir, ein angesessens Mann zu sein, und deshalb hatte sie ein großes Interesse daran, daß letzteres nicht eintrat.

Wenn in der Folge, als an die Stelle der gemeinen Freiheit in ihren Rechten mannigsach abgestufte Stände getreten waren und der Staat sich zum Organ der öffentlichen Funktionen gemacht hatte, die soziale und politische Bebeitung der Familie sich auch im Allgemeinen abschwächte, so behielt doch wenigstens die Zugehörigkeit zu den Familien der höheren Stände — wie weiter unten zu zeigen sein wird — nicht nur ihre frühere Bedeutung, sondern sie wurde noch um ein Erhebliches gesteigert.

Aus allen diesen Gründen wird es leicht erklärlich, daß von dem Augenblick an, da die deutschen Bolksstämme seßhaft wurden, die Familie des Freien und im Mittelalter wenigstens die Familie der höheren Stände einen großen Werth auf die Erhaltung des bereits erworbenen und auf die Erwerbung neuen Grundeigenthums legte, ja daß die Erhaltung des Grundeigenthums in der Familie zum anerkannten rechtspolitischen Grundsatz der gesammten Rechtsordnung wurde.

Die Mittel, beren man sich bediente, um biefen Grundsatz burchzuführen, bestanden:

1) in der Ausschließung der Frauen von der Succession in das Grund=

eigenthum, damit durch sie dasselbe nicht in andere Familien kame;

2) in der Hinderung dieses Resultats, soweit dasselbe durch Verfügungen unter Lebenden, namentlich aber durch letztwillige Verfügungen bewirkt werden kounte.

3) in der möglichsten Vermeidung von Realtheilungen des Grundeigenthums. Von diesem Grundfat beherrscht leitet das Erbrecht das Grundeigenthum,

so lange es von Männern abstammende männliche Blutsverwandte des Erblassers giebt, in einer Kette von Successionen von einem zum andern und es benimmt ihnen zugleich die Möglichkeit jeder Abweichung von dieser Ordnung. Der Ausschluß jeder Verfügung auf den Todeskall durch den Erblasser wird als eine selbstredende Consequenz des Erlöschens seiner Rechte mit dem Augenblick des Todes angesehen. Wenn das ältere deutsche Erbrecht weder Erbeseinsetzung, noch Enterbung, noch Erbvertrag kennt, so beruht dies demnach nicht etwa darauf, daß einzelne Rechtssatungen die Vornahme dieser Dispositionsatte verboten, sondern darauf, daß Niemand über das, was nicht sein ist, mit

Erfolg verfügen kann 3).

Ist nun Fürsorge dasur getroffen, daß das hinterbliebene Grundstück dem nächsten Blutsverwandten nicht entzogen werde, so geht eine weitere Fürsorge des Rechts darauf, daß es auch wirklich hinterbleibe. Denn hätte es in der Macht des Eigenthümers gelegen, sein Grundstück unter Lebenden beliebig zu veräußern, so wäre er im Stande gewesen, das Recht des nächsten Erben illusorisch zu machen. Wahrscheinlich war daher für Veräußerung des Grundeigenthums unter Lebenden ursprünglich der Consens aller Erben ersorderlich, die dann allmälig die übermäßige Erschwerung der Veräußerung zur Anerkennung des Sates führte, daß es nicht mehr der Zustimmung sämmtlicher erbberechtigten Blutsverwandten, sondern nur der nächsten Erben bedürse. Auch wird die Veräußerung des Eigenthums ansangs, wenn ohne Zustimmung der Erben geschehen, nichtig gewesen sein; später galt sie nur als ansechtbar, doch mußte der Erbe sein Recht binnen Jahr und Tag versolgen.

Ferner wird in den ersten Zeiten beutscher Rechtsbildung kein Widerspruch zwischen dem geschriebenen Recht und der Sitte bestanden haben: erscheint doch die lex scripta nur als schriftliche Fixirung der auf dem Gebiet der Gewohnheit

und Sitte gereiften Satzungen.

Dem Bestreben, das Grundeigenthum in der Familie zu erhalten und innerhalb derselben mit Ausschluß letzwilliger Versügungen nach einer bestimmten Ordnung von einer Generation auf die andere zu übertragen, scheinen sich aber doch bereits früh entgegengestellt zu haben der durch das partielle Auftreten der Geldwirthschaft reger gewordene Versehr, dazu die Gebote einer humaneren Cultur, die gegenüber der Familie die Bedeutung des Individuums, und zwar ohne zwischen den verschiedenen Geschlechtern zu unterscheiden, bestont, und endlich die immer tieser in das germanische Leben eindringende, zuerst durch die Kirche, dann durch die italienischen und später auch durch die deutschen Universitäten, vermittelte Kenntniß und Anwendung des römischen Rechts.

Die Lehren des Christenthums und die Bestrebungen einer humanen Cultur drängten auf die Gleichstellung der Töchter mit den Söhnen im Gebiet des Erbrechts; die Ansorderungen des freien Berkehrs heischten den Uebergang zunächst der Mobilien, dann aber auch der Immobilien aus einer Familie in die andere, und das kanonische und römische Recht suchte die Anserkennung der Testirfreiheit durchzusetzen.

³⁾ Diefer Gebanke findet fich noch in der Gloffe jum Sachsenspiegel I. 52 § 5 ausgesprochen.

Mit Ausbildung zuerst der Königsgewalt und dann der Landeshoheit trat ferner die Bedeutung des Familienverbandes als einer Rechts- und Friedensgenossenschaft immer mehr in den hintergrund, womit denn die Stellung der Männer in derselben sich ebenfalls nothwendig verändern mußte.

Auch verlor mit der zunehmenden Arbeits= und Berufstheilung und mit dem extensiv und intensiv wachsenden Berkehr unter den einzelnen Wirthschaften die Familie ihre Bedeutung als Produktionseinheit immer mehr.

Endlich veranlaßte die Berbesserung der Technit und das Beweglicherwerden des wirthschaftlichen Lebens namentlich in den von Kömern und Germanen zugleich bewohnten Gegenden die Beränderung des Umfangs der Güter.

All diese Einflüsse haben die älteste Ordnung an mehreren Stellen durchsbrochen: bei dem einen Volksstamm früher, bei dem andern später. Bereits die ältesten deutschen Rechtsauszeichnungen, die Volksrechte, zeigen uns Spuren dieses Widerstreits gegensätzlicher Elemente.

Um reinsten hat sich der älteste Zustand des Erbrechts in dem Recht der Thuringer erhalten: das Erbe fällt hier ausschließlich an die Söhne, die Töchter erhalten nur eine Aussteuer bez. die mütterliche Gerade. War kein Sohn vorhanden, so fiel der Grundbesitz mit dem Heergeräthe an den nächsten Blutsfreund vom Manns= stamm, die Töchter bekamen das übrige Vermögen. Nach dem Sächsischen, Alemannischen und Bayerischen Bolksrecht gingen die Söhne und Enkel wenigstens den Töchtern unbedingt vor, indem diese in Konkurrenz mit Brüdern und deren Sohnen nur Aussteuer bez. die mutterliche Gerade erhielten. In Ermangelung von männlichen Descendenten gingen die Töchter nach diesen Rechten jedoch den entfernteren Ugnaten vor. Auch nach dem Recht der Salischen Franken juccedirten Frauen anfangs nicht in Grundbesits, so lange noch Bermandte männ= lichen Geschlechts vorhanden waren. Erst seit ca. 573—575 (Edikt Chilperichs) gelangten die Töchter in Ermangelung von Söhnen zur Succession, jo daß erst wenn auch Töchter fehlten, zuerft die Brüder und dann die Schwestern des Erblassers in den Grundbesitz succedirten. Spätere Redactionen der lex Salica sprechen von einem Vorzugerecht der Sohne nur mit Bezug auf die terra Salica, was nach den Einen den ererbten Grundbesitz (die terra aviatica des Ripuarischen Rechts) bedeutet, während nach Anderen durch den Zusatz Salica nur ausgesprochen sein foll, daß es fich um Grundbesitz Salischer Franken handele. Nach dem Recht der Ripuarischen Franken war das Borrecht der Söhne auf die terra aviatica beschränkt. Noch weiter in der Ausgleichung der Rechte zwischen Söhnen und Töchtern geht bann bas langobardische, burgun= dische und westgothische Recht.

Um längsten erhielt sich im Immobiliarerbrecht ber Borzug der Söhne vor den Töchtern in den Ländern bes sächsischen Rechts: so noch im Sachsenspiegel und im Magdeburger Recht.

Nach dem Sachsenspiegel vererbte das Heergeräthe an die Söhne bez. den nächsten Schwertmagen; die Gerade an die Töchter und zwar zunächst die unaußzgestatteten, mit denen auch der geistliche Sohn concurrirte, bez. an die Niftel; das Erbe aber ging an die Söhne und deren männliche Erben kraft Repräsentationsrechts, und erst wenn diese fehlten, an die Töchter bez. deren Kinder

über. Der geistliche Sohn erbte die Liegenschaften mit den anderen Söhnen und wenn solche fehlten, mit den übrigen Töchtern. Nach den Kindern und Enkeln kam der Bater, dann die Mutter, hierauf der Bruder, dann die Schwester. Bollbürtige Geschwister schlossen die Halbbürtigen aus, diese erbten erst mit den Geschwisterkindern. Hierauf ging das Erbe an die Magen nach der Nähe der Parentel, jedoch ohne Unterschied des Geschlechts und ohne Unterschied, ob die Parentel von einem Manne oder von einem Weibe ausging.

Es bestand demnach noch ein gewiffer, wenn auch nicht unbedingter Vorzug

des mannlichen Geschlechts.

Im Laufe der nächsten Jahrhunderte wurde für das Gebiet des gemeinen Rechts der Vorzug des männlichen Geschlechts bei der Succession in Immobilien immer mehr beseitigt. Das geschah zuerst in den Stadtrechten, dann seit dem XVI. Jahrhundert auch in den Landrechten, namentlich des deutschen Südens und Westens.

Der Borzug des männlichen Geschlechts erhielt sich nach dem Versall der gemeinen Freiheit nur noch bei den freien Herren und Schöffenbarfreien und zwar hinsichtlich der Sedelhöfe, d. h. der Haupt- und Stammhöse des Gesschlechts. Doch hatte er mittlerweile in den neuen ständischen Rechtsbildungen, die das allgemeine Recht fortan vielfach überwuchern, allgemein Aufnahme gesunden. Auf diesem Boden der ständischen Sonderrechte entwickelte sich auch das dis dahin unbekannte. Institut der Individualsuccession, so daß von mehreren Söhnen resp. in zweiter Linie von mehreren Töchtern nur einer bez. eine zur Succession in den ländlichen Immobiliarbesits berusen wird.

Den mehreren männlichen Erben, die anfangs allein oder doch vorzugsweise und ebenso den mehreren weiblichen Erben, die anfangs secundo loco, dann aber in Concurrenz mit den männlichen Erben in den Grundbesitz sucedirten, standen ursprünglich nach gemeinem Recht gleiche Erbtheile zu. Wenigstens begegnen wir vor der ständischen Periode keinerlei gegentheiligen Bestimmungen. Nach einzelnen Partikularrechten erhielten dagegen in Fällen, in denen Männer mit Frauen concurrirten, die ersteren nicht selten einen größeren Antheil, gewöhnlich das Doppelte eines Frauenantheils.

Waren mehrere Erben vorhanden, so werden sie anfangs und wohl noch bis spät in das Mittelalter hinein häusig im gemeinsamen Besitz, in der Gesammt-gewere des ererbten Guts unter Leitung des ältesten Erben geblieben sein, bis Raum und Ertrag nicht mehr für alle ausreichten. In der späteren Belehnung zur gesammten Hand hat sich dann im Gebiet des Lehnsrechts ein früher

allgemein übliches Berhältniß unter den Miterben erhalten.

Fand dann aber eine Auseinandersetzung unter den Erben statt, so wurde dabei zwischen "Theilen" und "Ablegen" unterschieden. Theilen bedeutet die Aufshebung der Gemeinschaft, welche hinsichtlich des "ungedeelten Guts" nach nordebeutschem Sprachgebrauch bestand, indem eine Zuweisung von Realtheilen oder Geldantheilen an alle sich von einander sondernden Genossen stattsand. "Ablegen" dagegen ist das Wort, welches die Absindung einzelner Erben durch den Erbelasser oder durch die im ungetheilten Gute verbleibenden Miterben bezeichnet. Beim Grundbesitz scheint wenigstens im Norden das Ablegen viel häusiger gewesen zu sein, als das Theilen.

Dasjenige But, bas der die Ablegung vornehmende Bater sich felbst vor=

behielt, gelangte nach seinem Tode ausschließlich an die mit ihm im gemeinsamen Haushalt verbliebenen Söhne.

Daß aber auch das Theilen diesen Gegenden wenigstens in späterer Beit

nicht fremd gewesen ift, zeigt der Sachsenspiegel.

Derselbe (Ausgabe von Homever III. 29 § 2) enthält über diesen Punkt folgende Bestimmung: Svar so tvene man en erve nemen solen, die eldere sal delen unde die jüngere sal kiesen.

Demnach wurde die Realtheilung vorbereitet, indem das Erbe in Theile zerlegt und darüber Theilzettel ausgefertigt wurden. Unter den zur Theilung Berechtigten fällt dem im Lebensalter Borgerücktere das Legen zu, dem Jüngeren das Küren.

Die Brüder sind hier nur beispielsweise als diejenigen genannt, die am ersten in die Lage kommen, ein Erbe zu theilen, aber dieselbe Regel sindet Anwendung, auch wenn die Theilenden in entsernterer Berwandtschaft zu einsander stehen.

Beim Vorhandensein von mehr als zwei Erben tritt an die Stelle des Legens durch den Ueltesten gemeinsame Theillegung durch Alle, und an Stelle des Kürrechts das Loos. Was Gott im Loose dem Einzelnen gegeben, das soll er als das Seinige behalten.

Wenn diese Stelle des Sachsenspiegels auch immerhin älteres, lange in Gebrauch gewesenes Recht fizirt hat, so werden wir aus derselben doch nicht schließen dursen, daß Realtheilungen im Gebiete der sächsischen Ansiedelung

namentlich in älterer Beit fehr häufig gewesen sind.

In Zeiten, in benen noch weite Streden unangebauten meist mit Wald und Sumpf bedeckten Bodens zur inneren Colonisation durch Neurodung einluden, in denen die Naturalwirthschaft noch stark prävalirte, die landwirthschaftliche Technik eine stadile war und die abgefundenen Geschwister in der Kirche, im Kriegs- und Gesolgschaftsdienste u. s. w. leicht ein Unterkommen fanden, werden diese rechtlich zulässigen Naturaltheilungen faktisch nicht häusig vorgekommen sein. Schon die extensive Wirthschaft, welche große Flächen verlangte, namentlich aber der große Werth, den die Gebäude im Vergleich mit dem Grund und Boden repräsentirten, werden die Naturaltheilung der ererbten Güter in den meisten Fällen ausgeschlossen haben. Auch werden die theilenden Geschwister selbst wohl nur ausnahmsweise das nöthige Kapital besessen beseinzichtung eines solchen Theilguts ersorderlich war, und geliehen erhielten sie dasselbe auch nur schwer, so lange der Grundsatz galt, daß der Erde Schulden des Erdlassers nur soweit die fahrende Habe reichte, zu bezahlen brauchte 4).

Höufiger als in den Ländern der fächstischen Ansiedelung, mit ihrer auf eine größere Stadilität der wirthschaftlichen Berhältnisse hindrängenden Agrarversfassung, dürfte die Naturaltheilung des väterlichen Erbes im Süden und Westen gewesen sein. Hier, auf einem Boden, auf dem starke Ueberreste römischen Lebens, römischen Rechts und römischer Sitte sich erhalten hatten, muß dieser Einsluß auch bei der Auseinandersetzung unter den Miterben zu Tage getreten

⁴⁾ Dieser Grundsat sindet sich noch anerkannt im Sachsenspiegel I. 6, §. 2, vgl. Carl Schilling, Die lehn= und erbrechtlichen Satzungen des Waldemar= Erich'schen Rechts. Mitau. Steffenhagen.

sein. Wenn es von den Burgundern in der lex Burgundionum LXXXIV. heißt: quia cognovimus Burgundiones sortes suas nimia facilitate distrahere, so werden wir von ihnen annehmen müssen, daß sie auch keinen besonderen Werth auf die ungetheilte Erhaltung des väterlichen Grundbesites in der Familie gelegt haben. Bei ihnen sowohl wie bei den Westgothen, dei den Alemannen und bei den Franken wird der ererbte Grundbesitz daher wahrscheinlich schon früh getheilt worden sein. Wir können dies mit um so größerer Sicherheit annehmen, als außer den bereits früh in diesen Gegenden sich geltend machenden Ginslüssen des römischen Rechts auch die ganze Agrarversassung hier eine viel größere Beweglichkeit des Grundbesitzes ermöglichte als im Norden 5).

Bestimmungen über die Theilung des Nachlasses enthält auch der Schwabensspiegel (Ausgabe von Lagberg 26).

Das oben kurz stizzirte Intestaterbrecht der einzelnen deutschen Volksstämme hatte ursprünglich den Charakter eines absoluten Zwangsrechts, indem es weder durch Berträge unter Lebenden, noch auch durch lettwillige Verfügungen absgeändert werden durste. Dieser Zwangscharakter des Intestaterbrechts hängt, wie wir oben in der Sinleitung zu zeigen suchten, mit der großen Bedeutung, welche das Grundeigenthum für die Familie und die Zugehörigkeit zu einer grundbesitzenden Familie sür den Sinzelnen hatte, aus Engste zusammen.

Aber auch in dieses Gebiet drang der Geist der späteren Zeit zersetzend ein. In Folge dieser Einstüffe finden wir daher bereits früh wie die Bevorzugung der Söhne und Agnaten vor den Töchtern so auch die strenge Abgeschlossenheit

bes Familienbesitzes an mehr als einer Stelle durchbrochen.

Wenn wir als ältere Regel annehmen dürfen, daß das Grundeigenthum von dem jeweiligen Sigenthümer nur mit Genehmigung der Familie, als deren Repräfentant später der nächste Erbe des Sigenthümers angesehen wurde, an Nichtsamilienglieder veräußert werden durfte, so erscheint auch diese Regel bereits in den Volksrechten durch mannigsache Ausnahmen beschränkt oder sogar voll-

ständig beseitigt.

Gestattet doch selbst das sächsische Volksrecht dem Eigenthümer, vielleicht zusolge eines aus fränkischer Zeit stammenden Zusates, sein Grundeigenthum zum Nachtheil der nächsten Erben bedingungslos an den König und die Kirche zu veräußern, an sonstige Personen jedoch nur im Fall der Noth; doch muß der Eigenthümer in diesem letzteren Fall das Gut vorher seinen nächsten Erben zum Verkauf vergeblich angeboten haben. Erfolgt die Veräußerung von Eigen ohne den Beispruch der nächsten Erben, so wird der Eigenthümer als todt und der Eigenthumsübergang als auf den Erben erfolgt angesehen.

Roch weiter in der Aufhebung der Berkehrsbeschränkungen gehen das

Ripuarische, Burgundische und Baperische Boltsrecht.

Das Ripnarische Volksrecht gestattet dem kinderlosen Sigenthümer, seine Grundstücke volkständig frei zu vergeben, demjenigen, der Kinder hatte, jedoch erst nachdem er sich von ihnen geschieden hat.

Auch nach Burgundischem Recht burfte ber Familienvater über sein Grund-

⁵⁾ Belege für bereits früh vorkommende Realtheilungen im Erbwege bringt Walter, Deutsche RG. § 212, Anm. 12, bei.

stud, namentlich über seine sors frei verfügen, wenn er mit seinen Kindern

abgetheilt hatte.

Nach Bayerischem Recht soll berjenige, welcher freien Grundbesitz an die Kirche verschenken will, zunächst mit seinen Söhnen abtheilen oder doch ihren Confens beibringen. Ber teinen Sohn hatte, follte frei verfügen burfen.

Nach neuerem Langobardischen Recht gilt die Zuziehung der Verwandten zu Beräußerungen überhaupt nicht als geboten: aber es war boch ein Grund zur Feinoschaft, wenn der Eigenthumer einem anderen als einem Verwandten sein Bermögen zuwendete. Hier sehen wir demnach das Recht bereits zur Sitte verblaßt, gegen deren Verletzung dann nur noch die Volksstimme reagirt.

Endlich ift auch für das falfränkische Rechtsgebiet neuerdings von v. Amira und für das alemannische Rechtsgebiet von Heusler auf Grund von Urkunden behauptet und wahrscheinlich gemacht worden, daß auch hier ber Bater über bas frei verfügen durfte, mas ihm nach Abtheilung mit seinen Söhnen übrig blieb.

Bwar fommen in den Urkunden auch Bustimmungen anderer Berwandten, namentlich der Chefrau und der Brüder, zu Veräußerungen vor, allein es sind diese zu sehr vereinzelt, als daß man einen allgemeinen Sat daraus ab= Leiten könnte 6).

Dieses sog. Beispruchsrecht — wie die Doctrin das Recht der nächsten Bermandten, bei Beräußerungen von Grundeigenthum gebort zu merden, fezeichnet — burfte bennnach zur Zeit der Bolksrechte nicht mehr bei allen Bolksftämmen gegolten haben. Jedenfalls hatte es bei verschiedenen Boltsftämmen eine ungleiche Tragweite und eine ungleiche Stärke. Bei den einen galt es noch als wirksames Recht, bei den anderen dagegen hatte es sich bereits zur Sitte verflüchtigt, und felbst wo es noch als Recht galt, stand es wieder entweder allen Agnaten zu oder mar auf den engeren Rreis der Kinder bez. Sohne bes Eigenthümers beschränkt.

Allmälig verengte sich das Anwendungsgebiet des Beifpruchsrechts immer mehr, indem z. B. in Ländern, in denen dasselbe als landrechtliches Institut feste Burgeln gefaßt hatte, manche Städte sich von bemfelben frei zu machen wußten. Und zugleich schwächte sich baffelbe mindeftens in einer ber folgenden Richtungen ab: bald gelangte ber alte baverisch-burgundische Grundsat zur Ar. wendung, daß wenn der Eigenthümer sich mit seinen nächsten Berwandten abgetheilt hatte, er über seinen Grundbesitz frei verfügen durfte; bald wieder wurde die Geltung des Beispruchsrechts auf diejenigen Grundstücke beschränkt, welche der Eigenthümer im Erbgang erworben hatte, während er über sein wohlerworbenes Gut frei verfügen durfte; bald endlich schwächte fich das Beispruchsrecht zu einem Retractrecht (Erbloofung) ab.

Auch kommen Combinationen dieser verschiedenen Entwicklungsmomente unter einander vor, derart 3. B., daß das Beispruchsrecht auf das Erbgut beschränkt wird und den Söhnen des Eigenthümers im Falle einer Beräußerung bes Erbguts ein Revocationsrecht, ben ferneren Agnaten — in Ermangelung

von Söhnen - bagegen nur ein Retractrecht eingeräumt wird.

⁶⁾ Beuster, Die Gemere 2c. Weimar 1872. S. 45. v. Amira, Erben= folge und Berwaudtschaftsgliederung nach den alt-niederdeutschen Rechten. München 

Die Erbloofung hat sich bis auf den heutigen Tag nicht nur in einigen Theilen des Deutschen Reichs, sondern über dasselbe hinaus, in zwei die entgegengesetzten Pole deutschen Sprachgebiets bildenden Ländern, die früher zum Deutschen Reich gehörten, erhalten: in Liv-, Est- und Kurland, wo das Näherrecht der Verwandten bei Veräußerung von Rittergütern noch allgemein besteht, und ebenso in der Schweiz, wo der sog. Blutzug in vielen Gegenden, so namentlich im Kanton Bern, bis auf unsere Tage fortdauert?).

Einen besonders schweren Kampf hatten die Anforderungen des wirthschaftelichen Lebens und einer humaneren Cultur sodann noch zu bestehen mit der Abneigung der germanischen Stämme gegen Veräußerungen des Grundeigenthums auf den Todesfall. Solche Dispositionen mußten der Familie als besonders gefährlich erscheinen, weil sie ja erst nach dem Tode des letztwillig versügenden Grundeigenthümers zur Ersüllung gelangten, demselben also nichts kosteten und daher zum Schaden der Familie leicht benutzt werden konnten.

Das strenge deutschrechtliche Prinzip, das Tacitus (Germania 20) folgendermaßen ausdrückt: heredes successoresque sui cuique liberi et nullum testamentum, mochte in einzelnen Kreisen aber doch schon früh als lästig

empfunden merden.

Freilich förmliche Testamente im strengen römischrechtlichen Sinn scheinen zuerst nach langobardischem und fränklichem Bolkkrecht nur bei den römischen Unterthanen, sodann auch bei den Geistlichen in Anwendung gekommen zu sein. Im deutschen Reich übrigens wurde das Recht der Geistlichen zu letzteren erst durch die Gesetzgebung von den Jahren 1165 und 1220 anerkannt. Unter Laien sanden eigentliche Testamente erst viel später, allmälig, Eingang.

Der Weg zu denselben führte an einer ganzen Reihe von Aushilfe= und

Bwitterbildungen vorbei.

Bu diesen gehörte die Affatomie (von affatimire — adoptare in hereditatem). Die Affatomie bestand in einer fünstlichen Erweiterung der Familie, welche lediglich zu dem Zwecke ersolgte, um einer fremden Person ein ganzes Bermögen übertragen zu können. Die Vergabung geschah unter Lebenden. Der Empfänger wurde zum Erben ernannt, heres appellatur.

Um die prinzipiell ausgeschlossenen letztwilligen Dispositionen zu umgehen, gab es sodann noch ein anderes Mittel. Es wurde das Gut, über das man letztwillig versügen wollte, einem Mittelmann mit dem Auftrage übergeben, daß er dasselbe einer dritten Person im Augenblick des Todes zukommen lasse. Dieser Mittelmann hieß Salmann, manufidelis, Treuhänder. Dieser Weg war hauptsächlich beliebt bei Kriegszügen und Pilgersahrten.

⁷⁾ Im Gegensat zu ben meisten Germanisten leugnet Beseler bas Beispruchsrecht jür die Zeit der Bolkkrechte, indem er annimmt, daß dasselbe erst später durch
die Sitte allgemein eingesührt sei: Beseler, Erbverträge. I. 1835. S. 48—63.
Denselben Standpunkt nimmt sür das Recht der Salfranken ein: Schröder, in der
Zeitschrift für Rechtsgeschichte. Bd. XI. S. 412 si. Sandhaas, Germanistische Abhandlungen. 1852. S. 163—206, und ebenso Stobbe, Handluch des deutschen
Brivatrechts. Bd. 2. Abth. 1. 1875. S. 105 si., wollen zwischen der verschiedenen
Bolkkrechten unterschieden wissen. Bgl. auch Fipper, Das Beispruchsrecht nach altsächsischen Recht. Heft 3 der von Gierse herausgegebenen Untersuchungen zur deutschen
Staats- und Rechtsgeschichte. Breslan 1879.

Ferner waren wenigstens nach alemannischem Recht Bergabungen, die bereits bei Lebzeiten des Donators vollzogen wurden, wobei man sich die Nutznießung dis an den Tod gegen Erlegung eines kleinen Zinses vorbehielt, auch ohne Einwilligung der nächsten Erben schon früh zulässig, namentlich wenn sie sich auf die Kirche bezogen ⁸).

Abgesehen von diesem Fall sinden sich in den Traditionensammlungen vom VI. Jahrhundert ab auch schon massenhaft die sog. donationes post obitum erwähnt. Es sind das Schenkungen, welche der Donator auf den Altar der Kirche in dem Sinne tradirte, daß nach seinem Tode das geschenkte Gut an die Kirche sallen sollte. Auf diesem Wege sind Kirchen und Klöster zu großem Bermögen gelangt.

Zwar wußte der Donator sehr wohl, daß seine Gabe unvollkommen war, weil seine Erben nach geltender Rechtsanschauung nicht verpslichtet waren, Schenkungen ohne llebertragung des Guts auszusühren. Und wenn er sie dennoch vornahm, so that er es in dem Bewußtsein, daß er ihre Aussührung dem Gutbesinden seiner Erben überließ. Diese suchte er dann zugleich zu bewegen, daß sie, damit sie in gutem Sinvernehmen mit der Kirche blieben, ihre Rechtsansprüche ganz oder zum Theil ausgäben. Zu diesem Zweck wußte er sie sür die Schenkung zu interessiren, entweder indem er ihnen die Aussichtung dersselben anvertraute, oder indem er an ihr Gewissen appellirte oder ihnen einen Bortheil ausbedang. Auch war die Seistlichseit politisch genug, um auch von sich aus einen solchen Ausweg anzubieten, wenn es zur Rettung der Gabe zweckmäßig erschien. Durch wiederholte Bestätigungen, renovationes, iterationes, wurde solchen Dispositionen dann noch größere Kraft verliehen.

Abgesehen vom Westgothischen, Langobardischen und Burgundischen Reich, wo das römische Recht schon früh Singang fand, gelangten doch auch im Centrum des Frankenlandes unter dem Sinsluß des festgeschlossenen fränkischen Klerus solche Versügungen zu gewohnheitsmäßiger Geltung. In den östlichen Provinzen des Frankenreichs, in Bayern, Sachsen u. s. w. dagegen, wo der Sinsluß des Christenthums geringer war, erschien ein vorsichtigeres Auftreten räthlich. Doch auch in diesen Gegenden, namentlich in Bayern, scheinen die Vergabungen von Todeswegen, donationes post mortem, nicht selten gewesen zu sein ⁹).

Privatpersonen gegenüber finden sich Vergabungen dieser Art am frühesten unter Shegatten ausgebildet, so zwar, daß die bedachte Shefrau schon bei Lebzeiten des Shennanns, soweit das eheliche Recht des letzteren es zuließ, am Bessitze und Genuß der Liegenschaft Antheil erhielt, obschon eine solche Anordnung erst nach dem Tod des Mannes ihre eigentliche Bedeutung erlangte 10).

Eine fernere Neuerung war es, daß nach dem aus der Mitte des XIV. Jahrshunderts stammenden Magdeburg-Breslauer systematischen Schöffenrecht (herausgegeben von P. Laband, Berlin 1863, VI, 3) Vergabungen vor Gericht, die

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsbertheilung.

⁸⁾ v. Wyfi, Die letztwilligen Verfügungen nach ben schweizerischen Rechten ber früheren Zeit. Separatabbruck aus ber Zeitschrift für schweizerisches Recht. Bb. XIX. S. 7-9.

⁹⁾ Hensler, Die Gewere 2c. S. 470, 472, 482. 10) v. Bog, Die lettwilligen Berfügungen 2c. S. 7-9.

fog. gobe uud reichunge gutis in gehegtem dinge, ohne Uebertragung statt= Für die Erbgüter blieb freilich das Beispruchsrecht in Geltung; boch mußte daffelbe binnen Jahr und Tag geltend gemacht werden. übrigen Liegenschaften und die fahrende Sabe bagegen konnten vor Gericht frei vergeben werden. Die einfachste Art ber Vergabung mar die bedingungslose, and underscheyt (Syst. Schöff. Recht 4, 1, 15). In diesem Fall war bem Schenkgeber jeder Widerruf abgeschnitten. Der Beschenkte erhielt ein Recht, das er auf seinen Erben übertragen konnte. Im Gegensatz dazu standen die Gaben mit underscheyt, d. h. mit Borbehalt der Berrichaft (Spft. Schöff. Recht 4, 1, 13, 21, 27), so daß also ber Donator berechtigt war, die Schenkung zu widerrufen. Anfangs hatte es fich allerdings lediglich um die Schenkung einzelner Sachen gehandelt, doch lag auch die Schenkung bes ganzen Vermögens ober einer Quote nicht mehr fern und war auch schon nach Magdeburger Recht möglich, und zwar mit den gleichen Unterschieden, wie die Schenkung einzelner Bermögensftude. Aber sie bezog sich im Gegensat zu wirklichen letztwilligen Verfügungen doch immer nur auf das im Augenblick ber Schenkung vorhandene Bermögen, so daß bas später Erworbene nicht unter Die Schenkung fiel. Prinzipielle Klarheit hierüber wurde übrigens nicht erzielt, weil solche Schenkungen meift für die Frau oder für eine oder mehrere andere Bersonen, die ab intestato Erben waren, erfolgten. Für diese Art ber Schenfungen wurde allgemein an dem Sat festgehalten, daß man bei völliger forper= licher Kraft sein muffe, um sie vornehmen zu können.

Ein dem obigen ähnliches Institut sindet sich im alamannischen Süden in den sog. Ge mächt en. Es sind dies Schenkungen auf den Todesfall, welche dem Beschenkten ein durch Vertrag begründetes Recht gewährten. Dieses Recht bestand entweder bereits dei Ledzeiten des Donators oder entstand erst nach seinem Tode. Im letzteren Fall war die Schenkung dis zu diesem Augenblick widerrusslich. Die Gemächte konnten nur mit Genehmigung des Gerichts giltig errichtet werden. Der Genehmigung mußte die Vorladung und Anhörung der Erben vorhergehen; danach erst entschied das Gericht nach seinem Ermessen. Ronnte der Donator wegen Krankheit nicht selbst an den Ort hingehen, wo das Gericht gehalten wurde, so mußte ein Gericht vor der Hausthür des Kranken versammelt werden. Ausnahmsweise konnten Verzgabungen geringeren Betrags ad pias causas auch ohne Zustimmung des Gerichts und ohne daß der Testator die sonst erforderliche Körperkraft besaß, vor Zeugen ersolgen.

Seit dem XVI. Jahrhundert wird die Form der Vergabung freier. Man begnügt sich jetzt mit Privaturkunden, welche dem Rath resp. dem Gericht eingereicht und von diesem bestätigt werden. Der Vorbehalt einseitiger Aushebung wird immer häusiger, endlich wird er auch dann, wenn er nicht ausdrücklich ausgesprochen wird, als selbstverständlich angesehen.

So gingen denn die Bergabungen bei gehegtem Ding und ebenso die Gemächte im XVII. und XVIII. Jahrhundert in das gesetzlich deponirte Testament über 11).

¹¹⁾ v. BBpg, Die lettwilligen Berfügungen 2c. G. 68 ff.

Die zuletzt geschilberte Entwickelung ber Vergabungen bei gehegtem Ding und der Gemächte ist eine wesentlich städtische, weil damals (wie auch noch jetzt) letztwillige Versügungen in der Stadt viel häusiger vorkamen als auf dem Lande. Indeß ist sie doch auch auf die Praxis des flachen Landes nicht ganz ohne Einfluß geblieben.

Besentlich gefördert wurde diese Entwickelung durch die Reception des

römischen Rechts.

Im Teutschen Reich gelangte nämlich seit dem XV. Jahrhundert das römische Recht mit seiner gleichen Behandlung aller Personen und Sachen, seinem Intestaterbrecht, das allen in gleichem Grade mit dem Erblasser verwandten Personen einen gleichen Anspruch an seinen Nachlaß gewährte, seiner Taxation des Nachlasses nach dem Verkehrswerth und seiner jedem Erben eingeräumten Besugniß, den Erbsheil entweder in natura oder in Geld zu verlangen, sowie seiner nur durch das Pflichttheilsrecht beschränkten Testirfreiheit principiell zur Annahme.

Indes war doch der partikulären Entwickelung des Gesetzes- und Gewohnheitsrechts einzelner Territorien und Ortschaften sowie der singulären Rechts-

entwickelung einzelner Stände freier Spielraum geftattet.

Dieses römische Erbrecht mit seiner im Vergleich zum älteren deutschen Recht größeren Dispositionsfreiheit des Erblassers und seiner Durchführung des Gleichheitsgedankens für alle Güter und alle Menschen mußte den Bedürfnissen und Winschen desjenigen Theils der Bevölkerung besser entsprechen, der vorzugsweise als Träger der neuen Zeit erschien. Dies waren die vom Geldeverkehr berührten städtischen Kreise.

Nicht in gleichem Grade dagegen entsprach basselbe den Bedürfnissen ber ländlichen Bevölkerung. Durch eine Reihe singularrechtlicher Institute — welche theils bereits früher entstanden waren, theils aber erst jetzt entstanden — wußte sich das flache Land der Ausbreitung des römischen Erb-

rechts auch auf das landliche Grundeigenthum zu erwehren.

Um die Entstehung dieser zu erklären kehren wir für einen Augenblick zu der auf die Zeit der Bolkkrechte folgenden Periode zurück. Diese charafterissirt sich dadurch, daß über der alten Stammesversassung der Ueberbau einer Reichsversassung mit einem starken Territorialsürstenthum und zugleich ein mannigsach gegliedertes Ständewesen sich ausgebildet hatte. Der Entwicklung der politischen und socialen Bersassung entsprechend wurde das allegemeine Landrecht immer mehr von ständischen Singularrechten überwuchert. Auf dem Gebiet des Erbrechts insbesondere lebten in diesen singularrechtlichen Instituten altgermanische Rechtsgedanken, modisiert durch die Bedürsnisse dieser ständischen Periode, wieder auf.

Was dem singulären Erbrecht der ständischen Periode im Unterschiede von dem altgermanischen Erbrecht seinen spezisischen Charakter giebt, ist der in demselben zum Ausdruck gelangte Proces, der sich mittlerweile auf dem Gebiete des Sigenthums vollzogen hat. Dieser bestand darin, daß sich das ursprünglich einheitliche, wenn auch durch die Rechte der Familie beschränkte Sondereigen für einen großen Theil des Grund und Bodens in ein Ober- und Untereigenthum gespalten

hatte. So namentlich im Gebiet bes Lehn= und Hofrechts.

Begünstigt wurden diese singulären Rechtsbildungen burch den Mangel

12*

bes Begriffs der Universalsuccession im älteren deutschen Recht. Gine nothmendige Folge dieses Mangels war es, daß den Germanen die Grundfüge über Bererbung von Liegenschaften den Grundstücken selbst zu inhäriren schienen und sich deshalb für verschiedene Klassen von Grundstücken verschieden gestalten konnten. So entstand ein besonderes Recht für die Lehngüter, die großen Grundherrschaften, die bäuerlichen Güter u. s. w.

Beginnen wir mit der Erbfolge nach Lehnrecht.

Bon einer besonderen lehnrechtlichen Erbfolge konnte erft die Rede sein, nachdem die anfangs nur auf Lebenszeit verliehenen Beneficien erblich geworden waren. Da der Lehndienst in der Hof= und Heerfahrt bestand, so ging das Lehen seiner hauptfächlichen Bestimmung gemäß auf die Söhne und Enkel und nicht auf die Töchter In Ermangelung von Leibeserben wurde das Leben dem herrn ledig. Ausnahmen von dieser Regel famen zufolge besonderer Berträge und nach dem Gesetzestrecht mancher Territorien vor. Waren ber Erben mehrere, so brauchte ber Lehnsherr ursprünglich, aus Rudficht auf den zu fordernden Dienst, nur Einem von ihnen das Gut zu leihen, den die Miterben zu mahlen hatten und der sich dann nach Landrecht mit denselben ausgleichen mußte. Gewöhnlich fiel die Bahl auf den Aeltesten. Diese Uebung wurde dann auch insofern an= erkannt, als man den Aeltesten als den Bertreter der Anderen, besonders der Unmundigen, ansah. Bei einigen Arten von Leben, namentlich Burgleben und Vogteilehen erhielt der Aelteste ausnahmsweise sogar das ausschliegliche Erb= recht. Hinterließ der Basall mehrere Söhne, so führten Reigung und Interesse dieselben bisweilen — ähnlich der älteren landrechtlichen lebung — zu dem Bunich, auf dem Leben in naber häuslicher Gemeinschaft zu bleiben. Um diesem zu willfahren, konnte der Lehnherr eine Belehnung zur gefammten Sand an fie vornehmen. Diese beruhte auf dem Gedanken einer auch äußerlich in der Bemeinschaft des Hauswesens dargestellten Ginheit, wovon die Theilnehmer nur die wechselnden Glieder waren. Beim Tode des einen der durch die gesammte Sand Berbundenen traten beffen Gohne an feine Stelle, jedenfalls lebte die Gemeinschaft mit ober ohne sie unter den Uebrigen fort. Rraft dieser Gemeinschaft hatten Alle am But gleiche Gewere und Nuten, jedoch mußte einer von ihnen bezeichnet werden, an den sich der Herr des Dienstes wegen halten konnte. Uebrigens waren sie berechtigt, das Gut selbst ohne Erlaubnig des Herrn zu theilen. Da jedoch bann beim Tobe bes Ginen die Andern kein Recht an deffen Gut hatten, so mogen solche Theilungen wohl selten vorgekommen sein.

Speziell hinsichtlich der Succession im Reichslehen galt ursprünglich das Herkommen, daß regelmäßig nur die Söhne und nur ausnahmsweise die Töchter succedirten. Denn wie nur einer der Söhne das Umt (die Markgrasschaft, das Herzogthum, die Pfalzgrasschaft, die Grasschaft) erbte, so konnte auch nur einer derselben in das Lehen, das mit dem Amt verknüpft war, succediren. Ueber die Person des Lehnsnachsolgers entschied dann entweder die Wahl des Kaisers oder die Erstgeburt. Je mehr aber der Charakter des Amts in den Hintergrund trat und das zu demselben gehörige Territorium als Hausbessis angesehen wurde, desto mehr zeigte sich das Bestreben, alle Söhne daran Theil nehmen zu lassen. Sine seit dem XIII. Jahrhundert übliche Belehnung zur gesammten Hand bildet den Uebergang zur Vertheilung der Lehen im Erbwege. Der älteste Sohn erhielt dann gewöhnlich die Stammburg, die nachsolgenden

Söhne die anderen Burgen. Diese fortgesetzten Theilungen führten die gräfslichen und fürstlichen Häuser der Verarmung, die Territorien der Zersplitterung entgegen.

Sinzelne voraussichtige Fürsten führten daher schon in der ersten Hälfte bes XIV. Jahrhunderts durch Hausgesetze die Untheilbarkeit ihrer Besitzungen ein. Die goldene Bulle (1356) that dasselbe für die weltlichen Kurfürstenthümer unter Festsetzung der Primogeniturerbsolge. Andere Fürsten ahmten dies nach oder suchen doch durch indirekte Wittel die Theilungen zu beschränken.

In der Zeit vom XVI. Jahrhundert an wurde dann in allen reichse ständischen Familien die Vererbung nach der Primogenitur eingeführt.

Für denjenigen Grundbesitz des hohen und niedern Abels, welcher Allod war, lebte die altdeutsche Erbfolge mit ihrer Zurücksetzung der Frauen und der Beschränkung der Beräußerung durch das Beispruchsrecht der nächsten Erben, beides übrigens meist beschränkt auf die Erbgüter, wieder auf. Seit dem XIV. Jahrhundert wird für diese adligen Stammgüter außerdem die Insbividualsuccession eingeführt.

Der hohe Abel wußte seine auf dem Gebiete des Erbrechts seit dem Eindringen des römischen Rechts zu Tage getretenen Bedürsnisse für seine Güter außerdem durch Erbverträge und Hausgesetze in mannigsachster Weise zu bestriedigen. Und für den niederen Abel sowie für den demselben gleichgestellten städtischen Patriciat entstand ein neues Rechtsinstitut: das Familiensideicommiß, dessen geschichtliche Ausbildung und gegenwärtige Rechtsgestalt weiter unten in einem eigenen Abschnitt darzustellen sein wird.

Und während für die Vererbung des über das alte Sondereigen emporgehobenen Grundeigenthums theils eine besondere Lehnserbsolge, theils die Erbsolge der hochadeligen Familiengüter sowie der Stammgüter und des Familiensideicommiß galt, wurde der mit grundherrlichen Diensten und Naturalsabgaben belastete bäuerliche Grundbesitz nach Hofrecht vererbt.

Gleichwie im Erbrecht der Lehn=, Stamm= und Fideicommißgüter finden sich auch in dem hofrechtlichen Erbrecht manche Gedanken des altgermanischen Erbrechts eigenartig ausgestaltet erhalten.

Zwar lebten die zum Hofesverband gehörigen Versonen verschiedener Stände (Freie, Unfreie, Halbfreie — homines fiscalini und ecclesiastici — Zinsseute u. s. w.) in ihren persönlichen Verhältnissen anfangs nach ihrem besonderen Standesrecht. Unter dieses sielen auch die durch die Ehe und durch den Tod erzeugten vermögensrechtlichen Verhältnisse. So vererbten die Unfreien ansangs weder das von ihnen benutzte und bewirthschaftete Grundeigenthum, noch auch selbst ihr Peculium auf ihre Angehörigen, sondern ihr Nachlaß — wenn man überhaupt von einem solchen reden durfte — gehörte dem Herrn, der Hof wurde nach ihrem Tode wieder ausgethan und die bewegliche Habe wenigstens zum Theil von dem Herrn an sich gezogen, dis dann allmählich die nächsten Verwandten zuerst ein prekäres, dann ein gesetzliches Erbrecht an dem Hof erschielten. Und andrerseits wurden die Zinss und Erdzinszüter ansangs nach Landrecht vererbt. Aber allmählich, mit der weiteren Ausbildung der gutssherrlichen Verhältnisse und der Verwischung der ursprünglichen persöns

lichen Standesunterschiede der zum Bauernstande zusammenwachsenden Alassen, sand doch eine Ausgleichung unter diesen verschiedenen Arten der Vererbung statt. Den Blutsfreunden der Unfreien wurde, wie wir sahen, auch ein Erberecht am Hose eingeräumt, wie sie ein solches am beweglichen Vermögen bereits besassen, und die Erben der ursprünglich freien Gutsunterthanen mußten gleich denen der Unfreien bei jedem Erbübergang des Hoss eine Abgabe an den

Herrn zahlen.

Das Interesse des Grund= und später auch des Landesherrn an der Er= haltung leiftungsfähiger Bauernhöfe führte sowohl für die im Besits von ur= fprünglich leibeigenen Bauern, deren Leibeigenschaft sich aber im Lauf der Zeit in eine milde Schollenpflichtigkeit umwandelte, wie für die im Besitz von ursprünglich freien, dann aber dinglich abhängig gewordenen Personen befindlichen Bauernguter gleichmäßig bahin, daß die Sohne vor den Tochtern in der Erb= folge bevorzugt wurden, daß in Ermangelung von Kindern der Hof an die Wittwe des Bauern tam, und daß sich das Inftitut der Interimswirthschaft ausbildete. Zugleich succedirte von mehreren erbberechtigten Rindern immer nur eines, was in den meisten Fällen eine Consequenz der Untheilbarkeit der Bauerhöfe war. Die übrigen Geschwister waren entweder auf mäßige Abfindungen aus dem hofe oder auch nur auf die fahrende habe angewiesen. Die Bestimmung der Person des Hoferben erfolgte entweder durch den Gutsherrn oder mit Bestätigung des Gutsherrn durch den Bauern, oder durch Recht und Gewohnheit (Majorat, Minorat). In letterem Fall ftand dem Gutsherrn aber ein weitgebendes Ausschließungsrecht zu. Den ersten Anspruch auf Die Succession in den hof hatten die in der Were verbliebenen Leibeserben des Doch erhielten sie ben Sof nur bann, wenn zugleich bie nöthigen Garantien für ihre wirthschaftliche Tüchtigkeit, wie für ihre Gerichts= und Ge= meindefähigkeit vorlagen. Daffelbe galt auch von den Seitenverwandten, sofern sie überhaupt in Ermangelung von Descendenten oder der Chefrau des Bauern in den hof succedirten. Zum hofverband nicht gehörige Versonen waren von ber Hofesnachfolge entweder vollständig ausgeschlossen oder wurden boch gegen Hofhörige zurudgesett. Endlich griff auch hier ein hofrechtlich ausgestaltetes Beimfallsrecht Blat.

Wie die Besitzer freieigener Güter, so hatten auch später die Besitzer hofhöriger Güter das Recht, ihren Grundbesitz bei lebendigem Leibe an einen Sohn oder an eine Tochter gegen Vorbehalt der lebenslänglichen Verpssegung oder einer Leibzucht abzutreten. Aber auch in diesem Fall mußte der das Gut abtretende Erbe der Herrschaft bei der Behändigung desselben eine Abgabe

zahlen.

So hatte sich benn für einen großen Theil des bäuerlichen — und zwar nicht nur des hoshörigen — Grundbesitzes in Deutschland ein eigenes Erbrecht, das sog. Anerbenrecht herausgebildet, über dessen Entstehung und gegenswärtigen Bestand weiter unten eingehend zu handeln sein wird.

In Folge der Geltung dieser singularrechtlichen Erbsolgeordnungen war die Anwendung des landrechtlichen Erbrechts von einem großen Theil des

deutschen Grund und Bodens ausgeschloffen.

Auf diese Singularrechte, die sich zerstreut in hunderten von Beisthümern und Familienstatuten, Ritter- und Bauerrechten, Vereinbarungen und Landes-

ordnungen vorsinden, ist es demnach zurückzusühren, daß die Vererbung eines großen Theils des ländlichen Grundeigenthums im einzelnen Fall entsprechend der Individualität der Erben und der spezisischen Natur der zum Nachlaß gehörigen Güter ersolgt ist. Denn in den verschiedenen Singularrechten wird einerseits auf die Verschiedenheit der männlichen und weiblichen, der älteren und jüngeren, mündigen und unmündigen, verheiratheten und ledigen, qualissicirten und nichtqualissicirten Erben und andrerseits auf den Unterschied zwischen beweglichen und undeweglichen Gütern und innerhalb der letzteren wieder zwischen adligen und bäuerlichem Grundeigenthum, zwischen Stammgut und Errungenschaft u. s. Mücksicht genommen.

Indeß haben sich diese singularen Rechtsbildungen gegenüber dem Ansträngen des von der Idee der Gleichheit beherrschten, der freien Willensstestimmung des Erblassers mehr Raum gebenden allgemeinen Landrechts (römisches Recht in Justinianeischer Formulirung und neuere Codisicationen, die das römische Recht mehr oder minder rein in sich aufgenommen haben) auf die Dauer doch nicht als genügend widerstandssähig erwiesen. In jede in das Singularrecht gelegte Bresche dringt dann das gemeine Recht mit seiner Gleichstellung aller Erben, namentlich der männlichen und weiblichen, der älteren und jüngeren, mit seiner Schätzung der zum Nachlaß gehörigen Immobilien nach dem Verkehrswerth und mit seiner Begünstigung der Naturaltheilung des Nachlasses ein.

Bei dieser Gelegenheit zeigt sich recht deutlich, daß die Reception des römischen Rechts in Deutschland nur ganz allmählich erfolgte und daß dieser Receptionsproceß auch heute noch nicht als vollständig abgeschlossen werden darf.

Was speziell die Anwendung des römischen Erbrechts auf den ländlichen Immobiliarbesitz betrifft, so hat dieselbe viel früher im deutschen Süden und namentlich im Südwesten stattgesunden als im Norden und theilweize auch im Südosten. Hatte doch ein Theil des Südens unter römischer Herchaft gestanden und hatten dort die römischen Einflüsse ihre Continuität bewahrt. Außerdem waren die Beziehungen Süddeutschlands zu Italien und seinen Universitäten, wo die Lehre und Anwendung des römischen Rechts nie völlig ausgehört hatte, ältere und engere als die von Norddeutschland. Endlich ist im Süden das Ständewesen mit seinen Singularrechten früher als im Norden dem allgemeinen Staatsbürgerthum gewichen.

Im Norden dagegen erhielten sich sowohl im Abel wie namentlich im Bauernstande die alten aus dem Mittelalter stammenden Erbordnungen — sei es nun als sestes und starres Recht oder als slüssigere Sitte — bis in unsere Zeit hinein. Und als die Gegenwart mit ihrem nivellirenden Zuge auch sie hinwegzuschwemmen drohte, da erhob sich aus den Abelssizen sowohl wie aus den Bauerhösen eine lebhafte Opposition gegen die Gleichstellung des Grundeigenthums mit der fahrenden Habe, eine Opposition, die lebhaft an das Widersstreben des hohen und niederen Abels sowie des Bauernstandes gegen die Einsührung des fremden Rechts im XV. und XVI. Jahrhundert erinnert. Wie damals so ist übrigens auch heute die Opposition nicht beim Negiren stehen geblieben, indem sie den Versuch gewagt hat, die aus deutschrechtlicher Wurzel sowie aus den Bedürfnissen des Immobiliarbesitzes entsprungenen mannichsachen

fingulären Erbrechtsformen im Sinn der Freiheit und mit einiger Annäherung der Erben unter einander — im Sinn größerer Gleichheit in der Behandlung derselben — umzubilden.

Ueber diese sowohl auf dem Gebiete der Familiensideicommisse wie des Anerbenrechts an frühere Rechtsbildungen anknüpfenden Versuch der Gesetzgebung, die Bedürfnisse des wirthschaftlichen Lebens mit den Ideen der Gegens

wart zu versöhnen, werden wir weiter unten zu handeln haben.

Bevor dies geschieht, haben wir uns aber noch mit denjenigen erbrechtlichen Bestimmungen des gemeinen Rechts und der neueren particularrechtlichen Codificationen zu beschäftigen, welche für das wirthschaftliche Leben im Allgemeinen und für die Vertheilung des Grundeigenthums im Speziellen von besonderer Wichtigkeit sind.

# Auseinandersetzung unter den Miterben. Erbschaftstare.

Indem wir als bekannt voraussetzen dürfen, daß sowohl das gemeine Recht wie das preußische Landrecht, das österreichische und sächsische Civilgesetzebuch und der französische Code civil hinsichtlich der Vererbung des Nachlasses zunächst an Descendenten, dann aber auch innerhalb der weiteren Grade keinerlei Unterschiede des Geschlechts und Alters gelten lassen, so daß demnach sämmt-liche in gleichem Grade mit dem Erblasser verwandte Personen gleich berechtigt sind, haben wir hier nur die Art, wie die Auseinandersetzung unter mehreren gleichberechtigten Miterben ersolgt, darzustellen und vom sozialwirthschaftlichen Standpunkt zu prüfen.

Hierbei ist für unseren Zweck von besonderer Wichtigkeit die Art, wie die verschiedenen Gesetzgebungen sowie die Praxis folgende Fragen zur Entscheidung bringen:

1) Db und wie weit die Naturaltheilung der zum Nachlaß gehörigen Grundstücke begünstigt wird?

2) Nach welchen Grundfätzen die Taxation der zum Nachlaß gehörigen Grundstücke erfolgt?

3) Db und in welchem Grade die Organe der öffentlichen Gewalt sich in die Erbschaftsauseinandersetzung unter den Miterben einmischen?

#### 1. Geltendes Recht.

## a. Bemeines Recht 1).

Die Miterben stehen zu einander in dem Verhältniß von Miteigenthümern, wobei der Antheil des Sinzelnen sich nach dem Verhältniß seines Erbtheils besstimmt. Dies gilt nicht nur für den gesammten Nachlaß, sondern auch für die einzelnen Nachlaßgegenstände, denn auch an den einzelnen zum Nachlaß geshörigen Grundstücken findet das Verhältniß des Miteigenthums statt (1. 1 pr. Dig. X, 2).

Jeder Miterbe hat das Recht, die Aufhebung der zwischen ihm und den

¹⁾ Windscheid, Lehrbuch bes Panbektenrechts. 4. Aufl. 1878. Bb. III § 608. Pb. v. Roth, Baperisches Civilrecht. Theil 3. Tilbingen 1878. § 373.

übrigen Miterben bestehenden Vermögensgemeinschaft zu verlangen und es kann bieses Recht auch nicht durch Vertrag oder Verbot des Erblassers für alle Zeiten ausgeschlossen werden (l. 5 Cod. III, 37; l. 14 § 2 Dig. X, 3).

Ist durch Willensübereinstimmung aller Betheiligten eine Bereinbarung über die Erbschaftsauseinandersetzung zu Stande gekommen, so hat es bei dieser sein

Bewenden.

handeln die Contrahenten gegen den Bertrag, dem fie zugestimmt haben, so können fie erforderlichen Falls zur Durchführung desselben auf dem Bwangs=

wege angehalten werden.

Ob in einem Lande oder in einer Gegend das Zustandekommen solcher Berträge die Regel bildet oder nicht, wird von der Stärke des Familiensinns und der Standessitte, von der größeren oder geringeren Ubneigung gegen die Ingerenz der Behörden, sowie von dem Werth, den die Erben auf die Erhaltung des Grundeigenthums in der Familie legen, abhängen: lauter Faktoren, die in den einzelnen zum Deutschen Reich gehörigen Ländern, ja disweilen in dicht neben einander liegenden Gemeinwesen sehr verschieden entwickelt sind.

Können sich sämmtliche Erben über den Theilungsmodus nicht verständigen d. h. widersetzt sich nur einer unter ihnen dem von den übrigen getroffenen Uebereinkommen oder verzichten die Erben von vorn herein auf eine freiwillige Verständigung, so fällt die Durchführung der Auseinandersetzung dem Richter anheim. Sie wird durch die actio familiae erciscundae veranlaßt und vollzieht sich in der Form des Prozesses vor dem Prozestrichter (Dig. X, 2. Cod. III. 36).

Bei Durchführung der Auseinandersetzung wird der Richter zunächst die Anordnungen des Erblassers, sodann aber die Wünsche der Interessenten — soweit beide nicht dem absoluten Recht zuwiderlaufen — berücksichtigen müssen.

Insbesondere wird den Anordnungen des Erblassers gefolgt werden müssen, wenn derselbe die Theile selbst bestimmt, also die einzelnen Erbschaftsstücke den Erben zugewiesen hat.

Im Uebrigen wird ber Richter die Theilung so vorzunehmen haben, wie es bem wohlverstandenen Interesse der Parteien und der Natur der Sache am

meisten entspricht (1. 4 Dig. X, 2).

Und zwar kann der Erbschafterichter entweder 1) die Naturaltheilung der zum Nachlaß gehörigen Grundstücke versügen oder sofern mehrere Grundstücke vorhanden sein sollten, dem einen Erben das eine, dem anderen das andere zusprechen unter gleichzeitiger Ausgleichung etwaiger Werthdisserenzen (1. 4. 1. 22. 1. 52. § 2. Dig. X, 2. § 4. Inst. 4, 17), oder 2) das Nachlaßgrundstückeinem der Erben ungetheilt gegen die Verpslichtung, die anderen zu entschädigen, zusprechen (1. 55 Dig. X, 2), oder 3) dasselbe zur öffentlichen Versteigerung bringen und die Vertheilung des Gelderlöses bewirken (1. 3 Cod. III, 37. 1. 22. § 2. Dig. X, 2).

Aus den Fingerzeigen, welche die römischen Juristen und später die römischen Kaiser dem Richter in dieser Beziehung gegeben haben, läßt sich schließen, daß die Naturaltheilung der zum Nachlasse gehörigen Grundstücke als Regel ansgeschen und nur ausnahmsweise aus Zweckmäßigkeitsrücksichten ausgeschlossen wurde (§ 4 Inst. 4, 17. l. 1 Cod. III, 37. l. 22. § 2 Dig. X, 2).

Grundstücke murden weder wie Getreide, Del u. f. w. zu den absolut

theilbaren, aber auch nicht wie Stlaven, Pferde u. s. w. zu den untheilbaren Gegenständen gerechnet, sondern es hatte der Richter im einzelnen Fall zu untersuchen, ob das nachgelassen Grundstück commode, faculter, sine suo periculo dividi potest, bezw. regionibus divisionem recipiat oder nicht (§ 5 Inst. 4, 17).

Ginen Anhalt dafür, was unter "commode dividi" zu verstehen ist, bietet die Borschrift, daß von der Naturaltheilung des ager vectigalis abzussehen sei, "alioquin praestatio vectigalis confundetur" (7 pr. Dig. X, 3).

Es wird hiernach in benjenigen Ländern, in denen heutzutage das gemeine Recht gilt, in Fällen der gerichtlichen Theilung des Jumodiliarnachlasses sür die Urt, wie die Auseinandersetzung unter den Witerben geschieht, viel von der Persönlichkeit des Richters abhängen. Namentlich wird von ihm abhängen, od die Natural- oder die Werththeilung des Nachlasgrundstücks beliebt wird, sowie im letzteren Fall, nach welchem Werth — od Ertrags- oder Verkehrswerth — das Grundstück, behufs Vertheilung seines Werths unter die Erben, geschätzt wird. In dieser Beziehung ist aus Würtemberg bekannt geworden, daß die Amtleute und Nichter bereits im XVI. Jahrhundert die Naturaltheilung der Nachlasgrundstücke sehr start begünstigt haben 2).

Und in neuester Zeit wieder, in der in Folge Ein- und Durchführung der neuen Gerichtsverfassung für das deutsche Reich die erste Instanz in Nachlaßssachen von den Kollegialgerichten an die Einzelrichter übergegangen ist und die Einzelrichter ihren Umtsbezirk häusig zu wechseln pslegen, wird darüber geklagt, daß diese sich weniger in die realen Bedürfnisse der Bevölkerung einzuleben und diese bei ihrer Rechtsprechung zu berücksichtigen wissen, als ihre sesshafteren

Amtsvorgänger.

Von Wichtigkeit für die Auseinandersetzung unter den Erben sind endlich noch die Vorschriften, welche die Vormunder sowohl wie die Vormundschaftsbe= hörden in Nachlafisachen, im Interesse ihrer Vupillen zu beobachten haben.

- b. Breußisches Allgemeines Landrecht 3).
- a) Allgemeine Regeln.

Das preußische Landrecht stimmt hinsichtlich der Regelung der Erbschaftsauseinandersetzung unter den Erben im Wesentlichen mit dem gemeinen Recht überein. Indeß ist es in der Prazis des preußischen Rechts streitig, ob das Miteigenthum des Intestaterben sich nur auf die Erbschaft als Ganzes oder auch auf die einzelnen Erbschaftsgegenstände erstrecke, so daß jeder Miterbe im letzteren Fall eine Quote an den einzelnen Erbschaftsgegenständen, im ersten Fall dagegen nur eine solche an der gesammten Erbschaft anzusprechen habe.

Auch nach dem preußischen Landrecht kann die Auseinandersetzung unter den Miterben auf außergerichtlichem Wege — und zwar vor einem Notar oder

²⁾ Die Landesordnung von 1567, das Landrecht von 1610 und ein Generalrescript von 1735 untersagten in Alt-Würtemberg den Amtleuten und Richtern die Begilnstigung von Naturaltheilungen in Erbfällen, weil sie in dieser Beziehung dis dahin "gar zu facil" gewesen seien. Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft 1853. S. 242.

³⁾ Dernburg, Lehrbuch bes Preugischen Privatrechts. Bb. 3. Berlin 1880. S. 244, 245.

unter Privatschrift — erfolgen. Die Beschreitung dieses Wegs ist sogar dann zulässig, wenn sich unter den Erben bevormundete Personen befinden, sofern die Bormünder ihn nur einschlagen wollen. Die unter den Miterben außergerichtelich abgeschlossenen Auseinandersetzungen haben die Kraft und Giltigkeit von Bergleichen. Sind an denselben bevormundete Personen betheiligt, so bedürfen sie der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts ⁴).

Aber bereits auf den Antrag Eines Betheiligten muß gerichtliche Auseinandersetzung eintreten. Im Gegensatz zum Verfahren nach römischem Recht hat dieselbe jedoch im Wege der freiwilligen Gerichtsbarkeit zu erfolgen.

Sie führt zur Aufstellung eines Bertheilungsplans, des sog. Recesses, der ben Betheiligten zur Bollziehung vorgelegt werden muß. Der Neces hat die Bedeutung eines rechtskräftigen vollstreckbaren Erkenntnisses.

Der Nachlagrichter hat zunächst die Anrechte der Theilungsinteressenten zu

ermitteln, auf deren Grundlage dann die Auseinandersetzung geschieht.

Auch nach preußischen Recht (A. L. R. I. 17. §§ 1—168) fann die Auseinandersetzung, soweit sie sich auf einzelne Nachlaßgrundstücke beziehr, erfolgen: entweder durch Zutheilung derselben an einen oder einige der Miterben, mit der Berpflichtung, den übrigen Miterben ihre Erbschaftsantheile in Geld auszuzahlen, oder durch Naturalvertheilung des Grundstücks unter die Miterben, wobei für den Fall, daß sich die Erben über die Zuschlagung der einzelnen Theile nicht vereinigen können, das Loos entscheidet, oder endlich durch Verkauf des Grundstücks an den Meistbietenden und Vertheilung des erlösten Kaufschilzlings unter die Miterben.

In erster Linie sind für die Wahl des einzuschlagenden Wegs die Vorschriften des Erblassers maßgebend. Insbesondere müssen Pflichttheilsberechtigte die Verfügungen des Erblassers über einzelne Nachlaßgegenstände, namentlich auch Grundstücke, anerkennen: behufs Ermittelung des Pflichttheils ist der gerichtliche Taxwerth derselben zu Grunde zu legen. Doch hat auch hier das Gebot des Erblassers, daß sein Nachlaß niemals getheilt werden solle, keine rechtliche Wirkung.

Sind die Betheiligten unter sich einig und begehren sie bennoch eine gericht=

liche Theilung, so ist nach ihren Anträgen zu verfahren.

Ist eine solche Sinigung nicht zu Stande gekommen, so hat der Richter nach seinem Ermessen einen der oben erwähnten Wege einzuschlagen. Doch ist das betreffende Nachlaßgrundstüd zur Subhastation zu bringen, sobald nur einer der Betheiligten es verlangt (A. L. R. I, 17 § 89). Die Subhastation kann dann wieder entweder eine freiwillige, den Organen der freiwilligen Gerichtsbarzteit anheimfallende oder eine nothwendige, von dem für Subhastationssachen zuftändigen Gericht zu vollziehende sein.

Somit tritt also, wenn nur ein einziger Miterbe es verlangt, die Ermittelung des Werthes für das Nachlaßgrundstück auf dem Wege der Licitation ein. Die hierdurch für jeden Erben gegebene Möglichkeit seinen Erbantheil, entsprechend dem auf diesem Wege zu ermittelnden Verkaufspreise des Grundstücks zu steigern, muß nothwendigerweise indirekt auch auf die Vereinbarungen unter

den Miterben einen wesentlichen Einfluß haben.

⁴⁾ Preuß. Vormunbschaftsorbnung vom 5. Juli 1875. § 42, 4.

#### β) Insbesondere Erbichaftstagen.

Allgemeine Erbschaftstagen. Für die gerichtliche Auseinandersfetzung unter den Erben sowie für die Berechnung des Pflichttheils sind besondere Taxen vorgeschrieben.

Bezüglich der Aufnahme solcher Taxen gelten folgende Grundfäte 5):

Dieselbe muß im Allgemeinen unter Direktion einer vereidigten Gerichts= person erfolgen. Die Zuziehung eines besonderen Protokollführers ist nicht noth= wendig. Dagegen mussen alle Mal sachverskändige Taxatoren hinzugezogen werden.

Bas 1) insbesondere die Taxen der adligen Güter (Rittergüter) betrifft, so sollen dieselben nach dem mahren und wirklichen Ertrage aufgenommen werden.

Da in den meisten Provinzen Kreditsusteme (sog. Landschaften) bestehen, so sollen die Justizbehörden die Taxen adliger Güter entweder durch die Kreditdirektionen aufnehmen lassen, oder doch die Abschätzungsprincipien derselben ihren Taxationen zu Grunde legen.

Betreffend 2) die Taxen anderer Landgüter, die zwar nicht abliger Dualität, aber doch ein freies Eigenthum ihrer Besitzer sind, so sollen dabei im Wesentlichen dieselben Grundsätze angewendet werden, welche bei der Abschätzung adliger Güter in der Provinz zur Richtschnur dienen.

3) Bauerngüter, die ihren Bestigern eigenthümlich gehören und nach ber Landesart mit beträchtlichen Realitäten von Ackerwerk, Biehzucht u. s. w.

versehen sind, werden ebenfalls nach dem Ertrage taxirt.

4) Bei allen kleinen Rustikalbesitzungen, auf welchen kein Gespann gehalten wird, sindet jedoch keine eigentliche Ertragstaze statt. Dagegen muß in diesem Fall eine richtige und vollständige Beschreibung des Guts aufgenommen und aus diesen Details, mit gehöriger Rücksicht auf den am Orte oder in der Gegend gewöhnlichen Kauspreis der Grundstücke von dieser Art und Beschaffenheit, ein ungefährer Werth nach dem Ermessen der Taxatoren bestimmt werden.

Wenn nach dem Grundbuch, den Erwerbsdofumenten oder aus anderen unverdächtigen Angaben hervorgeht, daß der Werth des Guts nach dem Gesetz vom 4. Mai 1857 betreffend die Vereinsachung des Taxversahrens für Grundstücke von geringerem Werthe in den Landestheilen, in denen die Allgemeine Gerichtsordnung gilt (Ges.-Samml. S. 445) — 5000 Thaler nicht übersteigt, so können der Schulze oder die Gerichtsleute des Orts, wo das betreffende Grundstück belegen ist, oder in Ermangelung der Gerichtsleute zwei dazu ausersehene Wirthe dieses oder eines benachbarten Orts, über die Beschaffenheit, den Ertrag und den

⁵⁾ Allgemeine Gerichtsorbnung v. 1795. Th. II, Tit. 6, § 1, 3, 4, 12, 13, 14. Gesetz vom 15. Juni 1840 über die Abschätzung der Grundstüde von geringerem Werth (G. S. S. 181). Rescript des Justizministers vom 14. April 1841 (J.-M.-Bl. 1841. S. 152). Revidirte Instruktion sür die Dorfgerichte vom 11. Mai 1854. §§ 83—87 (J.-W.-Bl. S. 213). Gesetz vom 4. Mai 1857 betreffend die Bereinschung des Tax-verschenes sür Grundstüde von geringerem Werthe in den Landeskheilen, in denen die A. G.D. Giltigkeit hat (G.-S. S. 445). Circularrescript des Justizministers vom 29. Juni 1857 (J.-W.-Bl. S. 246).

Werth bes von ihnen zu diesem Behuf genau zu besichtigenden Grundstücks eids lich vernommen werden, welche Vernehmung alsdann die Stelle der gerichtlichen Tare vertritt.

Die Abschähung ist jedoch ausnahmsweise auch in diesem Fall durch geprüfte und vereidigte Taxatoren zu bewirken, wenn sämmtliche Betheiligte darauf antragen oder das Gericht keine der oben bezeichneten Personen für geeignet hält.

Ms vereidigte Taxatoren sind die Dorfgerichte zu erachten. Gie sind be-

fugt, die Taxen unter Bersicherung an Eidesstatt schriftlich einzureichen.

Brovinzielle Erbschaftstaren 6). Noch das preußische Allgemeine Landrecht (II, 7. §§ 280-285) enthält unter der Ueberschrift "Rechte und Bflichten der Unterthanen in Ansehung ihres Bermögens" u. A. die Bestimmung, bag in allen Fällen, wo ber Befiger eines Ruftitalgrundstucks Miterben abzufinden hat, der Werth des Guts und des Wirthschaftsinventars nach einer gemäßigten Taxe angeschlagen werden soll. Bei Feststellung der Taxe soll nicht nur auf sammtliche Lasten und Abgaben, sondern auch auf den nothwendigen Unterhalt des Besitzers und seiner Familie Rudficht genommen werden. Sämmtliche Erben muffen fich ben nach einer folchen Taxe bestimmten Werth ohne Widerrede gefallen lassen. Auch sollen zur Auszahlung der den übrigen Theilnehmern zukommenden Abfindungen billige, den Bermögensumständen des Uebernehmers angemessene Termine bestimmt werden. Wo es nicht ausdrücklich verabredet ist, sind die Absindungssummen nicht zu verzinsen, es sei denn, daß die ausgesetzten Zahlungstermine nicht eingehalten werden. Die nähere Normirung der Abschätzungsgrundfätze wird den verschiedenen Provinzialrechten vorbehalten.

Mit dem übrigen bäuerlichen Sonderrecht wurde aber auch die ermässigte Erbschaftstare durch die Stein-Hardenberg'sche Ablösungsgesetzgebung beseitigt. Bereits das Rescript des Justizministers vom 3. Juli 1813 erkannte ausdrücklich an, daß die besonderen Provinzial= und Ortsobservanzen, zu Folge welchen die Bauerngüter früher nach einer den wahren Werth nicht erreichenden sog. Erb= und Grundtage vererbt worden, durch die Borschriften des Edists vom 9. Oktober 1807 und des Landeskulturedikts vom 14. März 1811 aufgehoben seien. Die Deklaration vom 29. Mai 1816 § 72 bestimmte sodann ausdrücklich, daß die Vererbung der in das Eigenthum ihrer bisherigen Bestiger übergegangenen bäuerlichen Nahrungen nach den in jeder Provinz geltenden allgemeinen Successionsgesetzen erfolgen solle, daß dieselben theilungshalber subhastirt werden können und bei Erbtheilungen nicht nach gemäßigten Tagen, sondern nach tem wirklichen Ertrage abzuschäßen sind.

In der Hauptsache traten diese Bestimmungen jedoch erst mit der vollzogenen und ausgeführten Auseinandersetzung der gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnisse in Wirksamkeit.

Auch sollten für biejenigen Rustikalgrundstücke, deren Regulirung nicht in Gemäßheit des Sdikts vom 14. September 1811 erfolgt war, zufolge des vom

⁶⁾ von Rönne und Lette, Die Landeskulturgesetzgebung des preußischen Staats. Bb. 1. S. CII. Bb. 2, Hälfte 1. S. 52—84. Entwurf eines Geseges betreffend das bäuerliche Recht in der Provinz Hannover nebst Begründung. Berlin 1872 (als Manuscript gedruckt). S. 44 ff.

Justizminister an das Oberlandesgericht zu Stettin erlassenen Restripts vom 7. Oktober 1833 im Fall von Erbschaftsauseinandersetzungen noch die ermäßigten Taxen zur Anwendung kommen. Die Praxis ist dann diesem Rescript vielsach gesolgt. Allein die Jurisprudenz hat diese Auffassung nicht als richtig anerkennen können, sondern vielmehr daran sest gehalten, daß wie die Borschriften des Ausgemeinen Landrechts wegen der ermäßigten Erbschaftstaxen immer nur auf die angesessenen unterthänigen Sigenthümer, niemals aber auf die freien Sigenthümer nicht unterthäniger Stellen Anwendung gefunden haben, so auch nach Erlas des Sdikts vom 14. September 1811 und der Deklaration vom 29. Mai 1816 keinerlei Beranlassung vorliegt, von dieser Praxis abzusehen.

So unterliegt benn bas bei ber Taxation von Bauerhöfen zum Zweck ber Auseinandersetzung unter ben Witerben einzuschlagende Verfahren in sämmtlichen Landestheilen, in benen das preußische Allgemeine Landrecht gilt, den allgemeinen von diesem Gesetzuch und den späteren Gesetzen über Erbschaftstaxen aufgestellten Normen, während in den übrigen Landestheilen die Bestimmungen des gemeinen Rechts über diesen Gegenstand gelten.

Sine Ausnahme bilden nur die Provinzen Oft = und Bestpreußen und Westphalen, insofern in denselben besondere Vorschriften gelten. Für West = preußen hat die Regierungs-Instruktion vom 21. September 1773 § XIII Nr. VII, 6 und für Ostpreußen das Provinzialrecht, Zusatz 29 und 30 zum Algem. Landrecht I, 17. § 89—90, cf. B. vom 22. März 1844 (Ges.-Samml. S. 70), bei der Aufnahme von Ertragstazen für nicht adlige Güter und Grundstücke die Kapitalisirung des ermittelten Reinertrags mit sechs Prozent angeordnet.

In der Provinz Westephalen war bereits durch das Gesetz vom 13. Juli 1836 die Anwendung eines Theils der allgemeinen erbrechtlichen Grundsätze — und darunter auch derzenigen über die Tazation des Jmmobiliarnachlasses — auf diezenigen nicht heimfallspstichtigen Bauerngüter, deren Sohlstätten im Jahre 1806 zu solchen bäuerlichen Gütern gehört hatten, welche damals nach einer vom gemeinen Necht abweichenden Successionsordnung vererbt wurden, ausgesschlossen worden. Und als sich gegen dieses Gesetz eine lebhafte Opposition erzhob, erging zur einstweiligen Abhilfe eines Theils der durch dasselbe veranlaßten Beschwerden die Kadinetsordre vom 5. Januar 1844. Diese ermächtigte unter Nr. 4 die vormundschaftlichen Behörden, bei Erbtheilung von bäuerlichen Besstungen einem der Erben das Gut nach Anleitung des Allgemeinen Landrechts II, 7. §§ 280—285 gegen eine gemäßigte Taze zu überlassen, desgleichen auch Auseinandersetzungen zu bestätigen, welche zwar von den Vorschriften des Gesetzes vom 13. Juli 1836 abweichen, jedoch dem Interesse der Familie oder dem muthmasslichen Willen des Erblassers entsprechen.

Als dann die Staatsregierung dem weiteren Andrängen der Unzufriedenen nachgab und mittels Verordnung vom 13. Dezember 1848 das Gesetz vom 13. Juli 1866 aushob, kam damit auch die Kabinetsordre vom 5. Februar 1844 in Wegfall und traten jetzt wieder die allgemeinen erbrechtlichen Vestimmungen auch für die Bauerngüter Westphalens in Kraft.

Indeg befriedigte biese Unterstellung des bäuerlichen Grundbesitzes unter das allgemeine Recht nicht. Zwar wußte man durch Gutsübertragungs=

verträge und letzwillige Verfügungen die Anwendung des allgemeinen Intestats erbrechts auf die ländlichen Immobiliarverlassenschaften vielsach abzuwenden. Aber es wollte das doch nicht immer gelingen, namentlich dann nicht, wenn sich unter den Erben Minderjährige befanden. Und auch sonst ließ das geltende Pflichts theilsrecht nicht jede Disposition des Erblassers zur Aussührung gelangen.

Es richtete daher bereits der im Jahre 1851 versammelt gewesene Provinziallandtag in Beranlassung mehrsacher Petitionen der Landgemeinden das Gesuch an die Staatsregierung: dem Landtag den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches den Grundbesitzern erleichtert werde, ihren Grundbesitz in der Familie zu erhalten, ohne daß sie doch zugleich in ihrer Dispositions-

befugniß als Grundeigenthümer beschränft würden.

In dieser Beranlassung wurde dem im Jahre 1852 versammelt gewesenen Provinziallandtag von der Staatsregierung der Entwurf eines Gefetes, welches die Erhaltung des ländlichen Grundbesites in den Familien der gegenwärtigen Eigenthümer erleichtern follte, vorgelegt. Derfelbe beschränfte fich nicht, wie das Gefetz vom 13. Juli 1836, auf die eigentlichen Bauerngüter, sondern um= faßte auch den größeren landtagsfähigen Grundbesitz. Auch änderte er nicht das allgemeine Intestaterbrecht ab, wie das Gesetz von 1836 gethan hatte, sondern beseitigte nur die Schwierigkeiten, welche bei der ungetheilten Zuwendung von ländlichen Besitzungen an einen der Erben aus den Borschriften des gel= tenden Bflichttheilsrechts sowie bei Erbtheilungen unter Concurrenz von Minderjährigen durch die Intervention der Bormunder und der Bormundschaftsbehörden entstehen. Mit einem Worte: es verfolgte die Staatsregierung diejenige Rich= tung weiter, welche sie bereits in der mittlerweile aufgehobenen Kabinetsordre vom 5. Januar 1844 eingeschlagen hatte. Diese Richtung ging von dem Grundsatz aus, daß zum Zwed der Erhaltung des bäuerlichen Grundbesities in den Familien das Selbstbestimmungsrecht der Betheiligten zu erweitern und dessen Ausübung zu erleichtern, dabei aber der einmal bestehende Rechtszustand möglichst unangetaftet zu laffen fei. Diese Vorlage führte nach geschehener Berständigung sowohl mit dem Westphälischen Provinziallandtage sowie mit bem preußischen Landtage zum Erlag des Gefetes, betreffend die Abschätzung von Landgütern zum Behuf der Pflichttheilsberechnung in der Provinz Westphalen vom 4. Juni 1856 (Gef.-Samml. S. 550). Der wesentliche Inhalt dieses Gesetzes ist folgender:

1) Das Gesetz finder Anwendung auf alle in der Provinz Westphalen belegenen landtagsfähigen Rittergüter und alle sonstigen zum Betrieb der Landwirthschaft bestimmten Bestigungen, welche beim Grundkataster mit einem Reinertrag von wenigstens 25 Thalern (= 75 Mark) angesetzt sind (Landgüter im Sinne

des Gesetzes).

Ausgenommen von der Anwendung dieses Gesetzes sind außer den im AUgemeinen das obige Minimum nicht erreichenden Gütern noch die im Bezirke einer städtischen Feldmark belegenen nicht bäuerlichen Grundstücke (§ 2).

2) Durch dieses Geset werden besondere Taxvorschriften für die Abschätzung von Gütern festgestellt, die dann zur Anwendung gelangen sollen, wenn eine Berfügung, durch welche ein Landgut einem Descendenten oder dem Chegatten des Eigenthümers eigenthümlich zugewendet wird, wegen behaupteter Berletzung im Pflichttheil von einem anderen dazu Berechtigten angesochten wird (§ 1).

Als Taxe soll nach den Borschriften dieses Gesetzes in solchen Fällen der 16sache Betrag des beim Grundsteuerkataster angesetzen, nach Abzug der Abzgaben und sonstigen Lasten verbleibenden Keinertrags des Guts angenommen werden. Bei Gebäuden, welche im Grundsteuerkataster nur nach ihrer Grundssläche abgeschätzt sind, bleibt der bauliche Werth außer Ansatz.

Dem so ermittelten Gutswerth ist hinzuzufügen: a) der besonders abzusschäusende Werth der beweglichen Pertinenzstücke, mit Ausnahme jedoch des nicht in Anrechnung zu bringenden Feldinventars an Düngung, Pflugarbeit und Aus-

saat (Allgemeines Landrecht I, 2. §§ 48 ff., 75 ff., 50, 51);

b) der nach allgemeinen Regeln abzuschätzende Werth der auf dem Gut etwa vorhandenen Fabriken, Mühlen und anderen gewerblichen Anlagen sowie des nach forstwirthschaftlichen Principien überständigen Holzes und

c) der 16fache Betrag des besonders auszumittelnden jährlichen Reinertrags

ber zum Gut gehörigen nutzbaren Gerechtigkeiten (§ 3).

Auch follen dem Gutsübernehmer für die Auszahlung der Antheile seiner

Miterben billige Zahlungsfristen bewilligt werden (§ 1, 5. No. 3, 6).

Es muß jedoch auf Verlangen bereits eines Interessenten statt des Katastral= reinertrags der zu ermittelnde wirkliche Reinertrag der Feststellung der Taxe zu

Grunde gelegt werden (§ 3 No. 5).

3) Eine weitere Abänderung des allgemeinen Erbrechts bezieht sich sodann auf den Fall, daß zu einem Nachlaß, an welchem unter Bormundschaft stehende Bersonen betheiligt sind, ein Landgut im Sinne des obigen Geses gehört. In diesem Fall soll nämlich, sofern über das Landgut von dem Erblasser nicht besonders verfügt worden, das Bormundschaftsgericht verpflichtet sein, eine gütliche Auseinandersetzung unter den Erben zu befördern, welche dahin zielt, daß das Gut einem Erben ungetheilt unter Bedingungen übertragen werde, welche, bei angemessener Berücksichtigung des Interesses der Pflegebesohlenen, den Gutssübernehmer in den Stand setzen, das Gut auch serner der Familie zu erhalten.

Hierbei foll als Regel gelten, daß die Ueberlaffung des Guts gegen eine nach den Grundfäten des § 3 festgestellte Taxe mit billigen Zahlungsfriften

zu geschehen hat (§ 8).

4) Die im § 3 des Gesetzes für die Auseinandersetzung aufgestellten Grundsätze sollen auch dann zur Anwendung gelangen, wenn ein Landgut zu der Masse einer ehelichen Gütergemeinschaft gehört und nach dem Tode des einen Ehegatten die Auseinandersetzung des Ueberlebenden mit den Erben des Berstorbenen erfolgt (§ 9).

5) Streitigkeiten, welche aus der Feststellung des Taxwerths sowie übershaupt aus der Anwendung des obigen Gesetzes entstehen, sind der Entscheidung

der Gerichte entzogen und einem Schiedsgericht übertragen.

Dasselbe wird gebildet aus Personen, welche Güter von gleicher Kategorie wie dassenige ist, um das es sich im Prozes handelt, besitzen. Jede Partei hat einen Schiedsrichter zu ernennen. Den Obmann ernennt der Kreisgerichtsbirektor. Der Schiedsspruch bildet die Grundlage der Erbauseinandersetzung (§ 4—7).

Die Bestimmungen des für die Provinz Westphalen erlassen Gesetes vom 4. Juni 1856 unterscheiden sich von den in der übrigen Monarchie in Geltung befindlichen erbrechtlichen Bestimmungen nicht dadurch, daß sie direkt

Schriften XX. - b. Diastomsti, Grundeigenthumsbertheilung.

eine Aufhebung der Beschränkungen, welche der Testator durch das geltende Pflichttheilsrecht erleidet, bewirken, sondern daß sie dem Testirenden gestatten, bei Bemessung der Pflichttheile das Gut nach einer niedrigen, den Kauspreis weit-

aus nicht erreichenden Taxe in Anrechnung zu bringen.

Daß eine solche Bergünstigung der ungetrennten Bererbung der Landgüter in der Familie außerordentlich zu statten kommt, sofern sich die Gutsbesitzer nur rechtzeitig zur Bornahme letztwilliger Berfügungen entschließen, ist klar. Denn je geringer die vom Testator zu berücksichtigenden Ansprüche der übrigen Erben bemessen sind, um so leichter wird es sein, die testamentarische Ueberstragung des Guts auf einen Einzelnen anzuordnen.

Aber freilich vollständig hat das Gesetz vom 4. Juni 1856 den Bedürf-

niffen nicht entsprochen.

Es sind an demselben namentlich folgende Ausstellungen gemacht worden.

1. Sine Anzahl der im Jahre 1871 über die Wirksamkeit dieses Geseses befragten Kreis= und Appellationsgerichte spricht sich gegen die von dem Geset angeordnete zu niedrige Taxe aus, welche bewirke, daß das Gesetz nur selten zur Anwendung komme. Denn der wirkliche Ertragswerth entspreche nicht dem 16 fachen, wie das Gesetz annimmt, sondern dem 20—25 fachen, ja bisweilen sogar dem 40—60 fachen Katastralreinertrag 7).

Nun darf allerdings die Abschätzung eines Grundstücks nach dem 16 fachen Katastralreinertrag nur dann geschehen, wenn sämmtliche vollsährige Erben damit einverstanden sind. Protestirt nur einer, so soll der wirkliche wirthschaftsliche Reinertrag des Guts an die Stelle des 16 fachen Katastralreinertrags

treten.

2. Aber auch diese, augenscheinlich zur Korrektur von gar zu großen Ungerechtigkeiten, welche sich aus der ersten Regel ergeben könnten, eingeführte Bestimmung wird getadelt, weil durch dieselbe die Basis des ganzen Gesetzes ins Schwanken gebracht und eine große Unsicherheit herbeigeführt werde.

Entfernt sich der wirkliche Ettragswerth wirklich zu sehr von dem 16 fachen Katastralreinertrag, so sollte dieser Fehler, nach einer in Westphalen vielsach vertretenen Ansicht, lieber dadurch beseitigt werden, daß der Katastralreinertrag nicht mit 16, sondern mit einer höheren Ziffer multiplicirt werde. Dadurch würde die Ungerechtigkeit beigelegt und die Sicherheit des Rechtszustands nicht zugleich gefährdet werden.

3. Ferner wird darauf hingewiesen, daß das Gesetz vom 4. Juni 1856 gegen die Bestimmungen des allgemeinen Erbrechts nur für den Fall Abhilse verschaffe, daß der betreffende Erblasser sich zu einer den Interessen des Grunderben

entsprechenden Disposition entschlossen hat.

Ist eine solche Disposition jedoch nicht erfolgt, so können die allgemeinen Grundsätze der landrechtlichen Auseinandersetzung nur dann durchbrochen werden,

wenn bei der Erbtheilung minderjährige Personen konkurriren.

Sind dagegen die Erben sämmtlich großjährig, so haben sie keine Verpflichtung, sich dem Gesetz vom 4. Juni 1856 anzubequemen. Es ist vielmehr jeder besugt, des Grundstück zur Subhastation zu bringen oder doch die Uebernahme

⁷⁾ Entwurf eines Gesetzes betreffend bas bäuerliche Erbrecht in ber Proving Hannover nebst Begründung. S. 69.

desselben seitens eines seiner Miterben von der Annahme einer nach den all=

gemeinen Grundfäten aufgestellten Tare abhängig zu machen.

Trot dieser Mängel des Gesetzes vom 4. Juni 1856 lauten die Urtheile über die Wirksamkeit desselben überwiegend günstig, was sich namentlich bei Gelegenheit der Debatten über die neueren Gesetzentwürse, welche das Anerbenrecht in den verschiedenen preußischen Provinzen zu neuem Leben erwecken wollen, gezeigt hat. Die Gegner des Anerbenrechts erklärten sich nämlich vielsach bereit, den etwaigen Bedürsnissen des Grundeigenthums nach einer Resorm des bestehenden allgemeinen Erbrechts durch Einsührung niedriger Erbschaftstagen nach Art der westphälischen entsprechen zu wollen.

Ja es sind sogar weitere Schritte gethan worden, um die Ausdehnung bes für die Provinz Westphalen bestimmten Gesetzes auf die übrigen Theile der

preußischen Monarchie zu bewirken.

So hat das preußische Landesökonomie = Collegium am 3. März 1869 mit

überwiegender Majorität folgende Resolution gefaßt:

"1. Der Regierung unter Bezugnahme auf das für die Brovinz West= phalen erlassene Gesetz vom 4. Juni 1856 zu empfehlen, in Hinsicht auf Rea= litäten die den Willen des Erblassers so sehr beschränkende Pflichttheilsgesetz=

gebung freier zu gestalten.

2. In Erwägung, daß die hohe Immobilienverschuldung wesentlich durch Besitzveränderungen, insbesondere in Folge von Erbtheilungen entstanden ist, spricht sich das Landesökonomie-Collegium im Interesse des ländlichen Grundeigenthums für den Erlaß solcher provinzieller fakultativer Gesetz, wie das für die Provinz Westphalen geltende vom 4. Juni 1856, aus, welche es ermöglichen, bei Erbfällen und Auseinandersetzungen die Zersplitterung und Verschuldung des ländlichen Grundeigenthums und damit dessen Verkauf mögelichst zu verhindern."

Es blieb diese Anregung damals jedoch ohne diretten Erfolg, obgleich sie immerhin dazu diente, die in Hannover für die Beibehaltung des Anerbenrechts

eingeleitete Bewegung moralisch zu unterstützen.

Gin zweites Mal fam das Gefetz von 1856 im preußischen Landesökonomie-Collegium bei Gelegenheit eines von dem Grafen Borries eingebrachten An-

trags im J. 1873 zur Sprache.

Der Antrag des Grafen Borries ging auf Einführung des Instituts der Landwirthschaftlichen Erhgüter für das Königreich Preußen in seinem erweiterten Umfange. Aber weder dieser Antrag, dessen wir übrigens weiter unten noch in anderem Zusammenhange zu erwähnen haben werden, noch der Antrag des Ausschuftreserenten, Freiherrn v. Schorlemer-Alst, gelangte im Plenum zur Annahme.

Der Referent hatte nämlich vorgeschlagen:

"1. den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten zu ersuchen, auf den Erlaß solcher fakultativer und provinzieller Gesetze, wo diesselben Bedürfniß sind, hinzuwirken, welche es ermöglichen, bei Erbfällen und Auseinandersetzungen die Zersplitterung und die Verschuldung und damit den Verkauf des bäuerlichen Grundeigenthums zu verhindern;

und 2. zu erklären, daß das Landesökonomie-Collegium in dem für die Provinz Westphalen geltenden Gesetz vom 4. Juni 1856 einen beachtenswerthen,

wenn auch nicht in allen Theilen ausreichenden Borgang für diese Legislation ersennt, die Zugrundelegung des Katasterreinertrags als feste Basis der Werthermittelung, mit Ausschluß der No. 5 des § 3 des betressenen Geses, für zutressend hält und sich sür die obligatorische Anwendung der Grundsätze des Gesess auch bei Intestaterbfällen im Gegensatz zu § 8 des Gesess aussprechen muß."

Dieser Antrag wurde wohl vom Ausschuß, nicht aber vom Plenum des

Landesökonomie-Collegiums zum Beschluß erhoben.

Das letztere entschied sich für den allgemeiner und unbestimmter lautenden

Antrag:

"der Regierung mit Bezugnahme auf das für die Provinz Westhhalen erlassene Gesetz vom 4. Juni 1856 zu empsehlen, in Hinsicht auf Realitäten die den Willen des Erblassers so sehr beschränkende Psilichttheilsgesetzgebung freier zu gestalten."

Es war dies nichts anderes, als eine allgemein gehaltene Wiederholung

bes bereits im Jahr 1869 gefaßten Beschluffes.

Wir werden weiter unten zu zeigen haben, wie die Staatsregierung diesen für sämmtliche Provinzen der preußischen Monarchie gegebenen Anregungen erst viel später — im Jahre 1880 — gesolgt ist, nachdem dieselben mittlerweile durch das Gewicht von Beschlüssen des preußischen Abgeordnetenhauses verstärft worden waren.

Auch ist den Mängeln des Gesetzes vom 4. Juni 1856 neuerdings abgeholsen worden durch die Landgüterordnung für die Provinz Westphalen und die rheinischen Kreise Rees, Essen, Duisdurg und Mülheim an der Ruhr, vom 30. April 1880, auf deren Entstehungsgeschichte und Inhalt weiter unten näher einzugehen sein wird.

## c. Sächfisches Recht.

Auch nach dem Sächstichen Bürgerlichen Gesetzbuch vom 2. Januar 1863 kann die Erbschaftsauseinandersetzung gerichtlich oder außergerichtlich vorgesnommen werden. Ersterer Weg muß beschritten werden, wenn ein Erbe darauf anträgt oder bevormundete Versonen dabei betheiligt sind.

Die Erbschaftsauseinandersetzung geschieht zunächst gemäß den Anordnungen des Erblassers. Doch bindet ein Berbot des Erblassers, die Erbschaft zu theilen, die Erben nur auf 20 Jahre (Sächs. B. G.-B. §§ 2343. 2353.

2346. 2349. 2350. 338).

Da ein großer Theil des Grundeigenthums (die Rittergüter und die innershalb der ländlichen Gemeindebezirke gelegenen als geschlossen geltenden Grundsstücke) in Folge Gesess vom 30. November 1843 über die Theilbarkeit des Grundeigenthums gebunden ist, so darf auch im Erbwege nicht eine Naturaltheilung, sondern nur eine Theilung des Werthes dieser Güter erfolgen. Die in städtischen Gemeindebezirken gelegenen und die walzenden Grundstücke sind das gegen frei theilbar.

### d. Defterreichisches Recht.

Das ältere Recht über die Auseinandersetzung der Erben hinsichtlich der Berlassenschaften war in Deutsch-Oesterreich ebenso wie in anderen deutschen Ländern für die verschiedenen Stände und Güterarten verschieden.

Das Allgemeine Bürgerliche Gesetzluch von 1811 regelte dann im Sinne bes römischen Rechts die allgemeine gesetzliche Erbfolge nach dem Grundsatz der gleichen Theilung des Nachlasses unter die Erben, erhielt aber im § 761 die besondere Erbfolge in Bauerngüter ausdrücklich aufrecht. Und selbst als das Patent vom 7. März 1848 und die demselben nachsolgenden Verordnungen über die Grundentlastung das gutsherrlich bäuerliche Verhältniß und die aus demselben entspringenden Lasten bereits beseitigt hatten, wurden noch durch den Justizministerialerlass vom 17. Juli 1850 (R. G. V. No. 277) die in mehereren Kronländern bestehenden Vorschriften rücksichtlich der Erbfolge in Bauernzüter in Geltung erhalten.

Erst das Gesetz vom 27. Juni 1868 (R. G. Bl. No. 79) hat die singuslären Borschriften, welche die Vererbung von Bauerngütern im Allgemeinen und die Auseinandersetzung der Vermögensverhältnisse unter mehreren Miterben eines Bauern oder zwischen dem Erben und dem überlebenden Shegatten im Speziellen betreffen, für alle jene Kronländer aufgehoben, in denen der sog. Bestiftungszwang bestand, d. h. die Theilung der Bauerngüter nicht mehr beschränkt war. Soweit dies nicht bereits damals der Fall war, führten die Landesgesetze in den Jahren 1868 und 1869 in allen Ländern, mit Ausnahme nur von Tirol, die Freitheilbarkeit ein und beseitigten damit zugleich die die dahin in Geltung besindlichen vom allgemeinen Bürgerlichen Gesetzuch abweichenden Normen über die Erbsolge in Bauerngütern.

Es finden demnach gegenwärtig für das ganze Gebiet des Bürgerlichen Gesetzbuchs, mit Ausnahme nur von Tirol, die Bestimmungen desselben über Nachlastrequlirungen auf Güter jeder Art Anwendung.

Der gesammte Rachlaß steht sämmtlichen Erben als gemeinschaftliches

Eigenthum zu.

Dieselben können das in solcher Weise an einem Landwirthschaftlichen Grund-

ftud begründete Miteigenthum fortseten.

Es steht aber auch jedem der Erben frei, die Naturaltheilung des Guts zu verlangen. Können die Miterben über die Theilung nicht einig werden, so entscheidet das Loos oder ein Schiedsmann oder der Richter (§ 841).

Findet eine Naturaltheilung nicht statt, so kann jeder Theilgenosse den Verkauf mittels gerichtlicher Feilbietung verlangen (§ 843). Tritt weder Naturaltheilung noch Verkauf ein und einigen sich die Parteien auch sonst nicht unter einander, so hat der Richter die Auseinandersetzung nach den allgemeinen Regeln vorzunehmen.

Nachlagauseinandersetzungen, bei denen bevormundete Personen betheiligt

find, bedürfen der gerichtlichen Einwilligung (§ 233).

# e. Frangöfifches Recht. Abanderungen beffelben8).

Das französische Recht unterscheidet sich sowohl von dem gemeinen Recht wie von dem diesem nachgebildeten Recht der neueren Codificationen dadurch,

⁸⁾ C. Sachariä, Handbuch bes französischen Civilrechts, herausgegeben von Buchelt. 6. Aufl. Heidelberg 1875. Bb. 4. § 623 ff. Geseth, betreffend außersgerichtliche Theilungen und gerichtliche Berkäuse von Liegenschaften für das Reichsland Claß-Lothringen, vom 1. December 1873 nehst Motiven.

daß es singuläre Rechtsinstitute, welche in Deutschland die Unwendung des allgemeinen Rechts von einem großen Theil des Grundeigenthums ausschließen, gar nicht zuläßt und daß es dei Erbschaftsauseinandersetzungen, soweit sie sich auf Grundeigenthum beziehen, der freien Entschließung der Interessenten weniger Raum gewährt.

Sine Nachlafregulirung kann nach französischem Recht im Wege der Güte, d. h. durch private Vereinbarung unter den Erben nur dann erfolgen, wenn die Miterben alle großjährig, dispositionsfähig und anwesend sind (C. c.

A. 819).

Eine gerichtliche Auseinandersetzung muß eintreten:

- 1. wenn sich unter den Erben Minderjährige (selbst dann noch, wenn sie emancipirt sind), Interdicirte, Abwesende, zu denen auch Vermiste, Verschollene und im Frrenhause besindliche gerechnet werden, besinden (C. c. A. 819. 838. Code proc. civ. A. 966 ff.);
- 2. wenn sich dritte Personen fraft eines ihnen zustehenden rechtlichen Insteresses der gütlichen Theilung widersetzen (C. c. A. 820);
- 3. wenn sich die Erben nicht über die Auseinandersetzung vereinigen können (C. c. A. 823).

Abgesehen von diesen Fällen, in denen die gerichtliche Auseinandersetzung obligatorisch ist, wird in vielen anderen auf gerichtliche Auseinandersetzung angetragen. Beranlassung zur Beschreitung dieses Weges pflegt namentlich solgende Bestimmung des Art. 826 des Code civil zu geben: Chacun des cohéritiers peut demander sa part en nature des meubles et immeubles de la succession. Weil aus solchen außergerichtlichen Naturaltheislungen leicht Streitigseiten entstehen, so beantragen, um diese von vornherein abzuschneiden, die Erben häusig die gerichtliche Auseinandersetzung auch dann, wenn sie zu derselben nicht verpssichtet sind ).

Die gerichtliche Auseinandersetzung vollzieht sich in den Formen des contradictorischen Berkahrens und ist sehr kostspielig.

Sie steht unter der Leitung des Gerichts der eröffneten Erbschaft, welches die Auseinandersetzung einem ihrer Mitglieder oder einem Notar übertragen kann. Diese haben indeß alle diejenigen Punkte, welche unter den Parteien streitig sind, dem Gericht zur Entschedung vorzulegen (C. c. A. 466. 467. 822—836. Code de proc. civile A. 966 sf.)

Das Auseinandersetzungsverfahren beginnt mit der Feststellung der Masse und mit der Schätzung der einzelnen Bestandtheile derselben durch Sachversständige. Diese werden gewöhnlich von den Parteien gewählt. Besinden sich jedoch unter den Miterben Minderjährige, so müssen die Sachverständigen von dem Gericht ernannt werden.

Hierauf erfolgt die Bildung von Erbloosen (C. c. A. 834).

Bon der Bildung von Loofen darf auf Beranlassung der Erben nur dann abgesehen werden, wenn sich unter denselben kein Minderjähriger befindet (C. c. A. 838).

⁹⁾ Leplay, La réforme sociale I. S. 275.

Die Loose werden in Gegenwart eines Mitglieds des Gerichts oder des

Notars gezogen.

Der Bildung von Loosen liegen die im Art. 826 und 832 des Code civ. enthaltenen Bestimmungen des materiellen Rechts zu Grunde. Maßgebend ist namentlich folgende Bestimmung:

"Il convient de faire entrer dans chaque lot, s'il se peut, la même quantité de meubles, d'immeubles, de droits ou de créances de même nature et valeur" (C. c. A. 832).

Die Praxis pslegt in einigen Gegenden diese Bestimmungen so zu interpretiren, daß der Erbe ein Recht hat nicht nur auf einen Antheil an jedem zum Nachlaß gehörigen Landgut, sondern auch an jeder dieses Gut bilbenden einzelnen Parzelle. Diese Praxis collidirt vielsach mit der Bestimmung des Code civil A. 827 und 832, daß die Grundstücke, welche zusammen bewirthsichaftet werden, soviel wie möglich nicht zerstückelt, und diezenigen Grundstücke, die sich commodément nicht theilen lassen, nicht getheilt werden sollen.

Die Versteigerung von Nachlaßgegenständen soll nur ausnahmsweise stattfinden dürfen: namentlich dann, wenn Immobilien sich nicht commodément theilen lassen, oder auf Betreiben der Gläubiger mit Rücksicht auf die Schulden

der Verlassenschaft (C. c. A. 826. 827. 882).

Die Bersteigerung ist gewöhnlich eine gerichtliche und erfolgt vor dem Tribunal.

Ausnahmsweise kann jedoch auf Wunsch der Miterben, falls diese alle vollzährig sind, die Versteigerung auch vor dem Notar stattfinden (C. c. A. 827.

Code de proc. civ. A. 953 ff.).

Gegen die erbrechtlichen Theilungsvorschriften des Code civil und des Code de procedure civile hat sich in Frankreich von verschiedenen Seiten Opposition erhoben. Un der Spitze dieser Opposition stand dis zu seinem unlängst erfolgten Tode der französische Senator Leplay. Derselbe war nicht nur ein Feind der Zwangstheilung, sondern auch, was weiter unten zu erwähnen sein wird, der durch das französische Pflichttheilsrecht, die reserve, sehr stark eingeschränkten Testirfreiheit. Aber während er in seiner gegen diesen letzten Puntt gerichteten Agitation nur wenig Unterstützung sand, ist ein Theil der Bertheidiger der reserve doch darin mit ihm einig, daß die Bestimmungen des Code über die Art der Theilung des Nachlasses, soweit sich dieselben auf den Immobiliarnachlaß beziehen, unsinnig sind. Es wird daher vielsach verlangt, daß den Kindern in Zukunft nur ein Anspruch auf einen gewissen Geldbetrag der Erbschaft eingeräumt werden möge.

Dieses Verlangen ist unter Anderem auch von der durch Rapoleon III. eingesetzen Commission für eine agricole Enquête (1867—1870) in ihrer Situng vom 5. März 1869 unterstützt worden. Auf Grund eines Reserats des Herrn Josseau wurde von der Commission beschlossen: eine Abänderung des Art. 832 und der mit demselben zusammenhängenden Art. 826. 827 und 830 in dem Sinn zu beantragen, daß hinfort die einzelnen Erbloose nicht mehr aus einem gleichen Antheil aller dem Nachlaß angehörigen Mobilien und Immobilien be-

stehen müssen.

Demnach wurde vorgeschlagen, die eben erwähnten Artikel des Code civil folgendermaßen umzuändern:

Beltende Fassung.

tiers peut demander sa part en nature de meubles et immeubles de la succession. et néanmoins, s'il y a des créanciers saisissants ou opposants, ou si la majorité des cohéritiers juge la vente nécessaire pour l'acquit des dettes et charges de la succession, les meubles sont vendus publiquement en la forme ordinaire.

Art. 827. Si les immeubles ne Art. 827. Si la vente des impeuvent pas se partager com modément, il doit être procédé à la vente par licitation devant le tribunal.

Cependant les parties si elles sont toutes majeures, peuvent consentir que la licitation soit faite devant un notaire, sur la choix duquel elles s'accordent.

Art. 830. Si le rapport n'est pas fait en nature, les cohéritiers, à qui il est dû prélèvent une portion égale sur la masse de la succession. Les prélèvements se font. autant que possible, en objets de même nature, qualité et bonté que les objets non rapportés en nature.

Art. 832. Dans la formation et Art. 832. composition des lots, on doit éviter, autant que possible, de morceller les héritages et de diviser les exploitations: et il convient de faire entrer dans chaque lot, s'il se peut, la même quantité de meubles, d'immeubles, de droits ou de créances de même nature et valeur.

Borgeschlagene neue Fassung.

Art. 826. Chacun des cohéri- Art. 826. S'il y a des créanciers saisissants ou opposants, ou si la majorité des cohéritiers juge la vente nécessaire pour l'acquit des dettes et charges de la succession, les meubles sont vendus publiquement en la forme ordinaire.

> meubles est jugée avantageuse aux copartageants, il y est procédé par licitation devant le tribunal. (Der Schluß wie im Code)

Art. 830. Si le rapport n'est pas fait en nature, les cohéritiers à qui il est dû prélèvent une valeur égale sur la masse de la succession.

(Der Schluß wie im Code)

Dans la formation et composition des lots, on doit éviter de morceller les héritages et de diviser les exploitations.

Chaque lot peut être composé exclusivement ou en quantités différentes, de meubles ou d'immeubles. de droits ou de créances de même nature et valeur.

Diefer Antrag hat jedoch das gewünschte Resultat bisher nicht gehabt. Ferner geht das Bestreben in Frankreich nach einer Verminderung der Rosten, welche mit dem Berfahren bei gerichtlichen Auseinandersetzungen ver=

bunden sind. Diese Kosten sind so hoch, daß sie, wie die Erfahrung lehrt, kleinere Vermögensmassen regelmäßig vollständig oder doch zum größten Theil

aufzuzehren und größere fehr stark zu belasten pflegen.

Doch stoßen auch diese Bestrebungen auf Widerstand, und zwar auf den Widerstand der Anwälte und Notare, für die der bestehende Formalismus eine Quelle reichen Einkommens bildet und die daher jede solche Neuerung als eine Schmälerung erworbener Bermögensrechte bekämpfen 10).

Von größerem Erfolge in der Beseitigung der oben gerügten Mängel in den erbrechtlichen Bestimmungen des Code ist das Vorgehen der Gesetzgebung in Belgien sowie in denjenigen deutschen Staaten begleitet gewesen, in denen

der Code civil Geltung hat.

So hat die belgische Gesetzebung mit dem gesetzlichen Zwange der Loose-bildung (C. c. A. 834) und der qualitativen und quantitativen Gleichheit der Loose (C. c. A. 832) gebrochen und ebenso hat das für Elsaß-Lothringen erlassene Gesetz, betreffend außergerichtliche Theilungen und gerichtliche Berkäuse von Liegenschaften, vom 1. December 1873 in § 1 bestimmt, daß von der Loosebildung und den hierauf bezüglichen Vorschriften des Art. 832 des Code civil abgegangen werden dürse.

Auch kann nach § 2 dieses Gesetzes bei der Auseinandersetzung die Forts setzung der Gemeinschaft in Beziehung auf einzelne Gegenstände vereinbart wers den; es sollen zu diesem Zweck Bergleiche zulässig sein, welche besonderen Fors

malitäten nicht unterliegen.

Bei diesen Abänderungen des Code ging man von der Erwägung aus, daß die den Traditionen der Revolutionszeit entstammenden Vorschriften des Code vernünftigerweise doch nur die Bedeutung einer mit Maß und Ziel anzuwendenden Regel, nicht aber die ihnen von der französischen Gesetzgebung beigelegte Macht beanspruchen sollen, berechtigte Familieninteressen der Schablone einer antiquirten Rechtsansicht oder der Furcht vor der Wiederkehr seudaler Erbrechte zu opfern.

In welcher Weise eine Theilung im concreten Fall am zweckmäßigsten ausgeführt wird, ist eine praktische Frage, für deren richtige Lösung die Bevormundeten in dem Familienschutze jedenfalls eine bessere Rechtsgewähr sinden werden, als die Zerreißung der Grundstücke und die Zufälligkeiten der Bersloosungen und Unterverloosungen nach Stämmen und Köpfen zu bieten verwögen.

Ferner ist das Auseinandersetzungsversahren bezüglich solcher Erbschaften, an denen Minderjährige und diesen gleichgestellte Personen participiren, von lästigen Formalitäten und den mit diesen verbundenen Kosten befreit worden durch folgende Gesetze:

Für Belgien durch Gesetz vom 12. Juni 1816, für Rheinbahern durch Gesetz vom 11. September 1825, für Rheinhessen durch Gesetz vom 6. Juni 1849, für Rheinpreußen durch Gesetz vom 18. April 1855

und für Elfaß=Bothringen durch Gesetz vom 1. December 1873.

¹⁰⁾ Turot, L'Enquête agricole de 1866—70. Paris 1877. S. 25 f. Leplay, La réforme sociale I. S. 236. 272, 275. Petersen in den Berhandslungen des 14. deutschen Juristentags. Bb. II. S. 72.

Das für Elsa & Lothringen erlassene Geset vom 1. December 1873 knüpft einerseits an das französische Geset vom 2. Juni 1841 (Bull. des lois serie IX Nr. 9321) an, welches wesentliche Verbesserungen des Theilungsversahrens gebracht hat, und lehnt sich andererseits in seinen Grundzügen an das preußische Geset vom 18. April 1855, das sich im großen Ganzen bewährt hat.

Die wesentlichste Abänderung, welche das französische Auseinandersetzungsversahren durch das Gesetz für Rheinpreußen und Elsaß-Lothringen erlitten hat,
besteht darin, daß die Theilung einer Vermögensmasse, an welcher Minderjährige,
Entmündigte oder Abwesende participiren, rechtzeitig und mit derselben Wirkung,
als wenn alle Vetheiligten großjährig und zu veräußern fähig wären, auch auf
außergerichtlichem Wege geschehen darf, sosenn nur eine notarielle Urkunde über
die Theilung errichtet, dieselbe in Ansehung der Minderjährigen und Entmündigten
von dem Familienrathe gutgeheißen und die Theilungsurkunde von dem Landgericht
genehmigt wird. Stehen geringe Interessen in Frage, so soll die Auseinanders
setzung auch durch einen Privatakt oder durch ein von dem Friedensrichter aufgenommenes Protosoll verbrieft und die Bestätigung des Theilungsrecesses durch
den Friedensrichter ersolgen können.

Die notarielle, landgerichtlich genehmigte Theilung bildet sonach die Regel, die Privattheilung vor dem Friedensrichter eine im Interesse der Kostenverminde=

rung statuirte Ausnahme.

Die Abgrenzung hinsichtlich der Summe, welche das erleichterte Verfahren ermöglicht, ist nicht nach dem Werth der Masse, sondern nach dem Antheil bemessen, welchen der Pflegebefohlene an derselben hat, da nur dieser Untheil die

obervormundschaftliche Fürsorge bedingt.

Die Gesetzgebung ging bei der eben erwähnten Abänderung des Code von der Erwägung aus, daß der vom Staat den Minderjährigen und den ihnen gleichgestellten Personen zu gewährende Rechtsschutz allerdings bestimmte Formen erheischt, die immerhin einen Auswahl von Zeit und Geld bedingen und eine Beschränkung der freien Bewegung im Gesolge haben werden; daß andererseits aber die Gesetzgebung es auch wieder als ihre Ausgabe zu betrachten hat, die Formen auf das zur Erreichung des Zwecks unbedingt nothwendige Maß zurüczzsschlen und unter den möglichen Formen diejenigen auszuwählen, welche am wenigsten Zeit und Kosten erfordern und am wenigsten hindernd und störend in den Freien Berkehr eingreifen.

## 2. Socialwirthschaftliche Analyse des geltenden Rechts.

Sämmtliche oben behandelte Rechtsssysteme, mit Ausnahme nur des französischen, legen die Entscheidung über die Art, wie die Auseinandersetzung erfolgen soll, wesentlich in die Hände der Miterben und erst in zweiter Linie in die Hände des Richters.

So lange in einem Bolke der Familiensinn noch sehr stark ausgebildet ist, so daß er das Thun und Lassen des Einzelnen beherrscht; solange sich mit dem Familiensinn die Liebe zur ererbten Scholle verbindet und das Streben aller Familienglieder dahin geht, das Erbgut der Familie zu erhalten; so lange mit diesem Familiensinn auch eine Abneigung gegen die Einmischung des

Staats in die Ordnung von Familienangelegenheiten Hand in Hand geht, wird es in den meisten oder doch in vielen Fällen gelingen, den ererbten Grundsbesitz in der Kamilie zu erhalten.

Dieses Ziel kann auf verschiedene Weise erreicht werden.

1) Zunächst so, daß das den sämmtlichen Erben als gemeinschaftliches Eigen-

thum zugefallene Gut in dem Miteigenthum derfelben verbleibt.

Nun stößt zwar der gemeinschaftliche Besitz von städtischem Grundeigenthum auf teine Schwierigfeit, weil dies meift nicht eine Bewirthichaftung, fondern nur eine Berwaltung erheischt. Anders dagegen verhält es sich mit dem landwirthschaftlich benutzten Grundeigenthum. Zwar bei denjenigen großen Gütern, die durch Bächter oder bestellte Beamte (Dekonomen, Forstbeamte) ver= waltet werden, ist das Miteigenthum mehrerer Erben noch möglich ohne wirth= schaftlich bedeutende Machtheile; dagegen widerspricht ein folches Miteigenthum schnurstrats dem Wefen des bäuerlichen und des Kleinbesitzes und ist daber Denn die Wirthschaftsführung auf folchen Gütern entschieden zu verwerfen. erfordert zu ihrem Gedeihen nicht nur viele auf lange Dauer berechnete Einrichtungen und Anlagen, nicht blos ein berufsmäßiges Können, sondern haupt= fächlich auch eine durch langjährigen Betrieb erworbene Kenntnif des bestimmten Wirthschaftsobietts und seiner Eigenthümlichkeiten, sowie eine gewisse Stetigkeit des Besites. Alles dieses sind aber Bedingungen, die nur der felbstwirth= schaftende Alleineigenthümer erfüllen fann.

2) Wo daher ein starker Familiensinn vorhanden ist, da wird, falls nicht die Naturaltheilung des Immobiliarnachlasses die Regel bildet (vgl. unter R. 3), einer der Erben sich bereit erklären, das zur Erbmasse gehörige Gut zu übernehmen, und seine Miterben werden sowohl, was die Bestimmung des Uebernahmepreises als die Feststellung der übrigen Bedingungen betrisst, die Erhaltung des Guts in der Familie auch ihrerseits zu begünstigen suchen. Sind der Miterben nicht viele, ist der das Erbgut übernehmende Erbe ein tüchtiger Wirth, ist die Lage der Landwirthschaft keine gedrückte, ist das Gut nicht verschuldet und gelingt es dem Gutsübernehmer sich durch eine reiche Heirath oder auf anderem Wege in den Besitz des zur Auszahlung der Erbtheile seiner Geschwister erforderlichen Geldkapitals zu seigen, so wird er sein Gut schließlich unverschuldet seinen Kindern übergeben können, die dann zu ihrer Zeit bei der Auseinandersetzung über das väterliche Erbe ähnlich versahren werden, wie er.

Anders dagegen, wenn das Gut bereits in der Hand des Erblassers schwer verschuldet war, wenn zu diesen alten Schulden noch neue durch die Erbantheile der vielen Geschwister des Gutsübernehmers hinzukommen, und wenn es diesem durch Heirath oder auf anderem Wege nicht gelingt, sich das nöthige Kapital zur Abwälzung der Schulden zu verschaffen.

Unter solchen Umständen wird der Gutsübernehmer um so schneller dem Konkurse zutreiben, eine je höhere Taxation des Grundstücks die auf ihr

formell gleiches Recht fich stützenden Miterben durchzuseten mußten.

Die preußische Gesetzebung legt in benjenigen Fällen, in denen es zu einer gerichtlichen Taxation des Nachlaßgrundstücks kommt, solchen Gelüsten der Erben freilich eine Fessel an, indem sie vorschreibt, daß die Taxe auf Grund des Erstragswerths festgestellt werden soll. Aber es gilt doch auch hier die Bestimmung, daß jeder Erbe die Werthermittelung des Nachlaßgrundstücks auf dem Wege

ber öffentlichen Meistgebotstellung verlangen kann. Dem gemeinen, fächsischen, öfterreichischen und französischen Recht ist aber nicht einmal die obige, dem Egoismus des Einzelnen von dem preußischen Recht gezogene Schranke bekannt.

Da die Fähigkeit und Neigung der Geschwister, dem Gutsübernehmer Opfer zu bringen, gegenwärtig in den verschiedenen Theilen eines und desselben Andes sowie dei den verschiedenen Ständen — wie weiter unten näher zu zeigen sein wird — von sehr ungleicher Intensität ist, so können Bestimmungen wie die eben angeführte, daß nämlich die Werthermittelung des Nachlaßgrundstücks auf dem Wege des öffentlichen Meistgebots von jedem Einzelnen verlangt werden darf, auch ohne daß sie im einzelnen Fall besolgt werden, die Annahmespreise in die Höche schrauben.

Aber selbst wo unter den vollsährigen Miterben das Streben, durch außergerichtliche Bereindarung von niedrigen Erbschaftstaren den Grundbesitz in der Familie zu erhalten, vorhanden ist, wie z. B. in einigen Theilen der östlichen Provinzen Preußens, in Westphalen, Handver und anderen Theilen Deutschlands, da kann dasselbe in empsindlicher Weise durchkreuzt werden, wenn sich unter den Miterben bevormundete Personen besinden. Je pflichtgetreuer die Vormünder sind und je einseitiger sie das Interesse ihrer Pupillen im Auge haben, desto mehr werden sie auf hohe Erbschaftstaren dringen, um für ihre Pupillen möglichst große Erbantheile durchzuseten.

Ja einige Gesetzgebungen, so z. B. der Code civil, verlangen in solchen Fällen zum Schutz der Interessen der bevormundeten Personen — weil sie diese anders nicht genügend gewahrt glauben — die amtliche Vornahme der Ausseinandersetzung, während die deutschen Gesetzgebungen mit Ausnahme der sächsischen sich darauf beschränken, die Einsichtnahme und Genehmigung der unter Mitwirkung der Vornunder zustandegekommenen Ausseinandersetzungen durch die Vormundsschäftsbehörde vorzuschreiben.

In Gegenden, in denen die Bevölkerung einen großen Werth auf die Erhaltung des Grundeigenthums in der Familie legt, pflegten nun freilich sowohl die Bormünder wie die Vormundschaftsbehörden früher auf diesen Wunsch Rücksicht zu nehmen.

So ist noch neuerdings aus der Mark Brandenburg von sachverständiger Seite berichtet worden, daß die Vormundschaftsbehörden bisher niedrige Taxen für Nachlaßgrundstücke nicht zu beanstanden pflegten, wenn der Vormund mit den übrigen Betheiligten über deren Annahme einig war.

Ja aus dieser und aus anderen preußischen Provinzen wird mitgetheilt, daß die Kreistaxatoren und Dorfgerichte bisher, in dem vollen Bewußtsein, etwas Selbstverständliches oder gar Löbliches zu thun, die Güter bei Erbanfällen nicht selten nach der — wie oden gezeigt wurde — längst außer Kraft gesetzten, für Rustitalgrundstücke früher in Geltung befindlich gewesenen ermäßigten Taxe des Allgemeinen Landrechts, d. h. also weit unter dem wahren, ja nicht selten zum halben Ertragswerth, zu taxiren pslegten 11).

Aber neuerdings macht sich theils in Folge des Widerstrebens der Geschwifter des Gutsübernehmers gegen so niedrige Taxen, theils in Folge

¹¹⁾ Dr. Penfer in ber Sitzung bes brandenburgischen Provinziallandtags vom 16. März 1880. Bgl. Landtagsbericht S. 103.

einer dem Buchstaben des Gesetzes mehr Rechnung tragenden Praxis der Bormünder, der Taxatoren und der Richter immer mehr die Tendenz geltend, den Immobiliennachlaß entweder nach dem vollen Ertrags- oder nach dem Berkaufswerth zu taxiren. Es wird daher aus ländlichen Kreisen vielsach darüber geklagt, daß die Bedürfnisse der Familie und der Volkswirthschaft bei solchen Auseinandersetzungen heutzutage immer weniger und der Wortlaut des Gesetzes immer mehr zur Geltung gelangen 12).

Und selbst wo sich der Usus niedriger Erbschaftstaxen noch erhalten hat, ist derselbe ein ebenso unsicheres wie unzulässiges Mittel, um die Erhaltung der Güter in der Familie ohne Ueberlastung des Gutsübernehmers zu gewährleisten. Ein unsicheres Mittel: weil es lediglich von dem Belieben der pslichttheilsberechtigten Erben sowie namentlich der Vormünder unmündiger Erben abhängt, ob sie die niedrige Erbschaftstaxe ansechten wollen oder nicht; ein unzulässiges Mittel: weil es verwirrend auf das Rechtsbewußtsein des Volkes wirken muß, wenn die Praxis sich mit dem geschriebenen Recht dauernd im Widerspruch befindet.

Es ist daher vollständig begründet, wenn das oben angeführte für die Provinz Westphalen erlassene Geset vom 4. Juni 1856 diesen Widerspruch zu beseitigen sucht und wenn in den Provinzen Ost= und Westpreußen das Geset, indem es das Streben das Grundeigenthum in der Familie zu erhalten, fördern will, ebenfalls eine niedrige Erbschaftstage eingeführt hat.

Wo die Praxis solcher gesetzlichen Anhaltspunkte entbehrt, da bewirkt der Individualismus unserer Zeit leicht, daß der das väterliche Gut antretende Erbe die Zahlung hoher Erbantheile übernehmen muß. War das Gut schon vorher verschuldet, so kann die durch die Erbantheile noch vermehrte Schuldenlast den Besitzer leicht zu der Rolle eines Verwalters von fremdem Vermögen herabdrücken, wobei er aber zugleich auch das Rissto ungünstiger Konjunkturen zu tragen hat. Zu diesen letzteren gehören dann nicht nur die die Landwirthschaft direkt betreffenden und den Reinertrag des Guts vermindernden Kalamitäten, sons dern auch das Steigen des Zinssußes für das bewegliche Kapital.

So kann es denn leicht kommen, daß das Grundkapital (wir bezeichnen nämlich so den für den Erwerb des Grundeigenthums bezahlten Kauspreis sowie die Summe, für die das betreffende Gut bei der Erbauseinandersetzung übernommen worden ist) eine geringere Rente abwirft, als der Zinssuß beträgt, zu dem die hypothekarischen Schulden verzinst werden müssen.

Daß biefer die verschuldeten Grundeigenthümer schließlich nothwendig zum Bankerott führende Zustand bereits in einigen Theilen Deutschlands eingetreten ist, beweisen folgende Daten. Aus Oldenburg wird berichtet, daß während der Zinssuß für gute Landhypotheken  $3^{1/2}-4^{1/2}$  0/0 beträgt, die Landwirthe bei den hohen Antauss= oder Uebernahmepreisen ihrer Güter doch gewöhnlich nur 2-3 0/0 derselben herauswirthschaften. Und ebenso heißt es aus Baden, daß der Zinssuß von soliden hypothekarischen Darlehen sich auf 5 0/0 und mehr

¹²⁾ v. Meper in ber Sitzung bes branbenburgifchen Provinziallanbtags vom 18. März 1880, vgl. ben Stenographischen Bericht S. 113.

stelle, während der Reinertrag des Grundeigenthums dermalen 2—3 % des

Raufschillings beträgt 13).

Eine solche durch das bestehende Erbrecht verursachte Verschuldung des Grundeigenthums führt dann in erster Linie zum Niedergang der Landwirthschaft, da ein verschuldeter Landwirth, über der Sorge, rechtzeitig die nöthigen Schuldzinsen und event. auch das aufgefündigte Kapital herbeizuschaffen, meist aufhört schwungvoll und sorgfältig zu wirthschaften, und da es ihm außerdem meist an dem nöthigen Kapital zur Durchsührung von Meliorationen und zur Erneuerung des Betriebssonds sehlen wird und er sich dasselbe auch nur schwer im Wege des Kredits wird beschafsen können. Um die dringendsten seiner Schulden abzutragen, sucht der Grundeigenthümer dann bisweilen einen Theil seines Guts zu verkausen, was ihm aber nicht immer gelingt, da er den Consens der Hypothetengläubiger nur schwer erlangen wird.

So erfolgt benn wohl nach oft jahrelang sich fortspinnenber Leibens= geschichte zuletzt der zwangsweise Verkauf des Grundeigenthums mit all seinen für den jeweiligen Eigenthümer wie für die ganze Volkswirthschaft nachtheiligen

Folgen.

Welch' große Dimensionen die exekutivischen Verkäuse in der letzten Zeit angenommen haben, beweisen die oben S. 19 für Desterreich mitgetheilten Zahlen. Nach denselben hat in den 5 Jahren von 1875 dis 1879 fast eine Verdreisachung der Zahl und des Werths des exekutivisch verkauften mittleren und kleinen Landgüter stattgefunden, indem

im Jahre 1875 4585 Besitze mit einem Erlös von 9 451 391 fl.,

im Jahre 1879 dagegen 11 238 Besitze mit einem Erlös von 22 415 608 fl. zum Zwangsverkauf gelangten.

Bei dieser Gelegenheit erlitten allein die hypothekarischen Gläubiger dieser

Besitzerkategorie folgende Verluste

1875 — 6 342 551 fl. 1876 — 7 779 302 fl. 1877 — 11 699 998 fl. 1878 — 20 366 173 fl. 1879 — 17 624 517 fl. ¹⁴)

Und für den Regierungsbezirk Kassel wird angegeben, daß nach vorläufigen Ermittelungen in den letzten Jahren ca. 4-500 bäuerliche Besitzungen jährlich unter den Hammer gekommen sind  15 ).

Wie viele von diesen exekutivischen Verkäusen ihren letzten Grund in dem geltenden Erbrecht und der durch dasselbe bewirkten Verschuldung des Grundeigenthums haben, ist leider nicht zur Ziffer gebracht. Daß aber in der That ein nicht geringer Theil fämmtlicher Zwangsverkäuse ländlicher Grundstücke auf

¹³⁾ Hullmann, Die Reform bes Grunderbrechts im Herzogthum Olbenburg. Olbenburg 1870. S. 47. v. Türdheim im Babifchen landwirthichaftlichen Wochenblatt 1876. Rr. 20.

¹⁴⁾ Windler, Realitätenvertehr und Realitätenbelaftung, in ber Defterreichifchen statistischen Monatsichrift für 1880. S. 496-498 ff.

¹⁵⁾ Enneccerus, Ein Soferecht für Beffen. Raffel 1882. S. 27.

ungunftige Gutsübernahmen zurudzuführen ift, zeigt die für 1880 aufgenommene

bayerifche Subhaftationsstatistif.

Bei den im Jahre 1880 in Bayern vorgekommenen 2684 Zwangsveräußerungen ländlicher Anwesen war in 835 Fällen (= 40 % aller Hälle)
als Grund die ungünstige Gutsübernahme angegeben. Diese für das ganze Königreich ermittelte Zahl vertheilt sich aber sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Kreise. Die größten relativen Zahlen weisen auf: die Oberpfalz mit 48,3 %, Oberfranken mit 46,8 %, Mittelfranken mit 43,21 %, während Unterfranken mit 40,22, Oberbayern mit 40,28 und Niederbayern mit 39,12 dem Landessdurchschnitt gleichkommen, und Schwaben mit 35,23, sowie namentlich die Pfalz mit 25,78 % unter dem Landesdurchschnitt stehen 16).

Für Bahern können wir das Schickfal dieser zur Zwangsversteigerung ge=

langten Güter leider nicht weiter verfolgen.

Dagegen wird aus dem westphälischen Kreise Lippstadt über die Folgen des

Zwangsverkaufs bäuerlicher Anwesen Folgendes berichtet.

Ein Theil der zwangsweise verkauften Bauerngüter gelangte in den Besitz von jüngeren Söhnen reicher Bauern. Wenngleich dies wohl das günstigste Resultat sein dürste, zu dem eine Zwangsversteigerung führen kann, so darf doch auch in diesem Fall nicht übersehen werden, daß der Käuser nicht immer soviel gewinnt, wie der Verkäuser verliert, weil dieser gewöhnlich das Gut um einen geringeren Preis fortgeben muß, als es wirklich werth ist, und weil jener, mit den Verhältnissen des neu erworbenen Guts nicht vollständig vertraut, in den ersten Jahren der Bewirthschaftung dessehen ein hohes Lehrgeld zu zahlen pslegt.

Ein anderer Theil dieser Güter ging an andere Hosbestiger über, versgrößerte aber ihren Besitz gewöhnlich nur temporär, indem bereitz in der nächsten Generation die mehreren Höse an verschiedene Söhne übergingen. Auch in diesem Fall psiegen die oben erwähnten Nachtheile nicht auszubleiben; aber

auch hier sind die Vortheile noch überwiegend.

Schon schlimmer ist es, wenn der subhaktirte Hof direkt in den Fideiscommisverband des Abels eintritt oder an die Kirche übergeht. In beiden Fällen sitzt er dann fest und gelangt nur höchst selten wieder an den Bauernstand zurück. Fälle dieser Art fördern den die bestehende gesunde Vertheilung unseres Bodens geführdenden Agglomerationsprozes des Grundeigenthums.

Ein letter Theil der subhastirten Güter endlich gelangte zuerst in die Hände der Güterschlächter, um dann durch diese der Zerstückelung oder gleichfalls der Agglomeration zugeführt zu werden. Hinsichtlich der Folgen der Gütersschlächterei dürsen wir wohl auf das oben S. 128 ff. Gesagte verweisen.

Benngleich man erst in allerletzter Zeit auf diese Folgen des gemeinen und des demselben nachgebildeten allgemeinen Erbrechts aufmerksam geworden ist, so hat es doch bereits früher an hinweisen hierauf nicht ganz gefehlt.

So wurde in Desterreich schon im Jahre 1852 in der Akademie der Wissenschaften durch den Oberlandesgerichtsrath Beidtel 17) darauf hingedeutet,

16) Die Zwangsversteigerung ländlicher Anwesen in Bapern. S. 178.

¹⁷⁾ Borträge des Oberlandesgerichtsraths Beibtel: Ueber die Entwickelung der Justizgesetzgebung unter Kaiser Joseph II. in Hinschaft auf die Hopothekargesetze. Sigungsberichte der philosophisch-historischen Klasse. VIII. Bb. S. 157 ff.

daß die Erbfolgegesetze, welche allen Kindern ein gleiches gesetzliches Erbrecht gewähren, zu einer immer fteigenden Berichuldung ber landwirthschaftlichen Besitzungen führen. In Berbindung mit der Erleichterung des Hypothekarkredits für Kaufschillingsreste hatten die Erbfolgegesetze bewirkt, daß die meisten Grundbesitzungen schon damals bis zur Halfte bes Werths mit Schulden belastet waren und eine immer größere Zahl derselben schließlich dem exekutivischen Verkauf anheimfiel.

Auch erging schon damals der Mahnruf, mit der so wichtigen Regelung ber Erbfolge nicht zu faumen: das Augenmerk fei darauf zu richten, daß das Bauernaut nicht blos ungetheilt, sondern auch möglichst gering belastet im Erb=

mege an einen Erben übertragen werde.

Indeß verhallten diese an der Donau erhobenen warnenden Stimmen damals

noch ungehört.

Es bedurfte schwererer Zeiten für die Grundeigenthümer, um sie und mit ihnen auch alle diejenigen, welche die Bedeutung des Grundeigenthums für die Gesammtheit zu würdigen wiffen, für diesen Mahnruf empfänglich zu machen.

Diefe Zeiten waren mittlerweile hereingebrochen, als Rodbertus feine

Stimme erhob.

Es ist das große, gar nicht hoch genug zu veranschlagende Verdienst von Rodbertus 18), mit Erfolg darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß ein großer, ja der größte Theil sämmtlicher auf dem Grundeigenthum ruhender hypo= thekarischen Schulden aus Besitzveranderungen herrühre und auf den jog. Ab= findungstredit d. h. auf rücktändige Kaufschillinge und übernommene Erbantheile zurudzuführen fei. Rapitaliften, welche ihr Geld bem Grundeigenthumer leiben, find nach Rodbertus in der Regel nicht die ursprünglichen Gläubiger der-Sie sind fast sämmtlich schon Cessionare zweiter und dritter Linie. Die ursprünglichen Gläubiger bes Grundeigenthumers find zumeift die Miterben am Grundeigenthum und bie Berfäufer von Grundeigenthum. Die übrigen Berichuldungsurfachen des Grundeigenthums: Unglüdsfälle, ichlechte Wirthichaft, namentlich übertriebener Aufwand, verunglückte Spekulationen, Meliorationen, kommen nach Robbertus neben ben Besitzveränderungen, der eigentlichen Quelle, aus der die neuen Sypotheken entspringen, nur in untergeordneter Beise in Betracht.

Bu bedauern ift nur, daß fich bisher tein deutscher Staat ber Aufgabe unterzogen hat im Ginzelnen giffermäßig festzustellen, welchen Umfang dieser fog. Abfindungsfredit für die verschiedenen Rategorien des Grundeigenthums besitzt.

Nur für "die im Desterreichischen Reichstrath vertretenen Königreiche und Länder" besitzen wir eine solche Statistif, wie benn überhaupt in Desterreich auf dem Gebiet der Agrarstatistit rustig gearbeitet wird 19).

19) v. Inama-Sternegg, Die Statistit bes Grundeigenthums und die sociale Frage, in ber Desterreichischen statistischen Monatsschrift. VIII. Jahrgang (1882). IV. Beft.

¹⁸⁾ Seine Sauptibeen über ben Grundfredit hat Robbertus allerbings bereits im 3. 1847 in seiner fleinen Schrift: Für ben Rrebit ber Grundvefiger. Gine Bitte an die Reichsstände. Berlin, Springer 1847, ausgesprochen. Doch fanden fie erft allgemeinere Beachtung, als er fie in feinem im 3. 1869 in erfter und 1876 in zweiter Ausgabe erschienenen größeren Wert weiter entwickelte.

Das Resultat dieser österreichischen Statistif ist, daß innerhalb des landtäslichen großen Grundbesiges von der in den Jahren 1868—74 eingetretenen Bermehrung der intabulirten Schulden im Betrage von 65 346 416 fl. auf Erbtheilungen und Bermächtnisse nur 3 955 925 fl. = 6,3 % gurückzusühren sind. Dieser sehr geringe Procentsat muß dadurch erklärt werden, daß die zu dieser Eigenthumskategorie gehörigen Güter vielsach durch Fideikommisse vinkulirt sind und daß, wo dies auch nicht der Fall ist, das große Brundeigenthum in Folge der Erbsitte doch in den meisten Fällen sür eine sehr mäßige Erbschaftstare vom Bater auf den Sohn überzugehen pflegt.

Hoher dagegen ist der Prozentsat, welcher innerhalb des bäuerlichen Grundeigenthums von der gesammten in den Jahren 1868—74 neu entstandenen intabulirten Schuldenlast auf die Vererbung zurückzuführen ist. Die gesammte Neubelastung des bäuerlichen Grundeigenthums während der Jahre 1868—74 betrug 397 733 135 fl., davon entstammten Erbtheilungen und Bermächtnissen

 $54\ 802\ 043\ \text{fl.} = 13.7\ ^{\circ}/_{\circ}.$ 

Diese Erhebungen sind dann für die Jahre 1878 und 1879 fortgesetzt worden.

Nach Ausweis der Grundbücher entsielen von den in diesen beiden Jahren intabulirten Schulden auf das Großgrundeigenthum 95 575 814 fl., auf den sonstigen Besitz mit Ausschluß des städtischen und Montanbesitzes, also mithin

mesentlich auf das bäuerliche Grundeigenthum 342 282 939 fl.

Die Restaufgelber ergaben für das Großgrundeigenthum bei einem Bertaufspreise von  $36\,228\,727\,$  fl. einen Restaufschildingsbetrag von nur  $2\,177\,274\,$  fl.  $=\,2,27\,$  % der sämmtlichen in den beiden Jahren auf diesen Besitz intabulirten Schulden, dagegen sür den sonstigen Besitz bei einem Gesammtverkaufspreise von  $300\,377\,415\,$  fl. einen Kaufschildingsrest von  $61\,484\,759\,$  fl.  $=\,17,96\,$  % der sämmtlichen in den beiden Jahren auf diesen Besitz intabulirten Schulden, bei dem Großgrundbesitze blieben mithin nur  $6,01\,$  %, dagegen bei dem sonsstigen ländlichen Grundbesitze  $20,47\,$ % unbezahlt.

Aus diesen Zahlen durfte hervorgehen, daß das große Kapital sich vorzugsweise dem großen Grundeigenthum zuwendet, und daß das kleine Kapital nicht

stark genug ist, seine Ankäufe in Grund und Boden baar zu bezahlen.

Aus Erbtheilungen und Vermächtnissen entstanden in diesen beiden Jahren beim großen Grundeigenthum nur 963 337 fl. Schulden = 1,04 % der intabulirten Schulden, bei dem sonstigen, wesentlich bäuerlichen Grundeigenthum dagegen nicht weniger als für 39 562 220 fl. Schulden = 11,55 der intabulirten Schulden.

Aus diesen und den obigen für 1868— 74 mitgetheilten Jahlen muß ge-schlossen werden, daß das Bauerngut es ist, welches in Ermangelung eines anderen zureichenden Nachlasses mit Erbtheilungsschulden in viel höherem Grade belastet wird, als das übrige Grundeigenthum.

Nebrigens zeigen die obigen Zahlen lange nicht die ganze Belastung an.

Es ist vielmehr anzunehmen, daß von den in den beiden Jahren 1878 und 1879 intabulirten Pfandschulden aus Hypothekardarlehen, welche beim Großgrundeigenthum 79 611 149 fl., beim sonstigen ländlichen Grundeigenthum 157 767 041 fl. betrugen, ein nicht unbeträchtlicher Theil zur Bezahlung von Erbtheilungsschulden kontrahirt wurde, sowie daß auch von den hypothekarisch sichergeskellten Kaufschillingsresten in Fällen, wo eine Uebergabe des Guts von

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung. 14

Eltern an Kinder stattsand, ein nicht unbeträchtlicher Theil zu den Erbtheilungsschulden gerechnet werden kann.

Endlich ist zu berücksichtigen, daß ein Theil der Erbtheilungsgelder garnicht in das Grundbuch eingetragen wird, indem die großjährigen Miterben eine solche

Sicherstellung nicht immer zu verlangen pflegen 20).

3. Die britte durch das geltende Erbrecht gegebene Möglichkeit der Erbschaftsauseinandersetzung besteht in der Naturalvertheilung des zur Erbschaft gehörigen Grundeigenthums unter sämmtliche Erben oder doch unter einen Theil derselben. Die Naturaltheilung sindet gewöhnlich in Gegenden statt, in denen die Liebe zum väterlichen Besitz sich mit der Anhänglichkeit an die heimathliche Scholle untrennbar verbindet.

Maßgebend für diese Art der Auseinandersetzung ist die in der betreffenden Gegend herrschende Erbsitte. Denn wenn dem Richter sowohl nach gemeinem als nach preußischem, sächsischem und österreichischem Recht auch die Befugniß gegeben ist, auf Naturaltheilung des Nachlaßguts zu erkennen, so wird er dies in der Regel doch nicht gegen den Wunsch der betreffenden Erben thun. In den Wünschen dieser pflegt aber wieder hauptsächlich die am Ort bestehende Erbsitte zum Ausdruck zu gelangen. Zudem vollzieht sich in den Ländern des beutschen Rechts die größte Zahl der Erbsteilungen ohne Intervention des Gerichts.

Der Naturaltheilung des Nachlaßgutes wird zunächst der Bortheil nachgerühmt, daß sie eine geringere Verschuldung des ererbten Grundeigenthums zur Folge hat, als die Uebernahme des väterlichen Grundeigenthums durch eins der Kinder gegen die Verpslichtung, den andern Geschwistern ihre Erbtheile auß-

zuzahlen.

Ueber die Naturaltheilung lassen sich sodann die Wortsührer der absoluten Barzellirungsfreiheit folgendermaßen vernehmen: "Ein großes Bauerngut ernährt getheilt vielleicht völlig bequem drei Familien. Und auch dei einem kleinen lassen sich abgegrenzte Barzellen vielleicht mit ungleich höherem Ertrage zur Anlage von Gewerbe oder Fabriken benutzen. Die Theilung vermehrt dann das Nationalvermögen, befördert den Wohlstand. Wie sich dies zum Vortheil des Einzelnen und somit auch des Ganzen ausgleichen wird, das überläßt unsere Gesetzgebung, auf weise Nationalökonomie gestützt, Gott und den Umständen, überzeugt, daß der Erwerbstrieb des Menschen, ihr eigenes Interesse hier der Regel nach von selbst das Richtige tressen wird" 21).

Diesen guten Glauben hat die Wissenschaft und Politik unserer Tage

nicht mehr.

Freilich wird gegen eine Verkleinerung der vorhandenen Grundeigenthumseinheiten nichts einzuwenden sein, wenn sie Hand in Hand geht mit der Verbesserung der landwirthschaftlichen Technik, mit dem Intensiverwerden des landwirthschaftlichen Betriebs, mit der Einführung neuer Kulturzweige. Ja unter
solchen Umständen kann die Verkleinerung der vorhandenen Güter geradezu eine Voraussetzung des wirthschaftlichen Fortschritts sein. Dieser wird seinen Aus-

²⁰⁾ Windler, Realitätenverfehr und Realitätenbelastung u. s. w., in ber Desterreichischen statistischen Monatsschrift für 1875. S. 463, 466, und für 1880.

S. 509, 513, 514.
21) B. F. Walbect, lleber bas bäuerliche Erbfolgerecht für die Provinz Westphalen. Arnsberg 1841. S. 13.

druck dann darin finden, daß die getheilten Grundstücke nach ihrer Theilung einen größeren Ertragswerth besitzen werden als das Ganze vor derselben.

Da solche günstige Bedingungen aber nicht immer und überall vorliegen, so wird auch die Theilung des Grundeigenthums in jeder Generation nicht immer dieselben günstigen Resultate zur Folge haben. Es giebt vielmehr auf jeder Entwickelungsstufe für jede Güterkategorie — großer, mittlerer, kleinerer Güter — eine Minimalgrenze, die nicht ohne Nachtheil für den einzelnen Bessitzer und für die gesammte Volkswirthschaft überschritten werden darf. Diese Grenze ist weniger elastisch in Ländern mit ungünstigen, klimatischen Bodens und Absayverhältnissen sowie in Zeiten stadiler Technit und Wirthschaft als in Ländern mit günstigen Naturs und Kulturverhältnissen sowie in Zeiten fortschreitender Technit und Wirthschaft 22).

Daraus erklärt sich, daß die fortgesetzte Erbtheilung des Grundeigenthums weniger verderbliche Folgen aufzuweisen hat in denjenigen Theilen unseres Vaterlandes, die sich einer günstigen Ausstattung in natürlicher und volkswirthsschaftlicher Beziehung zu erfreuen haben, wie das Rheinthal, ein Theil von Mittel= und Süddeutschland, als in den weniger begünstigten Theilen desselben, wie das mittelbeutsche Gebirge, die höher gelegenen und rauheren Gegenden des Südens, sowie der Nordosten.

Die gleiche Gütertheilung im Erbwege nuß in jedem Fall, fagt Rümelin neuerdings, bei mittlerer Fruchtbarkeit von 3-4 Kindern in 100 Jahren jede Agrarverfassung sprengen und bei unhaltbaren Zuständen anslangen  23 ).

Wenn gleichwohl diese Wirkung nicht überall so schnell einzutreten pflegt, so hat das seinen Grund in dem Umstande, daß in Ländern mit gleicher Erbetheilung die Töchter gleiche Antheile mit den Söhnen zu erhalten pflegen und bei ihrer Verheirathung ihrem Mann gewöhnlich einen gleichen Antheil, wie er ihn von seinem Vater erhalten hat, in die She bringen. Auch fann daß durch die Theilung verkleinerte Grundeigenthum des Erblassers für die einzelnen Erben durch täusliche Uebernahme der Erbtheile der zu städtischen Berufszweigen übergehenden oder in andere Gemeinden heirathenden Geschwister sowie durch Zukauf ergänzt werden. So stehen denn den Güterz-Bersplitterungen auch wieder Ronssolidationen gegenüber. Allein es halten die letzteren mit den Güterzersplitterungen nicht Schritt und dienen demnach nur dazu, den oben von Rümelin in drasstischer Weise charafterisiten Prozeß zu verlangsamen, nicht aber ihn aufzuheben ²⁴).

Es ist also ein Fehler der obigen freihändlerischen Argumentation, daß sie weder auf die Verschiedenheit der Zeiten noch auf die der Gegenden Rücksicht nimmt. Und dieser Fehler ist wieder in einem anderen tieser liegenden Frethum der ganzen Auffassung begründet. Derselbe ist der ganzen Geistes-

²²⁾ Als Beleg für das eben Gesagte darf wohl nochmals darauf hingewiesen werden, daß während in der badischen Psalz bereits 3—6 Morgen zur Ernährung einer Familie von 5 Köpfen hinreichen, in dem zum badischen Schwarzwald gehörigen Amtsbezirk Balbkirch 35 Morgen das Ernährungsminimum bilden. Bogelmann, Die Forstpolizieverwaltung im Größberzogthum Baden. S. 75.

23) Rümelin, Reden und Aussätze. Neue Folge. 1881. S. 591.

²³⁾ Rumelin, Reben und Auffage. Rene Folge. 1881. S. 591. 24) Wißmann, Ueber die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbestiges in Thüsringen, im Archiv für Landeskunde der preußischen Monarchie. Bd. 3 (1856). S. 82.

strömung, die ihren Ursprung im Aufklärungszeitalter hat, eigenthümlich und besteht in der Annahme, daß die Einsicht von dem, was dem Einzelnen frommt und das auf dieser Einsicht beruhende Interesse genügen werden, um überall das Richtige nicht nur für den Einzelnen, sondern auch für die Gesammtheit, indem man sich diese mit der Summe der lebenden Einzelnen zusammensallend denkt, zu tressen. Diese auf einer außerordentlich rohen psychologischen Analyse und geringen Kenntniß der thatsächlichen Zustände basirende Voraussetzung hat sich je länger um so mehr als irrig erwiesen.

Denn, um uns auf den unmittelbaren Gegenstand unserer Untersuchung zu beschränken, es beruht die von Generation zu Generation fortgesetzte Theilung bes Grundeigenthums auf der Liebe zur heimischen Scholle, auf der nationalen Sitte und auf anderen mächtigen psychischen Faktoren, denen gegenüber das abstratt aufgefaßte Selbstintereffe nur wenig bedeutet. Ja es liegt nach der französischen Gesetzgebung und nach der Sitte einiger deutschen Gegenden ein Zwang zur Erbtheilung vor, so daß die Ginficht in die Unzweckmäßigkeit eines folden Berfahrens, wo sie vorhanden fein follte, wenig auszurichten vermag. Es unterscheidet sich somit die Theilung des Grundeigenthums im Erbwege sehr wesent= lich von der Theilung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden. Denn mahrend bei der Güterzerstückelung durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden (Güterdismembration), abgesehen von dem gewerbemäßigen Gütermetgen, der freie Entschluß und Die Bwedmäßigkeit entscheiden, findet ein Gleiches nicht auch bei der Berftudelung im Wege der Erbtheilung ftatt. hier ift die Zerftudelung rein zufällig, ledig= lich die Folge des Ablebens eines Landeigenthümers und der herrschenden Erb= fitte. Ob sie zwedmäßig, ob sie vortheilhaft ift, tommt gar nicht in Frage. Der Vater ift todt, jedes Kind muß seine Scholle haben, sagt bas Gesetz oder doch die Sitte. Man kann die Erbtheilung daher im Gegensatz zur freiwilligen Parzellirung als Zwangsparzellirung bezeichnen 25).

Aus dem Dargelegten ziehen wir aber keineswegs den Schluß, daß die Gesetzgebung und Verwaltung wie früher so auch in Zukunst die Grundeigensthumsgrößen sixiren und ihre Veränderung verbieten solle. Das wäre angesichts der ungünstigen Bodenvertheilung einiger Gegenden gar nicht wünschenswerth, da der Staat im Wesenklichen doch nichts anders thun kann, als den besstehenden Zustand zu conserviren. Hier aber wie in jenem großen Theil unseres Baterlandes, in dem die Bodenvertheilung glücklicherweise noch eine sehr gesunde ist, wäre eine allgemeine rechtliche Vindung des Grundeigenthums in einer Zeit außerordentlicher Beweglichseit des wirthschaftlichen Lebens auch nicht einmal durchsührbar. Was heute hauptsächlich zu erstreben wäre, ist: daß den ungesunden Tendenzen in der Vertheidigung des Grundeigenthums durch den Staat nicht auf direkte oder indirekte Weise Vorschub geleistet werde, wie dies durch das gemeine, namentlich aber das französische Erbrecht geschieht.

Nach der obigen allgemeinen Deduction wird nunmehr auf inductivem Bege der Beweis zu erbringen sein, daß durch fortgesetzte Erbtheilung des Grundeigenthums der Bollswirthschaft in der That ein Schaden zugefügt wird.

Wir stellen zu diesem Zweck dem obigen gunstigen Ergebniß, zu dem die

²⁵⁾ Bigmann, Ueber die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes in Thüringen. S. 79. L. v. Stein, Handbuch der Berwaltungslehre. 2. Aufl. 1876. S. 640.

Vertheilung eines allzu großen Bauernhofs führen kann, folgendes der Wirklichkeit entnommene Bild gegenüber, welches zeigen foll, zu welchen schlimmen Reful= taten unter den oben hervorgehobenen ungünstigen Boraussetzungen die Theilung führen kann. "Die stattliche Dekonomie des Bauernauts," so schilderte ein Redner auf der Versammlung deutscher Land= und Forstwirthe in Altenburg im 3. 1843 die Folgen der Gütervertheilung, "kennt Niemand mehr. Wo ehe= dem ein tüchtiger Anabe des Baters Beerde weidete, wo die Sense des Schnitters durch Korn- und Haferfelder rauschte, zerren jest zerlumpte Kinder eine magere Ruh, eine näschige Ziege an den Feldrändern des Nachbars umher und streifen Laub von Bufchen und Aeften für das Bieh zur Heimkehr, denn das kleine Areal ist vollständig mit Kartoffeln für den Winter bestellt. Zwanzig und mehr Düngerhaufen, sorgsam aufgeschichtet auf grünem Reisig und untermischt mit den Excrementen, welche die Zugthiere auf Landstraßen und Dorfwegen fallen laffen, umgeben die Wohnungen und find zugleich die Gräber vieler Bahlte der Besitzer des Bauernguts in der Borzeit tausend junger Fichten. aus dem Erlös feiner Naturalien die Steuern und fonstigen Gefälle ordnungs= mäßig, so werden solche gegenwärtig durch Erekution von Leuten zusammengetrieben, die auf ihrem Besitzthum kein Bund Stroh erzeugen" 26).

Es führt mithin die schrankenlos fortgesetzte Theilung des Grundeigenthums zu jenem oben geschilderten Niedergang vom spannfähigen Bauerngut zum Kleinund von diesem zum Zwerggut und erzeugt eine proletarische Bevölkerung, die sich nicht selbst helsen kann und in Zeiten der Noth entweder zu Grunde gehen oder zum Wanderstab greisen wird.

In der That finden wir überall, wo das Klein= und Zwerggütlerthum größere Dimensionen angenommen hat, daß dasselbe in Folge früher Einführung des gemeinen oder eines demselben verwandten Erbrechts sowie Beseitigung der demselben entgegenstehenden Schranken der Sitte, durch wiederholte Naturalteilungen im Erdwege aus größerem bäuerlichen Sigenthum allmählich entstanden ist.

Und noch gegenwärtig läßt sich dieser durch das Erbrecht vermittelte versberbliche Prozeß im Sinzelnen genau versolgen. Mit großer Deutlichkeit tritt derselbe uns zunächst in Thüringen entgegen.

Aus Thüringen heißt es, daß hier die Unsitte der gleichen Auftheilung aller einzelnen dem Erblasser gehörig gewesenen Parzellen unter die sämmtlichen Erben besteht. Dabei wird jede Parzelle in ebenso viele Loose zerlegt wie es Erben giebt. Die Theilung der Stücke sindet zunächst der Länge nach und, wenn das nicht länger geht, auch der Breite nach statt. Auch wird keine Rücksicht darauf genommen, ob der einzelne Erbe seinen Antheil am Boden selbst in Beswirthschaftung nehmen kann und will, ob er entsernt vom Orte der Theislung wohnt, ob er Fabrikbesitzer, Handwerker oder Staatsbeamter ist. Theilungen dieser Art tressen ebensowohl die ehemaligen Huspengrundstücke wie die in diesen Gegenden häusigen Wandeläcker. Auch ist diese Sitte der Erbtheilung nach

²⁶⁾ Bericht über die Verhandlungen der Versammlung deutscher Land= und Forst= wirthe im J. 1843 in Altenburg. S. 245.

durchgeführter Separation und Zusammenlegung der Grundstücke bestehen ge= blieben 27).

Noch ungunstiger stellen sich die Berhältnisse der Grundeigenthumsverthei= lung in Folge der ununterbrochenen Naturaltheilung der ererbten Güter im Eichsfeld heraus. So wird von einer Gemeinde berichtet, welche in früherer Beit ein Rittergut mit 18 hufen Land ankaufte und dies dann unter die Ge= meindeglieder derart vertheilte, daß jedes  $^{1}\!/_{16}$  Hufe in einem Stücke erhielt. Gegenwärtig dagegen besitt jeder sein kleines Besitzthum in 16-40 getrennten hand in hand mit der zunehmenden Zerstückelung des Grundeigen= thums geht die gewerbliche Arbeit der Besitzer, die, wie sie einestheils eine Folge der weitgetriebenen Parzellirung des Bodens und der Unmöglichkeit, sich auf dem fleinen Grundeigenthum lediglich von der Landwirthschaft zu ernähren, ist, so andrerseits selbst wieder zu weiterer Parzellirung führt 28).

Aehnlich heißt es aus Unterfranken, wo die Bevölkerung bei Erb= ichafts= und sonstigen Bermögensauseinandersetzungen ebenfalls jedes Grundstück, bei welchem es halbwegs angeht, so viel mal zerspaltet, als es Erben giebt. Und zwar findet diese sog. Drittheilung des bäuerlichen Anwesens, wie man die Bertheilung desselben unter die Kinder nennt, nicht nur nach dem Tode des Baters, sondern bereits bei Lebzeiten desselben statt. Die Drittheilung bei Leb= zeiten des Baters tritt hier an die Stelle der in anderen Gegenden üblichen Gesammtübergabe des Anwesens an ein Kind. Diese in Unterfranken allgemein verbreitete Observang findet sich auch in einigen Theilen Oberfrankens, namentlich im Banreuthischen, bei den Kleingütlern vor. An der Grenze Dber= frankens spielt die Drittheilung sodann in die Oberpfalz hinüber. Waltershof herum erhalten die Söhne ihre Abfindung nicht in Geld, sondern in Theilen des Anwesens, in Grundstücken der verschiedenen Fluren, und die Töchter größtentheils in Getreide, Rindvieh, Pferden u. f. w. Untheilbares, wie das Haus, erhält der Meistbietende, wenn die das Unwesen übergebenden Eltern sich dasselbe nicht selbst vorbehalten. Dieses System führt zu außer= ordentlicher Barzellirung des Grundeigenthums, die wieder in Unterfranken um so nachtheiliger wirkt, als die im Ganzen nichts weniger als gunftige Beschaffenheit des Bodens viel Düngung und Arbeit erfordert, während Material zu ersterer und Zeit zu letzterer auf den weiten Wegen von einer Parzelle zur anderen massenhaft vergeudet werden. So erscheint die weitgehende Naturaltheilung des Grundeigenthums im Erbwege indirekt als Hauptgrund des Darniederliegens der Landwirthschaft in vielen Bezirken Unterfrankens 29).

Mit Ausschluß aller die Theilung des Grundeigenthums im Erbwege aus= schließenden Singularrechte gelangt dann auf dem linken Rheinufer, soweit es zum deutschen Reich gehört (Elsaß-Lothringen, Rheinbayern, Rheinhessen, preußische Rheinprovinz), das französische Recht mit seinem Theilungszwang zur Un-

²⁷⁾ Bigmann, Ueber bie Berfplitterung bes bauerlichen Grundbefites in Thuringen. S. 79-81.

²⁸⁾ Bed, Das Eichsfeld und seine Bewohner, im Archiv für Landeskunde ber

preußischen Monarchie. Bb. 3. 1856. S. 170 und passim.
29) Die Zwangsversteigerungen ländlicher Anwesen in Bayern im Jahr 1880.
S. 180. Bavaria II. 1. S. 317. III. 1. S. 362. III. 2. S. 980. IV. 1. S. 258, 259.

wendung. Stirbt das Familienhaupt, so wird hier das Bermögen unter die Erben gewöhnlich naturaliter in gleiche Theile getheilt. Auch dann, wenn sich der Familienvater nach Ruhe sehnt, wird das väterliche Gut meist unter sämmtliche Kinder vertheilt, und der Vater bedingt sich, wo kein eigenes Borbehaltshäuschen besteht, eine oder mehrere Stuben im Bauernhause und gewöhnlich 1/5 des Feldes aus, von dessen Erträgnissen er lebt und über welches er wieder besonders verfügt. Nur ausnahmsweise bedient man sich hier des sog, partage d'ascendants ou anticipé, um das elterliche Gut un= getheilt an einen der Erben übergehen zu lassen. Demselben Zweck dient auch eine möglichst weitgehende Interpretation des "commodement" im Urt. 827 des Code civil seitens der deutschen Richter. Die Regel ist aber die Naturaltheilung und die Folge davon ist die Verkleinerung des Grundeigenthums und der dasselbe bildenden Parzellen. Bielleicht nirgends tritt dieser Ber= fleinerungsprozeß so deutlich zu Tage wie in der banerischen Rheinpfalz. Hier in dem ehemaligen Departement Donnersberg (Land zwischen Nahe und Queich) waren zur Zeit des Ausbruchs der französischen Revolution viele große Landgüter im Besitz der Geistlichkeit, des Staats und des Abels vorhanden. Die französische Regierung verkaufte dieselben, nachdem sie vorher zu National= gütern erflärt worden waren, zu sehr billigen Breisen, so daß manchmal die Ernte eines einzigen Jahres genügte, um den Kaufpreis zu bezahlen. Das da= mals von Privatpersonen erworbene, zum Theil sehr umfangreiche Grundeigen= thum ist aber, namentlich in Folge der von dem Code civil angeordneten zwangsweisen Erbtheilung, allmählich in lauter tleine Güter zerlegt worden, aus denen dann wieder zum Theil Zwerggüter geworden sind 30).

Noch deutlicher als auf dem linken Rheinuser, soweit dasselbe deutsch ist, treten die Folgen des régime du partage sorcé in Frankreich zu Tage, und zwar deshalb, weil hier das im Code civil zum Ausdruck gelangte Prinzip nicht in derselben Weise durch die neuere Gesetzgebung und Praxis gemildert erscheint wie in Deutschland (vgl. oben S. 201 st.).

Als Folgen, welche das régime du partage forcé in Frankreich erzeugt, werden von Leplan folgende angeführt:

- 1. Für das kleine Grundeigenthum tritt eine unwirthschaftliche Zerstückelung des Bodens ein, die übrigens noch weiter gehen würde, wenn nicht das französsische Bolk und namentlich der französche Bauernstand durch das Zweikinderschem gegen die Güterzersplitterung reagirte. Aber wenn dieses künskliche Mittel, die Bevölkerungsvermehrung zu hemmen, für die Grundeigenthumssvertheilung zum Theil auch seinen Zweck erreicht, so ist es doch nicht ohne die ernstesten sittlichen Bedenken. Näheres über diesen Punkt wird weiter unten bei Gelegenheit der Besprechung des Anerbenrechts beigebracht werden.
  - 2. Für das große Grundeigenthum hat das französische Erbrecht die Folge:
- a) daß das Interesse der ihre Güter selbst bewirthschaftenden Eigenthümer an ihrem Grundbesitz in dem Masse abnimmt, wie sie älter werden, da sie

³⁰⁾ Bericht über die Verhandlungen der beutschen Land- und Forstwirthe in München. S. 377. Liebknecht, Zur Grund= und Bobenfrage. S. 116. Bavaria IV. 2. S. 401.

nicht erwarten können, daß eins ihrer Kinder die Wirthschaft in der von ihnen begonnenen Weise fortsetzen werde.

b) Aus demselben Grunde pflegen die Erben sich auch nicht auf die Uebernahme des väterlichen Gutes einzurichten, was dann wieder dahin führt, daß die Sigenthümer ihr Alter häufig in der Einsamkeit verbringen müssen.

Und damit hängt wieder zusammen:

c) die Abneigung der größeren Grundeigenthümer auf dem Lande zu leben und sich dort behaglich zu fühlen (Absenteeismus);

d) endlich verstärkt das régime du partage forcé das centrifugale Ele-

ment in der Familie und trägt dazu bei, diese zu desorganisiren 31).

Diese letzte von Leplan für Frankreich geltend gemachte Folge des régime du partage forcé tritt übrigens auch in denjenigen Theilen Deutsch= lands ein, in denen die Naturaltheilungen des bäuerlichen Grundeigenthums zur festen Sitte geworden sind, der man sich auch dann nicht zu widersetzen wagt, wenn sie zum baaren Unfinn führt. "Das äußere Band des elterlichen Besitzes," so wird aus Thüringen berichtet, "das in so vielen Fällen die Familienglieder zusammenhält, und in ihnen das Bewußtsein ihrer Zusammengehörigkeit erhält, und oft auch wieder auffrischt, wird dadurch — nämlich durch die Ratural= theilungen — vollständig zerriffen. Das sichere Wohl der Familie wird dem unbeständigen und schwankenden Wohl des einzelnen Familiengliedes zum Opfer gebracht. Ja es ist bei diesem unumstößlichen Prinzip der Theilung dahin ge= tommen, daß das Gefühl der Dankbarkeit gegen die Eltern für das zurückgelaffene But erheblich gemindert ist. — Man erachtet das ererbte Grundeigenthum nicht als ein zurückgelassenes Geschent der Eltern, sondern es wird dasselbe als etwas aus eigenem Rechte Ueberkommenes angesehen, das man von Rechtswegen for= bern kann. Diese allgemein verbreitete Unsicht macht sich bei der Ueberlassung ber Grundstücke bei Lebzeiten der Eltern oft auf eine nicht schöne Beise geltend. Die Rinder disponiren über den väterlichen Nachlaß, wie sie es für richtig halten. Sie fordern ihn, der Bater sieht schweigend der Theilung zu und unterdrudt vielleicht seine liebsten Bunfche, um nicht gegen die hergebrachte Gewohnheit, gegen die unantastbar erachteten Ansprüche der Kinder, zu verstoßen 32).

Doch man könnte vielleicht gegen die Beweiskraft der eben angeführten Thatsachen einwenden, daß dieselben fast ausschließlich dem Gebiet der franklichen und thüringischen Ansiedelung angehören und daß die weitgetriebenen Erbtheilungen hier daher nicht auf irgend ein Erbrechtssystem, sondern vielmehr

eine bestimmte Boltsart zurückzuführen find.

Und in der That ist die Erbsitte, die Güter bei ihrer Vererbung in natura zu theilen, besonders stark verbreitet in dem frünklichen Theil Bayerns, in der badischen, hessischen und bayerischen Pfalz, in Nassau, in der Rheinprovinz, in Thüringen.

Diesem Sinwande muß aber doch entgegengehalten werden, daß nicht überall, wo Franken und Thüringer angesessen sind, auch die obige Erbsitte herrscht (also 3. B. nicht in einem Theil Altenburgs), und umgekehrt, daß auch von

³¹⁾ Leplay, La réforme sociale. I. S. 272—274. 32) Bigmann, lleber die Zersplitterung des bäuerlichen Grundbesitzes in Thuringen. S. 83.

anderen Bolksstämmen besiedelte Gegenden die Parzellirung im Erbwege kennen, wie z. B. das von Alemannen besiedelte Alt-Würtemberg und das von Slaven bewohnte Oberschlessen.

Denn auch in Alt=Würtemberg pflegen die Kinder darauf zu halten, daß ihnen ein Naturalantheil an den in den verschiedenen Gemarken zerstreut liegenden Parzellen des elterlichen Nachlasses zu. Theil werde. Wohnen sie außerhalb des Heimathsdorfes, so pflegen sie ihre Antheile den daheimgebliedenen Geschwistern zu verpachten, dis sie in die Heimath zurücksehren, um ihre "Güter", wie man in Würtemberg die einzelnen Barzellen nennt, selbst zu bewirthschaften 33).

Und ebenso werden in einzelnen Theilen Oberschlesiens die bereits ohnehin sehr zersplitterten bäuerlichen Besitzungen nach dem Tode des Eigenthümers oder auch schon bei dessen Lebzeiten häufig in so viele Theile zerlegt, als Kinder und namentlich Söhne vorhanden sind. Und zwar erfolgt die Theilung hier in der Weise, daß die Besitzungen, welche von der Dorflage aus in zum Theil weiter Ausbehnung streifenförmig ausgeben, der Länge nach durchschnitten werden, so daß die einzelnen Theilstücke in der Basis kaum noch die Breite einer Ruthe besitzen und dadurch zu einer ordnungsmäßigen Bewirthschaftung völlig ungeeignet sind. Auf diesen Theilstrecken wird dann keineswegs intensiver gewirthschaftet als auf dem Ganzen. Berhindert wird die größere Intensität des Anbaues zum Theil durch die Bodenart und das Klima, zum Theil durch die volkswirthschaftlichen Bustande, zum größten Theil aber wohl durch die unzweckmäßige Configuration ber Grundstücke und den forglosen Sinn der Bevölkerung. Go erscheint es denn erklärlich, daß mährend der Nahrungsspielraum für den Einzelnen enger geworden ist (die früher ganzen Höfe zerfallen gegenwärtig in 1/8 oder 1/16 Höfe), die Landwirthschaft auf Diesen kleinen Besitzungen nicht nur nicht fortgeschritten, sondern zum Theil sogar, wie wir oben S. 71 gezeigt haben, zurudgegangen ift 34).

Und was bedeutet es denn überhaupt, die Güterzerstückelung auf die Volksart der Franken und Thüringer zurückzuführen? Ist diese Bolksart nicht ebenfalls ein Produkt der Geschichte und ist die derselben eigenthümliche Sitte der Erbtheilung nicht wieder eine Folge des bereits früh erfolgten Zusammentressend der Franken, Thüringer u. s. w. mit höher kultivirten Völkern, der hierdurch beeinslußten Agrarversassung, sowie der hier früher als in anderen deutschen Ländern einzgeführten Verkehrsfreiheit und des gemeinen Erbrechts? Wir glauben diese Fragen bejahen zu sollen, weil überall, wo ein bestimmtes Recht eine Zeit lang bestanden hat, es eine demselben abäquate Sitte zu erzeugen pflegt, es sei denn daß sehr starke volkswirthschaftliche und natürliche Verhältnisse der Anwendung des Rechts entgegenstehen und eine von demselben divergirende Sitte erzeugen. Sine solche Aussehnung der Sitte gegen das Recht bezeichnet aber immer einen Nothstand im gesellschaftlichen Leben und wird nur in seltenen Fällen — und dann immer nur für kurze Zeit — Platz greisen.

Wenn bennach die Güterzerstückelung in einigen Theilen Deutschlands trot ber gleichen Geltung des gemeinen, preusischen und französischen Rechts dennoch

³³⁾ Helferich in ber Tilbinger Zeitschrift für bie gesammte Staatswissenschaft f. 1853. S. 184, 243 und passim.

³⁴⁾ v. Bitter, Bericht 2c. S. 35. Witte, Im neuen Reich. 1880. Nr. 7.

nicht soweit gediehen ist, wie in anderen, so erklärt sich zunächst aus dem Widersstand, den die natürlichen und volkswirthschaftlichen Verhältnisse hier und da einer weiteren Theilung entgegenstellen, dann aber wohl hauptsächlich dadurch, daß die Answendung des die Zerstücklung begünstigenden Erbrechts in diesen Gegenden übershaupt erst jüngeren Datums ist und daß dieselbe auch noch heute vielsach außzgeschlossen zu sein pslegt durch eine diesem Recht nicht adäquate Vererbungssitte, welche als der Nachstlang des früheren Rechts noch gegenwärtig besteht, jedoch durch den Einsluß des still aber unaushaltsam wirkenden geschriebenen Erbrechts von Tag zu Tag an Kraft verliert.

Diesen Ausführungen widersprechen auch die Resultate der preußischen

Statistif nicht.

Die oben erwähnten im Ministerium für Landwirthschaftliche Angelegenheiten ausgearbeiteten Denkschriften über die Bewegung des spannfähigen bäuerlichen Grundeigenthums in den 6 östlichen Provinzen Preußens (mit Ausnahme von Neuvorpommern) und in Westphalen haben auch speziell die Beränderungen, welche in dem Bestande des Grundeigenthums durch Erbtheilungen bewirkt worden sind, für die beiden Zeiträume von 1816 bis 1859 und von 1865 bis 1867 ermittelt und zur Zisseracht.

Das Resultat ist folgendes.

Bon den zwischen 1816 und 1859 durch den freien Berkehr neu entsstandenen 36 991 Nahrungen sind 5040 == 13,62 % und ebenso sind von den im selben Zeitraum durch Zerschlagung eingegangenen 26 759 Nahrungen 2298 == 8,58 auf Erbtheilungen zurückzusühren. Biel bedeutender stellt sich der Einsluß der Erbtheilung auf den Bestand der Nahrungen in den Jahren 1865—1867 heraus. Da diese Zahlen, nach Angabe der Denkschrift zuverslässiger sein sollen, als die Zahlen der ersten Periode, so wird auf dieselben daher vorzugsweise Gewicht zu legen sein. Bon den in der Periode von 1865—67 neu entstandenen 3815 Nahrungen waren 920 == 24,12 % durch Erbtheilung entstanden und von den 4177 eingegangenen Nahrungen 577 == 13,81 % durch Erbtheilung zerschlagen 35).

Will man die Tragweite dieser Zahlen richtig würdigen, so muß man berücksichtigen, a) daß die Daten für 1816—1859 nicht genau sind, d) daß die genaueren Zahlen für die Beriode von 1865—67 den Einfluß des Erbrechts auf die Grundeigenthumsvertheilung viel größer erscheinen lassen, als die Zahlen der ersten Periode, c) daß die Zahlen für 1865—67 nicht nur der Wirklichsteit näher kommen dürften, als die für 1816—1859, sondern auch daß die Wirklichsteit selbst mittlerweile eine andere geworden sein wird, weil die zahlreichen Hemmissse der Naturaltheilung je länger um so mehr zurückgedrängt werden. Dies dürfte durch die neuesten über unseren Gegenstand vorsliegenden Nachrichten bestätigt werden. Freilich nicht durch die für die Provinz Westphalen pro 1860—1879 gesammelten Daten über den Einfluß des Erberechts auf die Veränderung der Grundeigenthumsvertheilung. Hier haben in Folge von Naturaltheilungen unter den Miterben sowie durch Verkauf an Fremde

³⁵⁾ Denkschriften bes Ministeriums ber landwirthschaftlichen Angelegenheiten in ber Zeitschrift bes t. preußischen statistischen Bureaus für 1865. Nr. 1. S. 7, 8 — und filr 1871. Nr. 1. S. 125.

zum Zweck der Auseinandersetzung unter Miterben 294 bäuerliche Stellen mit 6413 ha Flächeninhalt ihre Spannfähigkeit verloren, aber es find dafür aus demselben Grunde auch wieder 319 Stellen mit 7102 ha Alächeninhalt neu entstanden, jo daß im Ganzen 25 Stellen mit 689 ha Flächeninhalt mehr neu entstanden als eingegangen sind 36). Doch können diese Zahlen durchaus nicht als im Allgemeinen typisch für den Einfluß des Erbrechts auf die Grundeigen= thumsbewegung angesehen werden, weil Westphalen in Folge seiner zahlreichen Fideikommisse (ein großer Theil der Rittergüter ist hier rechtlich vinculirt), seiner eigenartigen Gesetzgebung — Gesetz betreffend die Abschätzung von Landgütern gum Behuf der Pflichttheilsberechnung in der Proving Weftphalen vom 4. Juni 1856 - sowie seiner allgemein verbreiteten, noch sehr ftarken, auf die Er= haltung des Familienbesities gerichteten Sitte eine exceptionelle Stellung unter fämmtlichen preußischen Provinzen einnimmt. Beweiskräftiger sind schon die Borgänge in der Provinz Sachsen, in der für die Periode von 1867 bis 1880 Daten über den Einfluß des Erbrechts auf den Bestand des Bauernstands ge= fammelt worden sind. Freilich fehlen hier aus 9 Kreisen bezügliche Mit= theilungen. Aus den übrigen 30 Kreisen wird aber in 15 Kreisen eine auffallende und jum Theil fehr bedeutende Abnahme der fpannfähigen Besitzungen behauptet, welche wieder meift auf Zerschlagungen, die in Folge von Erbtheilungen eingetreten sind, zurückgeführt wird. In den anderen 15 Kreisen bagegen wird sowohl eine Abnahme des mittleren Besitzstands als ein nachtheiliger Ginflug der erbrechtlichen Bestimmungen auf die Erhaltung desselben in Abrede gestellt; doch muß zugleich hervorgehoben werden, daß sich unter den letzteren 5 Rreise befinden, welche den Grund der thatsächlichen Erhaltung des mittleren Besitzstands nur in der bestehenden Gewohnheit erblicken, durch Berträge unter Lebenden den Besitz ungetheilt auf einen Nachfolger zu übertragen und dadurch den Eintritt der gesetzlichen Intestaterbfolge zu vermeiden 37). Behufs vollständiger Bürdigung der obigen für das Gesammtgebiet der preußischen Monarchie ge= sammelten Daten muß sodann noch in Betracht gezogen werden: d) daß die Entstehung neuer spannfähiger Nahrungen durch Zerschlagung größerer Güter wie sie in den Perioden von 1816—1859 und 1865—67 in so großer Zahl vorgekommen find — boch keine unbegrenzte ist, sondern einmal aufhören muß, während die Zerlegung spannfähiger Nahrungen in solche, die es nicht mehr sind, viel langer anhalten kann, und endlich e) daß aus den obigen Zahlen gar nicht ersicht= lich werden die Folgen der Erbtheilungen für das nicht mehr spannfähige Grund= eigenthum, für das sie doch am größten und verderblichsten zu sein pflegen.

In den bisher behandelten Fällen haben wir uns den Familiensinn so stark gedacht, daß er regelmäßig einen oder mehrere der Intestaterben veranlaßte nach dem Tode des Erblassers das von diesem hinterlassen Gut zu übernehmen, ohne

³⁶⁾ Begründung bes bem 25. wesifälischen Provinziallandtage vorgelegten Entwurfs eines Gesetz betreffend die Uebernahme von Landgütern in der Provinz Westphalen bei Schlichtungen, Auseinandersetzungen und Erbtheilungen. Drucksachen bes preuß. Herrenhauses. Sit.-Per. 1882. Nr. 16. S. 16.

³⁷⁾ Vorlage des Provinzialausschusses, betreffend die anderweite gesetzliche Resgelung der Erbsolge in den Landgütern der Provinz Sachsen. Drucksachen des Provinziallandtags der Provinz Sachsen. 1882. Nr. 34. S. 7.

daß dieser Familiensinn doch zugleich immer stark genug gewesen wäre, um die Miterben zur Annahme einer niedrigen Erbschaftstare zu veranlassen.

3. In einem weiteren jest zu behandelnden Falle wird sämmtlichen Familien=

mitgliedern aber mehr an der Erzielung möglichst hoher Erbantheile, als an der Erhaltung des ererbten Grundeigenthums in der Familie gelegen sein. Unter solchen Berhältnissen wird man vorzugsweise gern von der jedem Erben nach gemeinem, preugischem, sächsischem und öfterreichischem Erbrecht zustehenden Befugniß Gebrauch machen, das Erbgut behufs Erzielung eines möglichst hohen Breises zum öffentlichen Meistgebot zu stellen. Doch genügt schon diese Möglichkeit, um auch auf dem Wege des freihändigen Berkaufs hohe Preise zu er= reichen. Ist ein solches Borgehen bereits die Folge eines wenig intensiven Familiengeistes, fo vermag eine fonftant in diesem Sinn ausgeübte Praxis der Erbauseinandersetzung auch noch den vorhandenen Rest von Familiengeist zu ertödten. Das Resultat der Einbürgerung dieser Praxis wird dann sein, daß die Güter ihre Besitzer außerordentlich häufig wechseln und regelmäßig in die kapitalkräftigsten Hände gelangen werden. Ein solcher Zustand der Ver= erbung wird namentlich den volkswirthschaftlichen Berhältnissen an unserer Nordseeküste entsprechen, wo die sehr hohen Haushaltungs= und Betriebs= kosten der Ader= und Biehwirthschaften kapitalkräftige Besitzer erheischen. Die Bodenbestellung in den Marschgegenden verlangt namentlich theures Ackergeräthe und fräftige Pferde, und zwar 6 bis 8 vor dem Pflug, um die Brache 7—9 Mal zu pflügen, die passende Witterung ängstlich abzupassen und rasch zu benutzen, da der durch Regen erweichte Klai ebenso schwierig zu behandeln ist, als wenn er, nachher ausgetrocknet, ziegelartig sich verhärtet hat. Nament= lich aus dem letteren Grunde ist viel Gespann erforderlich, das zu anderen Zeiten zu beschäftigen nicht immer möglich ist. Dazu kommt dann noch der hohe Lohn der Anechte und Tagelöhner und die opulente Beköstigung der Leute, welche ebenso sehr in klimatischen Verhältnissen wie in eingewurzelten Gewohn= heiten begründet ist. So absorbiren denn die Haushaltungs= und sonstigen Betriebskosten einen unverhältnißmäßig großen Theil der Bruttoeinnahmen und machen das Wirthschaften bier nur wohlhabenden Besitzern (Eigenthümern oder Bächtern) möglich. Diefen Berhältniffen entsprechend wird aus Ditfriesland von dem dort sehr alten Brauch berichtet, die zum Theil sehr umfangreichen Höfe nach dem Tode des Baters regelmäßig unter den Hammer kommen zu laffen. Und ebenso verhält es sich mit einem Theil der Marschhöfe in anderen Gegenden Hannovers, in Oldenburg, Schleswig-Holstein, im Hamburgischen und Bremischen. Hier gelangen ohne irgend welche Rücksicht auf die Kontinuität des Familien= besitzes nicht blos ganze Bauerhöfe, sondern auch viele einzelne Marschsennen häufig in das Eigenthum von auswärtigen Kapitalisten. Namentlich Bieh= und Bferdehandler sowie Schlächter in den Städten der Geeft acquiriren gern Weideländereien für ihren gewerblichen Betrieb 38).

Aber nicht nur in diesen Gegenden — in denen der ungetheilte Uebergang der großen Bauerhöfe in die kapitalreichsten Hände gleichsam durch die Natur

³⁸⁾ Angaben bes Graf Borries in ben Verhandlungen ber Versammlung beutscher Land= und Forstwirthe in München 1872 und Hanffens in seinen Agrarhistorischen Abhandlungen. S. 248 und 250.

der Verhältnisse bedingt ist — sondern auch in Gegenden, für welche solche natürliche Voraussetzungen fehlen, ift unter dem Ginfluß des gemeinen, preußischen u. f. w. Erbrechts das Grundeigenthum in hohem Grade zum Spekulationsobjekt geworden, fo daß die allodialen Rittergüter nach einer uns mitgetheilten Notiz aus dem Often Preugens in einigen Gegenden durchschnittlich innerhalb 13 Nahren ihren Besitzer wechseln sollen.

Ein solcher rascher Wechsel widerspricht - wie wir weiter unten zu zeigen haben werden — der Natur des Grundeigenthums und hat selbst dann, wenn diese Güter wirklich in kapitalkräftige Hände übergehen, für die Bolks= wirthschaft mehr Nachtheile als Vortheile. Den größten Nachtheil erblicken wir darin, daß die Güter, welche diesem raschen Besitwechsel unterliegen, schlieflich unabweisbar in die Hände des großen Kapitals gelangen und somit jenen Agglomerationsprozeß des Grundeigenthums befördern helfen, der unserer bestehenden Bodenvertheilung am gefährlichsten ift.

Aber auch abgesehen von der Verletzung des socialwirthschaftlichen Gesammt=

interesses widerspricht es, wie Bluntschli bemertt, dem germanischen Rechtsbewußt= fein, "wenn jeder Erbe feine Geschwifter zwingen fann, das väterliche Wohnhaus, ben Stammsitz der Familie auf die öffentliche Bant zu bringen und diese damit mittelbar nöthigen kann, ihren Untheil an einen Fremden, den Meistbietenden zu Die Erinnerung, daß es ja den anderen Kindern freistehe, das väterliche Gut in der Familie zu erhalten, indem sie das höchste Angebot stellen, vermag nicht zu beruhigen, denn dieses ist doch von dem Angebot eines Dritten, Fremden abhängig, dessen Vermögensträfte leicht die ihrigen übersteigen können" 39).

So ift benn das Resultat unserer sozialwirthschaftlichen Analyse bes für die Erbschaftsauseinandersetzung in der Gegenwart geltenden Rechts, soweit sich baffelbe auf das ländliche Grundeigenthum bezieht, diefes: daß es -, wenn wir von dem keine wichtige Rolle spielenden Miteigenthum der Erben absehen langsam aber sicher entweder zur Ueberlastung des Grundeigenthums mit rudständigen Erbantheilen der Geschwister und schließlich zum zwangsweisen Verkauf beffelben oder zur schädlichen Güterzersplitterung oder endlich zum raschen Befitzwechsel des durch keinerlei Bande mit der Familie verknüpften Grundeigenthums führt. Alle diese Eventualitäten dienen aber wieder in letter Instanz entweder dem unwirthschaftlichen Prozeß der Zerstückelung des Grundeigenthums in leistungsunfähige Zwerg- oder Gewerbegüter oder dem Brozeß der Auffaugung des= selben durch das bewegliche Kapital: zwei Richtungen, die, wie wir oben gezeigt haben, für die Beränderung der im Sanzen noch gefunden Bertheilung unferes ländlichen Grundeigenthums in der Gegenwart besonders gefährlich sind.

³⁹⁾ Bluntichli, Motive jum § 565 bes Privatrechtlichen Gefenbuche für ben Kanton Bürich. Bd. 4 (Erbrecht).

#### VI.

## Testirfreiheit und Pflichttheilsrecht.

# 1. Bur Geschichte der Testirfreiheit in Rom, Deutschland, England, Nordamerika, der Schweiz und Frankreich 1).

Das altdeutsche Erbrecht kannte nur Notherben in dem Sinn, daß bestimmte durch die Blutsgemeinschaft mit dem Erblasser verbundene Personen nach seinem Tode eo ipso in den Besitz seiner Güter traten und daß ihnen dieser Anspruch durch einseitige Verfügungen unter Lebenden und auf den Todeskall nicht verkümmert werden durste.

Dagegen ging das römische Erbrecht umgekehrt von der absoluten Testirfreiheit aus, indem es dem Erblasser gestattete, unter Sinhaltung bestimmter mehr oder minder solenner Formen denjenigen beliedig zu wählen, der die Bestimmung hatte, die vermögensrechtliche Persönlichkeit des Erblassers nach seinem Tode fortzusen (das: uti legassit ita jus esto des Zwölstaselsgeses).

Indeß fand doch im Laufe der Zeit eine Annäherung der beiden Erbrechts= fysteme statt. So zwar, daß das deutsche Intestaterbrecht nur auf diejenigen Ver= mögensbestandtheile Anwendung fand, über die der Erblasser nicht bereits letztwillig verfügt hatte, und daß im römischen Recht die freie Testirbesugniß all= mählich zuerst durch das formelle und dann auch durch das materielle Notherbenrecht oder das Pssichttheilsrecht eingeschränkt wurde.

¹⁾ Hür die Geschichte des römischen Notherben- und Pflichttheilsrechts: E. F. A. Köppen, Geschichte des heutigen römischen Erbrechts. Jena 1862. St. 96—168, und E. Hölber, Beiträge zur Geschichte des deutschen Erbrechts. Erlangen 1881. Hür die Geschichte des deutsche nerbrechts: Walter, Deutsche Kechtsgeschichte. 2. Auss. Bonn 1857. passim. Hür England und Amerika: Helferich, Studien über Würtembergische Agrarverhältnisse, in der Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Jahrg. 1853 und 1854, insbes. Jahrg. 1854. S. 123—130, 143—146. A. v. Miaskowski, Die Gebundenheit des Grund und Bodens durch Familiensibeicommisse. Jena 1873 (Inauguraldissertation). S. 41—54. L. von Ompteda, Landgelehe und Landwirtsschaft in England, in den Preussischen Jahrsdichen. Bb. XLVI (1880). Heft 4 und 5. Für die Schweiz: F. v. Wyß sen., Die letztwilligen Versügungen nach den schweizerischen Rechten der früheren Zeit. Separatabbruck aus der Zeitschrift sur Schweizerischen Rechten der früheren Zeit. Separatabbruck aus der Zeitschrift sin Schweizerischen Rechten der früheren Zeit. Separatabbruck aus der Zeitschrift sin Schweizerischen Rechten der früheren Zeit. Separatabbruck aus der Zeitschrift sin Schweizerischen Rechten der früheren Zeit. Sp. v. Spbel, Geschäfte der Revolutionszeit. Bb. IV. Düsseldorf 1870. S. 14—21.

Bas speziell die Beschränkung der absoluten Testirfreiheit in Rom betrifft, so wurde sie zur Zeit der Republit durch Ginführung des formellen Notherbenerbenrechts begründet. Dieses bestand darin, daß bestimmter mit dem Erblasser verwandter Personen von dem Erblasser in seinem letzten Willen nothwendig gedacht werden mußte, fei es auch nur, daß sie wegen Unwürdigkeit von der Erbschaft ausgeschlossen wurden. Wichtiger wurde dann das materielle Notherbenoder das Pflichttheilsrecht, dessen Anfänge gleichfalls in die Zeiten der Republik zurückreichen, dessen weitere Ausbildung aber wesentlich der Kaiserzeit angehört. Seine Entstehung verdankt das römische Pflichttheilsrecht der Praxis eines Erbschaftsgerichtshofs, welcher ohne gesetzlichen Anhalt lediglich auf Grund einer allgemeinen Ueberzeugung, welche sich im Laufe der Zeit herausgebildet hatte, Teftamente wegen Lieblosigkeit als ungiltig erklärte, wenn dem klagenden Erben nicht wenigstens ein Viertheil seines Intestaterbtheils hinterlassen worden war. Der Gerichtshof bediente sich für die Rechtsprechung der Fiction, daß der Teftator, indem er fold, eine Lieblosigkeit begangen habe, geisteskrank gewesen sein muffe. Auf diesem Wege gelang es, inmitten der durch Concubinate und häufige Chescheidungen verursachten Zerrüttung des Familienlebens, die nächsten Intestaterben vor den willfürlichen Launen pflichtvergessener Eltern, und Kinder por dem Ginfluß bofer Stiefmütter sowie vor der Habgier verwerflicher Bunft= linge und Maitressen bis zu einem gewissen Grade zu schützen.

Wie diese ersten materiellen Einschränkungen der Testirbefugniß völlig spontan aus einem allgemein empfundenen sittlichen Bedürfniß erwachsen waren, so lagen auch der späteren Erhöhung der Pflichttheile und der sonstigen Entwickelung des Pflichttheilsrechts unter den Kaisern, namentlich unter Justinian, keinerlei andere Motive zu Grunde, als der Wunsch, in einer Zeit allgemeiner Zersezung des Familienlebens die Interessen der nächsten Intestaterben gegen-

über dem mifleiteten Gefühl des Erblaffers zu ichüten.

Mit dem Corpus juris gelangten diese Bestimmungen des römischen Rechts auch in Deutschland zur Amwendung, sosern dieselben nicht durch die Geltung von Singularrechten ausgeschlossen waren. Wahrscheinlich auch entsprach die nur durch das Pstichttheilsrecht eingeschränkte Testirbesugniß den zur Zeit der Reception vorhandenen wirthschaftlichen Bedürsnissen derzenigen Bevölzterungsklassen, auf deren Vermögen sie Anwendung sand. Dies waren zunächst nur die städtischen Alassen, die ihre wirthschaftliche Basis im Besitz von Mosbilien, sowie im Handel und Gewerbe hatten; dann aber auch die bäuerlichen Besitzer derzenigen Gegenden, in denen das Grundeigenthum schon früh etwas von der Beweglichkeit und sonstigen Sigenart des Kapitals angenommen hatte.

Bereits vor der Reception hatte das Bedürfniß dieser Klassen allemälig zur Abschwächung des starren altdeutschen Erbrechts geführt, so daß die Reception des römischen Erbrechts — das ja in dieser Beziehung für Deutsche land einen Compromiß zwischen dem früher geltenden, aber in Folge veränderter Berhältnisse nicht mehr passenden Intestaterbrecht mit absolut zwingendem Charakter und der absolut freien Testirbesugniß, für die die Zeit damals noch nicht gekommen war, bedeutete — nur einen Prozes beschleunigt hat, der sich auch ohne dieselbe wahrscheinlich über kurz oder lang vollzogen haben würde. Diese Annahme stützt sich auf die Thatsache, daß die Anwendung des römischen Erbercchts allgemein in den deutschen Städten, sowie im deutschen Süden theilweise

auch auf dem Lande, keinen nennenswerthen Widerstand fand, während in den Kreisen des Adels und über dieselben hinaus auch in den bäuerlichen Kreisen der übrigen Theile Deutschlands das Widerstreben gegen das römische Erbrecht theils zur Entstehung eines aus germanischer Wurzel erwachsenen Singularrechts, theils

zur Befestigung alter Rechtsbildungen führte.

Nachdem sich in der Gegenwart die Boraussetzungen des modernen wirthsschaftlichen Lebens — Vermehrung des Kapitals, geldwirthschaftlicher Berkehr und größere Beweglichkeit des gesammten Lebens — allgemein eingestellt haben, tritt jest auch das Bedürsniß nach größerer Dispositionsfreiheit des Erblassers zu Tage. Und so verbindet sich denn mit dem Streben nach einem der Erhaltung des Immobiliarbesitzes angepaßten, von dem römischen Recht abweichenden Intestaterbrecht das Streben nach möglichst uneingeschränkter Testirfreiheit. Im Gegensatzum älteren germanischen und wohl auch zum späteren mittelalterlichen Intestaterbrecht gelangt das moderne Intestaterbrecht immer mehr dahin, seinen absoluten Zwangscharatter gegen eine lediglich subsidiäre Bedeutung zu vertauschen.

Es erübrigt jetzt noch an die Darstellung und Kritit des gegenwärtig in den einzelnen deutschen Ländern geltenden Pflichttheilsrechts zu gehen; bei welcher Gelegenheit denn auch der verschiedenen an dieses Pflichttheilsrecht an-

knüpfenden Reformbestrebungen speziell gedacht werden soll.

Bevor wir dieses thun, sei jedoch vergleichsweise noch der Entwicklung der Testirfreiheit bei einigen dem deutschen Volke verwandten Völkern in Kurze

gedacht.

Während nämlich in Deutschland die Reception des römischen Pflichttheilsrechts in den verschiedenen Territorien successive erfolgt ist und nur thatsächlich
durch eine Reihe singularrechtlicher Institute ausgeschlossen worden ist, hat eine
solche Einwirkung des römischen Pflichttheilsrechts einerseits auf England und
Nordamerika und andererseits auf die Schweiz nicht in dem Grade stattgefunden.

Aber nur hinsichtlich ihres negativen Berhaltens gegenüber römischrechtlichen Einflüssen stimmen diese Länder unter sich überein. Die positive Ausbildung des Erbrechts ist in denselben eine sehr verschiedene. In England und Nordsamerika ist die Testirbesugniß eine durch keinerlei Pflichttheilsrechte eingeschränkte, vollständig freie?); in manchen Kantonen der Schweiz dagegen hat sich der altsgermanische Zwangscharakter des Intestaterbrechts noch die auf die neueste Zeit erhalten und erst in den neueren Codificationen tritt eine freiere Auffassung zu Tage³).

²⁾ In England entspricht dem Testamentsrecht auch die Testamentssitte, indem unter den besteuerten Erbschaften das Berhältniß berjenigen mit Testament zu densjenigen ohne Testament wie 8:3, ja dem Betrage nach wie 10:1 ist. Munzinger, Erbrechtliche Studien. Basel 1874. S. 18.

3) Um weitesten in der Beschräntung setzwilliger Versügungen ging die Gesetz-

³⁾ Am weitesten in der Beschränkung setzwilliger Verfügungen ging die Gesezgebung und Praxis in dem alten Lande Schwyz, in Gersau und Küßnacht. Bemerkenswerth ist auch, daß die Verfügungssreiheit vieler Orten im XV. Jahrhundert größer war als später. Im XVII. Jahrhundert wurde aus Rücksicht auf den Familienerband die Errichtung von Gemächten stärter beschränkt als früher. Auch erhielt jetzt der Interschied von ererbtem und errungenem Gut großes Gewöhn, so kam z. B. in allen Theilen des Kantons Schwyz durch bloßes Gewöhnheitsrecht der Satzung Geltung, daß ererbtes Vermögen den gesetzlichen Erben ohne ihre Zustimmung durch letztwillige Verfügung niemals entzogen werden dürse.

Will man nach einer Erklärung suchen für diese verschiedenartige Entwicklung des Erbrechts zweier Bölker, die sich von dem Einsluß des römischen Rechts freier gehalten haben als das deutsche Bolk, so mag hier die Bermuthung ausgesprochen werden, daß in England die gegenwärtig allgemein und uneingeschränkt in Geltung befindliche Testirfreiheit sich ausgebildet hat im Anschlüß an die dort früher als auf dem Continent (mit Ausnahme etwa nur von Italien, Belgien und Holland) zur Durchführung gelangte Geldwirthschaft und Berkehrsfreiheit, mit ihren auf möglichste Freiheit der Disposition hindrängenden Bedürfnissen.

Mit der Colonisation Nordamerikas haben die Engländer auch ihr Erberecht und speziell ihre absolute Testirfreiheit in die neue Welt verpflanzt. Diese mochte einem nicht erst das Studium der Naturalwirthschaft durchlausens den, sondern sofort mit der Geldwirthschaft beginnenden Bolke, das sich außersdem durch die Energie seines Wesens, durch die große Stärke der väterlichen Gewalt und den lebhaften Familiensinn auszeichnet, besonders zusagen.

Der Zwangscharakter des Intestaterbrechts und die Einschränkung der Testirbefugniß in vielen Kantonen der Schweiz, und hier wieder namentlich in der östlichen Schweiz, mag einerseits durch die außerordentliche Zähigkeit zu erklären sein, mit der der deutsche Schweizer an Recht und Sitte festhält. Dann aber ist hier auf den Rechtszustand namentlich der agricolen Cantone von Einsluß gewesen, daß dieselben zum Theil erst in jüngster Zeit von der Welle des gelde wirthschaftlichen Vertehrs berührt wurden, so daß die Motive, welche in England bereits früh zur Testirfreiheit führten, hier entweder gar nicht oder doch erst in allerletzter Zeit zur Geltung gelangt sind.

Mehr auf dem Standpunkt des altbeutschen Rechts steht das französische Recht, das seit der Revolution eine eigenartige Entwickelung erfahren hat, die

in dem Code civil vorläufig zum Abschluß gelangt ift.

Auf diese Entwickelung haben wir hier näher einzugehen, weil namentlich die Thatsache, daß der Code das Pflichttheil, in Gestalt der réserve, zum geletenden Recht erhoben, dasselbe gleichsam zu einem Bestandtheil des modernen Bewußtseins gemacht hat. In Deutschland speziell ist diese Thatsache außerdem von unmittelbarer Bedeutung für die linksrheinischen Landestheile, in denen der Code noch heute gilt.

Bereits in dem Frankreich des ancien regime war die Freiheit des Einzelnen, über sein Bermögen auf den Todesfall zu versügen, in enge Schranken eingeschlossen. Im Norden, dem Lande der coutumes, herrschte allgemein ein aus deutschen Anschauungen erwachsenes Recht, welches die Erbfolge im Sinne der Familien und ihres Besitzes, unter Bevorzugung einiger Erben vor den andern (der männlichen vor den weiblichen, der älteren vor den jüngeren) derart regulirte, daß letztwillige Berfügungen meist ausgeschlossen waren. Im Süden dagegen herrschte das römische Recht mit seiner gleichen Theilung des gesammten Nachlasses unter die Berwandten des nächsten Grades, ohne Untersichied von Alter und Geschlecht, und seiner größeren Freiheit der Testamente, Bermächtnisse und Substitutionen. Doch war die Tendenz auf Erhaltung des Familienbesizes auch hier durchgedrungen, und es wurde die Testirfreiheit benutzt, um Substitutionen (Familiensideicommisse) zu errichten, durch welche den Nachsolgern die Testirfreiheit vielsach versümmert wurde. So war denn saktisch bei

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung.

ungleicher Rechtsentwickelung das Ergebniß im Süden ähnlich wie im Norden. Dasselbe bestand in der Erhaltung des gebundenen Familienbesitzes auf Kosten der Testirbefugnif der Erblasser und der Gleichheit unter den Miterben.

Diese Gestalt des Erbrechts vertrug sich nicht mit den von der Revolution proklamirten Bringipien der Freiheit und Gleichheit. Da man aber auf diesem wie auf anderen Gebieten die beiden Prinzipien nicht in gleicher Weise realisiren konnte, so mußte man sich für das eine ober das andere derselben entscheiden. Freilich die konstituirende Nationalversammlung machte beim Erbrecht wie auch

sonst den Versuch, den Gegensatz auszugleichen.

Im Sinne der Gleichheit schaffte sie am 8. April 1791 alle Vorschriften des Intestaterbrechts, soweit sie die Töchter und jungeren Sohne gurucksetzen, ab und im Sinne der Freiheit gewährte sie am 20. August 1791 dem Erb= laffer die Befugniß, über den größten Theil seiner Sabe beliebig zu verfügen. Ein Jahr später — im Oftober 1792 — defretirte der Nationalkonvent dann

noch, daß alle Substitutionen für die Butunft aufgehoben seien.

Aber jeder neue Sieg der Bergpartei steigerte den Fanatismus für die Gleichheit und die Abneigung gegen die Freiheit. Mit der bis dahin versuchten Berbindung der Freiheit mit der Gleichheit war es jetzt zu Ende. Durch Defret vom 7. März 1793 verfügte ber Convent, daß es fortan keinem Bater gestattet sei, einem seiner Kinder ein Geschent unter Lebenden oder auf den Todesfall zu machen, da alle Kinder ein gleiches Erbrecht an das elterliche Bermögen haben. Damit war man denn zu dem alten lehnrechtlichen Grund-

fat "solus deus heredem facere potest, non homo" zurückgekehrt.

Man gestattete jetzt eigenthümlicherweise dem Vater, seine Habe an Fremde fortzugeben, nicht dagegen eins der Kinder vor den anderen zu begünstigen. Das war zugleich die strikte Durchführung der von Mirabeau kurz vor seinem Tode ausgesprochenen Forderung: es möge, um den väterlichen Despotismus zu brechen, der Zwang der gesetzlichen Gleichtheilung für die Kinder eingeführt werden. Die Defrete vom 26. Ottober 1793 und 6. Januar 1794 (5. Brumaire und 17. Nivose II) vollendeten dann das am 7. März 1793 begonnene Werk, indem sie mit einem Schlage das gesammte bisherige Erbrecht der Coutumes und der Bandekten, des ancien régime und der Constituante aufhoben. sollen, wo es Kinder oder Seitenverwandte giebt, die Angehörigen des nächsten Grades zu gleichen Theilen erben. Reine ältere Rechtssatzung, kein Bertrag, kein Teftament durfte daran etwas ändern. Dem Inhaber eines Bermögens war in theilweiser Abanderung des Dekrets vom 7. März 1793, wenn er Kinder hatte, die Berfügung über ein Behntel, wenn nur Seitenverwandte, über ein Sechstel des Vermögens gestattet; in beiden Fällen durften Bermächtnisse und Schenkungen jedoch nur zu Gunften eines Richterbberechtigten erfolgen. Endlich mochten Shegatten sich untereinander schenken soviel sie wollten; nur daß, wo Kinder vorhanden waren, die Schenkung den Nießbrauch des halben Bermögens nicht übersteige. Den äußersten Schritt in dieser Richtung that der Convent dann noch, als er am 22. Bentose II, im Widerspruch mit den ersten Grund= fäten des Rechts, dem Geset vom 6. Januar 1794 rudwirkende Kraft gab. Freilich sah er sich bald gezwungen, diese Klausel wieder zu beseitigen.

Die Bedeutung und Tragweite der Erbrechtsgesetzgebung der Revolution und namentlich des Gefetzes vom 6. Januar 1794 wird von Heinrich v. Spbel in treffender Beise folgendermaßen charafterisirt: "Mit Grund hat man bas Gesetz vom 6. Januar 1794 in Hinsicht seiner Wichtigkeit mit der Nacht des 4. August 1789 verglichen: was diese für das Feudalwesen, war jenes für das Brivatrecht des alten Frankreichs: die plöpliche, umfassende, gründliche Zerftörung. Aber einander völlig entgegengesett war allerdings die eigene Tendenz ber beiden gesetzgeberischen Acte. Der 4. August fah eine große Berstellung der persönlichen Freiheit, der 6. Januar schränkte die Freiheit des Eigenthümers in der empfindlichsten Beise ein. Der 4. August emancipirte das Gigenthum von seinen feudalen Banden zu Gunften der individuellen Selbstbestimmung. Der 6. Januar setzte an die Stelle der alten aristofratischen eine neue demokratische Gebundenheit. Früher ging das Bermögen in seiner Hauptmasse an den ältesten Sohn über; jetzt zerfiel es zu neun Zehntel in gleiche Theile unter alle Kinder, mochte der Bater bas für so unheilvoll oder ungerecht halten wie er wollte. Der alte Staat wollte die alten Familienguter unzerreigbar zusammenhalten, der Convent jeden größeren Besit in kleinere Bruchstude zerfällen : einig waren beide darin, ein jeder zu Gunften seiner Staatsraison das Berfügungsrecht des Gigenthümers auf den engsten Umfang einzuschränken. Der Zwang zur Ungleichheit in der alten, der Zwang zur Gleichheit für die neue Zeit, die Freiheit auf keiner Seite." "Bor 1789 hatte die künstlich übertriebene Stabili= tät der Familie schwer auf der freien Bewegung der Familie gelastet: den bier gesammelten Saß richtete man 1794 nicht gegen die Uebertreibung, sondern gegen ben natürlichen Bestand der Familie. Man vernichtete nicht nur den Zwang, sondern auch die Möglichkeit, ein Familiengut zu bewahren. So befeitigte man aus den Fundamenten der burgerlichen Gefellschaft die Stetigkeit; man stellte fortan der Staatsgewalt nicht feste Gruppen, sondern einzelne Individuen gegenüber und beschränkte mit dem wichtigsten Ausfluß des freien Eigenthumsrechts zugleich die stärkste Gewähr der politischen Freiheit."

Napoleon I. hat dann im Code civil das Erbrecht der Revolution, wenngleich mit einigen Milberungen, aufrecht erhalten. Dem Eigenthümer wurde das freie Berfügungsrecht über die sog, quotité disponible eingeräumt, hinssichtlich der réserve aber das régime du partage forcé beibehalten. Dieses Erberecht hatte den Zweck, die alte Gesellschaft zu vernichten, indem es ihren Besitz "morcellirte". Um einen neuen imperalistischen Adel zu begründen, sührte Napoleon, wie weiter unten zu zeigen sein wird, für seine Getreuen die Substitutionen (Majorate) ein.

# 2. Geltendes Pflichttheilsrecht nach gemeinem, preußischem, öfter= reichischem, sächsichem und französischem Recht 4).

Während das römische und ebenso das preußische, österreichische und sächsische Recht den Pflichttheil als eine Quote der Intestatportion,

⁴⁾ Bruns und Meyersburg, Gutachten über die Frage: Ob und wieweit bie Testirfreiheit mit Rudsicht auf eine Pflichttheilsberechtigung eingeschränkt werden soll, in den Verhandlungen des 14. deutschen Juristentags. Bb. I. Berlin 1878. S. 50—112.

welche bestimmten Erben, den sog. Notherben (Kinder, Eltern, Chegatten) hinterlassen werden muß, definirten, faßt der Code civil dagegen die réserve als Quote des Gesammtnachlasses auf, die den Notherben nicht entzogen werden darf, im Gegensatzur portion disponible,

über die der Erblasser frei verfügen darf.

Aber wenn der Pflichttheil im römischen u. s. w. und die reserve im französischen Recht auch juristisch verschieden construirt werden, so kommt es für die Berechnung des den Notherben zu hinterlassenden Theils der Erbschaft doch auf dasselbe heraus, ob jemand über etwas nicht versügen darf (franzreserve) oder ob er es hinterlassen muß (römisches Pflichttheil). Denn da die reservirte Duote sich gleichfalls nach der Zahl der Notherben richtet und unter sie vertheilt wird wie der Pflichttheil, so bildet sie auch für jeden eine Duote seiner Intestaterdportion. Es wirkt demnach thatsächlich die französische reserve wie das römische Pflichttheilsrecht, nur mit dem Unterschied, daß sie durch Enterbung nicht beseitigt werden darf, während dies bei dem römischen Pflichtstheilsrecht wohl geschehen kann. (Preuß. A. L.= R. II. 2, § 391—398. Desterr. G.=B. § 762—796. Sächs. G.=B. § 2573. 2574. 2354—2371. Code civil A. 913—919.)

#### a. Rechtliche Natur des Pflichttheils.

Das römische Recht sieht in der Erbeseinsetzung in erster Linie eine Ehren= und erst in zweiter Linie eine Bermögenssache. Es bestimmt daher, daß gewisse Intestaterben ein sormelles Recht auf die Erbeinsetzung haben (sog. Notherben), und daß, wenn dieses Recht verletzt wird, das Testament nichtig ist, Intestatsuccession eintritt und die Notherben nicht blos ihren Pflichttheil, sondern ihre ganze Intestatportion erhalten. Sind diese Erben aber eingesetzt und haben sie nur ihren Pflichttheil nicht vollständig erhalten, so wird ihnen nur eine Klage zur Ergänzung desselben gegeben.

Das heutige Erbrecht dagegen sieht in dem Notherbenrecht eine reine Bermögensangelegenheit und gewährt dem Notherben nur ein Recht auf einen Pflichttheil, wobei die Form gleichgiltig ist, in der ihm derselbe zugewendet wird.

Nach gemeinem Recht wird der Pflichttheil als ein Theil der Erbschaft, d. h. als ein ideeller Antheil an den die Erbschaft bildenden Gütern, Forsberungen und Schulden angesehen. Doch ist diese Aussacht unden nicht unbestritten, indem sich in der Doktrin und Praxis auch die Ansicht vertreten sindet, daß der Pflichttheil nur ein Forderungsrecht auf den pekuniären Betrag eines gewissen Bruchtheils der Erbschaft enthalte.

Das sächsische und französische Recht folgen dem gemeinen Recht, indem jenes den Pflichttheil und dieses die reserve als Erbschaftstheile aufschsen. Nach österreichischem Recht begründet der Pflichttheil nur eine Erbschaftsschuld und nach preußischem Recht ist die Frage dis heute streitig.

## b. Indignität und Enterbung.

Das römische Recht unterscheibet die Indignität von der Enterbung. In beiden Fällen findet ein Ausschluß von der Erbschaft statt: in dem ersten

Fall erfolgt sie nach Bestimmung des Gesetzes, in dem zweiten zufolge Bersfügung des Erblassers; ein fernerer Unterschied besteht dann darin, daß die Unwürdigkeit auch durch Berzeihung des Erblassers nicht aufgehoben wird, also auch wider den Willen des Erblassers wirkt, während die Enterbung natürlich nicht ohne seinen Willen geschehen kann. Die gesetzlich spezialisirten Gründe sind für beide zum Theil dieselben.

Im preußischen, öfterreichischen und sächsischen Recht sind die beiden Arten des Ausschlusses einander noch mehr genähert, indem die Aufhebung der Unwürdigkeit durch Verzeihung zugelassen wird, während das fran-

zösische Recht in dieser Frage einen anderen Standpunkt einnimmt.

Der Code civil läßt nämlich eine Enterbung von der réserve gar nicht zu, weil ja die ganze testamentarische Disposition sich überhaupt nur auf die portion disponible erstreckt und die réserve unabhängig davon nur ex lege deservit wird. Dagegen hat das französische Recht den Begriff der indignité gleichfalls aufgenommen; diese ist dann auch für die réserve wirksam. Diese indignité wird wie im römischen Recht durch Berzeihung nicht aufgehoben. (Preuß. A. L.-R. II. 2, § 399. 480. 508. 513. II. 1, § 636. II. 12, § 549—609. Desterr. G.-B. A. 768—770. 540—543. Sächs. G.-B. A. 2222. 2575—2582. Code civil A. 725—730.)

#### c. Pflichttheilsberechtigte Berfonen.

Pflichttheilsberechtigt sind

nach römisch em Recht: Descendenten, Ascendenten und gegenüber ben personae turpes auch vollbürtige Geschwister. Notherbin im weiteren Sinn ist auch die arme Wittwe hinsichtlich ihrer Quart,

nach preußischem Landrecht: Descendenten, Ascendenten und Che-

gatten,

nach öfterreichischem Recht: Descendenten und Ascendenten. Dem Shegatten gebührt bis zur Wiederverheirathung der "etwa mangelnde anständige Unterhalt",

nach sächstischem Recht: Descendenten, Ascendenten und Shegatten, nach französischem Recht dursen Ascendenten und Descendenten von gewissen Quoten des Nachlasses nicht ausgeschlossen werden.

(Preuß. A. L.M. II. 2, § 391 ff. 489. 501. II. 1, § 631—646. Sächf. G.-B. § 2564. 2565. 2617. 2057—2060. Defterr. G.-B. A. 757. 758. 759. 762. 763. 769. Code civil A. 913—919.)

#### d. Größe bes Pflichttheils.

Nur nach dem öfterreichischen Recht ist die Quote des Pflichttheils=

berechtigten eine für alle Fälle feste.

Dagegen haben sich sowohl das römische wie das preußische, säch = sische und französische Recht von der Erwägung leiten lassen, daß je mehr Kinder Jemand zeugt, um so schwerer ihn auch die Pflichten gegen dieselben treffen müssen, und zwar im Leben sowohl wie nach dem Tode, was im letzteren Kall nichts anderes bedeutet, als daß je mehr Kinder Jemand zeugt, um so

mehr er sich auch des Rechtes begiebt frei über sein Vermögen zu testiren oder (was dasselbe ist) daß er seinen Kindern in ihrer Gesammtheit um so mehr zu hinterlassen verpslichtet ist. Es wechselt daher nach römischem, preus sisch em und französischem Recht die Größe des Pflichttheils nach der Zahl der Erben, wobei es als eine Unvolltommenheit angesehen werden muß, wenn nach französischem und preußischem Recht die Pflichttheilsquote nicht mit jedem Kinde steigt, sondern Sprünge macht, was zu Inconsequenzen führt, und wenn die Steigerung der Quote nach römischem und preussischem Recht bei 5, nach französischem Recht aber schon bei 3 Kindern aushört.

### e. Erbrechte ber Chegatten.

Das gemeine Recht kennt nur die Quart der armen Wittwe und außers dem ein in Ermangelung von Blutsverwandten eintretendes Intestaterbrecht der Chegatten. Jedoch ift nur die arme Wittwe hinsichtlich ihrer Quart Notherbin.

Das preußische Recht gewährt den Chegatten ein Intestaterbrecht, das sich von dem Anspruch auf  $^{1}/_{4}$  des Nachlasses die auf den ganzen Nachlaß je nach der verschiedenen Concurrenz mit Berwandten des Erblassers steigert. Neben Descendenten werden sie zu einem Kopftheil, jedoch niemals mehr als zu  $^{1}/_{4}$ , neben Ascendenten und vollbürtigen Geschwistern und deren Kindern ersten Grades zu  $^{1}/_{3}$ , neben anderen Seitenverwandten zur Hälfte und wenn solche Berwandte dis zum sechsten Grade nicht vorhanden sind, zum gesammten Nach-laß berusen.

Nach der Constitutio Joachimica, welche ungefähr in  $^4/_5$ , d. h. in  25  Kreisen der Mark Brandenburg gilt, ist der Frau ein besonders ausgedehntes Erbrecht eingeräumt worden, indem der Nachlaß auf Verlangen des überlebenden Chegatten so getheilt wird, als wenn Gütergemeinschaft unter den Shegatten bestanden hätte. Der überlebende Chegatte vereinigt sein eigenes Vermögen mit dem des Verstorbenen und erhält alsdann die Hälfte des beiderseitigen Vermögens als statutarische Portion. Jedoch kann er dem statutarischen Erb-

recht entsagen, in welchem Fall er einen Anspruch auf die Aussonderung und

Ausantwortung seines eigenen Vermögens erlangt.

Nach dem fächfischen Recht erhalten Shegatten, je nachdem sie mit Kindern, Ascendenten, Geschwistern und deren Abkömmlingen oder mit weiteren Berwandten concurriren, 1/4 bis 1/2 des Nachlasses oder den ganzen Nachlas.

Das öfterreichische Recht gewährt bem Chegatten ben Nießbrauch an einem Kindestheil, wenn drei oder mehr Kinder concurriren; sind dagegen weniger Kinder vorhanden, dann den Nießbrauch an  $^{1}/_{4}$  des Nachlasses. Beim Busammentressen mit anderen Berwandten erhalten sie  $^{1}/_{4}$ , und wenn solche in den ersten sechs Klassen, den ganzen Nachlass.

Der Code civil läßt Chegatten nur in Ermangelung erbfähiger, also mindestens im 12. Grade verwandter Personen den Nachlaß erben (vgl. die zu

dem Abschnitt: Pflichttheilsberechtigte Personen beigebrachten Citate).

# 3. Reformvorschläge. Ausdehnung des Pflichttheilsrechts und Begründung eines das Familienerbrecht beseitigenden oder mit demsselben concurrirenden Erbrechts des Staats und der Gemeinde.

#### a. Inhalt der Reformvorichläge.

Alle Bersuche zur Reform des Erbrechts im Allgemeinen und zur Reform des Pflichttheilsrechts im Speziellen gehen entweder aus von dem Recht bestimmter Personen und Körperschaften an die zum Nachlaß gehörigen Güter oder von dem Recht des Erblassers, über sein Bermögen auch über seinen Tod hinaus zu verfügen.

Indem wir diesen letzteren Bestrebungen einen eigenen Abschnitt, und zwar

den folgenden widmen wollen, fei hier zunächst ber ersteren gedacht. .

Diese gehen entweder auf die vollständige Abschaffung des gegenwärtig allein geltenden Familienerbrechts und auf Ersetzung desselben durch ein neu zu begründendes Erbrecht des Staats und der Gemeinde oder sie beschränken sich — entweder nur vorläusig oder definitiv — darauf, mit dem Familienerbrecht ein neu zu schaffendes Erbrecht der öffentlichen Körperschaften in Concurrenz treten zu lassen. Statt ein solches neues Erbrecht zu begründen, wollen einige der Reformatoren sich auch mit einer hohen Besteuerung der an die Descendenten oder Assendaren und an die näheren Verwandten gelangenden Erbschaften begnügen und verlangen nur die Beseitigung des Familienerbrechts der entsernteren Seitenlinien.

Diese ganze Reformbewegung ist neuerdings von Baron 5) auf Jeremiah

Bentham als ihren intellectuellen Urheber zurückgeführt worden.

In seinem im Jahre 1780 gedruckten, aber erst 1789 veröffentlichten Essay on the Principles of Morals and Legislation (derselbe bildete zusammen mit dem Penal Code und dem Civil Code die Grundlage der von

⁵⁾ Baron, Angriffe auf bas Erbrecht, in ben Deutschen Zeit- und Streitfragen. Jahrgang VI (1877). Berlin, Habel. S. 11, 12. Ueber Bentham vgl. auch Robert v. Mohl, Jeremiah Bentham und seine Bedeutung für die Staatswissensschaften, in Mohls Geschichte und Literatur der Staatswissenschaften. Erlangen 1858. Bb. III. S. 610 u. passim.

Dumont bearbeiteten Traités de législation, welche in einer deutschen von Benecke angesertigten Uebersetzung unter dem Titel: Grundsätze der Civil= und Criminalgesetzgebung, Berlin 1830, erschienen sind) erklärt Bentham als einen Hauptzweck der Erbrechtsgesetzgebung, das Hinarbeiten auf die Gleichmachung der Bermögensumstände, eine Aufgabe, die dann sehr bald darauf von dem französischen Nationalconvent durch das Gesetz vom 7. März 1793 durchgesührt wurde. Ferner erkennt Bentham nur das Intestaterbrecht der Kinder, Eltern und Geschwister als begründet an; an die Stelle des Erbrechts der übrigen Berwandten will er dagegen das Erbrecht des Fiscus setzen.

Wie Bentham bereits zur Zeit der Revolution von 1789 einen Sinfluß auf die französische Sesetzgebung ausgeübt hat, so ist er auch noch in unserem Jahrhundert in Frankreich viel studirt worden. Seit 1829 erschien in Paris eine der Verbreitung seiner Lehren gewidmete Zeitschrift: "L'utilitaire". Nach Barons Annahme ist es daher nicht unwahrscheinlich, daß die St. Simonisten die ersten Anregungen zu ihren Plänen bezüglich einer Resorm des Erbrechts von Bentham empfangen haben.

Und in der That zeigt sich eine große Uebereinstimmung in den Unsichten Bentham's und der St. Simonisten 6).

Freilich St. Simon selbst war in seinem Catéchisme des industriels über das allgemeine Postulat, daß in der neuen von ihm erträumten Geselsschaftsordnung jedes Recht der Geburt und jedes Privilegium beseitigt werden solle, nicht hinausgesommen. Erst seine Jünger Bazard und Ensantin legten diesen sehr allgemeinen und dehnbaren Worten einen bestimmten und concreten Sinn unter.

Bazard geht in seiner "Exposition complète de la foi St. Simonienne", Paris 1831, davon aus, daß, wenn der freie Arbeiter auch heute noch ein Stlave seiner Armuth und seines Elends ist, dies seinen Hauptgrund darin hat, daß der Eintritt in den Besitz zum größten Theil nicht nach bem Grundsatz ber perfonlichen Würdigkeit geregelt ift. Daß bieses aber nicht der Fall, daran trägt die Hauptschuld das geltende Erbrecht. Denn daffelbe enthält ein Privilegium, durch welches der Erbe mühelos zu Bermögen und damit zur Selbstständigkeit gelangt. Der Grundsatz ber Erblichkeit hat früher allgemein, u. A. auch bei den Aemtern, Gewerben, Ständen u. f. w. bestanden, ist aber gegenwärtig nur noch für die Bermögensbeziehungen der einzelnen auf einander folgenden Familienglieder in Kraft. Berwirft man nun aber das Erbrecht im staatlichen Leben, so muß man daffelbe auch binsichtlich des Bermögenserwerbs aufgeben. Wenn man heutzutage nur durch Fähigkeit zu einem öffentlichen Amt gelangt, so muß auch im Erwerbsteben der Grundsat: à chacun suivant sa capacité, à chaque capacité suivant ses œuvres Blat greifen. Un die Stelle des Erbrechts der Blutsverwandtschaft will Bazard mithin das Erbrecht des Verdiensts setzen. Zu diesem Zweck foll bei dem Tode des Besitzers statt, wie bisher die Familie, in Aufunft die Gesellschaft oder

6) lleber St. Simon und die St. Simonisten: L. Reybaud, Etudes sur les Réfomateurs ou Socialistes modernes. 7me édition. Paris 1864. t. 1. p. 67—143. L. Brothier, St. Simon et le St. Simonisme. Bruxelles 1859; auch Baron, Angrisse auf das Erbrecht, passim und neuerdings Eisenhart, Geschichte der Nationalösonomis. S. 123, 124.

beren Stellvertreter, der Staat, unter dessen Schutz und Mitwirkung das Eigensthum erworben und erhalten wurde, erbberechtigt sein. Zur Durchführung dieses Plans wird ein System von Staatsbanken vorgeschlagen, welche die Vertheilung der freiwerdenden Erbschaften an diejenigen vornehmen sollen, die den besten Gebrauch von ihnen zu machen geeignet sind. Demnach würde — nach Absschaftung des Familienerbrechts — das Eigenthum nur noch der Ausdruck für

die Fähigkeit und Arbeit seines Nutnießers sein.

Weniger radital in seinen Forderungen ist ein anderer Anhänger St. Simons, Enfantin. Dieser hat seine Ideen über die Erbrechtsreform in feiner Economie politique ausgesprochen, eine Arbeit, die in der St. Simonistischen Zeitschrift Le Globe erschienen ist. Enfantin sieht einerseits die Schwierigkeiten voraus, die der vollständigen Beseitigung des Erbrechts feitens der besitzenden Rlaffen entgegengestellt werden wurden und giebt sich andrerseits hinfichtlich des von Bagard in Vorschlag gebrachten Systems von Banken keinen Julionen hin. Daher beschränkt er sich darauf, vorläufig nur die Abschaffung des Erbrechts der entfernteren Collateralen in Vorschlag zu bringen, indem er an= nimmt, daß eine folche Magregel die Gesellschaft nicht in ihren Tiefen erschüttern werde. Un die Stelle des von Bazard in Borschlag gebrachten staatlichen Erbrechts fett er für Erbschaften in auf= und absteigender Linie und in der nächsten Seiten= linie eine progressive Erbschaftssteuer. Diese soll im letzteren Fall höher sein als im ersteren; ja sie soll in den entfernteren noch erbberechtigten Berwandtschafts= graden dem Erbantheil fast gleichkommen dürfen. Diese Erbschaftssteuer ift nach Enfantin zugleich vom steuerpolitischen Standpunkt fehr angemessen, denn sie vermindert nur einen Erwerb, den der Empfänger lediglich dem Glück ver= dankt, in dem Augenblick, wo er ihn macht. Für den Ertrag der Erbschafts= steuer benkt Enfantin sich dann eine doppelte Berwendung: theils als Ersat für die abzuschaffenden indirekten Steuern, theils zur Herstellung productiver Anlagen, wie z. B. zum Wegebau, ferner zur Gründung öffentlicher Schulen, zur Berschönerung der Städte u. f. w.

Sowohl Bazard als Enfantin haben in neuerer Zeit reiche Nachfolge erlebt. An Bazard knüpft in dieser Hinsicht der neuere radikale Socialismus an. Der im Jahre 1869 in Basel abgehaltene internationale Arbeitercongreß

faßte einen auf die Abschaffung des Erbrechts gehenden Beschluß.

Den Spuren Enfantins folgen auch eine Reihe anderer Schriftsteller, namentlich Baron, sofern sie das Familienerbrecht der nächsten Berwandten durch Heranziehung desselben zur Steuer beschränken und nur das der entfern-

teren ganz aufheben wollen.

Was diese Gruppe von Vertretern einer Erbrechtsreform von der solgenden im weiteren Verlauf zu behandelnden Gruppe unterscheidet, ist, daß sie nicht ein mit dem Familienerbrecht concurrirendes Erbrecht des Staats zu schaffen, sondern die Erbantheile der Blutsverwandten nur durch starke Besteuerung zu Gunsten der Gesammtheit einzuschränken wünschen.

Mit dem St. Simonisten Enfantin berührt sich Baron 7) namentlich in seinen

⁷⁾ Baron, Zur Erbschaftssteuer (Bortrag), in Hilbebrands Jahrbüchern silr Nationalöfonomie und Statistik. Band XXVII (1876). S. 284, 290, 291. Baron, Angriffe auf das Erbrecht, in den Deutschen Zeit= und Streitfragen. Jahrgang VI (1877). passin.

Postulaten, dagegen schlägt er bei Begründung der Erbschaftssteuer eigene Wege ein. Rach ihm müffen alle Erben in der Erbschaftsteuer einen Tribut an das Brincip des Arbeitseinkommens entrichten: die Erbichaftssteuer ist ihm somit eine Art Abfindung, die das Gewissen der Erben als Guhne für die Berletzung dieses Princips fordert. Damit soll in der sittlichen, die Arbeit als Grundprincip des Erwerbs anerkennenden Persönlichkeit der Widerspruch befeitigt werden, in welchen fie fich durch die Beerbung b. h. die Annahme eines Erwerbs ohne eigene Arbeit sest. Deshalb muß sie von jedem Erben entrichtet werden, auch von dem nächststehenden. Was sodann speziell die Berechtigung, die entfern= teren Berwandtschaftsgrade zu Gunften der öffentlichen Körperschaften zu besteuern, betrifft, so erscheint sie Baron um so weniger zweifelhaft, als nach dem Stande der heutigen Gesetzgebung und nach den thatsächlichen Berhältniffen der Gegenwart über die Geschwister hinweg fast gar keine Pflichten für die Berwandten bestehen und ausgeübt werden. Ja selbst die unter den Geschwistern bestehenden Pflichten find keineswegs bedeutend genug, als daß ihnen als Entgelt für diefelben das Erbrecht zugesprochen werden müßte.

Es unterscheidet sich Baron von den St. Simonisten übrigens nicht nur hinsichtlich der Motivirung des von ihm aufgestellten Postulats, sondern auch hinsichtlich des langsameren Tempos, in dem er die Reform des Erbrechts durchs geführt zu sehen wünscht, namentlich aber hinsichtlich des letzten Ziels derselben.

Das langsame Tempo der Reform begründet Baron durch den Confervatismus der Rechtsidee und sodann dadurch, daß er den Seitenverwandten noch eine Frist gewähren will, innerhalb deren ihnen die Möglichkeit gegeben sein soll, die Familienbeziehungen wieder aufzunehmen. Hiernach soll die Erbschaftssteuer für die weiteren Verwandten gleichsam den Charakter einer Mahnung haben. Sie soll das Familienbewußtsein wieder wach rusen, indem sie zunächst Widerspruch erregt, dann Erkenntniß und endlich vielleicht die Kräftigung des Familienbandes und damit die Reconstruction der Familie herbeisührt.

In seinen letzten Zielen aber weicht Baron von den St. Simonisten ab, indem ihm die Erhschaftssteuer nicht eine Etappe auf dem Wege zur Absschaffung des Erbrechts überhaupt, sondern nur eine Durchgangsstufe für die allmähliche Abschaffung des Erbrechts in der Seitenlinie ist, während er das Erbrecht in der ab- und aufsteigenden Linie wohl besteuern, nicht aber auch aufheben will.

An dieser Stelle könnte auch A. Wagner genannt werden. Da nach W. aber bereits die gegenwärtig bestehende Erbschaftssteuer ein Glied der Erbscheisordnung ist, die er dann nur noch weiter zu entwickeln wünscht, so resproduciren wir seine Ansichten wohl richtiger im Zusammenhang mit der nächsten Gruppe von Schriftstellern.

Im Unterschied von Bazard und Baron gehen die folgenden Schriftsteller über den Gedanken der Erbschaftssteuer hinaus, indem sie es unternehmen ein mit dem Familienerbrecht concurrirendes Erbrecht des Staats und der Gemeinde zu begründen und zu fördern. Sie alle erblicken — wie schon seiner Zeit Bentham — in dem zu reformirenden Erbrecht ein Mittel, um die vorhandenen Bermögensungleichheiten zu nivelliren, namentlich aber sum dem weiteren Answachsen dieser Ungleichheiten zu begegnen. Sie alle sind auch in der Ueberzeugung einig, daß das Erbrecht der entsernteren Seitenverwandten in der

Gegenwart seinen Existenzgrund verloren hat und daß an die Stelle der als Erben wegfallenden entfernteren Berwandten in Zukunft die Gesammtheit,

repräsentirt durch Staat und Gemeinde, zu treten berufen ift.

Hierher gehören in erster Linie Pfizer8) und Hilgard9), sowie der von ihnen angeregte K. Brater. Dieser will die entsernteren Berwandtschaftsgrade vom Intestaterbrecht ausschließen. Die näheren Berwandten dagegen sollen nur einer bedeutenden Erbschaftssteuer unterworfen werden oder wie er sich ausdrückt: es soll ein mit dem Familienerbrecht concurrirendes "Notherbenrecht der Noth" begründet werden. Unter der Noth versteht er das Proletariat, als dessen Repräsentanten er sich einen Erbschaftssteuer will er diesem öffentslichen Erbschaftssteuer will er diesem öffentslichen Erbschods zuweisen, der die Bestimmung hat, die Auswanderung und Ansiedelung, die Gründung von Kreditassen u. s. w. zu fördern.

Nur indirect durch diese deutschen Vorgänger beeinflußt — die Vermittelung ging in diesem Fall von dem weiter unten anzuführenden 3. C. Bluntschli

aus - gelangt ber Schweizer Munginger zu ähnlichen Resultaten.

Nach Munzinger 10) muß sich das Recht, deffen Zweck die Bervoll= fommnung der menschlichen Cultur ift, mit der Zeit ebenso wandeln, wie diese Zwecke selbst. Für das Erbrecht erkennt er heutzutage nur noch insofern eine Berechtigung zum Weiterbestehen an, als es die Familienzusammengehörigkeit fördert. Soweit der Nachlaß diesem Zweck nicht mehr dient, soll er der mensch= lichen Gesellschaft, die ihm die moderne große Familie ist, zur Verfügung gestellt werden. Das Familienerbrecht und das Testament sind ihm die Bor= bedingungen einer gesteigerten individuellen Thätigkeit und Willenstraft, und damit zugleich die Boraussetzungen für den Fortschritt des Menschengeschlechts. Allein von diesen durch die individuelle Thätigkeit geschaffenen Werthen foll immer wieder ein größerer Theil als Samenkörner über die ganze Menschheit ausgestreut werden. Als Repräsentanten der menschlichen Gesellschaft möchte er aber nicht den Staat, sondern von demselben unabhängige Stiftungen hingestellt iehen, deren Aufgabe es u. A. wäre, die ihnen zufallenden Erbschaften zum 3wed der Bersicherung des ganzen Bolts für den Fall der Krantheit und Silf= lofigfeit (Refervefonds für Bersicherungszwecke), ferner zum Zweck ber Fort= bildung der aus der Schule entlassenen Jugend (Erziehungsfonds) zu verwenden. Dem Erblaffer mare ein Wahlrecht einzuräumen mit Beziehung auf die Stiftung. welche erben foll. Was die unermeslichen Güter der Kirchen und Klöster einst für das Mittelalter waren, das foll diefer Erziehungserbfonds für unfere Beit fein.

Von einer ähnlichen Auffassung des Rechts wie Munzinger geht eine gleichzeitig erschienene Arbeit von Umpfenbach 11) aus. Die richtigen Träger des Sondereigenthums sind ihm jeweilen diejenigen, welche durch ihr Verhalten die geeignetsten Bürgschaften für das wirthschaftliche Gedeihen und damit auch für das

⁸⁾ P. Pfizer, Gedanken über Recht, Staat und Kirche. Bb. I. S. 61—66.
9) Th. Hilgard, Zwölf Paragraphen über Pauperismus und die Wittel ihm zu steuern. Heibelberg 1847. A. Brater, Die Resorm des Erbrechts zu Gunsten der Nothleidenden. München 1848.

¹⁰⁾ B. Munginger, Erbrechtliche Studien. Bafel 1874.

¹¹⁾ Il mpfenbach, Des Bolfes Erbe. Berlin 1874.

Cultur-Emporkommen der Gesammtheit geben. Das mit dem Bestande der Menschheit unlösbar verflochtene Eigenthum steht nun auch im menschlichen Generationswechsel da, um jeder Zeit seinen richtigen Träger zu suchen und zu finden. Da es aber unmöglich ist in jedem einzelnen Fall den passenblen Träger für das Sigenthum in individueller Weise zu ermitteln, so muß eine allgemeine Erbordnung diese Designation in genereller Weise vornehmen. richtigen neuen Träger des Gigenthums eines Berftorbenen find Diejenigen, welche zu ihm in der culturmäßig nächsten Berbindung standen. Bon diesem allgemeinen Grundsatz aus gelangt Umpfenbach zu der Forderung, daß jede Erbschaft in die beiden großen Bererbungsgruppen des Familienerbes und des Volkserbes zerfalle. Ueber den 4. Grad der Civilcomputation hinaus will er über= haupt kein Familienerbrecht mehr anerkennen, weil hier die Culturgemeinschaft unter den heutigen Verhältnissen aufhört. Wo es nur Verwandte 5. Grades giebt, da sollen die Berlaffenschaften, soweit nicht mittels Testaments über sie verfügt ist (was jedoch nur bezüglich eines Drittels oder der Hälfte der Erb= schaft starthaft sein foll), dem Bolkserbe zufallen. Aus den auf diese Weise zusammenfließenden Summen wären dann Burger- oder Volksschulen zu errichten, die eine Fortsetzung der Elementarschulen zu sein hätten und deren Besuch auch Unbemittelten zu ermöglichen wäre.

Wesentlich auf demselben Boden wie die eben erwähnten Vertreter ber Erbrechtsresorm stehen Bluntschli, v. Scheel und A. Wagner.

Bon diesen drei Schriftsellern hat Bluntschli seine Gedanken über eine Erbrechtsreform — nicht unbeeinflußt durch die socialistische Strömung der vierziger und fünfziger Jahre, welche auch auf Pfizer, Hilgard und Brater eingewirtt hat — bereits in den fünfziger und seitdem wiederholt, zuletzt im Jahre 1879 ausgesprochen ¹²).

Nach Bluntschli ist der wahre Grund alles natürlichen Erbrechts die Gemeinschaft, welche das Leben des Erblassers mit dem seiner Erben verbindet. Diese Gemeinschaft kann nun wieder beruhen auf dem Zusammenhang des Bluts und der Sitte, der Eultur und der Interessen. Zu diesen den Einzelnen mit seinesgleichen verbindenden Kreisen gehört in erster Linie die Familie, dann aber auch die Gemeinde und der Staatsverband. Ist der Einzelne mit seiner Sippschaft durch tausend seines Lebens verbunden, so wirken doch auch die Einzichtungen und Seinssssigen verbunden, so wirken doch auch die Sinzichtungen und Sinssssigen Linkage, seiner Kepräsentanten sinden, auf seine Eristenz bestimmend ein. Da das geltende Erbrecht sich gegenwärtig nur auf den Familienverband stützt, so ist es eine Aufgabe der Zukunst, auch für die anderen das Leben des Sinzelnen nicht minder start beeinflussenden Kreise ein wahres Intestaerbrecht herauszubilden. Dieses

¹²⁾ Bluntschli in der Gegenwart für 1879. Nr. 33. Auch in seinen gesammelten kleineren Schriften. Bb. 1. 1879, unter dem Titel: Das Erbrecht und die Resform des Erbrechts; wieder abgedruckt als Artifel: Privatrechtliches Erbrecht in Bluntschlis Braters Staatswörterbuch. Bd. 3. S. 403 ff.; sowie namentlich der von Bl. als Resdakten des Jüricher Privatrechts in den fünfziger Jahren, freilich ohne Ersolg, gemacht Vorschlag, der sich abgedruckt sinder in den Motiven zum Privatrechtlichen Gesethuch für den Kanton Zürich. 4. Bd. Erbrecht. S. 67 ff.

für die Gemeinde und den Staat neu zu begründende Erbrecht wird nach dem Beispiel des altdeutschen Erbrechts absoluter Natur sein müssen, weil sonst die Wirksamkeit desselben durch letztwillige Verfügungen leicht illusorisch gemacht Das öffentliche Erbrecht, das Bluntschli in Zukunft neben das Kamilienerbrecht gestellt wissen will, knüpft er an die kümmerlichen Anfänge an, die angeblich bereits in der Bergangenheit und Gegenwart in dieser Richtung bestehen.

Zu diesen Anfängen rechnet Bluntschli zunächst das subsidiäre Erbrecht des Kiskus, das nach römischem Recht in Ermangelung von Testamentserben und von Blutsverwandten des Erblassers einzutreten hat. Ferner findet er in dem Gdict des Chilperich und in den Weisthümern ein Erbrecht der Nachbarn und endlich in einigen Stadtrechten eventuelle Erbrechte der Stadtgemeinde vor. Auch darf man nach Bluntschli die bestehenden Erbschaftssteuern als Borläufer eines öffentlichen Erbrechts ansehen. Es gilt nun dieses öffentliche Erbrecht aus der Dunkelheit einzelner seltener und zufälliger Eventualitäten in die regelmäßige Unwendung vorzurücken und gleichzeitig mit dem Erbrecht der Familie und in Concurrenz mit diesem wirksam zu machen. Namentlich muß das Erbrecht des Staats und der Gemeinde aus einem blos fiskalischen Rutungsrecht zu einem wirklichen Erbrecht erhoben werden.

Das Berhältniß zwischen dem Familien- und dem öffentlichen Erbrecht denkt sich Bluntschli in der Weise geregelt, daß je nähere Verwandte Jemand hinterläßt und je kleiner sein Bermögen ist, um so größer derjenige Theil des Nachlasses sein sou, der nach Familienerbrecht zu vererben ift. Und umgekehrt: je entfernter die hinter= bliebenen Blutsverwandten mit dem Erblaffer verwandt find und je größer bas hinterlassene Bermögen ist, um so größer soll der Antheil sein, der an die Gemeinde und den Staat vererbt wird. Auch sollen die aus dem Familien= verbande entspringenden Pflichttheile reichlicher bemessen werden als es in den meisten neueren Gesetzen geschieht. Dadurch wird beabsichtigt, die natürlichen Erben gegen launenhafte Testamente soweit zu schützen, als die Rücksichten auf ben Familienverband es rechtfertigen. Reinenfalls aber durfte nach Bluntichli der Erblasser über die volle Hälfte seines Nachlasses, sondern höchstens nur über  $\frac{1}{3}$ ,  $\frac{1}{4}$  oder  $\frac{1}{5}$  deffelben frei testiren. Dabei soll das Pflichttheilsrecht nicht über die Parentel der Eltern oder höchstens der Großeltern ausgedehnt Auch dem überlebenden Chegatten mare ein Pflichttheilsrecht ein= Hinterläßt der Erblasser eigene Nachkommen, so soll das Erbzuräumen. recht der Gemeinde nur dann eintreten, wenn das Erbtheil eines Kindes 100.000 Mark übersteigt (Erbrecht der Gemeinde = 10 % vom Mehr= betrage), und das Erbrecht des Staats, wenn das Erbtheil mehr als 500 000 Mark beträgt (Erbrecht des Staats = einem Kindestheil vom Mehrertrage). Bei Hinterlassung von Eltern und Großeltern erhalten die Gemeinde und der Staat 5 %, wenn die Erbportionen 10 bis 50 000 Mark; 10 %, wenn sie 51 bis 100 000 Marf; und 20 %, wenn fie über 100 000 Marf betragen. Das Erbrecht der Gemeinde und des Staats bei hinterlaffung von Geschwiftern und Gefdwifterkindern foll in fteigenden Gaten bis zum vollen Anfall bestimmt und folgerichtig der letztwilligen Berfügung entzogen werden, fofern dieselbe nicht für wohlthätige obrigkeitlich gebilligte Zwecke stattfindet. Der an die Gemeinde fallende Theil der Erbschaft ist je nach dem Bedürfniß zur Ausstattung unbemittelter Familien oder zur Dotirung gemeinnütziger Anstalten, somit also ausschließlich im Interesse der vermögenslosen Klassen zu verwenden. Damit will Bluntschli die Wohlthaten des Erbrechts wenigstens auf indirecte Weise auch den sog, arbeitenden und dienenden Klassen zusommen lassen, die ja in directer Weise in den meisten Fällen weder etwas zu hinterlassen noch zu erben haben. Das Erbgut des Staats, das sich hauptsächlich aus den großen aristostratischen Verlassenschaften, die beim Mangel directer Erben dem Staat zuzsfallen hätten, bilden soll, ist zu verwenden zur Ausstattung theils von wohlsthätigen Anstalten, theils von Personen, die sich um den Staat, um die Wissenschaft oder Kunst oder um das Wohl der Menscheit oder doch der unteren Klassen große Verdienste erworben haben. Durch diese Vorschläge beabsichtigt Bluntschli einerseits der übermäßigen, zuletzt ebenso unsinnigen als verderblichen Anhäusung von unsruchtbaren Erbschätzen in einigen wenigen Händen vorzubeugen und andererseits der überhandnehmenden Verarmung der vermögenslosen Arbeiterbevölkerung entzegenzuwirken.

Bu den jüngsten Bertretern einer Erbrechtsreform im obigen Sinn gehören v. Scheel und A. Wagner. Von einem ähnlichen Ausgangspunkt ausgehend wie Bluntschli gelangt v. Scheel 13) auch zu ähnlichen Resultaten wie dieser, indem er das bestehende Pflichttheilsrecht nicht nur — in veränderter Gestalt – beibehalten, fondern zum Theil auch noch ausdehnen will. Und zwar beibehalten: zu Bunften der Frau, der Kinder und Eltern, in den beiden letzteren Fällen jedoch mit der Beschränkung auf die versorgungsbedürftigen Kinder und Eltern. Ausdehnen: auf einige weitere Berwandtschaftsgrade, wobei die Pflichttheile um fo kleiner werden follen, je entfernter der Bflichttheilsberechtigte mit dem Erblaffer verwandt ist, sowie ausdehnen auch auf den Staat und die Gemeinde. Was zunächst die Umwandlung des bisherigen Pflichttheilsrechts der Kinder und Eltern in ein über das Leben des Erblaffers hinausreichendes Recht auf Alimentation betrifft, so wird dieser Vorschlag durch die Erwägung gestützt, daß wie jeder Familien= vater bei Lebzeiten die Pflicht hat für feine hilfsbedürftigen Kinder und Eltern zu sorgen, so auch nach seinem Tode der Nachlaß in erster Linie diesem Zweck dienen muß. Es darf demnach die Testirfreiheit keineswegs so weit getrieben werden, daß Jemandem das Recht eingeräumt werde, unselbstständige resp. ernährungsbedürftige Rinder und Eltern, seien sie nun der Erbschaft würdig oder nicht, zu enterben und der Gesammtheit zur Laft zu legen. Nur soweit die wirthschaftliche Grundlage der engeren Familie bereits gesichert oder eine solche Familie im engern Sinn nicht vorhanden ist, soll das Erbrecht eine Betheiligung anderer an der hinterlaffenschaft gestatten. Zu diesen rechnet v. Scheel auch die weiteren Berwandten, denen er in Ermangelung von Kindern und Eltern ebenfalls ein Pflichttheilsrecht geben will, weil nach der unbestritten herrschenden Ueberzeugung die Familie in der Gegenwart der Stärfung und Rräftigung burch alle zweckmäßigen Mittel, also auch durch das Erbrecht bedarf. Mit den näheren und weiteren Bermandten follen bann aber zugleich auch ber Staat und die Gemeinde als Erben concurriren. Und zwar wird dieses öffentliche

¹³⁾ H. von Scheel, Erbichaftssteuern und Erbrechtsreform. 2. Ausgabe. Jena 1877. H. von Scheel, Bollswirthschaftliche Bemerkungen zur Resorm bes Erbrechts, in Hirths Annalen bes Deutschen Reichs. 1877. S. 97 ff.

Erbrecht folgendermaßen begründet. Eigenthum und Erbrecht verdanken ihren praktischen Bestand den Rechtsanstalten des Staats. Dies gilt besonders von bem Erbrecht, das von Scheel als eine fünstliche Erweiterung des Gigenthumsrechts über den Tod des Bermögensbesitzers hinaus aufgefaßt wird. Ferner hat die Gesammtheit, als deren Repräsentant der Staat gelten darf, ihren von dem Einzelnen faum gewußten und noch weniger flar erfannten Antheil an dem Bermögenserwerb desselben. Auf diese Aftion der Gesammtheit, von v. Scheel als Konjunktur bezeichnet, ist namentlich berjenige Theil des Einkommens zurückzuführen, den man im Gegensatz zum Arbeitseinkommen Renteneinkommen nennen kann. Es schuldet demnach der Einzelne einen rechnerisch freilich nicht genau feststellbaren Theil seiner wirthschaftlichen Erfolge der Gesammtheit. der heutigen Gestaltung der Gesellschaft der Staat vielfach in die Funktionen eintritt, die früher der weiteren Familie zugewiesen waren, so müffen ihm auch mit dem Zuwachs der Pflichten neue Rechte eingeräumt werden. Er kann also sehr gut als Erbe an die Stelle der entfernten Familienglieder eintreten. Durch dieses öffentliche Erbrecht sollen der Gemeinwirthschaft nur Mittel gewonnen werden, auf welche die näher Berechtigten keinen legitimen Anspruch haben. Das Verhältniß zwischem dem öffentlichen und dem Familienerbrecht benkt von Scheel sich in ähnlicher Weise geregelt wie Bluntschli.

Unmittelbar an v. Scheel fnüpft sowohl seine Betrachtung wie seine Borschläge Ab. Wagner 14) an, so jedoch daß daß, was v. Scheel erst als etwas zu Realisirendes hinstellt, von Wagner zum Theil als bereits realisirt angesehen wird. Es erscheint ihm die Erbschaftssteuer bereits in der Gegenwart nicht nur als eine Steuer, sondern "nach einer Seite betrachtet als ein nothwendiges Glied der ganzen Erbordnung." Ihr Ertrag stellt sich schon jetzt dar "als der Antheil am Bolks-vermögen, den der Staat als Vertreter des Volks (oder delegirt vom Staat etwaige beantheiligte Selbstverwaltungskörper) kraft seines Erbrechts aus dem im Erbübergang begriffenen Einzelvermögen bezieht."

Sine weitere Beschränkung des Familienerbrechts durch die Erbschaftssteuer (ober richtiger "durch die öffentliche Erbbetheiligung neben der privaten der Familie") erscheint ihm sodann grundsätzlich und praktisch gerechtsertigt:

1) weil das private Erbrecht kein nothwendiger Bestandtheil des Private eigenthums wie das Gebrauchse. Bertragse und Schenkungsrecht, sondern ein selbstständiges Privatrechtsinstitut neben dem Eigenthum ist, das noch offenbarer und direkter wie das Privateigenthum selbst als Produkt des Staatswillens erscheint und daher auch von diesem entsprechend den Bedürfnissen des Volkslebens gestaltet werden kann 15);

¹⁴⁾ Ab. Wagner, Finanzwissenschaft. Thl. 2. 2. Auflage. Beibelberg 1880. S. 476 ff.

¹⁵⁾ Noch in seiner im J. 1879 erschienenen Grundlegung (A. Wagner, Lehrsbuch ber politischen Dekonomie. Bb. 1. Allgemeine ober theoretische Volkswirthschafts= lehre. Erster Theil: Grundlegung. Leipzig und Heidelberg 1879. § 286) hatte Wagner das Erbrecht zu den Kategorien des Eigenthumsrechts gerechnet. Doch bemertte er schon damals, daß das Erbrecht von den Rechtsphilosophen und den Vertretern der positiven Rechtswissenschaft nicht allgemein als Bestandtheil des Eigenthums, sondern von einigen derselben als selbständiges Privatrechtsinstitut angeschen

2) weil diese Bedürfnisse sich in der neueren Zeit wesentlich geändert haben, indem die Familie und das Geschlecht aufgehört haben für den Einzelnen diejenige Bedeutung zu besitzen, die sie früher für ihn hatten, und indem das Eigenthum sowie das Erbrecht sich gegenwärtig von der strengen Familien= und Geschlechter=

ordnung immer mehr ablösen;

3) speziell vom steuerpolitischen Standpunkt sucht Wagner die Erbschaftsfteuer sodann zu rechtsertigen, indem er davon ausgeht, daß wir uns in einem Zeitalter des Individualismus befinden. Nach der heutigen Auffassung ist der Anfall einer Erbschaft für den Erben resp. eines Legats für den Legatar nichts anderes als ein Erwerb ohne Gegenleistung, der die wirthschaftliche Leistungsfähigkeit des neuen Besitzers steigert. Beil das Individuum in Folge des bestehenden Erbrechts, das ja nur ein Produts des Staatswillens ist, erwirbt, so hat es sür diesen Erwerd in der Erbschaftssteuer dem Staat einen Antheil

abzugeben.

Um weitesten in der Negation des bestehenden Erbrechts gehen, wenn von Bazard und Laffalle abgefehen wird, Friedr. A. Lange 16) und J. St. Mill 17). Lange würde die Gesellschaft für berechtigt halten den Erwerb durch Erbschaft zu verbieten, wie sie den Erwerb durch Raub, Lotteriegewinn u. f. w. verbietet, sofern sich nämlich allgemein die Rechtsüberzeugung verbreiten sollte, daß der Erwerb von Gütern auf anderem Wege als auf dem der Arbeit unmoralisch und gefährlich ist. Eine ruhigere Betrachtung ber Menschen und Dinge, wie sie wirklich sind, läßt ihn dann aber von diesem weitgehenden Postulat absehen und seine Forderungen weniger hoch stellen. "Fallen muß auf Seite des testamentarischen Erbrechts jedenfalls die Bermachung unter beliebig fortwirkenden, vom Erblaffer für alle Zukunft vorzuschreibenden Bedingungen und auf Seite bes Inteftaterbrechts die Erbberechtigung bes gesammten Stamms bis auf die Seitenlinien hinaus." Daß diese Reform= gedanken über lang oder furz ihren Ausdruck in der Gefetgebung finden werden, bavon ist Lange fest überzeugt, weil schon in der Gegenwart weder der germanisch= mittelalterliche noch der römisch-justinianeische Begriff des Erbrechts dem modernen Dagegen meint er, daß das Recht ber Schenkung auf Geist mehr entspricht. den Todesfall und das ber Uebertragung bes Besitzes von den Eltern auf die Kinder fich muthmaglich auch im stärksten Sturm behaupten werde; nur hält er es nicht für unwahrscheinlich, daß den lettwilligen Berfügungen über sehr große Vermögen in Zukunft eine Schranke gezogen werde.

Für diesen letteren Gedanken war schon früher J. St. Mill, der im Uebrigen ein Anhänger der freien Testirbefugniß ist, lebhaft eingetreten. "Sollte ich ein Gesetzbuch entwerfen, sagt Mill, in Gemäßheit dessen, was mir an und für sich als das Beste erscheint, ohne Rücksicht auf bestehende Meinungen und Gefühle, so würde ich keine Beschränkung dafür aufstellen, worüber einer durch Testament verfügen dürfe, sondern nur darüber, was einer durch Bermächtniß oder Erbschaft solle erwerben dürfen."
"Ich sehe nichts Berwersliches darin, daß man eine Grenze feststellt, dis zu

werbe. Aber mährend er felbst damals noch geschwantt zu haben scheint, hat er in seinem Lehrbuch der Finanzwissenschaft, 2. Aufl. 1880, sich nunmehr entschieden biesen letzteren beigesellt.

¹⁶⁾ A. Lange, Die Arbeiterfrage. 3. Ausl. Winterthur 1875. S. 278 ff. 17) J. St. Mill, Grundsätze ber Nationalötonomie. Deutsch von Soetbeer. Bb. 1. Leipzig 1869. Buch 2. Cap. 2. § 3-4.

ber jemand lediglich durch die Gunst anderer ohne irgend welche Anstrengung seiner eigenen Fähigkeiten soll erwerben dürfen." "Ein solches Gesetz würde übrigens ohne Kraft sein, wosern nicht die Gesinnung des Bolks ihm energisch zur Seite stände."

Das Intestaterbrecht der Blutsverwandten ist Mill keine Consequenz des Privateigenthums, sondern nur ein Institut, das aus Zweckmäßigkeitsrücksichten eingeführt ist. Ein Notherben- und Pflichttheilsrecht läßt er nur in ganz des schränktem Maße zu. Kinder sollen aus dem Nachlaß ihrer Eltern allenfalls beanspruchen können, was ein Vater anerkanntermaßen seinem unehelichen Kinde schuldig ist: also die Alimentation im Fall der Hilfsbedürstigkeit.

Alles Uebrige könnte — sofern darüber nicht letztwillig verfügt worden ift, was jedem Gigenthümer freistehen soll — "mit Fug und Recht den gemein=

nützigen Zweden des Gemeinwesens zugewiesen werden."

#### b. Kritit ber Reformvorschläge.

Indem wir uns hiermit zur Besprechung der auf die Ausdehnung des Pflichttheilsrechts sowie auf die Begründung eines öffentlichen Erbrechts mit absolutem Zwangscharakter gerichteten Borschläge wenden, haben wir zunächst vorauszuschicken, daß die Frage der Erbschaftsbesteuerung nur insofern in den Kreis unserer Betrachtung fällt, als die Erbschaftssteuer von einigen der oben genannten Schriftsteller als "ein nothwendiges Glied der gesammten Erbordnung" und nicht nur als eine besondere Form der Verkehrssteuer aufgefaßt wird, oder doch insofern, als die Erbschaftssteuer, was übrigens mit der obigen Auffassung im Wesen zusammenfällt, den Uebergang zu einem öffentlichen Erbrecht bilden soll.

Bevor wir im Einzelnen auf die für die obigen Borschläge beigebrachten Gründe näher eingehen, sei noch in Kürze zweier Grundauffassungen gedacht, von denen die Argumentation der meisten Vertreter einer Erbrechtsresorm allgemein beherrscht wird.

Zunächst gehen dieselben davon aus, und einige wie z. B. A. Wagner sprechen es ausdrücklich aus, daß wir in einem Zeitalter des Individualismus leben. Demnach ist auch ihre ganze Argumentation eine rein individualistische.

Unter dem Individualismus verstehen wir einestheils die sich im Leben geltend machende Tendenz, den Einzelnen möglichst auf sich zu stellen und ihn von den Einstüffen derzenigen Kreise, in die er durch Geburt und Beruf hineingestellt ist, zu emancipiren; dann aber bezeichnen wir mit diesem Stichswort auch diesenige Auffassung, welche in den wirthschaftlichen, sozialen und politischen Verbänden nur ein Aggregat einzelner Individuen erblickt und der Bedeutung dieser Verbände für die Existenz des Einzelnen nicht genügend Rechnung trägt.

In diesem gegenwärtig herrschenden Individualismus erblicken wir einen Krebsschaden des Lebens und zugleich einen Irrthum der Wissenschaft.

Bon diesem Frethum sucht übrigens die Wissenschaft unserer Tage sich zu emancipiren, obgleich sie nur zu leicht immer wieder in den alten Fehler zurücksällt. Der Wissenschaft sucht dann auch das Leben, wenn auch fürs Erste nur unentschlossen und ungeschickt, zu folgen.

Schriften XX. - v. Dia & fom &ti, Grundeigenthumsvertheilung.

Wenn dem so ift, so vermögen wir in dem Umstande, daß wir in einem Zeitalter des Individualismus leben, kein Argument für eine Maßregel zu entenehmen, die den Individualismus noch weiter befördert, indem sie auf die weitere Zersetzung eines der stärksten Verbände — der Familie — gerichtet ist. Daß diese Besürchtung in Beziehung auf die vorgeschlagene Erbrechtsresorm in der That begründet ist, werden wir weiter unten zu zeigen haben.

Ist die menschliche Gesellschaft, wie wir doch heute allgemein annehmen, kein von unadänderlichen Naturgesetzen, sondern ein von veränderlichen Kulturgesetzen und namentlich von dem Sitten= und Rechtsgesetz beherrschtes Gebilde, so werden wir einer in derselben zu Tage tretenden, nach unserer lleberzeugung schädlichen Tendenz nicht satalistisch gegenüberstehen oder gar diese Tendenz unsererseits durch neue in derselben Richtung wirkende Maßregeln fördern dürsen, sondern wir werden sie mit allen zulässigen Mitteln bekämpsen müssen.

Ein zweiter Bunkt, den wir hier vorläufig erledigen wollen, betrifft die Stellung des Staats und speziell der Gesetzebung zum Privateigenthum und

Erbrecht.

Das Eigenthum und in noch höherem Grade das Erbrecht, so sagen die meisten Vertreter der Erbrechtsreform, sind eine Schöpfung des Staats und weil sie das sind, so dürsen sie auch von dem Staat beliebig abgeändert werden.

Ist das richtig oder in welchem Sinn vielmehr ist es richtig?

Wir meinen die eben erwähnte Ansicht dadurch am besten zu kritistren, daß wir ihr unsere eigene Ansicht über die Stellung des Staats zum Eigensthum und zum Erbrecht gegenüber stellen. Und zwar wird dies am zwecksmäßigsten geschehen in Anknüpfung an eine analoge Erscheinung auf dem Gebiet des Verkehrswesens.

Wie das Geld — wozu jeweilen die kurrenteste und aufbewahrungsfähigste Waare dient, indem sie als Werthmaßstab, Zahlungs: und Werthausbewahrungs: mittel benugt wird — sich zuerst ohne Intervention des Staats aus einem innern Verkehrsbedürsniß dei jedem Volk auf einer bestimmten Entwickelungsstuse einzustellen pslegt, dann aber die volle Sicherheit und Präzision seines Gebrauchs erst dadurch erhält, daß ihm der Charaster eines gesetzlichen Zahlungs: mittels, der Zwangsturs durch den Staat beigelegt wird, ähnlich auch das Eigenthum und das Erbrecht.

Auf einer gewissen Kulturstufe stellen sich diese Rechtsinstitute von selbst ein und werden dann wieder ihrerseits zur Voraussetzung und Bedingung weiterer Kulturentwickelung. Indem der Staat ihnen dann ausdrücklich die Sanction ertheilt und seinen Schutz verleiht, schafft er sie nicht erst, sondern giebt ihrer Amvendung nur die nöthige Festigkeit. Doch bleibt in Zeiten höherer Kultur dieser Sinsluß des Staats nicht auf die Garantie und Anserkennung des Sigenthums und Erbrechts beschränkt, sondern er pslegt dei aller Anerkennung ihrer Prinzipien ihre Form entsprechend den Bedürfnissen des sittslichen und wirthschaftlichen Lebens auch umzubilden. Und wo der Staat dies rechtzeitig zu thun unterläßt, da bahnt sich das etwaige Bedürfniss nach einer Veränderung der Rechtssorm von Innen heraus durch das Gewohnheitsrecht Bahn, falls das Geseschnheitsrecht nur einer solchen Entwickelung Raum läßt.

Daß die Gestaltungen des Eigenthumsrechts bei verschiedenen Bölfern auf gleicher Kulturstufe sich viel ähnlicher zu sehen pflegen, als die des Erbrechts, ist darauf

zurückzuführen, daß im Erbrecht das perfönlich-individuelle Element viel stärker hervortritt als im Sigenthum. In dem Erbrecht eines Volks spiegelt sich die Bolksseele, spiegeln sich die Schickslale des Bolks viel deutlicher ab als im Sigenthum. Aus diesem zwischen dem innersten Leben eines Volks und dem Erbrecht bestehenden Zusammenhang folgt dann, daß der Staat bei etwaigen Resormen desselben möglichst schonend zu versahren hat, ja daß er bei Erbrechtsresormen noch viel behutsamer vorzugehen hat, als bei einer Resorm des Sigenthums im engeren Sinne.

In keinem Fall aber wird er die Cigenthums- und Erbrechtsgesetzgebung benutzen dürsen, um im Gegensatz zu den vorhandenen wirthschaftlichen Bedürsnissen sowie zu den Ueberzeugungen des Volks über das, was gut und gerecht ist, bestimmte außerhalb dieses Gebiets liegende Zwecke zu verfolgen.

Ein solches Experiment hat die französische Revolution unternommen, indem sie zuerst die Testirbesugniß ganz aushob und dann wenigstens unnatürlich beschränkte. Und eines solchen Experiments würde sich der Staat heute wieder schuldig machen, wenn er das geltende Familienerbrecht, soweit dasselbe von dem Zusammengehörigkeitsgesühl der Familienglieder getragen wird, zu Gunsten des Staats beschränken oder gar beseitigen wollte. Das Ziel wäre in letzterem Kall sehr ähnlich demjenigen, das die französische Revolution bei Durchsührung ihrer Erbrechtsresorm ins Auge gesaßt hat: nämlich ein nicht auf dem eigentlichen Gebiet des Eigenthums und Erbrechts liegendes, indem dieses letztere Institut nur benutzt werden würde, um eine Umbildung der Gesellschaft zu bewirken d. h. vorhandene Bermögensungleichheiten zu nivelliren und zukünstige Vermögensungleichheiten nicht aufkommen zu lassen, was ja der Ausgangspunkt für die Resorm bei sast allen Vertretern derselben ist.

Wir begreifen es, wenn man sich dieses Ziel steckt und es durch Maßregeln der Bolkswirthschaftspolitik zu erreichen sucht; wir können es aber nicht billigen, wenn das Sigenthums- und Erbrecht, welches nur der Ausdruck vorhandener wirthschaftlicher Zustände und Rechtsüberzeugungen sein soll, zu einem politischen Hebel gemacht wird.

Indem wir jetzt auf die einzelnen Vorschläge und ihre Begründung näher einzugehen suchen, beginnen wir mit den Vorschlägen der St. Simonisten.

Wer, wie der St. Sinnonist Bazard, als das Haupthinderniss einer gerechteren und beshalb bessern Ordnung der Gesellschaft, als die gegenwärtige es ist, in der die Erwerbsmittel nach dem Masstade der Fähigseiten zu lebenslänglicher Nutzung vertheilt sein sollen, das Privateigenthum und das Erbrecht sowie die Familie ansieht, der wird nur consequent handeln, wenn er zunächst das Erbrecht und dann das Privateigenthum zu beseitigen oder doch wenigstens zu schmälern sucht. Denn das Erbrecht schließt sich naturnothwendig an das Privateigenthum an und macht nach Bazards Auffassung die Erwerbsmittel zu einem Geburtsprivizlegium. Das Erbrecht in seiner gegenwärtigen Gestalt steht und fällt aber wieder mit der Familie, einer Institution, die nach Bazard die Hälfte des Menschengeschlechts subalternisitt sowie die freie ungebietbare Liebe in thrannische Fesseln schlägt und deschalb in ihrer heutigen Gestalt ebensalls verschwinden muß. Wie Bazard so bekämpst auch Ensantin die Familie, indem er an ihre Stelle das unbescharkte Berufsrecht der Weiber sowie die freie Ehe unter Bindung und Lössung des

Staats je nach der längeren oder fürzeren Dauer der sympathischen Neigung setzen und die Jugend ausschließlich in öffentlichen Erziehungshäusern erziehen lassen möchte. Wer also ein Gegner des Privateigenthums und der Familie in ihrer heutigen Bedeutung und Gestalt, dieser Grundpseiler unserer sittlichen und wirthschaftlichen Ordnung, ist, der handelt nur consequent, wenn er mit der Beseitigung des Erbrechts beginnt. Ist erst dieses gesallen, so solgen die Familie und das Privateigenthum, denen damit ihr Lebensnerd durchschnitten worden ist, von selbst nach. Auch läst sich leicht begreisen, das Ensantin im Hindlick auf die augenblickliche Undurchsührbarteit seiner letzten Gedanken darauf verzichtet, das Erbrecht auf einmal abzuschaffen und sich vorläusig damit begnügt, einen Theil der Erbschaft sür die Gesammtheit zu beanspruchen, indem er zu diesem Zweck das der bestehenden Rechtsauffassung am wenigsten zuwiderslaufende Mittel, das der Erbschaftsbesteuerung, wählt.

Dagegen sinden wir es weniger consequent, wenn diejenigen, welche auf dem Boden des Brivateigenthums und der heutigen Familie stehen, sich dennoch von der Jdeenrichtung der St. Simonisten theils direkt theils indirekt so weit beeinflussen lassen, daß sie der Einführung eines mit dem Familienerbrecht, das sie wenigstens für die nächsten Blutsverwandten des Erblassers beibehalten wissen wollen, concurrirenden öffentlichen Erbrechts das Wort reden. Vollends unhalts dar aber erschelichen uns, wenn sie in der bisherigen Erbschaftssteuer sowie in einigen erbrechtlichen Bestimmungen der Gegenwart und der Vergangenheit bereits die nöthigen Ansätze zu besitzen wähnen, welche consequent weiter entwickelt nothswendig zu einem öffentlichen Erbrecht führen müßten.

Was zunächst die Stellung der Vertreter dieser neuesten Resormvorschläge zum Familienerbrecht betrifft, so wollen die meisten das Erbrecht nur der entsfernteren Blutsverwandten beseitigt, ja einige wenige es sogar nur durch eine hohe Erbschaftssteuer oder ein concurrirendes öffentliches Erbrecht stark eingeschränkt wissen.

So sagt Baron über das Erbrecht der De= und Ascendenten sowie der Ehegatten in treffender Weise: "Auf der Hand liegen die Gründe für das Erbrecht der Kinder gegenüber den Eltern. Kinder sind Geschöpfe ihrer Eltern, sie empfangen von ihnen ihr Dasein nach allen Richtungen: ihren Körper, ihre geistige Anlage, ihre Erziehung, ihre Neigungen; Kinder setzen die Persönzlichteit ihrer Eltern fort; Kinder empfangen schon bei Lebzeiten, was diese entzbehren können, also nach deren Tode, was durch den Tod frei geworden ist: das ist eben das Bermögen, der Nachlaß."

"Eltern und Kinder stellen zwei Generationen dar; die Menschheit entwickelt sich in Generationen; die frühere zeugt die spätere und übergiebt ihr den Fonds, den sie an geistigen und materiellen Gütern angesammelt hat; Sitte und Unsitte, Kenntnisse und Unwissenheit, Körperfraft und Verstandesschärse gehen von der älteren Generation auf die jüngere über; wie dürsen da die Rechtsverhältnisse hinter all diesem zurück bleiben? Das empsinden wir auf das lebhafteste; denn in des Menschen Brust lebt das Gefühl, daß die Eltern für ihre Kinder arbeiten und sammeln." — "Nicht minder leicht ist das Erbrecht der Eltern gegenüber den Kindern zu erklären. Es beruht auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit. Wenn Kinder sterben und selbst keine Kinder hinterlassen, so ist es recht und billig, daß ihr Nachlaß an ihre Eltern falle; häusig nehmen

diese nur wieder zurück, was, nachdem es von ihnen ausgegangen war, sich eine Beit lang selbständig entwickelt hatte; andererseits ist das Erbrecht der Eltern ein Lohn für die unzähligen Leiftungen, welche die Kinder von ihnen empfangen und welche oft genug bis zur Selbstaufopferung gehen; sie brauchen nicht mit Worten geschildert zu werden; wir alle empfinden ihre Nothwendigkeit."

Baron schließt sich bei dieser seiner Begründung des Erbrechts an die deutschen Rechtsphilosophen seit Segel und an Proudhon an, welcher letztere fich über das Eigenthum und Erbrecht folgendermaßen vernehmen läßt: Die Generationen der Menschen sind nicht isolirt wie die Bäume einer Allee, ein geistiges Band umschließt sie und macht sie solidarisch; blos das Individuum stirbt; derjenige, welcher an der Civilisation arbeitet, ift ewig; er empfängt von feinen Vorfahren ein Kapital von Arbeiten und Ideen, das er vermehren muß; Die Rehrseite davon ift das Erbrecht. Wenn die Aufgaben des Baters auf den Sohn übergehen, warum nicht auch sein Vermögen? Das Erbrecht ist eine ältere Institution als ber Staat und seine Beseitigung mare ber gouverne= mentale Communismus, die Auflösung der Gesellschaft und der Familie 18).

Und auch F. A. Lange, dem das Erbrecht nur eine Schöpfung des positiven Rechts ist und der seine Beseitigung für möglich hält, ohne das Eigenthum zu verletzen, anerkennt doch, zum Theil im Widerspruch mit dieser Annahme, "daß das Brinzip der Bererbung vielleicht zu tief in der menschlichen Ratur begründet ift, um jemals seine Geltung verlieren zu können", so "daß das Recht der reinen Schenfung auf den Todesfall und die Uebertragung des Befitzes von den Eltern auf die Kinder muthmaklich auch im stärksten Sturm bestehen bleiben werde" 19).

Noch weiter in der Anerkennung des Familienerbrechts geht dann ein Theil der übrigen oben angeführten Schriftsteller, wenn fie dasselbe auch für einen weiteren Kreis als den der De= und Afcendenten anerkennen.

Trotdem wünschen sie alle ein mit dem Familienerbrecht der nähern Ver= wandten concurrirendes öffentliches Erbrecht zu begründen und das Familien= erbrecht der weiteren Verwandtschaftsgrade zu beseitigen oder doch bis zur Abforption zu besteueren.

Ein solches Postulat zu motiviren ist freilich nur möglich, wenn man dem

Erbrecht eine gang neue Basis giebt.

Nicht aus der Blutsgemeinschaft und der sich aus dieser ergebenden Ver= bindung unter den Blutsverwandten, auch nicht aus dem allgemein giltigen Prinzip der Bererbung, das im Erbrecht nur feinen rechtlichen Ausdruck für die Güterwelt der Familie gewinnt, suchen die meisten der oben angeführten Reformvorschläge das Erbrecht abzuleiten. Sie fassen dasselbe vielmehr meist als eine wirthschaftliche Gegenleiftung des Erblaffers für die von ihm seitens eines bestimmten Kreises von Personen (Blutsverwandte) oder seitens bestimmter Institute (Gemeinde und Staat) empfangenen Dienste fittlicher, geistiger, namentlich aber wirthschaftlicher Natur auf. Da nun aber

¹⁸⁾ Baron, Angriffe u. s. w. S. 3, 4, 20, 21. Proud hon, Théorie de l'impôt. Paris 1868. S. 149, 150.
19) Friedr. A. Lange, Die Arbeiterfrage. 3. Aust. Winterthur 1875.

S. 287.

heutigen Tags die entfernteren Verwandten keinerlei Leistungen für den Erblasser aufzuweisen haben, Staat wie Gemeinde dagegen in ebenso mannigsaltiger wie tieseingreisender Weise das Leben und vor Allem auch die Wirthschaft jedes ihrer Bürger fördern, so musse an Stelle des Erbrechts der Blutsverwandten ganz oder theilweise das Erbrecht der öffentlichen Verbände treten.

Es liegt hier mit einem Wort das Bestreben vor, das Recht der Geburt — wosür das Erbrecht bisher gilt — in ein Recht des Verdienstes umzuwandeln.

Bollten die betreffenden Bertreter der Erbrechtstesorm consequent sein, so müßten sie, soweit sie das Erbrecht als Gegenleistung des Erblassers sür eine Leistung des Erben auffassen, auch das Erbrecht der meisten Blutsverwandten beseitigen. Denn von diesem Standpunkt läßt sich heutigen Tags allenfalls das Erbrecht der Ascendenten rechtsertigen, weil in der That diese ihren Kindern in der Regel mehr oder minder große wirthschaftliche Opfer gebracht haben werden. Dagegen ist dem Erbrecht der meisten übrigen Personen durch obige Begründung die Basis entzogen worden. Denn wo sind heutzutage — wenn man vom Bauernstande absieht — die Söhne und Töchter oder gar die entserneren Berwandten zu sinden, die gleich dem Staat und der Commune zur Entstehung und Erhaltung des den Nachlaß bildenden Bermögens beigetragen haben? Und soweit dies ausnahmsweise wirklich geschehen sein sollte, wie eben im Bauernstande, so haben die in der Birthschaft des Familienwaters beschäftigten Kinder und weiteren Berwandten ihren vollen Lohn für ihre Leistungen gewöhnlich schon bei Ledzeiten erhalten.

Sodann leidet die obige Begründung noch an dem Mangel, daß das Erberecht überhaupt als ein wirthschaftlicher Entgelt aufgefaßt wird, während es doch nichts anderes ist als die freie Uebertragung von Bermögenstheilen des Erblassers nach seinem Tode an die nächststehenden Personen, denen er auch bei Ledzeiten freithätig und freigiedig Zuwendungen machen kann, nicht um eines wirthschaftlichen Vortheils willen, sondern weil er sie gezeugt hat oder weil sie von einem gemeinsamen Stammvater abstammen oder weil sie ihm sonst durch

Bande der Zuneigung verbunden sind.

Und was das angeblich durch die Leistungen des Staats begründete Anrecht desselben auf eine Gegenleistung aus dem Bermögen des Ginzelnen betrifft, so wird dieses ja bereits auf dem Wege der Besteuerung befriedigt, ohne daß es hierzu noch der Ginführung eines besonderen öffentlichen Erbrechts bedürfte.

Endlich leidet der Vorschlag eines öffentlichen Erbrechts an dem Fehler, daß er die Sphäre der Familie auf Kosten der des Staats einschränkt. Man wende uns nicht ein, daß die Gesetzgebung, wenn sie den obigen Borschlag acceptirte, nur einen faktischen Zustand zum rechtlichen Ausdruck bringen würde. Dem ist nicht so. Mag man auch immer zugeben, daß der weiteste Familiensverband, die Sippe, gegenwärtig größtentheils ihre Bedeutung verloren hat, so bestehen doch die Beziehungen innerhalb des engeren oder eigentlichen Familiensverbands noch heute vielsach in alter Junigkeit fort. Und zwar gilt dies keinesswegs nur für das Verhältniß von Eltern und Kindern. Kinderlosen Personen süllen die Eltern, Geschwister und deren Kinder häusig die Lücke aus, die durch das Fehlen eigener Kinder in ihrem Leben entsteht.

Während das Berhältniß zwischen Eltern und Kindern, Großeltern und Enkeln, zwischen Geschwistern sowie zwischen Bater- und Mutter-Brüdern und -Schwestern und ihren Richten und Nessen, ja bisweilen auch unter den weiteren Berwandten, noch heute fortbesteht, haben sich nur die Formen, in denen dieses Gemeinschaftsgefühl sich äußert, sowie die Stellung der Familie

zum Staat geändert.

Aus dieser veränderten Stellung der Familie zum Staat, die sich daraus ergiebt, daß der letztere eine ganze Reihe von Funktionen, die früher der Familie oblagen, an sich gezogen hat, ist jedoch unseres Dafürhaltens für das Erbrecht gar nichts zu folgern; sofern man nur nicht dieses, wie seitens sast sämmtlicher Vertreter der Erbrechtsresorm geschieht, auf eine salsche Basis stellt.

Und soweit der engere Familienverband heute wirklich geschwächt ist, ist dies eine so wenig erfreuliche Erscheinung, daß der Staat diesen Prozes durch

seine Gesetzgebung nicht noch begunftigen follte.

Er würde dies aber thun, wenn er die Sphäre der Familie auch auf dem Gebiet des Erbrechts künstlich zu Gunsten der des Staats einengen wollte. Dies hieße, um eine Ad. Wagner'sche Terminologie zu gebrauchen, einem falschen oder wie wir mit Gustav Cohn zu sagen vorziehen möchten, dem Socialismus Vorschub leisten.

Die Exhaltung unserer heutigen in ihrem Bestande schwer bedrohten Gessellschaft hängt nicht nur ab davon, ob sich das Individualitätsprinzip zum Gemeinschaftsprinzip, sondern auch davon, ob sich die verschiedenen Organe des Gemeinschaftsprinzips zu einander in ein richtiges Verhältniß zu setzen im Stande sein werden. Das Uebersehen dieses letzteren Punkts hat unseres Ersachtens zu manchem Jrrthum in der socialen und politischen Theorie des letzten Jahrhunderts Anlaß gegeben.

Als die den Einzelnen in seiner Rechtssphäre am wenigsten beeinträchtigenden, ihm am nächsten stehenden und zugleich wirksamsten Träger des Gemeinschaftsprincips erscheinen uns die auf der Blutsgemeinschaft, der Berussgenossenschaft und dem nachbarlichen Zusammenleben beruhenden Berbände. Erst soweit diese die aus dem Gemeinschaftsprincip abzuleitenden Aufgaben nicht erfüllen können,

sollte der Staat resp. die Staatenverbindung eintreten.

Die französische Revolution und die von ihr zur Herrschaft über die Bölker entbundene Jdeenwelt hat, indem sie das Individuum auf den Schild erhob, die Berufsgenossenschaft und die Corporation der Nachbarn aufgelöst oder doch beide zur Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und zugleich der Familie durch den

Bersuch ihrer Atomisirung die Art an die Wurzel gelegt.

Die solchergestalt sich in ein Aggregat von Individuen auflösende Gesellschaft kann aber des Gemeinschaftsprincips gleichwohl nicht entrathen und zum alleinigen Träger desselben wird, da die dem Einzelnen am nächsten stehenden Organe theils vernichtet, theils geschwächt worden sind, der Staat, als das mächtigste unter den übrig gebliebenen Organen. Naturam surca expellas, tamen usque recurret. So ist der einseitige Individualismus, ein Kind des Aufslärungszeitalters, seinerseits wieder zum Vater des ebenso einseitigen, mechanischen und freiheitsseindlichen Staatssocialismus geworden. Manchesterthum und Staatssocialismus reichen sich insofern die Hände, als der Ausgangspunkt — das Individuum, seine höchste Lust und sein gleiches Recht — und das letzte Ziel — die Zertrümmerung der kleineren dem Einzelnen zunächst stehenden Verbände — bei beiden dieselben sind.

So gestaltet sich denn der große Kampf der Gegenwart zu einem Kampf zwischen diesen kleineren Verbänden und dem Staat. Erst wenn die ersteren vollständig am Boden liegen sollten, wird der Kampf zwischen dem Sinzelnen und dem omnipotenten Staat beginnen, ein Kampf, dessen Ausgang uns nicht

zweifelhaft ist.

Die vorgeschlagenen Resormen bewegen sich nun alle in der Richtung, die Familie auf Kosten des Staats zu schwächen. Mag v. Scheel auch immer der Ueberzeugung sein, daß die Erweiterung des Pflichttheilsrechts der Familie den Familienverdand stärken werde: wir leben nicht mehr in einer Zeit, in der, wie einst in der Periode der Bolksrechte, die mit mannigsachen öffentlichen Elementen durchsetzte Familie das Zwangserbrecht vertragen und die Macht der wirthschaftlichen Bershältnisse und der Sitte dasselbe faktisch überwinden und illusorisch machen könnte. Und wenn ferner Baron das mit dem Erbrecht der Seitenverwandten concurrirende öffentliche Erbrecht oder die Erbschaftssteuer des Staats als eine Mahnung für diese weiteren Berwandten auffaßt, die Familienbeziehungen wieder aufzunehmen, so fürchten wir im Gegentheil, daß dieses neueste Experiment die weitere Zersegung der Familie nicht aufhalten, sondern vielmehr begünstigen werde.

Schaffe man das Erbrecht für die entfernten Berwandtschaftsgrade ab, wenn zwischen solchen Erben und dem Erblasser kein Gesühl der Gemeinsamkeit mehr besteht; aber man thue dieses nur nach genauester Prüfung der betressen verhältnisse, sonst würde der Nachtheil, der durch die Schwächung des noch vorhandenen Familiensinns für das sittliche Boltsleben entstehen könnte, leicht größer sein, als der materielle Vortheil, der dem Staat aus dem Anfall solcher herrenlos gewordener Verlassenschaften erwächst. In dubio entscheide man sich also Weiterbestehen des geltenden Familienerbrechts oder doch für eine

möglichst geringe Beränderung desselben. Bor allen Dingen aber hüte man sich vor der Einengung der Testirbefugniß des Familienhaupts und damit vor einer Schwächung seiner Autorität, wie dies nothwendig die Folge einer weiteren Ausdehnung der Pflichttheilsrechte und der Begründung eines öffentlichen Zwangserbrechts sein würde. Denn die Stärke und Gesundheit der Familie beruht ebenso sehr auf der Autorität des Familien= haupts wie auf der Innigkeit der unter den einzelnen Familiengliedern bestehen= den Beziehungen. Speziell darüber, wie in Frankreich durch Einengung der Testirbefugniß und durch sonstige Ingerenz des Staats in die Familienangelegenheiten die Autorität des Familienvaters geschwächt und das Familienleben geschädigt worden ist, haben wir bereits im vorigen Abschnitt einige Zeugnisse beigebracht und werden dieselben noch im weiteren Berlauf dieses Abschnitts zu erganzen haben. Das dort Gefagte würde noch in viel höherem Grade für Deutschland zutreffen, wenn man hier an die Seite ber pflichttheilsberechtigten Kamilienglieder noch den Staat und die Gemeinde als Zwangserben stellen würde. Denn diese öffentlichen Organe stehen nach dem Stande des heutigen politischen Bewußtseins bei uns dem Gefühl des Erblassers in der Regel viel ferner, als feine Blutsverwandten und Freunde.

Je weiter der zwangsweise zu Gunften der öffentlichen Körperschaften beliebte Eingriff der Gesetzgebung und Verwaltung in die Vermögenssphäre des Erblassers gehen würde, um so kleiner müßte derjenige Theil des Nachlasses werden, über den zu verfügen dem Erblasser zustände. Damit würde aber nicht nur der

Autorität des Familienhauptes ein wichtiges Mittel seiner Aeußerung genommen, fondern es würden auch indirekt die Wurzeln des Privateigenthums lädirt werden.

Was dieses letztere betrifft, so wird die Rechtsertigung desselben neuerdings immer mehr in dem Dienst erblickt, den es der Gesammtheit leistet, indem es die wirthschaftliche Energie stärkt, die Sparsamkeit entwickelt und damit die Uebertragung von Werthen aus der Vergangenheit in die Zukunft befördert. Durch alle diese Funktionen wird das Privateigenthum zum wichtigen Hebel für eine vollkommenere besser Versorgung der Gesellschaft mit wirthschaftlichen Gütern.

Diese Wirkungen werden aber um so sicherer erreicht, je mehr es dem Einzelnen durch die bestehende Rechtsordnung ermöglicht wird, seine eigensten Gedanken, Gesühle, Wünsche und Bestrebungen nicht nur während seines Lebens, sondern auch über den Tod hinaus in dem von ihm erworbenen Vermögen fortleben zu lassen 20). Je leichter dieses nach der heutigen Rechtsordnung dem Einzelnen gemacht wird, um so höher steht dieses heutige Recht über dem Recht früherer Entwickelungsstusen.

Zu dem heutigen Privateigenthum als sein nothwendiges Correlat gehört bennnach bas Erbrecht. "Das Eigenthum einer Sache kann, sagt J. St. Mill, ohne die Macht, darüber beim Todesfall oder zu Lebzeiten nach eigenem Gut= dünken zu verfügen, nicht als vollständig angesehen werden. Alle Gründe, welche das Bestehen von Brivateigenthum empfehlen, sprechen für eine solche Ausdehnung". Ja mehr als das. Es steht das Erbrecht nach sittlichem und wirth= schaftlichem Maßtabe gemessen, um so viel höher über dem Eigenthum felbst, als die Sorge des Einzelnen für Andere über dem rein persönlichen Egoismus und als die Durchführung eines auf Jahrzehnte berechneten wirthschaftlichen Blans über der ausschließlichen Berücksichtigung des Augenblicks steht. Sehr schön hat diese Bedeutung des Erbrechtes Bluntschli in folgenden Worten charafterisirt: "Nehmt dem Menschen die beruhigende Aussicht des Erbrechts hin= weg und ihr zerstört in demfelben einen der ftarksten Untriebe zur Thätigkeit, zum Fleiß, zu guter Wirthschaft, zur Sparsamkeit. Ihr macht die Elternliebe größtentheils unfruchtbar und greift der Familie ans Leben. Ihr zerreißt die Berbindung der lebenden Geschlechter mit den fünftigen Geschlechtern. Ihr steigert die wilde Selbst- und Genufsucht der Individuen aufs höchste" 21).

Angesichts solcher Erwägungen das Eigenthum als im Naturrecht begründet anzusehen, das Erbrecht aber nur als ein Werk des positiven Rechts aufzusassen, das man von dem Eigenthum trennen und beseitigen könne, wie eine Anzahl der obigen Schriftsteller thun 22), bedeutet in unseren Augen nichts anderes,

²⁰⁾ J. St. Mill, Grunbfäge ber Nationalökonomie. Bb. 1. Buch 2. Cap. 2. § 2. (Deutsche Uebersetzung von Soetbeer. Leipzig 1849.)

²¹⁾ Ob das Erbrecht einen Bestandtheil des Eigenthums bilbet oder ein selbstständiges Privatrechtsinstitut neben diesem ist, scheint uns eine Doctorfrage zu sein, sosern man nur das Erbrecht für untrennbar verbunden mit dem Privateigenthum hält und dem Staat gegenüber dem Erbrecht eine ähnliche Stellung zuweist, wie gegensüber dem Privateigenthum. Das untrennbare Berbundsensein dieser Rechtsinstitute ergiebt sich uns nicht nur auf empirischem Bege durch die historische Ersahrung, sondern auch aus inneren Gründen. Ueber die Stellung des Staats zu Eigenthum und Erbrecht voll. die Aussührungen oben S. 242 im Text.

²²⁾ Bluntichli in ber Gegenwart f. 1879. Nr. 33. Aehnlich auch Geffcen in Schmollers Jahrbuch. Jahrgang V. heft 1. S. 190.

als erflären, daß man das Eigenthum feiner edelsten und besten und zugleich feiner für das wirthschaftliche und sittliche Leben wirksamsten Triebsedern be= rauben könne. Und das Familienerbrecht sowie die freie Testirbefugniß zu Gunsten eines öffentlichen Zwangserbrechts einschränken, beifit wenigstens das Gebiet, auf dem diese Triebsedern am meisten wirksam werden, einengen und damit die Wirksamkeit derselben selbst beschränken. Wenigstens gilt das für folange, als das Gefühl der Familienzusammengehörigkeit und die sonstigen rein person= lichen Beziehungen der Freundschaft, Dankbarkeit u. f. w. ftärker sind, als der Staatssinn. Daß diefer letztere aber gegen den Familiensinn auch in der Gegen= wart noch bedeutend zurücksteht und wohl auch in einer absehbaren Zukunft zurückstehen wird, wird auch dann nicht zu bestreiten sein, wenn man zugeben muß, daß der Staatssinn ober sagen wir lieber das Staatsbewußtsein und das Staatsgefühl bei ben verschiedenen Culturvölkern ber Gegenwart von ungleicher Intensität ist. Wir verstehen nämlich unter bem Staatssinn eine berartige Beherrschung unseres Denkens, Wollens und Handelns durch den Staat und seine Intereffen, daß wir bereit sind, dem Staatswesen nicht nur in Zeiten außergewöhnlicher Gefahr und Noth, sondern selbst im gewöhnlichen Berlauf der Dinge große Opfer zu bringen, Opfer, die wir gleichwohl nicht als solche, sondern als eine naturgemäße, uns obliegende Hingebung empfinden. In dieser Beziehung besteht nun zwar ein großer Unterschied einerseits zwischen den Engländern, Franzosen, Nordamerikanern und Schweizern und andererseits einem großen Theil der Deutschen. Während in der ersteren Gruppe ber Bölker jeder einzelne Bolksgenoffe bas l'état c'est moi in gewissem Sinn auf sich anwendet, oder doch wenigstens die Gemeinde und Familie aufs enaste verwachsen sind und in einander übergehen, stehen sich in Deutschland der Staat und die Gemeinde auf der einen und das Individuum oder vielmehr die Familie auf der anderen Seite im Allgemeinen viel schroffer gegenüber.

So widmet — um diesen Unterschied an einigen Beispielen zu demon= ftriren — in England das einzelne der nobility oder gentry angehörige Mit= glied dem Gemeinwesen einen großen Theil seiner Arbeit, seiner Beit und seines Geldes, so daß dort erst durch diese politische Berwendung der große Reichthum und die höhere sociale Stellung ihre mahre Nobilitirung erhalten. Wogegen derjenige, welcher nahe Berwandte am Leben hat und dennoch namhafte Summen für öffentliche und wohlthätige Zwecke bestimmen wollte, sich der Gefahr aussetzt, nach seinem Tode von einer Jury für verrückt erklärt zu werden. Dagegen pflegt der Einzelne in den Vereinigten Staaten Nordamerikas sowie in der Schweiz — abgesehen von der Theilnahme an der Gesetzgebung, Rechtsprechung und Berwaltung des Staats, die ja in diesen republikanischen Gemeinwesen im eigentlichen Sinne des Worts eine Selbstverwaltung ift — bei wichtigen Abschnitten seines Lebens der Gemeinde oder der ihm sonst nahe stehenden öffent= lichen Anstalten zu gedenken, indem er ihnen mehr oder minder große, im Ber= gleich mit dem, was in dieser Beziehung in andern Ländern geschieht, aber jeden= falls großartige Vermächtnisse zukommen läßt 23). In Deutschland dagegen finden wir zu alledem nur einzelne Anfätze: indem im Südwesten und auch

²³⁾ J. St. Mill, Grundfätze ber Nationalöfonomie. Band 1. Buch 2. Cap. 2. § 4.

über diesen hinaus in den älteren Städten Bergabungen an die Communen und Stiftungen vorkommen und indem in den Städten und im Nordosten auch auf dem Lande Ansätze zu einer lokalen Selbstverwaltung, welche den höheren Ständen größere Opfer an Zeit und Geld auferlegt, vorhanden sind. Im Allzemeinen werden bei uns aber noch immer Dotationen zu öffentlichen Zwecken auf Kosten der nächsten Verwandten als ein Unrecht an diesen begangen, angesehen und ist die Fähigkeit und Bereitwilligkeit zur unentgeltlichen Uebernahme öffentslicher Funktionen wenig verbreitet.

Diese Unterschiede in der Entwickelung des Staats- und Gemeindesinns in dem oben von uns desinirten Sinn dürften übrigens weniger auf ethnologischen Verschiedenheiten als auf dem verschiedenen Alter der politischen Cultur, namentlich aber auf dem verschiedenen Grade, in dem der Einzelne an der

Leitung der Staatsgeschäfte betheiligt ift, beruhen.

Wenn somit der Staatssinn gegenwärtig bei verschiedenen Bölkern und ebenso bei den verschiedenen Bestandtheilen ein und desselben Bolks sehr ungleich entwickelt ist, und wenn namentlich das Verhältniß des Staatssinns zum Familiengefühl hüben und drüben ein sehr verschiedenes ist, so darf daraus wohl gesolgert werden, daß der Staatssinn auch bei denjenigen Völkern, bei denen derselbe noch wenig entwickelt ist, einer größeren Steigerung fähig ist, nicht aber daß dieser Staatssinn das Familiengefühl jemals vollständig verdrängen könnte.

Am ungezwungensten und zugleich am deutlichsten werden das Familienund Staatswußtsein in ihrem jeweiligen Verhältniß zu einander jedenfalls dort zum Ausdruck gelangen, wo man den Staatsbürgern unter Lebenden sowie auf den Todesfall die freieste Disposition über ihr Vermögen gewährt und das Privaterbrecht als dasjenige beläßt, was es heute in einigen Staaten ist, nämlich als ein wahres Familienerbrecht mit lediglich oder doch wesentlich subsidiärer Bedeutung. In dem Maße, in dem der Staatssinn dann im Laufe der Culturentwickelung erstarkt, in demselben Waße wird er auch in letzwilligen Dispositionen und in Rechtsgeschäften unter Lebenden, durch welche

dem Staat Zuwendungen gemacht werden, zum Ausdruck gelangen.

Wollte man dieser inneren Entwickelung durch Einführung eines öffentlichen Zwangserbrechts vorgreifen, so würde das durchaus nicht der Gesinnung der Bevölkerung selbst in denjenigen Ländern entsprechen, in denen das öffentliche Bewußtsein, wie wir oben zeigten, verhältnigmäßig ftart entwidelt ift. Wie groß die Abneigung gegen ein dem Staat einzuräumendes Zwangserbrecht selbst in der Schweiz ift, zeigt folgende Aeußerung des erst vor einigen Jahren verstorbenen, durchaus nicht engherzigen, privatwirthschaftlichen und privatrechtlichen Unsichten huldigenden Berner Professors W. Munzinger. Derselbe sagt in seinen bereits oben erwähnten erbrechtlichen Studien auf S. 39 u. U.: "Den Militärstaat will ich nicht zum Erben haben. Aber auch in unferen friedlichen und freien Republiken ift es gewiß nicht gerade der Staat, den der Bürger zu seinem Erben wünschte. Der Staat vertritt in erster Linie die politischen Interessen und erst in zweiter Linie die humanen, und es ist auch das Regiment der Mehrheit von der Minderheit stets mit Mistrauen angesehen. Wie sollte es da den Bürger, der zur Minderheit gehört, nicht ärgern, daß sein von ihm erworbenes Bermögen nach seinem Tode ben Zweden ber verhaften Majorität geopfert werden foll." Diese Neußerung steht übrigens keineswegs — wie man auf den ersten Blick vielleicht annehmen könnte — im Widerspruch mit den in der Schweiz häusig vors vorkommenden Vergabungen zu Gunsten von Gemeinden, öffentlichen und gemeinnützigen Instituten. Denn diese beruhen auf freier Entschließung und nicht auf Gesetzszwang und die Gemeinde ist nach schweizerischer Auffassung "nicht ein Organ des Staats, sondern ein erweiterter Familienkreis".

Alles gegen das Zwangserbrecht des Staats Vorgebrachte gilt m. m. auch von einem Stiftungen, öffentlichen Körperschaften u. s. w. einzuräumenden Erbrecht an Privatverlassenschaften, sofern nämlich dieses gleichfalls auf Zwang

beruht d. h. ein wahres Notherbenrecht ift.

Wenn somit das öffentliche Zwangserbrecht sich überhaupt nicht rechtsertigen läßt, so würde die Einführung desselben noch besonders inopportun sein in einer Zeit, in der — wenn wir ihre Zeichen richtig deuten — die allgemeine Sehnsucht dahin geht, die zwischen dem Sinzelnen und dem Staat gähnende Klust durch Krästigung der Familie sowie durch Schaffung neuer gesellschaftlicher Gebilde auszusüllen, für die der Staat dann nur das schützende Dach abzugeben hat, während er dem in der Vereinzelung machtlosen Individuum gegenüber immer mehr zum alles verschlingenden Leviathan werden muß.

In einer solchen Zeit muffen unseres Erachtens die wenigen organischen Gesellschaftsgebilde, die allein im Stande sind der drohenden Staatsomnipotenz zu wehren, geschützt und gepflegt, nicht aber geschwächt oder gar zertrümmert werden.

Wenn wir bei Gelegenheit einer socialwirtschaftlichen Analyse der auf die Resorm des geltenden Erbrechts gerichteten Bestrebungen die Bedeutung dieser Borschläge für das Familienleben so eingehend besprochen haben, so geschah es, weil wir der Ansicht sind, daß die Familie auch von der weittragendsten socialwirthschaftlichen Bedeutung ist. Indem wir auf den Nachweis dieses Zusammen-hangs an dieser Stelle verzichten müssen, sei hier nur auf die Bedeutung der Familie und des Familienerbrechts für die Erhaltung der Vermögens= und Wirthschaftseinheiten kurz hingewiesen.

Ber die zahlreichen Opfer und Enttäuschungen kennt, die mit der Verbindung der einzelnen Productionsfactoren zu einer wirthschaftlichen Unternehmung sowie mit der Anpassung derselben an die vorhandenen volkss und weltwirthschaftlichen Bedürfnisse und endlich mit der Bildung eines den dauernden Bestand solcher Unternehmungen verbürgenden Bermögens verbunden sind, der wird wünschen müssen, das bestehende Erbrecht die Erhaltung solcher Bermögen und Unternehmungen begünstige. Die in Rede stehenden Borschläge würden aber, wenn einmal durchgeführt, indem sie auf die Zerlegung der Erbschaft in ihre einzelnen Bestandtheile hinwirken, die Zerstörung der vorhandenen Bermögensund Betriebseinheiten nach dem Absterben ihres jedesmaligen Begründers noch stärker begünstigen, als das geltende Pflichttheilsrecht es bereits gegenwärtig thut. Besonders schädlich dürsten sich dieselben auf dem Gebiet des landwirthschaftlichen Betriebs und des Besiges von geschlossenen Landquitern zeigen.

Endlich sei noch erwähnt, daß so ergiedig anscheinend ein mit dem Familienserbrecht in Concurrenz tretendes öffentliches Erbrecht für den Staat auch zu sein scheint, so wenig nachhaltig diese staatliche Einnahmequelle wahrscheinlich sließen dürfte: weil durch eine solche Mastregel nicht blos das Princip des Erbrechts sehr wesentlich angetastet, sondern auch das Streben, durch Sparsamseit und Fleißein Vermögen zu erwerden, beschränkt würde. Denn wie jede Steuerüberbürdung

bie Steuerfraft der Pflichtigen schädigt, weil Niemand sich abmühen will, wenn der Staat ihm einen großen Theil seines Einkommens nimmt, so würde ein gleiches stattsinden, wenn man durch ein staatliches Miterbrecht die Vererbung des Vermögens an die dem Erblasser Zunächststehenden und zugleich die Freiheit der letztwilligen Verfügung in der angegebenen Weise einsschränken wollte ²⁴).

Nicht minder als die bisher tritisirte Art der Motivirung der Erbrechtsresorm muß auch die von Baron versuchte Begründung einer Einschränkung
des Familienerbrechts durch eine Erbschaftssteuer zurückgewiesen werden. Baron
saßt, wie wir oben zeigten, das öffentliche Erbrecht oder wie er sagt die Erbschaftssteuer als einen Tribut auf, den der Erbe zu zahlen hat, weil er durch
die Erwerbung der Erbschaft das Princip des Arbeitseigenthums verletzt.

Außerhalb der vom Socialismus beeinflußten Kreise wird der Uebergang des dem Erblasser gehörigen Vermögens nach seinem Tode an seine Kinder, seine Frau, seine Eltern, Geschwister, Geschwistersinder u. s. w. seineswegs als eine Ungerechtigkeit empfunden, die durch Ausopferung eines Theils diese Nachlasses gesühnt werden müsse. "Vielmehr sind nach den Grundverhältnissen unserer heutigen Gesellschaftsordnung," wie sich noch neuerdings Schäffle in Uebereinstimmung mit dem Rechtsbewußtsein unseres Volks ausgesprochen hat, "die Descendenten lediglich die Fortsetzer der Persönlichseit und der Geschäfte der Eltern und Großeltern. Ihre Erbtheile sind vaher nicht Vermögenszugänge, sondern Splitter eines schon gebildet gewesenen, dem Familienzweck durch alle Generationen gewidmeten Vermögens" 25). Freilich wird dies Aussalfung heutzutage namentlich in Ländern mit undesschränkter Testirfreiheit mehr auf dem Gebiet des sittlichen Lebens und der Sitte als auf dem des Rechts praktisch. Auf diesem letzteren tritt sie hauptsächlich noch im Intestaterbrecht der Blutsderwandten zu Tage.

Und wenn uns endlich gesagt wird, daß das gegenwärtig geltende Erb= recht eine aristokratische Inftitution ift, die nur einem Theil des Volks zu Gute tommt und daher einer gründlichen Reform im Sinn ber Einführung eines mit dem Familienerbrecht concurrirenden öffentlichen Erbrechts bedarf, um die als die Enterbten der Gesellschaft bezeichnete Klasse der Besitzlosen zu beseitigen, so muß auch diefer Versuch einer Begründung des öffentlichen Erbrechts zuruckgewiesen werden. Denn, wie wir bereits oben angeführt haben, kennen wir kein anderes Erbrecht als das auf der Familienverbindung sowie auf sonstigen engen persönlichen Be= ziehungen zwischen Erblasser und Erben beruhende. Diese namentlich seit Hegel üblich gewordene Auffassung, die demnach das Intestaterbrecht als das normale Erbrecht ansieht, geht übrigens unserer Ansicht nach zu weit, wenn sie sich in einen absoluten Gegensatz zu der von H. Grotius bis auf Hegel allgemein vertretenen Ansicht setzt, nach welcher das Erbrecht auf einer Erweiterung der Dispositionsbefugniß bes Eigenthümers beruht und das testamentarische Erbrecht das normale ift. Unferer Unficht nach follen diefe beiden Auffaffungen einander nicht ausschließen, sondern vielmehr ergänzen. Denn beiden Auffassungen liegt eine Erweiterung bes Gigenthumsbegriffs zu Grunde, fo daß die zum Bermögen

²⁴⁾ Geffden in Schmollers Jahrbuch. Jahrg. V. Heft 1. S. 194. 25) Schäffle, Grunbfätze ber Steuerpolitik. Tübingen 1880. S. 510, 511.

gehörigen Sigenthumsobjette mit dem Tode des Sigenthumers an die ihm zunächst stehenden Bersonen übergeben. Wer diese Versonen sind, darüber sollte in erster Linie der Erblaffer und erst in zweiter das Gesetz zu entscheiden haben. Das Intestaterbrecht hat sonach nur die Bedeutung einer subsidiaren Rominirung ber Erben, die nur in dem Fall wirksam werden foll, wenn der Erblaffer fich nicht selbst hierüber erklärt hat. Diesem liegt es also in erster Linie ob, auszu= sprechen, wer die ihm am nächsten stehenden Versonen sind, und erst wenn dieses nicht geschehen ist, stellt das Gesey eine Präsumtion dafür auf, wen wohl der Erblasser zum Erben eingesetzt haben würde, wenn er die Ernennung des Erben vorgenommen hatte. Diefe Prafumtion geht von einem Gedanken aus, ber sich turz und schlagend in der Rechtsparömie: "Der Nächste am Blut, der Erste zum Gut" ausgedrückt findet. Je besser das Intestaterbrecht es verstanden hat, diese praesumta voluntas des Erblassers zu treffen, desto weniger Beranlassung wird der Erblasser haben, in seinen letzwilligen Verfügungen von dem Intestaterbrecht abzuweichen. Wo er sich aber dennoch gedrängt fühlt, von bemfelben abweichende Bestimmungen zu treffen, da liegt mithin der Beweis vor, daß die praesumta voluntas im gegebenen Fall dem wirklichen Willen nicht entspricht.

Indem das neu befürwortete öffentliche Erbrecht die Testirbesugniß wesentslich einschränkt, und zwar, wie wir oben auszuführen suchten, gegen den präfumtiven Willen des Erblassers, verstößt es gegen das bestehende Familienerbrecht.

Und wird denn wirklich durch die Expropriation eines Theils des Nachlasses Seitens des Staats sowie durch Zuwendung desselben an die "Enterbten der Gesellschaft" für diese ein Erbrecht geschaffen? Suchen wir dieser Frage näher zu treten, indem wir die Tragweite und den Sinn eines solchen für diese Klasse neu zu begründenden Erbrechts seisstellen.

Was zunächst die Tragweite eines solchen neuen Erbrechts betrisst, so liegen zwei Möglichkeiten vor: daß nämlich entweder sämmtliche besitzlose Familien oder nur eine Anzahl derselben aus dem Erlös des öffentlichen Erbrechts dotirt werden. In dem letzteren Fall wäre es sicherlich sehr schwierig, eine Auswahl zu tressen, und in dem ersteren würde in Folge der verhältnismäßig geringen Zahl der Verlassenschaften und der großen Zahl der sog. Enterbten der auf die

einzelne Familie entfallende Antheil nur ein Minimum betragen.

Und, fragen wir weiter, würde durch diese Nachlaßtranssussion in den Kindern der besitzlosen Klassen wirklich auch nur für einen Augenblick das Bewußtsein derselben, zu den Enterbten zu gehören — wo es vorhanden ist — ertödtet werden? Wir glauben nein. Schon deshalb nicht, weil diese Zuwendungen des Staats materiell und sormell mit wirklich erbrechtlichen Zuwendungen nichts gemeinsam haben. Sie werden vielmehr densenigen, denen sie zu Theil werden, nur als eine Leistung des Staats, wie jede andere auch, ersscheinen.

Und was die angeblich bereits vorhandenen Ansätze zu einem solchen öffentlichen Erbrecht betrifft, so erweisen sich dieselben bei näherer Betrachtung entweder als Produkte einer früheren Zeit, von der keine Brücke mehr zur Gegenwart führt, oder als etwas von einem öffentlichen Erbrecht völlig Verschiedenes.

Bas zunächst die Spuren eines Vicinenerbrechts in dem Edikt Chilperichs

(von 573—575) betrifft, so ist es ja bekanntlich noch bis zur Stunde streitig, was unter diesen Vicinen zu verstehen ist. Aber gesetzt auch, es seien die Mitglieder des nachbarlichen Verbands, die nicht zugleich im Verhältniß der Blutsverwandtsschaft zu einander gestanden haben, so sehen wir in diesem Heinfallsrecht doch nur ein Ueberbleibsel des Gesammteigenthums des Nachbarverbands am Grund und Voden: eine Form des Eigenthums, mit der das heutige Privateigenthum nichts mehr gemein hat.

Ferner ist das Recht des Staats auf die bona vacantia ebensowenig ein Erbrecht, wie überhaupt das Recht desselben auf herrenloses Gut, gefundene Sachen u. s. w. Wo kein Eigenthümer mehr zu ermitteln ist, da tritt naturgemäß schon aus Gründen der Ordnung die Gesammtheit ein.

Und ebenst gehören nicht hierher: das Heimfallsrecht des Lehnsherrn, das mit dem Lehnrecht sein Snde erreicht hat, und das jus albinagii, das der Staat gegen auswärts lebende Erben im Inlande deseritter Verlassenschaften ausübte, und das als Aussluß der barbarischen Ausfassung von der Rechtlosigkeit der Fremden in der Gegenwart ebensalls keine Wurzeln mehr hat ²⁶).

Wir resumiren unsere Aussührungen schließlich dahin, daß wir es nicht ungerechtsertigt sinden, wenn die Gesetzgebung der Gegenwart die Verwandten der entserntesten Grade nicht mehr zur Erbschaft beruft. Denn es läßt sich nicht mehr vernünftig begründen, daß der Code Napoléon die Blutsverwandten dis zum 12. Grad und das Desterreichische Bürgerliche Gesetzbuch dis zur 5. Parentel, oder gar daß das gemeine Recht und ebenso das sächsische Civilgesetzbuch sowie das preußische Allgemeine Landrecht dieselben ohne jede Schranke zur Erbschaft berufen. Ja wir können es nur billigen, wenn der Abschluß des Intestaterbrechts bereits bei demjenigen Grade einritt, bei dem der Regel nach kein Bewustsein und kein Gesühl der Familiengemeinschaft mehr vorhanden ist. Ob ein solcher Abschluß heutigen Tages schon mit dem vierten Grade einzutreten hätte, wie v. Scheel vorschlägt, sassen dahin gestellt sein. Es ist dies eine Frage, die der genauesten Untersuchungen und Erwägungen zu ihrer Beantwortung bedarf.

Was wir sonach an den obigen Vorschlägen bekämpfen, ist der zu frühe Abschluß des Familienerbrechts, namentlich aber die Steigerung der Erbschaftsesteuer — über die wir uns an dieser Stelle nicht auszusprechen haben — zu einem mit dem Familienerbrecht concurrirenden öffentlichen Erbrecht.

## 4. Reformvorschläge. Beseitigung oder Einengung des Pflicht= theilsrechts und Erweiterung der Testisfreiheit.

a. Inhalt der Reformvorschläge. Botum des 14. deutschen Juristentags.

Während die Bestrebungen zur Erweiterung des geltenden Pflichttheilsrechts von dem Rechte bestimmter physischer Personen und öffentlicher Korporationen an dem Nachlaß ausgehen, knüpft die Bewegung für Abschaffung des Pflicht=

²⁶⁾ Geffden, in Schmollers Sahrbuch für Gesetzgebung u. f. m. Jahrg. V. Heft 1. S. 194.

theilsrechts an das Recht des Erblaffers an, über fein Gigenthum auch über den

Tod hinaus Berfügung zu treffen.

Che wir der in dieser letzteren Richtung auf deutschem Boden zu Tage ge= tretenen Bestrebungen gedenken, sei hier nur turz erwähnt, daß auch in Frant= reich und Belgien eine umfangreiche Literatur über diesen Gegenstand existirt 27).

Indem wir auf die Einzelheiten der in diesen Werken pro und contra die réserve vorgebrachten Argumente an dieser Stelle nicht näher eingehen fönnen — uns aber vorbehalten, es an einer anderen Stelle zu thun —, sei hier nur der Ausführungen Leplans gedacht, weil ihre Bedeutung über Krant= reich hinausreicht.

Für eine Reform des geltenden Pflichttheilsrechts ift in Frankreich feit mehr als einem Menschenalter der erft kurzlich verftorbene Leplan unablässig thätig gewesen. In seinem Gefolge hat in Frankreich sowohl wie in Belgien hauptsächlich die klerikale Partei — obgleich nicht sie allein — sich zur Berfechterin der unbedingten Teftirfreiheit gemacht.

Leplay hat diesem Gegenstande eine Reihe von Schriften gewidmet, beren lette und tiefste die bereits oben angeführte, im J. 1874 in fünfter Auflage

erschienene Réforme sociale (4 Bände) ift.

Indem wir bei Gelegenheit der Brufung der für die Testirfreiheit sprechenben Gründe auf das von Leplan Borgebrachte näher eingehen wollen, fei hier

nur furz des Resultats seiner Untersuchung gedacht.

Leplay war ein überzeugter energischer Gegner der réserve und des régime du partage forcé, weil diese beiden Institute seines Dafürhaltens naturnothwendig zur Untergrabung der Familien und zur Abschwächung ja zur Bernichtung des Sinns für persönliche Initiative führen müssen. Und wenn diese Nebelstände gegenwärtig, nachdem der Code ungefähr  $^3/_4$  Jahrhundert gegolten hat, noch nicht im befürchteten Umfange eingetreten sind, so ist dies - nach Leplan — hauptsächlich auf zwei Umstände zurückzuführen: einmal auf den starken Familiensinn und den Geist der Initiative 28), der dem französischen Bolt während zehn Jahrhunderten anerzogen worden ist und sich in einigen Decennien nicht wieder ganz wegwischen läßt; dann aber auf die "manoeuvres occultes", durch welche es energischen und weitsichtigen Familienvätern gelingt, sich und ihre Familien dem verderblichen Ginfluß des Code zu entziehen.

Bu biesen manoeuvres occultes gehört u. A. ber partage d'ascendants ou anticipé, namentlich aber das fog. "Zweikindersustem", durch welches viele Grundeigenthümer in Frankreich gegen das System des partage force reagiren. "Bor

²⁷⁾ hierher gehören Courcelle-Seneuil im Journal des Economistes Suni 1865. É. 46 ff. Brocher, Etude sur la légitime et les réserves. 1868. Comte de Boussies, La liberté testamentaire. 1872. De Moreau d'Andry, Le testament selon la pratique des familles stables et prospères. 1873. Boissonade, Histoire de la réserve héréditaire. 1873. Baudrillart, La famille et la loi de succession en France, in ber Revue des deux mondes, 15 avril 1872. © 827. Cuénot, Les droits de légitime et de réserve. 1877. Leplay, La réforme sociale en France déduite de l'observation comparée des peuples européens. 1874. t. 1.

²⁸⁾ Bleichwohl hatten nach Charles Dunoper in ben 8730 Succeffionsfällen, welche im 3. 1825 in Baris befannt murben, Die Erblaffer nur in 59 Fällen von ber Teffirbefugniß Gebrauch gemacht. B. Munzinger, Erbrechtliche Studien. S. 18.

hundert Jahren", fagt ein hervorragender deutscher Statistiker 29), "waren die Ehen iu Frankreich so fruchtbar wie die deutschen. — Als die Revolution aber die Domänen, Kirchen- und Abelsgüter zerschlug und den Grund und Boden des Landes mit unbeschränkter Mobilisirung und gleicher Erbtheilung in die Hände kleiner selbstwirth= schaftender Eigenthümer brachte, als man daraus bereits eine mit Nothwendigkeit in den Abgrund der Zwergwirthschaft führende Zersplitterung beforgte und das war= nende Wort: ,la France tombera en poussière erscholl, da erkannte der französische Bauernstand, daß es für den auskömmlichen und nachhaltigen Bestand einer ländlichen Kamilie eine Grenze der Gütergrößen gebe, unter welche herab= zugehen nicht mehr zulässig sei und daß das einzige und unerlässliche Mittel hierfür in einer kleinen Kinderzahl bestehe." Die Erkenntniß wurde auch hier die Mutter der That.

Neben den Klerikalen sind es hauptsächlich die Landwirthe, welche in Frankreich eine Erweiterung der Testirfreiheit herbeiwunschen. Diefer Gegenstand bildet ein auf landwirthschaftlichen Bersammlungen häufig besprochenes Thema. Und auch in der von Napoleon III. berufenen, am Schluß der sechziger Jahre niedergesetzten Kommission für eine agrarische Enquête ist die Erweiterung der quotité disponible zur Sprache gekommen. Hier führte namentlich der Baron v. Beauce aus, daß durch Einführung der Testirfreiheit die zahlreichen unter den Miterben gegenwärtig — wo derjenige Theil des Bermögens, über den der Erblasser frei verfügen darf, ein geringer ift - aus der Bevorzugung bes einen unter ihnen seitens des Erblaffers entstehenden Brozesse vermindert werden würden sowie daß der Erblasser dadurch zugleich die Möglichkeit erhalte, bei der Vertheilung seiner Erbschaft die außerordentlichen Kosten in Rechnung zu bringen, die ihm die Erziehung oder Ausstattung des einen oder anderen Kindes verursacht habe. Da dieser Antrag aber von mehreren Rednern bekämpft werde, so zog ihn Baron v. B. zurück.. Dagegen waren auch bei dieser Gelegenheit wie überhaupt in Frankreich die Bertheidiger der reserve darüber einig, daß die Bestimmung des Code sowie die Praxis über die Naturaltheilung der Nachlaggrundstücke unsinnig seien 30).

Aber nicht nur gegen die französische réserve und namentlich gegen das régime du partage forcé, sondern auch gegen das Pflichttheilsrecht nach ge= meinem, preußischem u. f. w. Recht hat sich in den letzten Jahrzehnten eine Opposition erhoben, die um so stärker wurde, je mehr die das Grundeigenthum vor der lleberschuldung schützenden Singularrechte vor dem allgemeinen Recht

zurückwichen und je schwieriger die Lage der Landwirthschaft murde.

Diese gegen das geltende Pflichttheilsrecht gerichtete Bewegung ist in zweifacher Form aufgetreten, entweder als unbedingte Regation desselben, welche nach englisch-amerikanischem Vorgange mit dem Pflichttheilsrecht vollständig aufräumen möchte, oder in weniger schroffer Weise, indem sie das Pflichttheilsrecht in ein Recht der unversorgten Kinder und der hilfsbedürftigen Eltern auf Alimentation aus dem Nachlaß umzugestalten wünscht.

²⁹⁾ Rümelin, Bur Uebervölferungsfrage, in seinen Reben und Auffäten. Neue

Folge. Freiburg 1881. S. 614. 615.
30) Turot, L'enquête agricole de 1866—70. Paris 1877. S. 36. 37 Petersen in den Berhandlungen des 14. deutschen Juristentags. Bb. II. S. 72. Schriften XX. - v. Diastowsti, Grunbeigenthumsvertheilung. 17

Die bedeutendsten wissenschaftlichen Kundgebungen für eine Reform des Pflichttheilsrechts in Deutschland dürften der bereits oben erwähnte in der Tübinger Zeitschrift für 1853 und 1854 abgedruckte Aussauf des Professor Helferich: "Studien über Würtembergische Agrarverhältnisse" — und das für den 14. deutschen Juristentag abgegebene Gutachten des Appellationsgerichts-anwalts Mehersburg in Gelle sein.

Helferich 31) war bei Gelegenheit der Untersuchung der würtembergischen Agrarverhältnisse zu dem Resultat gelangt, daß an der übergroßen Zerstückelung des Grundeigenthums in vielen Gegenden das geltende gemeine Erbrecht einen wesentlichen Antheil habe. Dieser Umstand legte ihm die Frage nahe, ob und wie weit durch eine Resorm des bestechenden Erbrechts das Uebel an der Wurzel geheilt werden könne. Zur Behandlung dieser Frage wurde er damals auch praktisch durch das Bekanntwerden des Entwurße eines Gesessiber die Landwirthschaftlichen Erbgüter, welchen die bayerische Regierung den Ständen vorgelegt hatte, veranlaßt. Bei dieser Gelegenheit wandte sich Helferichs Neigung dem Intestaterbrecht und der absoluten Testirfreiheit des englischamerikanischen Rechts zu.

Das englisch = ameritanische Erbrecht, das keine Pflichttheilsrechte kennt, sondern dem Erblasser die freieste Testirbesugniß giebt, und das zugleich den Grundsatz aufstellt, daß ab intestato alles unbewegliche Eigenthum an einen Erben zu gelangen hat, bietet nach Helferich im Bergleich mit dem deutschen auf römisch-rechtlicher Grundlage erwachsenen Erbrecht mit seiner durch Pflichttheilserechte eingeengten Testirbesugniß und seinem gleichen Intestaterbrecht aller in demsselben Grade mit dem Erblasser verwandten Personen folgende Vortheile dar.

Es legt jedem, so zu sagen, den Zwang auf, durch ein Testament die ötonomische Lage seiner Familie vollständig zu ordnen. Zugleich steigert es aufs Höchste das Gefühl der Berantwortlichkeit eines jeden für das Wohlergehen seiner Nachstommen und erfüllt jeden Mann vom ersten Augenblick seiner selbsteständigen Niederlassung an mit der ernstesten Sorge für die Zukunft seiner Angehörigen.

Damit hängt unmittelbar die zweite Wirkung zusammen, die in der Kräftigung

der väterlichen Autorität in der Familie besteht.

Sine dritte Wirfung des englisch-ameritanischen Erbrechts erblickt Helferich sodann in der Steigerung des Erwerbstriebs und der Sparsamseit in den Familien. Denn legt das Gesetz es jedem Familienvater nahe, sein Grund-eigenthum auf eins seiner Kinder zu übertragen und unterstützt die Sitte dieses Gesetz, so kann er nur durch die größte Anstrengung und die äußerste Sparsamseit erreichen, daß auch den anderen Kindern einiges hinterlassen werde oder doch wenigstens daß sie bei Lebzeiten gehörig ausgestattet werden. Es trägt denn auch das Erbrecht mit dazu bei, daß diese beiden wirthschaftlichen Tugenden in England in außerordentlichem Umfange zu Hause sind.

Ferner stärkt das englisch-amerikanische Erbrecht das Gefühl für die Familie als ein die Aufeinanderfolge mehrerer Geschlechter zusammenfasiendes Organ im Gegensatzu der einzelnen Generation und dem einzelnen Gliede derselben,

³¹⁾ Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Jahrg. 1853 n. 1854, insbesondere 1854, S. 147 ff.

und endlich befördert es in hervorragender Weise das Zusammenhalten land-

wirthichaftlicher Besitzungen.

Das oben erwähnte Menersburg'sche Gutachten 32) stellt sich auf den Standpunkt des alteren romischen Rechts und beruft fich für seine Forderung nach Aufhebung der Pflichttheilsrechte in ihrer gegenwärtigen Rechtsgestalt haupt= fächlich auf den Rachtheil der durch dieselben häufig herbeigeführten Ueber= schuldung oder Realtheilung von Nachlaßgrundstücken. Ferner bestreitet es die Existenz einer der Aushebung der Pflichttheilsrechte entgegenstehenden Volks= überzeugung.

Statt des Pflichttheilsrechts will Meyersburg den bedürftigen Abtommlingen, nach dem Vorgange J. St. Mills 33), und außerdem auch den Ascendenten

und Chegatten ein Recht auf Alimente gewähren. Im Wefentlichen auf dem Standpunkt Meyersburgs ftand auch der hamburger Abvotat Beinsen in seinem auf dem 14. Juristentag 34) abgegebenen Votum. Zunächst machte er geltend, daß dem Familienvater, dem bei Lebzeiten doch nur die Pflicht obliegt, für seine Frau und seine Kinder zu forgen, der aber sonst die volle Freiheit hat, nach Erfüllung dieser Pflicht über sein Vermögen frei zu verfügen, diese Freiheit für den Fall des Todes nicht genommen werden dürfe. Er verlangt also für den Erblaffer binsichtlich seiner Dispositionen auf den Todesfall dieselbe Freiheit wie sie der Eigenthumer für Geschäfte unter Lebenden besitzt.

Während aber Meyersburg diese Dispositionsfreiheit auf den Todesfall nur durch die Ansprüche der De- und Ascendenten sowie der Frau auf Alimentation eingeschränft wissen will (indem er sich die denselben entsprechende Bflicht ges Erblaffers auch über seinen Tod hinaus bestehend und auf seinen Nachlaß übertragen denkt), möchte Beinsen diese Pflicht — die ihm ebenso wie Menersburg nicht nur eine sittliche, sondern eine Rechtspflicht ist — nicht auf die Alimentation beschränkt sehen, sondern sie auf den standesmäßigen Unterhalt der Frau und Eltern sowie auf die standesmäßige Erziehung der Kinder, die Etablirung der Söhne und die Ausstattung der Töchter erweitert missen.

Dieser weitere Umfang der Versorgungspflicht über den Tod hinaus wird von Beinsen dadurch motivirt, daß wenn Jemand seine Rinder in bestimmten Verhält= nissen erzogen und sie an gewisse Bedürfnisse und eine bestimmte standesmäßige Lebenshaltung gewöhnt habe, er auch verpflichtet sei, dafür zu sorgen, daß fie durch seinen Tod nicht auf einmal in eine ganz andere Lage versetzt

³²⁾ Meyersburg, Gutachten für ben 14. beutschen Juriftentag über bie Frage: ob und wie weit die Testirfreiheit mit Riicksicht auf eine Pflichttheilsberechtigung eingefchräuft werben foll? In den Berhandlungen bes Juriftentags. Berlin 1878. Bb. I. S. 50−71.

^{33) 3.} St. Mill in seinen Grundsätzen ber Nationalöfonomie, Bb. I. Buch 2. Cap. 2. § 3 (llebersetzung von Soetbeer. Leipzig 1869), sagt: "Ich halte bafilr, baß fein Rind, als folches genommen, mehr beanspruchen kann, als was ein Bater anerkanntermaßen seinem unehelichen Kinde ichuldig ift. 3ch mochte indeß nicht babin misverstanden werden, als empfehle ich, baß Eltern für ihre Kinder niemals mehr thun follten, als worauf diese in ihrer Eigenschaft als Kinder ein moralisches (und wohl auch staatlich sanctionirtes) Anrecht haben. In einigen Fällen ist es gebieterische Pflicht, in vielen lobenswerth, in allen zulässig, viel mehr zu thun."

34) Berhandlungen des 14. Juristentags. Berlin 1878. Bb. I. S. 75 u. passim.

werden, als die ist, in der sie sich bisher befanden und auf deren Fortbestehen

sie rechnen zu dürfen glaubten.

Zu anderen Resultaten als Meyersburg gelangt in seinem gleichsalls für den 14. deutschen Juristentag ausgearbeiteten Gutachten der unlängst verstorbene Berliner Brosessor Bruns³⁵).

Das bloße Dasein einer so alten, allgemeinen und festen Rechtsansicht und Gewohnheit des Bolks, wie die über das Pflichttheilsrecht, scheint ihm ein schwerswiegender Grund gegen seine Beseitigung zu sein, weil eine solche tief in das unmittelbare Rechtsbewußtsein des Bolks einschneiden würde und je nach Umsständen eine große Wißstimmung hervorrusen könnte.

Dieser Grund dürfte indessen nach Bruns für die Beibehaltung des Pflichtetheils nicht allein entscheiden, sosenn nämlich demselben überwiegende Gründe von anderer Seite entgegenständen. Zedenfalls aber ist eine sehr sorgfältige Prüfung der Zwedmäßigkeitsgründe, die für die Testirfreiheit sprechen, ersorderlich. Diese ergiebt dann nach Bruns' Ansicht, daß vom Standpunkt der realen Verhältnisse — soll heißen: vom sozialwirthschaftlichen Standpunkt — eine Ausdehnung der Testirfreiheit mit Aussehnung oder Beschränkung der Pflichttheilsrechte der Kinder überwiegend zweckmäßig sei.

Dagegen seien die für die Testirfreiheit angesührten sog, idealen Gründe (Beurtheilung vom Standpunkt der Sittlichkeit und der Rechtsidee) sämmtlich von sehr zweiselhaftem Werth. Zwar würde die Testirfreiheit auch von diesem Standpunkt gewisse Bortheile gewähren, aber diese seien doch immer unsicher und ihnen ständen auch große Gefahren gegenüber. Das von Bruns aus seiner Untersuchung gewonnene Resultat für die legislative Behandlung der Frage ist folgendes:

- 1) Die Testirfreiheit bietet vom Standpunkt der besprochenen ideellen Gründe aus nicht so überwiegende Bortheile, daß von diesem Standpunkt aus ihre Einführung da wo sie nicht besteht, im Widerspruch mit der Anschauung und Gewohnheit des Bolks zu empfehlen wäre; indeß
- 2) auch die Nachtheile sind von diesem Standpunkt nicht der Art, daß wenn die Annahme der Testirfreiheit aus den oben erwähnten reasen Gründen wünschenswerth erscheinen sollte, sie jener idealen Gründe wegen verworfen werden müßte.

Um zu einem positiven Resultat zu gelangen, unterscheidet Bruns zwischen

absoluter und relativer Testirfreiheit.

Die absolute Testirfreiheit, die darin besteht, daß Jemand seine Kinder ohne Weiteres und ohne allen Grund von seinem Nachlaß vollständig ausschließen und beliebige fremde Personen zu seinen Erben einsetzen darf, widerspricht nach Bruns allen hergebrachten Anschauungen, sie ist daher in Deutschland eine Un-möglichkeit.

Dagegen entscheidet sich Bruns aus den oben angegebenen Gründen für die relative Testirfreiheit d. h. für das Recht des Erblasses, die Vertheilung

³⁵⁾ Bruns, Gutachten über bieselbe Frage, in ben Verhandlungen Bb. I. S. 72—112. Wieber abgebruckt in ber Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft. Bb. 2. Heft 2. S. 161—232.

seines Nachlasses zwischen seinem Shegatten und seinen Kindern nach freier

Wahl vornehmen zu dürfen 36).

Auf Grundlage dieser beiden Gutachten trat der 14. deutsche Juristentag in die Verhandlung der Frage ein: ob und in wie weit die Testirfreiheit mit Rücksicht auf eine Pflichttheilsberechtigung eingeschränkt werden soll?

Der Schwerpunkt der Besprechung und Beschlüßfassung fiel jedoch nicht in die Generalversammlung sondern in die Sektion für Civilrecht, indem die Beschlüsse dieser Abtheilung definitiv gefaßt und der Plenarversammlung des Juristentags nur zur Kenntnisnahme mitgetheilt wurden.

Präsident der Sektion für Privatrecht war der Kammerpräsident Betersen, welcher zugleich die Debatte durch einen eingehenden Bericht über die abgegebenen

Gutachten einleitete.

Nach Prüsung der Vorschläge der beiden Gutachten gelangt Petersen, im Gegensatz zu Meyersburg und auch zu Bruns, zu dem Schluß, "daß es den bei uns herrschenden Rechtsgrundsätzen und dem Rechtsbewußtsein unseres Volks nicht entsprechen würde, wenn man einem Vater gestatten wollte, einem Kinde das ganze Vermögen zuzuwenden und allen anderen den Anspruch auf das Vermögen zu entziehen." Dagegen befürwortet Petersen, daß dem Bater die Besugniß gewährt werden solle, zu Gunsten eines der Kinder über eine größere Quote zu verfügen, als zu Gunsten dritter Personen.

Die Debatte in der Abtheilung sowohl wie im Plenum wurde fast ausschließlich von Rechtsanwälten aus verschiedenen Theilen des Deutschen Reichs

(Hamburg, Nürnberg, Berlin, Darmstadt, Leipzig) geführt.

Unter denselben war nur der Bertreter des Nordens (Hamburgs) für die Einführung der Testirfreiheit, wobei er jedoch die Alimentationspslicht des Erbslasses gegen Eltern, Shegatten und Kinder in dem oben erwähnten weitem Umfang auf den Nachlaß übertragen wissen wollte. Umgekehrt wünschten die Bertreter von Süds und Mitteldeutschland noch größere Beschränkung der Testirfreiheit (Nürnberg, Leipzig). Dagegen besürworteten die Vertreter des Westens und Oftens (Darmstadt und Berlin), daß Alles beim Alten bleibe.

Die Mehrzahl der Theilnehmer an der Abtheilungsversammlung schloß sich den im Wesentlichen auf die Erhaltung des bestehenden Rechtszustands gerichteten Anträgen ihres Präsidenten an, indem sie dieselben mit einigen gering-

fügigen Modificationen zum Beschluß erhob.

Diese Anträge lauteten:

- 1) Unbeschränkte Testirfreiheit ist in Deutschland nicht einzuführen, sondern die Beibehaltung von Pflichttheilsrechten geboten.
- 2) Ein Pflichttheilsrecht ist ben Descendenten und dem Chegatten des Erblassers einzuräumen.

(Dagegen kommt den Ascendenten des Erblassers lediglich im Fall der Bedürftigkeit ein Anspruch auf Gewährung von Unterhalt aus dem Nachlaß zu.

Der Juristentag lehnte jedoch dieses letztere Alinea ab und beschloß auch den Ascendenten ein Pflichttheilsrecht zu gewähren.)

3) Bezüglich ber Höhe bes Pflichttheils sind folgende Sate zu empfehlen :

³⁶⁾ Berhandlungen bes 14. beutschen Juristentags. Bb. II. S. 75, 78, 80, 82.

a) Sind Descendenten vorhanden, so soll der Erblasser zu Bunften eines oder mehrerer derfelben über die Hälfte des Bermögens frei verfügen können 37).

Dagegen foll er anderen Personen, soweit nicht der Pflichttheil des Che-

gatten in Frage fteht, nur einen Rindestheil zuwenden dürfen.

b) Den Chegatten ist, je nachdem Descendenten vorhanden sind oder nicht, die Nutniegung an einer größeren oder geringeren Quote des Bermögens zu= zuwenden.

4) Der Anspruch auf den Pflichttheil soll kein unbedingter sein; es sind bestimmte Enterbungsgründe aufzustellen, welche die Ginziehung des Pflichttheils

rechtfertigen.

5) Das Pflichttheilsrecht soll nur Anspruch auf Zuwendung einer bestimmten Geldjumme bezw. eines bestimmten Geldwerths, nicht aber ein Recht

auf die zur Erbmaffe gehörigen Begenftande gemähren.

Dem Brunsschen Vorschlag und der Resolution des Juristentags ist gemeinsam, daß abweichend vom gemeinen Recht in denjenigen Bererbungs= fällen, in denen Descendenten vorhanden sind, zwischen der Teftirbefugniß zu Gunften eines oder mehrerer Descendenten und zu Gunften fremder Bersonen unterschieden wird. Damit ift dem Bflichttheilsrecht aber zugleich eine ganz andere Bedeutung gegeben worden, als es im römischen Recht besaß. Während nämlich im römischen Recht ausschließlich ber Standpunkt ber Bietät gegen die nächsten Angehörigen obwaltet und die Benachtheiligung des Einzelnen unter ihnen ebenso fehr zu Gunften von Fremden wie zu Gunften der Geschwister ausgeschlossen ift, haben die Resolutionen des Juristentags den Weg dieser falschen Generalisirung verlassen, indem sie eine größere Benach= theiligung eines Theils der Descendenten zu Gunften ihrer Geschwister als zu Bunften fremder Berfonen gestatten.

Aber während Bruns in dem Fall, daß es sich um die Zuwendung des Nachlasses an einen Descendenten handelt, die Testirfreiheit von allen Schranken des Pflichttheils befreien wollte und diese nur für den Fall bestehen zu laffen wünschte, daß dritte Personen zu Erben eingesetzt würden (fog. relative Testir= freiheit im Gegensatz zur absoluten Testirfreiheit Englands und Nordameritas), hat der auf Untrag des Kammerpräsidenten Betersen gefaßte Beschluß der Abtheilung für Civilrecht, ben bas Plenum bes Juriftentags bann zugleich zu bem feinigen gemacht hat, die Schranken des Pflichttheilsrechts überhaupt besteben laffen, diefelben jedoch für den Fall der Bevorzugung eines Descendenten vor den übrigen anders gezogen als für den Fall einer Bermögenszuwendung an eine

dritte Berfon.

Diesem letzteren Standpunkte ist dann freilich nachträglich auch Bruns beigetreten, indem er in einer nach der Beschluffassung des Juristentags publizirten Arbeit 38)

³⁷⁾ Nach bem Wortlaut bes Beschluffes ift es nicht flar, ob biese Salfte bes Nachlasses das Maximum sein soll, mas ein Kind überhaupt bekommen kann oder ob man sie ihm noch neben seinem Pflichttheil zuwenden kann. Die Resolution des Juristentags wäre daher nach Bruns' Borschlag besser so zu sassen gewesen: Wenn Descendenten vorhanden sind, muß der Testirer zwar die eine Hälfte des Nachlasses ihnen zu gleichen Theilen hinterlassen, dagegen kann er über die andere Hälfte zu Bunften eines ober mehrerer von ihnen frei verfügen.

³⁸⁾ In der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft. Bb. 2. S. 163 ff.

(es ist diese im Wesentlichen sein für den Juristentag abgesaßtes oben erwähntes Gutachten, das er, mit einigen Erläuterungen sowie mit einer Einleitung verssehen, nochmals zum Abdruck gebracht hat) erklärt, daß er den in seinem Gutzachten enthaltenen Borschlag "mehr als eine Art Fühler für die öffentliche Meinung und eine Prodokation zur Prüfung und Bekämpfung hingestellt habe, als daß er sich innerlich von der römischen Pflichttheilsidee emancipirt und von der überwiegenden Zweckmäßigkeit der relativen Testirfreiheit (nach seiner Formuslirung) so recht überzeugt habe."

Die vom Juristentag acceptirte — und früher in noch schärferer Weise von Bruns in seinem Gutachten vertretene — Unterscheidung zwischen der letzt-willigen Zuwendung des Vermögens an einen der Descendenten und an eine dritte Person geht von einem Standpunkt auß, der dem seiner Zeit von Mirabeau dem Jüngeren geltend gemachten diametral entgegengesett ist.

Mirabeau wollte, im Gefühl des Unrechts, das er durch seinen Bater erlitten hatte, in der Assemblée nationale gegen die Testirfreiheit austreten. Doch starb er, bevor er diese seine Absicht aussühren konnte. Sein von ihm für diesen Zweck ausgeschriebener discours wurde von Tallehrand in der Sizung vom 2. April 1791 verlesen. Terselbe enthielt nach dem Moniteur vom 7. April 1791 S. 396-397 solgenden Passus; "Je conclus de tout ce que je viens de dire, que l'égalité des successions ne peut être dérangée par la disposition de l'homme, mais je n'en conclus pas, que la facilité de tester doive être entièrement anéantie. Je crois que le citoyen peut être le maître de disposer d'une partie de sa fortune, pourvu qu'il ne dérange pas le principe d'égalité envers ses héritiers. Mon avis est donc, qu'on ne puisse favoriser aucun de ses héritiers au préjudice de l'autre, soit en ligne directe, soit en ligne collatérale."

Belde Kluft zwischen deutscher und französischer Rechtsanschauung! —

Was nun das Verhältniß des von dem Juristentag gefaßten Beschlusses zu dem bestehenden Recht betrifft, so ift, wie bereits oben hervorgehoben wurde, nach dem Wortlaut dieses Beschlusses nicht ganz klar, ob die Hälfte, über welche der Erblaffer zu Gunften eines Descendenten letztwillig verfügen darf, das Maximum sein soll, was ein Kind überhaupt bekommen fann, oder ob man sie ihm noch neben seinem Kindestheil zuwenden darf. In letterem Fall würde bei 5 und mehr Kindern einfach der Standpunkt des römischen Rechts bestätigt sein. Denn bei der Pflichttheilsquote von 1/2 hat der Testirer nach römischem Recht über die Hälfte seines Nachlasses freie Berfügung, kann sie also auch noch einem Kinde außer seinem Pflichttheil zuwenden. Bei 1—4 Kindern wäre dagegen ein Rückschritt in der Testirfreiheit gegeben, weil ja hier der Pflichttheil nur 1/3 beträgt, folglich der Erblaffer gegenwärtig über ²/3 frei verfügen kann. Dagegen wäre in dem Beschluß ein Fortschritt im Sinne der Testirfreiheit gegen das preußische und französische Recht enthalten, infofern das erstere den Pflichttheil bei 5 und mehr Kindern auf  $^2/_3$  und das letztere schon bei  2  Kindern auf  $^2/_3$  und bei  3  und mehr Kindern auf 3/4 feststellt, so daß also dem Testator 1/3 bezw. 1/4 frei bleibt.

## b. Rritit ber Reformvorfclage:

Indem wir uns jest zu einer Besprechung der verschiedenen oben reprosducirten Resormvorschläge wenden, sei hier nochmals daran erinnert, daß wir hierbei nur einen solchen Nachlaß im Sinne haben, der aus landwirthschaftlich benutzten Grundstücken besteht. Die Frage, ob es zulässig ift, für das ländeliche Grundeigenthum ein von den übrigen Vermögensbestandtheilen versschiedenes Erbrecht einzusühren, wird erst in den nächsten Ubschnitten behandelt werden.

Brüfen wir nun im Einzelnen einerseits die für das Weiterbestehen der Pflichttheilsrechte, andererseits die für die Testamentsfreiheit angeführten Gründe.

Dabei stellen wir zunächst den bestehenden Rechtszustand der Forderung nach absoluter Testamentsfreiheit gegenüber und wollen erst hierauf den Borsschlag der Begründung eines Alimentationsanspruchs an den Nachlaß des Erbslasses sowie den von Prof. Bruns gemachten und von dem Juristentag modissierten Vorschlag der Sinführung einer relativen Testirfreiheit in Erwägung ziehen.

Zu diesem Zweck wird zwischen dem Pflichttheilsrecht der Descendenten einerseits und dem der Ascendenten und Ehegatten andrerseits unterschieden werden müssen. Und zwar aus einem doppelten Grunde. Sinmal weil sür die Bertheilung des Grundeigenthums das Pflichttheilsrecht der Descendenten von ungleich größerer Wichtigkeit ist, als das aller anderen Personen, indem die Bermögensvererbung in der weitaus größten Zahl aller Fälle in absteigensder Linie erfolgt; dann aber auch weil eine Prüfung der für und gegen das Pflichttheilsrecht sprechenden Gründe bei den Descendenten leicht zu einem anderen Resultat führen kann, als bei den Ascendenten und Shegatten.

Halten wir zunächst unter den Rechtsphilosophen Umschau.

Was die Begründung des Erbrechts durch dieselben betrifft, so ist sie — wie bereits oben erwähnt wurde — auf zwiesach verschiedene Weise versucht worden.

Die älteren Rechtsphilosophen seit Hugo Grotius sehen in dem Erbrecht nur eine Erweiterung des Eigenthumsrechts. Sie gehen daher von der testamentarischen Erbsolge als der normalen aus und fassen die Intestaterbsolge als ein Aushilsemittel auf, das die praesumta voluntas des Erblassers ausspricht und nur wirksam werden soll, wenn der Erblasser keine letzwillige Disposition gestrossen hat ³⁹).

Seit Begel und Stahl gelangte bann die entgegengesetzte Unficht gur Bel-

³⁹⁾ Diese Art ber Begründung des Erbrechts ist noch heutzutage in England sehr verbreitet, und hier war namentlich J. St. Mill ein Hauptvertreter der Testamentsfreiheit. Ohne das Recht, unter Lebenden und auf den Todessall über die zum Eigenthum gehörigen Güter zu versügen, ist ihm das Eigenthum nicht voll; wogegen ihm das Intestaterbrecht des Blutsverwandten nicht als eine natürliche Folge des Prinscips des Privateigenthums erscheint. J. St. Mill, Grundssäße der Nationalösonomie. Uebersett von Soetbeer. Leipzig 1869. Bb. 1. Buch 2. Cap. 2. § 3, 4. Und neuerdings gesteht auch Baron zu, daß gute Gründe alse civilistrten Nationen dazu bestimmt haben, sich zu dieser ungemein starten Erweiterung des individuellen Eigenstumms — indem der Wille des Einzelnen im Testament gleichsam Unsterblichkeit gewinnt — zu bekennen. Baron, Erbschaftssteuer 2c. S. 292.

tung: daß nämlich das auf dem Familienverbande ruhende Intestaterbrecht das normale und das Testament nur aus Zweckmäßigkeitsrücksichten zugelassen sei.

Beide Richtungen in der Rechtsphilosophie haben sich aber nur mit der Begründung des Erbrechts, nicht aber speziell mit einer Begründung des Bwangscharakters des Intestaterbrechts, wonach dasselbe durch letzwillige Berfügungen nicht ausgeschlossen werden darf, sowie namentlich nicht mit dem Notheerben- und Pflichtkeilsrecht beschäftigt.

Geht man auf diese Begründungen des Erbrechts näher ein, so wird aus der ersteren Ansicht, daß das Intestaterbrecht den präsumtiven Willen des Erbslassers zur Geltung bringt, mit Nothwendigseit gesolgert werden müssen: daß wo dieser Wille ein anderer ist, als das Gesetz präsumirt, der wirkliche Wille dem blos präsumirten voranzugehen hat, es sei denn, daß eine Handlung vorliegt, die man als unsittlich oder für die Gesammtheit schäblich verbieten zu müssen meint. Als eine solche wird aber doch nur die Verletzung der Alimenstationspssicht gegenüber Kindern und Eltern sowie der Chefrau angesehen werden dürsen, da es — wie noch neuerdings J. St. Mill sehr richtig hervorgehoben hat — über diese hinaus weder eine sittliche noch eine rechtliche Pflicht für die Eltern giebt, sämmtlichen Kindern etwas oder gar gleich viel zu hinterlassen.

Auch braucht man zu keinem wesentlich anderen Resultat zu gelangen, wenn man das Erbrecht als Consequenz des Familienverbands auffaßt. Denn ein Familieneigenthum in dem Sinn, daß die Angehörigen der Familie dei Lebzeiten des Familienhaupts ein bestimmtes Anrecht an dem Bermögen desfelben erworden hätten, giebt es heute nicht. Die Beziehungen der Familie zu diesem Bermögen — vgl. S. 253 — sollten den Bater, der heute das vornehmste Organ und zugleich der Repräsentant der Familie ist, nicht hindern, seinen Nachlaß entsprechend den Bedürfnissen der Familie und ihrer einzelnen Mitglieder unter diese zu vertheilen. Nur sosen dieses nicht geschehen ist, hat als sehr unvollständiges Surrogat der Bertheilung durch den Bater die Bertheilung nach rein rechnerischem Maßstabe zu gleichen Theilen unter die Kinder zu erfolgen.

Neuerdings hat man — wie bereits oben bei Gelegenheit der Darstellung der Resormvorschläge Bluntschlis, v. Scheels und Anderer ausgeführt wurde — versucht, das Pslichttheilsrecht durch socialwirthschaftliche Erwägungen zu stügen. Das Vermögen einer Familie rührt, so wurde u. A. auch von dem Kammerspräsidenten Petersen ⁴⁰) argumentirt, nicht allein von der Thätigkeit des Familienshaupts her, indem auch Frau und Kinder an der Erwerbung desselben redlich mitgearbeitet haben. Aus dieser gemeinschaftlichen Arbeit, diesem gemeinschaftlichen Erwerb wird dann nach dem Ableben des Familienvaters ein Anspruch der einzelnen hinterbliebenen Glieder der früheren Gemeinschaft an das Resultat der gemeinsamen Arbeit abgeleitet. Diesem Anspruch der Kinder soll die Pflicht der Eltern, ihnen von ihrem Vermögen etwas zuzuwenden entsprechen, eine Pflicht, die, obgleich sie auf derselben Grundlage ruht, wie die Verpslichtung zur Alimentation, doch mit dieser nicht identisch ist.

Diese Begründung ist theils unvollständig, theils unrichtig, und wir haben

⁴⁰⁾ Berhandlungen bes 14. beutschen Juriftentags. Bb. II. S. 68.

zu ihrer Widerlegung nur zu wiederholen, was wir bereits oben gegen den in ähnlicher Weise gemachten Versuch, das öffentliche Erbrecht zu begründen, an-

geführt haben.

Unvollständig ist die Begründung, weil sie das Pflichttheilsrecht allenfalls für diesenigen Familienglieder rechtsertigt, die mit dem Familienhaupt in einer Erwerdsgemeinschaft gestanden haben, nicht aber auch für alle diesenigen Kinder, die von ihren Eltern wirthschaftliche Leistungen wohl empfangen haben, ohne jedoch jemals in der Lage gewesen zu sein, nun auch ihrerseits dem Erd-

laffer auf wirthschaftlichem Gebiet hilfreich zur Seite zu stehen.

Auch mußte diese Urt der Begründung des Pflichttheilsrechts, wenn man fie als richtiq anerfennen wollte, confequenterweise dahin führen, daß allen benjenigen, die in dem Haushalt des Erblaffers dauernd mitgearbeitet haben. nach dem Tode deffelben Antheile von deffen Rachlaß zuzufallen hätten. Denn die obige Beweisführung trifft auch für sie zu, da auch sie durch ihre Arbeit mitgeholfen haben, das Bermögen, das den Gegenstand des Nachlasses bildet, zu erwerben. Damit wäre jede hauswirthschaftlich betriebene Unternehmung in eine Art von Productivassociation umgewandelt, in der die Mitglieder der Haushaltung ihren Lohn in doppelter Form erhielten, einmal in Form des gewöhnlichen Lohns und dann außerdem nach dem Tode des Familienhaupts in Das Raturwidrige einer folden Erbrechts= Form eines Pflichttheilsrechts. gestaltung tritt schon darin hervor, daß der Familienvater sich mahrscheinlich mit allen zuläffigen und unzuläffigen Mitteln gegen eine folche Belohnung feiner Mitarbeiter nach dem Tode sträuben würde. Unrichtig ist diese Begründung b. h. im Widerspruch stehend mit unserer gegenwärtigen Wirthschafts= und Rechtsordnung — weil der in einem bestimmten Unternehmen Mitarbeitende, mag er nun ein Fremder oder ein Familienglied sein, für diese Mithilfe seinen Lohn erhält und eine Ergänzung desselben im Erbwege nach heutiger Rechts= auffassung weder erwartet wird noch auch geboten ift.

Und wo ein einzelnes Familienglied ausnahmsweise bei Lebzeiten des Familienvaters keine genügende Entschädigung für seine Beihilfe im hauswirthsschaftlichen Betriebe erhalten haben sollte, da liegt nur der Fall einer Anwendung des Gemeinschaftsprincips vor, das der Familienwirthschaft überhaupt

zu Grunde liegt.

Richt besser als mit der eben erwähnten Begründung des Pflichttheilsrechts steht es mit dem Bersuch Ungers⁴¹), dasselbe durch die Erwägung zu rechtfertigen, daß das Familienglied sein Bermögen, wenn auch zunächst für sich, so doch zugleich auch für seine Familie erwirdt und besitzt, auf welche es nach

feinem Tode naturgemäß übergeht.

Denn aus dem von Unger ausgeführten Gedanken — den wir im Uebrigen als richtig anerkennen — dürfte doch nur folgen, daß der Nachlaß des Erbslaffers, wenn er über denfelben nicht anders verfügt hat, an seine Kinder geslangen muß, nicht aber auch, daß er denfelben "als ihnen verfangen, kraft Rechtens zu verbleiben hätte". Bielmehr wird wohl auch noch heute seine Geltung haben, was einst Wontesquieu aussprach: "La loi naturelle ordonne aux pères de nourrir leurs enfants, mais elle n'oblige pas de les faire

^{41) 3.} Unger, Syftem 2c. Bb. VI. Das öfterreichische Erbrecht. Leipzig 1864. § 78.

heritiers" 42). — Ueber das Berhältniß der Alimentationspflicht zum Pflicht= theilsrecht wird weiter unten näher zu handeln sein.

Tasselbe für das Pflichttheilsrecht angeführte Argument kehrt dann in anderer Fassung wieder, wenn darauf hingewiesen wird, daß das Berfügungserecht des Sigenthümers für eine Zeit, in welcher er zu handeln unsähig ist, sich keineswegs von selbst versteht und daß die Bertreter der absoluten Testirfreiheit den Testator als einen Menschen auffassen, der ganz allein in der Welt steht, ohne Pflichten gegen diesenigen Lebensgemeinschaften, denen er selbst doch von seiner Geburt an angehört ⁴³).

Dagegen ist zu erinnern, was bereits oben näher ausgeführt wurde, daß nach heutiger Rechtsauffassung die Testirbefugniß mit den Besugnissen des Eigenthümers als ihr nothwendiges Complement gegeben ist, so daß das Intestaterbrecht nur die praesumta voluntas des Erblassers für den Fall aussprechen soll, daß er seinen Willen selbst nicht aussprechen kann oder nicht aussprechen will. Auch erscheint der Erblasser, dem in England und Nordamerika die abssollte Testirfreiheit eingeräumt wird, keineswegs als losgelöst von dem Berbande, in den er hineingeboren ist und den seine Kinder fortzusezen nun ihrerseits die Aufgabe haben. Nur werden die aus der Zugehörigkeit zu diesen Berbänden entspringenden Pslichten hier im Gegensatz zum europäischen Continent als sittliche und nicht als Rechtspslichten aufgefaßt. Eine Rechtspslicht des Erblassers, seinen Kindern etwas zu hinterlassen, läst sich aber, wie schon oben ausgeführt wurde, nur soweit es sich um die Alimentation derselben handelt begründen.

Sodann wird weiter geltend gemacht, daß man aus dem Beispiel Englands und Nordameritas nicht ohne weiteres Schlüsse auch auf Deutschland ziehen dürfe.

Denn in England und Amerika, so wird argumentirt, besteht die Testirfreiheit nur deshalb ohne Nachtheil für das Familienleben, weil dort die Sitte die durch das sehlende Psslichttheilsrecht leer gelassene Stelle ausgefüllt hat und Mißbräuche zu verhüten weiß. Wollte man dagegen die Testirfreiheit jetzt auch in Deutschland einsühren, so würde das geschehen in einer Zeit, wo der herrschende Individualismus die Bildung einer solchen Sitte außerordentlich erschwert und eine große Anzahl von Versuchungen zu ungerechten Versügungen vorhanden sind. Ob hier die vorhandene Sitte aber stark genug sein werde, um Mißbräuche zu verhüten, dürse mit Recht bezweiselt werden. Ja es könne in der Ausschung des Psslichttheilsrechts leicht die Erklärung erblickt werden, daß die Zuwendung des Vermögens an die nächsten Verwandten überhaupt eine veraltete Einrichtung sei; damit wäre aber dem Mißbrauch Thür und Thor geöffnet.

Hiergegen ift zu erinnern, daß der Individualismus in einigen Theilen Deutschlands allerdings sehr starte Wurzeln in den Gemüthern geschlagen hat, daß das Gleiche aber auch für andere Länder, England und Nordamerika nicht ausgenommen, gilt. Aber hier wie dort ist die Herrschaft des Individualismus doch wesentlich auf die gewerblichen und handeltreibenden sowie überhaupt städtischen Kreise beschränkt. Auf dem Lande und auch über dasselbe hinaus

⁴²⁾ Montes quieu, De l'esprit des lois. Amsterdam MDCCXLIX tome II. Livre 26 ch. 6. p. 372. Achnlich J. St. Mill, cf. oben auf S. 259 Anm. 33. 43) Bluntschli in der Gegenwart. 1879. Nr. 36.

wird derfelbe dagegen noch vielfach durch einen Familiensinn eingebämmt, ber bei uns unter Anderem in einer weit verbreiteten Erbsitte zu Tage tritt. Diese, die auf die ungetheilte Erhaltung des ländlichen Grundbesitzes in der Familie gerichtet ist und den Gutsübernehmer vor den übrigen Erben begünstigt, muß aber, um ihr Ziel zu erreichen, um so träftiger sein, je weniger sie sich wie die englische Sitte der Entailserrichtung auf ein ihr adäquates Intestat= Bielmehr findet sie sich jum Theil im Gegensatz zu erbrecht stützen kann. bem geltenden Intestaterbrecht, mit dem sie über jede Spanne Landes - Die dieses zu zerstückeln oder doch aus der Kamilie herauszubringen und jene ungetheilt in der Familie zu erhalten sucht - einen ernsten und hartnäckigen Rampf zu führen hat. Aber felbst in Gegenden, in denen diese Sitte nicht besteht, mare es doch unrichtig anzunehmen, daß die Testirfreiheit im Allgemeinen mißbraucht werden würde. Denn die Bäter und Gatten sind in Deutschland nicht liebloser gegen ihre Familien als in England. Bielmehr ist — wie selbst ein Gegner der absoluten Testirfreiheit 44) zugesteht — auch bei uns das Band zwischen Eltern und Kindern ein fo enges und inniges, daß man unrecht thun würde, wenn man ihm kein Vertrauen schenken wollte; auch würde sicher gerade die mit der Teftirfreiheit gegebene größere Berantwortlickfeit eine Steigerung des Gefühls für die sittliche Familienpflicht zur Folge haben.

Es ift daher von der Sinführung der Testirfreiheit im Allgemeinen wohl nicht zu besürchten, daß den Familienvätern nunmehr die Zuwendung ihres Bermögens an ihre Kinder als eine veraltete Sinrichtung erscheinen würde, sondern im Gegentheil: von der Gesundheit und Innigseit des deutschen Familienlebens dürsen wir mit Recht erwarten, daß die Sinsicht der Familienväter, verbunden mit dem gesteigerten Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit, sie sehr bald allgemein dahin führen wird, diejenigen ihrer Kinder, denen sie ihren Grundsbesitz nicht übertragen wollen und die auch nur geringe Erbantheile zu erwarten haben, schon bei Lebzeiten auszustatten und selbstständig zu stellen, wie das ja

zum Theil bereits gegenwärtig geschieht.

Daß es im Sinzelnen auch bei uns pflichtvergessene und lieblose Familienväter giebt und immer geben wird, ist freilich nicht zu bestreiten. Aber nicht nach solchen Ausnahmen, sondern nach der großen Mehrzahl der Fälle hat sich

die Gefetzgebung zu richten.

Aber auch sonst ist das gegen die Uebertragung der Testirfreiheit, wie sie in England und Nordamerika besteht, auf Deutschland geltend gemachte Argument, das das Familienleben und die Familiensitte in Deutschland anders geartet sind als in England und Nordamerika, völlig versehlt. Denn das Bestehen eines solchen Unterschieds zugegeben, so ist die Disserenz zwischen den sittlichen Familienverhältnissen Deutschlands in der Gegenwart und Roms während der Kaiserzeit doch unstreitig noch viel tieser gehend. Und wenn trotz dieser größeren Disserenz die Reception des aus spezisisch römischen Voraussetzungen erwachsenen Notherben= und Pslichttheilsrecht in Deutschland dennoch möglich war, so würde der Einsührung der englisch-amerikanischen Testirfreiheit aus dem eben angesführten Grunde um so weniger etwas im Wege stehen.

Endlich wird gegenüber dem für Deutschland gemachten Vorschlag, das

⁴⁴⁾ Bruns, Gutachten 2c. G. 94.

geltende Pflichttheilsrecht zu beseitigen und die Teftirfreiheit einzuführen, geltend gemacht, daß ein folches Borgeben sich mit dem Rechtsgefühl des deutschen Bolts in Widerspruch setzen würde. Das Pflichttheilsrecht, fagt Bruns 45), bildet einen Bestandtheil des Familienrechts im weiteren Sinn, ein Rechtsgebiet, das aus nahe liegenden Gründen auch dem Bewuftfein des Laien nicht fern liegt. Sei es durch Erwägungen der eigenen subjectiven Berechtigung oder Berpflichtung, sei es durch Erfahrung an anderen, genug, die in einem Lande geltenden Be= stimmungen über das Pflichttheilsrecht sind jedem im Bolk in höherem Maße bekannt, als die meisten anderen Rechtsbestimmungen. Eine Aufhebung des Pflichttheilsrechts murde fich daber jedenfalls sofort in allen Kreisen des Bolks lebhaft fühlbar machen und je nach Umständen auch eine große Mißstimmung hervorrufen.

Gegenüber dieser Betonung des Boltsbewußtseins, welches das Pflichttheils= recht angeblich als einen wesentlichen Bestandtheil in sich aufgenommen haben soll, ist dann aber mit Recht die Frage aufgeworfen worden, ob angesichts der großen Verschiedenheit in der Regelung des Pflichttheilsrechts nach den verschiedenen im Deutschen Reich geltenden Rechten — die nur darin unter einander übereinstimmen, daß über den Kreis der Descendenten, Ascendenten, Ghe= gatten und vollbürtigen Geschwister hinaus ein gesetlicher Schutz ber Intestat= erben gegen die lettwillige Verfügungsfreiheit nicht gewährt wird — überhaupt von einer einheitlichen Volksüberzeugung gesprochen werden könne.

Ja es muß das Vorhandensein einer auf das Pflichttheilsrecht gerichteten allgemeinen Bolksüberzeugung, angesichts der von hervorragenden praktischen Juriften constatirten Thatsache, daß das Bolt im Ganzen eine sehr mangelhafte Renntniß des Civilrechts besitzt und sich häufig darüber wundert, wenn es mit ben für die freie Verfügung über den Nachlaß bestehenden gesetzlichen Schranken bekannt gemacht wird, geradezu bestritten werden.

Dazu fommt dann noch, daß das allgemeine landrechtliche Pflichttheilsrecht in einer großen Anzahl von Ländern durch particulare und singuläre Rechts= normen: Ortsftatuten, Gewohnheitsrechte und Brivatdispositionen von der Anwendung auf einen großen Theil des deutschen Grund und Bodens aus-

geschlossen ift.

Und zwar zeigt sich das Bestreben, die Anwendung des Pflichttheilsrechts auf die Vererbung von ländlichen Immobilien auszuschließen, nicht nur in Ländern mit aristofratischer Grundbesitzvertheilung, in denen noch das Anerbenrecht und die Succession nach dem Recht der Stammgüter und Fideicommisse in Kraft besteht, sondern zum Theil auch — wenngleich nicht mit derselben Stärke - in solchen Gegenden, in denen die französische Revolution oder doch die in ihrer Folge vorgenommenen Rechtsveränderungen alles fog. Feudalrecht hinweg= geräumt haben und die Bertheilung des Grundeigenthums eine fehr gleichmäßige ist.

Angesichts dieser Thatsachen wird man unserer Ueberzeugung nach wohl Abstand nehmen muffen von einer gemeinsamen, auf das Pflichttheilsrecht ge-

richteten Ueberzeugung des deutschen Bolks zu reden.

Wohl aber muß zugestanden werben, 1) daß eine folche Rechtsüberzeugung,

⁴⁵⁾ Brune, Gutachten ac. €. 87.

wie sie von Bruns behauptet wird, in städtischen Kreisen sowie in den ländslichen Kreisen eines Theils von Süds und Mitteldeutschland zu sinden ist, und 2) daß auch unter den Juristen eine communis doctorum opinio über diesen Gegenstand besteht, wie sie sich zu voller Evidenz bei der Abstimmung des 14. deutschen Juristentages über die Beibehaltung des Pflichttheilsrechts geäußert hat.

Freilich möchten wir auf dieses Botum tein so großes Gewicht legen, wie es der damalige Präsident des Juristentags, Prof. Gneist, sowie der verstorbene Prof. Bruns gethan haben. Der erstere erklärte nämlich in seiner Schlußrede: "Die von der großen Mehrzahl der Bersammlung ausgesprochene Ueberzeugung, daß die Beseitigung gegen das Bolksbewußtsein verstoßen würde, sei für ihn genügend gewesen, um für die Ablehnung des auf Einsichtung der Testirfreiheit gehenden Antrags zu stimmen", und diesem Urtheil schloß sich später auch Prof. Bruns an, indem er aussprach, daß durch das Botum des Juristentags die absolute Testirfreiheit praktisch als beseitigt angesehen werden müsse.

Denn Juristen werden, wenn sie als Berufstlasse auftreten, vermöge der Natur ihres Berufs der Regel nach zur Conservirung bestehender Rechtsinstitute hinneigen. Und wenn sie sich zu einer Abänderung derselben entschließen, so werden sie dazu gewöhnlich nur durch spezisisch juristische Motive veranlaßt werden. Im gegebenen Fall aber handelt es sich gerade wesentlich um Erwägungen, die einem den meisten Juristen fernliegenden Gebiet, dem der Socialwirthschaft,

angehören.

Eine unbefangene Prüfung der gegen die Testirfreiheit angeführten Gründe scheint uns vielmehr zu dem Resultat zu führen, daß der Gesetzgeber bei Rege-Lung dieses Gegenstands freie Hand hat. In welcher Richtung die Entscheidung zu treffen sei, darüber wird das Gewicht der für die Testirfreiheit sprechenden Gründe entscheiden müssen.

Diese Gründe sind folgende:

Der heutige Zustand des wirthschaftlichen Lebens mit seinem Eingreifen der Weltwirthschaft in die einzelne Boltswirthschaft und beider — der Welt- und Bolkswirthschaft — in die einzelne Brivatwirthschaft, mit seinen rasch wechselnden Conjuncturen und seinen rapiden technischen Fortschritten verlangt von dem Vor= stand einer Brivatwirthschaft die freieste Disposition über sich felbst, seine Rräfte, seine Kenntnisse und sein Bermögen. Für einen solchen Zustand des wirth= schaftlichen Lebens hat sich die Reception des römischen Rechts mit seinem absolut ausgebildeten Privateigenthum und seinem freien Verkehrsrecht sowie die Nach= bildung desselben in den verschiedenen einheimischen Codificationen je länger um so mehr als zweckmäßig, ja als nothwendig erwiesen. Wäre diese Reception nicht bereits im XV. und XVI. Jahrhundert erfolgt, sie hätte im XIX. Jahr= hundert erfolgen muffen. Dieselben wirthschaftlichen Motive nun, welche in der Gegenwart nach einem individuell und absolut ausgestalteten Privateigenthum und nach größter Berkehrsfreiheit hindrangen, verlangen aber auch eine ent= sprechende Gestaltung des Erbrechts. Und zwar bildet die Testirfreiheit das nothwendige Correlat des heutigen auf römisch = rechtlicher Grundlage ruhenden Brivateigenthums. Bar feiner Zeit bei Reception des römischen Rechts die Ersetzung des altdeutschen Intestaterbrechts mit seinem absoluten Charafter, so daß jeder zur Erbschaft berufene gleichsam ein Notherbe war, durch die nur von dem Pflichttheilsrecht begrenzte Testirfreiheit ein Fortschritt in der Richtung

ber freien Disposition des Erblassers, so drängt jest alles dahin, auch diese, wesentlich durch uns fremde Verhältnisse des römischen Familienlebens bedingte Schranke der Testirfreiheit zu beseitigen oder doch wenigstens weiter hinauszusschieben.

Als besonders dringend erweist sich die Ginführung der Testirfreiheit für die Erhaltung des ländlichen Grundeigenthums in der Familie. Wie wichtig biefe Erhaltung aber ift, geht daraus hervor, daß in Gegenden, in denen das Grundeigenthum als Familiengut behandelt wird, der Eigenthümer sich als Träger der Ehre und des Wohlstands der Familie ansieht und sich zugleich abmuht, den Besitz seinen Nachsommen zu hinterlassen, wie er ihn von seinen Vorfahren empfangen hat. "Man glaube nicht," fagt Helferich, "daß diese Anschauungsweise nur eine Sigenthümlichkeit des eigentlich aristotratischen Theils bes Bolkes sein könne. Sie ist ebenso bei dem kleinen und mittleren Bauern ju finden, so lange er sich nicht daran gewöhnt hat, den Grund und Boben gerade so zu behandeln wie irgend ein Stud Handelswaare." Diese Anschauungsweise zerstören heißt die Landwirthschaft, und nicht nur diese, eines wichtigen im= materiellen Factors berauben. Wo die Intestaterbfolge durch das gemeine oder ein demselben nachgebildetes Recht allein und nicht etwa durch eine diesem Recht entgegenstehende Standessitte bestimmt wird, da ift die Begunstigung desjenigen Erben, der das väterliche But übernimmt, durch letztwillige Verfügung unter Umständen — namentlich wenn ein foldes Gut verschuldet ift, der Erblaffer eine größere Anzahl von Descendenten hinterläßt und die Lage der Landwirth= schaft, wie z. B. gegenwärtig in Europa, eine schwierige ist —, abgesehen von ber Gutsübertragung unter Lebenden, Das einzige Mittel, um zu verhüten, daß das Grundeigenthum zuerst stark verschuldet und dann schließlich nach mehr oder minder langer Leidensgeschichte dem Berftückelungs= oder Agglomerationsproces zugeführt werde 46).

Darüber, in welche Bedrängniß Familienväter, welche ihre mühsam erworbenen und stets als Sinheit behandelten ländlichen Besitzungen als solche auch nach ihrem Tode in ihrer Familie erhalten wissen wollen, durch das geltende Pflichttheilsrecht versetzt werden, wissen die das Publikum berathenden und seine Wünsche und Bestrebungen am besten kennenden Juristen zu berichten. Siner dersselben, der Appellationsgerichtsanwalt Meyersburg, erzählt uns aus seiner vielzjährigen Prazis, wie häusig die Fälle sind, in welchen Bäter Jahre ihres Lebens hindurch von dem Gedanken gepeinigt werden, daß nach ihrem Ableben ihr Besitz versauft werden und in fremde Hände übergehen muß, weil es nach dem geltenden landrechtlichen Erbrecht nicht durchführbar erscheint, einem Kinde das päterliche

⁴⁶⁾ Die Schwierigkeit, ja die Unmöglickeit unter der Herschaft des gemeinen und landrechtlichen Pflichttheilsrechts das Grundeigenthum in der Familie zu erhalten, ist schon früh erkannt worden. Bereits das für die Provinz Westphasen erlassen, ist som 4. Juni 1856 suchet dieselb zu beseitigen. An dieses Gesetz schloß sich dann die Agitation an in der Absicht, dasselbe auch auf die übrigen Provinzen der preußischen Monarchie auszubehnen. Und neuerdings wieder ist dei Gelegenheit der Berathung über ein neu zu begründendes Anerbeurecht nebst ermäßigter Erhschaftstare diese Schwierigkeit von mehreren Provinzialsandtagen namentlich sür das bäuerliche Grundseigenthum ausdrücklich anerkannt worden. Bgl. das oben S. 192 ff. über das westsphälische Gesetz vom 4. Juni 1856 Gesagte und das weiter unten über die Bestresbungen zur Begründung eines neuen Anerdenrechts Anzusührende.

Gut mit der Verpflichtung zu übertragen, den übrigen Kindern ihre Antheile unter solchen Bedingungen auszuzahlen, die die Erhaltung des väterlichen Vermögens und Unternehmens in der Familie ermöglichen. Ueber die sonstigen Schwierigkeiten, welche das geltende Pflichtheilsrecht der Erhaltung des Grundbesites in der Familie bereitet, berichtet auf Grund süddeutscher Erfahrungen auch Helferich, indem er noch besonders betont, daß diese Schwierigkeiten in demselben Grade zunehmen, je größer die Verschuldung und Ueberwerthung eines Guts ist 46a).

Die vom socialwirthschaftlichen Standpunkt wohl begründete Testirfreiheit widerspricht nun auch nicht — wie vielsach behauptet wird — dem Princip des Familienerbrechts und der Gerechtigkeit.

Denn der dem Familienerbrecht zu Grunde liegende Gedanke verlangt doch nur, daß das in die Familie gelangte Vermögen auch möglichst in derselben ershalten werde. Die Urt, wie dieses Vermögen unter die einzelnen Glieder der Familie vertheilt wird, ist für diesen Zwed nur insosern von Vedeutung, als diesenige Urt der Vertheilung, die dem obigen Zwed am besten dient, zugleich die erwünschteste ist. Nun ist aber nicht zu bezweiseln, daß die von dem Erblasser undeschränkt getrossene Disposition, dei der das Motiv möglichst ungestheilter Erhaltung des Guts in der Familie ohne irgend welche Beeinträchtigung zur Geltung gelangen kann, dem obigen Zwed besser dienen wird, als eine durch Pstichttheilsrechte gegen den Wunsch und Willen des Erblassers und das Interesse der Familie erzwungene.

Dabei muß allerdings davon ausgegangen werden, daß der testirende Familienvater nicht rein individualistisch als durch keinerlei Rücksichten gebundener Privateigenthümer, sondern als Organ und Repräsentant der Familie versahre. Denn der Gesetzgeber räumt ihm das Recht, sein Bermögen für den Fall des Todes unter seine Descendenten beliedig zu vertheilen, nur ein, weil er überzeugt ist, daß dadurch dem Interesse der Bolkswirthschaft sowohl wie der Familie besser entsprochen werde, als wenn das Gesetz eine solche Bertheilung in absoluter Weise entweder mit vollständigem (altdeutsches Erbrecht) oder theilweisem (römisches und modernes Pflichttheilsrecht) Ausschluß des Erblassers vornimmt.

Aber auch die Gerechtigkeit braucht eine ungleiche Vertheilung des Nachlaßs-Vermögens unter die Descendenten, wie sie von dem Erblasser bei voller Testirfreiheit leicht vorgenommen werden kann und wahrscheinlich häusig vorgenommen werden wird, nicht zu verletzen.

Denn es ist denkbar, daß der Erblasser beim Borhandensein einer größeren Anzahl von Descendenten einen oder einige derselben aus sittlich völlig zulässissen Gründen und ohne Berletzung der Gerechtigkeit vor den übrigen bevorzugt, z. B. wenn eines der Kinder den Bater Jahre lang gepslegt und dabei manche günstige Chance, die das Leben ihm geboten, nicht benutzt hat, oder wenn eins der Kinder im Hause des Baters geblieben ist und mit ihm die Sorgen der Wirthschaft getheilt hat, oder wenn die anderen wegen Kränklichkeit oder höherer Bildungskosten oder wegen Begründung eigenen Geschäftes u. s. w. bereits bei

⁴⁶ a) Helserich in ber Tübinger Zeitschrift für bie gesammte Staatswiffenschaft f. 1853. S. 195 ff.

Lebzeiten des Erblassers von diesem mehr erhalten haben, als derzenige, dem das väterliche Gut zugewendet wird-

Auch lassen sich die Motive der socialwirthschaftlichen Zweckmäßigkeit und der Gerechtigkeit bei der Entschließung im einzelnen Fall sehr wohl derart combiniren, daß das aus Gründen wirthschaftlicher Zweckmäßigkeit ungetheilt bleibende Gut zugleich letztwillig demjenigen unter mehreren Descendenten zu einem mäßigen Anschlag überwiesen wird, der aus anderen Erwägungen eine Bevorzugung vor seinen Geschwistern verdient.

Und selbst wenn das Prinzip der Gleichheit durch eine im obigen Sinn getroffene letztwillige Verfügung verletzt sein sollte, so ist doch zu berücksichtigen, daß dies im Dienst einer nicht minder berechtigten Joes geschieht: der Joes, daß sich das individuelle Recht und Wohl des einzelnen Familienglieds im Collisionsfall dem höheren Recht und Wohl der gesammten Familie unterzuordnen hat.

Wie wenig nach der Gesinnung rechtsliebender und zärtlicher Eltern übrigens die rein formale Gleichheit bei der Vertheilung des Nachlasses immer mit der Gerechtigkeit zusammenfällt, bezeugt ebenfalls der Appellationsgerichtsanwalt Meyersburg ⁴⁷), wenn er uns mittheilt, wie schwierig, ja wie unmöglich es häusig ist, deutschen Vätern klar zu machen, daß das Gesetz sie verhindert, zu bestimmen, wie ihr Vermögen nach ihrem Tode vertheilt werden soll, ja sie sogar verhindert in der Weise für ihre Kinder zu sorgen, daß die Erbtheile nicht alsbald nach dem Tode, sondern im Interesse des den Familienbesitz übernehmenden Erben erst in einiger Zeit fällig werden.

Bon der Zwangsvertheilung des Nachlasses unter sämmtliche Kinder zu gleichen Theilen, wie sie nach französischem Recht besteht, sagt J. St. Will daher mit Recht, daß sie zwar nicht so direct gegen das Gerechtigkeitisgefühl verstößt, wie ein Fideicommiß zu Gunsten eines einzelnen Kindes, aber sich sonst als eine Art von Fideicommiß zu Gunsten der Gesammtheit der Kinder darstellt und als solches principiell nicht vertheidigt werden kann.

Zu beachten ist auch, was über den sittlichen Einfluß der Testirfreiheit auf das Familienleben und den Charakter des Bolks neuerdings namentlich von Leplan, Helserich und J. St. Mill ⁴⁸) ausgesagt worden ist. Die Testirfreisheit kräftigt die väterliche Autorität und gewöhnt die Familienglieder an Untersordnung unter dieselbe, an Zucht und Gehorsam. Sie dient also dazu, um den im Schwinden begriffenen Autoritätsbegriff wieder neu zu stärken und damit zugleich dem Familienverband mehr Zusammenhang und Festigkeit zu geben ⁴⁹).

Ferner erhöht die Testirfreiheit zugleich die Berantwortlichkeit des Familienvaters, indem sie seine Macht verstärkt und das Wohl und Wehe seiner Familie, soweit es sich um die wirthschaftlichen Voraussetzungen für dieselbe

OPEN ACCESS | Licensed under CC BY 4.0 | https://creativecommons.org/about/cclicenses/

⁴⁷⁾ Mepersburg, Gutachten 2c. S. 60, 61. 48) J. St. Mill, Grundsätze der Nationalötonomie. Bb. 1. Buch 2. Cap. 2. § 4.

⁴⁹⁾ Leplay, La réforme sociale. t. I. S. 257, 287, 295. Helferich in ber Tübinger Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft. Jahrg. 1854. S. 148. J. St. Mîll, Grundsätze der Nationalösonomie. Bd. 1. Buch 2. Cap. 2. § 3.

Schriften XX. - v. Miastowsti, Grundeigenthumsvertheilung.

handelt, in seine Hand legt. Damit kann sie aber erheblich zur Entwicklung des Erwerbssinns und der Sparsamkeit sowie überhaupt zur Ausbildung der wirthschaftlichen Energie beitragen — lauter Eigenschaften, ohne die die Blüthe der Bolkswirthschaft sowie die Ausbildung freier politischer Institutionen nicht denkbar ist. Zum Beweis dafür, daß die Testirfreiheit in der That eine der Boraussetzungen einer gesunden Bolkswirthschaft sowie der politischen Selbsteverwaltung ist, wird auf das Beispiel Englands und Nordamerikas hinsgewiesen  50 ).

Endlich werden durch das Bestehen der Testirfreiheit auch Processe vermieden, welche in Ländern, in denen das gleiche Erbrecht und das Psslichttheilszecht gilt, sehr häusig vorzukommen pslegen. Dieselben werden hier gewöhnlich seitens derjenigen, die sich für benachtheiligt halten, durch die actio ad supplendam legitimam eingeleitet, gegen den Wunsch der Estern, welche, um den Grundbesitz in der Familie zu erhalten, einem der Kinder einen größeren Ans

theil zugewendet haben.

Hatten wir als Resultat unserer früheren Untersuchung seststellen können, daß die deutsche Gesetzgebung bei Regelung der Testirfreiheit freie Hand hat, so glauben wir jetzt nach Abwägung der für und gegen die Testirfreiheit sprechenden Gründe uns, wenigstens soweit landwirthschaftlich benutzte Grundstücke den

Rachlaß bilden, für dieselbe aussprechen zu sollen.

Es bleibt uns jetzt noch die Frage zu prüfen übrig, ob nach Verwerfung des gegenwärtig geltenden Pflichttheilsrechts es nicht doch gewichtige Gründe giebt für die Anerkennung der Berechtigung der hilfsbedürftigen Descendenten Alimente aus dem Nachlaß zu beziehen, oder gar für die relative Beschränkung der Testirfreiheit zu Gunsten der Descendenten, sosen diese mit dritten Personen als testamentarischen Erben oder Legataren concurriren, im Sinn des Bruns'schen

Vorichlags.

Was ferner die Gründe betrifft, welche für die Anerfennung einer über ben Tod des Erblassers hinaus dauernden, gleichsam auf seinen Nachlaß übersgehenden Alimentationsverpslichtung im engeren oder weiteren Sinn, d. h. in der Beschräntung auf den nothdürftigen oder in der Ausdehnung auf den herkömmlichen Lebensunterhalt sprechen, so sind sie bereits oden angeführt worden. Und in der That wird nicht geleugnet werden können, daß Berpslichtungen, welche der Erblasser bei Ledzeiten aus seinem Vermögen erfüllen mußte, nach seinem Tode aus seinem Nachlaß — soweit derselbe ausreicht — zu bestreiten sind. Zu diesen Verpslichtungen gehört aber unzweiselhaft die des Unterhalts hilfsebedürftiger Descendenten.

Endlich wird auch zuzugeben sein, daß der vorgeschlagenen Maßregel doch wenigstens ein bestimmter rationeller Gedanke zu Grunde liegt, während sich ein solcher bei dem Pflichttheilsrecht in seiner dem gemeinen u. s. w. Recht ans

gehörigen Gestalt nur schwer ausfindig machen läßt.

Und wenn in Folge der Substituirung von Alimentationsansprüchen der Descendenten an den Nachlaß für das gegenwärtig in Kraft bestehenden Pflichtstheilsrecht der Spielraum für die letztwilligen Dispositionen des Erblassers in

⁵⁰⁾ Leplay, La réforme sociale. t. I. S. 283, 284, 289—291. Şefferich l. c. S. 147—149.

Zukunft in einigen Fällen auch ein engerer sein würde als gegenwärtig, so würde er dafür wieder in anderen Fällen ein weiterer werden.

Ja wenn der vorhandene Nachlaß häufig auch nicht ausreichen follte, um die von dem Erblasser auf seinen Nachlaß übergehende Pflicht zu erfüllen, so würde in solchen Fällen dem Erblasser doch wenigstens die ihm nach gemeinem Recht zustehende Freiheit abgeschnitten sein, seiner Frau und seinen Kindern noch einen Theil seines ohnehin zu der obigen Pflichterfüllung nicht hinreichenden Vermögens zu entziehen.

Was endlich die Schwierigkeit der gesetzgeberischen Formulirung und Durchführung des obigen Gedankens betrifft, so läßt sich auf die Schwierigkeit auch anderer Materien hinweisen, wie z. B. auf die gesetzliche Formulirung der Haftschlicht des Arbeitgebers für die aus dem Betrieb entspringenden Verletzungen und Tödtungen seiner Arbeiter, die zu überwinden aber schließlich doch gestungen ist.

Bielleicht ließen sich diese Schwierigkeiten am besten beseitigen, wenn man das Pflichttheilsrecht in Zukunft nur für den Fall beibehielte, daß sich unversorgte Descendenten des Erblassers nach seinem Tode vorsänden und wenn solchen Falls der jeweilige Umfang des Pflichttheils nicht ausschließlich nach der Größe der Erbschaft und der Zahl der Erben bestimmt würde, sondern in erster Linie die Bedürsnisse der unversorgten Descendenten und das Vermögen des Erblassers in Betracht kämen.

Beniger schwierig in der Durchführung wäre allerdings der von Bruns ursprünglich in seinem Gutachten gemachte Vorschlag: die absolute Testirfreiheit durch die relative zu ersetzen — der Art, daß der Erblasser, wenn er über seinen Nachlaß zu Gunsten dritter Personen versügt, an bestimmte seinen Descendenten zu hinterlassende Pflichttheile gebunden sein soll, daß ihm dagegen die freieste Disposition in der Vertheilung seines Nachlasses unter seinen Descendenten zustehen soll.

Glaubt man sich auf die Kraft des Familiensinns, wie er in England und Nordamerika hinreicht, um die Familie vor Benachtheiligungen durch lieblose Eltern zu schützen, bei uns nicht verlassen zu können, so beschreite man den von Bruns angegebenen Weg. Vom socialwirthschaftlichen Standpunkt ist gegen denselben nichts einzuwenden, da er zur Erhaltung der Güter in der Familie nur förderlich sein kann.

Was endlich die vom Juristentag gefaßten Beschlüsse betrifft, so enthalten sie nur gegenüber dem geltenden französischen und preußischen Recht und auch hier nur soweit einer der Descendenten vor den anderen von dem Testator bevorzugt sein sollte, eine kleine Erweiterung der Testirbesugniß; in allen übrigen Fällen dagegen ist der Standpunkt des bestehenden Rechts beibehalten oder die Testirfreiheit sogar noch mehr eingeschränkt. Die oben gegen das bestehende Pflichttheilsrecht geltend gemachten Gründe sind daher auch gegen diese Beschlüsse gerichtet.

Will man aber den Descendenten ein absolutes oder relatives Pflichtstheilsrecht oder auch nur einen Alimentationsanspruch zugestehen, so darf ein solcher nach deutschrechtlicher Auffassung den Shegatten nicht wohl versweigert werden. Die Innigkeit der Liebe, das vollständige Sichinein=

15*

anderleben und =fühlen macht, nach den Worten von Brung 51), daß in der deutschen Che dem Gefühl nach der Chegatte den Kindern und nicht, wie in Rom, die Kinder dem Chegatten vorgeben. Darum wird jeder, fo fährt Bruns fort, der in wahrer Liebe lebt, beim Gedanken an die Trennung durch den Tod den Wunsch haben, daß der andere Theil das Leben, wie sie es gemeinsam geführt haben, auch allein nach Möglichkeit möge fortführen können, daß ihm Sorgen und Beschräntungen womöglich fern bleiben und daß keinenfalls die Rinder ihm die Mittel für die Existenz entziehen durfen. Diese Auffaffung zeigt schon das bekannte Testament Luthers, in dem dieser seiner Frau sein ganzes Bermogen und feinen Kindern gar nichts hinterließ, und zwar wie er ausdrücklich fagt, "weil ich will, sie muffe nicht den Kindern, sondern die Kinder follen ihr in die Hände sehen." Ein Beweis von der Innigkeit der deutschen Auffassung von der Che ist es auch, wenn die neueren deutschen Gesethücher ausnahmslos auch dem Chegatten ein Pflichttheilsrecht eingeräumt haben. Daffelbe mußte jedenfalls bestehen bleiben, wenn und soweit das Pflichttheils= recht der Kinder bestehen bleibt. In jedem Fall aber ist der Pflichttheil des Chegatten beffer im Niegbrauch eines Theils des Bermögens als in Rapital auszudrücken.

In biesem Sinn hat sich benn auch ber beutsche Juristentag in seiner oben mitgetheilten Resolution ausgesprochen.

Biel schwieriger ist dagegen das Pflichttheilsrecht der Eltern zu begründen. Man hat dies zu thun versucht mit Rudficht auf die Bietätspflicht der Rinder, mit Rudficht auf das Princip der Gegenseitigkeit der Rechte und durch eine Folgerung aus dem Intestaterbrecht der Eltern. Allein die Bietätspflicht kann allenfalls zur juristischen Begründung der Alimentationspflicht und nur soweit diese gegenüber dem Nachlaß undurchführbar sein sollte, zu einem bedingten, d. h. im Kall der Bedürftigkeit eintretenden Pflichttheilsrecht führen, mahrend das gegenwärtig geltende Pflichttheilsrecht ber Eltern von der Silfsbedürftigkeit ber= felben vollständig absieht und erft eventuell, in Ermangelung von Descendenten Die Anwendung des Princips der Gegenseitigkeit setz gleichartige Berhältnisse voraus, die, abgesehen vom Intestaterbrecht, doch hier nicht vorliegen. Endlich trifft auch die Folgerung aus dem Intestaterbrecht nicht zu, weil die= selbe ja dazu führen mußte, allen Intestaterben zugleich ein Pflichttheilsrecht einzuräumen 52).

Dazu kommt dann noch, daß ein nicht unwichtiger socialwirthschaftlicher Grund gegen das Pflichttheilsrecht der Ascendenten spricht, im vorliegenden Falle nämlich der, daß diese wegen ihres hohen Alters in der Regel nicht in der Lage sein werden, die Bewirthschaftung des Landguts ihrer Kinder fortzuführen.

Die eben angeführten Gründe schienen bem Berichterstatter bes 14. deutschen Juristentags so sehr gegen das Pflichttheilsrecht der Ascendenten zu sprechen, daß er feine Befeitigung oder vielmehr die Erfetzung deffelben durch ein den Afcen= benten für den Kall ihrer Silfsbedürftigkeit einzuräumendes Recht auf Alimente

⁵¹⁾ Bruns, Gutachten 2c. S. 86 95, 102. 52) Bruns, Gutachten 2c. S. 171.

aus dem Nachlaß ihrer Kinder beantragte. Dessen ungeachtet hat der Juristentag sich für die Beibehaltung des Pflichttheilsrechts der Usendenten ausgesprochen.

Dagegen können wir uns aus den oben angegebenen Gründen nur für die Einräumung eines Alimentationsanspruchs der Ascendenten an den Nachlaß des Erblassers resp. für ein demselben anzunäherndes Pflichttheilsrecht, das aber nur im Fall ihrer Hilfsbedürftigkeit begründet wäre, erklären: dieses hätte dann freilich nicht nur eventuell, d. h. beim Nichtvorhandensein von Descendenten einzutreten, sondern müßte ein mit dem gleichen Recht der Descendenten und des Ehegatten concurrirendes sein.

Wir gelangen somit zu folgendem Resultat: daß uns die Ginführung der absoluten Testirfreiheit mit Beseitigung aller Pflichttheilsrechte für den aus landwirthschaftlich benutten Grundstücken bestehenden Nachlaß vom socialwirth= schaftlichen Standpunkt als die erwünschteste Lösung der schwebenden Wefetzgebungsfrage erscheint, wobei wir von der Innigkeit des zwischen Descendenten und Ascendenten und Ehegatten bestehenden Berhältnisses erwarten, dieses Recht nicht jum Schaden der Familie und sihrer Interessen migbraucht werden werde. Sollte unsere Zuversicht hinsichtlich bes letteren Bunkts jedoch nicht getheilt werden, so behalte man entweder nur das Pflichttheilsrecht in seiner nach den obigen Gesichtspunkten modificirten Gestalt für die hilfsbedurftigen Descendenten und Ascendenten sowie den überlebenden hilfsbedürftigen Chegatten bei oder combinire dasselbe eventuell auch mit dem relativen Uslichttheil grecht nach dem Bruns'ichen Borichlage in der Art, daß die hilfsbedürftigen Descendenten und Ascendenten sowie Chegatten in jedem Fall und mit gleichem Recht ein dem Alimen= tationsanspruch angenähertes Pflichttheil zu beanspruchen haben und daß bei Zuwendung des Nachlasses oder doch eines Theils desselben an dritte Personen auch den nicht hilfsbedürftigen Descendenten und dem Chegatten ein Recht auf einen Theil des Nachlaffes eingeräumt werde. Für den Fall, daß die Beseitigung des Pflichttheilsrechts in seiner gegenwärtigen Gestalt aber an der bestehenden Rechtsüberzeugung ein unüberwindliches Hinderniß finden sollte, so schränke man daffelbe wenigstens auf einen Betrag ein, der dem Erblaffer durch freie Berfügung über den Rest die Erhaltung des Grundbesitzes in der Familie all= gemein ermöglicht.

Aber wie auch die Entscheidung des Gesetzebers ausfallen mag — ob im Sinn der Erhaltung des bestehenden Rechts, im Sinn der Beschlüsse des Juristentags, des Bruns'schen oder Meyersburg'schen Vorschlags — die thatssächliche Bedeutung des Pslichttheilsrechts wird eine wesentlich verschiedene sein, je nachdem der Nachlaß ab intestato zu gleichen Theilen unter sämmtliche in gleichem Grade mit dem Erblasser verwandte Descendenten oder nach Anerbenzecht vererbt werden wird. Denn bleibt das gemeine und das demselben nachzebildete preußische, sächsische und französische Intestaterbrecht auch in Zukunst in Geltung, so wird die Errichtung von Testamenten, in denen einem der Erben der ganze von dem Pslichttheilsrecht freie Theil der Erbschaft zugewendet wird, immer für etwas Abnormes gelten und nur ausnahmsweise zur Geltung gelangen. Ueber diesen Punkt bemerkt Leplan sehr richtig: "Lors même que le legislateur a laisse intacte la liberte des testaments, le legis-

lateur a toujours eu le pouvoir de propager avec le temps le régime de transmission qu'il préfère . . . Les prescriptions de la loi — nämlich die Borschriften des Intestaterbrechts — s'imposent par une vraie contrainte morale comme le criterium du bien et du mal. Quel que soit le contraste existant d'abord entre la coutume et une loi nouvelle, l'opinion se persuadera à la longue que celle-ci est l'expression de l'intérêt public" 53). Es liegt demnach der Schwerpunkt der Resorm des Erdrechts, soweit wenigstens die Interessen des Grundbesiges in Frage kommen, weniger in der Resorm des geltenden Psslichttheilsrechts — obgleich auch diese nicht ohne Bedeutung ist — als in der Resorm des Intestaterbrechts, auf die wir in den nächsten Abschnitten näher einzugehen haben werden.

⁵³⁾ Leplay, La réforme sociale. t. I. S. 315.

Beilagen.

## Beilage zum Abschnitt I. über die deutsche Grundeigenthumsvertheilung der Gegenwart.

Die Mängel der über diesen Gegenstand vorhandenen Statistik, namentlich die Unvergleichbarkeit der für die einzelnen deutschen Staaten vorhandenen Zahlen sind bereits im Text auf S. 3—5 hervorgehoben worden. Ergänzungsweise soll hier nur noch folgender, die Vergleichbarkeit der Zahlen weiter erschwerender Mängel gedacht werden. Sie bestehen darin, daß die Aufnahmen in den einzelnen Staaten aus verschiedenen Zeiten stammen und daß der Besitz des Staats, der Gemeinden und Korporationen nicht überall von dem der Privatpersonen ausgeschieden worden ist.

Zusammenstellungen und Vergleichungen der für die einzelnen Staaten über die Vertheilung des Grundeigenthums vorhandenen Zahlen sind bisher vorgenommen worden von

v. Biebahn, in seiner Statistit des zollvereinten und nördlichen Deutsch= lands Th. 2, Berlin 1862, und v. Scheel, in einer Arbeit betitelt: Statistische Leistungen über die Vertheilung des Grundeigenthums in Deutschland in Hildebrands Jahrbüchern für N.De. u. St. Bd. 4 und 5 (1865).

Da die einzelnen Daten dieser Zusammenstellungen für eine Reihe von Staaten durch neuere Aufnahmen ersetzt worden sind, so haben wir diese beiden verdienstvollen Arbeiten nur zum Theil benutzen können.

## Beilage A zu 2. Gegenden mit vorwiegendem großen Grund= eigenthum. S. 8—35.

Die unten abgedruckte Tabelle veranschaulicht die Vertheilung des Grundseigenthums in den altpreußischen Provinzen. Wir theilen in derselben, wie auch in den Tabellen für die übrigen deutschen Staaten, nur die relativen Zahlen mit, da es an dieser Stelle nur darauf ankommt, das Verhältniß der verschiesbenen Größenklassen des Grundeigenthums zu einander festzustellen.

In Preußen erfolgt seit dem Jahre 1849 die Aufnahme der Zahl der Grundbestiger nach 5 Größenklassen. Das in verschiedenen Gemeinden zerstreut liegende Grundeigenthum einer Person erscheint dabei in einer der Zahl der Gemeinden entsprechenden Zahl von Besitzungen. Seit 1852 wird auch die Flächenausdehnung der Besitzungen, und zwar sowohl das lands wie das forstwirtssichtlich benutzte Areal derselben, ermittelt. Die von uns benutzten absoluten Zahlen entstammen der Aufnahme des Jahres 1858. In den absoluten Zahlen sind auch die öffentlichen Besitzungen unausgeschieden von den Privatbessitzungen enthalten.

Bu bedauern ift, daß über unseren Gegenstand für Preußen keine neueren Zahlen vorliegen, da seit dem Jahre 1858 einerseits der Agglomerations= und andrerseits der Zerstückelungs=Proces nicht unerhebliche Fortschritte gemacht haben dürfte.

In der nachfolgenden Tabelle theilen wir die Zahlen über die Grundseigenthumsvertheilung in fämmtlichen alten Provinzen Preußens mit, um dieselben in einer Tabelle übersichtlich beisammen zu haben.

#### Tabelle A.

Acht alte Provinzen Breugens und hohenzollern. (Nach ben absoluten Zahlen in ber Breugisichen Statiftit heft V. S. 21.)

Bertheilung bes land= und forstwirthschaftlich benutten Grund= eigenthums nach ber Größe ber Besitungen. 1858.

1 preuß. Morgen = 0,255 ha.

Bon je 100 Besitzungen und je 100 Morgen Flache tommen auf die Größenklaffen:

Brovinzen		Morgen 25 ha)				30-300 Morgen (c. 7,50-75 ha)				über 600 <b>M</b> orgen (c. 150 ha u. bar.)	
<b>4.000</b>	Befit	Fläche	Besit	Fläche	Befit	Fläche	Befit	Fläche	Befit	Fläche	
Breußen	26,57	0,58	24,07	3,24	44,78	43,95	2,35	8,30	2,23	43,93	
Bommern	35,48	0,77	31,62	3,82	28,52	27,31	1,56	5,45	2,82	62,65	
Bosen	23,16	0,58	30,85	5,16	42,48	32,54	1,01	4,39	2,50	57,33	
Brandenburg	40,08	1,04	27,14	4,62	29,65	38,09	1,41	6,42	1,42	49,83	
Schlesien	42,61	2,17	38,61	11,77	17,30	30,75	0.42	4,09	1,06	51,22	
Sachsen	49,06	3,12	30,77	11,30	18,86	47,89	0,74	7,56	0,57	30,23	
Westphalen	49,59	3.65	30,75	15,20	18,80	56,37	0,57	8.13	0,20	16,65	
Rheinproving	68,63	10,26	24,97	26,64	6,02	33,70	0,20	6,77	0.18	22,63	
Hohenzollern	54,99	7,54	36,04	25,39	8,34	30,32	0,18	3.88	0,45	23,87	
Staat	51,33	2.38	28,83	8,99	18,29	38,32	0.70	6.45	0.85	43.86	

Um festzustellen, wie viel von dem gesammten Grundeigenthum dem freien Verkehr überlassen ist, drucken wir die nachfolgende Tabelle ab, in der der Anstheil des in todter Hand besind befindlichen Grundeigenthums zur Zisser gebracht ist. Aus derselben ergiebt sich zugleich der Antheil, den im Sinzelnen der Staat, die Gemeinden und Korporationen sowie die Lehn= und Fideikommißgüter an dem gesammten Grund und Boden haben.

#### Tabelle B.

Breugen.

(A. Meigen, Der Boben u. f. m. I. (1882) S. 530.)

Das Grundeigenthum der Krone, bes Staats, ber Korporationen. Die Lehen und Fibeicommifguter. 1865.

Bon je 100 Morgen land- und forstwirtschaftlich benutter Fläche kommen auf bie:

Eigenthum8fategorien :	Preußen	Доштет	Bosen	Branden= burg	Schlesien	Sachsen	Westfalen	Rheinland	altpreuß. Staat zus.
1. Eigenthum ber Krone, ber Mitglieber bes fgl. Saufes									
und ber beiben hohenzollern= fchen Fürstenhäuser 2. Eigenthum bes Staats:	0,42	0,51	0,05	1,43	1,02	0,25		0,06	0,55
a) Domänen b) Forsten	1,49 12,20			1,76 10,60					
c) sonstiges Eigenthum bes- felben	1,60	0,09	0,08	0,30	0,06	0,11	0,06	0,08	0,46
mögen	1,00 0,24	3,18 0,25	0,50 0, <b>34</b>					1,21 16,47	1,83 2,24
5. Eigenthum ber Kirchen und Pfarren	1,18	1,93	1,72	1,66	1,20	2,70	1,32	1,53	1,58
und höhern Lehranstalten . 7. Eigenthum anderer Schulen	0,01 0,21							0,08 0,06	
8. Eigenthum ber milben und frommen Stiftungen 9. Lehn= und Fibeikommißgüter		0,79 1 <b>5.1</b> 0			0, <b>3</b> 6 11,00				-,
Bleibt Antheil ber im freien									22,93
Berkehr befindl. Liegenschaften	79,79	67,78	88,47	71,54	78,19	74,93	83,37	72,84	77,07

Wenn wir zu den großen Gütern im Sinne der Darstellung im Text alle diejenigen rechnen, die einen Umfang von 600 Morgen und mehr haben, so nehmen diese Güter von der Gesammtsläche ein:

			alten Provinze			43,86 %,
=	der	Provinz	Preußen .			$43,93^{0}/_{0}$
=	=	=	Schlesien .			
=	=	=	Brandenburg			
=	=	=	Posen .			$57,33^{\circ}/_{0}$ ,
=	=	=	Bommern			$62.65^{\circ}/_{\circ}$ .

In einzelnen Bezirken und Kreisen dieser Provinzen tritt das große Grundseigenthum noch viel stärker hervor, als es nach den vorigen Durchschnittszahlen erscheint.

So fallen im Regierungsbezirk Stralfund von den ertragsfähigen Liegen-

Da die Gutsbezirke im großen Ganzen mit den großen Gütern zusammensfallen, so kommen demnach auf das große Grundeigenthum  $81\,^{\circ}/_{0}$  der erstragsfähigen Liegenschaften, während von dem Rest des Areals etwas über ein Biertel den Städten und fast drei Biertel dem kleinen und mittleren Grundseigenthum angehören. (Nach diesen Angaben, welche dem Jahrbuch für die amtsliche Statistit des preußischen Staats, III. Jahrgang, Berlin 1869, S. 20, 24 und 26 entnommen sind, sind zugleich die im Text S. 10 gegebenen Procentzahlen zurechtzustellen.)

Unter den neueren seit 1866 der preußischen Monarchie angegliederten Landestheilen findet das große Grundeigenthum sich noch stark vertreten in

einigen Theilen Schleswig-Solfteins und in Lauenburg.

In Schleswig=Holftein nehmen die Rittergüter, auf die Gesammt= fläche dieser Provinz ausgeschlagen, freilich nur einen geringen Procentsatz ein; in einzelnen Gegenden dagegen find sie für die Grundeigenthumsvertheilung und den Charakter der Landwirthschaft bestimmend. Während sie auf der Westküste nur vereinzelt vorkommen und auch auf dem die Mitte des Landes einnehmenden Haiderücken nur zerstreut liegen, sind sie in großer Anzahl an der fruchtbaren und anmuthigen Oftseite beider Herzogthümer anzutreffen. Hier bilden die Rittergüter theils ganze zusammenhängende Distrikte, theils finden sie sich untermischt mit landesherrlichen Memtern oder einzelnen Amtsdörfern, aber auch hier sind sie noch immer dicht gesäet. Sie sind nicht von so bedeutendem Umfange wie manche Güter in Schlesien, Neuvorpommern und Medlenburg, haben aber doch einen Umfang von 400 bis zu mehreren 1000 Morgen. Im Allgemeinen sind die Güter nördlich von der Schlei geringeren Umfanges als in Südschleswig und Holftein. So gilt in Angeln noch als Gutshof, was im öftlichen Holftein nur als Meierhof angesehen wird. Neben diesen, einzelnen Privatpersonen ge= hörigen Rittergütern kommen noch in Betracht die der Ritterschaft, d. h. den adligen Gigenthümern der Rittergüter als Corporation gehörigen, zur Ber= sorgung ihrer unverheiratheten Töchter bestimmten 4 Klöster (zu Itehoe, Breet, Uletersen und Schleswig) mit ihrem ansehnlichen, den Rittergütern gleichgestellten Grundbesitz. Besondere Complexe bilden sodann die Großherzoglich Oldenburgischen Fideicommigguter in Holftein und die Herzoglich Augustenburgischen Güter auf Ulfen. Außerdem giebt es noch fog. Kangleigüter, die die Stellung von Ritter= aütern haben.

Die Domanialgüter sind im Berhältniß zu den Rittergütern nicht erheblich (v. Biebahn, Statistit des zollvereinten und nördlichen Deutschland, 2. Theil. S. 572. Hanssen, Aushebung der Leibeigenschaft, S. 1—3, 148).

Im Großherzogthum Medlenburg-Schwerin vertheilt sich die Ge- sammtfläche des Landes unter das Domanium mit 43,3 %,

```
die Ritterschaft = 42,3 = 10,8 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3 = 0,3
```

Auch hier überwiegen die großen Güter und zwar sind die Gründe für diese Erscheinung dieselben wie in Neuvorpommern und im öftlichen Theil Schleswig = Holsteins: in allen diesen Ländern hat der Adel feine Macht gegen= über den Landesherrn dazu benutzt, um namentlich seit dem 30 jährigen Kriege die Bauerhufen zu den Sofen einzuziehen, und fo den großen Grundbesitz auf Koften des bäuerlichen Besites zu erweitern. Biggers (Die Reform der bäuer= lichen Berhältnisse im Domanium des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin, Rostock 1869, S. 59) berichtet, daß es in den zwanziger Jahren des 17. Jahr= hunderts noch 12 000 ritterschaftliche Bauern gegeben habe, daß sich im J. 1755 dagegen nur noch 5000 und in der neuesten Zeit sogar nur noch 1400 vorge= funden haben. Indeß sind diese Angaben nicht unbestritten geblieben. Aber selbst Bald, der Gegner von Wiggers, giebt (in seinem gleichfalls im Jahre 1869 erschienenen Werk: Bur Geschichte und Vererbpachtung der Domanial-Bauern in Mecklenburg-Schwerin, Schwerin 1869, S. 59) doch selbst für das Domanium, auf dem das Legen der Bauern niemals solche Dimensionen angenommen hat, wie in dem ritterschaftlichen Theil des Landes, zu, daß die Zahl der Hufner auf den= selben vor dem 30jährigen Kriege wenigstens doppelt so groß gewesen sei, als jett, wenn er auch die Bedeutung dieser Thatsache durch den Zusatz abschwächt, daß die muften Sufen vielfach den Aeckern der gegenwärtigen Bauern zugelegt worden Jedenfalls ist Mecklenburg - Schwerin heutzutage das Land vorzugsweise der großen Güter. Es werden dort nach Biebahn gezählt: 46 landesherrliche Domanenamter, 86 Klusterguter, 1008 Ritterguter im Besitz von 656 Eigenthümern, 1002 Erbpacht= und Erbzinsgüter, 6133 Bauern und Koffäten, 6596 Büdner und Kolonisten. Eine Ritterhuse hat nicht unter 600 Scheffel Einsaat und die Büter, die nur eine folche Sufe besitzen, find felten: man findet deren von 2, 4, 8, 10 hufen und darüber. Gine Bauernhufe variirt zwischen 200 und 300 Scheffel Einsaat. (v. Biebahn, Statistit des zollvereinten und nördlichen Deutschland. Berlin 1862. I. S. 409. II. 572.)

Neuerdings hat sich die Zahl der bäuerlichen Erbpachtstellen sowie der kleinen Häuslerstellen im Domanium, nach einer anderen Nachricht, deren Daten übrigens mit den obigen Zahlen nicht vollständig übereinstimmen, im Groß=herzoglichen Domanium wesentlich vermehrt.

Es waren im Domanium bes Großherzogthum Mecklenburg = Schwerin porhanden in den Jahren

9
0
3
<del>-</del>
7 5 5 5 5 5 5
$\binom{3}{7}$ 5560
<b>372</b>

Die Erbpachtgehöfte find auf  $37^{1/2}$ —350 Scheffel bonitirt. Büdnereien find kleine Stellen mit einem Areal von 500—2000, Doppelbüdnereien bis zu 4000 und 5000 Muthen. Die Häuslerstellen bestehen aus einer Hofstelle von 25 und einem Garten von 60 Muthen.

Die zwischen 1832 und 1872 erfolgte Vermehrung dieser von Bauern und Kleinstellenbesitzern eingenommenen Besitzungen beträgt 6383. Der größte Theil dieses Plus entfällt indeß auf die neugegründeten Häusler= und Büdnerstellen, während bei den eigentlichen Bauernstellen nur ein geringer Zuwachs von 157 zu verzeichnen ist. Der Vortheil der im Jahre 1868 von der Domänenverwaltung allgemein eingeführten Erdpacht besteht für den Bauernstand darin, daß das prekäre Rechtsverhältniß, in dem die sog. Hauswirthe bis dahin standen, in ein sessen, dem Sigenthum ähnliches Verhältniß umgewandelt worden ist.

Im ritterschaftlichen Theil des Großherzogthums ist die Vertheilung des Grundeigenthums und =Besitzes wohl im Ganzen noch heute ähnlich, wie sie oben von v. Viebahn dargestellt worden ist, nur daß auch hier das pretäre Rechts=verhältniß der Bauern an ihrer Hufe für die Hälfte derselben in Erbpacht umgewandelt worden ist. (v. Viebahn 1. c. II. S. 512, v. Scheel in Hilde-

brands Jahrbüchern Bd. 5 S. 201.)

Alehnlich wie in Mecklenburg-Schwerin sind die Grundeigenthumsverhältnisse in Mecklenburg=Strelitz. Nach v. Viebahn zählt Mecklenburg-Strelitz 25 adlige Sigenthümer mit 52 Gütern und einem Areal von 23 602 561 □ R. und 19 bürgerliche Rittergutsbesitzer mit 24 Gütern und einem Areal von 5794 512 □ Ruthen (v. Biebahn, l. c. II. S. 572).

Alle diese Länder mit vorwiegendem Großgrundbesitz gehören dem Norden und namentlich dem Nordosten an. Im Nordwesten, besonders aber im ganzen Süden, kommen große Güter nur ausnahmsweise vor: so z. B. in Oberbayern Güter von 800-2000 und in Niederbayern wenigstens solche von 600-1800 bayrischen Tagw. Das bayrische Tagwert ist = 1,33 preuß. Morgen. (Bavaria I, 1. S. 475 und I, 2. S. 1035.)

# Beilage B. zu 3: Gegenden mit vorwiegendem kleinen Grund= eigenthum. Bu S. 35—66.

In Verbindung mit der im deutschen Reich am 10. Januar 1873 durch= geführten allgemeinen Viehzählung sind von einer kleinen Anzahl deutscher Staaten die Zahl der landwirthschaftlichen Haushaltungen sowie der Umfang des von denselben bewirthschafteten Geländes ermittelt worden. Zu diesen Staaten geshörten namentlich Baden und Würtemberg.

Durch diese Aufnahmen wurden jedoch nur die Wirthschaftseinheiten (und nicht die Sigenthumseinheiten) und ebenso nur das landwirthschaftlich (und nicht auch das forstwirthschaftlich) benutzte Gelände getroffen. Bei der geringen Verbreitung der Verpachtung namentlich im deutschen Süden dürsen wir aber wohl, ohne uns eines großen Fehlers schuldig zu machen, die Vertheilung der Wirthschaftseinheiten als maßgebend auch für die Vertheilung der Grundeigenthumseinheiten ansehen.

In Baben sind die landwirthschaftlichen Haushaltungen nach der Größe des von ihnen bewirthschafteten Geländes in 9 bez. 11 Klassen zusammengestellt worden. Das Resultat dieser Zusammenstellung ist, daß in einigen Gegenden das mittlere bäuerliche Grundeigenthum und in anderen die kleinen Stellen vorwiegen. Mit den letzteren haben wir es an dieser Stelle allein zu thun. In-

deß theilen wir doch schon hier die Resultate der Aufnahme für das ganze Land in folgender Tabelle mit.

#### Tabelle C.

### Großherzogthum Baben.

(Beiträge zur Statistit ber inneren Verwaltung bes Großherzogthums Baben. Heft XXXVII. Carlsrube 1876. S. XXVI.)

Bertheilung bes landwirthschaftlichen Gelandes nach der Größe bes von ben Saushaltungen bewirthschafteten Landes. 1873.

1	badischer	Morgen	=	0,360	ha.
---	-----------	--------	---	-------	-----

		-	,	-,			,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,					
Ø		Rreise.										
Gruppen. Einzelbesitz. Morgen.	Constanz	Billingen	Waldshut	Freiburg	Lörrach	Offenburg	Baben	Carlsruhe	Mannheim	Şeibelberg	Mosbad	Großher= zogthum
	Pro	cente	ber la	ndwir	thschaf	tlichen	Haus	haltu	ngen.			
0-5	32,8	34,5	36,2	48,6	49,2	52,0	57,4	50,6	61,5	53,4	40,6	47,4
5-10	22,5	21,2	23,9	26,4	24,7	25,2				22,0	20,1	24,7
10-20	22,4	21,3	22,2	15,7	17,8	14,3		15,9		16,8	22,6	
20-50	15,8	16,4	14,1	6,3	7,5	6,7	2,0	3,1	4,2	6,8	14,4	8,2
50 - 100	4,7	5,0	3,0	2,1	0,7	1,5	0,2	0,1	0,7		1,9	1,7
100 und mehr	1,8	1,6	0,6	0,9	0,1	0,3	0,0	0,2	0,3	0,3	0,4	0,5
	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100	100
	Ą	Brocen	te be8	landn	virthsd	haftlid	en G	elände	8.			
05	4,6	4,7	6,2	11,1	12,2	14,0	24,2	18,0	16,5	13,4	6,8	10,7
510	10,0	9,2	12,6	18,3	19,0	21,2	33,6	31,7	19,5	19,4	12,6	
10-20	19,2	18,5	22,8	20,9	26,7	23,5	29,1	31,5	23,2	28,3	27,5	24,3
<b>20—5</b> 0	29,3	29,7	31,1	18,4	22,7	23,6	9,0	12,1	17,0	24,1	35,7	24,3
50-100	19,4	20,9	14,9	14,1	5,3	11,7	2,0	1,3	6,2	5,7	10,2	11,3
100 und mehr	15,9	14,7	6,2	14,0	0,9	4,8	0,9	4,7	11,5	8,7	6,8	9,0
uneingetheilt	1,3	2,3	6,2	3,2	13,2	1,2	1,2	0,7	6,1	0,4	0,4	2,6

Nur in den besten Gegenden des Landes — in der Pfalz, längs der Bergsstraße, im Breisgau — reicht ein Bestig von 5 bad. Morgen schon zur Ernährung einer Familie hin und bei intensiver Bewirthschaftung genügt derselbe auch für deren Beschäftigung. Diese untere Grenze für die Größe eines Landwirthschaftlichen Besitzthums, dessen Bewirthschaftung die einzige oder doch hauptsächliche Nahrungsquelle bildet, steigt in anderen Gegenden auf 10—15 und in den ärmeren namentlich höher gelegenen Gegenden auf mehr Morgen, so z. B. im Kreise Waldshut auf 35 Morgen. Im Durchschnitt des ganzen Großherzogthums wird man den Besitz bis zu 10 badischen Morgen zur Klasse des kleinen Besitzes rechnen können: dieser schließt dann aber nicht nur die kleinen, sondern auch die Zwerz=, Gewerbe= und Tagelöhnergüter in sich.

100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 | 100 |

Bon der Gesammtzahl der landwirthschaftlichen Haushaltungen, 222746 mit einer Gesammtsläche von 2215557 badischen Morgen, gehören zu diesen

kleinen Bestitzungen bis zu 10 Morgen  $160\,581=72,1^{\circ}/_{0}$  sämmtlicher Haußehaltungen mit  $631\,426$  Morgen  $=28,5^{\circ}/_{0}$  bes gesammten landwirthschaftlich benutzten Areals.

Auf die einzelnen Theile des Großherzogthums vertheilt sich dieser kleine Grundbesitz nach Ausweis der obigen Tabelle folgendermaßen: er herrscht vor im oberen Rheinthal und in der Rheinebene, sowie im nördlichen Schwarzwald, während er im übrigen Schwarzwald und im Obenwald saft ganz zurückgedrängt ist und im Kraichgau sich gegenüber dem großen und mittleren Besitz wenn auch in nicht ganz ebenbürtiger Stellung — zu behaupten weiß.

Wenn man von diesen kleinen Besitzungen in den besseren Gegenden die Besitzungen von weniger als 3 Morgen zu den Zwerg-, Gewerbe- und Tage-löhnergütern rechnet, so gehören von der obigen Zahl der Haushaltungen da- hin:  $34\,992 = 15,7\%$  sämmtlicher Haushaltungen mit  $89\,632$  Morgen =

4 % des landwirthschaftlich benutzten Geländes.

Indeß dürften diese letzteren Angaben doch hinter der Wirklichkeit zurücktleiben und zwar aus folgenden Gründen. In Fällen, in denen von einer Haushaltung die Wirthschaft auf einer sehr kleinen landwirthschaftlichen Fläche meist neben einem anderen Nahrungszweig betrieben wird, entbehren die kleinen Landwirthschaftlichen Bauten und größerem Geräthe; es liegt daher die Geschr nahe, daß sie ungeachtet besonderer Aufmerksamteit der Beobachtung und Ermittelung entgehen. (Beiträge zur Statistik der inneren Verwaltung des Großherzogthums Baden. Heft XXXVII. Carlsruhe 1876. S. VIII. XIX. XX. XXVII u. passim.)

Im Königreich Würtemberg fand eine allgemeine Erhebung über die

Bertheilung des Grundbesitzes bereits im Jahre 1857 statt.

Die Aufnahme diese Jahrs bestand in der gemeindeweisen Ermittelung der steuerzahlenden Grundeigenthümer und des von ihnen besessen Areals aus den Grundbüchern und ihrer Zusammenstellung nach 7 Kategorien. Es haftete dieser Aufnahme der Fehler an, daß alle sog. Ausmärker mehrere Mal als Grundeigenthümer gezählt waren. So wurden z. B. der Staat 1200—1500 Mal, die Hosstammer und die Standesherren wohl 10—50 Mal gezählt. Sin anderer Mangel der Aufnahme bestand sodann darin, daß innerhalb der einzelnen Kategorien wohl die Zahl der Eigenthümer, nicht aber auch die von ihnen zusammen besessenen Wangel von ihnen zusammen besessenen Vangel von ihnen zusammen besessenen Vangel von ihnen zusammen besessenen von Vangel von ihnen zusammen besessen von Vangel von ihnen zusammen besessen von Vangel von ihnen zusammen besessen von Vangel von Vangel von ihnen zusammen besessen von Vangel von Vang

Genauer sind die durch die zweite im Jahre 1873 stattgehabte Aufnahme ermittelten Zahlen; dieselben bestätigen übrigens im großen Ganzen das 1857 gewonnene Resultat. Diese Aufnahme erfolgte unter Mitwirkung der Landswirthschaft treibenden Haushaltungsvorstände durch Aufstellung von Haushaltungszetteln bezüglich der von ihnen bewirthschafteten Grundstüde. Die verschiedenen Wirthschaftseinheiten wurden der Größe nach in 8 Kategorien zusammengestellt. Es ist demnach durch diese Aufnahme ebenso wie in Baden die Vertheilung der landwirthschaftsein nach der forstwirthschaftseinheiten Rüchen nach Wirthschaftse und nicht auch der forstwirthschaftschaftse und nicht nach Eigenthums-Komplexen ermittelt worden. Auch sehlt hier wie bei der ersten Aufnahme eine genaue Liquidation der landwirthschaftlich angebauten Flächen der einzelnen Gemeindemarkungen.

Das Resultat dieser Aufnahme findet sich in der folgenden Tadelle zusammengestellt; zu den würtembergischen Bahlen sind zugleich vergleichsweise die für Baden gewonnenen Bahlen hinzugesügt worden. Obgleich die vom königk. würtembergischen statistisch=topographischen Bureau für Baden berechneten relativen Bahlen nicht ganz mit den in der obigen Tadelle C. enthaltenen übereinstimmen, so haben wir dieselben doch, weil die Differenzen nur klein sind, nicht beanstandet.

#### Tabelle D.

Rönigreich Würtemberg und Großherzogthum Baben. (Würtembergische Jahrbücher. Jahrg. 1881. Theil 1. Seft 1. S. 204, 96.) Bertheilung bes landwirthschaftlichen Geländes nach ber Größe bes von ben Haushaltungen bewirthschafteten Lanbes. 1873.

1 bab. Morgen = 0,360 ha. — 1 würtemb. Morgen = 0,315 ha.

Bürtemberg. 1873.

In der Klasse von	Zahl der Wirth=	Umfang bes landw.	Durchschnittsgröße
Hektaren	schaften in %0	Areals in %	bes Besitzes in ha
0-1 ¹ / ₂ 1 ¹ / ₂ 10 10100 mehr als 100	46,28 45,23 8,43 0,06 8,49	7,53 46,35 43,26 2,86 46,12	$ \begin{array}{c} 0,61\\ 3,67\\ 19,37\\ 158,72 \end{array} $ 20,19

Baben. 1873.

In der Klasse von bad. Morgen	Zahl der landw. Haushaltungen in %	Umfang ber landw. Güter in %	Durchschnitt bes Besitzes in ha
0-5 (0. 180 ba)	47,4	10,7	0,81
(0-1.80  ha) 5-20 (1.80-7.20  ha)	42,2	44,7	3,80
(1,80—7,20 ha) 20—200 (7,20—72 ha) 200— (iiber 72 ha)	$\begin{pmatrix} 10,3 \\ 0,1 \end{pmatrix}$ 10,4	41,5 3,1 44,6	$ \begin{array}{c} 14,34 \\ 115,00 \end{array} $ 15,27

Bürtemberg. 1873.

Es entfallen auf die	in der öftlich		in der westlichen Landes-				
Wirthschaften von	hälfte von		hälfte von je 100				
zottihjajajien von	Wirthschaften	Heftaren	Wirthschaften	Hektaren			
1 ¹ / ₂ ha und weniger	35,43	3,19	52,61	13,76			
1 ¹ / ₂ —10 ha	46,33	33,98	44,59	64,07			
mehr als 10 ha	18,24	62,83	2,80	22,17			

Behufs Vergleichung der Stärke, in welcher sich die Besitzer von kleinen, mittleren und großen Wirthschaften gegenüber stehen, ift von der Eintheilung Schriften XX. - v. Miaskowski, Grundeigenthumsbertheilung.

ber Wirthschaften in solche von  $1\frac{1}{2}$  ha und weniger, von  $1\frac{1}{2}-10$  ha und von mehr als 10 ha ausgegangen worden.

Da in den fämmtlichen im Jahre 1873 gezählten 145 085 Wirthschaften von 11/2, und weniger ha blos 64261 viehhaltende begriffen sind, während mit ber Mehrzahl derselben von 80824 kein Viehbesitz verbunden ist, so muß an= genommen werden, daß die vorherrichend landbautreibende Klasse der Bevölkerung eigentlich erst bei einem Besitz von 1½ ha anfängt und daß der Besitz von weniger als 11/2 ha mehr zur Erganzung eines aus anderen Erwerbszweigen dienenden Einkommens dient. Es gehören zu dieser letzteren Kategorie hauptsächlich die Güter der landwirthschaftlichen Lohnarbeiter, die Gewerbegüter, sowie über= haupt der Besitz der in kleineren Städten anfässigen Bevölkerung. Aber wohl auch ein Theil der Zwerggüter. Unter den 41 809 Wirthschaften mit einem Areal zwischen 11/2 und 10 ha werden sich alle kleinen und ein geringer Theil der mittleren sog. Bauerngüter befinden, während die Wirthschaften von 10 bis 100 ha das Groß der mittleren und einen Theil der großen und die über 100 ha nur die großen Wirthschaften (deren Bahl zusammen 26625 beträgt) in sich schließen.

Da die kleinen landwirthschaftlichen Nebenbetriebe zusammen ein Areal von  $89\,142$  ha  $(=7,53\,{}^0/_0)$ , die eigentlichen kleinen Landwirthschaften dagegen von  $548\,296$  ha  $(=46,35\,{}^0/_0)$  und die mittleren incl. großen von  $545\,581$  ha (= 46,1200) einnehmen, so folgt daraus, daß das Areal der landwirthschaft= lichen Nebenbetriebe gegenüber den eigentlichen Landwirthschaften ebenso sehr zu= rudfteht als umgekehrt die Anzahl der mittleren und großen Wirthschaften (=8.49 %) gegenüber der Anzahl der kleinen (45.23 %) und kleinsten (46.28 %).

Sodann ist hinsichtlich der östlichen und westlichen Landeshälfte hervorzu= heben, daß zwar bezüglich des Anzahlprocents der kleinen Wirthschaften von 1½-10 ha in den beiden Landeshälften wenig Unterschied besteht; daß diesen kleinen Wirthschaften aber in der östlichen Landeshälfte nur etwa die Hälfte des Arealprocents und den landwirthschaftlichen Nebenbetrieben sogar nur etwa der 20. Theil des Arealprocents der Wirthschaften von mehr als 10 ha zufällt, während in der westlichen Landeshälfte dagegen das auf die kleinen Wirthschaften kommende Arealprocent fast 3 Mal so groß ist, als das der mittleren und großen und das Arealprocent der landwirthschaftlichen Nebenbetriebe etwa 2/3 der letzteren aus= macht. (Würtembergische Jahrbücher für 1881. Bb. 1. Hälfte 1. S. 95, 96.)

Un Bürtemberg schließt sich im Often das rechtsrheinische Bapern an, beffen frankliche Theile ebenso wie die Rheinpfalz ebenfalls eine große Bersplitterung und Parzellirung des Grundbesitzes aufweisen.

Ueber die Grundeigenthumsvertheilung Banerns besitzen wir außer ben weiter unten mitgetheilten, nach der Bublifation des R. Baurischen statistischen Bureaus berechneten Zahlen keinerlei Daten. Diese aber geben uns nur Aufschluß über die durchschnittlichen Größen der land= und forstwirthschaftlichen Besitzungen.

So sind wir denn darauf angewiesen, aus anderen bekannten Thatsachen

auf die Grundeigenthumsverhältniffe zurückzuschließen.

Das Verhältniß, das innerhalb der landwirthschaftlichen Bevölkerung zwi= schen Besitzenden und Dienenden besteht, dürfte eine solche Thatsache sein, von ber auf die Größenverhältnisse des ländlichen und zwar speciell des landwirth= schaftlich benutten Grundeigenthums zurück geschlossen werden kann.

In Procenten der Bevölkerung von 1871, unter Abwerfung der Decimal=ftellen, waren in

	Ober= Bayern	Nieber= Bayern	Pfalz	Dberpfalz	Dber= franken	Wittel= franken	Unter: franken	Schwaben
1. Mit Landwirthschaft, Jagd u. Fischerei beschäftigt	40	51	36	42	: 36	34	45	43
Angehörigen	50 29 21	51 28 21	$\begin{array}{c} 72 \\ 22 \\ 6 \end{array}$	54 29 17	58 28 14	56 27 17	61 32 7	57 29 14

Danach ist in Nieder= und Oberbayern die Zahl der selbstständigen Land= wirthe im Verhältniß zur ländlichen Bevölkerung am geringsten, die Zahl der Tagelöhner und Dienstdoten dagegen am größten, woraus geschlossen werden muß, daß diese beiden Provinzen die meisten größeren Güter besitzen, was auch mit den weiter unten beizubringenden Daten übereinstimmt.

In allen diesen Ländern ist, abgesehen von einzelnen Gegenden, die wir unter D. besonders hervorheben werden, die Zahl der grundbesitslosen Familien auf dem Lande gering. Ueberwiegend ist die Zahl derzenigen Grundbesitzer, welche im Wesentlichen nur soviel Land besitzen, um ihre Familien von der Landwirthschaft zu ernähren, sowie die Zahl derzenigen, welche daneben eine sonstige sohnende Beschäftigung treiben. Die kleinen Güter gehen hier nicht selten in Zwerggüter über. Neben dem zerstückelten Privateigenthum besteht vielsach ein mehr oder minder ausgedehnter Grundbesitz des Staats, der regierenden Häuser, der Gemeinden und Corporationen.

Daß die Besitzenden und ihre Angehörigen noch  $50\,\%$  der gesammten länd= lichen Bevölkerung ausmachen, läßt auf eine starke Bertretung des Bauern= standes schließen.

Die verhältnismäßig größte Zahl der Besitzenden und zugleich die kleinste der Dienstboten zeigen Unterfranken und die Pfalz, woraus geschlossen werden kann, daß in diesen beiden Provinzen die Bodenzerstückelung am Weitesten gebiehen ist. In Unterfranken geht übrigens die geringe Procentzisser der Dienstboten Hand in Hand mit der höchsten Zisser der ländlichen Tagelöhner. Die Dienstboten werden dort also theilweise durch Tagelöhner ersetzt, während in der Pfalz die der letzteren ebenso wie die der ersteren die allergeringste ist, woraus folgt, daß der Pfälzer sein Land selbst bebaut und nur seine Familie zur Hise nimmt. In Niederfranken und in der Pfalz sindet sich übrigens neben einem ausgedehnten Klein= und Zwergbesitz noch stellenweise großer Grundbesitz, der dem Staat, den Stiftungen, Corporationen und dem Adel gehört und nur ausnahmsweise auch noch größerer bäuerlicher Besitz.

Die übrigen 4 Kreise stehen hinsichtlich der Bodenzerstückelung in der Mitte zwischen Ober- und Niederbahern einer- und der Pfalz und Unterfranken andrer- seits. In Mittelfranken hat namentlich in den letzten Jahren die Güter- zertrümmerung große Fortschritte gemacht. Auch in Oberfranken ist, abgesehen von einigen Gegenden, in denen sich größere geschlossene Bauernhöse erhalten

19*

haben, die Güterzertrümmerung sehr weit vorgeschritten. Es gilt das nament= lich vom Frankenwald und vom Hochland des Jura, wo es viele Kleingüter giebt. Aber auch in den Diftritten, in denen die Industrie auf dem platten Lande eine mehr als gewöhnliche Ausdehnung gefunden hat, wie in den Weber= distrikten des Boigtlandes, in den Gegenden am Main, wo die Korbflechter= industrie sich ausgebreitet hat u. f. w., hat die Güterzerstückelung eine große Höhe erreicht. In folden Gegenden ift die Zahl der fog. Tropfhäusler und der ganz gering Begüterten vorwaltend. In der Oberpfalz ist namentlich der den Bürgern in den Städten und Marktorten gehörige Grundbesitz sehr zerstückelt. Auch in Ober= und Niederbagern findet fich ftellenweise ein fehr zerftudelter und zugleich parcellirter Grundbesitz vor. In Oberbayern ist der zersplitterte Grundbesits besonders in der Gegend der Borberge, in Niederbahern gegen die Donau hin, namentlich im Passauschen verbreitet. (Geper, Untersuchungen über Quellen und Umfang des allgemeinen Wohlstands in Deutschland, in Holtzen= dorff-Brentano, Jahrbuch für Gesetzgebung u. f. w. Heft 2. S. 12, 13. Bavaria I, 1. S. 475. I, 2. S. 1035. II, I. S. 343. III, 1. S. 412. III, 2. **මි. 1027. IV, 1. මි. 217.**)

In der preußischen Rheinprovinz bilden diesenigen Grundbesitzer, welche Güter bis zu 5 Morgen besitzen,  $68,63\,\%$  sämmtlicher Landwirthschaftlichen Grundbesitzer und die von ihnen besessen Fläche nimmt  $10,26\,\%$  des gesammten Areals ein. Rechnet man zu denselben noch die Besitzer von  $5-30\,$  Morgen  $(24,97\,\%)_0$  des Besitzes und  $26,64\,\%$  der Fläche) hinzu, so gelangt man zu dem Resultat, daß die Güter von  $30\,$  Morgen und darunter  $36,90\,\%$  des gessammten Areals einnehmen und daß ihre Besitzer  $93,60\,\%$  sämmtlicher Besitzer ausmachen. (cf. die für Preußen mitgetheilte Tabelle A.)

Ein serstückelter Nein= und Zwergbesitz sinder sich ferner in einem großen Theil des Kurfürstenthums und des Großherzogthums Hessen, im ehe= maligen Herzogthum Nassau, in einigen Theilen Thüringens, im Gichsfeld, im hannoverschen Harzbezirk u. s. w.

# Beilage C zu 4. Gegenden zugleich mit großem und kleinem Grund= eigenthum. (S. 66—78.)

Bu den Ländern, in denen neben sehr großem Grundeigenthum, das zur Latifundienbildung hinneigt, die kleinen Güter, die vielsach in Zwerggüter überzgehen, stark verbreitet sind, gehört Oberschlesien (Regierungsbezirk Oppeln).

Hier besitzen von den ertragsfähigen Liegenschaften in runden Zahlen

```
bie Städte . . . 154033 Morgen = 3 \frac{0}{0}, bie Rustisalbesitzer . 2158950 = = 44 \frac{0}{0}, bie Dominien . . 2658600 = = 52 \frac{0}{0}, = 100 \frac{0}{0}.
```

Während demnach der Procentsatz der Gesammtsläche, den die Dominien einnehmen, hier nicht so stark ist, wie in einigen anderen Provinzen oder doch Bezirken und Kreisen der preußischen Monarchie, ist für Oberschlesien besonders charakteristisch, daß die Dominien einen sehr großen Umfang haben und daß sich

außerbem eine große Anzahl berselben in einigen wenigen Ländern befindet. So waren von den im Regierungsbezirk Oppeln (Oberschlesien) belegenen 812 Gütern mit über 600 Morgen eingeschätzt mit einem Reinertrag von

```
1— 2000 Thr. 362 Güter,

2— 3000 " 163 "

3— 5000 " 99 "

5—10000 " 32 "

über 10000 " 3 "
```

über 1000 Thr. = 659 Güter (Meigen, der Boden 2c. I [1868] S. 515).

Ferner gehören von den in den 19 Kreisen gezählten 1193 selbstständigen Gutsbezirken 528-49 Personen. Allein im Kreise Neustadt befinden sich in 4 Händen nahezu  $60\,^{\rm o}/_{\rm o}$  sämmtlicher selbstskändiger Gutsbezirke, die in nahem territorialem Zusammenhange unter einander stehen.

Am wenigsten ungünstig ist die Vertheilung des Grundeigenthums in den Kreisen Neisse, Leobschütz, Grottkau und Kreuzdurg, weil die selbstständigen Gutssbezirke hier nur ausnahmsweise in einer Hand vereinigt sind und weil sich auch innerhalb der Lands und Stadtgemeindebezirke größere Güter mit einem Grundssteuerreinertrag von mindestens 1500 Mark vorsinden. So sind im Kreise Neisse Island vorsinden. So sind im Kreise Leobsschütz 74 solcher Güter neben 36 selbstständigen Gutsbezirken, im Kreise Grottkau 19 solcher Güter neben 36 selbstständigen Gutsbezirken, im Kreise Grottkau 19 solcher Güter üben 36 selbstständigen Gutsbezirken, im Kreise Grottkau 19 solcher über 36 selbstständigen Gutsbezirken vorhanden. (Nach dem Schlessischen Gütersubreibuch von 1876 unter Benutzung von amtlichen Quellen herausgegeben von dem K. Steuerrath Pastorff. Breslau 1876.)

Im Allgemeinen ist der Rustikalbesitz aber außerordentlich zersplittert.

Besonders unvermittelt steht das große Grundeigenthum dem kleinen gegen= über in denjenigen Kreisen, die durch den letzten Nothstand zu trauriger Berühmt=

heit gelangt sind.

Im Kreise Pleß nehmen von den 20 meilen desselben allein die großen dem Fürsten Bleg gehörigen Bälder über 7 Deilen ein. Dem kleinen Grundbesitz gehört die kleinere Sälfte ber Gesammtfläche des Kreises an: von 20—9 Meilen. Der Boden dieser kleineren Hälfte ist dann wieder in einer folden Weise unter die einzelnen Eigenthümer vertheilt, daß der Hauptantheil auf kleinere Parzellenbesitzer fällt, deren Grundeigenthum für die Erhaltung einer eigenen Familie gröftentheils zu klein ift. Ein lebensfähiger ländlicher Mittelstand ist nur noch in geringem Umfange vorhanden. Bäuerliche Güter mit einem Umfang über 60 Morgen sind überhaupt nur 557 in 107 Gemeinden vorhanden; ebenso ist die Zahl der Güter von 30-60 Morgen (= 1033) nur gering, dagegen machen die Besitzungen unter 30 Morgen und unter biesen wiederum diejenigen unter 10 Morgen die erdrückende Mehrzahl sämmtlicher Besitzungen aus. Dazu tommt, daß in Folge der häufig gegebenen Belegenheit einzelne Theilstücke größerer Dominien oder Bauerngüter gegen Geld oder gegen Naturaldienste zu pachten, sich neben überaus zahlreichen Sigenthümern noch Schaaren von sog. Einliegern vorfinden, die durchschnittlich 1-4 Morgen Land und Pacht haben und zum großen Theil hiervon leben. Zu diesen Ein= Liegern kommen dann noch die ohne Ackerbesitz befindlichen Häusler hinzu, so daß die Zahl der Einlieger und Häusler zusammen nahezu 5000 beträgt, in welcher Zahl indessen weder die in den Gutsbezirken vorhandenen Hoseleute noch die Bewohner der Colonie Smanuel inbegriffen sind.

Nächst dem Kreise Pleß ist die Güterzersplitterung am weitesten gediehen im Kreise Aybnik, in dem sich neben den kleinen gleichfalls sehr große Güter befinden. Dieser Kreis umfaßt 15,5 Meilen. Davon nehmen die dem Staat bezw. dem Herzogthum Ratibor gehörigen Forsten allein eine Fläche von ca. 6 Meilen ein. Im Besitz der Rustikalen besinden sich 140 509 Morgen: davon entfällt ein nur geringer Bruchtheil auf die 262 Besitzungen mit einer Fläche von mehr als 60 Morgen und auch die Besitzungen zwischen 20 und 60 Morgen erreichen nur die verhältnismäßig niedrige Jahl von 1508. Diesen zusammen 1770 Besitzungen mit einem Umfang von über 20 Morgen stehen gegenüber 5249 Besitzungen unter 20 Morgen. Die Parzellenverpachtung ist hier ebenso verbreitet wie im Kreise Pleß: von 4105 in den Landgemeinden ermittelten Einliegern sind 2975 im Besitz von Pachtländereien.

In dem an Russisch-Polen angrenzenden Kreise Lublinit, dessen Umfang 18,51 Weilen beträgt, sind allein über 10 Meilen Wald vorhanden. Bon dem Ackerlande, welches wenig mehr als 6 Meilen einnimmt, befinden sich ca. 3 Meilen in den Händen bäuerlicher Besitzer. Trotzdem die Zerstückelung stellenweise ebenfalls schon weit vorgeschritten ist, hat sich der bäuerliche Besitz hier im Ganzen aber doch besser erhalten als in den Kreisen Ples und Rybnik. Auch die Zahl der Einlieger ist hier geringer und beläuft sich nur auf 1447.

Der Kreis Tost=Gleiwit mit einem Flächeninhalt von 16 Meilen weist ebenfalls einerseits eine große Anzahl in fester Hand besindlicher Dominien und andrerseits eine auf einem bedenklichen Punkte angekommene Parzellirung auf. Nur in einigen größeren Gemeinden hat sich ein leidlicher bäuerlicher Bestigktand erhalten. Die beiden Kreise Kosel und Ratibor gehören hierher nur hinsichtlich der Ortschaften, die auf den längs dem rechten Oderuser sich hinziehenden Höhen liegen (v. Bitter, Bericht über die wirthschaftlichen Verhältnisse in den oberschlesischen Rothstandsbezirken, S. 34. 36. 41. 42. 44. 46. Jahrzbuch für die amtliche Statistik des preußischen Staats, III. Jahrg. Berlin 1869. S. 20. 24. 26).

# Beilage D zu 5. Gegenden mit vorwiegendem mittlerem (bäuerlichen) Grundeigenthum sowie Gegenden mit Grundeigenthum von verschiedenem (großem, mittlerem und kleinerem) Umfang. (S. 78—109.)

Zu den Gegenden mit vorwiegendem bäuerlichem Grundeigenthum ist zunächst eine im deutschen Rordwesten belegene Gruppe von Ländern zu rechnen.

Bu derselben gehört zunächst der größere Theil der Provinz Schleswig = Holftein, mahrend nur ein Bruchtheil dem Großgüterbezirk beizuzählen ist.

Der bäuerliche Grundbesit herrscht sowohl auf dem öben Höhenzuge, der ben Often von den fruchtbaren Marschländereien im Westen scheidet als namentlich auf dem ganzen westlichen Küstengebiet. Dieses letztere vornehmlich ist der Sitz eines

kräftigen vielfach Biehwirthschaft treibenden Bauernstandes. Die Größe der Bauernhöfe variirt hier zwischen 40 und 500 Morgen. (v. Viebahn, Statistik des zollvereinten und nördlichen Deutschland II, S. 572.)

Sehr günstig ist die Vertheilung des ländlichen Grundeigenthums in der Provinz Hannover, wobei ebenfalls das bäuerliche Grundeigenthum prävalirt. Die im Jahre 1830 stattgehabte Aufnahme geschah in der Weise, daß die in der Mutterrolle der einzelnen Ortschaften aufgeführten Grundsteuerpflichtigen summirt wurde, sowie der Umfang ihres Besitzes an Acker und Wiese. Dabei wurde dieselbe Person, wenn sie in mehreren Ortschaften verzeichnet stand, mehrsach zur Zisser gebracht. Der Domänenbesitz wurde nicht mit erhoben.

#### Tab. E.

Rönigreich (jest Proving) Sannover.

(v. Biebahn l. c. II S. 570.)

Bertheilung der Aeder und Wiesen unter die privaten Grund= eigenthümer. 1830.

l ţ	jannöv.	Morgen	-	1,03	preuß.	Morgen.	
-----	---------	--------	---	------	--------	---------	--

Landdrostei	Grund: besiter	Hof=	Feuer= stellen	aller Art		Bäuerliche und städtische Höse von 30 M. ob. m.		Kleinstellen, Häuslinge, Auswärtige		Zus. Aecter u. Wiesen
	bejiger	ochiger	*cucii	Aecter 11. Wieß. in Morgen	0/0	Aecter 11 Wiesen i Worgen	n º/o	Aecker 11. Wies. in Morgen	0/0	Morgen
Hannover	48 217			5 76 017				185 276		868 490
Hilbe8heim	80 357			2 148 606			1 51	259 729	31	841 106
Harz	4 412				g		e n		jί	e n
Lüneburg	41 178	26 947	33 49	4 161 181	12	11 116 90	7 80	117 627	8	1 394 715
Stade	44 183	29 102	32 76			680 97	6 73	175 487	19	9 <b>3</b> 1 193
Osnabrilc	37 045	22 180	35 028	<b>5</b> 6 <b>31</b> 3	8	469 19	6 70	143 365	22	668874
Aurich	27 524	13918	22 42	96 638	15	415 35	4 62	151 982	23	663974
Königreich	281 916	166 372	208 59	6 6 <b>13<u>\$</u>48</b> 5	12	3 722 40	1 69	1 032 466	19	5 <b>368 352</b>

Demnach entfallen von dem gesammten als Acker und Wiese benutzen Areal allein 69 % auf die bäuerlichen (und städtischen, d. h. wohl in städtischen Bezirken belegenen) Höße mit einem Umfang über 30 Morgen. Ja dieser Procentsatz steigert sich im Landdrosteibezirk Stade auf 73 und im Landdrosteibezirk Lüneburg gar auf 80 %. Dazu kommen dann noch die kleinen Stellen, welche 19 % des Acker= und Wiesen-Areals einnehmen, so daß für die großen Güter nur 12 % der Acker= und Wiesensläche übrig bleiben. Zu diesen großen Gütern gehören u. A. die landtags= und stimmfähigen Rittergüter, welche im Staatstalender verzeichnet stehen. Sie besitzen außer 382 263 Morgen Acker= und Wiesenland (welche in den obigen 613 485 Morgen enthalten sind) noch 142 162 Morgen Forsten, 6356 Morgen Kuhweiden und ausgedehnte Torsmoore, welche in der obigen Tabelle nicht enthalten sind. In die obige Tabelle sind auch die Zahlen für den Domanialbesitz nicht ausgenommen. Derselbe umsfaste nach einer Ausnahme von 1850:

an Ader= und Gartenland	137 929	Morgen,
an Wiesen	$\mathbf{69320}$	,,
an Weiben	103 276	,,
an Torfmooren	155 126	,,
Forstgründen	783079	"

Zusammen 1248730 Morgen.

Rechnet man das zu den Domänen gehörige Acker= und Wiesenland zu den in der Tabelle gegebenen Zahlen hinzu, so werden dadurch die obigen Verhält= nisse einigermaßen, wenn auch grade nicht beträchtlich modificirt. (v. Viebahn, l. c. II. S. 570—572.)

Auch im Herzogthum Braunschweig findet sich auf fruchtbarem und zum Getreidebau geeigneten Boden eine glückliche Wischung von großen und mittleren und kleinen Gütern, wobei das bäuerliche Grundeigenthum ebenfalls stark überwiegt. Während dieses in allmäliger und ununterbrochener Stufenleiter von den Höfen der Ackerleute bis zu den Hofstellen der kleinen Kothsassen und Brinksitzer herabsteigt, schließt sich an dasselbe nach oben eine nicht starke, aber doch hinreichende Anzahl von großen Gütern an.

Ueber die Vertheilung des fruchttragenden Grundeigenthums liegen eingehende Ermittelungen vor. Das Material zu denselben lieserten die Grundssteuer-Lagerbücher und Kataster, welche nach Vorschrift des Gesetzes vom 24. Rosdember 1849 über die Erhebung der allgemeinen Grundsteuer angelegt worden sind. Die Extrahirung wurde aus Anlaß des Gesetzes vom 28. März 1874 vorgenommen und 1875 zu Ende geführt. Bei der großen Stetigkeit der Grundeigenthumsverhältnisse im Herzogthum Braunschweig darf angenommen werden, daß das durch die Aufnahme gewonnene Vild der Grundeigenthumsverheilung dem gegenwärtigen Zustande derselben im großen Ganzen entspricht.

Nach diesen Exmittelungen entfallen von der Grundsläche des zur Grundssteuer eingeschäpten fruchttragenden Grundbesitzes  $=345\,633$  Hektar, auf das landwirthschaftlich benutzte Grundeigenthum  $235\,637,3$  Hektar  $=68,18\,$  %, auf das forstwirthschaftlich benutzte Grundeigenthum  $109\,966,1$  Hektar  $=31,82\,$ %.

Betheiligt sind an dem land= und forstwirthschaftlich benutzten Eigenthum

der	Staat mit	10,53	0/0	72,14	0/0
die	Stiftungen mit	3,66	,,	0.00	
	politischen Gemeinden mit	1,71	,,	1,71	,,
	Gemeinheiten mit	2,41	.,	15,21	
die	Brivateigenthümer mit	81,69		10,61.	.,

Bon dem Gesammtareal besitzen der Staat, die Stiftungen und Gemeinden

41 % und die Privateigenthümer 59 %.

Was das Privateigenthum betrifft, so haben die Ermittelungen hinsichtlich besselben berart stattgefunden, daß alle auch außerhalb des Landes belegenen Zubehörungen braunschweigischer Stellen berücksichtigt worden sind, die zu nichte braunschweigischen Stellen gehörigen, im braunschweigischen Territorium belegenen Flächen und ebenso die Besitzungen im Gebiete der Stadt Braunschweig aber außer Rechnung geblieben sind. Danach vertheilte sich das private Grundeigensthum in folgender Weise:

Tabelle F. Herzogthum Braunschweig.

(Beiträge zur Statistit bes herzogthums Braunschweig. heft 3. 1876. S. 78-81.) Bertheilung bes gesammten fruchttragenben Grunbeigenthums nach ber Größe ber Besitungen in Stabt und Land. 1874.

Besitzcomplexe		in ben	Stäbten.		n ben emeinben.	ii b e	rhaupt		
	mit Areal.			Fläche in		Fläche in		Fläche in	
				Zahi	Hettar	Zahl	Hekta <b>r</b>	Zahl	Heltar
unter	r		0,25 ha.	1422	165,9	2 660	271,9	4 082	437,8
von	0,25	bis	1 "	1280	654,3	3 588	1 974,6	4868	2 628,9
,,	1	,,	5 "	946	2074,3	<b>5 48</b> 0	14 067,2	$6\ 426$	16 141,5
"	5	,,	10 "	188	1299,8	3092	22 4 25,6	3 280	23 735,4
"	10	"	15 "	- 76	914,4	1 728	20 991,1	1804	21 905,5
H	15	,,	20 "	48	822,1	956	16 542,1	1 004	17 364,2
"	20	,,	25 "	33	734,2	668	14 979,7		15 713,9
,,	25	,,	50 "	32	1003,3	1 380	47 407,2		48 410,0
,,	50	,,	75 "	2	118,8	237	13 935,1	239	14 053,9
,,	75	,,	250 "	7	924,4	86	10 703,0	93	11 627,4
#	250	"	500 "	1	261,9	15	5 086,9	16	5 348,8
"	500	,,	750 "	!		1	567,3	1	567,3
	i	ber	750 "	-	_	1	8 801,5	1	801,5
		0	iumma	4035	8973,4	19 892	169 763,2	23 927	178 736,6

Bon biesen 23 927 ländlichen Privateigenthumseinheiten sind überhaupt nur 76 nicht bäuerliche. An der Gesammtsläche von 178 736,6 Heftar participiren die nicht bäuerlichen Güter mit nur 15 100 Heftar. Bleiben die Städte ausgeschlossen, so sind von 19 892 ländlichen Gigenthumseinheiten als nicht bäuerliche abzuseten 71 1) mit einer Fläche von 14 311 Heftar und stellt sich die Zahl der bäuerlichen Besitzungen einschließlich der mit fruchttragenden Grundstücken dotirten Anbauerwesen, der wüsten Stellen und der Nichthausbesitzern gehörigen Grundstücke auf 19 821 mit einer Gesammtsläche von 155 425 Heftar.

Von dieser Zahl entsielen auf Besitzungen bis zu 1 Hektar (An= bauerwesen, deren Besitzer wesentlich Tagelöhner sind) 6248.

Von 1—5 Hektar (Höfe, die von der Familie des Stellenbesitzers allein bewirthschaftet werden) 5480.

Von 5—10 Heftar (Höfe, die für eine mit Gesinde oder Arbeitern geführte Bauernwirthschaft im Durchschnitt ungenügend dotirt sind) 3092.

Ueber 10 Hettar (zu einer regelrechten Bauernwirthschaft genügend botirte Höfe)

5001.

19821.

Die Bauerngüter sind zum Theil von einer solchen Größe, daß sich unter denselben 5 mit einem Grundsteuercapital von 9000 Mark und darüber

¹⁾ In biesen 71 nichtbäuerlichen Gütern sind aber offenbar bie nicht unter bas Bauernrecht sallenden Schrift= und freisassen Güter nicht inbegriffen. Sie wären in einer Anzahl von ca. 30 den 71 noch hinzuzuschlagen und von den Bauerngütern gleichfalls abzusehen.

befinden und daß ca. 100 Bestiger bäuerlicher Güter in den letzten 10 Jahren dem zur Wahl von 5 Landtagsabgeordneten berechtigten Wahlcollegium der Klasse ber höchstbesteuerten Grundbesitzer angehört haben, mithin das Grundeigenthum dieser 100 Bestiger in den Kreisen Braunschweig und Wolsenbüttel und im Amt Schöningen zu einem Grundsteuerkapital von mindestens 4500 Mark, in den übrigen Landestheilen von mindestens 3000 Mark abgeschätzt gewesen sein muß. (Beiträge zur Statistik des Herzogthums Braunschweig, herausgegeben vom statistischen Bureau des Herzogthums Braunschweig. Herd 3. Braunschweig 1876.

6. 4, 78—81. Lüderssein, Die Besteiung und Mobilistrung des Grundsbesses im Herzogthum Braunschweig. Braunschweig 1881.

Mit Hannover und Braunschweig hat hinsichtlich der Vertheilung des Grundeigenthums große Aehnlichteit das Bergogthum Dldenburg, nur daß hier ber bäuerliche Besitz noch stärker vorwiegt als in jenen beiden Ländern. Der hauptsächliche Erwerbszweig in Oldenburg ist die Landwirthschaft und zwar mittelft bäuerlichen Betriebs; Sandel und Gewerbe, nur in den wenigen Städten und Fleden vertreten, fangen erft in neuester Zeit an, einen kräftigeren Aufichwung zu nehmen. Der ländliche Boden zerfällt zum größten Theil in fpann= fähige bäuerliche Besitzungen von fehr verschiedenem, wenngleich meift erheblichem Umfange. Die beiden Extreme des bäuerlichen Besitzes werden einestheils gebildet durch die Bollhufe, auf der ca. 12 Pferde und über 40 Kühe gehalten werden und anderentheils durch die Biertelhufe mit nur 2-4 Pferden und Den eigentlichen Bauerngütern find vielfach fleine Stellen unter-4-8 Rühen. mischt; indeß nehmen dieselben überall, mit Ausnahme der 3 kleinen Gemeinden bes Sagterlandes und einiger neuer Anbauercolonieen, nur einen verhältnifimäßig kleinen Theil des Landes ein. Auch ist das von den größeren Landgütern, die als adlige oder Rittergüter bezeichnet werden, eingenommene Areal ein sehr geringes, ja es dürfte die Zahl dieser Güter im ganzen Herzogthum kaum mehr als 6 betragen.

Die näheren Belege für das eben Gesagte sinden sich in den ofsiciellen Ermittelungen, welche auf Grund des Grundsteuerkasters im Jahre 1869 über die Vertheilung der Grundbesitzungen von verschiedener Größe angestellt worden sind. Als Besitzungen werden die von ihren Besitzern zu einem wirthschaftlichen Ganzen vereinigten und als ein besonderer Grundsteuerartikel verzeichneten Grundstücke aufgesaßt. Diese sog. Grundsteuerartikel, welche der Ermittelung zu Grund gelegt sind, decken sich nicht mit der Zahl der Besitzer, weil es von jedem Besitzer abhängt, zu wievielen Besitzungen er seine Grundstücke zusammensfassen lassen will; sie decken sich aber auch nicht mit der Zahl der Landwirthe, indem die Grundsteuerartikel nur die eigenthumsweise besessen, nicht auch die fremden aber thatsächlich zum Zweck der Bewirthschaftung zu einem Ganzen verbundenen Liegenschaften umfassen

Das Gesammtergebniß ist, daß das Herzogthum Oldenburg aus 114 Gemeinden besteht und nach dem Katasterabschluß pro 1871 ca. 43 600 Artikel und 430 000 Parzellen enthält. Es kommen also durchschnittlich auf jede Gemeinde ca. 383 Artikel und 3772 Parzellen. Auf jeden Artikel kommen 9,58 Hektar, auf jede Parzelle 0,97 Hektar.

hinsichtlich der Bertheilung der Besitzungen von verschiedener Größe ergab die Aufnahme folgendes Resultat:

Tabelle G.

## herzogthum Oldenburg.

(B. Kollmann, Das Herzogthum Olbenburg in seiner wirthschaftlichen Entwicklung. Olbenburg 1878. S. 93.) Bertheilung ber gesammten Grundeigenthümer nach ber Größe ber Besitungen. 1869.

Umfang von	Anzahl der sämmtlichen vorh	Das Areal vandenen Besitzungen.
unter 1 Seftar 1— 5 " 5— 10 " 10— 20 " 20— 40 " 40— 75 " 75—100 " 100—200 "	13 005=31,0 \$\text{Froc.}\$ 12 107=28,8 " 6 549=15,6 ": 4 212=10,0 " 3 525=8,4 " 1 827=4,4 " 314=0,8 " 260=0,6 "	3 718,9= 0,7 \$\text{ \$\text{Froc.}}\$ 32 258,1= 6,2 46 793,2= 9,0 59 238,1=11,4 101 191,2=19,4 96 202,4=18,4 26 843,8= 5,1 34 420,7= 6,6 "

Der Anzahl nach prävaliren natürlich die kleinen Besitzungen bis zu 10 Hektar; der Gesammtsläche nach dagegen beanspruchen den größten Antheil am gesammten Grund und Boden die Besitzungen von 10-20 Hektar  $(11,4\,^0/_0)$ , von 20-40 Hektar  $(19,4\,^0/_0)$  und von 40-75 Hektar  $(18,4\,^0/_0)$ , so daß diese 3 Kategorieen allein ca.  $50\,^0/_0$  des gesammten Bodens einnehmen. Rechnet man zu diesen  $50\,^0/_0$  noch daß Areal der kleinen Güter von 5-10 Hektar hinzu, so kommt man auf ca.  $60\,^0/_0$  des gesammten Bodens. Diesem kleinen und mittleren Bauernstande stehen gegenüber einestheils die Tagelöhnerstellen und Gewerbegüter, sowie die kleinen Güter dis zu 5 Hektar mit 0,7 und 6,2, zusammen also mit ca.  $7\,^0/_0$  und anderentheils die größeren Complexe von über 75 Hektar, welche ca.  $33\,^0/_0$  der Gesammtsläche einnehmen. Die größeren Besitzcomplexe gehören indeß nur zum kleinsten Theil Privatpersonen; zum größeren Theil dagegen der Krone, dem Staat, der Kirche, den Gemeinden und Corporationen, wie die folgende Tabelle zeigt:

Tabelle H.

# Herzogthum Oldenburg. (Kollmann l. c. S. 99.)

Bertheilung bes Grundeigenthums unter bie öffentlichen Körper=
ichaften und Privatpersonen. 1869.

	Anzahl ber	Kläche in	Proces	nttheil	Mittl. Gr.
Eigenthum	Besitzung.	Hektar Hektar	der Be= sitzungen	der Fläche	Besitzung. in Hektar.
der Krone	62	4 622	0,15	0,89	74,5
bes Staates	656	43 103	1.56	8.27	65,7
ber polit. Gem. u. Corporat.	582	86 530	1,39	16,58	148.6
der Kirche und Schule	. 964	6 512	2,30	1,25	6,8
ber übrigen Corporationen	228	2 105	0,54	0,40	9,2
der Privaten	39 475	378 609	94,06	72,61	9,6

Bieht man von dem Gesammtareal, das dem Staat u. s. w. gehörige Land ab, so nehmen von dem ausschließlich in Privathänden verbleibenden Rest des Bodens (=  $^{3}/_{4}$  der gesammten abgeschätzten Fläche) die Besitzungen von 5-75 Hettar über  $75~^{0}/_{0}$  ein.

Ueber die verschiedenen Theile des Landes sind diese Besitztategorieen in sehr ungleicher Weise vertheilt. Zu unterscheiden ist hier namentlich die Marsch und die Geest. In der Marsch sind die Besitzungen dis zu 10 Hettar verzhältnißmäßig viel stärker, die größeren dagegen viel weniger stark vertreten als auf der Geest. Auch das staatliche und landesherrliche Grundeigenthum ist auf der oldenburger Geest doppelt so stark vertreten  $(14\ ^0/_0)$  als auf der Marsch (nur  $7\ ^0/_0)$ , dagegen auf der münsterschen Geest wieder nur halb so stark wie auf der Marsch  $(3\ ^0/_0)$ . Das Grundeigenthum der politischen Gemeinden und Corporationen nimmt von dem Boden der Marsch nur  $^1/_2$ , von dem der oldens burger Geest kaum 5, von dem der münsterschen Geest dagegen  $37\ ^0/_0$  ein.

In der Periode von 1866—76, welche zum größten Theil in die Zeit nach der statistischen Ermittelung fällt, deren Resultate wir oben mitgetheilt haben, hat sich die Zahl der Bestüngen um 2326 vermehrt, theils anläßlich der Begründung neuer Landstellen auf vormals uncultivirten Gründen, theils anläßlich der Zerschlagung von größeren Besitzungen. So ist namentlich der Erundbessitz der politischen Corporationen auf der Geeft, welcher von den ungetheilten Marken herrührt, vielsach in reines Privateigenthum verwandelt worden. Das durch ist der mittlere Umfang der Besitzungen auf der Geeft gesunken. In der Marsch dagegen haben vielsach die stückweisen Abtrennungen von der einen Besitzung zu Vergrößerung der anderen geführt. (v. Viebahn 1. c. II. 572. Hullmann, Die Reform des Grunderbrechts im Herzogthum Oldenburg. Oldenburg 1870. S. 6. Vor Allem aber Kollmann, Das Herzogthum Oldenburg.

Ein gesunder Bauernstand findet sich auch im Gebiet der Stadt Bremen vor: wo man nach v. Viebahn 334 Voll=, 19 Oreiviertel=, 1 Zweidrittel=, 76 halbe und 6 Orittelbauern, ferner 328 Großtöthner, 30 Kleintöthner, 944 Brinkster und 63 Neubauern zählte. Auf eine Stelle entsielen ca. 49 Morgen nutbares Land. Indeß haben in letzterer Zeit in Folge des von der Stadt ausgehenden Einsusses, namentlich in der nächsten Umgebung derselben, weiter= gehende Zerstücklungen des Grundbesitzes stattgefunden. (v. Viebahn 1. c. S. 573.)

Biel weiter als in dem Landgebiet der Stadt Bremen ist die Zerstücklung im Landgebiet der Stadt Hamburg vorgeschritten. Hier besteht die landwirthsichaftlich benutzte Fläche nach einer älteren Mittheilung aus 20 Pachthösen, 283 ganzen und 22 halben Hösen, 1136 Kathen, 273 Häusern, zusammen aus 1734 Besitzungen, die allerdings durchweg klein sind, indem durchschnittlich auf eine Besitzung noch nicht 15 Morgen Land fallen. (v. Viebahn 1. c. S. 573.)

Kräftige Bauernhöfe haben sich sodann noch erhalten in Lippe = Det mold, wo man neben 572 großen, 1646 mittlere und 9884 kleine Bestigungen, und in Walded-Phyrmont, wo man neben 47 Rittergütern, 558 Stellen mit einem Areal von mehr als 80, 2394 Stellen mit einem Areal von 40—80 Morgen und 10937 Kleinstellen unter 20 Morgen zählte. Die Durchschnittszgröße einer Besitzung in Walded betrug 20 Morgen.

Stellenweise scheint die Zerstückelung des Grundeigenthums hier wie in

ben beiden Lippe übrigens sehr weit vorgeschritten zu sein. (v. Biebahn 1. c. 571. 573.)

Bu der nordwestlichen Ländergruppe mit vorwiegendem bäuerlichen Grundeigenthum gehört auch die preußische Proving Westphalen. Aehnlich wie in Hannover ist auch hier die Grundeigenthumsvertheilung eine außerordentlich gunstige. Die großen Guter mit einem Areal über 600 Morgen nehmen nach ber oben auf S. 2 mitgetheilten Tabelle nur 16,5 % ber Gesammtfläche ein. Und felbst in diese Klasse ragen noch eine Anzahl größerer Bauernguter hinein. Un Rittergütern werden überhaupt nur 430 gezählt und von diesen sind wieder ca. 290 durch Fideicommisse gebunden. Der größte Theil des Bodens besindet Denn nicht nur daß zu den Bauerngütern die sich in bäuerlichen Händen. Besitzungen von 30-300 Morgen zu rechnen sind, welche allein 56,3 % der gesammten Fläche einnehmen, sondern es gehört zu denselben auch noch ein großer Theil der Besitzungen von 300-600 und wohl noch ein kleiner der Besitzungen über 600 Morgen. Rechnet man alle Besitzungen von 30 bis 600 Morgen und von den Besitzungen über 600 Morgen keine zu den bäuerlichen, was den thatsächlichen Zuständen ziemlich genau entsprechen dürfte, so entfallen auf den bäuerlichen Grundbesitz ca. 65 % der Gesammtfläche.

Der bäuerliche Grundbesitz ist übrigens sehr mannigfach abgestuft. großen Bauerngüter umfassen mit Inbegriff bes Waldes bis zu 900 Morgen: fie befinden sich im Besitz von Bauern, die sich ihre Freiheit auch während des Mittelalters erhalten haben, die nur unter sich heirathen und die der Bolkswitz als Starosten bezeichnet. Ihnen am nächsten stehen die Colonen, meist wohlhabende Bauern, die 2-5 Pferde besitzen und deren Grundeigenthum 30 bis 600 Morgen umfaßt. An den eigentlichen Bauernstand schließen sich endlich die Besitzer von 5-30 Morgen an, deren Besitz noch immer 15,2% der Gesammtfläche einnimmt. Es sind das die sog. Kötter und Brinksitzer, die einen Kotten besitzen und ihr Land mit Kühen bewirthschaften. Hierauf folgen die Besitzer von 5 und weniger Morgen, welche 3,65 % der Fläche einnehmen: ländliche Tagelöhner, welche ein eigenes Haus und ein Stück Land besitzen, fowie — namentlich im westlichen und füdlichen Theil des Regierungsbezirks Arnsberg - grundbesitzende industrielle Arbeiter. (Geper, Untersuchungen in Holzendorff=Brentanos Jahrbuch I. S. 49, 51. Trümpelmann, Bilder aus den Berhältnissen ber ländlichen Arbeiterbevölkerung. Gotha 1874. S. 60. Preußens Landwirthschaft in den Jahren 1875/77. S. 306. Freiherr v. Schorlemer= Alft in der Sitzung des Preuß. Abgeordnetenhauses vom 26. November 1879. Sten. Ber. S. 260. Die oben S. 2 mitgetheilten offiziellen Daten der preußi= ichen amtlichen Statistif.)

Für das Königreich Sachsen, dessen Grundbesitzvertheilung in mehr als einer Beziehung von dem größten Interesse ist, existiren aus älterer Zeit die von v. Flotow auf Grundlage der Grundsteuervertheilung von 1844 in seinen Beiträgen zur volkswirthschaftlichen Statistik des Königreichs Sachsen in Kauschnsschaft und 1846, I. publicirten Daten. Engels Jahrbuch für die Statistik des Königreichs Sachsen: Das Königreich Sachsen in statistischer und staatswissenschaftlicher Beziehung. I. Dresden 1853 reproducirt die von Flotow mitgetheilten Zahlen mit einigen Correcturen. Doch sehlte es seitdem an neueren Aufnahmen. Um diesen Mangel zu beseitigen, hat das statistische Bureau

gelegentlich der Viehzählung im Jahre 1853 zugleich die Größe der im Eigenthum oder in Pachtung der Viehbesitzer besindlichen Grundslächen ermitteln lassen. Allein abgesehen davon, daß eine solche Aufnahme an sich nur eine geringe Zuverlässigsett darbietet, weil sie nicht auf genauer Unterlage beruht, so zeigen die Zahlen auch ein in sich unvollsommenes Vild, indem von 272 Meilen, welche das Land umfaßt, nur 210 in denselben sich wieder sinden. Wenn man auch 35 Meilen im Besitz der todten Hand besindliche Wälder hiervon abzieht, so bleibt doch noch eine so große Differenz, daß das Resultat als wenig werthvoll erscheint. Dieser Mangel ist zum Theil darauf zurüczussühren, daß in der Aufnahme diezenigen Grundeigenthümer, die sein Vieh bessaßen, nicht verzeichnet worden sind. Immerhin theilen wir die auf diesem Wege gewonnenen Zahlen in folgender Tabelle mit, weil sie die jüngsten sind, die uns über die Vertheilung des ländlichen Grundeigenthums zu Gebote stehen.

Tabelle I.

Rönigreich Gachfen.

(Nach ber Zeitschrift bes statistischen Bureaus bes Königreichs Sachsen. Jahrg. 1856, Heft 2. S. 28. Jahrg. 1857. Heft 1. S. 21. v. Scheel in Hilbebrands Jahrbilchern Bb. 5. S. 203.)

Bertheilung der bewirthschafteten Flächen unter die Biehbesitzer. 1853. (1 sächs. Acker = 2,16 prenß. Morg. = 0,553 ha.)

Größenkate= gorien i. sächs.	Die Zahl t		enden Grund den	eigenthümer	fonittl. Größe	Die Flächen ber einz. Kate=
Actern	Städte <b>n</b>	Dörfern	Rittergiitern	ganz Sachsen		gorien in Bro= centen des gef.
	beträgt Pr	ocente der C	desammtzahl	der Besitzer		Areals
unter 0,25	13,36	15,46	_	15,07	0,10	0,10
0,25-0,50	4,28	5,96	_	5,70	0,37	0,13
0,50-0,75	3,13	3,80	_	3,70	0,60	0,14
0,75-1	3,01	3,00	0,09	2,98	0,88	0,17
1-2	10,03	8,92	0,28	9,00	1,46	0,87
2-3	6,95	6,28	<u> </u>	16,32	2,43	1,02
3 - 5	9,27	8,49	0,09	8,52	3,90	2,19
510	10,98	10,36	0,09	0,36	7,06	4,87
10-15	4,35	5,67	<u> </u>	5,45	13,69	4,44
15-20	2,37	4,70	0,09	4,36	19,12	4,99
20 - 30	2,14	7,54	0,19	6,79	24,91	11,17
30-40	1,31	6,42	0,55	5,72	34,69	13,59
40 - 50	0,75	4,57	0,73	4,05	44,60	11,85
50—75	0,70	4,54	2,94	4,03	59,46	15,90
75—100	0,15	1,08	3,59	0,98	85,24	5,41
100-150	0,15	0,40	9,29	0,44	119,10	3,55
150-200	0.03	0,09	11,41	0,17	172,05	1,96
200-300	0,02	0,04	20,98	0,20	248.02	3,31
300-500	_	0,01	26,22	0.21	385,20	5,42
500 - 750	0,01	<u> </u>	15,09	0,12	588,63	4,64
750—1000	<u></u>		4,51	0,04	844.14	1,99
ilber 1000	_		3,77	0,03	1384,67	2,71
ohne Grund:			·			, .
besitz	27,01	2,67	0,09	5,76	. –	_
Summa	100	100	100	100	16,11	100

Bu diesen Jahlen bemerkt Reuning, daß  $44\,\%_0$  aller in den Dörfern und auf Rittergütern angesessenen Grundbesitzer 3 und weniger sächstische Acker (etwa 6 Morgen preußische) besitzen: was wir angesichts der sehr verbreiteten Industrie als sehr natürlich sinden. Auch ist dieser hohe Procentsat der kleinen Grundeigenthümer keineswegs besorgnißerregend, wenn man zugleich in Betracht zieht, daß diese ca.  $44\,\%_0$  sämmtlicher ländlichen Besitzer nur  $2,43\,\%_0$  der gessammten Fläche besitzen. Der Schwerpunkt liegt nach der obigen Tabelle in denjenigen Gigenthümern, deren Güter einen Umfang von  $20-100\,$  sächs. Acker, also  $43-230\,$  preuß. Morgen haben, indem diese zusammen fast  $58\,\%_0$  des gesammten Bodens einnehmen.

Ueber das Berhältniß des Staatseigenthums zum übrigen Eigenthum, mit Unterscheidung des lands und forstwirthschaftlich benutzten Areals, giebt folgende auf Grund der Grundsteuervertheilung von 1844 zusammengestellte Tabelle K. Aufschluß.

#### Tabelle K.

## Rönigreich Sachsen.

Bertheilung des Staats= und des übrigen Eigenthums sowie der land= und forst= wirthschaftlich benutzen Fläche. 1844. (v. Scheel 1. c. S. 204.)

	bas Gefo	ammtareal in	Procenten	Jede Rategorie nimmt Brocente
	landwirthsch.	forstwirthsch.	unprob.	der Gefammt= fläche
Staatseigenthum	6,37	92,66	0,97	11,06
Uebriges Eigenthum .	73,45	23,99	2,56	88,94
Zusammen	66,66	30,95	2,39	100,00

Aus dieser Tabelle folgt, daß nur ein geringer Theil des gesammten Areals  $(11,06\,^{\circ}/_{\circ})$  sich im Gigenthum des Staats befindet. Der größte Theil dieses Staatseigenthums  $(92,6\,^{\circ}/_{\circ})$  wird forstwirthschaftlich benutzt. (Reuning, Das Königreich Sachsen. 1865. S. 22, 23. v. Scheel in Hildebrands Jahrbüchern. Bb. V. S. 201 ff.)

Die Berbindung zwischen der nordwestlichen und südöstlichen Ländergruppe mit vorwiegendem Bauerngutsbesitz bilden die Thüringischen Länder. In denselben ist zwar der im Privateigenthum besindliche Grund und Boden im Allgemeinen sehr zerstückelt; doch giebt es noch Gegenden, in denen sich das große spannfähige bäuerliche Grundeigenthum in großer Anzahl und weitem Umsang erhalten hat. Hierher gehört namentlich das Herzogthum Alten = burg. Doch muß innerhalb desselben zwischen dem Ost= und Westkreise untersschieden werden. Schon die Natur hat diese beiden Landestheile sehr ungleich ausgestattet. Denn während der Ostkreis sehr fruchtbaren Boden hat, und sich durch reiche Getreideernten, Viehzucht und Gemüsedau auszeichnet, besitzt der auf der thüringischen Hochsläche gelegene Westkreis meist mageren Boden.

In Osttreis wiegt der Privatbesits, welcher meist geschlossen ist, vor; im Westtreis umschließen die umfänglichen Domänenforsten den größtentheils wals zenden und start zerstückelten Privatbesits. Aber auch im Osttreise fehlt es nicht

an walzenden Grundstücken, doch wiegt hier der behäbige Bauernstand in seinen mannigsachen Abstufungen vom Bier= und Sechsspänner bis zum bescheibenen Kuhbauern vor.

Aus älterer Zeit giebt es statistische Daten über die Bertheilung des Grundeigenthums nur für den Bezirk des Kreisamts Altenburg (Ostkreis). Sie sind von Geutebrück unter dem Titel: "Einige Nachrichten über den Bezirk den Kreisamts Altenburg" für die 7. Bersammlung deutscher Land= und Forstwirthe, welche im Jahre 1843 in Altenburg tagte, zusammengestellt worden.

Sichere Grundlagen über die Bodenvertheilung gab es nur für 30 Fluren. Auf das übrige Territorium sind diese Daten dann in analoger Weise ausgedehnt worden.

Das Resultat dieser Ermittelung ift folgendes:

zusammen 6514 Besitzungen.

	ceal Broc. de <b>s Areis</b> - tern <b>amt</b> 8bezir <b>is</b>
	cen amerocatero
913 Kammer= und Rittergüter, sowie die großen	
Bauerngüter von mehr als 24 Acker Landes	
(1 Alt. Acker = 2,51 preuß. Morgen) 53513	c. $62,96^{\circ}/_{0}$
	c. 02,00 / ₀
1463 mittlere Bauerngüter sowie die kleinen und	
Gärtnergüter	c. $16,76^{\circ}/_{0}$
4186 Tagelöhner=, Gewerbe= u. s. w. Güter . 2155	c. 39.4 ⁰ / ₀
Der nicht zu den Kammer- und Rittergütern gehörig	e Boden zernel m:
, ,	
896 Anfpanngüter,	
1395 Hand= und Gärtnergüter,	
	U., SY! X
122 Mühlen und Ziegelbrennereien) mit l	anoua)em
4101 Häuser (Gru	ndbesit,

Nimmt man statt dessen in runder Summe 6500 Besitzungen an, so bertheilt sich das denselben gehörige Land folgendermaßen unter die einzelnen Größenstlassen:

96	Besitzungen	mit	zuj.	c.	8443	Alt. Acter	ober	mit	durchsch.	je	87,9	Ader,
88	=				6124			=	=		69,6	
177	=	=	=	=	10030	=	=	=	=	=	56,7	=
225	=	=	=	3	9794	=	=	=	=	=	43,5	=
265	=	=	=	=	8455	=	=	=	=	=	31,9	=
378	=	=	=	=	6637	=	=	=	=	=	17,6	=
402	=	=	=	=	3664	=	=	=	=	=	9,1	=
683	=	=	=	=,	3098	=	=	=	3	=	4,5	=
<b>972</b>	=	=	=	=	1835	=	=	=	=	=	1,9	=
3214	=	=	=	=	920	=	=	=	=	=	0,29	) =

Die folgenden Zahlen beziehen sich auf das ganze Herzogthum. Sie sind neueren Datums als die oben für den Bezirk des Kreisamts Altenburg aufgeführten, indem sie theils einer im Jahre 1853 für die einzelnen Steuerbezirke des Landes zusammengestellten Uebersicht über den Flächeninhalt der öffentlichen Straßen und Gewässer, sowie der Besitzungen des Fiskus, der Kirchen, Schulen, Stiftungen,

Gemeinden, der Rittergüter und des übrigen Privatbesitzes, theils den für die Grundsteuervertheilung ermittelten Ertragseinheiten entnommen wurden.

	Nach	diesen	Quellen 1	iimm	t im Her	zogťhi	um S	Altei	iburg	
	•	das	öffentliche	Giger	ithum .	•			14,80	$^{0}/_{0}$
			Eigenthum							
		das	Eigenthun	i der	Gemeind	en .			2,50	0/0
		das	Eigenthum	der	Privaten				80,65	0/0
r	Fläche	ein.								

Bon dem im Privateigenthum befindlichen Grund und Boden gehören zu den Rittergütern . . . . . 12,17 % zu den sonstigen Gütern . . . . . 87,83 %.

Man gählte im Jahre 1855 96 landtagsfähige Rittergüter, welche einen

durchschnittlichen Flächeninhalt von 135,27 ha besagen.

Der öffentliche Grundbesitz, größtentheils aus Staatsforsten bestehend, nimmt im Westtreise 19,93, im Osttreise dagegen nur 9,62 % des Bodens ein. Folgende Tabelle giebt nähere Auskunft darüber, wie sich der bäuerliche Grundbesitz, welcher 87,83 % der gesammten im Privateigenthume besindlichen Fläche umfaßt, in den beiden Landestheilen auf die einzelnen Besitzesgrößen vertheilt.

#### Tabelle L.

## herzogthum Sachsen=Altenburg.

(Hilbebrand, Agrarstatistif Thüringens 1. Hälfte, S. 174—175. 1 Altenb. Acer = 2,51 ha.) Verhältniß ber einzelnen Klassen ber bäuerlichen Besitzungen zur Gesammtheit ber bäuerlichen Besitzungen und Verhältniß ber Größenklassen ihrer Besitzstächen zur Gesammtheit ber Flächen, sowie ber durchschnittliche Umsang bieser Besitzungen in jeder Größenklasse.

	<b>E</b> 8	betragen % t	er	
Kreis.	Gefannutheit der bäuer- lichen Grundbestigungen. Die Bestigungen. Gefannutsläche des bäuer- lichen Bestigungen	Gesamntheit der bäuer- lichen Grundbesthungen. Die Besthungen Gesamntstäcke des bäuer- lichen Besthungen	Gefammtheit der bäuer- lichen Erundbeststungen. Die Beststungen. Gefammtsläche des bürer- lichen Beststungen	Gefammtheit der bäuer- lichen Erundbestigungen. Die Bestigungen Gefammtheit des bäner- lichen Bestiges. Die Bestigungen
	von von bis zu 60 Acter altenb. = 38,494380 ha.	von von über 60—72 Acter altenb. = 38,494380 bis 46,193256 ha.	von von   iber 72—80 Acter   altenb. =   46,193 256 bis   51,325 840 ha.	über 80 Acter altenb. = 51,325 840 ha.
1.	2. 3.	4. 5.	6. 7.	8. 9.
Ostfreis Westfreis Herzogthum	98,79 83,48 99,75 95,81 99,29 89,17	0,53 6,20 0,13 1,95 0,32 4,24	0,32 4,23 0,06 1,01 0,19 2,74	0,36 6,09 0,06 1,23 0,20 3,85

Schriften XX. - b. Miastomsti, Grundeigenthumsbertheilung.

20

Es umfaßt	durchschni	ttlich 1 bä	uerliche B	esitung.	-
Rreis.	Bis zu 60 Acern altenb. ober 38,494380 ha.	Ueber 60—72 Actr ober 38,494380 bis 46,193256 ha.	Ueber 72—80 Ader ober 46,193 256 bis 51,325 840 ha.	lleber 80 Acer ober ilber 51,325 840 ha.	lleberhaupt.
	ha	ha	ha	ha	ha
	10.	11.	12.	13.	14.
Oftfreis	2,99 2,71 2,84	41,72 42,09 41,80	47,41 48,66 47,62	59,15 59,41 59,19	3,54 2,82 3,17

Aus dieser Tabelle ergiebt sich, daß der Grundbesitz bis zu 60 Alt. Morgen im Westtreise stärter vertreten ist als im Ostkreise (99,75 % der Besitzer und 95,81 % der gesammten vom bäuerlichen Besitz eingenommenen Fläche gegen 98,79 % und 83,48 % der Dagegen wiegt im Ostkreise wieder der größere über 60 Alt. Morgen betragende Besitz stärter vor als im Westen. (Im Osten nimmt dersselbe 1,21 % der Besitzer und 16,52 % der Fläche des bäuerlichen Besitzes, im Westen dagegen nur 0,25 der Besitzer und 4,19 der Fläche ein.) Mit dieser versichiedenen Bertheilung des Grundeigenthums in Uebereinstimmung besindet sich das Verhältniß der grundbesitzenden zu der nicht grundbesitzenden Bevölkerung. Während dieses Verhältniß für das ganze Herzogthum gleich 59,29:40,70 % ist, beträgt die Zahl der Grundbesitzer und deren Angehörigen im Ostkreise nur 51,59, im Westkreise dagegen 74,26 % der gesammten Bevölkerung. (Wangemann in der Versammlung deutscher Land= und Forstwirthe von 1843, S. 57 und Hildebrand, Statistit Thüringens, Bd. 2, Agrarstatistik. Erste Hälfte. Jena 1871, S. 167—174.)

An Thüringen schließt sich im Sübosten das Königreich Bapern an, über dessen Grundeigenthumsvertheilung wir nur sehr unvolltommene Daten besitzen. An ofsiziellen Bublikationen liegt uns nur eine im Jahre 1853 zusammengestellte und vom statistischen Bureau puklicirte Tabelle vor. Leider sind derselben keine Nachrichten über den bei der Ermittelung eingeschlagenen Weg beigegeben. Wir theilen in der nachsolgenden Zusammenstellung (of. Tabelle M) nur die Procentzahlen mit.

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß der durchschnittliche Umfang des landwirthschaftlich benutzten Grundbesitzes am größten in Oberbayern (24,8 baver. Tagw.) und in Niederbayern (22,1 bayer. Tagw.)., am kleinsten dagegen in
der Pfalz (8,4) und in Unterfranken (7,6) ist. Eine mittlere Stellung nehmen
einerseits die Oberpfalz (18,6) und Schwaben (16,5) und andererseits Oberfranken
(12,4) und Mittelfranken (12,2) ein. Diese Rangordnung, in der die verschies
benen Regierungsbezirke hinsichtlich des durchschnittlichen Umfanges der Privatbestitzungen stehen, wird nach Ausweis der obigen Tabelle nicht wesentlich verändert,
wenn man zu dem landwirthschaftlichen auch das sorstwirthschaftliche Areal hinzurechnet. Mit diesem Resultat stimmen auch die sonstigen Notizen überein, die auf

privatem Wege über die Vertheilung des ländlichen Grundeigenthums beschafft werden tonnten. Nach denselben wiegt der größere bäuerliche Grundbesit vor in Oberund Unterbayern, derfelbe tritt hinter dem Kleinbesits schon mehr zurud in Schwaben und der Oberpfalz, namentlich aber in Ober- und Mittelfranken, während in Unterfranken und der Pfalz der kleine Besitz prävalirt und hier theilweise in den Zwergbesitz übergeht. In den einzelnen Theilen dieser Kreise selbst ift das bäuerliche Eigenthum sehr ungleich vertheilt. In Oberbayern findet es sich über den ganzen Kreis zerstreut, besonders start vertreten aber im Gebirge (Ein= ödewirthschaft) und in den an Riederbayern angrenzenden Diftricten; in Niederbahern vorzugsweise im südlichen Theil, namentlich an der Rot. In Schwaben tritt der spannfähige bäuerliche Besitz besonders hervor in dem durch seine Frucht= barkeit bekannten Ries bei Nördlingen, auf dem fruchtbaren Lehmboden zwischen Gundelfingen und Höchstädt, sowie auf dem Riesboden des rechten Donauufers. In Oberfranken finden sich Bauernhöfe in größerer Anzahl auf der Hochebene der frankischen Schweiz und in Mittelfranken im fruchtbaren Gauland füblich der Altmühl, in dem nicht minder fruchtbaren Brünsterthal, im sog. schwarzen Bau an der oberen Aisch und im Tauberthal.

#### Tabelle M.

Rönigreich Bayern 1853.

(Nach v. Scheel in Hilbebrands Jahrbuchern Bb. IV, S. 474 und ben Beiträgen zur Statistit bes Königreichs Bapern VII, S. 54-55.)

1 banr. Tagwert = 1,33 preuß. Morgen.

		Bei jeder Besitztategorie vom Gesammtareal % benutzt			Größe einer Besitzung beim		
Besitztategorieen in % bes gesammten Areals	land= wirth= schaft= lich	forst= wirth= schaft= lich	weder land= noch forstwirth= schaftlich	land= wirth= schaft= lichen Ure	forst= wirth= schaft= lichen al in To	Gefammt=        agwerfen	
Tobte Hand 19 Privatbesit 81	15 78	85 22	<u>.</u>		11.5	10.6	
Summe 100	60	33	7	14,4	11,5	18,6	
Regierungsbez. Oberbapern (Alpen)		1 .					
Tobte Hand 19 Privatbesity 81	17 77	83 23	=	24,8	14,0	32,5	
Summe 100	57	32	11		T	<del></del>	
Regierungsbez. Pfalz							
Tobte Hand 37	12	88	-	_	-	-	
Privatbesity 63	92	8	<u> </u>	8,4	4,9	9,2	
Summe   100	56	37	7	<del>-</del>	_	_	
ı	U	1	'		20 *	1	

	Durchschnittliche Größe eines Privat-				
Regierungsbezirt	landwirth= schaftliche	forstwirth= schaftliche	land= 11. forstwirth= schaftliche		
Nieberbayern	22,1	17,6	31,5		
Dberpfalz und Regensburg	18,0	15,8	25,4		
Oberfranken	12,4	10,1	16,2		
Mittelfranken	12,2	10,8	15,5		
Unterfranken u. Aschaffenb.	7,6	4,9	8,9		
Schwaben u. Reuburg	16,5	8,5	19,4		
Oberbavern	24.8	14,0	32,5		
Bfal3	8.4	4,9	9,2		

Auch sind die einzelnen spannfähigen Bauerngüter in den verschiedenen Areisen von sehr ungleichem Umfange: in Oberbayern umfassen dieselben 2-800, in Niederbayern 2-600, ja bisweilen bis 800, in der Oberpfalz auch noch 2-300, in Schwaben, Ober- und Unterfranken aber gewöhnlich nur 80-200 Tagwerke. Außer diesen Großbegüterten unter ben Bauern, welche neben einer stattlichen Zahl Rindvieh auch noch eine Anzahl Pferde besitzen, giebt es noch Mittelbegüterte mit einem Stall voll Rindvieh und höchstens 1—2 Pferden. Auch diese mittleren Bauerngüter haben in den verschiedenen Kreisen einen sehr ungleichen Umfang: sie umfassen in Oberbayern 20-200, in Niederbayern 18-200, in der Oberpfalz 12-80; in den 3 frankischen Kreisen ist ihr Umfang viel geringer. Un die mittleren Bauern schließen sich die Aleinbegüterten an, die nur eine Ruh oder einige Rühe und außerdem Schweine und Ziegen befitzen. Der Umfang eines kleinen Gutes beträgt in der Oberpfalz noch 10—12 Tagwerf, in den 3 frankischen Kreisen (Ober=, Mittel= und Unterfranken) ist er viel kleiner. Auf diese Kleinbegüterten folgen die Söldner, die außer der Landwirthschaft ein Handwerk betreiben ober im Tagelohn arbeiten (Bavaria I, 1 S. 475; I. 2 S. 1035; II. 1 S. 343; III. 1 S. 412; III. 2 S. 1027; IV. 1 S. 277).

Abgesehen von diesen großen zusammenhängenden Ländergruppen mit vorwiegend bäuerlichem Grundeigenthum im Nordwesten und Südosten sindet sich ein kräftiger Bauernstand auch noch in vielen Gegenden des Nordostens und in einigen des Südwestens.

Zu diesen bäuerlichen Besitzungen können wir in den östlichen Provinzen der preußischen Monarchie die Besitzesklassen von 30—300 Morgen rechnen, obwohl diese Klasse wohl auch noch einen Theil der Rittergüter in sich schließt. Doch gehört wiederum im Westen ein Theil der Besitzungen von 3—30 und im Osten ein Theil der Besitzungen von 300—600 Morgen noch zu den Bauernsgütern, so daß wir den ganzen Arealbestand der Klasse von 30—600 Morgen wenn auch nicht zum bäuerlichen, so doch zum mittleren Besitz rechnen dürfen.

Auf diese beiden Rlaffen entfallen vom gesammten Grundbesit in den

```
Brorinzen Westphalen — 64,50 % also zwischen 60 u. 70 % Sachsen — 55,45 %
```

Im Ganzen — wenn man nämlich von einigen Theilen Pommerns, Polens und Schlessens einerseits und der Rheinprovinz und Hohenzollerns andererseits absieht — kann die Vertheilung des Grundeigenthums in der preussischen Monarchie nach ihrem alten vor 1866er Bestande als gesund angesehen werden. Dieselbe ergiebt  $30-60\,^{\circ}/_{\scriptscriptstyle 0}$  an großem, 60-30 an mittlerem und c.  $10\,^{\circ}/_{\scriptscriptstyle 0}$  an kleinem Grundbessiz. Doch steht zu besürchten, daß sich diese im I. 1858 gewonnenen Zahlen seitdem zu Ungunsten des bäuerlichen Frundeigenthums nicht unwesentlich verschoben haben.

Aber auch im Südwesten prävalirt in einigen Gegenden noch das mittlere Grundeigenthum. Rechnet man nach der neuesten im Jahre 1873 stattgehabten Aufnahme der landwirthschaftlichen Haushaltungen im Großherzogthum Baden (cf. Tabelle C.), diejenigen, welche ein Areal von 5—100 Morgen bewirth= schaften, zu den mittleren Wirthschaften, so erhält man innerhalb dieser Kategorie 115 935 Landwirthe mit 1721 034 Morgen, was mehr als die Hälfte sämmtlicher Landwirthe (52,1 %) und mehr als 3/4 des gesammten landwirthschaftlichen Areals (77,7 %) ausmacht. Wollte man gegen diese von dem großh. badischen statistischen Bureau vorgenommene und mit der unfrigen nicht übereinstimmende Klassificirung einwenden, daß einerseits bei ungünstiger Lage 5 Morgen für eine bäuerliche Wirthschaft nicht ausreichen und daß andererseits ein Theil der Güter mit einem Umfang von weniger als 100 Morgen nach füddeutschem Maßstabe schon zu den großen Wirthschaften gerechnet werden muffen, so könnte dagegen allerdings geltend gemacht werden, daß dieser Fehler einigermaßen dadurch com= pensirt wird, daß es wiederum Wirthschaften von über 100 Morgen giebt, die noch zu den bäuerlichen gehören. Wir können letzteres schon aus dem großen Umfang des Weidelandes und Reutfeldes annehmen, welcher innerhalb der Befizungen von 100—200 Morgen vorkommt und den Bauerngütern des Schwarz= waldes angehört, und finden diese Annahme dann auch durch die Angabe be= stätigt, daß zu den 1195 der Klaffe mit einem Besitz von über 100 Morgen angehörenden Haushaltungen 491 Bauernhöfe des Schwarzwaldes gehören.

Doch halten wir es für richtiger, wie wir bereits oben gethan haben, die ganze Gruppe der Wirthschaften von 5—10 Morgen noch zu den kleinen Gütern zu rechnen, weil gerade innerhalb dieser Gruppe und der Gruppe von 5 und weniger Morgen die meisten Pachtungen vorzukommen pslegen, so daß hier der Umsang des bewirthschafteten Areals entschieden größer sein dürste als der des eigenthumsweise besessen. Es würde dieser Annahme nach der mittlere Besitz demnach auf die Wirthschaftsslächen von 10—100 Morgen beschränkt sein. Innerhalb derselben zählen wir 60 967 Landwirthe mit einem Areal von 1327 812

Worgen, was  $27.4^{\circ}/_{0}$  sämmtlicher Landwirthe und  $59.9^{\circ}/_{0}$  des gesammten landwirthschaftlich benusten Areals ausmacht. Es bleibt mithin den mittleren Wirthschaften auch nach dieser Alassisisten noch immer eine überwiegende Bebeutung gegenüber den Wirthschaften von 10 und weniger Worgen, auf die zwar  $72.1^{\circ}/_{0}$  sämmtlicher Haushaltungen, aber nur  $28.5^{\circ}/_{0}$  des gesammten Areals und gegenüber den über 100 Worgen großen Wirthschaften, auf die  $0.5^{\circ}/_{0}$  sämmtlicher Haushaltungen und  $9^{\circ}/_{0}$  des gesammten Areals entfallen. Wie der kleine, so vertheilt sich auch dieser mittlere Besitz in sehr uns

Wie der kleine, so vertheilt sich auch dieser mittlere Besitz in sehr ungleicher Weise auf die einzelnen Theile des Großherzogthums. Derselbe überwiegt sehr stark in der Bodensegegend und im größten Theil des Schwarzwaldes: hier ist neben demselben nur noch der größere Besitz von einigem Belang, wogegen der kleinere unerheblich ist. Im oberen Rheinthal und in der Rheinebene dagegen ist der mittlere und große Grundbesitz saft ganz zurückgedrängt. Im Hügellande des Kraichgaus gewinnt wieder der mittlere und größere Besitz erheblichere Bedeutung und in einem Theil des Odenwaldes herrschen ähnliche Berhältnisse wie im Schwarzwalde (Beilage zur Statistist der inneren Berwaltung des Großherzogthums Baden. Heft XXXVII. Karlsruhe 1876. S. XVI. XXI. XXVIII.).

Wenn sich abgesehen von den Bauergüterbezirken *ar' èsoxiv im deutschen Nordwesten und Südosten auch im Südwesten und Nordosten noch spannfähige Bauerngüter in ansehnlicher Zahl vorsinden, so wird man doch stets im Auge behalten müssen, daß die Bauerngüter hier und dort nicht nur einen sehr versichiedenen Umfang, sondern auch eine verschiedene Bedeutung innerhalb der gesammten Grundbesitzvertheilung haben. Ein Bergleich der verschiedenen Güterzgrößen und ihres Verhältnisses zu einander in den 8 alten Provinzen Preußens einer= und in Baden und Würtemberg andererseits mag diesen Unterschied noch schließlich verdeutlichen.

In den 8 alten Provinzen kommen auf den mittleren und größeren Grundbesitz von 30 Morgen (ca. 7,5 ha) und mehr in runden Zahlen 89%, des Gessammtareals, während auf die entsprechenden Klassen in Würtemberg und Baden blos 46 bezw. 45% entsallen. Freilich muß berücksichtigt werden, daß in diesen 89% des preußischen Bodens zugleich der bei weitem größte Theil des Waldareals von 24913335 Morgen eingeschlossen ist, während die für Baden und Würtemberg ermittelten Jahlen sich nur auf den landwirthschaftlich benutzten Boden beziehen.

Der preußischen Klasse der Landgüter von  $7^1_{/2}$ —75 ha können die würtembergischen Klassen der Wirthschaften von 10-100 ha und die badischen Klassen der landwirthschaftlichen Haushaltungen von 7,20-72 ha (20-200) Morgen) zur Seite gestellt werden, denn der durchschnittliche Umfang einer solchen Wirthschaft berechnet sich in Preußen auf 23, in Würtemberg auf 19, in Baden auf 14 ha. Bom Gesammtareal dieser Klassen entfallen in Preußen 38, in Würtemberg 43, in Baden  $41,5^{\circ}$ /0.

Die Klasse der preußischen Landgüter von 75—150 ha kann mit der würtembergischen Klasse der Wirthschaften von über 100 ha und mit der badischen Klasse der landwirthschaftlichen Hauschaltungen von 72 ha (200 Morgen) und mehr verglichen werden, denn der durchschnittliche Umfang einer derartigen

Bestitzung berechnet sich in Preußen auf 100,38 in Würtemberg auf 159 und in Baden auf 115 ha. Auf diese Klasse entfallen in Preußen 6,45, in Würtemberg 2,86 und in Baden 3,10 % des Gesammtareals.

Der Gegensat der Grundbesitwertheilung zwischen Preußen und Würtemberg mit Baden tritt aber weniger bei diesen nach norddeutschen Begriffen mittelgroßen Landgütern von  $7^1/_2-150$  ha (30-600 Morgen), als bei den Landgütern größten Umfanges hervor. In Preußen ist ihrer eine Anzahl von 18302 mit einem Areal von über  $10\,000\,000$  ha gezählt worden, welches allein  $44\,^0/_0$  des Gesammtareals incl. Wald ausmacht, während solche Güter in den beiden anderen Ländern im Ganzen so selten sind, daß für sie bei der Aufnahme eine eigene Klasse garnicht gebildet worden ist. Ihr Areal vermehrt also das der Besitzungen von über 100 bezw. 72 ha, deren durchschnittlicher Umfang sich daher höher berechnet, als in Preußen das durchschnittliche Areal einer Besitzung von 75-150 ha.

Wie schwach der große Grundbesitz, selbst wenn man an denselben auch nur den süddeutschen Maßstad anlegt, im Süden vertreten ist, zeigt die neueste badische Statistik. Danach beträgt unter den 222 746 ländlichen Besitzungen des Großherzogth. Baden, welche zusammen eine Gesammtsläche von 2215557 bad. Morgen umfassen, die Zahl derseinigen Güter, welche nach Größe und sonstiger Beschaffenheit die Leitung eines wissenschaftlich gebildeten Landwirths erfordern dezw. dessen Zeit einigermaßen ausstüllen, höchstens 600—700. Sie machen nur 0,3% aller landwirthschaftlichen Haushaltungen aus und ihr Grundbesitz beträgt nur 5,5% des gesammten landwirthschaftlichen Geländes.

Beil in Preußen auf die großen Landgüter ein so hohes Procent des Gessammtareals entfällt, ist natürlich das den kleineren Besitzungen von 1,25—7,50 ha und von 1,25 ha und weniger zukommende Areal um so mehr eingeschränkt; das umgekehrte Berhältniß besteht bezüglich der Besitzklassen von 1,5—10 und von 1,5 ha und weniger in Bürtemberg und von 1,80—7,20 ha und von 1,80 ha und weniger in Baden. Denn auf die erste Klasse kommen in Preußen 8,99, in Bürtemberg 46,35 und in Baden 44,70 %, auf die zweite in Preußen 2,38, in Bürtemberg 7,53, in Baden 10,70 % (Würtembergische Jahrsbücher 1881, Bd. I, Hälfte I, S. 210—211. Beiträge zur Statistist der inneren Berwaltung des Großherzogthums Baden, Heft XXXVII S. XXVIII. XXIX.).

Bierer'iche Sofbuchdruderei. Stephan Geibel & Co. in Altenburg.